Bismarck
und seine Zeit

Kurt Kersten

Bismarck
und seine Zeit

Universum-Bücherei

KURT KERSTEN

BISMARCK

UND SEINE ZEIT

BERLIN 1930

UNIVERSUM-BÜCHEREI
FÜR ALLE

DER DREIUNDSECHZIGSTE BAND
DER »UNIVERSUM-BÜCHEREI«

EINBANDENTWURF VON PAUL URBAN
COPYRIGHT 1930 BY UNIVERSUM-BÜCHEREI
FÜR ALLE, G. M. B. H., BERLIN W 8, WILHELM-
STRASSE 48 / ALLE RECHTE, INSBESONDERE
GEGENÜBER FILM UND RADIO, VORBEHALTEN
GEDRUCKT BEI PASS & GARLEB A.-G., BERLIN

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Dunkle Jahre	1
Ausbruch und Umkehr	10
Die Musik des Junkers	22
Das Paradies des „tollen Bismarck“	30
Blutsverwandtschaft	37
Die Feuertaufe	47
Don Quijote	62
Der Boden der Tatsachen	72
Die Hanswurstprezel	86
Diebe in der Nacht	98
Bange Wahl	108
Am Bundestag in Frankfurt am Main	115
Ein Meister findet einen Schüler	129
Die „neue Aera“	140
Kaltstellung in Petersburg	145
Die Wacht am Rhein	151
Der Tanz auf dem Eis	164
„Berufen Ew. Majestät Bismarck!“	171
Blut und Eisen	179
Aussprechen, was ist	186
Der Knabe Absalom	195
Die neue Kraft	199
„Noch ist Polen nicht verloren . . .“	206
Der Fürstentag in Frankfurt am Main	211
„Up ewig ungedeelt“	217
Preußen und die Nation	227
Der Kaiserritt von Königgrätz	242

Brüder auf Thronen 253
Sieger und Besiegte 260
Probemobilmachung 268
In Spanien wird ein Thron frei 274
Die Geschichte einer Depesche 285
Ein Kabinettskrieg? 294
Kriegstaumel 297
Die Stimme des Proletariats 305
Die Invasion 310
Die Gottesgeißel 321
Hopfen, Malz und ein Charaktermajor 334
Als sie wiederkamen 358
Die Neue Front 366
„Bereichert euch!“ 373
Der Kulturkampf 382
Neue Wirtschaftspolitik 393
Das Sozialistengesetz 400
Fafner im Busch 426
Der Fall Arnim 430
Der Alpdruck der Koalitionen 438
Blutsbrüderschaft 462
Die 99 Tage 467
Die Kamarilla 474
Die Entlassung 489
Epilog 528

Anhang

Die Emser Depesche 538
Das Sozialistengesetz (Auszug aus dem Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, vom 21. Oktober 1878) 541

DUNKLE JAHRE

Die Herrschaft der Hundert Tage ist angebrochen. Die Adler schweben über den Marschkolonnen der kaiserlichen Armee. Der Wiener Kongreß fliegt auf. Die Tanzsäle liegen verödet. Die Trommler rühren die Wirbel aufs neue zum Sturm. Heeressäulen machen kehrt und überschreiten von neuem den Rhein. Voran preußische Truppen unter eines Marschalls Führung, der kaum lesen und schreiben kann. Sie werden auf blutigsten Schlachtfeldern der belgischen Ebene die Sicherheit des britischen Königreiches erkämpfen, mit ihrem Blut wird der Grundstein eines Imperiums gekittet. Nie hatte Großbritannien willigere, unwissendere Scharen, die für seine Macht ihr Leben hingeben mußten.

Am 1. April 1815 schrieb der Kaiser dem Schwiegervater nach Wien: „Da die Dauer des Friedens wesentlich notwendig ist, so liegt mir nichts mehr am Herzen, als ihn mit allen Mächten zu unterhalten, aber ich lege einen besonderen Wert darauf, mit Ew. Majestät in Frieden zu bleiben." Vier Tage später versendet der Kaiser ein Zirkularschreiben an die Souveräne: „Nachdem man der Welt das Schauspiel großer Kämpfe geboten hat, wird es süßer

sein, von nun an keinen andern Wetteifer zu kennen als den, die Wohltat des Friedens zu verbreiten, keinen anderen Kampf als den heiligen Kampf für das Glück der Völker. Frankreich spricht freudig und offen diesen edlen Zweck aller seiner Wünsche aus. Eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit wird es der unwandelbare Grundsatz seiner Politik sein, die Unabhängigkeit der anderen Nationen auf das entschiedenste zu achten. Wenn, wie ich das glückliche Vertrauen habe, die persönliche Gesinnung Ew. Majestät ebenso ist, so ist die allgemeine Ruhe auf lange Zeit gesichert, und die Gerechtigkeit, die an den Grenzen der verschiedenen Staaten ihren Sitz aufgeschlagen hat, wird allein hinreichen, um sie zu bewachen."

Zum letztenmal hören die Monarchen Europas, wie einer der ihren, dessen Legitimität sie bestreiten, weil sie seinem Genie gegenüber wehrlos sind, also zu ihnen spricht. Ihre Antwort auf das Friedensangebot des bürgerlichen Illusionisten ist der Mobilmachungsbefehl. Zehn Wochen später ist der Mann, der an den Frieden appellierte, verhaftet. Die Monarchen Europas haben ihre Ruhe. Das englische Weltreich steht auf sicherem Grund. Die „Heilige Allianz" der Kontinentalmächte garantiert die Erdrosselung jeder Freiheitsbewegung, der Friede ist gesichert. Die Herrschaft des Zivils, der Bureaukratie, der höfischen Kamarillen beginnt. Die Witwen und Waisen der preußischen Soldaten, die man in den Massengräbern Belgiens verscharrt hat, wissen nicht, wofür ihre Väter, Brüder und Gatten gestorben sind. Die

Preußen hatten die Rolle der Hausknechte Europas gespielt.

An jenem 1. April, an dem Napoleon den Österreicher umwarb, kam Otto v. Bismarck in Schönhausen an der Elbe zur Welt. Der rasche Entschluß der Preußen, loszuschlagen, hatte die dünnen Fäden zwischen Paris und Wien zerstört. Bedenkt man, wie die Lage fünfzig Jahre später aussah, bekommt der Gang der Weltgeschichte ein seltsames Gesicht.

Kolonialland ist die Heimat der Bismarcks. Die Altmark war die Zelle, aus der der brandenburgische Militärstaat erwuchs, von hier wird der Stoß angesetzt, der tief in die slawischen ostelbischen Gebiete führt, von hier wird die deutsche Expansion in den Osten vorgetragen. Die Altmark war eine Bastei der Ausdehnungsbestrebungen der Junker und Bischöfe des Mittelalters. Die Front dieser Grenzmark ist nach dem Osten gerichtet, sie ist eine Ausfallspforte und schiebt sich infolge des Bogens der Elbe so ins Ostland hinein, daß man im Besitz der Fähren bei Stendal und Tangermünde die Wege nach Norden, Süden und Osten der transelbischen Gebiete beherrscht.

Die Herren dieser schwachbevölkerten Militärkolonie sind Junker. Der erste Kurfürst von Brandenburg, der die Altmark und Brandenburg als Leihobjekt vom überschuldeten Kaiser empfängt, schlägt sich in fürchterlichen Kämpfen mit den Junkern herum, die ihm seine Rechte streitig machen. Sie sehen fortan in den Hohenzollern Eindringlinge, auf-

gezwungene kaiserliche Statthalter, sie werden jahrhundertelang nicht aufhören, ihre Privilegien geltend zu machen und die Kurfürsten wie den König immer erneut zu Konzessionen zu zwingen. In fortgesetzten Kämpfen versuchen die Herrscher, sich bald auf die Bürger und Städte zu stützen, bald aber sich bedingungslos den Wünschen der Junker zu fügen. Aber erst die aufkommende bürgerliche Klasse setzt die Kurfürsten und Könige in Stand, sich nicht länger den Wünschen der Junker zu fügen, deren Besitzverhältnisse immer größeren Schwankungen unterworfen sind. Trotz fanatischen Widerstandes opfern die Junker Privileg um Privileg. Bismarck wird später einmal ingrimmig bemerken, daß der Besitz seiner Vorfahren weit größer war als der der Hohenzollern, er wird sich ebenso erbittert darüber auslassen, daß die Hohenzollern seine Vorfahren zur Preisgabe dieses Besitzes zwangen — Schönhausen wurde ihnen aufgedrängt, es war ein aufgezwungenes Tauschgeschäft, bei dem die Bismarcks wertvollen Besitz an Wäldern und Ländereien den Hohenzollern überlassen mußten.

Friedrich Wilhelm I. versuchte mit allen Mitteln die Junker zu zwingen, ihre Gewaltakte gegen die Bauern einzustellen, er schritt zu Enteignungen und scheiterte am Widerstand dieser Junker, um den Kampf mit ihnen an einer andern Front aufzunehmen: er schafft sich eine Bureaukratie aus bürgerlichen Elementen als Bollwerk gegen das Junkertum, das aber auf dem platten Lande unumschränkt Herrscher bleibt. Die fürchterlichen Kriege, die

Friedrich II. dem armen Lande im Dienste Frankreichs und Englands zumutet, zwingen den Preußenkönig zu mildester Politik gegen den Adel; er vermag weder die Bauern zu schützen noch die Junker in ihre Schranken zu weisen. Sie besetzen alle wichtigen Stellen in der Verwaltung, vor allem aber in der Armee, sie sitzen auf dem Lande und wehren sich erfolgreich gegen alle lindernden Gesetze zugunsten der Bauern. Der Hauptanteil an den Entschädigungen nach dem Siebenjährigen Krieg fällt an den Adel, der nun immer kühnere Forderungen stellt. Der König bewilligt sie ihm ohne Widerstand, weil er die blutjunge Bourgeoisie fürchtet. Wichtige Handelsprivilegien sind im Besitz des Adels, die Monopolpolitik der Krone ist eine Zwangsjacke für die junge Bourgeoisie, der langjährige Krieg, die Aufrechterhaltung einer großen Armee, die ungeheuere Steuerbelastung ruinieren die Wirtschaft, unterhöhlen das ganze Fundament des künstlichen Staates, dessen politisches Gleichgewicht durch die polnische Raubpolitik völlig verschoben ist. Von einer Mission in Deutschland konnte keine Rede sein. Zwanzig Jahre nach dem Tode des Königs bricht der Staat zusammen. Selbst sein Überwinder ist verblüfft über ein so jähes Ende.

Die Krone, voller Furcht um ihre Existenz, versucht eine Reform, tastet die Rechte der Junker kaum an, verzögert die Heranziehung der jungen Bourgeoisie zur Teilnahme an der Administration des Staates. Schweren Herzens versteht man sich zur Aufgabe des Söldnersystems und zur Einführung der

Wehrpflicht, versagt dafür die bürgerlichen politischen Rechte und verschiebt die Ausführung der Versprechungen auf spätere, „bessere“ Tage.

Im Geburtsjahr Bismarcks war der Wechsel fällig, den Preußens König im Interesse der Junker und der Krone nicht einzulösen willens war. Als man die Allianz Österreichs und Frankreichs durch die rasche Unterstützung Englands vereitelt, die Reaktion in Europa gesichert hatte, war kein Grund zur Furcht vor einem durch jahrelange Kriege und nationale Bedrückung erschöpften Volk. Der dümmste König Preußens, der sich mit Napoleon nur über Gamaschenknöpfe unterhalten konnte, war der tückischste Gegner des Volkes. Mit dem Jahre 1815 endet die Unterdrückung der deutschen Nation durch eine fremde Macht, beginnt eine Zeit der schlimmsten Reaktion. Das Motto dieses Geburtsjahres Bismarcks heißt für die Bauern und Bürger Preußens: „Wir sind geopfert und betrogen worden.“

Der zweite Krieg gegen Napoleon im Sommer 1815 war kein Verteidigungskrieg, sondern ein Angriffskrieg, der Rausch der nationalen Erhebung war verflogen, die Herrscher saßen schon wieder fest im Sattel, die siegreich heimkehrenden Feldherren an der Spitze der Armeen boten die besten Garantien für die Durchführung der reaktionären Pläne. So ist *Wellington* noch Jahrzehnte später der Hort der Reaktion gewesen, als die Bourgeoisie sich von den Chartisten bedroht fühlte.

In Preußen haben seit 1815 nicht mehr nur die Generale kommandiert, sondern Polizei und Bureau-

kratie. Es ist merkwürdig, wie rasch *die* Generale, die die Volksbewaffnung wider den Willen des Königs durchgeführt hatten, vom Schauplatz verschwanden, in Unfrieden vom System schieden. Mit ihnen die Minister, die eine allgemeine Volksbildung durchzusetzen bemüht gewesen waren. *Humboldt* nahm seinen Abschied. *Stein* lebte grollend in der Verbannung. Sie war schimpflicher als seine Flucht nach Rußland, erzwungen von Napoleon. Selbst der schwankende Hardenberg ertrug die „neue" Zeit nicht lange.

Aber die *Polizei* hat das Regiment führen können. Unter Friedrich II. waren es die Kaffeeriecher, die Schnüffler im Auftrag der Regierung gewesen, die Preußen in Schach hielten. Jetzt sind es wieder Schnüffler, die Preußen überwachen, diesmal wird die Gesinnung beschnüffelt. Friedrich II. hatte nie etwas versprochen, Friedrich Wilhelm III. aber hatte bankerottiert und etwas versprochen. Er wurde meineidig und gab statt einer Konstitution die Bureaukratie.

25 dunkle Jahre. Die Prozesse wegen politischer Vergehen brechen nicht ab. Die Beschlüsse der Heiligen Allianz entscheiden das Schicksal der Volksbewegung. Die Spitzel des Zaren zeigen preußischen Polizisten den Weg zur Überwachung jeder freiheitlichen Bewegung. 1823 bequemt man sich zu einer Korrektur der provinzialen Verfassung. Das ist alles. Das Ständeregime bleibt unangetastet. Die *Bauern* werden ärger unterdrückt, schwerer belastet als vor Steins Erlaß aus dem Jahre 1809. Es gibt keine Pressefreiheit, keine Möglichkeit, seine Meinung zu

äußern. Die *Zensur* schikaniert Schriftsteller und Journale. Als im vierten Jahrzehnt die ersten Spuren einer *Arbeiterbewegung* auftauchen, arbeitet die Justizmaschine kalt und unerbittlich. Die Philosophie, die Rechtswissenschaft bilden besondere Systeme aus, um den bestehenden Zustand zu glorifizieren, zu konservieren. Der Staat wird losgetrennt von allen Beziehungen zu den Klassen, zu den lebendigen Kräften der Gesellschaft. Es entwickelt sich eine Schule höfischer Philosophie, in der der Feudalismus romantisch verklärt, das Gottesgnadentum dialektisch begründet wird. Aber der Mann, der seine Existenz auf Gottes Gnade zurückführt, kann nicht einen einzigen klaren Satz sprechen oder schreiben, er ist ein hölzerner, stupider Mensch, eine frostige Natur, ein Mann, der nur als Nußknackerfigur vorstellbar ist.

Unter seiner Herrschaft wird ein Reich, das ihm Andere erhalten haben, *administriert*. Die ungünstige Lage der Provinzen, die sich auf ganz Norddeutschland verteilen, erschwert den Verschmelzungsprozeß der Bevölkerung, ganz abgesehen davon, daß das ständische Prinzip die Menschen an den Ort fesselt, wo sie geboren sind. Der Wiener Kongreß hat Preußen um die *Rheinlande* vergrößert, aber das Schwergewicht des Staates liegt im ostelbischen Gebiet, das wirtschaftlich schwach ist und nicht entwicklungsfähig scheint. Bureaukratie und Armee allein fällt die Aufgabe zu, heterogene Landesteile, ungleich entwickelt, einander zu nähern. Wir werden sehen, wie ein ostelbischer Junker eine solche Aufgabe in Aachen löst.

Die religiösen Differenzen erschweren die Annäherung, daran vermögen die mystischen Phantastereien Berliner Hofkreise nichts zu ändern. Die Rheinlande, wirtschaftlich der fortgeschrittenste Teil Deutschlands, lagern im Verbande des preußischen Staates um 1830 wie ein Kolonialgebiet, sie bringen die meisten Einkünfte, erzeugen die höchste Produktion, liefern die fähigsten Menschen, aber es bleibt bei ihrer insularen Stellung. Später einmal wird der Koblenzer Hof eine gewisse oppositionelle Stellung annehmen, aber dann handelt es sich wesentlich um die Eroberung von Positionen in den höchsten Sphären.

Die ostelbischen Provinzen bilden den Kern des preußischen Staates, der sich — Fluch der polnischen Teilung — in den Schatten des Zarismus begibt, um seine Position zu konservieren. Und solange Frankreich an den furchtbaren Wunden eines zwanzigjährigen Krieges leidet, die westdeutsche Frage nicht auf der Tagesordnung steht, ist das Interesse Ostelbiens an seiner rheinischen Kolonie rein administrativer und finanzieller Natur, zugleich erwachsen Gegensätze neuer Art, als die proletarische Bewegung in den Industriegebieten des Westens sich langsam zu entwickeln beginnt.

AUSBRUCH UND UMKEHR

In diese dumpfe, beengte Zeit fällt die Jugend Otto v. Bismarcks. Ferdinand, sein Vater, Sproß einer altmärkischen Offiziers- und Landjunkerfamilie, haust an der Elbe in Schönhausen; die Familie hat ferner Besitz in Pommern bei Naugard.

Die Bismarcks waren im Mittelalter in Stendal ansässig, einer der Vorfahren des Kanzlers spielt in den Zünftekämpfen eine Rolle, wird als Reaktionär aus der Stadt vertrieben, macht üble Geldgeschäfte und kommt auf dunkle Weise zu Vermögen, verbindet sich mit den Markgrafen und fischt sein Leben lang im Trüben. Dieser Klaus v. Bismarck ist die einzige Person aus der langen Reihe des Geschlechts derer v. Bismarck, die in der Geschichte eine gewisse, wenn auch anrüchige Rolle gespielt hat. In späteren Jahrhunderten werden sie Gutsherren, Offiziere und Hofleute, auffallend gering sind ihre Verluste in den Kriegen Friedrichs II., die so furchtbare Lücken in die Reihen des preußischen Adels rissen. Einige Mitglieder der Familie müssen mit List oder sanftem Druck zum Heeresdienst gezwungen werden. Bismarcks Vater hat in den Napoleonischen Kriegen die Etappe vorgezogen. Seine Begabung als Landwirt ist schwach, die Güter verkommen, die Schulden-

lasten der Familie wachsen. Man kann von seinen geistigen Fähigkeiten nichts Rühmliches sagen, er ist endlich der Mann seiner Frau, einer ehrgeizigen, bigotten Bürgerstochter aus einem Beamtengeschlecht. *Wilhelmine v. Bismarck* ist eine geborene *Mencken*, der Vater war Kabinettsrat dreier Könige, Stein hielt ihn für ehrlich und stark liberal, seine Vorfahren waren Professoren in Leipzig gewesen, im Laufe des 18. Jahrhunderts gerieten sie in den Hofdienst Preußens.

Es ist eine Ehe, in der sich die Struktur der herrschenden Kreise Preußens widerspiegelt: Adel und Bureaukratie reichen sich die Hand. Der Adel beginnt lässig, gleichgültig zu werden, die Bourgeoisie versucht auf dem Umweg über die Bureaukratie zur Macht zu gelangen — es ist merkwürdig, wie sich im absolutistischen Preußen die Bourgeoisie im Range bezahlter Beamten eine Position gegenüber dem Feudalismus zu behaupten sucht. Sie erfüllt die Aufgaben, deren die Landjunker nicht fähig sind, auf die sie zugleich verächtlich herabblicken, aber die bourgeoise Bureaukratie erweist sich als ellenbogenstark und kokettiert mit dem Liberalismus, das kann sie sich leisten, zugleich aber ringt sie krampfhaft und rücksichtslos um einen Platz an der Sonne des Hofes und seiner Gesellschaft. Bismarck hat selbst mit bitterm Unterton geschildert, welche Künste seine Mutter aufbot, um in den Wintermonaten eine Rolle in der höfischen Gesellschaft zu spielen. Man schränkte sich ein, die Mittel waren knapp, die Wohnung eng und klein, aber die

Mutter wollte Gäste haben, Repräsentationspflichten ausüben, Macht erringen. Es ist nicht unmöglich, daß der junge Bismarck unter solchen Verhältnissen schon in früher Jugend die Abneigung gegen die servile, ehrgeizige, katzbuckelnde Bourgeoisie Preußens empfing. Er hat immer freundlich von seinem geistig beschränkten, stillen Vater gesprochen, aber seiner Mutter nie mehr als schuldigen Respekt bewiesen. Sie war eine schöne Frau, aber ebenso prachtliebend wie hart und kalt, ihre Bigotterie war von mystischen Anwandlungen nicht frei, ihre Lieblingslektüre sind jene verschrobenen, pseudophilosophischen, religiösen Schriften gewesen, die in der Reaktionszeit des dritten und vierten Jahrzehnts die Gemüter erquickten. Die Mutter will den Sohn in die diplomatische Laufbahn drängen, sie muß empfunden haben, daß in der Armee keine Lorbeeren zu holen waren. Die Zukunft schien ein ziviler Beruf zu haben. Man kann nicht sagen, daß der Instinkt die ehrgeizige Frau falsch geleitet hat. Sie unternimmt die richtigen Schritte, schickt den Jungen in eine besondere Erziehungsanstalt nach Berlin, die als fortschrittlich bekannt war, und in der das bürgerliche Element den Ausschlag gab. Aber die Abneigung gegen das mütterliche System einer Verbürgerlichung wird jetzt nur noch verstärkt. Je mehr die Mutter sich darum bemüht, den Jungen zu entjunkern, desto heftiger wird der Widerstand.

Die Plamannsche Erziehungsanstalt in Berlin fußt auf Grundsätzen Jahns und Pestalozzis, ihre Zöglinge sind bürgerlicher Herkunft; Mitschüler und

Lehrer mokieren sich über das „von"; die harte, strenge Zucht, die keine Unterschiede zwischen Bürgersöhnen und Junkern machte, das Hungerleben in der Stadt, die Demonstrationen der Bürger gegenüber dem Adelssprößling erhöhen den Widerstand des Landjunkerkindes. Später, auf dem Gymnasium zum Grauen Kloster, leidet Bismarck unter dem „Adelshasse" einzelner Lehrer; er glaubt in ihm eine Reminiszenz aus den Zeiten vor 1806 erblicken zu müssen; er wollte nicht sehen, daß das „gebildete Bürgertum" nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft strebte, und dieser Adelshaß eine Folge der Regierungspolitik seit dem Ende der Napoleonischen Kriege war.

Ostern 1832 verläßt Bismarck die Schule. Seine „Gedanken und Erinnerungen" verzeichnen, daß er damals überzeugt gewesen sei, die Republik wäre die vernünftigste Staatsform; der Siebzehnjährige stellte offenbar unter dem Eindruck der staatlichen Umwälzungen in Frankreich und Belgien, der steigenden Gärung, wenigstens theoretische Betrachtungen über die beste Staatsform an. Die bittere oder geringschätzige Kritik, die er von Erwachsenen über die Herrscher zu hören gewohnt war, haben ihre Wirkung doch nicht verfehlt, aber die angeborenen preußisch-monarchischen Gefühle waren unausrottbar, in Harmodius und Aristogeiton, in Brutus und Tell sah er Verbrecher und Mörder. „Jeder deutsche Fürst, der vor dem Dreißigjährigen Krieg dem Kaiser widerstrebte, ärgerte mich. Vom Großen Kurfürsten an aber war ich parteiisch genug, anti-

kaiserlich zu urteilen und natürlich zu finden, daß der Siebenjährige Krieg sich vorbereitete."

Preußen, Monarchie, Autorität — das sind die Grundbegriffe, die im politischen Denken des Jünglings vorherrschen. Man mag von Schwankungen absehen, man mag die Taktik später verändert finden — der Siebzehnjährige schon wird von gleichen Vorstellungen beherrscht wie der Siebzigjährige. Die Abneigung gegen die liberale Bourgeoisie ist die gleiche geblieben, wenn er auch später der Vollstrecker ihres Willens wurde. Seine Sympathien blieben stets auf seiten der Autorität des Feudalismus.

Im Frühjahr 1832 bezieht Bismarck die Universität. Noch einmal scheint die Möglichkeit geboten, mit Tradition und Ideen der Herkunft zu brechen. Es ist fast erschreckend, wie unberührt dieser junge Mensch von den Strömungen der Zeit bleibt. Das Fest von Hambach, der Sturm auf die Frankfurter Wache, die Vorgänge in Hessen, das grauenvolle Polizeiregime in ganz Deutschland ziehen an diesem Menschen vorüber, ohne ihn hinzureißen, ohne ihn zu beeinflussen. Er hatte sich in den ersten Universitätswochen der Burschenschaft angeschlossen, um ihr rasch wieder zu entfliehen. Die Gründe, die er selbst angibt, zeugen von einer erschreckenden Primitivität des Denkens: ihm mißfiel die Weigerung, Satisfaktion zu geben, ihn stieß der Mangel an äußerlicher Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft ab; dann war es die „Extravaganz ihrer politischen Auffassungen", die den endgültigen Bruch

mit der liberalen Bourgeoisie jener Tage herbeiführte. Er glaubte an die Möglichkeit einer deutschen Einheit, aber schon damals schwebte ihm das Evangelium von Blut und Eisen vor. Und es ist ferner bemerkenswert, wie gering der Einfluß der Professoren war, ja er mied überhaupt ihre Vorlesungen. Aus seiner Universitätszeit gibt es nichts als einige Anekdoten von Studentenstreichen, wie sie jeder junge Mensch seiner Klasse erlebt hat, und es ist müßig, diese Jungenstreiche zu erzählen.

Als Bismarck nach Berlin zurückkehrte, war der letzte Rest von liberaler Gesinnung verschwunden, die „tumultuarischen Eingriffe in die staatliche Ordnung" widerstrebten seiner altpreußischen Schulung. Er hatte sich nicht vorwärtsentwickelt, sondern war stehengeblieben, hatte sein Kastell bezogen und die Außenwerke verstärkt. Im Herbst 1833 kam er nach dem Norden zurück und ließ sich an der Berliner Universität immatrikulieren. Die Semester in Göttingen waren müßig vergangen, er hat später offen zugegeben, daß er fast nichts gearbeitet und viele lästige Schulden gemacht habe. In Berlin wird sich nichts ändern; er belegt Vorlesungen über Finanzwissenschaften und Nationalökonomie, Landrecht, Staatswissenschaften, Schiffahrtskunde, preußische Statistik. Sein Biograph Marcks muß zugeben, daß von einem Eindruck irgendwelcher akademischen Lehrer niemals die Rede sein könne, und wir hätten auch keinen Anlaß, ihn anzunehmen. Die Mutter sieht dem Treiben enttäuscht und mißvergnügt zu, ihre Träume scheinen sich nicht zu verwirklichen,

sie versucht dem Sohn einzureden, doch die militärische Laufbahn einzuschlagen, vielleicht fehlt ihm die Selbstzucht, vielleicht wird ihn die Kaserne zur Tätigkeit zwingen — aber der Sohn widersteht dem kategorischen Drängen, in den letzten Monaten paukt er für sein Examen, setzt seinen Willen gegenüber der Mutter zum erstenmal durch, besteht die Prüfung, wird Auskultator am Berliner Stadtgericht. Im Winter 1835 geht er zum erstenmal an den Hof. Die Mutter glaubt den Sieg errungen zu haben.

Erster Ansturm auf eine Position folgt nun in fünf unruhigen Jahren: Auskultator in Berlin, Referendar in Aachen, Assessor in Potsdam, zwischendurch dient Bismarck sein Jahr als Jäger ab, er brennt vor Begier, alle unteren Stufen zu überspringen, nur nicht gehorchen zu müssen, endlich befehlen zu können. Er will sich weder mit dem täglichen verdrießlichen bureaukratischen Kleinkram herumplagen, noch lange gezwungen sein, auf Vorgesetzte Rücksicht nehmen zu müssen. Der Landjunker erträgt die Abhängigkeit von zufälligen Personen so wenig wie den Zwang, eine Stufenleiter auf Kommando hinaufklettern zu müssen. Der Wille zur Macht ist ebenso groß wie die Abneigung gegen Gehorsam. Er scheint sich in diesen Jahren immer noch keiner Aufgabe bewußt zu sein, sein einziger Wunsch ist Ungebundenheit, der Besitz einer Position, die ein junkerähnliches Leben gestattet. Er will kein Untertan werden. Es ist ein dumpfer, unklarer, aber fast unheimlicher Drang, der ihn überfällt und vorwärtsstößt. Manchmal denkt man, daß das Leben

des Zwanzigjährigen jetzt am Wendepunkt angelangt ist.

In denselben Jahren gerät ein russischer Junker, *Michael Bakunin*, ein Jahr älter als der märkische Junker, in die ersten, schweren Konflikte mit seinen Vorgesetzten, kehrt gleichfalls aufs Land zurück, um es schließlich nicht länger zu ertragen und ins Ausland zu flüchten. Auch er plant Reisen in die weite Welt — ebenso wie Bismarck; auch er will nicht dienen, auch er will um jeden Preis seine Unabhängigkeit behaupten. Schulden, schwierige ökonomische Verhältnisse, Krankheit der Mutter, ein heruntergewirtschaftetes Gut, eine vielköpfige Familie gestatten den Müßiggang nicht, und das Problem lautet vor allem, wie wird man seine Selbständigkeit bewahren können? Aus solchem Grundgefühl, aus solchem ungebändigten Freiheitsdrang wird der eine zum Anarchisten, der andere zum „tollen Junker", der sich die Macht im Staat erobert, um niemandem dienen zu müssen, ja: sie wollen beide *nicht dienen.*

Aber der Mann, der aus der Steppe in die westeuropäischen Städte einbrach, macht radikal Ende mit allen Traditionen und Bindungen, der Mann von der märkischen Scholle, Sprößling aus der Ehe einer Bureaukratentochter und eines Offiziers Friedrichs II., fühlt sich seiner Kaste verpflichtet und erwehrt sich jeder Gelüste, auszubrechen. Einmal verliert sich für kurze Zeit auch sein Weg im Dunkel, in Aachen wird er in Liebesaffären verstrickt, folgt einer Engländerin nach dem Süden, niemand weiß,

wie es zum Bruch kam, weshalb er plötzlich wieder auftaucht; vom Heimweh vielleicht überfallen oder vom Pflichtgefühl heimgesucht? Sein Leben lang wird er mit Fühlen und Denken immer nur wieder die pommersche, niedersächsische Landschaft umkreisen, man wird ihn förmlich die Flucht aufs Land ergreifen sehen, er war es satt, im steinernen Meer zu treiben, Dinge zu tun, die er ironisiert, ja verachtet. Es muß etwas wie Heimweh gewesen sein, stärker aber und entscheidend war das Verlangen nach Unabhängigkeit und Befehlsmöglichkeiten.

In Berlin beschäftigen sie ihn mit Bagatellsachen; noch viele Jahrzehnte später schildert er, wie er da in engen Räumen sitzen mußte, „das Lokal und die Prozedur hatten etwas von dem unruhigen Verkehr an einem Eisenbahnschalter. Der Raum, wo der leitende Rat und die drei oder vier Auskultatoren mit dem Rücken gegen das Publikum saßen, war von hölzernen Gittern umgeben, und die dadurch gebildete viereckige Bucht war von der wechselnden und mehr oder weniger lärmenden Menge der Parteien rings umflutet". Der Landjunker, eingesperrt in ein Gatter, will den Weg zur diplomatischen Laufbahn abkürzen, meldet sich zum Dienst in der rheinischen Regierung, weil man dort in zwei Jahren abmachen kann, wozu im alten Preußen mindestens drei Jahre erforderlich waren. Er wird Referendar in Aachen; in Schönhausen hatte er sich zum Examen vorbereitet, aus jener Zeit existiert ein Brief an einen Freund, in dem er gesteht:

„Die Berliner meinen, ich wäre verrückt, und

die Bauern sagen: use arm junge Hehr, wat maak em wull sin?"

Die Schulden plagen ihn, das Verhältnis zu den Eltern verschlechtert sich, Liebschaften wechseln in rascher Folge, von Enttäuschungen scheint das Leben nicht frei gewesen zu sein. Und in diesem verschollenen Winkel Schönhausen, diesem alten Hause, das er ironisch „meiner Väter Schloß" nennt, haust er nun mit einer alten Mamsell und vollendet seine Referendararbeiten, bemerkenswert, daß er in ihnen indirekte Steuern auf den Massenverbrauch empfiehlt; eine Arbeit über den Eid offenbart eine gewisse religiöse Skepsis — er liest damals Spinoza und Voltaire, aber man wird sehen, wie unberührt sein innerstes Wesen geblieben ist.

Im Juni 1836 besteht er in Aachen sein Examen; dort ist sein Vorgesetzter der Graf Arnim-Boitzenburg, der zwar „die generelle Staatsperücke, aber keinen Zopf trug". Über alle andern Beamten äußert er sich damals wie später nur abfällig. Arnim ist auffallend entgegenkommend, Konflikte bleiben nicht aus, Bismarck betrachtet die Stellung als Sinekure, überschreitet seinen Urlaub um privater Affären willen; wer glaubt, er würde Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung suchen, wird sehr enttäuscht. Er sucht, wie einst in Göttingen, Verkehr mit Ausländern, vor allem mit den Briten, eine Liebesaffäre ist ihm wichtiger als das ganze Amt, er überschreitet seinen Urlaub, reist mit einer Frau in der Welt herum; als sie ihm von einem reichen Engländer abgejagt wird und seine eigenen finanziellen

Verhältnisse immer schwieriger werden, kehrt er, von Reue und Heimweh gepackt, im Bewußtsein, eine Niederlage erlitten zu haben, nach Pommern zurück und meldet sich schriftlich in Aachen ab.

Die Eltern grollen, die Mutter ist außer sich, der Vater droht mit Abbruch der Beziehungen, noch einmal gibt er nach, läßt sich bewegen, bei der Regierung in Potsdam zu arbeiten, aber hier wie einst in Aachen findet er den „Geschäftsgang" nicht ermutigend: „Ich fand die mir zugewiesene Beschäftigung kleinlich und langweilig."

Nach wenigen Monaten muß er zum Militär einrücken; es geschieht widerstrebend und muß für ihn eine bittere Zeit gewesen sein, denn die Nachrichten fließen spärlich, das Wenige läßt nichts als Abneigung vermuten. Vielleicht war es das schlimmste Jahr seines Lebens — Niederlagen auf allen Fronten: der Konflikt mit der Aachener Regierung, die Enttäuschung in der Liebesaffäre, wachsende Schulden, zuletzt erkrankt die Mutter an Krebs; er weilt, so oft es der Dienst erlaubt, am Bett der Verlorenen, seine Stimmung ist fast verzweifelt, er hat völlig resigniert, äußert dem Vater gegenüber, er hoffe vom Lebensglück nichts mehr, der Ekel überkomme ihn beim Gedanken an die Beamtenlaufbahn.

Die Mutter, der Otto Schuld gibt, beschwört er, „ihm eine andere Stellung zu geben", er möchte am liebsten eine Zuckerfabrik leiten — er kann nicht im Dienst der Regierung bleiben, die Scherereien mit der Aachener Regierung wegen seiner Schulden, seiner eigenartigen Flucht vergällten ihm die

letzte Lust an der Bureaukratie. Er will nicht länger abhängig sein, gewiß ist auch, daß ihn bei der immer schwierigeren finanziellen Lage die Aussicht auf eine schlecht bezahlte Beamtenlaufbahn quälte. Er bestürmt die Eltern unaufhörlich; die sterbende Mutter sieht ihre Pläne gescheitert, man gibt nach, der Vater selbst räumt ein, daß der Staatsdienst nur etwas für reiche Leute sei. „Auf dem Lande dachte ich zu leben und zu sterben, nachdem ich Erfolge in der Landwirtschaft erreicht haben würde, vielleicht auch im Kriege, wenn es einen gäbe. Soweit mir auf dem Lande Ehrgeiz verblieb, war es der eines Landwehrleutnants."

DIE MUSIK DES JUNKERS

Am 1. Januar 1839 stirbt die Mutter. Der Weg für ein neues Leben ist frei, aber acht verlorene Jahre liegen hinter dem Fünfundzwanzigjährigen, eine Entwicklung ist unterbrochen, ein Ansturm auf eine Position abgeschlagen, der Junker geht aufs Land zurück — mit Enttäuschungen belastet, von Sorgen bedrückt. Im Oktober 1839 wird sein Entlassungsgesuch aus dem Staatsdienst bewilligt. Ein Wrack ankert im Hafen. Das Leben scheint keine Möglichkeiten mehr zu bieten.

Im Herbst 1838 saß er in Greifswald, studierte Chemie, um sich auf seinen landwirtschaftlichen Aufgabenkreis vorzubereiten, nebenher diente er sein Jahr beim Jägerbataillon zu Ende. Damals rechtfertigt er in einem eingehenden, aufschlußreichen Schreiben an eine ältere Freundin seinen Berufswechsel, der ihm eine Entscheidung fürs ganze Leben bedeutete. Der ursprüngliche Brief ist nicht erhalten, aber in seinen Kreisen muß darüber gesprochen sein, der Vater hörte davon und bat sich das Konzept aus, nur in dieser Form ist das Dokument erhalten. Der Brief datiert vom 29. November 1838. Bismarck rechtfertigt sein Ausscheiden aus der Bureaukratie, den Verzicht auf die Karriere, die ihn nie hätte

befriedigen können: „Daß mir von Hause aus die Natur der Geschäfte und der dienstlichen Stellung unserer Staatsdiener nicht zusagt, daß ich es nicht unbedingt für ein Glück halte, Beamter und selbst Minister zu sein, daß es mir ebenso respektabel und unter Umständen nützlicher zu sein scheint, Korn zu bauen als administrative Verfügungen zu schreiben, daß mein Ehrgeiz mehr danach strebt, *nicht zu gehorchen, als zu befehlen;* das sind facta, für die ich außer meinem Geschmack keine Ursache anzuführen weiß, indessen, dem ist so." Es gäbe nur einen Grund, der ihn veranlassen könnte diese Abneigung zu bekämpfen, wenn er umfassender auf das Wohl seiner Mitbürger wirken könnte, als es einem Privatmann möglich ist. Aber er zweifele, ob er wirklich ehrlich genug denke, um seine Kräfte mehr auf die Beförderung des Wohls anderer als auf die des eigenen zu verwenden, es gäbe tüchtige Leute genug, die das Land zu verwalten imstande seien. Der preußische Beamte sei in seiner Wirksamkeit beschränkt, er könne nur die administrative Maschinerie in dem einmal vorgeschriebenen Geleise fortschieben, der Beamte gleiche dem einzelnen Spieler im Orchester, er müsse sein Bruchstück abspielen, wie es ihm gesetzt sei, er möge es für gut oder schlecht halten. *„Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine."* Und dann kommt ein Bekenntnis zu einem freieren Staatswesen, Wünsche werden laut, die überraschen, die bisher nie gehört wurden, er spricht fast neidvoll von Staaten mit freier Verfassung, in denen der

Staatsbeamte offen seine ganze Kraft an die Verteidigung und Durchführung der Maßnahmen und Systeme setze, von deren Gerechtigkeit und Nutzen er überzeugt sei. „Bei uns aber muß man, um an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen zu können, besoldeter und abhängiger Staatsdiener sein; man muß vollständig der Beamtenkaste angehören, ihre falschen und richtigen Ansichten teilen und jeder Individualität in Meinung und Handlung entsagen. Mißbräuche, wirkliche oder scheinbare, die mit unsern Obern, Vorgesetzten und selbst Kollegen in Verbindung stehen, muß man ansehen, ohne sie offen angreifen zu dürfen, und selbst was uns untergeben ist, steht mehr unter dem Einfluß des Herkommens und feststehender Vorschriften, als unter dem des Vorgesetzten.“ „Selbst in meiner kurzen Laufbahn habe ich oft gesehen, wie die kostspielige Zeit und Arbeit schwer bezahlter Behörden auf eine Weise totgeschlagen wurde, daß man unbedingt glauben mußte, die Geschäfte seien erfunden, um dem vorhandenen Beamten zu tun zu geben, und nicht die Beamten angestellt, um notwendige Geschäfte zu besorgen; und gegen solches und anderes Unwesen kämpfen ausgezeichnete Vorgesetzte mit aller Energie, aber ohne Erfolg; es liegt einmal in der Natur unserer Verwaltung.“ Er beklagt, daß selbst hochgestellte Beamte gegen schädliche, drückende, ungerechte Maßnahmen nicht nur nicht zu opponieren wagten, sondern sie sogar wider ihre Überzeugung nach allen Kräften fördern zu müssen glaubten. Wo soll da Freude an der Berufserfüllung

aufkommen, welchen Nutzen hat das Vaterland? Das System ist ungerecht, die Regierung befolgt Grundsätze, die man bekämpfen muß, *„insoweit der Gehorsam gegen die bestehenden Gesetze es erlaubt"*. Er verteidigt sich gegen den Zweifel an seiner politischen Überzeugung, die er so offen bekundet, er glaubt der Freundin beweisen zu müssen, daß ihn sein Gewissen verpflichte, den entscheidenden Schritt zu tun.

Man muß ihn damals schon für einen zynischen, egoistischen Menschen gehalten haben, der nur schwer dazu zu bringen schien, etwas ernst zu nehmen. Das Mißtrauen gegen seine Motive war stark; wie er sich zu äußern, wie er zu handeln pflegte, war immer Anlaß zum Mißverständnis gegeben. Er gibt zu, daß er Ehrgeiz besitze, für Auszeichnungen, wie sie *Peel, O'Connel, Mirabeau* im Staatsdienst empfangen hätten, sei er empfänglich, aber „die Erfolge, welche ich auf dem breitgetretenen Wege, durch Examen, Konnektionen, Aktenstudium, Anciennität und Wohlwollen meiner Vorgesetzten zu erreichen vermag", reizten ihn gar nicht. Ja, er räumt ein, daß er an alle Befriedigungen der Eitelkeit denke; der Junker schwärmt von der ganzen wirklichen geheimen Glorie, welche zuletzt ihn und seine Familie umstrahlen würde. — „Kurz, ich bin nicht frei von Ehrgeiz, halte ihn aber für eine ebenso schlechte Leidenschaft als jede andere, und noch etwas törichter, weil er, wenn ich mich ihm hingebe, das Opfer meiner ganzen Kraft und Unabhängigkeit fordert, ohne mir, auch bei dem

glücklichsten Erfolge, eine dauernde Befriedigung und Sättigung zu gewähren.“ Finanzielle Gründe? „Um eine große Landwirtschaft heutzutage richtig zu leiten, ist vielleicht mehr Verstand erforderlich, als um Geheimer Rat zu werden. . . .“ „Ein Gehalt, mit dem ich bei meinen Bedürfnissen heiraten und in der Stadt einen Hausstand bilden könnte, würde ich, bei der besten zu erwartenden Karriere, im 40. Jahre etwa als Präsident und dergl. haben, wenn ich trocken vom Aktenstaub, Hypochonder, brust- und unterleibskrank vom Sitzen geworden sein werde und eine Frau zur Krankenpflege bedarf. Für diesen mäßigen Vorteil, für den Kitzel, mich Herr Präsident nennen zu lassen, für das Bewußtsein, dem Lande selten so viel zu nützen als ich ihm koste, dabei aber mitunter hemmend und nachteilig zu wirken, und das zu erfüllen, was ich unbedachtsamerweise zu meiner Pflicht gemacht habe, dafür bin ich fest entschlossen, meine Überzeugung, meine Unabhängigkeit, meine ganze Lebenskraft und Tätigkeit nicht herzugeben, solange es noch Tausende, und unter diesen viele ausgezeichnete Leute gibt, nach deren Geschmack jene Preise hinreichend kostbar genug sind, um sie den Platz, welchen ich leer lasse, mit Freuden ausfüllen zu machen. . . .“ Und weil er zu glauben scheint, man zweifele an seiner Ehrerbietung gegenüber König und Staat, gegenüber seiner Familie, die er durch seine Taten berühmt machen könnte, versichert er, daß er immer ein sehr achtungswertes Mitglied der menschlichen Gesellschaft bleiben werde — er meint seine Klasse, und

der Realist, der nie den Boden unter den Füßen vergißt, mahnt dringend den Vater, daß der Bruder Landrat werden müsse, er selbst werde sich um die Position des Kreisdeputierten bemühen.

Besitzen die Brüder beide Posten, wird ihre Wirtschaft den Vorteil haben.

Weshalb ist jener Brief so bedeutsam, weshalb muß man ihn so ausführlich zitieren? Er enthält die schärfste Kritik an der Bureaukratie jener Zeit; er ist ein Dokument der Anklage gegen das System Friedrich Wilhelms III. Der Briefschreiber leugnet nicht, daß er in Opposition zur Regierung steht, er weiß, daß er in diesem Königreich keinen Posten bekleiden wird, der ihm verspricht, erfolgreich Änderungen vorzunehmen, ihm entschlüpfen Geständnisse von Träumen, denen er in einsamen Stunden nachjagte. Ist es ein Zufall, wenn plötzlich der Name Mirabeau auftaucht? wenn er von freieren Staaten spricht? Man weiß nicht, wie er sich ein neues System dachte, jedenfalls scheint es nicht an Ideale des alten ständischen Preußen anzuknüpfen. Seine Kritik an der Bureaukratie, am System, an der Regierung des Landes überhaupt, ist ja nicht einzig dastehend.

Gegen Ende der dreißiger Jahre lebt ganz Deutschland, besonders Preußen, in Unzufriedenheit. Man wartet auf einen Regierungswechsel, Friedrich Wilhelm wird bald 70 Jahre alt, er ist verknöcherter, unzugänglicher denn je. Bismarck kennt die Lage am Hof, er ging seit 1835 selbst zu Hofe; den Prinzen Wilhelm lernt er auf einer Soirée kennen,

es war ihre erste Begegnung. Der Inhalt des Gesprächs ist banal, jener Refrain kehrt wieder, der alle diese Gespräche preußischer Prinzen auszeichnet: „Warum sind Sie nicht Soldat geworden?“ „Zu schlechte Aussichten, Königliche Hoheit.“ „Nun, in der Juristerei sind sie wohl auch nicht besser.“ Was dem Prinzen vor allem auffiel, war das Gardemaß des jungen Juristen.

Aber wie wenig verspürt Bismarck von der Gärung, die das ganze Land erfüllt, er ignoriert die große politische Bedeutung des Zollvereins, der 1833 geschlossen war und die deutsche Frage einen entscheidenden Schritt vorwärtsbrachte. Wenn man offen sein will, kommt für ihn der Zollverein damals nur deshalb in Frage, weil er Möglichkeiten für einen Posten gab. Und an diesem Posten liegt ihm nicht einmal viel. Er will nur ein Unterkommen haben. Er ignoriert die Bewegung innerhalb der Bourgeoisie, die technischen Fortschritte des vierten Jahrzehnts, er weiß nichts von den hessischen Unruhen, in diesen Jahren vollzog sich ja die Tragödie Büchners. Und wenn Bismarck von diesen Vorgängen Notiz nimmt, geschieht es mit Empörung.

Die Tätigkeit in Staatsdiensten bringt ihn sofort in Opposition, aber schon damals befolgt er die gleiche Taktik wie später: er sympathisiert nicht mit der allgemeinen Opposition, geschweige, daß er den Schritt unternähme, Oppositionsführer zu werden, ja sich dieser Opposition auch nur anzuschließen. Er bleibt innerhalb seiner Klasse und flieht aufs Land. *Denn dieser Entschluß war eine Flucht.* Das Schicksal

hatte ihm eine Chance geboten, er schlug sie aus, ja er hat sie nicht einmal erkannt, so sehr war er mit seiner Klasse verbunden, so sehr war er Altpreuße, Royalist.

Die Mächte, die in diesem Lande herrschten, tastete er nicht an. Er übt Kritik, aber er hält die Lage für notwendig und beruft sich darauf, daß die *Verhältnisse in der Natur begründet seien.* So handelt kein Abenteurer, kein Revolutionär, kein Kämpfer, sondern so handelt jemand, der mit seiner Klasse aufs engste verbunden ist und ihre Schranken nicht durchbrechen will. *Er will befehlen, aber nicht gehorchen,* er will seinen Ehrgeiz befriedigen, es muß eine große Aufgabe sein, er will unabhängig sein — die Unabhängigkeit aber winkt ihm nur auf dem Lande, wo die Junker herrschten. Und so übernimmt er die Güter in Pommern, dort wo die Bedrückung der Bauern am schlimmsten ist. Da ist er endlich absoluter Herrscher. Der Bruder wird Landrat werden, er selbst Kreisdeputierter. Das Regiment nimmt seinen Anfang. *Er weicht der Opposition aus, um die Bedrückung der Bauern vorzuziehen.* Und kann Musik machen, wie er sie für gut befindet.

DAS PARADIES DES „TOLLEN BISMARCK“

Pommern ist ein Paradies für die Junker, war es immer gewesen. Diese preußische Vendée hat die schärfsten Reaktionäre und das größte Elend hervorgebracht.

In späteren Jahren, kurz vor Ausbruch der Märzrevolution 1848, hat Bismarck von Schönhausen aus einmal die Zustände in der Altmark geschildert, die sich von den Verhältnissen in Pommern nicht sehr unterschieden. Es war im Februar 1847. Da schrieb er: „Ich habe mich in diesem Winter etwas mehr um die hiesige Armenpflege bekümmert, und, wenn nicht in meinen Dörfern, so doch in der benachbarten Stadt Jerichow, Elend gefunden, wie es nicht schlimmer sein kann. Wenn ich bedenke, wie ein Taler einer solchen hungernden Familie über Wochen hinweghilft, so ist es mir fast wie ein Diebstahl an den Armen, die hungern und frieren, wenn ich dreißig ausgebe, um die Reise zu machen. . . .“ „Wie weit kann, wie weit soll das führen? Der Armen sind mehr, als alle Schätze des Königs speisen können.“

Es sind die krisenreichen Jahre kurz vor dem Ausbruch der revolutionären Bewegung, die ganz

Europa erschüttern wird. In Preußen kam es 1844 zu den Weberrevolten in Schlesien, die mit militärischer Hilfe niedergeschlagen wurden. Im ganzen Lande herrscht jahrelang Unruhe. Seit der Julirevolution von 1830 hatte sich die Situation völlig verändert, war die Reaktionszeit kein bleibender Zustand mehr. Die Bourgeoisie kam in Frankreich zur Macht, erwarb sich zwei Jahre später in England wichtige Positionen, selbst in Deutschland begann sie sich zu regen. Die technischen Fortschritte, die rasche Entwicklung der rheinisch-westfälischen Industrie stärken die Bourgeoisie, sie ist vor allem an der Gründung des Zollvereins interessiert und beteiligt. Inzwischen nehmen die Junker die Zeit wahr und vermehren ihren Besitz; die Bauernbefreiung Steins hatte der Leibeigenschaft formal ein Ende bereitet, aber nach den Freiheitskriegen versuchen die Junker mit allen Mitteln, ihre frühere Machtstellung zurückzuerobern, in ihren Händen liegen Verwaltung, Justiz, dank der ständigen Verfassung sind sie unumschränkte Herren in den Provinzen. Die Bauern werden der Abgaben, Fronden, Dienste nicht ledig. Ihre persönliche Freiheit bleibt ihnen gewährleistet, aber die Junker nutzen gewisse Bestimmungen der Gesetzgebung rücksichtslos in ihrem eigensten Interesse aus. Franz *Mehring* schildert in seiner „*Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*" diesen Raubzug der Junker. Die Bauern, die kein Gespann besaßen, waren der Willkür der Junker völlig preisgegeben. Man zog ihre Stellen ein, kündigte ihnen, bewog sie zum Verzicht auf ihre Rechte. Die spann-

fähigen Bauern wurden „reguliert", man nötigte sie, ihre besten Ländereien den Junkern gegen Ablösung von allen Feudallasten zu überlassen. Der Rest Land, der ihnen verblieb, wurde als ihr Eigentum anerkannt. Mehring erzählt, daß in ostelbischen Provinzen auf diese Weise 70 582 erbliche Eigentümer entstanden, 289 652 spannfähige Bauern sich von den feudalen Lasten ablösten. Die ganze Befreiung kostete den Bauern an Land 1 533 050 Morgen, an Kapitalabzahlung 18 544 768 Taler, ferner an jährlich zu zahlender Rente 1 599 992 Taler und 260 069 Scheffel Getreide. Die enteigneten Bauern mußten Taglöhnerdienste übernehmen; Bismarck schreibt, daß seine Taglöhner jährlich 156 Manns- und 26 Frauentage unentgeltlich zu arbeiten hatten; ihr Lohn selbst bestand in knappen Naturallieferungen und einem Entgelt von vier Silbergroschen täglich, im Winter waren es nur $1^1/_2$ Silbergroschen; die Frauen erhielten noch weniger. Damals begann die Industrialisierung der Landwirtschaft, man baute Zuckerrüben, Fabriken wuchsen wie Pilze aus der Erde. Die Konjunktur schien günstig zu werden. Gerade zur Zeit, da Bismarck aus dem Staatsdienst schied, setzte diese Umwälzung ein. Die Bismarcks gründeten Fabriken, Bismarck selbst lockte die Aussicht auf günstige Resultate, solche Fabriken zu leiten. Daneben brannte man Schnaps in ganz Ostelbien. Mehring schreibt: „*Die preußische Spritindustrie vergiftete die Massen mit einem Erfolg, der nur von der englisch-indischen Opiumindustrie zur Vergiftung Chinas übertroffen worden ist.*"

Die Arbeitskräfte waren billig, die Ablösungsgelder der Bauern machten die Junker kapitalskräftig, politisch aber waren sie die Herren, weil ihnen alle feudalen Vorrechte verblieben. Ja, hier war die Möglichkeit geboten, nicht zu dienen, sonden zu befehlen, hier konnte man eigene Musik machen.

Drei Güter hatte Bismarck in Pommern übernommen. Sie waren im letzten Jahrzehnt heruntergewirtschaftet, die Mutter hatte große Summen ausgegeben, planlos gearbeitet, die Bismarcks standen damals fast vor dem Ruin.

Bismarck rationalisierte. Er hatte mit dem Bruder Bernhard gemeinsam die Güter verwalten wollen. Bald stellte sich heraus, daß eine Zusammenarbeit unmöglich war, Bismarck drängte den Bruder heraus. Man machte sich die Arbeit leicht und legte sich aufs Schnapsbrennen, die billigste Methode, die Krise zu überwinden. Acht Jahre später rechnet Bismarck sich einen Gewinn von 20 Prozent aus. Das war ein sehr günstiges Resultat, aber der Teufel Unruhe läßt den Menschen nicht los, der aufs Land geflüchtet war, aus Furcht vor der Ruhe hinterm Gatter der Amtsstuben.

In jenen Jahren haben sie ihn den „tollen Bismarck" genannt, er trinkt und spielt, treibt sich im Lande umher, 1842 reist er nach England, um dort nichts anderes zu sehen, als was ihm sein Klassenstandpunkt erlaubt. Er sucht sich zu beruhigen, geht auf die Jagd, zwischendurch überkommt ihn plötzlich wieder die Lust nach dem Staatsdienst, er macht

sogar einen sehr ernsten Anlauf, berichtet später, er habe 1845 Minister werden wollen; als ihn der Oberpräsident nicht sofort empfängt, läuft er davon. Diese Anwandlungen, wieder in den Staatsdienst einzutreten, überfielen ihn, als die Güter wieder auf der Höhe waren, eine Aufgabe war nun vollendet, sein Ehrgeiz gab ihm keine Ruhe. Und so betäubte er sich, so kam es zu wilden Gelagen mit Gutsnachbarn und Offizieren, er wurde in Duelle verwickelt, sein Wesen schien immer herausfordernder zu werden, von Liebesaffären ist sein Leben nicht frei, aber er verhöhnt die Freunde, die ihren Leidenschaften nachgeben. 1842 reist er ins Ausland, 1843 besucht er zum erstenmal Paris, die Reisen unterbrechen nur das eintönige Landleben, mißmutig kehrt er stets heim, im Herbst 1843 phantasiert er von Reisen in weite Fernen: „ich denke einige Jahre Asiat zu spielen, um etwas Veränderung in die Dekoration meiner Komödie zu bringen, und meine Zigarren am Ganges statt an der Rega zu rauchen". Ja, die Phantasie spielt ihm Träume von Diensten in der englischen Armee in Indien vor. Das sind die Regungen eines leidenschaftlichen Menschen, der nach Tätigkeit lechzt, und dessen Geltungsbedürfnis nirgends Befriedigung findet. Ins Vage schweifen seine Wunschträume, aber nicht ein einziges Mal wandelt ihn der Gedanke an, daß es außer seiner Klasse im eigenen Lande Möglichkeiten gäbe, er ist ein ganz asozialer Mensch, wird es bleiben, seine Wünsche offenbaren den verhinderten Abenteurer. Die Hemmungen entstammen der Verbundenheit mit

seiner Klasse. So betäubt er sich von neuem, gibt sich Exzessen hin und zeichnet sich durch Extravaganzen aus, über die sich alle Welt wundert. Man findet ihn abscheulich, fürchtet sich vor ihm, er beginnt allmählich in seiner Klasse zu vereinsamen, die Beziehungen zu seinen Standesgenossen erhalten ironischen Charakter, er verspottet sie, reizt sie durch verächtliche Reden über die Regierung, aber wie ihm innerlich zu Mute war, offenbart im Jahre 1844 das Geständnis einem Freunde gegenüber: „Das Landjunkerdasein ist unerträglich, das Beamtendasein geradeso schal und unersprießlich wie früher . . . einstweilen . . . treibe ich willenlos auf dem Strom des Lebens ohne anderes Steuer, als die Neigung des Augenblicks, und es ist mir ziemlich gleichgültig, wo es mich ans Land wirft."

Wundert es einen, wenn er in solcher skeptischen, hoffnungslosen, resignierten Stimmung sich mit *Byron* beschäftigt? Er hat ihn wieder und wieder gelesen, zitiert seine Verse in Briefen, macht sich Abschriften, damals ist ihm „kein Buch trübe genug", in Gesellschaft „schwärmt er sogar laut für Byron, für seine phantastischen, schwarzen, großartigen, finsteren Helden". Es ist die Untergangsstimmung einer angegriffenen Klasse, die ihn heimsucht und nicht freigibt.

Im November 1845 stirbt der Vater, der Schönhausen bewirtschaftet hatte. Sein Tod scheint Bismarck ergriffen, aber nicht erschüttert zu haben. Es kommt zu langwierigen Erbschaftsauseinandersetzungen zwischen den Geschwistern, Otto erhält das

pommersche Kniephof und das altmärkische Schönhausen. Neue Aufgaben erwachsen ihm; der Vater hatte schlecht gewirtschaftet; neue Angebote, in den Staatsdienst zu treten, lehnt er nun ab; was ihn zur Absage bestimmt, ist die Aussicht auf Tätigkeit im Kreise, er konnte in Sachsen Deichhauptmann werden; ein Landratswechsel war in Aussicht, aber der Posten wurde von einem andern besetzt, er mußte sich mit der Stellvertretung begnügen. Er fand in Schönhausen Boden für öffentliche Betätigung, ohne abhängig zu werden; in Pommern, wie er später gesteht, hatte er für seine ständisch-liberale Stimmung weder Verständnis noch Teilnahme gefunden, in Sachsen begegnet er der Zustimmung von Kreisgenossen und wird bald zum Führer der ständischen Opposition.

BLUTSVERWANDTSCHAFT

Als Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840 zur Herrschaft gelangt war, glaubte ganz Preußen, ja ganz Deutschland an den Anbruch einer neuen Ära. Es kam wie ein Rausch über das Land. Im selben Jahre war *Bakunin* nach Preußen gekommen, um seine revolutionäre Laufbahn zu beginnen. In seiner „Beichte" schildert er den Eindruck, den damals Deutschland auf ihn machte: „Mit der Thronbesteigung des jetzt herrschenden preußischen Königs hatte in Deutschland eine neue Ära begonnen: der König hatte durch seine Reden, Versprechungen und Reformen nicht nur Preußen, sondern auch alle andern deutschen Länder in Bewegung gebracht, so daß ihn Dr. Ruge nicht mit Unrecht den ersten deutschen Revolutionär genannt hat . . . damals erschienen in Deutschland viele Broschüren, Zeitschriften und politische Gedichte, die ich sämtlich mit Feuereifer las. In dieser Zeit hörte ich zum ersten Male etwas vom Kommunismus . . . Es eröffnete sich mir eine *neue Welt*, auf die ich mich mit der Gier eines Verdurstenden stürzte. Es schien mir, als hörte ich eine Verheißung, die Offenbarung einer neuen Religion der Erhabenheit und Würde, des Glückes und der Befreiung des ganzen Menschengeschlechtes." 1842 schreibt Bakunin jenen Aufsatz, dessen Schlußworte

berühmt wurden: „*Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust —.*“

In dieselben Jahre fallen die ersten Schriften von *Marx* und *Engels*, sie analysieren die Lage der jungen Bourgeoisie, die auf dem Rücken des Proletariats hochklimmt. Im selben Jahr, da Engels als Kommis in die väterliche Fabrik in Manchester eintritt und seine Studien für sein erstes Buch „*Die Lage der arbeitenden Klasse in England*“ macht, hat Bismarck die britischen Inseln besucht, um keine andere Erkenntnis heimzubringen, als daß die englischen Gutsbesitzer keine Scheunen, sondern nur Mieten haben.

Die ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms IV. erleben den Beginn einer grundlegenden Umwälzung der preußischen Verhältnisse. Die technischen Errungenschaften (Eisenbahn, Dampfmaschine) und die Errichtung der Zollunion, die fortschreitende Industrialisierung der schlesischen und rheinischen Provinzen begünstigen eine machtvolle Entwicklung der jungen Bourgeoisie, die jetzt schärfer mit ihren Forderungen nach Verfassungsreform herausrückt. Ganze breite Schichten werden aufgelöst, der Handwerkerstand wird fast völlig zugrunde gerichtet und proletarisiert. Die Maschine stampft unerbittlich Tausende von Existenzen nieder. Die Städte erleben einen rapiden Aufschwung, Fabriken schießen aus der Erde, das Industrieproletariat wird nicht nur durch den Zustrom aus den aufgeriebenen Handwerkerschichten verstärkt, sondern auch durch Zuzug vom Lande. Mehring erzählt, daß in den ersten neun

Jahren Friedrich Wilhelms IV. sich die Dampfmaschinen der Berliner Fabriken von 29 mit 392 Pferdekräften auf 193 mit 1265 Pferdekräften vermehrt haben. Der Zersetzungsprozeß der unteren Klassen rief ein Herabsinken Arbeitsloser ins Lumpenproletariat hervor, die Kriminalität nahm entsetzlich zu. Die Wohnungsnot in den jungen Industriestädten Preußens nahm Formen an, wie sie Friedrich Engels schaudererregend in seiner ersten Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" geschildert hat. Die Konkurrenz der englischen Textilindustrie glaubte die preußische Textilindustrie durch Herabsetzung der Löhne, durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch eine schonungslose Behandlung der Heimarbeiter überwinden zu können. In den schlesischen Weberbezirken kam es zu blutigen Unruhen. Im Juni 1844 brachen in Peterswaldau und Langenbielau Hungeraufstände aus. Man kennt diese Vorgänge aus Hauptmanns „Webern". Mit militärischer Hilfe behaupteten die Fabrikanten ihre Position. Ein fürchterliches Strafgericht brach über die Weber herein, die ihre Lage nicht mehr erleiden wollten und mit dem Weberlied auf den Lippen den Soldaten entgegengetreten waren. 35 Tote blieben das Ergebnis, 83 Weber wurden vor Gericht gestellt, es gab Strafen in Höhe von zehnjähriger Schanzarbeit; viele Weber mußten froh sein mit Prügelstrafen davonzukommen. So wirkte sich das romantische Gemüt eines verstiegenen, nicht normalen, geschwätzigen Herrschers aus, der sich an pathetischen Worten berauschte.

Die Industrialisierung blieb nicht ohne Folgen für das platte Land. Mehring verweist auf einen amtlichen Bericht über die Lage der Landarbeiter in den ostelbischen Gebieten. Die neuen Wirtschaftsmethoden der Junker (Zuckerrübenbau und Schnapsbrennerei), die Enteignung der kleinen Besitzer durch die Ablösungs- und Regulierungsgesetze begünstigten die Entwicklung eines großen Landproletariats. „Diese Klasse lebt in höchstem Elend; die Lage dieser Arbeiter ist die denkbar unsicherste; sie stehen meistenteils auf einer sehr niedrigen Stufe der geistigen und sittlichen Kultur, größtenteils erreicht diese Klasse von Menschen kein hohes Alter, woran natürlich die schlechte Lebensweise, übermäßige Arbeit und Nahrungskummer schuld ist“. . . . „Das ländliche Proletariat hauste in Katen, die Höhlen für Tiere ähnlicher sahen als Wohnungen für Menschen; seine Nahrung bestand gewöhnlich aus Kartoffeln, Salz und Schnaps; jedes Mißraten der Kartoffelernten rief den Hungertyphus und andere Würger herbei.“ In Schlesien kam es zu furchtbaren Katastrophen, zu Hungerepidemien, das Jahr 1847 raffte 900 Menschen an Hunger dahin.

So sah es in Ostelbien aus, wo Bismarck regierte. Solche Zustände duldete er nicht nur, sondern rief er durch schrankenlose Ausbeutung selbst hervor.

Aus einem schmutzigen Grunde stieg der Stern des Retters von Preußen, des Schöpfers des Reiches herauf.

Wie grausam erscheint nun das sinnlose Treiben des „tollen Bismarck“, der in Saus und Braus hin-

lebte, sich Ausschweifungen ergab, wüste Gelage feierte, und in stillen Augenblicken einer modischen Byronschwärmerei huldigte, sich in einem Zeitungsartikel höhnisch über Leute erging, die keine Jagdrechte hatten. Einige Male scheint selbst ihn die grauenvolle Not in seinen Dörfern betroffen zu haben, dann versucht er es mit Almosen, ein wenig Zerknirschung.

In derselben Zeit, da die Hungersnot in vielen Landgebieten wütet, beginnt die Büßerzeit des Skeptikers, er gerät in pietistische Kreise, verwandelt sich in einen religiösen Schwärmer, und lernt wieder beten. Diese Episode ist von allen Biographen immer weitschweifig und mit viel Rührung geschildert worden. Die Quellen fließen reichlich, denn in dieser Periode lernte er Johanna v. Puttkamer kennen, eine Junkerstochter, die er heiratete. In seinen Brautbriefen hat der übersinnlich-sinnliche Freier seine religiösen Geständnisse gemacht. Die Verwandlung des tollen Junkers in einen wahren Christenmenschen ist immer Anlaß gewesen, Bismarcks Gestalt zu verklären. Man wollte darüber seine Handlungen vergessen machen, aber daß Bismarck bei Beginn seiner eigentlichen politischen Laufbahn sich als religiöser Schwärmer gibt, verstärkt den Eindruck dieses Reaktionärs, der seelisch wie Herkommen und Stellung nach im Bunde mit allen rückschrittlichen Mächten der Zeit steht.

Die grauenvollen Zustände im Lande, die revolutionäre Gärung, die unzufriedene Bourgeosie müssen ihre Wirkung auf die herrschende Klasse ausüben,

die sich bedroht fühlt und auch in der Tat bedroht ist. Ihr schlechtes Gewissen äußert sich in religiösen Stimmungen. Aber wenn es um die politische und wirtschaftliche Machtbehauptung geht, werden sie mit allen Mitteln darum kämpfen.

Ende Dezember 1846 hat Bismarck in einem vielbesprochenen Werbebrief an den Vater der umworbenen Johanna seine innere Entwicklung geschildert, er bat den alten Puttkamer um die Hand seiner Tochter; es bleibt dahingestellt, wie weit Bismarck in diesem Briefe aus diplomatischen Gründen seine Gefühle beschönigte; gewiß hat er auch in diesem Briefe berechnet, wie er auf den alten Mann wirken könne, um sein Ziel zu erreichen. Man hegte in seinen Kreisen Mißtrauen gegen seine Aufrichtigkeit; sein Leben, seine Reden hatten das Kopfschütteln seiner Standesgenossen erregt. Er mußte sich christlicher ausgeben, als er es bereits war.

Bismarck bekennt, daß er nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst immer tiefer in die Sackgasse des Zweifels geraten sei, er habe Feuerbach, Strauß, Bruno Bauer gelesen und festgestellt, daß Gott dem Menschen die Möglichkeit der Erkenntnis versagt habe, daß es Anmaßung sei, wenn man den Willen und die Pläne des Herrn der Welt zu kennen behaupte, daß der Mensch in Ergebenheit erwarten müsse, wie sein Schöpfer im Tode über ihn bestimmen werde, und daß uns auf Erden der Wille Gottes nicht anders kund werde als durch das Gewissen, welches er uns als Fühlhorn durch das Dunkel der Welt mitgegeben habe. Zur Beruhigung des alten Puttkamer

fährt Bismarck fort, er brauche nicht zu sagen, daß er bei diesem Glauben nicht Frieden gefunden habe. „Ich habe manche Stunde trostloser Niedergeschlagenheit mit dem Gedanken zugebracht, daß mein und anderer Menschen Dasein zwecklos und unersprießlich sei; vielleicht nur ein beiläufiger Ausfluß der Schöpfung, der entsteht und vergeht, wie Staub vom Rollen der Räder."

In solcher fast nihilistischen Stimmung geriet er durch seinen Freund Moritz Blanckenburg in pietistische Kreise: „Ich fühlte mich bald heimisch und empfand ein Wohlsein, wie es mir bisher fremd gewesen war, ein Familienleben, das mich einschloß, *fast eine Heimat.*" Es kamen Ereignisse in seinen nächsten Freundeskreisen, die erschütternd auf ihn wirkten, „das Bewußtsein der Flachheit und des Unwertes meiner Lebensrichtung wurde in mir lebendiger als je". Er begann die Bibel zu lesen, ohne seinen Verstand sprechen zu lassen; die tötliche Erkrankung einer Freundin riß das erste inbrünstige Gebet, ohne Grübeln über seine Vernünftigkeit von ihm los: „Gott hat mein damaliges Gebet nicht erhört, aber er hat es auch nicht verworfen, denn ich habe die Fähigkeit, ihn zu bitten nicht wieder verloren, und fühle, wenn nicht Frieden, doch Vertrauen und Lebensmut in mir, wie ich sie sonst nicht mehr kannte."

Der alte Puttkamer ist mißtrauisch; wir wissen, daß er über diesen Brief aufgebracht, ja sogar empört war, weil er jedes Wort für Heuchelei hielt; Bismarck erhielt eine ausweichende Antwort, er schrieb dann

noch einmal, sehr vorsichtig jedes Wort abwägend; er betont, wie ernst es ihm mit seinen Pflichten als Deichhauptmann zu tun ist, er beteuert, daß er „fest und männlich entschlossen ist, nachzujagen dem Frieden gegen jedermann und der Heiligung, ohne welche niemand den Herrn sehen wird" ... „ich betrachte mich als den Lahmen, der straucheln wird, den die Gnade des Herrn aber halten wolle".

Er versteigt sich zu einem predigerhaften Pathos, das er in diesem Augenblick der Brautwerbung gewiß selbst ernst nahm. Aber man wird später nie wieder solche Sätze in seinen Briefen lesen, sie sind wie Festgewänder seines Standes, die man nur einmal im Leben trägt. Aber entscheidend ist nicht, ob Bismarcks Denken sich mit jedem Worte der beiden Briefe deckt; entscheidend ist, daß er sich seiner Klasse durch engste Bande, durch Fühlen und Denken verpflichtet. Wichtig ist an einem solchen Geständnis, daß er endlich eine Heimat, eine Familie gefunden habe. Im ersten Brief an Puttkamer hatte er seine Jugenderlebnisse, die lose Verbindung mit den Eltern geschildert, dann bekannt, in welche furchtbare Zweifel er geraten war, jetzt will er sich nicht mehr treiben lassen, sondern vor Anker gehen, die Sturm- und Drangzeit ist zu Ende, die Familie, die Klasse werden seine Rettung.

Töricht zu leugnen, daß er Johanna geliebt habe; er hat sie auch nicht als Objekt betrachtet; dieser Mann, der später „Blut und Eisen" als Programm verkündete, schied scharf privates und öffentliches Leben, er hatte 32 Jahre lang gelebt, ohne

jemandem zu vertrauen, seine Mutter hatte er beinahe gehaßt, dem Vater nur die schuldige Verehrung entgegengebracht, mit seinem Bruder zerfiel er, im Staatsdienst hielt er es nicht aus, auf dem Lande sah er nach einigen Jahren seine Aufgabe erfüllt, alles widerte ihn an. Den Weg außerhalb der Klasse hatte er nie gefunden, ja, wohl nie daran gedacht, daß es, solche Möglichkeiten gab. Wenn er einmal den Namen „Mirabeau" genannt und geheimste Regungen verraten hatte, schwebte ihm gewiß nicht der Mirabeau des Ballhauses vor, der die Monarchie durch besondere Maßnahmen retten wollte.

Er liebte aufrichtig, innig, er hat sich dieser Frau sein Leben lang aufs engste verbunden gefühlt. Er war noch in hohem Alter von einer Verliebtheit, die von Herzen kam und zugleich etwas sehr Chevalereskes hatte. „Ich möchte meiner Frau nicht wegsterben . . . aber wenn sie abgerufen wird, möchte ich nicht hierbleiben."

Als Johanna starb, saß er im Nachtgewand, mit nackten Füßen an ihrem Lager und weinte bitterlich.

Als er sie gefunden hatte, sie werthielt, ihr Wesen für sich formte, war jene Zeit vorbei, da er willenlos auf dem Strome des Lebens ohne anderes Steuer als die Neigung des Augenblickes hintrieb, und es war ihm nicht länger gleichgültig, wo es ihn ans Land warf.

Solche Menschen, denen der soziale Instinkt fehlt, die in der Welt nur Realitäten sehen, die im Innersten ungläubig, zweiflerisch sind, dem Menschen mißtrauen, deren Gottergebenheit nur der Ausdruck

höchsten Zweifels ist, solche Menschen klammern sich fester an jene Gefährten, denen ihre Neigung gehört. Ich weiß es nicht, aber fast ist es anzunehmen, daß er nur Johanna, vielleicht auch später seinem Sohne Herbert geheimste Motive verriet, innerste Gedanken über König und Politik. Er war der Führer einer Sippe und ganz mit ihr verwachsen. Das Wort „Blutsverwandtschaft" erhält nun seinen ursprünglichen, fast gefährlichen Sinn wieder, ein starker Atavismus wird noch einmal lebendig und wirksam. Er lebt wie ein Häuptling mit seiner Sippe in den Wäldern, die er nur widerwillig verläßt. Das Grauen, das er in Europa verbreitet, hat auch geheimnisvolle Gründe; schon der Instinkt wittert Blut.

DIE FEUERTAUFE

Bald nach der Verbindung mit Johanna beginnt Bismarcks politische Laufbahn. Die Aussöhnung mit der Klasse ist erfolgt, der Kampf für ihre Privilegien kann beginnen. Daß es um das Schicksal Mitteleuropas ging, war ein Verhängnis.

In demselben Augenblick, da sich der alte Feudalstaat von den neuen Mächten der Bourgeosie, dem jungen Proletariat bedroht sieht, betritt Bismarck die politische Arena. Er kommt mit einem völlig klaren politischen Bewußtsein, einem starren und starken Willen, er ist fest entschlossen, nicht ein einziges Privileg seiner Klasse zu opfern, vielmehr ihre Positionen zu verstärken.

Der erste Waffengang Bismarcks war der Kampf um die *Patrimonialgerichtsbarkeit,* die Bismarck erhalten wissen wollte. Seit den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms IV. schwebten Reformpläne der Patrimonialgerichtsbarkeit; die Bourgeosie bestand auf der völligen Aufhebung dieser Gerichtsbarkeit, die das flache Land auch richterlich ganz in die Hände der junkerlichen Gerichtsherren gab, man wünschte die Beseitigung eines Zustandes, der zweierlei Justiz, zwei Richter duldete. Die Junker fürchteten die Scherereien, die ihnen aus den unaufhör-

lichen Bagatellprozessen erwuchsen, aber ebensosehr war ihnen das Vordringen der Staatsjustiz unerwünscht, es bedeutete einen Einbruch in ihre uralten Rechte. Der König ließ Reformvorschläge ausarbeiten, die das Verfahren erschwerten; man muß annehmen, daß er im Sinne hatte, diese Vorschläge scheitern und es beim bisherigen Zustand bewenden zu lassen, das ständische Recht der Gutsbesitzer sollte erhalten werden. Jahrelang wurde über die Reform diskutiert, es existieren einige Denkschriften, in denen weniger die Notwendigkeit der Reform erörtert wird, vielmehr sind sie als Rettungsversuche zu betrachten.

Als Bismarck nach Schönhausen kam, griff er selbst in den Streit ein, bei dem übrigens diejenigen, die es besonders anging — nämlich die Bauern und Landarbeiter selbst — weder gefragt wurden noch sich äußern konnten. Ein Organisationsplan Bismarcks fordert selbständige ritterschaftliche Richter im Hauptamt und Wahrung unbedingter ritterschaftlicher Selbständigkeit. Er beteiligte sich an den Beratungen über die Reform, nahm an Sitzungen in Berlin teil, erließ einen Aufruf an seine Kreisgenossen in Jerichow und wandte sich mit einer Bittschrift an den König selbst, die von 26 Klassengenossen unterzeichnet wurde. Es ging ihnen um die „möglichst staatsfreie und ständisch-selbständige Stellung" der Richter, zugleich sollte die Macht der Stände erweitert werden und eine pekuniäre Entlastung eintreten.

Man sieht, es sind ganz konkrete Fragen, mit denen sich Bismarck in derselben Zeit beschäftigt, da ihn religiöse Fieberstimmungen überkommen und

sein Herz einem jungen Mädchen gehört. Es sind Machtfragen, Plänkeleien sogar mit dem königlichen Justizministerium, das nicht daran denkt, den Kampf mit den Junkern aufzunehmen, die ihre Sonderstellung im Staate erhalten wissen wollen. Die Fehde um die Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit wird nicht ausgetragen, andere Fragen erscheinen im Vordergrunde, am 3. Februar 1847 hatte der König die Abgeordneten der acht preußischen Provinzen zu einem Vereinigten Landtag nach Berlin berufen. Die Möglichkeit eines Aufschubs der Verfassungsversprechungen war nicht mehr gegeben. Die furchtbaren wirtschaftlichen Krisen, die Revolten in Schlesien, die Hungerepidemien, die unruhigen Massen des ruinierten Handwerkerstandes, das wachsende Industrieproletariat, die Entfaltung der Bourgeosie, vor allem aber die Finanzlage des Staates drängten die Krone zu Schritten. Sie versuchte die Lage so günstig als möglich im eigenen Interesse zu gestalten. Der Landtag trat im April zusammen, in Wahrheit ging es dem König darum, die Stände zu täuschen, um die notwendigen Gelder bewilligt zu erhalten.

In zwei Kurien war der Landtag gegliedert, der zum ersten Male Vertreter der Provinzen des ganzen Landes in der Hauptstadt vereinigt. Zum ersten Male war ihnen Gelegenheit gegeben, zusammenzutreten, die Einheit des Staates zu verkörpern. Die Herrenkurie umfaßte gerade 72 Mitglieder, es sind die Vertreter des hohen Adels. Die ständische Kurie umfaßt die Ritterschaft, Städte und Bauern. Dem König unbedingt ergeben ist die Herrenkurie, zur Opposition

gehören die bürgerlichen Vertreter, zu ihnen stoßen Bauern, auch Teile des Adels. Die Liberalen erkennen den Landtag nicht an, er ist nicht die Erfüllung des Versprechens, das Friedrich Wilhelm III. wiederholt gegeben hat; sie verlangen die Konstitution, aber sie werden nicht einen Schritt tun, um diese Versammlung zu sprengen.

Der König bietet ihnen in der Thronrede vom 11. April 1847 Trotz und erklärt ihnen herausfordernd: „Keiner Macht der Erde soll es gelingen, Mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln. . . . Ich werde es nun und nimmermehr zugeben, daß sich zwischen unsern Gott und Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen. Zwischen uns sei Wahrheit!“

Die Wahrheit war, daß der König versuchte durch eine Pseudokonstitution die Forderungen der Bourgeoisie zu befriedigen. Die Situation war nicht einmal so ungünstig für ihn. Im Lande wütete der Hunger. Es kam zu Revolten. Die wirtschaftliche Krise eilte Höhepunkten zu. Es konnte der Augenblick kommen, wo die Bourgeoisie gezwungen war, die Truppen des Königs um Hilfe zu flehen. Knappe drei Jahre waren seit den Weberunruhen vergangen. Die deutsche Bourgeoisie erscheint in einem Augenblick mit politischen Forderungen aktiv auf dem

Plan, da sie bereits in die Verteidigungsstellung gedrängt ist; wundert einen so sehr ihr Verhalten? Sie erkennt diesen Landtag nicht an, aber sie sanktioniert ihn selbst, indem sie in ihm verbleibt. Sie lehnt die Bewilligung der Gelder ab, aber unternimmt nicht einen Schritt außerhalb des Pseudoparlaments, um ihre Masse in Kampfstellung gegen Königtum und Feudalismus zu bringen. Sie wird schon jetzt dieselbe Politik betreiben, wie 15 Jahre später. Bismarck hat damals die Erfahrungen gesammelt, die er später im Kampf zwischen Krone und Parlament verwertet. Er lernt die Bourgeoisie kennen und findet nur bestätigt, was er längst ahnte.

Der Landtag hatte das kümmerliche Recht, im Frieden Anleihen bewilligen zu dürfen, er konnte neue Steuern ausschreiben oder ihrer Erhöhung zustimmen, konnte Gesetzvorlagen begutachten, aber der König war zur Vorlage nicht einmal verpflichtet.

Die herrschende Klasse des Landes ist in diesem Ständeparlament mit einer Minderheit vertreten, unbedingt hinter dem König stehen von 605 Mitgliedern nur 72, aber die Vertreter der Bourgeoisie, die als liberal gelten, verbringen Monate mit langwierigen Erörterungen über den Zweck ihres Hierseins, mit Geschäftsdebatten. Sie beschwören den Schatten Friedrich Wilhelms III., der eine Konstitution versprochen hatte. Seit acht Jahren hatten sie gehofft, der König werde das Versprechen des Vaters erfüllen, man glaubte an Gewährung von Pressefreiheit und Schwurgerichten; der König dachte nicht daran, Rechte zu vergeben, er brauchte Geld, die Majorität

des Landtags erklärte sich für nicht kompetent, da sie keine wahre Volksvertretung sei, und forderte die Konstitution.

Der Kampf für die ständischen Privilegien hatte Bismarck die Neigung der Kreisgenossen gewonnen; sie wählten ihn zum Stellvertreter, vergeblich hatten die Stände alles mögliche getan, um ihn statt des sächsischen Oberpräsidenten in den Landtag zu bringen. Bismarck selbst bot alles auf, um in den Landtag zu kommen; seine Klassengenossen bedauern sein Fernbleiben. Da erkrankt ein Abgeordneter und scheidet aus dem Landtag. Der Sitz für Bismarck ist frei; er bekennt der Braut, es sei sein eifriger Wunsch gewesen, Landtagsmitglied zu werden.

Am 12. Mai 1847 nimmt Bismarck an der ersten Sitzung teil; sie verhandeln in diesen Tagen über Ablösung bäuerlicher Lasten und Errichtung einer Rentenbank, deren Garantie der Staat übernehmen soll. Bismarck ist gegen das Gesetz, weil es die Interessen der Beteiligten, der Berechtigten bedrohe. Seinen Eindruck gibt er drei Tage später in einem Briefe an die Braut wieder: „Die heutige Sitzung war recht langweilig, unendliches Schwatzen, Wiederholen, Breittreten, Zeittotschlagen.... Es ist merkwürdig, wieviel Dreistigkeit im Auftreten die Redner im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten zeigen, und mit welcher schamlosen Selbstgefälligkeit sie ihre nichtssagenden Redensarten einer so großen Versammlung aufzudrängen wagen."

Kampfstimmung erfüllt den 32jährigen Junker. Er gesteht, daß ihn die „Sache" viel mehr ergreife

als er gedacht habe. Er sei in einer ununterbrochenen Aufregung, die ihn kaum essen und schlafen lasse. Am 17. Mai betritt er zum ersten Male die Tribüne und fordert nicht nur die Opposition heraus. Im Verlaufe der Beratung über die Rentenbank hatte ein Liberaler erklärt, zwischen Regierung und Volk bestehe kein Vertrauen, das Volk habe 1813 den Thron des Königs, als die rechte Stunde geschlagen habe, aufgehoben und emporgetragen, damit es ausführen könne, was er in weiser Absicht beschlossen habe. Aber diese Einheit zwischen Volk und König sei vernichtet, und es sei heiligster Beruf, jenes innige Verhältnis wieder herzustellen. Gemeint war in umwundenen Worten nichts anderes als der Betrug der Krone am Volk, weil sie ihr Verfassungsversprechen nicht gehalten hatte, das dem Volke für seine Verdienste um die Rettung der Krone gegeben war. Darauf berief sich die Opposition, so begründete sie ihre Ansprüche.

Bismarck beschloß zurückzuschlagen, seine Antwort war keineswegs improvisiert, sondern wohl vorbereitet, er, dessen eigene Familie in den Freiheitskriegen eine sehr bescheidene Rolle gespielt hatte, erklärte, es heiße der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annehme, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen, und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle andern Gefühle übertäubt werden zu lassen. Jemand, der von einem andern solange geprügelt

werde, bis er sich wehre, könne sich daraus kein Verdienst gegen einen Dritten machen.

Die Worte erregten Empörung auf allen Bänken des Hauses, man warf ihm seine Jugend vor, die eigenen Klassengenossen waren verletzt, weil er vom Prügeln gesprochen hatte, die sie empfangen hatten. Als er zu einer Replik das Wort ergriff, tobte der ganze Saal. Bismarck blieb auf der Tribüne stehen, blätterte in einer dort liegenden Zeitung und brachte seine Rede zu Ende, als der Lärm sich ausgetobt hatte. Ein Redner hatte ihm vorgeworfen, er dürfe über jene Zeiten nicht urteilen, weil er sie nicht miterlebt habe. — Bismarck erwiderte, er könne nicht leugnen, daß er 1813 noch nicht gelebt habe, aber sein altes Bedauern darüber würde durch die heutige Aufklärung verringert, daß die Knechtschaft, gegen die Preußen sich damals erhob, nicht im Ausland gelegen habe, sondern im Inland.

Es war Bismarck gewiß nicht nur auf die Zurückweisung der unklaren, sehr vorsichtig gehaltenen Äußerung des Liberalen angekommen, er wollte vielmehr das Zentralproblem angreifen, die Forderungen nach der Verfassung selbst, begründet auf Leistungen des Volkes im Jahre 1813. Er schlug den Angriff zurück, indem er Ehrgefühle kränkte, er schob das Königtum ganz in den Hintergrund, unantastbar wie ein Heiligenbild — nicht der König war schuld, nicht von seiner Politik war die Rede — das Volk war geprügelt worden, es hatte sich gewehrt — das war eine Selbstverständlichkeit. Dafür hatte der König nichts zu entlohnen; ein moralischer An-

spruch auf die Verfassung lag nicht vor, wenn man sich auf das Jahr 1813 berief. Was Bismarck darüber hinaus verdroß, war die Haltung der Bourgeoisie überhaupt — war der Geschäftscharakter ihrer Politik, war diese kaufmännische Auffassung: wir haben dem König etwas gegeben, der König ist verpflichtet, uns zu zahlen. Wenn die Bürger ihre Ansprüche auf ihre Machtstellung begründet hätten, hätte Bismarck nicht so auftreten können.

Aber der Hieb hatte gesessen. Die Gegner waren durch das provokante Benehmen aufs tiefste verletzt, viele Freunde rückten von ihm ab, und bemerkten, so etwas denke, aber sage man nicht. Bismarck schrieb, er habe in ein Wespennest gestochen, und die Hornissen seien entrüstet um ihn herumgesummt. Sein Freund Blanckenburg bemerkte einem Bekannten gegenüber, der Löwe, der hier Blut geleckt habe, werde bald noch ganz anders brüllen.

Am Hofe war man peinlich berührt, das offene Eintreten für die Rechte des Königs war keine Musik für den Mann, der durch Hinhalten, Zögern, Verschleiern die Krise zu lösen trachtete, und dem es vor allem auf die Bewilligung der Gelder ankam. Bei den Hoffestlichkeiten während der Session des Landtags wurde Bismarck vom König und der Prinzessin von Preußen, der Gattin des Prinzen Wilhelm peinlich gemieden. Der König sprach Bismarck nie an, brach im Cercle ab, nachdem er der Reihe nach jeden angeredet hatte und an Bismarck kam —, dann kehrte er um oder schwenkte quer durch den Saal — aber einige Monate später bat der König den royali-

stischen Heißsporn zu einer Sonderaudienz, der Empfang war so wohlwollend, die Unterhaltung derart, daß Bismarck eine aufmunternde Billigung seiner Haltung im Landtag entnahm. Der König hatte sich durch Gespräche mit Bismarck in aller Öffentlichkeit nicht kompromittieren wollen — er war völlig mit ihm einverstanden, nur über die Taktik war man verschiedener Meinung; Gewißheit hatte der König, daß er in dem Junker von Schönhausen eine wertvolle Reserve für alle Fälle hatte.

Als die Verblüffung gewichen war, suchten einige Konservative Verbindung mit Bismarck. Vier Tage später kann er bereits melden, daß einige Mitglieder der sogenannten Hof-Partei und der sonstigen Ultra-Konservativen seinem Einfluß zugänglich seien, er werde sie vom „Durchgehen und ungeschickten Seitensprüngen" fernzuhalten suchen.

Im Verlauf der kurzen Tagung kommt Bismarck noch zweimal zum Wort, zur Verfassungsfrage und Judenemanzipation.

Über die Verfassung gibt es für ihn keine Diskussionsmöglichkeiten. Diese Frage ist längst gelöst. Der König hat im Patent vom 3. Februar 1847, durch das er den Vereinigten Landtag einberief, erklärt, daß alle früheren Versprechungen erfüllt seien, mit neuen Forderungen dürfe man nicht kommen, vor allem sei bei Neuerungen der geringste Schein von Unfreiwilligkeit zu vermeiden; in einer anderen Rede spricht er von der *Erpressertaktik der Liberalen, wenn sie Verfassungsreformen gegen Bewilligung von Geldern eintauschen wollten.* Es ging um

den Antrag, der den Landtag vor allem beschäftigt hat, und Mittelpunkt der gesamten Diskussionen gewesen ist: Krone und Junker verlangten die Gelder für den Bau der Ostbahn, die Ostpreußen erschließen sollte und somit eine Konkurrenz mit dem Westen, mit den Industriebezirken zu schaffen schien. Man sprach in liberalen Kreisen von einer Staatshilfe für die reaktionärste Provinz des Königreichs, darüber hinaus bestritten die Liberalen, die den Landtag nicht anzuerkennen behaupteten, überhaupt das Recht einer Bewilligung von Geldern. Die Vorlage wurde abgelehnt. Die Junker mit Bismarck an der Spitze unterlagen.

Einige Tage später kam es zu Debatten über eine königliche Verordnung, durch die die *Verhältnisse der Juden* geregelt werden sollten. Der Junker erklärt sich gegen die Regierung, die zuviel gewähre, er mokiert sich in Briefen über die langweiligen Judendebatten, schreibt von 25 Rednern, die für die Emanzipation der Juden eingetreten seien und immer wieder dieselben sentimentalen Salbadereien vorgebracht hätten. Er habe eine lange Rede gegen die Emanzipation gehalten, viel Bitteres gesagt und gehe abends nicht mehr durch die Königstraße, weil ihn die Juden totschlagen würden. „Jetzt sprechen noch immer langweilige Humanitätsfasler." Er bestreitet den Juden das Recht, in einem christlichen Staat ein Amt zu bekleiden, dieser christliche Staat beruhe auf religiöser Grundlage, „für mich sind die Worte von Gottes Gnaden kein leerer Schall, sondern ich sehe darin das Bekenntnis, daß die Fürsten das Szepter,

welches ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen wollen. Als Gottes Willen kann ich aber nur erkennen, was in den christlichen Evangelien offenbart worden ist, und ich glaube in meinem Rechte zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Lehren des Christentums zu realisieren." Er behauptet, die Realisierung der christlichen Lehre sei der Zweck des Staates, er könne aber nicht glauben, daß man mit Hilfe der Juden diesem Zweck näherkomme.

Es sind merkwürdige Verklausulierungen, zu denen er in dieser Rede seine Zuflucht ergreift, er ist im Gegensatz zu den früheren Reden um die Begründung seiner Auffassung verlegen; man weiß, daß er sich im Gegensatz zur Regierung befindet, die einer Emanzipation der Juden nicht mehr Widerstand leisten kann, weil das Handelskapital zum Teil in jüdischen Händen ist. Man braucht diese Juden, man ist gezwungen, ihnen Rechte zu verleihen. Bismarck, dort draußen auf dem Lande, braucht sie nicht, und will ihnen keine Rechte geben, weil er sie fürchtet. Wiederholt betont er, man huldige hier dem *Humanitätsprinzip*, von dem er nichts wissen will, weil es das *Prinzip der Duldung* einschließt; in dieser Rede taucht zum ersten Male ein *Hinweis auf die proletarische Bewegung* auf: Bismarck meint, man könne in Staaten, die dem Humanitätsprinzip huldigten, nicht den *Kommunisten* das Recht bestreiten, ihre Ideen über die Immoralität des Eigentums, über den hohen sittlichen Wert des Diebstahls als eines

Versuchs, die angeborenen Rechte der Menschen herzustellen, geltend zu machen, „denn auch diese Ideen werden von ihren Trägern für human gehalten, und zwar als die rechte Blüte der Humanität angesehen". Er wehrt sich gegen die Anwendung eines Prinzips, das unabsehbare Konsequenzen haben müsse, ja er fürchtet für den alten mittelalterlichen Staat, wehrt sich mit der ganzen Hartnäckigkeit des überzeugten Royalisten, eine Schleuse zu öffnen, die konsequent zur Öffnung anderer Schleusen führt. Er leugnet auch nicht, daß er „voller Vorurteile" stecke, die er nicht wegdisputieren könne, denn er habe sie mit der Muttermilch eingesogen, aber er wolle nicht einem Juden gehorchen, die Autorität des Staates sei gefährdet. Er fürchtet sich vor ihnen und macht keinen Hehl daraus, die einen kenne er als Blutsauger der Bauern, die andern als spitzfindige Talmudisten. Er vergißt zu erwähnen, daß die Macht der Juden auf dem Lande hervorgerufen ist infolge der fürchterlichen Ausbeutung der Bauern durch die Junker, er vergißt, daß er selbst gegen eine Rentenbank opponiert hat, die die Kreditfrage vielleicht in bessere Wege geleitet hätte, er weiß nicht, daß er selbst einmal mit jüdischen Finanziers ungewöhnliche Geschäfte machen wird.

Es sind Vorurteile und Erfahrungen, mit denen er seinen Einspruch gegen das Gesetz begründet, aber es ist vor allem ein Prinzip, das ihn zur Stellung zwingt: man kann und darf nicht den Juden etwas gestatten, wenn man später andern Kräften gleichfalls Spielraum gewähren muß. Er wittert Gefahren

für seine Klasse, beweist einen vortrefflichen Klasseninstinkt und sieht sein ständisches Staatsideal gefährdet, das nur *einer* Klasse alle Privilegien schuldet. Vielleicht hat ihm dunkel etwas von der unaufhaltbaren, zerstörenden Macht des Geldes vorgeschwebt, vielleicht erinnert er sich an eigene, bittere Erfahrungen; das Geld hatte ihn gezwungen, entscheidende Schritte zu tun — die Juden sind im Besitz dieser furchtbaren Macht, die Familien vernichtet, Lebensläufe verändert, Existenzen zerstört, er selbst hatte lange Zeit gebraucht, bis er er über seine Mittel disponieren konnte; er hatte Schulden gemacht, hatte gespielt, war in Konflikte mit Eltern, Vorgesetzten darob geraten — diese Juden waren die Repräsentanten einer Macht, die er fürchtete — der Junker witterte eine Kraft, die alle Traditionen, alle Gesetze, alle Bande zu zerstören fähig ist, den Menschen selbst aus seiner Bahn zu werfen vermag.

Die Vorlage wird abgelehnt. Am 26. Juni 1847 endet die Tagung des Landtags. Kurz vor Schluß der Session werden Bismarck und seine Freunde vom König empfangen: „Ich wurde von den hohen Herrschaften sehr verzogen und bin nun so stolz, daß ich immer über Deinen Kopf wegsehen werde, und nur in seltenen Augenblicken der Herablassung mein Auge zu Deinem schwarz-grau-blauen niederschlage."

Vier Wochen später wird er mit dieser Johanna v. Puttkamer getraut, im August reisen sie über Prag und Salzburg nach Italien. In Venedig findet eine Unterredung mit Friedrich Wilhelm IV. statt, in deren Verlauf Bismarck für sein Auftreten im

Landtag die Quittung empfängt. Hier fern von Preußen wagt der König seinem tätigsten Verteidiger Anerkennung zu bezeigen. Bismarck aber blieb noch nach Jahrzehnten in Erinnerung, daß ihm leichtes Reisegepäck und die Unfähigkeit des Schneiders nicht die Möglichkeit gewährten, in korrektem Anzug zu erscheinen.

DON QUIJOTE

„Schart Euch wie eine eherne Mauer, in lebendigem Gottvertrauen um Euern König, um Euern besten Freund!" rief Friedrich Wilhelm IV. am 6. März 1848 den Mitgliedern des Vereinigten Ausschusses zu, als er die lang geforderte Periodizität des Vereinigten Landtags verkündete. Worte der Furcht, Schreie um Hilfe. Die Februarrevolution hatte in Paris den Thron Louis Philipps umgeworfen, bewaffnete Arbeiter erschienen auf den Straßen von Paris. In London rüsteten die Chartisten zu entscheidenden Schlägen. Ganz Deutschland war in Bewegung. Am 13. März gingen die Arbeiter und Handwerker in Wien auf die Barrikaden, Metternich floh, sein System hatte ein Ende. In namenloser Angst verkündete der preußische König, er werde sich um die Gewährung der Pressefreiheit beim Bundesrat bemühen und etwas in der Frage der deutschen Einheit unternehmen. Für den 27. April wurde der Landtag einberufen. Die Versammlungen der erregten Massen wurden von der Polizei auseinandergejagt, schon in der ersten Märzhälfte ist es wiederholt zu Metzeleien gekommen. Als die Nachricht vom Wiener Aufstand eintraf, meldeten sich gerade Deputationen aus dem Rheinland und drohten mit Abfall.

Das Königreich schien zu zerfallen.

Friedrich Wilhelm erließ umgehend zwei neue Patente, in denen er Pressefreiheit verhieß und den Landtag bereits zum 2. April einberief, eine konstitutionelle Verfassung, ein deutscher Bundesstaat unter preußischer Führung wurde verheißen.

Es war soweit, daß sich das Blatt Papier zwischen König und Volk drängen sollte. Die Taktik des Zauderns und Zögerns verfing nicht mehr, der König mußte handeln, wenn er seine Krone retten wollte. Die Nebenregierung unter seines Bruders, des Prinzen Wilhelm Leitung drängte zur Militärdiktatur, man zog die Gardetruppen zusammen, bestimmte den König mit bewaffneter Hand die Massen zur Raison zu bringen, *vor der Bourgeoisie fürchtete man sich nicht*, aber die Ereignisse in Paris und Wien hatten zum ersten Male die Aktivität einer neuen Klasse gezeitigt: *vor dem bewaffneten Proletariat fürchtete man sich.*

Der Anlaß war am 18. März gegeben, als das Volk von Berlin auf dem Schloßplatz friedlich demonstrierte: es forderte die Zurückhaltung der Truppen, nochmals unbedingte Zusicherung der Pressefreiheit, die schleunigste Einberufung des Landtags, die Aufstellung einer Bürgerwehr. Punkte, über die kaum Meinungsverschiedenheit bestand. Die Idee der Bürgerwehr ging von der Bourgeoisie aus, sie war als Truppe gegen das Proletariat gedacht.

Während die Massen in dichten Reihen vor dem Schloß standen, sprengten Dragoner heran, rückte Infanterie vor, sicherlich von militärischer Seite für diesen Augenblick bereitgehalten, — bis zum heuti-

gen Tag ist nicht aufgeklärt, ob Wilhelm selbst den Befehl zum Einschreiten gegeben hat — der Zweck des Vorgehens aber wurde erreicht, zwei Schüsse fielen, die Masse geriet in Panik, Wut und Empörung, griff zu den Waffen, errichtete Barrikaden, hielt das Schloß im Umkreis belagert, bis in den andern Morgen hinein wurde erbittert gekämpft, die Truppen retteten das Schloß vor dem Sturm.

Der 10. August 1792 wiederholte sich nicht.

Auf seiten der Revolutionäre fielen 183 Mann, fast ausnahmslos Arbeiter und Handwerker. Das Berliner Proletariat hat die Kämpfe geführt, nicht die Bürger, die sich verkrochen und rasch den König ihrer Ergebenheit versicherten.

Das ganze Land geriet in Aufruhr. In Schlesien, in den Städten, auf dem flachen Lande brach der Sturm los. Die Bauern erzwangen ihre Freiheit von allen Lasten und Leistungen, mit denen sie der feudale Staat bedrängte. Das Königtum war nicht gestürzt, hatte eine schwere Niederlage erlitten, die Truppen mußten Berlin verlassen, aber das Proletariat war schwach, führerlos und vermochte allein die Bewegung nicht weiterzutreiben, die Bourgeoisie zog sich zurück und paktierte mit Friedrich Wilhelm.

Bismarck saß auf dem Gut eines Nachbarn, als er die erste Nachricht von den Vorgängen in Berlin empfing. Zwei flüchtige Damen aus Berlin brachten die Kunde. Sein erstes Gefühl galt den gefallenen Soldaten, er sprach noch Jahrzehnte später von seiner Erbitterung über die „Ermordung unserer Soldaten in den Straßen".

Er reagiert ganz klassenbewußt, fühlt, daß in diesem Augenblick das Militär ultima ratio ist; die Truppen verlassen die Stadt, der König ist in den Händen der Aufständischen und muß herausgeholt werden.

Bismarck scheint sehr folgsame Bauern gehabt zu haben, allerdings war Schönhausen klein und einsam gelegen; wir hören nicht, daß die Bauern ihn zum Verzicht auf Privilegien zwangen — im Gegenteil — *er* zwingt die Bauern zur Bewaffnung. Auf die Nachricht vom Anmarsch der Bürger aus Tangermünde fragt Bismarck seine Bauern, ob sie sich wehren wollten — sie anworteten wie eine Kompanie Soldaten beim Appell: „Jawohl!" — die Tangermünder werden rasch vertrieben; Bauernweiber sollen sich dabei besonders ausgezeichnet haben. Das Ganze klingt operettenhaft.

Auf dem Turm der uralten Backsteinkirche, in der 1813 die Freiwilligen Lützow ihren Eidschwur geleistet hatten — Körner war unter ihnen —, läßt Bismarck eine weiße Fahne mit schwarzem Kreuz aufziehen, er bewaffnet seine Bauern, fährt auf den Dörfern herum und plant einen *Marsch der Bauern auf Berlin.* Ein Nachbar erklärt sich gegen Bismarck, er erwidert: „Sie kennen mich als einen ruhigen Mann, aber wenn Sie mich hindern, so schieße ich Sie nieder." — „Das werden Sie nicht." — „„Ich gebe mein Ehrenwort darauf, und Sie wissen, daß ich das halte, also lassen Sie das!"

Und der letzte Akt dieser Operette? Bismarck fährt allein nach Potsdam.

Dort trifft er den ehemaligen Innenminister Bodelschwingh, dem er erzählt, die Bauern erhöben sich. „Für den König?" — „Ja!" — „Diese Seiltänzer!" sagte Bodelschwingh tränenden Auges.

In Potsdam hatten sich die Generale versammelt, um auf die Befehle des Königs zum Gegenangriff zu warten.

Es herrschte völlige Ratlosigkeit. Mitglieder des Hofes gaben die Partie bereits verloren und versuchten die Krone durch einen Schritt zu retten, den groteskerweise 70 Jahre später der Sozialdemokrat Ebert mit dem Prinzen von Baden plant. Die Prinzessin Wilhelm hat eine merkwürdige Unterredung mit Bismarck. Vermittelt wird sie durch eine unbekannte Person. Bismarck hatte vergeblich versucht, den Prinzen Wilhelm zu sprechen, er wollte ihn zum Handeln drängen, aber der Prinz war längst im sichern Versteck und dachte nicht an die Organisation eines Gegenangriffs. So schwach fühlte sich die Reaktion, so günstig war die Lage für die Revolution.

Augusta empfing Bismarck in einem Dienerzimmer, verweigerte jede Auskunft über ihren Gatten — wahrscheinlich wollte sie nicht, daß man mit ihm in Verbindung trat. In lebhafter Erregung erklärt sie, daß es ihre Pflicht sei, die Rechte ihres Sohnes zu wahren. König und Prinz seien nicht zu halten, sie selbst wolle während der Minderjährigkeit ihres Sohnes die Regentschaft führen. Später versucht die Prinzessin, durch Vincke nochmals Bismarck zur Zustimmung zu bewegen. Bismarck wies

jede Teilnahme schroff ab. Man hatte im Sinne, mit Hilfe des Landtages die Abdankung zu erwirken. Bismarck eröffnete Vincke, er würde einen solchen Versuch mit einem Antrag auf gerichtliches Verfahren beantworten. Was sonst im Verlaufe der Unterredung gesprochen wurde, haben weder Bismarck noch Vincke, noch andere beteiligte Personen verraten. Bismarck selbst hat nie dem Prinzen Wilhelm Mitteilung von den Plänen seiner Frau gemacht, aber Augustas Feindschaft scheint in den Vorgängen jener Zeit ihren Ursprung zu haben.

Bismarck galt als Führer der äußersten Rechten, deshalb umwarb man ihn; der Schritt der Prinzessin und der Liberalen schien kühn, ohne die Ultrakonservativen wagte man ihn nicht, möglich, daß man Bismarck für besondere Aufgaben erkoren hatte. Aber er scheint nicht einen Augenblick den Plan ernstlich in Erwägung gezogen zu haben; sein Widerwille wird vor allem dadurch hervorgerufen, daß der Landtag die entscheidende Rolle spielen sollte. Die Monarchie durch das Parlament zu retten? Unerträglicher Gedanke.

Bismarck wollte den offenen Kampf — ohne jede Konzession, wollte die Entscheidung im Straßenkampf. Und so läuft er von Prinz zu Prinz, von Minister zu Minister, von General zu General und sucht eine Front zu schmieden gegen Berlin, gegen die Revolution. Der General Prittwitz erklärt ihm: „Schicken Sie uns keine Bauern, wir brauchen sie nicht, haben Soldaten genug; schicken Sie uns lieber Kartoffeln und Korn, vielleicht auch Geld. — — —“

„So holen Sie den König heraus!“ — „Ohne Befehl kann ich nicht angreifen!“

Bismarck geht zum Prinzen Friedrich Karl und stellt ihm vor, wie nötig es sei, daß das Königshaus Fühlung mit der Armee behalte, und wenn der König unfrei ist, müsse man auch ohne seinen Befehl für seine Sache handeln. Der Prinz erklärt, er sei zu jung und wolle dem Beispiel der Studenten, die sich in die Politik einmischten, nicht folgen.

In Potsdam steht es hoffnungslos. Fast scheint es, als sei die Monarchie aufgegeben. Prinz Wilhelm ist verschwunden, seine Frau schmiedet dunkle Pläne, die Prinzen und Generale wollen nicht kämpfen.

Die Lage erscheint Bismarck so bedrohlich, daß er sich kostümiert, bevor er die Straßen Berlins betritt. Vom Landtag her kennt man ihn nur zu gut. Er läßt sich den Bart abnehmen, setzt sich einen breiten Hut mit bunter Kokarde auf, unterm Mantel trägt er den Frack, weil er zum König in Audienz gehen will, Hofmannsart noch am Abgrund wahrend.

Am Bahnhof ist eine Schüssel mit einer Aufforderung zu Spenden für Barrikadenkämpfer aufgestellt, ein Vetter, Wilhelm v. Bismarck-Biest, zieht seine Börse — Bismarck fällt ihm in den Arm: „*Du wirst doch für die Mörder nichts geben!*“ Ein Kammergerichtsrat erkennt ihn trotz aller Verkleidung: „I Jotte doch Bismarck! Wie sehn Sie aus! Schöne Schweinerei hier!“

Der Don Quijote von Schönhausen macht sich sofort zum Schlosse auf, die Bürgerwache läßt ihn aber nicht ein, Bismarck respektiert den Posten und

zieht betroffen ab, sendet dem König durch Mittelspersonen einen Brief, auf den er keine Antwort erhält. Er hatte geschrieben, die Revolution beschränke sich auf die großen Städte, der König sei Herr im Land, sobald er Berlin verlasse. Welche Komik, wenn man an die vorangegangene Szene vor dem Schlosse denkt! Unterwegs wird Bismarck gewarnt, man verfolge ihn. Ein Straßenjunge ruft hinter ihm drein: „Kiek dat is och e'n Franzos!" Wunderlich genug mag er in Schlapphut und Frack, mit unrasiertem langem Kinnbart ausgesehen haben.

So richtete er, der noch vor einigen Tagen die Bauern gegen Berlin führen wollte, nichts aus, gab eine komische Figur ab und kehrte noch am selben Tage nach Potsdam zurück, bestürmte nochmals zwei Generale, selbständig zu handeln. „Wie sollen wir das anfangen?" fragte beklommen Prittwitz. Da klimperte Bismarck auf dem geöffneten Klavier den Infanteriemarsch zum Angriff. Der General Mollendorf fiel ihm weinend mit den Worten um den Hals: „Wenn Sie uns das besorgen könnten!" — „*Kann ich nicht*, aber wenn Sie es ohne Befehl tun, was kann Ihnen denn geschehen? Das Land wird Ihnen danken und der König schließlich auch." Sie kommen überein, mit andern Truppenführern zu verhandeln. Bismarck verspricht, nach Magdeburg zu fahren, ein anderer reist nach Stettin, dort kommandiert Wrangel und erklärt: „*Was Prittwitz tut, tue ich auch.*"

Bismarck verläßt Potsdam und fährt nach Magdeburg, aber der General läßt sich nicht einmal

sprechen, schickt seinen Adjutanten in Bismarcks Quartier und läßt ihn beschwören, die Stadt zu verlassen, weil er ihn sonst als *Hochverräter verhaften* müsse. Mißmutig, aber immer noch nicht hoffnungslos, trifft er in Schönhausen ein, muß den Bauern erklären, daß der Marsch nach Berlin nicht angetreten werden kann. Als man ihm vorwirft, er sei von revolutionären Ideen angesteckt, fordert er auf, eine Deputation nach Potsdam zu schicken, um mit den Generalen oder dem Prinzen Wilhelm zu verhandeln.

Am 25. März treffen sie in Potsdam ein, der König war gerade angekommen, Bismarck macht seine Bauern aufmerksam: „Da ist der König, ich werde euch ihm vorstellen, sprecht mit ihm.“ Aber die Königstreuen, die er mitgeschleppt hat, fürchten sich, vor das Angesicht ihres Herrschers zu treten, für den sie ihr Leben hingeben wollen — sie verschwinden im Nu — Bismarck steht allein da.

Im Schlosse wohnt er der Besprechung des Königs mit den Generalen bei; als der König erklärt: „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger!“ murren die Offiziere, Säbelscheiden werden aufgestoßen, und Bismarck wünscht, nie wieder möchte ein König inmitten seiner Offfziere eine solche Szene erleben.

Es sind dieselben Offiziere, die Bismarck vergeblich zum selbständigen Handeln überreden wollte, keiner hatte gewagt, den Säbel zu ziehen. Aber am bittersten war die Enttäuschung über das Verhalten des Königs selbst, der nicht kämpfen wollte, sondern

eine Methode des Zauderns, Verschleppens, Abwartens befolgte — es war die einzig richtige Taktik, er kannte die Bourgeoisie besser als Bismarck. Er wußte, daß die Gefahr von dieser Seite nicht drohte.

Bismarck aber kehrte mit verwundetem Gefühl nach Schönhausen zurück im Bewußtsein, eine schwere Niederlage erlitten zu haben. Niemand war für seine Ratschläge empfänglich gewesen, der König hatte ihn nicht einmal empfangen, die Generale wichen aus oder schickten ihn fort, die Partei der Prinzessin von Preußen wollte ihn für hochverräterische Zwecke mißbrauchen, in Magdeburg sollte der Royalist vom General des Königs verhaftet werden, in Schönhausen hielt man ihn für einen Verräter, zuletzt liefen ihm die eigenen Bauern voller Furcht davon.

Don Quijote saß verlassen am Kamin im alten Schloß der Väter. Kann sein, daß er die Lächerlichkeit seines Vorgehens, seiner Versuche empfand. Gestanden hat er es nie. Aber daß er aus dieser bitteren Erfahrung Lehren zog, bewies sein Auftreten in den nächsten Monaten.

DER BODEN DER TATSACHEN

Die wenigen Tage im abgeschiedenen Schönhausen bereiten in Bismarcks Denken eine Wandlung vor, er sieht die abenteuerlichen Pläne entschlossenen Vorgehens gegen die Revolution gescheitert, aber verkennt nicht die neue Situation, verkennt nicht, daß der Feudalstaat eine entscheidende Schlacht verloren hat, und andere Wege gefunden werden müssen, um die Macht der Krone und dem Adel zu erhalten. *Er will sich so teuer als möglich verkaufen.* Der maskeradenhafte Umzug des mit den schwarzrotgoldenen Farben geschmückten Königs durch die Straßen Berlins erschien ihm würdelos, aber er muß in jenen Tagen mit dem Gedanken gespielt haben, daß eine Einigung Deutschlands unter Preußens Führung möglich gewesen wäre; viele Jahrzehnte später führt er diese Idee in den „Erinnerungen" aus, er spricht von der Möglichkeit der Errichtung eines Reiches durch Initiative der Fürsten, erzwungen in offenem Straßenkampf gegen Arbeiter und Bürger. Aber jetzt, in den letzten Märztagen, ist er ein verlassener, lächerlicher Mann; zwei Gedanken beherrschen ihn: die Erhaltung der Souveränität des

Königs und der Privilegien des Adels. Den König hält er für gefangen, er fühlt sich als Royalist wider seinen Monarchen. Um die Privilegien denkt er zu kämpfen. Vor den Tatsachen, wie sie die letzten Tage geschaffen haben, verschließt er die Augen nicht.

Und so handelt er.

Zuerst wendet er sich scharf gegen Presseangriffe; einer Magdeburger Zeitung erklärt er in einem Schreiben vom 30. März: „Ich glaube die Gesinnung der großen Mehrzahl der Ritterschaft dahin aussprechen zu können, daß in einer Zeit, wo es sich um das soziale und politische Fortbestehen Preußens handelt, wo Deutschland von Spaltungen in mehr als einer Richtung bedroht ist, wir weder Zeit noch Neigung haben, unsere Kräfte an reaktionäre Versuche oder an Verteidigung der unbedeutenden, uns bisher verbliebenen gutsherrlichen Rechte zu vergeuden, sondern gern bereit sind, diese auf Würdigeres zu übertragen, indem wir dieses als untergeordnete Frage, die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes aber als die für jetzt alleinige Aufgabe eines jeden betrachten, dessen Blick auf unsere politische Lage nicht durch Parteiansichten getrübt ist."

Das klingt wie Kapitulation, aber das schreibt derselbe Mann, der noch vor wenigen Tagen „mit verwundetem Gefühl" heimkehrte, weil er keine Mittel, keine Personen fand, um die Konterrevolution zu führen. Er verschleiert seine Position, aber rechnet mit den neuen Kräften, zieht sich zurück,

um sich zum Vorstoß bereit zu halten. So ähnlich wird 70 Jahre später Hindenburg handeln, als Groener die Soldatenräte legalisiert. Man fängt den Stoß auf, in der Absicht, ihn unwirksam zu machen.

Kurze Zeit später heißt es schon offener und präziser in einem andern Zeitungsartikel: „Wir leben in der Zeit der materiellen Interessen, und nach Feststellung der neuen Verfassung, nach Beruhigung der jetzigen Gärung wird sich der Kampf der Parteien darum drehen, ob die Staatslasten gleichmäßig nach dem Vermögen getragen, oder ob sie überwiegend dem immer steuerbereiten Grund und Boden auferlegt werden sollen. . . ." Er wendet sich scharf gegen die Städter, die die Steuerlasten auf den Grundbesitz, die Landwirtschaft abwälzen wollen. . . . „Wir hören von Maßregeln zur Unterstützung der Industrie auf Kosten der Staatskassen, aber wir hören nicht davon, daß man dem Landmanne zu Hilfe kommen wolle. . . . Ebenso hören wir mit Bezug auf indirekte Besteuerung mehr von dem Schutzzollsystem zugunsten inländischer Fabrikation und Gewerbe sprechen, als von dem für die ackerbautreibende Bevölkerung nötigen freien Handel . . . man bemüht sich . . . eine Mißstimmung gegen die Rittergutsbesitzer künstlich zu befördern, indem man meint, wenn man diese Klasse unschädlich macht, so müssen die Landbewohner entweder Advokaten oder andere Städter wählen, die nach den ländlichen Interessen nicht fragen . . . Man sucht . . . die bisherige Ritterschaft als solche Leute zu bezeichnen, die den alten Zustand erhalten und

zurückführen wollen, während die Rittergutsbesitzer wie jeder andere vernünftige Mensch sich selbst sagen, daß es *unsinnig und unmöglich wäre, den Strom der Zeit aufhalten oder zurückdämmen zu wollen;* sogar der ultrakonservative Herr von Thadden vergleicht einen solchen, der *für die Vergangenheit kämpft, mit dem irrenden Ritter, der gegen Windmühlen ficht, und dem die Mühlenflegel die Knochen zerschlagen.*"

Es ist das Geständnis der Niederlage, die der Feudalismus erlitten hat. Zu dieser Überzeugung hat sich Bismarck durchgerungen; als er am 2. April im Landtag erscheint, wird er von der Rednertribüne herab offen dies Geständnis abgeben.

Der Landtag war zusammengetreten, um den Entwurf eins Wahlgesetzes für das neue konstitutionelle Parlament zu beraten, er sollte Gelder bewilligen und dachte, an den König eine *Dankadresse* zu richten. Eine jener famosen Bekundungen von Unterwürfigkeit, die in der Geschichte der revolutionären Bewegung einzig sind und den wahren Stand der Dinge charakterisieren. Bismarck meldet sich zum Wort und erklärt, er werde gegen diese Adresse stimmen, insofern sie ein Programm der Zukunft sei, akzeptiere er sie, „aber aus dem alleinigen Grund, weil ich mir nicht anders helfen kann. Nicht freiwillig, sondern durch den Drang der Umstände getrieben, tue ich es . . . Was mich aber veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Äußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist. Die Vergangenheit ist

begraben, und ich bedauere es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht imstande ist, sie wiederzuerwecken, nachdem *die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen* hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, akzeptiere, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtag mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßigen Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Vertreter der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann, jetzt aber ist es mir nicht möglich."

Er brach mitten in der Rede ab, die innere Bewegung übermannte ihn, die Worte versagten, er brach in Tränen aus, war wie vom Krampf geschüttelt und gezwungen, die Tribüne zu verlassen.

Der Groll über die Haltung des Königs, die furchtbare Enttäuschung seiner Potsdamer und Berliner Versuche, das Bewußtsein einer verlorenen Schlacht, der Zweifel an der neuen Zeit, brachen in diesem Augenblick los; eine gestürzte Klasse nahm überwältigt Abschied, aber schon macht sich trotz aller Hemmungslosigkeit die Einsicht geltend, die Tatsachen anzuerkennen, seine Vorteile zu wahren.

In diesen Apriltagen tritt man an ihn heran, um ihn zur Teilnahme an einem Putsch zu bewegen,

der den König und den Prinzen Wilhelm zur Abdankung zwingen, eine Regentschaft der Prinzessin Augusta einsetzen soll. Er lehnt ab und schickt den Versucher mit derselben Bedrohung fort, die *ihm* vor wenigen Wochen in Magdeburg widerfahren war: er würde ihn wegen Hochverrats anklagen.

Im Juni kehrt der Prinz Wilhelm, den man Kartätschenprinz genannt hatte, und der für das Blutbad am 10. März verantwortlich gemacht wurde, von seiner Flucht aus England zurück. Auf dem Bahnhof in Genthin trafen sich Wilhelm und Bismarck. Wahrscheinlich ist, daß Augusta ihrem Mann geschrieben hatte, Bismarck hätte versucht, zu ihm zu gelangen. Der Prinz erkannte Bismarck in der Menge, trat auf ihn zu und reichte ihm die Hand mit den Worten: „Ich weiß, daß Sie für mich tätig gewesen sind, und werde Ihnen das nie vergessen."

Kurze Zeit später wird Bismarck schon vom Prinzen nach Babelsberg eingeladen, er behandelt ihn ganz als Militär, schildert ihm die Haltung der Truppen, den Unmut der Offiziere, scheint ihn zugleich gegen den Bruder aufhetzen zu wollen, der schließlich den Rückzug befohlen hatte. Am Ende der Unterredung spielte er die beste Karte aus, bringt ihn zum Äußersten durch Vorlesung eines langen Gedichts, in dem einige Verse lauteten:

„Schwarz, Rot und Gold glüht nun im Sonnenlichte,
Der schwarze Adler sieht herab entweiht;
Hier endet, Zollern, deines Ruhms Geschichte,
Hier fiel ein König, aber nicht im Streit.

Wir sehen nicht mehr gerne
Nach dem gefall'nen Sterne.
Was du hier tatest, Fürst, wird dich gereu'n,
So treu wird keiner, wie die Preußen, sein."

Die schlechten Verse verfehlten ihren Zweck nicht. Der Prinz brach in heftiges Weinen aus. Alle haben damals viel und oft geweint. Die Tränensaat sollte furchtbare Früchte tragen.

In denselben Tagen läßt der König selbst Bismarck rufen, er war peinlich berührt und versuchte eine Ausrede, seine „frondierende Gemütsstimmung" schien es ihm unmöglich zu machen, mit dem Mann zu sprechen, der für ihn selbst die Erde auf den Sarg der Krone geworfen hatte. Die Einladung wurde wiederholt. Ein Flügeladjutant erschien in eigener Person und bat Bismarck zur Tafel des Königs. „Es blieb mir nichts übrig, als mich nach Sanssouci zu begeben."

Nach der Tafel kam es zu einem Gespräch zwischen Bismarck und dem König auf der Schloßterrasse. Auf die Frage, wie es ihm ginge, antwortete Bismarck gereizt: „Schlecht." — „Ich denke, die Stimmung ist gut bei Ihnen." — „Die Stimmung war sehr gut, aber seit die Revolution uns von den königlichen Behörden unter königlichem Stempel eingeimpft worden, ist sie schlecht geworden. Das Vertrauen zu dem Beistande des Königs fehlt." Da tritt wie im Theater die Königin hinter einem Gebüsch hervor und braust auf: „Wie können Sie so zu dem König sprechen?" — „Laß mich nur, Elise, ich werde

schon mit ihm fertig werden. Was werfen Sie mir denn eigentlich vor?" — „Die Räumung Berlins." — „Die habe ich nicht gewollt." Die Königin glaubt, nochmals für ihren Gatten eingreifen zu müssen: „Daran ist der König ganz unschuldig, er hatte seit drei Tagen nicht geschlafen." Bismarck: *„Ein König muß schlafen können."*

Der König läßt sich nicht beirren: „Man ist immer klüger, wenn man vom Rathaus kommt; was wäre denn damit gewonnen, daß ich zugäbe, wie ein Esel gehandelt zu haben? Vorwürfe sind nicht das Mittel, einen umgestürzten Thron wieder aufzurichten, dazu bedarf ich des Beistandes und tätiger Hingebung, nicht der Kritik." Und plötzlich fällt derselbe Mann um, der eben noch als Frondeur erschienen war, dem König unumwunden Schwäche und Nerven vorgeworfen hatte — seine Güte hätte ihn überwältigt, er sei entwaffnet und gewonnen gegangen.

Es war wohl nicht diese Unterredung allein, die ihn dem Hof wieder näherte. Die Lage hatte sich im Juni bereits entscheidend gewandelt. Die Truppen waren nach Berlin zurückgekehrt, die Bewegung im ganzen Reich flaute ab. In Paris wurden die Arbeiter furchtbar in viertägigen Straßenschlachten geschlagen, die Chartistenbewegung war zusammengebrochen. In Frankfurt tagte das Vorparlament, das alle revolutionären Strömungen wie ein Staudamm auffing. Der Landtag hatte jetzt plötzlich die Kredite bewilligt, die er vor dem 18. März abgelehnt hatte. Niemand schien daran zu denken, die Revolution in „Permanenz" zu erklären. Mitte Juni stürmten die

Massen in ihrer Erregung über die Haltung der neu gewählten preußischen Nationalversammlung das Zeughaus, die Bewegung schien wieder in Fluß zu kommen, aber schneller als im März brach sie zusammen, die Truppen vertrieben die Besatzung des Zeughauses, erstickten die Unruhen. Wenige Tage später wurde das *„Ministerium der Vermittlung"* Camphausen durch das *„Ministerium der Tat"* Auerswald abgelöst, die Bourgeoisie bekundete offen ihren Willen, mit der Monarchie gegen das Proletariat zu gehen. Für die Reaktion dämmerte das Morgenrot im Blut des Proletariats. Der Monat Juni brachte für ganz Europa die entscheidende Wendung, fortan gab es nur noch eine rückläufige Entwicklung, zuweilen nur heftig durch Explosionen unterbrochen.

Bismarck hat dann noch eine Reihe von Unterredungen mit dem König gehabt, die ihn nur bestärkten, dem König zu vertrauen. Sie spotteten gemeinsam über das *„Tagelöhnerparlament"*, wie sie die preußische Nationalversammlung nannten, die eine konstitutionelle und demokratische Monarchie schaffen sollte. Bismarck versuchte schon im Januar, den König zu Gewaltakten gegen das Parlament zu treiben; das mißlang. Beim Zeughaussturm beklagte er, daß es nicht zur Entscheidungsschlacht gekommen war. *Er wollte Blut fließen sehen.*

In Potsdam geriet er in engste Fühlung zum engsten Kreis um den König, zu jener Sippe von Generalen und hohen Beamten, die man mit Recht „Kamarilla" genannt hat, und die übrigens stolz diesen Namen selbst führten, sie hielten sie für eine

„notwendige und im Staatsrecht anzuerkennende Institution: Ratgeber des Königs, während er seine Minister loswerden will, aber noch nicht kann". Es sind die Generale Gerlach, Rauch und der Kabinettsrat Niebuhr, Männer, die jeden Schritt des Königs beeinflußten; die Gerlachs sind ihr Leben lang erzkonservativ geblieben, sie wollten keine deutsche Einheit, die ihnen nach Revolution roch, sie wollten nie den österreichisch-preußischen Bruch, der die sicherste Gewähr für die Unterdrückung der Revolution raubte. Der König hing an ihnen, sie verband ein unerträgliches Gemisch von falschen mittelalterlichen Feudalidealen, die fast mystisch verklärt wurden; in ihrer Religiosität waren sie fast fanatisch. Die Kamarilla wiederum war dem König blindlings ergeben, Bismarck meint, sie hätte etwas an altgermanisches Gefolgsmannentum erinnert. Rauch war ein ungebildeter, unwissender Mensch, tapfer, ehrlich in seiner Art, man rühmte ihm einen gesunden Menschenverstand nach; in einem gewissen Sinne waren sie witzig, die Schwächen des Königs blieben ihnen nicht verborgen, aber sie wußten sie zu nützen und blieben unzertrennlich mit ihm verbunden.

Bismarck haben sie in jenen Monaten geduldet; manchmal hat man den Eindruck, daß er sich ihnen aufdrängte, der jüngere Gerlach scheint ein gewisses Mißtrauen nie losgeworden zu sein, sie fürchteten seine jähen Entschlüsse, sein aufbrausendes Temperament; wenn er sehr geschäftig Adjutantendienste für sie verrichtete, mögen sie zugleich gedacht haben, daß sie ihn auf diese Weise an der Hand hielten

und ihn vor Streichen bewahrten, die der Krone und ihrer Politik nicht förderlich waren. Wenn Bismarck damals nicht in einen entscheidenden Posten einrückte, ist es der Kamarilla zu verdanken. Unter ihrem Einfluß mag Friedrich Wilhelm über Bismarck geäußert haben: „*Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet.*“

Im Laufe der Sommermonate und im Herbst rüstet die Reaktion zur Entscheidung. Die Entfachung der nationalen Leidenschaften in der schleswig-holsteinischen Frage, der Krieg mit Dänemark enthüllt zwar die militärische Unfähigkeit der preußischen Führung, aber die Massen werden abgelenkt, die Armee zum Bürgerkrieg geschult; die Junischlacht spornt zur Nachahmung an, im Oktober siegt die Reaktion in Wien, sofort reagiert man in Berlin, entläßt das Ministerium Pfuhl, das zu entscheidenden Schlägen nicht verwendbar schien. Ein morganatischer Sohn Friedrich Wilhelms II., der Graf Brandenburg, übernimmt das Kabinett, Wrangel rückt mit seinen Truppen in Berlin ein, am 9. November wird das preußische Parlament vertagt, es soll in Brandenburg weitervegetieren.

Der Plan bestand seit langem. Bismarck hat eine bescheidene Rolle bei den Vorbereitungen gespielt, die Kamarilla hat ihn nur zu wichtigeren Botendiensten benutzt. Den Vorschlag, ihn ins Kabinett Brandenburg zu nehmen, hat die Kamarilla kaum ernst gemeint, sie hätte sonst gewiß den König umgestimmt. Brandenburg, ein beschränkter Mann, las nach eigenem Geständnis keine Zeitungen, war in

staatsrechtlichen Fragen unbekannt und wollte nichts weiter tun, als seine Haut zu Markte tragen — solche Leute braucht die Reaktion in Zeiten, wo sie die Macht fest in die Hände bekommen will. Er schickt Bismarck zu Otto v. Manteuffel, der damals Direktor im Innenministerium ist, Manteuffel besitze Vorbildung, ihm könne man trauen. Bismarck gelingt es, Manteuffel zum Eintritt zu bewegen.

Am 9. November besetzt das Garde-Jägerbataillon das Schauspielhaus, wo das Parlament tagte. Man war entschlossen, schießen zu lassen, wenn die Abgeordneten den Saal nicht räumten. Es scheinen dunkle Pläne im Schwange gewesen zu sein, an denen Bismarck nicht nur interessiert war. Auf eine Provokation waren gewiß alle Vorbereitungen angelegt. Bismark ging so weit, eine Besetzung des hannoverschen Gesandtschaftsgebäudes zu fordern — Bedenken, ob man eine Gesandtschaft derart mißbrauchen durfte, wurden nirgends geteilt. Die Häuser rings um den Gendarmenmarkt besetzte man heimlich nachts. In der Frühe des 10. November zog Wrangel mit seinen Truppen ein, die Bürgerwehr ließ sich zum Abzug bewegen. Zum Blutbad kam es nicht. Bismarck aber schrieb: „Ich hielt es für einen politischen Fehler, daß Wrangel mit der Bürgerwehr verhandelte und sie zum Abzug bewog, wenn es zum kleinsten Gefecht gekommen wäre, so wäre Berlin nicht durch Kapitulation, sondern gewaltsam eingenommen, und dann wäre die politische Stellung der Regierung eine andere geworden."

Berlin war wieder eine Königlich Preußische

Stadt, das Standrecht wurde proklamiert. In einem Briefe an die Frau berichtet er aus Potsdam vom 14. November: „Daß Rob. Blum, Fröbel, Messenhauser in Wien erschossen sind, wißt Ihr wohl schon aus Zeitungen. Leb wohl, du Engel, ich muß schließen."

Einige Tage später sitzt er an der königlichen Tafel und spottet über die Arbeiter und Demokraten. „Es ist möglich, daß es noch beiläufig zu Gewaltszenen kommt, die Truppen brennen innerlich danach . . . die Soldaten sind prächtig . . . das Militär entwaffnet ununterbrochen —, politisch geht mir bisher alles sehr nach Wunsch, und ich bin Gott recht dankbar, daß er mich gewürdigt hat, der guten Sache wieder mehrmals und heute noch erhebliche Dienste zu leisten. . . . Leb herzlich wohl, ich küsse Deine Hände, mein Süßes, und will schlafengehen."

Die Dienste, von denen Bismarck spricht, charakterisiert Gerlach in seinen Tagebüchern: „Er spielte den sehr tätigen und intelligenten Adjutanten unseres Camarilla-Hauptquartiers."

Die preußische Revolution war zu Ende. Widerstandslos war das Feld geräumt. Marx schreibt in seinen Aufsätzen „Revolution und Konterrevolution": „Es ist wahr, wenn die Versammlung und das Volk Widerstand leisteten, war es möglich, daß sie geschlagen wurden; Berlin konnte bombardiert und viele Hunderte konnten getötet werden, ohne daß der schließliche Sieg der königlichen Partei dadurch verhindert wurde. Aber das war kein Grund, die Waffen ohne weiteres niederzulegen. Eine Nieder-

lage nach hartnäckigem Kampfe ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung wie ein leicht gewonnener Sieg."

Auch Bismarck schien der Sieg zu leicht errungen, aber er verkannte, daß die Folgen dieses trockenen Endes verhängnisvoller für die Revolution, glücklicher für ihn und seine Klasse waren.

DIE HANSWURSTPREZEL

Im Dezember wird die Versammlung in Brandenburg aufgelöst, eine Verfassung oktroyiert und die Wahl eines Landtages angeordnet, zu dem auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählt werden soll. Die Macht ruht in den Händen des Königs und der Militärpartei. Eine I. Kammer wird konstituiert, welche die Beschlüsse der II. Kammer, des Landtags, revidieren kann. Man ordnet dem „Taglöhnerparlament" das Herrenhaus als Revisionsinstanz über, der Weg zur Sicherung der königlichen Macht und der Feudalklasse ist sicher vorgezeichnet.

Das war der Staatsstreich.

Bismarck wird in die II. Kammer gewählt, die im Februar 1849 zusammentritt; er hatte am Wahlkampf in fiebernder Aufregung teilgenommen; in der Nationalversammlung hatte er nicht gesessen, des Treibens am Rande, der besonderen Missionen im Auftrage der Kamarilla schien er überdrüssig zu sein, ihn verlangte nach öffentlicher Tätigkeit, nach der Möglichkeit, die Interessen seiner Klasse zu verteidigen, den Gegner zu attackieren; im März wird der Landtag mit einer Thronrede eröffnet.

In diesem neuen Landtag erschien Bismarck als

der Führer der Junker. Der Literarhistoriker *R. Haym* hat eine charakteristische Schilderung seines Aussehens aus jenen Jahren gegeben: „Ein Mann Anfang der dreißiger Jahre, von großer und starker Statur, den Kopf fest und kurz auf die breiten Schultern gesetzt, die Haltung edel ohne fein, beweglich ohne lässig, fest ohne steif zu sein. Das frische volle Antlitz mit rotem Backenbart, nicht ohne die Spuren ritterlicher Übung, zeigte Kraft und Gesundheit. In den weicheren, fleischigen Unterpartien lag ein spöttisches Lächeln, die Nase war unschön und etwas gedrückt, die Augen mit hohen Brauen, klar, klug und listig, die Stirn gradlinig, fest und frei. Der Eindruck behaglichen Lebensgenusses ward überwogen durch den Eindruck geistiger Zuversicht und gefaßter Kraft."

So sah ihn der Freund.

Für den Gegner war er ein Mann, „der in des Landmanns Nachtgebet hart neben an dem Teufel steht". Andere erzählten von ihm, er stecke so tief in Schulden, daß er kaum jappen könne, er wolle sich durch sein Schwadronieren nur retten. „Wenn sein Name genannt wurde, ging manchem ordentlich ein Grusel von oben runter, als wenn man gleich ein Paar altpreußischer Fuchtelhiebe übergezogen erhalten sollte." Die Kamarilla hält ihn immer noch für unzuverlässig und jeder Eskapade für fähig, im Herbst wird man ihn im Landtag in keine Kommission wählen. Das Mißtrauen war groß; für einen sächsischen Diplomaten ist er der „rote Reaktionär". Entsetzt hört der Graf Beust seine Worte: „Wenn

ich meinen Feind in der Gewalt habe, muß ich ihn vernichten."

Sein Haß gegen die Demokratie und Revolution kennt keine Grenzen. Im September 1849 besuchte er die Gräber der gefallenen Revolutionäre im Friedrichshain. Seltsam genug, daß er hinausfuhr, aber als er der Frau seine Eindrücke schilderte, brach es wie aus einem Krater los: „Ich konnte nicht einmal den Toten vergeben, mein Herz war voll Bitterkeit über den Götzendienst mit den Gräbern dieser Verbrecher, wo jede Inschrift auf den Kreuzen von „Freiheit und Recht" prahlt, ein Hohn für Gott und Menschen ... mein Herz schwillt von Gift, wenn ich sehe, was sie aus meinem Vaterlande gemacht haben, diese Mörder, mit deren Gräbern der Berliner noch heute Götzendienst treibt. Leb' wohl mein süßer Engel ..."

Im November muß Johanna ihr Entsetzen über die schauerliche Niederwerfung des ungarischen Aufstandes ausgedrückt haben. Bismarck weist sie in einem Briefe an ihre Mutter zurecht: „Dies weichliche Mitleid mit dem *Leibe* des Verbrechers trägt die größte Blutschuld der letzten 60 Jahre ..." Er ist empört, daß man mit den gehängten Rebellen Mitleid hat, er wirft ihr Rousseausche Erziehungsprinzipien vor und führt einen Vergleich an, der Jahrzehnte später auf seine eigenen Taten angebracht wäre: „Kann die Hinrichtung eines Menschen auch zur irdischen Gerechtigkeit genugtun für die eingeäscherten Städte, die verwüsteten Provinzen, die gemordete Bevölkerung, deren Blut dem Kaiser von Österreich

zuruft, daß ihm Gott das Schwert der Obrigkeit verliehen hat?" Er beschwört den Schatten Ludwigs XVI., der schuld am Untergang von Millionen sei, weil er aus Abneigung nicht den Tod eines Menschen von Rechts wegen herbeiführte. Ja, es war dieser Ludwig, dessen Gestalt ihm in allen diesen Jahren vorschwebte, wenn er für das Königtum fürchtete und die anscheinende Lässigkeit des Königs selbst verurteilte. Er war überzeugt, daß Friedrich Wilhelm so enden würde wie Ludwig — der Fall der Monarchie in Frankreich war ihm sein Leben lang ein furchtbares Menetekel. Man hat in allen Biographien immer nur auf die Eindrücke der Freiheitskriege hingewiesen, die das Gemüt des Knaben Bismarck beschäftigten, aber tieferen Eindruck scheinen Erzählungen aus der französischen Revolution hervorgerufen zu haben. Für die Umgebung, in der er aufwuchs, war Ludwigs Sturz und Hinrichtung das stärkste Erlebnis ihrer Jugend; die Franzosen, die unter Napoleon nach Preußen kamen, waren die Soldaten der Revolution, *und der Kampf für die nationale Freiheit war den Junkern in Wahrheit ein Kampf gegen die Revolution.* Und nur so läßt sich jene erste Rede im Landtag ganz begreifen, in der er so heftig zurückwies, daß der König seinen Bürgern gegenüber Verpflichtungen habe.

Bismarck haßt die Bureaukratie: „sie ist krebsfräßig an Haupt und Gliedern, nur ihr Magen ist gesund, und die Gesetzexkremente, die sie von sich gibt, sind der natürlichste Dreck von der Welt". Er kennt nur Hohn und Spott für die Bourgeoisie, die

er mit Vorwürfen der Feigheit überschüttet, und da hatte er doch nicht einmal so unrecht. Vor den Demokraten hatte er noch eine gewisse Achtung gehabt, dieser Kampf mit der „Demokratenbande" war „doch amüsanter" als jetzt mit diesen wäßrigen Konstitutionellen, welche dieselben Grundsätze wie jene predigten, predigen, nur nicht den Mut der Konsequenz bis ans Ende haben, und ihr Gift mit heuchlerischem Patriotismus überzuckern, dessen Kern stets Egoismus und Herrschsucht, in ihrem und ihres „gebildeten Bürgerstandes" Interesse bleiben.

In den Kammerverhandlungen kämpft er auf der äußersten Rechten für die Privilegien seiner Klasse — so heftig, daß selbst Gerlach erschrickt. Als ein Grundsteuergesetz vorgelegt wird, räsoniert er über diese Schandvorlage, „ein Gemisch von Feigheit und schamloser Ungerechtigkeit". Die Abgeordneten schimpft er „Amphibien" und preist sich glücklich, wenn er unter den Gardeoffizieren in Potsdam weilen kann, die „warmes Preußenblut im Leibe haben".

Als im Frühjahr ein *Amnestiegesetz* beraten wird, wendet er sich mit aller Schärfe dagegen, denn nach ihm erschüttern wiederholte Amnestien das Rechtsbewußtsein, durch weinerliche Sentimentalität werde mehr Blutvergießen herbeigeführt als durch entschlossene konsequente Handhabung der Gerechtigkeit; die Krone sei nicht gleich einem geschenkten Gaul aus den blutigen Händen der Revolution dem König überreicht, vielmehr habe Gott die Obrigkeit eingesetzt, und der Gott, der die Schlachten lenke,

müsse über kurz oder lang die eisernen Würfel der Entscheidung über die Prinzipien des Alten oder Neuen werfen. *Den Parlamentarismus hält er für eine Brücke zum Schwindel, zur Korruption,* die Kammer sei aus der Lotterie der Wahlen hervorgegangen, aus einem Hazardspiel, das keine Bürgschaft für die Trefflichkeit der Erwählten gebe. Er bekämpft die *Pressefreiheit,* die nur Voraussetzungen für neuen Aufruhr schaffe, er lehnt alle *Vereinsgesetze* ab, weil sie die Bildung von revolutionären Bünden ermöglichten. Als sich die Kammer mit der *Zivilehe* beschäftigt, behauptet er, sie mache die Freiheit des religiösen Bekenntnisses zur Phrase, da sie die Erlaubnis zur kirchlichen Trauung vom gerichtlichen Akt eines Dorfschreibers abhängig mache, und die Kirche zur Schleppenträgerin der subalternen Bureaukratie werde. Die Kirche ist ihm ein Bollwerk gegen die revolutionären Mächte, der Glaube muß dem Volk erhalten bleiben. Ausdrücklich erklärt er, selbst Liberale erkennen ja an, daß ein gewisser Grad von positivem Christentum dem gemeinen Manne nötig sei, wenn er nicht gefährlich werden solle.

Als die Neuordnung der *Agrarverhältnisse* debattiert wird, *wirft er den Landarbeitern Begehrlichkeit* vor! Die Reform reize ihren Neid gegen die Besitzenden, die dauernden Konzessionen steigerten den Appetit, ohne ihn zu befriedigen. Die geplante Aufhebung der *Steuerfreiheit* der Rittergüter veranlaßt ihn zu einem privaten Schreiben an den König, es handele sich um eine *Konfiskation,* die den Landbesitz mit einer Willkür treffe wie nur Eroberer

und Gewaltherrscher sie bisher geübt hätten. Ja, er versteigt sich zur Behauptung, *dieser Plan beschwöre eine rechtlose Gewalttat gegen eine jetzt wehrlose Klasse.* Offen, zynisch und herausfordernd erklärte er gegenüber dem liberalen Führer v. Unruh: *„Ich bin ein Junker und will auch Vorteile davon haben."*

Wenn man die Kapitel in den „Gedanken und Erinnerungen" liest, die sich auf die deutsche Frage in den Jahren 1848/49 beziehen, wird der Eindruck leicht entstehen, als ob Bismarck *damals* eine Reichsgründung für möglich gehalten hätte; aber diese Kapitel, die immerhin über vierzig Jahre nach den Ereignissen des Revolutionsjahres geschrieben wurden, sind eine jener Verteidigungsattacken für das eigene Werk, das er vor der Geschichte verteidigen mußte. Er mußte erklären, weshalb erst 1870 möglich wurde, was sich vielleicht 1848 hätte erfüllen lassen, er mußte rechtfertigen, daß mit Blut und Eisen zustande kam, was vielleicht 1848 zu erreichen war. So überblendet er gleichsam die Geschehnisse der Jahre 1848/49, so läßt er sogar eine gewisse versöhnliche Stimmung gegenüber dem Frankfurter Parlament anklingen, er hatte später selbst das Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie geschlossen, hatte selbst mit der liberalen Bourgeoisie gegen die eigene Klasse regiert, mit Rückendeckung derselben Bourgeoisie das Reich gegründet, so konnte er später nicht in aller Schärfe wiederholen, was er zur Zeit des Kampfes um die Einheit Deutschlands im Jahre 1849 gedacht, wie er gehandelt hatte. Denn er hat für die Frankfurter Nationalversammlung, für die Kaiser-

komödie wie später für die Union nur Hohn und Spott übrig gehabt, er hat den Kampf zur Zeit der Reichsverfassungskampagne nicht nur gebilligt, sondern auch geschürt. Das Interesse Preußens, die Erhaltung der Rechte der Krone und seiner Klasse gingen voran, er war ein Feind aller Pläne zur Gründung des Reiches selbst unter preußischer Führung. Später hat er die Ansicht vertreten, daß die deutsche Einheit in strenger Form zu erreichen gewesen wäre, wenn der König im März fest und klug seinen Sieg ausgenutzt, sich mit den Fürsten verbunden und zur Abwehr gegen die Revolution das Reich proklamiert hätte. Im Jahre 1848 aber lagen solche Ideengänge Bismarck gänzlich fremd.

Es ist erstaunlich, wie spärlich seine Äußerungen über die deutsche Frage in jenen Zeiten selbst sind; er schaltete das ganze Problem aus, für ihn gab es nur *eine* Frage, die ganz im Vordergrund stand: *die Errettung Preußens vor der Revolution, die Sicherheit der Krone, der Schutz seiner Privilegien.* „Was scheren mich die kleinen Staaten, mein ganzes Streben geht nur auf Sicherung und Erhöhung der preußischen Macht", äußerte er einem Freunde gegenüber. Als der König die Kammer im März 1849 eröffnet und auf die deutsche Frage zu sprechen kommt, beeilt sich Bismarck keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen und erklärt seiner Frau: „Die Thronrede habt Ihr wegen der deutschen Frage wie mir scheint mißverstanden; sie ist darin ganz korrekt und frei von revolutionärer Beimischung; wenn der König dabeibleibt, nicht ohne Beistimmung

aller deutschen Fürsten vorzugehen, womit ich einverstanden bin, *so bleibt* natürlich alles beim alten, denn Österreich und andere lassen sich auf die Frankfurter niemals ein." Das war allerdings vorsichtig formuliert; man wußte nicht, wie der König sich entscheiden würde; als die Frankfurter beschlossen hatten, ihm die Kaiserkrone anzubieten. Selbst der Prinz Wilhelm wußte noch *nach* dem Empfang der Deputation nicht, ob sein Bruder angenommen oder abgelehnt hatte. Der Romantiker war immer infolge seiner Verspieltheit unzuverlässig gewesen, Bismarck hat erst viel später erkannt, daß die deutsche Frage die Haltung des Königs stark beeinflußt hatte und das Hauptmotiv seiner undurchsichtigen Politik im Frühjahr 1848 gewesen war.

Die Erfahrungen des März hatten Bismarck gewitzigt, er hätte innerlich die Annahme der Kaiserkrone durch den König *nie* gebilligt, aber wenn der König sich entschieden hätte, gab es für ihn keine Opposition mehr. Der König hatte nicht durchblicken lassen, wie er sich entscheiden würde, so erklärt sich jener Schritt der Junker, die eine Adresse an den König richteten, in der sie „ehrfurchtsvoll die Bitte an E. M. königliches Herz legten, sich dem Rufe der Deutschen Nationalversammlung nicht entziehen zu wollen".

Emil *Ludwig* hat zuerst auf dies seltsame Dokument hingewiesen, das auch von Bismarck unterschrieben wurde, wohl nicht nur deshalb, weil er wie seine Freunde glaubte, der König wolle die Krone haben, sondern wohl vor allem deshalb, weil sie auf

dem Posten sein mußten — wenn dies Reich kam, mußten die Junker zunächst dem Thron stehen, um ihn und sich selbst vor allem Schlimmen zu bewahren, das daraus folgen mußte, wenn nicht durch die Initiative der Fürsten, sondern durch ein Parlament der Kaiser des neuen Reiches designiert wurde. Trotzdem bleibt diese Adresse rätselhaft. Denn im Kreise der Kamarilla und ihres Anhanges war längst bekannt, was der König von der Wahl hielt, *bevor* sie überhaupt stattfand. Am 24. März erklärte der König, *die Kaiserkrone sei eine „Hanswurstprezel"*, daß er sie ausschlage, sei so wenig ein Verdienst, als daß er nicht stehle. Am 31. März hat der König jedem erklärt, weiterzusagen, er danke ab, wenn er genötigt werde die Kaiserkrone anzunehmen. Diese Erklärung, unter Umständen abzudanken, hat in Hofkreisen tiefen Eindruck gemacht, die Königin fürchtete die Abdankung. Gerlach schreibt: „Es war eine ängstliche Situation und diese Gefahr groß."

Viele Liberale, ja einige Minister waren für Annahme, viele wünschten die Abdankung. Möglich, daß Bismarck und seine Freunde durch ihre Adresse dem König zu verstehen geben wollten, daß sie die Abdankung durch die Annahme verhindert zu sehen wünschten und jedenfalls zu seiner Verfügung ständen. Die Adresse hatte *taktische* Bedeutung, ein Glaubensbekenntnis ist sie nicht gewesen.

Aber als der König abgelehnt hatte, frohlockte Bismarck. Er war tief befriedigt, denn die Annahme der Krone schuf nicht nur eine schwierige Lage innen- wie außenpolitisch, sondern hätte vor allem die

Rechtfertigung der Ereignisse seit den Barrikaden vom März bedeutet. Der Weg, den die Frankfurter gehen wollten, bedeutete Vernichtung jenes Preußentums, das allein den Staat in der Revolution gehalten hatte. „Das Volk wolle nicht sein preußisches Königtum verschwimmen sehen in der fauligen Gärung süddeutscher Zuchtlosigkeit. . . . *Preußen sind wir, und Preußen wollen wir bleiben!*" Einige Monate später steht für ihn fest, „daß die deutsche Frage überhaupt nicht in unsern Kammern, sondern in der Diplomatie und im Felde entschieden wird, und alles, was wir darüber schwatzen und beschließen, hat nicht mehr Wert als die Mondscheinbetrachtungen eines sentimentalen Jünglings, der Luftschlösser baut und denkt, daß irgendein unverhofftes Ereignis ihn zum großen Mann machen werde."

So ist er gegen Frankfurt, so gegen die Union der drei Mächte — Preußen, Hannover, Sachsen — dieses phantastische Ersatzgebilde, das sich drei Monarchen schufen, um der Frankfurter Bewegung den Todesstoß zu versetzen. Letzter Akt der Farce „Deutsche Einheit".

Wichtiger als die Erfurter Verhandlungen und die Debatten über eine Reichsverfassung war ihm die militärische Erstarkung Preußens. Die Reichsverfassungskampagne im Sommer 1849, der Einmarsch in Sachsen, der Feldzug in Baden offenbarten Schwächen der Armee, der Führung, der Bewaffnung, aber daß diese Armee sich nicht zersetzen ließ und zuverlässig war, bedeutete die Sicherung der Konterrevolution, die Machtstellung der Krone.

Preußische Truppen führen im Frühsommer 1849 den Kampf gegen die Verteidiger der Reichsverfassung. Sachsen und Baden, Hessen, Württemberg werden von der preußischen Garde gesäubert. Die Rumpfversammlung des Frankfurter Parlaments in Stuttgart wird auseinandergejagt. Es sind Arbeiter, die in Dresden unter Borns und Bakunins Führung den Truppen des Königs von Preußen entgegentreten, Arbeiter und Handwerker marschieren im Südwesten Deutschlands gegen die Armee des Prinzen Wilhelm. Vor Rastatt endet der Krieg, der letzte große Freiheitskampf, den Deutschland in Jahrzehnten erleben wird. Die Rache der Sieger ist grauenvoll, in Sachsen und Baden werden die Gefangenen niedergeknallt. Die Standgerichte arbeiten in einem Meer von Blut. Die Kerker füllen sich. Liebknecht gelingt es damals eben dem sichern Tode zu entrinnen. Dortu wird erschossen. Bakunin sperren sie auf dem Königstein ein. Richard Wagner flüchtet, Röckel erwischen sie. Die preußische Pickelhaube wird Deutschland aufgestülpt. Das war auch eine Einheit.

DIEBE IN DER NACHT

In denselben Monaten ist Österreich durch die nationale ungarische Erhebung, durch böhmische Unruhen schwer bedrängt; der Zar von Rußland schickt seine Armee in das aufständige Ungarn; Wälder von Galgen erwachsen aus den ungarischen Tiefebenen. Aber die Not, die Schwäche Österreichs gestatten den Vorstoß Preußens, die geretteten Monarchen fühlen sich verpflichtet; der Kurs im Innern steuert scharf nach rechts, Preußen oktroyiert, siegreich an allen Fronten, schon im Mai 1849 das Dreiklassenwahlrecht, aber in einem Augenblick österreichischer Schwäche glauben sie in Berlin sich eine *deutsche Einheit erstehlen* zu können, die Furcht vor der Revolution ist verschwunden; der Sprößling einer katholischen Familie aus Ungarn, Joseph von *Radowitz* ist Friedrich Wilhelms Berater. Er war Offizier und Diplomat, saß auf der Rechten im Frankfurter Parlament, bekämpfte seit Jahrzehnten den Deutschen Bund und betrieb den Bund mit Österreich. Eine Denkschrift aus dem Jahre 1847 weist Preußen die Aufgabe zur Führung in Deutschland zu. „Nur in der festesten, innigsten Verbindung mit dem übrigen Deutschland kann Preußen die Ergänzung

der Kräfte finden, deren es bedarf.... Österreich ist zu tief in die Welthändel verflochten, zu fremd allen engeren deutschen Interessen, Freuden und Leiden... Nur eine Macht, die da steht und fällt mit Deutschland, kann hier eine wahre moralische Autorität ausüben.... Der König von Preußen muß Preußen in und durch Deutschland gewinnen..." Preußen solle und müsse den Weg gehen — ohne Österreich.

Radowitz gewinnt im Frühjahr 1849 ungehemmt Einfluß auf den König. Die Niederlage der revolutionären Bewegung und die Schwäche Österreichs scheinen alle Gefahren auszuschließen. Das Dreikönigsbündnis, die Union, der 21 Staaten angehören, der Erfurter Reichstag sind Radowitz' Werk. Er entwirft die Verfassung der Union, die die Einheit Deutschlands unter preußischer Führung garantiert; was den gemäßigten Konservativen aus der Frankfurter Verfassung geeignet erscheint, wird herübergenommen. Radowitz lehnt den zentralisierten Einheitsstaat und alle demokratischen Konzessionen ab, im Innern sollen die rechtliche und historische Selbständigkeit der Länder unangetastet bleiben, er wünscht ein Gesamtparlament, ein Volkshaus, dem ein Staatenhaus, das Kollegium der Fürsten übergeordnet sein wird. Österreich wird ausgeschaltet, aber ein Bündnis liegt im Bereich der Möglichkeit. *In den Umrissen wird Bismarck zwanzig Jahre später den Plan Radowitz übernehmen und vollenden.* Jetzt im Jahre 1849 ist er der erbitterte Gegner dieser Ideen, denn er fürchtet die Revolution, die demokratischen Tendenzen, vor allem den Bruch mit

Österreich, noch fast ein halbes Jahrhundert später höhnt er Radowitz, dessen politisches Testament er ausführt; in den „Gedanken und Erinnerungen" spricht er vom *„geschickten Garderobier der mittelalterlichen Phantasie des Königs"*, im Jahre 1849 bekämpft er ihn von der Tribüne der Kammer wie in Artikeln der „Kreuzzeitung". Als Mitglied des Erfurter Reichstags konspiriert er mit den Gegnern Radowitz' innerhalb des Ministeriums selbst, versucht den Einfluß Radowitz' auf den König zu unterminieren, bearbeitet vor allem den Minister Manteuffel, den er veranlaßt, hinter dem Rücken Radowitz' den König in Berlin zu bearbeiten. Versuche der Gemäßigten, den rechten Flügel zu gewinnen, werden von Bismarck höhnisch zurückgewiesen, eine Unterredung mit Gagern verläuft im Sande, Bismarck erklärt dem „Jupiter tonans", wie er Gagern spöttisch nannte, er und mit ihm die royalistischen Preußen befürchteten, daß mit der Unionsverfassung die monarchische Gewalt nicht stark genug bleiben werde. Erst als ihn in einer Unterredung mit dem Grafen Brandenburg Gewißheit wird, daß man die Rechte Preußens unter allen Umständen wahren, sonst aber den Degen ziehen und die Kerls zum Teufel jagen würde, sieht er minder resigniert in die Zukunft, ohne jedoch den Widerstand aufzugeben. Er lehnt die Unionsverfassung ab, die angenommen, aber nie durchgeführt wird.

Im Herbst wird der längst brüchigen Union die Entscheidung zwischen Vegetieren und Sterben durch den kurhessischen Verfassungskonflikt aufgedrängt.

Treppenwitz der Weltgeschichte — Preußen fühlt sich berufen, die hessische Konstitution gegen den Kurfürsten zu verteidigen, seine Truppen zu mobilisieren und einrücken zu lassen. Der Entscheidungskampf um die deutsche Einheit — ausgetragen zwischen reaktionären Regierungen — steht bevor. Österreich marschiert auf. Damals ist Radowitz Außenminister. In der Umgebung des Königs finden sich Militärs, die unbedingt für den Kampf sind.

In denselben Monaten entscheidet sich das Schicksal Schleswig-Holsteins, die Lande werden Dänemark überlassen.

Bismarck schwankt, ob Krieg oder Friede werde, den Krieg hält er für ein Verbrechen an der royalistischen Idee, aber er ist entschlossen, zur Armee zu gehen; davon kann keine Rede sein, daß er dem König nicht gehorcht, wenn er befiehlt. Eine Unterredung mit dem Kriegsminister von Stockhausen klärt ihn über die militärische Lage auf, anfangs gibt er seiner durch die Mobilmachung und den scharfen Ton der Österreicher erregten kriegerischen Stimmung Ausdruck. Aber der Minister erklärt ihm, im Augenblick müsse der Bruch nach Möglichkeit vermieden werden, die preußische Macht sei völlig unzureichend, um die Österreicher aufzuhalten, selbst wenn Sachsen neutral bleiben. „Wir müssen ihnen Berlin preisgeben und in zwei Zentren, außerhalb der Hauptstadt, etwa in Danzig und in Westfalen, mobilisieren; vorwärts Berlin können wir erst in vierzehn Tagen etwa 70 000 Mann haben und auch die würden nicht reichen gegen die Streitkräfte, die

Österreich schon jetzt gegen uns in Bereitschaft hat." Man müsse Zeit gewinnen, die Abgeordneten bearbeiten, im Sinne der Mäßigung wirken.

Die Ausführungen Stockhausens verfehlen ihre Wirkung auf Bismarck nicht, es liegt ihm fern, den Kriegsminister für die militärische Unzulänglichkeit Preußens verantwortlich zu machen, er schiebt die Schuld auf die Unterlassungssünden und planlose Politik der Regierung, des Königs; er klagt über die Mischung von Leichtfertigkeit und Knauserei, mit der man in Berlin regiert habe. Sonderbar, daß ihm nie der Gedanke kommt, wie sehr er selbst immer zum militärischen Vorgehen aufgefordert hatte, sonderbar, daß ihn nicht bedrückt, wie tief er über die Schwäche eines Instrumentes enttäuscht ist, das gerade ausreicht, um schlecht bewaffnete, schlecht organisierte Revolutionstruppen auch erst nach langen Kämpfen zu überwinden, das aber unfähig zu einem ernsten Waffengang mit einem andern Staate ist. *Die militärische Schwäche Preußens aber wird in diesem Augenblick Anlaß tiefster Genugtuung. Daß Preußen nicht schlagen kann, läßt die Reaktion aufjubeln. Der Befehlsempfang der preußischen Regierung in Warschau wird ein heiliger Akt.* Denn der russische Druck und der österreichische feste Wille, es auf militärische Entscheidung ankommen zu lassen, führen das militärisch schwache Preußen zur Kapitulation nach Olmütz. Die Union, ihre Verfassung, der Eingriff zugunsten der konstitutionellen Verfassung in Kurhessen werden unmöglich. *Die Leichenfledderei, die Radowitz an den Ideen des Jahres 48*

getrieben hatte, findet ihr Ende. Der Deutsche Bund wird unter österreichischer Führung nochmals ins Leben zurückgerufen, das Schattenspiel in Frankfurt kann wieder beginnen. Und der Zar aller Reußen bürgt für die Ruhe in Deutschland.

Mitte November schrieb Bismarck in einem Augenblick, da Manteuffels Sturz ebenso gewiß schien wie der Ausbruch des Krieges: „Manteuffels Sturz ... heißt Krieg mit allen monarchischen Staaten, im Hintergrund revolutionäres Kaisertum.... Bleibt Manteuffel, so ist alle Aussicht zu einem baldigen, ehrenvollen Frieden, der im wesentlichen dahin gehen würde, daß Preußen und Österreich sich unter voller Gleichberechtigung miteinander auf Kosten der kleinen Staaten versöhnen." Es war richtig, wenn er schrieb, die Kleinen hätten die Kosten zu tragen, aber er betrog sich selbst, wenn er von preußisch-österreichischer Gleichberechtigung sprach. In Augenblicken zitiert er wieder Friedrich II. und erinnert an die schlesischen Kriege, er ist für raschen Vormarsch, trotzdem er doch wußte, wie es um die preußische Armee stand. Aber zuletzt verficht er die *Idee des Friedens um jeden Preis.* Er verteidigt seine Notwendigkeit mit aller Heftigkeit, dann kurz vor der Kapitulation ruft er aus: „*Der Krieg wäre jetzt ein vollständiger Unsinn, der von Hause aus die Folgen haben würde, daß unsere Regierung noch zwei Meilen weit links rutschen würde....*" Der Mann, der den Frieden nur der Privilegien seiner Klasse halber will, beschwört mit einem Male die Greuel eines Krieges, er spricht von Lappalien, um die es

ginge; *konservative Armeen werden sich zerfleischen, die Geschicke Deutschlands werden in die Hände von Fremden gelegt werden,* „wie es bei einem Zwist zwischen uns und Österreich nie anders sein kann. England mahnt uns zum Frieden und läßt uns sitzen, Frankreich sucht die Kaiserkrone für seinen Präsidenten im Kölner Dom, und unsern einzigen Bundesgenossen haben wir in il re traditore, wie ihn beide Parteien nennen, zu Turin, und in der Demokratie aller Länder. Robert Blums Büste mit schwarzweißen Schärpen und Kokarden behängt, ist das Symbol, bei welchem Berliner Landwehrleute ... ihre Feste feiern und den Monarchen Rache schwören; soweit ist Preußen gediehen. *Für diese Menschen werden wir siegen, wenn wir siegen, und jeder Demokrat darf seine Wunden dem König als eine unbezahlte Rechnung vorzeigen, wenn wir mit seiner Hilfe gesiegt haben werden. Ich kann meine Tränen nicht halten,* wenn ich denke, was aus meinem Stolz, meiner Freude, meinem Vaterlande geworden ist, das treue, tapfere, ehrliche Preußenvolk, trunken gemacht mit dem Taumelkelch, den sie preußische Ehre nennen, am Leitseil einer Bande rheinländischer Stellenjäger und hohnlachender Demokraten ... *ich kenne keine Ehre, die darin besteht, daß man den Weg der Revolution mit Worten verdammt und mit Taten geht.*"

So sieht sich der Mann zur Friedenserklärung gezwungen, nur weil er die Möglichkeit der Revolution fürchtet. Die Erinnerungen an die Freiheitskriege und die Versprechungen des Königs mögen wach

geworden sein, *er wollte keinen Krieg, der um freiheitliche Ideen geführt würde, er anerkannte nur Unterdrückungs- und Eroberungskriege, er wollte keinen Krieg, der einer revolutionären Bewegung auch nur die Möglichkeit einer Chance* gab. Eines entging ihm allerdings, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden gar nicht von Berlin abhing, sondern von einer fremden Macht. Vielleicht war er sich der Tatsache bewußt, aber das Gefühl der Schande ob dieser Ohnmacht scheint ihm ferngeblieben zu sein, denn *sein Klassenbewußtsein war stärker als sein nationales Empfinden.* Der Haß gegen die Revolution wirkte entscheidend. Merkwürdig und grotesk, wenn er sich die Folgen eines preußischen Sieges ausmalte, der doch nach eigenem besten Wissen ganz unmöglich war.

Des Königs Minister wich vor dem kaiserlichen Schwager in Warschau zurück, trotzdem der eigene Bruder ihm zurief, man könne ihm nicht mehr dienen. Die Junker atmeten auf. Diese Wendung sicherte ihren Sieg auf der ganzen Linie. Gerlach schrieb, durch Olmütz sei Preußen, Österreich und Deutschland gerettet worden, „*schon stehend auf dem Rande des Abgrunds.... Die Unsern hatten einen entscheidenden Sieg erfochten, es begann die siebenjährige Periode der Reaktion . . . es war wenig, viel zu wenig Siegesgefühl und Siegesbegeisterung bei den Unsern vorhanden.*"

Solche Sätze mögen perverse Sinnesart bekunden, aber das Verhalten der Junker in den Tagen von Olmütz rechtfertigt die Lehre des Klassenkampfes;

rechtfertigt, daß *die Interessen der Klasse den entscheidenden Ausschlag in allen Handlungen geben.*

Wenige Tage nach der Kapitulation hält Bismarck in der Kammer seine Siegesrede, als eine Adresse an den König beraten wurde, in der die Politik des Ministeriums verurteilt werden sollte. Er spricht von dem Krieg, der Preußen in eine schwierige Situation bringe, und zwei, drei große Kontinentalmächte zum Eingreifen herausfordere. Er spricht das bedeutsame Wort, das seine innersten Gedanken verrät und zugleich Leitmotiv seiner späteren Politik wird: „*Wehe dem Staatsmann, der sich nicht nach einem Grunde zum Krieg umsieht, der auch nach dem Krieg noch stichhaltig ist.*" Die Ehre Preußens bestehe nicht darin, in Deutschland den Don Quijote für gekränkte Kammerzelebritäten zu spielen, die ihre lokale Verfassung für gefährdet hielten . . . „Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich *von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt* halte. . . ." Und weil er diese Rede auf Grund einer Verabredung mit dem Kriegsminister hält, die Stimmung infolge der Kapitulation bedrückt ist, vertröstet er auf die nächste Zukunft, auf die Verhandlungen, in deren Verlauf man immer noch den Krieg jederzeit finden könne, es bleibe immer noch Zeit, ihn zu führen. Das war ein Manöver, an das er gewiß selbst nicht geglaubt hat, denn zum Schluß enthüllt er seine ganze Abneigung gegen diesen Krieg, den er später selbst entfesseln wird. — „Wie in der Union die deutsche Einheit gesucht werden soll, vermag ich nicht zu verstehen; es ist

eine sonderbare Einheit, die von Hause aus verlangt, im Interesse dieses Sonderbundes einstweilen unsere deutschen Landsleute im Süden zu erschießen und zu erstechen."

Zum ersten Male bewegt er sich auf dem Boden großer Politik, wenn er auf die verfängliche Situation hinweist, die durch ein Eingreifen fremder Mächte in deutsche Angelegenheiten entsteht; der Schwerpunkt der Entscheidung fällt unter solchen Umständen nach dem Ausland — das ist eine Wahrheit, die er sich jetzt errungen hat, und die 16 Jahre später den Inhalt seiner Politik bildet, er will die Entscheidung in seiner Freiheit suchen.

Gespräche mit dem russischen Gesandten im November riefen in ihm den Eindruck hervor, daß Rußland sich für stark genug hielt, die Entscheidung zwischen Österreich und Preußen in die Hand zu nehmen. Aber entscheidend für Bismarcks Haltung war die tiefeingewurzelte Überzeugung, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung niemandem Nutzen brächte als der revolutionären Bewegung; und so nahm man die nationale Schande freudig auf sich. *Mehring meint, die richtigen Junker wälzten sich in der Olmützer Schande wie Katzen in Baldrian.*

BANGE WAHL

Olmütz war der Anfang der stetigen Reaktion. Die Spiegelfechtereien Radowitz' waren zu Ende, er hatte noch einmal der liberalen Bewegung einen Köder mit seiner kleindeutschen Union hingeworfen, die revolutionäre Bewegung war in Strömen von Blut erstickt. Das Ministerium Manteuffel sieht seine Aufgabe in der Sicherung der königlichen und feudalen Macht; eine ununterbrochene Folge von Gesetzen sanktioniert die Niederlage von Olmütz, die ein Sieg der Reaktion war.

Der Bundestag zwingt die kleinen Staaten, die Märzerrungenschaften wieder rückgängig zu machen, in Kurhessen schaltet und waltet nach Willkür der Kurfürst, der mit Hilfe der „Strafbayern" die Bauern und Städter zum Gehorsam zwingt. In Preußen wird systematisch Gesetz nach Gesetz erlassen, um die öffentliche Meinung zu ersticken, jede Bewegung unmöglich zu machen. Man setzt einen Staatsgerichtshof ein, das Strafgesetzbuch wird verschärft, ein Pressegesetz mit Kautionen erlassen, die Vereins- und Versammlungsfreiheit erhält Einschränkungen, die Erfahrungen der letzten Jahre werden nutzbringend verwendet, *der Kampf gegen die Revolution empfängt in Paragraphen seinen Ausdruck.*

Auf dem Lande erhalten die Gutsherren ihre

Polizeirechte zurück, ja sogar die feudalen Kreis- und Provinzialstände werden wieder hergestellt, die Ablösung der Lasten wird gesetzlich geregelt und bringt den Junkern ungeheure Summen ein. Das Industrieproletariat ist gänzlich ohne Schutz, ein Fabrikgesetz wirkt sich praktisch überhaupt nicht aus, dabei bringen die kommenden Jahre eine rapide Entwicklung der Bourgeoisie, bald nach Ende der letzten revolutionären Bewegungen setzt eine Prosperität der Industrie ein, die jahrelang dauert. Im sechsten Jahrzehnt erlebt die Technik neuen Aufstieg, in Preußen beginnt eine rasche Entwicklung der Schwerindustrie, des Bergbaus, der Eisenwerke. Die Eisenbahnnetze erweitern sich, die Dampfschiffahrt begünstigt diese Blütezeit der jungen Bourgeoisie, die allmählich die Nachteile des deutschen Partikularismus schwer zu empfinden beginnt. Die Machtentfaltung der Bourgeoisie aber zeitigt notwendig ein immer stärker anwachsendes Proletariat. Die Junker, die im November 1850 geglaubt hatten, Sieger geworden zu sein, sehen mit Bitterkeit, daß die Bourgeoisie sie zu überflügeln droht, finanziell bereits stärker ist und eines Tages politische Forderungen stellen muß.

Es ist seltsam, daß Bismarck in diesem Jahrzehnt des allmählichen, aber unaufhaltsamen Umwälzungsprozesses aus der Öffentlichkeit fast ganz verschwindet. Innenpolitisch ist seine Mission als Einpeitscher im Dezember 1850 erfüllt, seine Klasse hat gesiegt. Außenpolitisch ist Preußen durch seine Kapitulation um jedes Ansehen gebracht, es schaltet fast ein ganzes Jahrzehnt lang gänzlich als Faktor aus, es

wird so wenig ernst genommen, daß später, 1864 und 1866, selbst Marx und Engels von den preußischen Erfolgen überrascht sind. Aber im Laufe eines einzigen Jahrzehnts verändert sich die Gesellschaftsschichtung in Preußen völlig, das Jahrzehnt der Reaktion erweckt infolge der reaktionären Gesetzgebung den Eindruck, als ob die Ruhe des Kirchhofs über dem Lande lagere, aber in Wahrheit vollzieht sich soziologisch eine Bewegung revolutionären Charakters, die gänzlich neue Kräfte, neue Ideen zeitigt.

Bismarck wird dies Jahrzehnt nicht auf dem Lande verbringen — er hätte sich verbittert gegen das Vordringen von Industrie- und Handelskapital gewehrt, seine Kräfte aufgerieben, vielleicht wäre er auch einfach verbauert. Oder hätte er im Landtag gesessen, würde ihn die Paragraphenschmiederei, trotzdem sie in seinen Interessen lag, bald zur Flucht gezwungen haben. So aber gerät er in die diplomatische Karriere, an die Peripherie. Man gewinnt den Eindruck, als ob ihm die eigentlichen Klassenumschichtungen zunächst verborgen bleiben, er scheint sich auch nicht einmal darum gesorgt zu haben. Eines nur scheint festzustehen, daß ihm nach dem Siege der Reaktion die Tätigkeit auf dem Lande unmöglich war. Er war Führer, Einpeitscher, Konspirateur, Adjutant der Kamarilla geworden, er hatte den Lauf der Dinge bisher kein einziges Mal entscheidend beeinflußt, aber er hatte mit einer verzehrenden Leidenschaft an den Ereignissen teilgenommen; die Tage des Sturmes scheinen vorüber, die Zeit ist gekommen, um zu manövrieren. Er wird nun 36 Jahre alt, seine Klasse

scheint stark wie nie zuvor, aber alle Zufriedenheit mit dem Verlauf der jüngsten Ereignisse täuscht nicht darüber hinweg, daß man Österreich gegenüber wehrlos war, selbst wenn der Schwächere nur im Glauben an gemeinsame Klasseninteressen nachzugeben vermeinte. Die Front gegen Österreich war wund und gefährlich, sie bedurfte eines besonderen Hüters, der sich nicht verblüffen läßt. In Berlin wird dieser Mensch, der sich so leicht von den Dingen und Menschen ergreifen läßt und dabei ein so scharf ausgeprägtes Standesbewußtsein besitzt, nur Unheil anrichten. Man schickte ihn an die diplomatische Front, auf einen Posten, der Gelegenheit gibt, die Interessen des Staates gegenüber dieser siegreichen Macht zu verteidigen.

Die Niederlage von Olmütz bedingt die preußische Unterwerfung unter die alte Verfassung des Reiches; der „Deutsche Bund", den man 1848 begraben wähnte, steht in alter Schwäche wieder auf. Preußen entschließt sich, seinen Vertreter nach Frankfurt zu senden. Ihm bleibt jetzt keine andere Wahl, nachdem die Union zertrümmert ist. Die Kamarilla sucht sich einen Mann für die Vertretung der preußischen Interessen aus, der die Aufgabe lösen soll, Österreich gegenüber standhaft den letzten Rest von Prestige zu wahren, aber zugleich verlangt man, daß der Beauftragte weder mit der Revolution noch mit dem Liberalismus auch nur kokettiert. Der Mann, der Preußen in Frankfurt vertritt, muß ein zwiefaches Programm vertreten: Liquidierung der Revolution, Stärkung des Ansehens Preußens.

Klar ist bald nach Olmütz allen Männern in Berlin, daß die Unterwerfung eine Schande war. Der Jubel verklingt. Bismarck erfährt schon nach wenigen Wochen, wie schmählich Österreich in Olmütz den preußischen Vertreter behandelte.

In Wien sitzt seit Metternichs Sturz der Fürst von Schwarzenberg am Ruder, sein Programm ist eindeutig, klar und zielbewußt: Gründung eines mitteleuropäischen Blocks unter österreichischer Führung, Demütigung und Vernichtung Preußens, Erdrosselung jeder revolutionären und liberalen Bewegung. Olmütz war eine Etappe auf dem Wege. Wie gerne hätte Schwarzenberg marschieren lassen. In Frankfurt, am Bundestag, wird man den Vertreter Preußens en canaille behandeln. Das ahnt man in Berlin und beschließt, den stärksten Mann zu schicken.

Die Gerlachs empfehlen Bismarck dem König. Er hat jüngst im Dezember bewiesen, daß er versteht, Bälle zu werfen und zu fangen, er hat dem Minister, dem König, der Junkerpartei glänzend gedient, seit einigen Jahren erwies er sich als vortrefflicher Zwischenhändler, entledigte sich ausgezeichnet geheimer, diskreter Missionen, er beweist durch seine Kammerrede vom 5. Dezember 1850 Blick für außenpolitische Zusammenhänge und wird bei allem Ungestüm vor der Macht der Realitäten weichen, wenn es die Interessen seiner Klasse erfordern. Er ist brauchbar und offenbar zugleich von brennendem Ehrgeiz verzehrt. Der junge, aufbrausende Mensch hat in Preußen, über dem nun Polizisten, Spitzel und Denunzianten die Wacht halten, keine Aufgabe. In Frankfurt kann er

Österreich die Zähne zeigen, ohne zu rebellieren. Leicht ironisch bemerkt der jüngere Gerlach in seinen Tagebüchern: „Bismarck nahm Abschied, liebenswürdig, gedämpft, ein Beleg zu meinem Predigtthema, daß Ehrgeiz der rechte Weg zur Demut sei . . .“ Er ist mißtrauischer gegen den Junker als der Bruder, nennt ihn im Gespräch einen „verdorbenen Regierungsreferendar“ — man bestimmt trotz allem den König zur Ernennung Bismarcks, er wird vorläufig den Posten eines Geheimen Legationsrats und Gehilfen des augenblicklichen Bundestags-Gesandten, des Generals von Rochow, bekleiden. In Aussicht genommen ist seine baldige Ernennung zum Gesandten, da Rochow in Kürze abgehen wird. Nach zwei Monaten ist Bismarck Gesandter.

Er ging in einem sonderbaren Widerstreit der Gefühle, das Land, die Stille, die Souveränität eines Junkers auf pommerschen und sächsischen Gütern waren verlockend, der Hang zum Familienleben ließ sich nicht leicht unterdrücken, so blieb ihm die bange Wahl. Stärker erwies sich der Drang zur Tätigkeit im öffentlichen Leben. Noch einmal konnte er fliehen, er ist zögernd den neuen Weg gegangen, glaubte an ein Provisorium, wähnte die Tür nicht geschlossen zu haben, durch die er eingetreten war: „Ich will nun erst nach Frankfurt und mir die Gelegenheit ansehen . . . dann werde ich sehen, ob ich im Anfang vielleicht bald wieder fort kann, ob ich überhaupt länger glaube bleiben zu können; denn ich habe zwar zugesagt, kenne aber das Terrain noch nicht genug, um schon mit Gewißheit sagen zu können, ob ich dort bleibe

oder bald wieder austrete ... Ihr habt Euch oft beklagt, daß man aus mir nichts machte von oben her; nun ist dies über mein Erwarten und Wünschen eine plötzliche Anstellung auf dem augenblicklich wichtigsten Posten unserer Diplomatie; ich habe es nicht gesucht, der Herr hat es gewollt, ich muß annehmen, und ich kann mich dem nicht entziehen, obschon ich voraussehe, daß es ein unfruchtbares und dornenvolles Amt sein wird ..." „... Daß ich Geheimer Rat werden mußte, ist eine Ironie, mit der mich Gott für all mein Lästern über Geheimräte straft ..." In den letzten Berliner Tagen — schon während alles unabänderlich ist — lockt ihn noch die Sehnsucht nach der persönlichen Freiheit: während ihm Gerlach am 7. Mai von Verträgen und Monarchen, von der Wichtigkeit seiner Misison doziert, sieht Bismarck, wie im Garten unterm Fenster der Wind in den Kastanien- und Fliederblüten wühlt, er hört den Nachtigallen, nicht Gerlach zu.

Wehmütig reist er nach dem Süden. „Ich wurde so traurig und sehnsuchtskrank, daß ich weinen mußte wie ich im Bette lag ... Heute abend soll ich also wirklich reisen —"

So weichen Gemüts, so unwillig tritt dieser Frondeur sein Amt an, nachdem er dem König erklärt hatte: „Ich habe den Mut zu gehorchen, wenn Eure Majestät den haben zu befehlen."

Am 11. Mai 1851 trifft er in Frankfurt ein, am 25. Juli ernennen sie ihn zum Gesandten.

AM BUNDESTAG IN FRANKFURT AM MAIN

Bismarcks Programm für Frankfurt hatte er selbst in der Landtagsrede am 5. Dezember 1850 entwickelt: In Deutschland geschehe nichts ohne Einwilligung Preußens, die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands, Österreich und Preußen, führen gemeinschaftlich aus, was sie für vernünftig und politisch richtig halten. Dies Programm erweist sich als falsch und gänzlich undurchführbar. Erst in Frankfurt wird Bismarck klar, wie furchtbar Preußen seit Olmütz zurückgeworfen ist; die österreichischen Vertreter behandeln Preußen als einen besiegten, ohnmächtigen, ja sogar komischen Vasallen, es rangiert in der Reihe der übrigen Kleinstaaten, Bismarck widerfährt Demütigung auf Demütigung. Ihm bleibt nichts anderes, als sich in Briefen über die Bureaukratie auszutoben, die er in Frankfurt gerade so krebsmäßig findet wie einst in Berlin, er gerät bald in Konflikte mit den Österreichern, das persönliche Verhältnis ist miserabel, er spricht von der „arroganten Pfiffigkeit" der Österreicher, ihrem provokanten, abweisenden Auftreten.

Die Aufgabe, „ein gegenseitiges Verhältnis des offensten, rückhaltlosesten Vertrauens und des innig-

sten Zusammenwirkens" einzuleiten, erweist sich als eine Illusion. Nach kurzer Zeit ist ihm klar, daß ein paritätischer Zustand zwischen beiden Staaten unmöglich ist, werden doch nicht einmal die persönlichen Umgangsformen seitens der Österreicher gewahrt.

Im Oktober 1851 meldet Bismarck seinem Vorgesetzten Manteuffel, daß der Vertreter Österreichs, Graf *Thun*, durch Mangel an Rücksicht und Höflichkeit die Beziehungen erschwere und dem Räderwerk des Verkehrs das Öl der sozialen Formen versage. Im nächsten Monat kennt er sich bereits in Schwarzenbergs Plänen aus, Österreich zum Herrn Deutschlands zu machen. Die Majorität ist bei Österreich, die Furcht vor der Revolution, das Mißtrauen gegen die undurchsichtige, lavierende, ziellose preußische Politik treiben die Mittelstaaten in Österreichs Arme, das ihnen sicheren Schutz gewährt und militärisch wie politisch eine Großmacht repräsentiert, auf deren Rang Preußen keinen Anspruch erheben darf. Bismarck liquidiert sein ursprüngliches Programm, der Bundestag wird bei solcher Situation nie ein Instrument der preußischen Politik werden können, man muß andere Wege beschreiten, um die preußische Macht zu restaurieren, man muß in den Schützengraben gehen, auf aktive Politik an dieser Stelle verzichten und den Bundestag als ein Werkzeug auffassen, mit dem man den „inneren Frieden" erhält. Die Ausfallpforten für preußische Ambitionen liegen an anderen Stellen. König und Minister werden den Rat nicht befolgen, aber auch Bismarck zu Schritten in Frankfurt nicht drängen. Fast das ganze Jahrzehnt zeichnet sich auf

dem Gebiete der preußischen Außenpolitik durch völlige Passivität aus, der Krimkrieg wird bald beweisen, daß Preußen kein Faktor geworden ist; dafür ist und bleibt siegreich die *preußische Polizei*, die mit allen Mitteln die Ausführung der reaktionären Gesetzgebung überwacht.

Am Hofe bildet sich unter Führung des Prinzen Wilhelm eine Oppositionspartei, die zur außenpolitischen Aktivität drängt. Sie rekrutiert sich aus der liberaleren hohen Bureaukratie, aus Kreisen der Hochfinanz, des rheinischen Adels. Die Egeria dieser Fronde, die gegen die konservative „Kreuzzeitung" ein eigenes Organ, das „Wochenblatt" gründet, wird die Prinzessin Augusta, die Bismarck im März 1848 zum Staatsstreich veranlassen wollte; die Prinzessin aus Weimar neigt zu liberalen Ideen, sie verheiratet ihren Sohn mit einer englischen Prinzessin, betreibt die Annäherung an England. Innenpolitisch ist diese Partei genau so konservativ und reaktionär wie der Kreis um die Kamarilla und Manteuffel, der zu vermitteln sucht, und bald hierin, bald dorthin steuert. Aber von einer eigenen, selbständigen, zielbewußten Politik kann nirgends eine Rede sein.

Bereits nach einjähriger Tätigkeit in Frankfurt will der König seinen Frankfurter Gesandten nach Wien schicken, er gibt ihm ein Einführungsschreiben an den jungen Franz Josef mit, in dem er Bismarck als den Mann empfiehlt, dem „die Erhaltung und Stärkung der erfreulichen Zustände unseres platten Landes" zu verdanken ist, er rühmt sein furchtloses und energisches Mühen in den bösen Tagen ... „Es ist

mir ein befriedigender Gedanke, daß Ew. Majestät einen Mann kennenlernen, der bei uns im Lande wegen seines ritterlich-freien Gehorsams und seiner Unversöhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein von vielen verehrt, von manchen gehaßt wird. Er ist mein Freund und treuer Diener . . ." Ein Brief demütigster Unterwürfigkeit, der König schwelgt in seiner überschwenglichen Art in den Erinnerungen an die kürzlich stattgehabte Unterredung mit Nikolaus; seine Anwesenheit sei ihm eine wahre Herzensstärkung gewesen, „unsere dreifache, unerschütterliche, gläubige und tatkräftige Eintracht kann *allein* Europa und das unartige und doch so geliebte teutsche Vaterland aus der jetzigen Krise retten". Dem König schwebt immer noch die Heilige Allianz vor, er schaltet gänzlich aus, daß er nur Lakai der beiden ist, die er inbrünstig mit Liebesbeteuerungen überschüttet. Obendrein war der Brief verlogen, denn Bismarcks Wiener Sendung hatte einen sehr konkreten Inhalt; er sollte die Zollvereinsverhandlungen führen, um die letzte Position Preußens zu retten. Diese so überschwenglich angekündigte Mission verläuft gänzlich erfolglos, Österreich denkt nicht an Einigung, sondern an die Sprengung des Zollvereins, dem es stets ferngeblieben war.

Der Zollverein war der erste Schritt zu einer Einheit Deutschlands in kleindeutschem Umfang gewesen, er schloß Österreich aus, das alle Anstrengungen machte, um wirtschaftlich vom Süden her Preußen zu unterwerfen. Die rapide Entwicklung der preußischen Bourgeoisie bedeutete für Österreich eine immer stär-

kere Bedrohung; wenn man die Führung im Zollverein, dessen Verträge 1853 abliefen, in die Hände des Bundestages brachte, war Österreich, das nun einmal den Bund politisch beherrschte, konkurrenzfähig. Man suchte zunächst gütliche Vereinbarungen mit Wien, das sich im Bewußtsein seiner Machtstellung des Sieges sicher wähnte. Es gelingt Preußen in Geheimverhandlungen Hannover für einen Handelsvertrag zu gewinnen, handelspolitisch ist somit eine norddeutsche Einheit hergestellt, an der die Bourgeoisie ein dringendes Interesse hat; die süddeutschen Regierungen, auf norddeutsche Waren angewiesen, halten am Zollverein fest. Es gelingt Österreich, das sich mit dem Abschluß eines besonderen Handelsvertrages mit Preußen begnügen muß, nicht, den Verein zu sprengen. Diese Vereitelung der österreichischen Bestrebungen, Preußen auch handelspolitisch zu schlagen, ist ein Werk Bismarcks, aber der Grund für diesen Ausgang ist im Erstarken der Industrie zu suchen, die junge Bourgeoisie hatte ein Interesse an einem abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet, dem Österreich nicht angehörte. Zum erstenmal übernahm Bismarck eine Aufgabe im Interesse der Bourgeoisie und löste sie zu ihren Gunsten. Zwangsläufig hatten wirtschaftliche Momente ihm eine solche Rolle aufgenötigt.

Politisch wirkt sich die Vereitelung der österreichischen Absichten nicht aus. Die heftige Krise, von der ganz Europa in den nächsten Jahren erschüttert wird, bestätigt Preußens Ohnmacht. Die bewaffneteAuseinandersetzung zwischen Rußland und der englisch-französisch-türkischen Koalition zeigt Preu-

ßen in der traurigsten Situation; sein Heer ist so wenig schlagfertig, wie seine Politik ein Ziel verfolgt. Kurze Zeit nach Ausbruch des Krieges flüchtet Preußen bereits unter österreichischen Schutz: im Frühjahr 1854 nötigt Österreich die preußische Regierung zum Abschluß eines Bündnisses, in dem sie sich ihren Besitzstand garantieren. Am Hof und in der Regierung herrscht völliges Durcheinander. England und Frankreich üben den stärksten Druck auf König und Land; der Prinz von Preußen und sein englandfreundlicher Kreis sind entschlossen zum Schlagen, es existieren phantastische Pläne von einer preußischen Expansion im Osten, man sprach von einer Abtrennung und neuen Aufteilung Polens, von der Eroberung der baltischen Provinzen. Die englische Regierung ködert Preußen mit der Aussicht auf Machtzuwachs; weist ihm eine Rolle als Vorkämpfer Europas an; die englandfreundliche Partei des Prinzen Wilhelm verbreitet von englischer Seite inspirierte Denkschriften, in denen Preußen der Besitz Petersburg verheißen wird. *Man fabelt von einer völligen Aufteilung Rußlands.* Die Engländer versprechen sogar im Falle eines preußischen Eintritts in den Krieg gegen Rußland ihre Unterstützung der deutschen Einheitsbestrebungen unter preußischer Führung; man stellt sich, als stimme man einer Annexion der Elbherzogtümer seitens Preußens zu.

Der preußische Gesandte in London, Bunsen, macht sich zum Fürsprecher dieser Vorschläge, ja er geht so weit, in London bereits das Einverständnis seiner Regierung anzudeuten. Der Gesandte, der

keine Vollmachten zu solchen Schritten besaß, muß gehen, aber die Treibereien dauern an. Als sie erfolglos bleiben, *drohen die Engländer mit der Blockade der preußischen Küste.* Zugleich stellen die Franzosen Forderungen, den Durchmarsch durch preußisches Gebiet und den Einfall in Polen zu gestatten. Alle Schleusen für Intriganten und Geschäftemacher sind geöffnet. Die liberale Presse schwelgt in Hymnen auf die Freiheit und dürstet nach Zarenblut. Die gegnerischen Parteien bespitzeln einander, lassen Depeschen stehlen; der Prinz von Preußen steht unter polizeilicher Aufsicht, Dokumentenfälscher haben gute Zeiten.

Das Bündnis mit Österreich verpflichtete Preußen zur Aufstellung eines Heeres von 200 000 Mann innerhalb von 36 Tagen an den östlichen Grenzen. Die österreichische Politik richtete ihre Ziele auf die eventuelle Besitzergreifung der Balkanfürstentümer. Aus Furcht vor Frankreich und in Demut vor England flüchtete man in den Schutz Österreichs, denn daß man *für* Rußland die Waffen ergreifen würde, war bei der Situation ausgeschlossen — nicht weil dieser Krieg auf seiten Rußlands unpopulär war, sondern weil man den Krieg gegen drei Fronten — Frankreich, Österreich und an der Seefront England — nicht führen konnte.

Im Stadium der Vorbereitungen über den Aprilvertrag mit Österreich versuchte Bismarck — in Erinnerung an die schmähliche Behandlung seitens der österreichischen Vertreter in Frankfurt — auf den König einzuwirken, in *unabhängiger Neutralität* zu

verbleiben. Er macht den Vorschlag, weder mit Österreich zu paktieren, noch mit ihm gemeinsam irgendwelche Schritte gegen Rußland zu unternehmen. Man sollte in Oberschlesien starke Truppen konzentrieren, um immer in der Lage zu sein, die russische wie österreichische Grenze überschreiten zu können; seine Absicht war, Preußen solle sich nur so teuer als möglich an den Meistbietenden verkaufen, aber solange als möglich jeder Option fernbleiben, so Herr der gesamten europäischen Situation werden, um den Frieden herbeiführen und eine Preußens würdige Stellung einnehmen zu können. Bismarck hielt Österreich wie Frankreich für zu schwach, um einen Krieg gegen die vereinigten Preußen-Rußland wagen zu können. Die furchtbaren Kämpfe in der Krim gestatteten Frankreich keine ernsthafte Bedrohung der deutschen Westgrenze. Die österreichische Armee war von Krankheiten heimgesucht und in einem schwachen Zustand. Als Bismarck sogar vom Krieg gegen Österreich sprach, zeigte sich der König nicht unempfänglich, aber lehnte zuletzt lächelnd ab: „Liebeken, das ist sehr schöne, aber es is mich zu teuer."

Die Russen waren gezwungen an ihrer Westfront eine starke Armee zu unterhalten, die ihnen in der Krim fehlte. Als die Österreicher einen Kriegsfall auf dem Balkan schaffen wollten, räumten die Russen die Wallachei und Moldau. Die unklare, haltlose preußische Politik, die ganz im österreichischen Schlepptau war, gestattete Wien, geheime Sonderverhandlungen mit den Westmächten zu führen und

sich den Preis für seine bewaffnete Demonstration gegen Rußland zu holen. Die Preußen sind an die Wand gedrückt und werden von allen verachtet.

Wie Bismarck dachte, erhellt am klarsten ein Gespräch mit dem Prinzen Wilhelm im März 1854. Der Prinz war keineswegs in alle Verhandlungen seiner Gruppe mit dem englischen Kabinett eingeweiht, er war ein Militär und unfähig die Ränke zu durchschauen; sah die Lage rein militärisch, gestand sich die Unhaltbarkeit der russischen Front und glaubte durch eine energische Demonstration Rußland zum vorzeitigen Frieden zwingen und dadurch retten zu können, er hielt sogar ein solches Vorgehen für einen Liebesdienst, der Rußland zum Danke verpflichten müßte. In einer Unterredung wies ihn Bismarck darauf hin, daß es für Preußen weder einen Kriegsgrund gegen Rußland noch ein Interesse an der orientalischen Frage gäbe, wodurch ein Krieg mit Rußland oder auch nur das Opfer der langjährigen guten Beziehungen zu Rußland gerechtfertigt werden könne. Jeder siegreiche Krieg gegen Rußland belade Preußen nur mit dem dauernden Revanchegefühl Rußlands, das man ohne Kriegsgrund angefallen habe; der Sieg aber bedeute zugleich, daß man eine sehr bedenkliche Aufgabe, nämlich die polnische Frage, in einer für Preußen erträglichen Form lösen müsse. Ohne provoziert zu sein, greife man entweder aus Furcht vor Frankreich oder im Liebesdienst Englands und Österreichs den Zaren an. *„Wir würden die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen, der im englischen Pa-*

tronat englische Kriege zu führen hat, oder die des Yorckschen Korps beim Ausmarsch zum Kriege 1812, wo die damals berechtigte Furcht vor Frankreich uns zu dessen gehorsamen Bundesgenossen zwangsweise gemacht hatte."

Bei diesen Worten überflutete zornige Röte das Angesicht des Prinzen, die politische Erörterung hatte er vielleicht kaum in ihrer Bedeutung erfaßt, klar war ihm nur der Appell an sein soldatisches Empfinden, er unterbrach Bismarck schroff: „Von Vasallen und Furcht ist hier gar keine Rede."

Die Politik Bismarcks im Krimkrieg, die strikte Neutralität empfahl, war wahrscheinlich damals die einzig für Preußen mögliche; daß seine Vorschläge nicht befolgt wurden, beweist nichts gegen ihre Richtigkeit, die haltlose, schwankende, ängstliche Politik des Königs aber führte zu einem völlig negativen Ergebnis. Die Mächte luden Preußen nicht einmal zum Pariser Kongreß ein, es durfte nachträglich unterzeichnen.

Ein anderes aber ist die Entscheidung über die Frage, warum Bismarck den Krieg auf russischer Seite, mindestens aber wohlwollende Neutralität empfahl. *Es ist die Furcht vor revolutionären Erschütterungen, die ihn ins russische Lager treibt; der Krieg gegen Rußland ist ein Krieg für den Liberalismus, die Niederlage Rußlands bedeutet eine Schwächung der Reaktion.* Das Nest der Konterrevolution aber darf nicht zerstört werden. Für den preußischen Staat rollt ein siegreicher Krieg gegen Rußland die polnische Frage auf, die im Programm

des Liberalismus, der Demokratie und der jungen proletarischen Bewegung steht. Die polnische Frage aber ist eine spezifisch preußische Frage, auf Polens Unterdrückung basiert die Herrschaft der Landjunker.

Die polnische Frage ist unlösbar, solange es eine preußische Frage neben der deutschen gibt. Bakunin hat 1848 (ungedruckte) Aufzeichnungen gemacht, in denen er von der unlöslichen Verkettung der deutschen und polnischen Frage spricht und die These verficht, daß erst nach Preußens Untergang Polen erstehen könne. Für Bismarck gibt es auch im Krimkrieg noch keine deutsche, sondern nur eine preußische Frage. An der deutschen Frage haftet für ihn immer noch der „Ludergeruch der Revolution". Er will nicht für den Westen optieren, weil dann der Liberalismus freie Bahn erhält, er will für Rußland optieren, weil eine russische Niederlage die Niederlage der preußischen Reaktion bedeutet. Seltsamerweise taucht in Bismarcks Reden nie der Gedanke auf, welche Folgen ein russischer Sieg für Preußen hat; ein Sieg Rußlands kam allerdings praktisch nicht in Frage, deshalb schaltet ihn der praktische nüchterne Verstand des Junkers völlig aus, ganz abgesehen davon, *daß der Vormarsch der Reaktion für den klassenbewußten Junker keine Bedrohung ist.* Und trotzdem bleibt es charakteristisch, daß Bismarck zwar englisch-französische Eingriffe fürchtet und so anscheinend aus nationalen Motiven den Pakt mit den Westmächten ablehnt, ja sogar offen vom Vasallentum Preußens im englischen

Dienst spricht, während er den preußischen Flankenschutz des Zaren für tragbar hält. *Der Beweis für die Klasseneinstellung Bismarcks scheint erneut gegeben.*

Auch Bismarck unterlag im Krimkrieg Schwankungen, es hat vor allem zu Beginn des Krieges Augenblicke gegeben, wo er jede Option ablehnte, im Interesse einer Machtposition Preußens scheint die unbedingte Neutralität zu liegen, hatte man nicht die Hände frei? Konnte man nicht Pressionen ausüben, wann und wo man wollte? Aber was war Preußen? Was bedeutete dieser ohnmächtige Staat mit seiner talentlosen, unsicheren Führung, seiner schlechten Finanzlage, seinem schwachen Heer — vor allem aber mit seiner völlig unklaren Klassenschichtung —, es gab keine Klasse, die nach einer Entscheidung bewußt drängte, hier wurzelt wohl vor allem die schwankende Politik; Preußen befand sich klassenmäßig in einem Übergangsstadium, die Bourgeoisie hatte sich dem Schutz der Bureaukratie und Polizei anvertraut, die Junker waren gegenüber der Bourgeoisie in die Defensive gedrängt, von einem Proletariat aber, das als Machtfaktor in diesen Kämpfen aufzutreten vermochte, konnte leider nicht die Rede sein. *Und für wen hätte es optieren sollen? Für den Zaren, der um Konstantinopel kämpfte? für England, das die Türken am Goldenen Horn aus eigensten Machtinteressen behalten wollte? für die Franzosen, die an Kleinasien interessiert waren und mitmachten, weil England nicht allein bei der Partie sein durfte?* Es gab nur eine Option — für den revolutionären deutschen Einheitsstaat, der im Augen-

blick, da alle europäischen Mächte miteinander im Kampfe lagen, durch eine revolutionäre Erhebung erkämpft werden konnte — an diese Option aber hat niemand gedacht.

Parallelen zu heutigen Vorgängen drängen sich natürlich auf, da ist England, das mit der Blockade droht, an eine Aufteilung Rußlands denkt und Preußen zu ködern sucht. Da ist Frankreich, das den Durchmarsch erzwingen möchte. Da ist die Richtung des Prinzen Wilhelm, die für den Kampf gegen Rußland ist, um im rechten Augenblick Rußland retten zu können — eine hirnverbrannte Idee. Da ist Bismarck, der heute für Rußland optieren will, um morgen die Forderung der unbedingten Neutralität zu stellen — dabei ist er der einzige, der staatsmännisch in dieser Krise denkt, und dessen Politik Perspektiven hat, er beginnt zum ersten Male jetzt erst mit mehreren Bällen zu jonglieren, aber seine prorussische Politik, die zugleich im Interesse Preußens liegt, wird nicht durchgeführt.

Wiederum bleibt er am Rande stehen, noch einmal wiederholt sich das Spiel von Don Quijote, der niemanden für seine Auffassung zu gewinnen vermag.

Wenige Jahre später ist Bismarck, diesmal bei einem Ausfall nach dem Westen, aufs neue isoliert. Er weiß seit Olmütz, daß Preußen die Kampagne verlor, weil es schwach, ohne Bundesgenossen, von allen Seiten bedroht war. Der Krimkrieg war der letzte Akt der Demütigung Preußens vor Österreich; heimgezahlt wurde die schwächliche Haltung auf dem Pariser Kongreß, zu dem Preußen nicht einmal ein-

geladen wurde. In den Tagen von Olmütz empfiehlt und verteidigt er aus Klasseninteressen die Kapitulation infolge der Intervention der ausländischen Mächte. Im Krimkrieg entdeckt man die ersten Ansätze seiner *Lähmungstheorie*, die niemand versteht; in den nächsten Jahren spinnt er die Fäden, fast ganz auf eigene Faust, zum Erschrecken Berlins. Zum erstenmal entdeckt man macchiavellistische Züge. Langsam entwickelt sich sein viel- und engmaschiges System, das am Ende seines Regiments so dünn und zart gewebt ist, ein so kunstvolles Gebilde darstellt, daß es fast zum Selbstzweck geworden ist und praktisch wertlos erscheint: den Beweis dafür lieferten seine Nachfolger.

EIN MEISTER FINDET EINEN SCHÜLER

Napoleon III., der nun schon bald acht Jahre seit seinem frechen Handstreich in Frankreich regiert, der sich als Schützer einer elenden, korrupten, feigen Bourgeosie aufspielt, die Kleinbürger durch Plebiszite gewinnt, überall als Verteidiger der Freiheit unterdrückter Nationalitäten auftritt, den Krimkrieg gewonnen hat, ist für den preußischen Hof Gegenstand der Furcht und Verachtung. Daß er in Gegensatz zu Österreich gerät, scheint in Berlin kein Grund, sich Frankreich zu nähern, dem einzigen Staat, der Preußen den Besitz seiner westlichen Provinzen zu garantieren vermag. Aber noch immer wagt niemand in Berlin an die preußisch-österreichische Auseinandersetzung zu denken, die für Bismarck seit Beginn seiner Frankfurter Tätigkeit fast schon *Dogma* geworden ist.

Die Methoden Napoleons finden in Bismarck einen Bewunderer und Nachahmer; man muß sagen, daß der Erfolg, den Napoleon im *Kampfe gegen die revolutionäre Bewegung* hatte, den Junker *sicher gemacht* hat; er lernt, wie man eine Bewegung abzu-

lenken vermag, Konzessionen gewährt, um Positionen zu gewinnen, er lernt, wie man die Bourgeoisie politisch entmündigt, indem man ihr freie Bahn für lohnende Geschäfte gibt. Napoleon duldet, fördert die Korruption, weil sie die Bourgeoisie ablenkt. Mit Hilfe der Armee und des Finanzkapitals war Napoleon zur Macht gelangt, der 18. Brumaire des Louis Bonaparte war die Erfüllung der Wunschträume des Junkers. Er sieht ein, daß man seine Mittel verfeinern, die Gegenminen schlauer anlegen muß, er lernt allmählich, wie kompliziert das Gebilde der neuen Gesellschaft ist, vor allem lernt er, daß man die Bourgeoisie nicht mehr ignorieren kann, sondern mit ihr arbeiten muß, weil eine dritte Kraft im Hintergrund auftaucht.

Im Sommer 1855 hatte der preußische Gesandte in Paris, Graf Hatzfeldt, eine Einladung an Bismarck ergehen lassen, die Industrieausstellung in Paris zu besuchen. Bismarck folgt dieser Einladung.

Es ist mitten im Krimkrieg. Russische Gefangene werden durch die Straßen geführt. Die Königin von England und ihr Mann, der Prinzgemahl Albert, weilen in Paris. Gespräche Bismarcks mit dem Paar führen zu keinem Ergebnis als zu gegenseitiger Verstimmung; Viktoria gab Bismarck zu verstehen, daß sie ihn für eine merkwürdige, aber unsympathische Persönlichkeit, für einen wunderlichen Kauz hielt. Aber zum erstenmal begegnet Bismarck dem Kaiser, es haben verschiedene Besprechungen stattgefunden, der Kaiser gibt Absichten im Sinne einer französisch-preußischen Intimität zu erkennen, sprach davon,

daß beide Staaten aufeinander angewiesen seien; Napoleon tastet sehr vorsichtig vor, wahrscheinlich glaubte er, Preußen gegen seinen Verbündeten, England und Österreich, auszuspielen. Bismarck erkennt, daß sich für Preußen eine Chance bietet, aber er fühlt weder Beruf noch Neigung, dem Kaiser entgegenzukommen. Gewiß ist, daß er Möglichkeiten dämmern sah.

In Berlin erfährt man davon, ist sehr chokiert und mißvergnügt. Eine Begegnung mit dem preußischen Königspaar am Rhein endet mit einer Brüskierung Bismarcks; wenige Monate später richtet der König im ironischen Tone an Bismarck die Frage nach seiner Meinung über Napoleon. Er weicht aus, ohne sich festzulegen. „Ich glaube, daß Napoleon froh ist, wenn er etwas Gutes in Ruhe genießen kann." Er sei gescheit und liebenswürdig, aber nicht so klug, wie die Welt ihn einschätze. Daß er immer nur daran denke, in der Welt Unfug anzurichten, sei ein Irrtum. Man spöttelt leicht, aber dann wechselt schon das Thema. Bismarcks Art aber begreift man am Hofe immer weniger. Er setzt dann in einer Reihe von Briefen an Gerlach seine Auffassung über Frankreich auseinander; er muß sich rechtfertigen, daß er — der Junker, der Hochtory, der Ultrakonservative und extreme Royalist — nicht nur milde Urteile über einen Hochstapler und Abenteurer fällt, sondern sogar nicht abgeneigt scheint, mit ihm zu paktieren. Er muß Gerlach erklären, weshalb er Napoleon nicht ignoriert, weshalb er aber trotzdem seine Prinzipien nicht opfert. „Der Mann

imponiert mir durchaus nicht. *Die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet, und es ist vielmehr ein Fehler meines Auges, daß es schärfer für Schwächen als für Vorzüge ist", aber man kann Realitäten nicht ignorieren.* Das Napoleonische Regime ist eine Tatsache, ist vorhanden, damit muß man sich abfinden, eine solche Tatsache kann man nicht aus den Kombinationen ausschließen, wenn man Politik treiben will; er ist ein Stein in dem Schachspiel der Politik, die man im Interesse seines Staates zu treiben hat. „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir, noch an andern."

Bismarck trennt scharf zwischen innerer und äußerer Politik, er betont ausdrücklich gegenüber Gerlach, daß er auf dem Gebiete der Innenpolitik ganz anders vorgehe. Zum erstenmal beobachtet man, wie Bismarck zwei Fronten unterscheidet, an denen er nach ganz verschiedenen Methoden operiert. Im Innern ist die Staatsgewalt gefestigt, die revolutionäre Bewegung niedergeworfen, jede Freiheit gefesselt, jedes Recht mit Füßen getreten; wer dem König und der herrschenden Klasse entgegentritt, wird zerschmettert, bei dem ausgepichten Polizeisystem scheint jeder Widerstand aussichtslos, aber auch das Kräfteverhältnis der Klassen ist so gestaltet, daß die Bourgeoisie gar nicht daran denkt, für das niedergehaltene Proletariat einzutreten; es wäre gegen ihr eigenes Interesse. Hier braucht man

nicht zu manövrieren, hier hat der Staat die Hände frei und kann nach Willkür schalten. Aber das Kräfteverhältnis in der Außenpolitik ist ein völlig anderes. Preußen ist schwach, sein Ansehen gering; Bismarck macht daraus gar keinen Hehl, er zitiert ein Wort Goethes: „*Ich bin heruntergekommen und weiß doch selber nicht wie.*“ Preußen treibt keine aktive auswärtige Politik, kann sie nicht treiben, es muß sich beschränken, die Steine aufzusammeln, die in seinen Garten fallen, den Schmutz abzubürsten, der es anfliegt. Bismarck geht so weit, dem König vorzuhalten, daß seine Politik weder Absichten noch bewußte Ziele habe, aber . . . „*wir haben Interessen*“ — Bündnisse bestehen nur mit Mächten, deren Interessen sich mit denen Preußens kreuzen, ja einander widersprechen — deutsche Staaten — Österreich — Österreich, das Preußen nicht stärker haben will, sondern schwächer.

In diesem Brief vom 2. Mai 1857 wendet sich Bismarck mit einer Schärfe gegen Österreich, die bisher nicht üblich war. Hier grollen ferne Donner, künden sich Konflikte an. Dieser Mann wird furchtbar sein, wenn er die Entscheidung treffen kann. Gerichtet ist der Brief an Gerlach, der immer noch an eine Einigung mit Österreich glaubt, und aus Furcht vor dem Liberalismus lieber vor Österreich in die Knie fällt. Es sind Angriffe gegen Österreich bisher in Berlin offiziös nicht laut geworden. Österreich ist unverschämt im Lügen und nur auf seinen Vorteil bedacht, es verfolgt kühl und zynisch seine eigenen Interessen und hat eben im Krimkrieg

schlagende Beweise von Perfidie und Unzuverlässigkeit gegeben. Der Deutsche Bund, ein Instrument Österreichs, wird im Kriegsfall nicht mehr existieren, keiner der Mittelstaaten wird sich für Preußen und Österreich schlagen, wo man längst weiß, daß von Einheit und Vertrauen zwischen ihnen nicht mehr die Rede sein kann. Unverhohlen gibt Bismarck schon jetzt zu, daß man sich nach Bundesgenossen umsehen muß. Er fordert ein System, nach dem man arbeiten soll, er fordert die kalte, gefühllose Abwägung der Machtverhältnisse; „jede andere Regierung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstab", Preußen aber kann auf keinen Verbündeten zählen, weil niemand auf seinen Bestand rechnet oder seine Feindschaft fürchtet. „Wir sind die Gutmütigsten, ungefährlichsten Politiker, und doch traut uns eigentlich niemand, wir gelten wie unsichere Genossen und ungefährliche Feinde . . ."

In einem andern Briefe glaubt er sich gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, daß man ihn am Hof als Bonapartisten bezeichnet. Er sei 1850 kein Verräter gewesen, als er Olmütz verteidigt habe, er sei 1854 kein Spreekosak gewesen, als er für Rußland optieren wollte; sondern er sei *preußisch*, aber auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sei sein Ideal die Vorurteilsfreiheit, im Interesse Preußens würde er die preußischen Truppen auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen feuern lassen — das sei gleichgültig — aber man müsse nach Zwecken handeln und alle Gefühle ausschließen.

Das schreibt ein fertiger Mann — er ist jetzt 42 Jahre alt, gestählt im Kleinkrieg am Bundestag, reich an Enttäuschungen und Erfahrungen, dabei immer noch *entsetzlich erfolglos, nie* ging es nach seinem Wunsch, *nie* drang er mit seinen Anschauungen durch, immer noch ist der Staat, dem er ergeben ist, führerlos, schwach und gedemütigt. *Der Sieg über die Revolution war der einzige Erfolg, das Prinzip des Kampfes gegen die Revolution erkennt er als das seinige an, aber schon wenige Tage nach der Märzrevolution hatte er eingesehen, daß man diese neuen Kräfte einordnen müsse.* Hernach lernt er von Napoleon, wie man sie benutzt, um einen Staat, eine herrschende Klasse zur Geltung zu bringen.

Bismarck verzehrt ein unheimlicher Drang nach Macht, das Geltungsbedürfnis verlangt Stillung, aber das Bewußtsein der eigenen Kraft befähigt ihn zum Glauben, mit allen Erscheinungen operieren zu können. In diesen Briefen an Gerlach zeichnet er in Umrissen seine politischen Methoden, nach denen er fortan arbeiten wird — bis zum Ende. Die stärkste Erkenntnis dieser Jahre war für ihn die Unmöglichkeit eines Einvernehmens mit Österreich gewesen, aber am stärksten erschüttert hatte ihn die Revolution. Man wird feststellen, daß das Erlebnis des Dreißigjährigen bestimmend für sein ganzes Leben war; immer wieder wird er aus Gründen der Abwehr der Revolution Entscheidungen verzögern, verhindern oder treffen. In den fünfziger Jahren muß — es liegen keine *direkten* Beweise vor — der

Staatsstreich Bonapartes den stärksten Eindruck auf ihn gemacht haben, zuvor war es die *Junischlacht*, der grauenvolle *Terror in Ungarn* gewesen — für ihn waren dies die Etappen der Gegenrevolution: Intakthaltung und Einsetzung der Armee, *keine* Vermeidung, sondern sogar Provokation des Straßenkampfes, blutigste Ausrottung der Revolution, dann ein Einschnitt — soviel weiß er, daß man *nach einer Revolution nicht zu den früheren Verhältnissen zurückkehren kann,* man muß die neuen Triebe beschneiden, nutzen. Napoleon hatte ihm beigebracht, wie man das macht. *Er und Bismarck sind die exzellentesten Typen einer Gegenrevolution.* Einmal schreibt Bismarck, daß „wir in unserm eigenen staatlichen Leben der Benutzung revolutionärer Unterlagen nicht entgehen können. Viele der berührten Zustände sind eingealtert, und wir haben uns an sie gewöhnt". Er verschließt sich nicht vor der Tatsache, daß er *Nießbrauch von Errungenschaften der Revolution* macht, sobald sie der herrschenden Klasse ungefährlich geworden sind. Der Schreck, der Bismarck 1848 überfallen hatte, ist überwunden. Von Napoleon lernt er die Verwendung neuartiger Mittel, ironisch bemerkt er: „Selbst dann, wenn die revolutionären Erscheinungen der Vergangenheit noch nicht den Grad von Verjährung hatten, daß man von ihnen sagen konnte, wie die Hexe im Faust von ihrem Höllentrank: „Hier hab' ich eine Flasche, aus der *ich selbst* zuweilen nasche, die auch nicht mehr im mind'sten stinkt," hatte man nicht immer die Keuschheit, sich liebender Berührung

zu enthalten"... Und: „Wie viele Existenzen gibt es noch in der heutigen politischen Welt, die nicht in revolutionärem Boden wurzeln? . . . Wann und nach welchen Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die illegitime Geburt verzeiht, sobald wir keine Gefahr von ihnen besorgen"... Es ist mittelbar das wertvollste Geständnis Bismarcks dieser Tage, das ihm entschlüpft ist. *Seine Furcht vor der Revolution ist gewichen, seit er Bonaparte am Werke sah.* Sie sind beide *nicht* schöpferische Menschen der Zeit, sondern Nutznießer, sie treiben Mißbrauch mit allen Werten, die eine Umwälzung geschaffen hat.

Das sechste Jahrzehnt war eine Zeit der Kraftentfaltung der Bourgeoisie in allen Ländern; selbst in einem Lande wie Preußen entwickelte sich in überraschender Weise das Kapital. Die großen Mächte treiben bereits eine starke Expansionspolitik, der Konkurrenzkampf der Industrie nimmt schon erbitterte Formen an, mit einer Brutalität ohnegleichen ringen die Industriegruppen um Absatzgebiete, die nacktesten Profitinteressen gaben den Ausschlag. Die Produktion war gerade in Preußen vervielfacht. „Man verdiente viel Geld und lebte alle Tage besser. Rasch reich gewordene Kaufherren hatten die Genugtuung, Adel und Bureaukratie finanziell, bald auch in einzelnen Fällen sozial zu überflügeln.... Wie hätten diese Millionäre dazu kommen sollen, sich mit den Verlegenheiten der Nation zu inkommodieren, die keine Anleihen machte, keine lukrativen

Konzessionen erteilte und durchweg in schlechten Verhältnissen lebte?"

Als Bismarck mit Gerlach über das *Legitimitätsprinzip* aneinander geriet, ging es um mehr als eine Diskussion über eine Frage, die sie eben interessierte. In diesem Augenblick begann sich Bismarck von seiner Klasse, von ihren Ideen und Zielen loszulösen und sich jener Bourgeoisie zu nähern, der er innerlich *nie* nahegekommen ist, deren politischer Führer er aber werden wird. Man muß sagen, daß er immer verborgen hat, wie sehr sein Denken wesentlich mit dem der Bourgeoisie übereinstimmte. Er fühlte immer als Junker, aber er dachte und handelte wie ein großer Bourgeois, der aller Romantik spottete und nichts als die Interessen seines Geschäftes im Auge hat. Es ist schwer, immer bis zum Kern der Bismarckschen Ideenwelt vorzudringen, ihren rein bürgerlichen Charakter zu entblößen, er spricht von der Nation, vom Staat, er verwendet alle diese Begriffe, die so erhaben klingen und doch nur erst dann einen Sinn erhalten, wenn man sich nach den Trägern der Macht, den wahrhaft wirkenden Kräften der Zeit umsieht.

Im Jahre 1857 beginnt Bismarcks Sündenfall. Drei Jahre waren seit jener ersten Unterredung mit Napoleon verstrichen, der, einem Versucher gleich, sanft und liebenswürdig ihn umschmeichelt hatte. Jetzt äußert sich Bismarck wie ein großer Kaufmann, der nur Vorteile, aber keine Vorurteile kennt, der die Tradition im Glasschrank hütet, während im Kontor die Wände kahl und nüchtern bleiben. Es mag sehr

sonderbar klingen: die entscheidende Wendung in Bismarcks Leben bestimmt der Abenteurer Bonaparte.

Gerlachs Antwort auf Bismarcks letzten Brief versah er mit der Bemerkung: „Ich hatte keinen Grund, durch eine Replik die an sich ziellose Korrespondenz fortzusetzen."

Der Vorhang war gefallen.

DIE „NEUE AERA“

Im Juli 1857 beginnt der König, der sich von Gottes Gnaden zu seinem Amt berufen wähnt, plötzlich auf einer Spazierfahrt zum tiefen Schrecken seiner Umgebung irre zu reden. Vierzehn Tage später reitet Bismarck neben dem Kranken zur Parade, plötzlich glaubt Bismarck zu bemerken, wie dem König mitten im Gespräch die Gedanken versiegen — er greift rasch in die Zügel des trabenden Pferdes. Dann folgt ein Schlaganfall. Die Zeit Friedrich Wilhelms IV. ist um. Die „*Neue Aera*“ bricht an.

Im gleichen Jahre durchzittert eine schwere Handelskrise ganz Europa, die Arbeiterbewegung flackert auf, Marx und Engels glauben an die Möglichkeit revolutionärer Ereignisse. Aber die Erschütterung geht rascher vorüber, als man geglaubt hatte. Die entfesselte Bourgeoisie hat zum erstenmal erfahren, daß sie sich bestimmten ökonomischen Gesetzen unterwerfen muß, um so größer ist ihr Verlangen nach Festigung ihrer Macht, um so eher wird sie sich den Gewalten beugen, die die Macht im Staate besitzen und imstande sind, sie vor der neuen dritten Kraft zu beschützen, die sich überall in den Industriebezirken geltend macht.

Das Verhältnis der europäischen Mächte erfährt eine allmähliche Wandlung. Der Verlust des Krimkrieges, die Einbuße an einer ungeheuren Zahl von Menschenleben, die politische Niederlage und die starke wirtschaftliche Not entwerten die Suprematie Rußlands in Mitteleuropa. Eine unaufhaltsame Gärung unter den russischen Bauern zwingt den Zarismus zu Zugeständnissen. Der Staat, der Hort der Gegenrevolution, der Schützer aller in Not geratenden reaktionären Mächte, verliert seinen Nimbus. Man wird nicht fehlgehen, wenn Bismarck diese Niederlage Rußlands als einen schweren Schlag empfand und notgedrungen sich zur Erkenntnis durchrang, daß man mit andern Mitteln arbeiten müßte, um die Macht im Staat zu behaupten, zu festigen, zu entwickeln.

Die Wandlungen in Frankreich und Rußland haben ihn aus einem stiernackigen Frondeur zu einem diplomatischen Reaktionär gemacht; die neue Gesellschaftsform, die neue Klasse erinnert ihn daran, welch anderer Mittel sie sich bediente, den Gegner zu unterwerfen. Die Machinationen der Finanzaristokratie scheinen ihm sehr imponiert zu haben; der spielerische Charakter dieser Klasse, ihre Manövertaktik färben auf sein System ab.

Preußen ist ein schwaches Land mit schlechten Grenzen, es ist eine Firma, der man nicht großes Vertrauen schenkt, man muß sich daran gewöhnen, schlau zu operieren, die Gegensätze der benachbarten Mächte auszunutzen, auszuspielen, man muß Trümpfe in die Hand bekommen; vor allem macht die Schwächung Rußlands es notwendig, sich nach andern Mächten

umzusehen, die selbst vielleicht Unterstützung brauchen. Frankreichs Ambitionen in Italien werden bald offensichtlich, Italien aber ist identisch mit Österreich, das ganz Oberitalien besitzt, die italienische Frage ist Österreichs Gefahr. Auf die deutschen Mittel- und Kleinstaaten ist kaum Verlaß, die Macht *Preußens* kann nicht gefördert werden, indem man die *deutsche* Bewegung in Aktion geraten läßt; die Führung darf *nie* Preußen aus den Händen gleiten, eine deutsche Politik kann Preußen nicht machen, weil sie mit der Revolution identisch ist und die Suprematie Preußens bedroht. Aber wenn Preußen sich durchsetzen will, als Preußen gegen Österreich, muß es mit ausländischen Mächten in Verbindung treten, selbst mit dem Erbfeind. So denkt der Junker.

Im selben Jahr 1857 findet eine neue Unterredung zwischen Bismarck und Napoleon in Paris statt. Sie verhandeln über die Neuenburger Frage, die zwischen Preußen und der Schweiz entschieden werden muß. Napoleon bemüht sich, im Diplomatenschach einen Stein zu finden, den er gegen Österreich ansetzen kann, ist sehr freundlich, entgegenkommend. Natürlich glaubt Napoleon, daß er Bismarck betrügen könne. Alle ihre Beziehungen basierten auf diesem Wunsche, einander zu betrügen; jeder glaubte den andern verlocken und fesseln zu können. Sieger konnte nur derjenige werden, der sich nie in den Gedanken einlullte, er dürfe Vertrauen zum Partner haben. Wer in diesem raffinierten Spiel begann, Vertrauen zu schenken, war verloren.

Napoleon erklärte sein völliges Desinteressement

am linken Rheinufer, aber rückte offen mit seinen Absichten in Italien heraus, der nächste Krieg könne nur dort geführt werden, eine Eroberung des linken Rheinufers aber zwinge zu weiteren Aktionen gegen Belgien, Holland und Luxemburg — welches Risiko! Weil er Bismarcks Haltung gegenüber Österreich kennt, spinnt er die Idee eines preußisch-französischen Zusammengehens aus, wirft die Vergrößerung Preußens durch Hannover und die Elbherzogtümer in die Debatte, Preußen müsse sich bei der zerstückelten Lage seiner Provinzen doch konsolidieren, brauche die See aus wirtschaftlichen Gründen, brauche eine Seemacht. Zweiter Appell an Bismarcks Ideenwelt — England müsse man Schach bieten, sein erdrückendes Übergewicht müsse aufgehoben werden. Offen rückt er am Ende heraus, ihm sei zunächst vor allem an der Neutralität Preußens gelegen, wenn er wegen Italien mit Österreich in Krieg geriete.

Jedes Wort dürfte Musik in Bismarcks Ohren gewesen sein; was der Kaiser in Umrissen zeichnete, entsprach so deutlich Bismarcks Vorstellungen von der Erhebung Preußens zur Großmacht. Der Franzose erriet sein eigenes Programm, verwies prophetisch auf Möglichkeiten, mit denen Bismarck nur spielte. Fast könnte man sagen, diese Unterredung war die Empfängnis des neuen Preußen, des bismarckschen Preußen. Von Deutschland war keine Rede. Aber jetzt, 1857, zeichnete Napoleon die Entwicklung bis zum Jahre 1866 vor. Ein anderes, wie Bismarck nutzte, was der Spieler ihm vorzeichnete, ein anderes, wie er reagierte. Er wird nicht aufjauchzen, obschon er

Grund hat, er wird nicht ja sagen, weil sich der Kaiser mehr in seine Hand gegeben hat, als es seinen Interessen entsprechen durfte. Schon jetzt beging Napoleon den Fehler, Bismarck für den Dümmeren zu halten. Zwei Spieler verhandelten miteinander, und wo Spiel ist, ist Betrug.

Bismarck gibt seiner Dankbarkeit Ausdruck, daß der Kaiser ihm durch jene Andeutungen einen Beweis seines Vertrauens gegeben habe, aber augenblicklich sei es unmöglich, den Berliner Hof für solche Ideen zu gewinnen. Bismarck sucht das Vertrauen des Kaisers noch mehr einzulullen, indem er im eigensten Interesse abrät, sich aller jener Gedanken zu entschlagen oder ihn gar mit der Mission zu betrauen, dem König Mitteilung zu machen, da die Gefahr einer Indiskretion nicht unmöglich sei. So scheint der märkische Junker zum Vorteil des Franzosen zu reden, der seinen Dank ausspricht, und von Bismarck die Zusage des Schweigens über seine Eröffnung freiwillig erhält. Der Junker wird schweigen, aber Perspektiven sind ihm geöffnet, die nur *er* erblickt und verwertet. Im rechten Augenblick wird er handeln auf die Gefahr hin, daß niemand ihn versteht.

KALTSTELLUNG IN PETERSBURG

Im Oktober ist die Möglichkeit eines sofortigen Regierungswechsels in die Nähe gerückt. Der Prinz von Preußen führt mit Bismarck ein Gespräch über die ersten Maßnahmen nach dem Regierungswechsel. Wilhelm plant einen Putsch, er will die Verfassung revidieren; die letzten Überbleibsel der Märzerrungenschaften sollen ausgerottet werden. Der Kartätschenprinz will mit einem Racheakt beginnen. Wer anders als der royalistische Frondeur von 1848 wird imstande sein, ihn bei diesem Vorhaben zu beraten und ihm zu helfen! Aber Bismarck, der nun längst weiß, daß man mit dieser Verfassung regieren kann, und daß von keiner Seite Gefahr droht, rät ab. Preußens Ansehen in Deutschland, seine europäische Aktionsfähigkeit würden durch einen Zwist zwischen Krone und Landtag gemindert werden. Der Kampf gegen den Liberalismus wird Deutschland zur Stellung herausfordern. Bismarck will keinen Vernichtungsfeldzug gegen die liberale Bourgeoisie mehr, er glaubt, daß man sie an den Wagen des Feudalstaates ketten kann. Die Bourgeoisie, die ihre Geschäfte im neuen Staat macht, ist kein gefährlicher Gegner mehr.

Wenige Tage später wird der Prinz mit der Stellvertretung des Königs betraut. Aber Bismarck, der

mit dem Gedanken gespielt hat, jetzt ans Ruder zu kommen, wird in den Hintergrund gedrängt. Daß er mit seiner Berufung rechnete, beweist sein Wort an Manteuffel, der ihn zur Rede stellte, weshalb er in Berlin bliebe und nicht auf seinen Posten ginge: „Ich bin hier viel nötiger."

Aber man wollte ihn nicht. Der Prinz hatte Bismarck nur aushorchen wollen, in Wahrheit wollte er verfassungsmäßig regieren, ja sogar einen liberalen Kurs einschlagen.

Sobald Wilhelm Prinzregent geworden war, trat das reaktionäre Manteuffel-Ministerium zurück, ein Ministerium des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen folgte. Seine Mitglieder rekrutierten sich aus jenen Kreisen, die sich in der Zeit der Krimkriegskrise um den Prinzen aus Opposition gegen die russophile, Österreich unterwürfige Politik des Königs geschart hatten. Den entscheidenden Einfluß übt unkontrollierbar die Gattin des Prinzen aus, die längst mit dem Liberalismus geliebäugelt hatte, englischen Einflüssen zugänglich war — in diesen Tagen verlobt sie ihren ältesten Sohn Friedrich mit der Tochter der Königin von England.

Eine Ansprache des Prinzregenten an seine Minister charakterisiert seine Richtlinien, angeblich will er den Ministerwechsel rechtfertigen, aber davon ist in der Rede kaum die Rede. Er wollte vor allem seine Männer um sich haben; er lehnt jeden Bruch mit der Vergangenheit ab, spricht von der sorglichen und bessernden Hand, die angelegt werden müßte, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit

Laufendes zeigt — eigentlich ist das alles, was in dieser Rede auf einen neuen Kurs deutet —, es ist erbärmlich wenig. Aber die liberale Bourgeoisie ist mehr als genügsam; auf solche Worte hin wurde schon der Regierungswechsel als „Neue Aera" jubelnd begrüßt.

Im Grunde änderte sich natürlich gar nichts, trotzdem der neugewählte Landtag eine liberale Mehrheit bringt. Dafür enthält die Rede einige Hinweise von großer Bedeutung, der Prinzregent, ein alter Soldat, seinem Handwerk ergeben, gewohnt, alles immer zuerst vom Offiziersstandpunkt zu sehen, erblickt seine wichtigste Aufgabe in der *Reorganisation der Armee.* Änderungen seien notwendig. Dazu aber gehörten ruhige, politische Zustände und — Geld, Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen — daher weht der Wind. Aber merkwürdig, daß niemand diese Ausführungen beachtet — sie gehen unter in den allgemeinen Darlegungen, aber sie enthalten Wilhelms Programm. Merkwürdig, daß man vor allem den Schrei nach Geld nicht hört. Und dann kommt der Prinzregent auf die außenpolitische Situation zu sprechen, er ist gegen frühzeitige Bindung durch Traktate — das ist ein Angriff gegen die Politik des Bruders; aber der Regent weiß, wie hoch noch die Trauben hängen, und so fällt das gewichtige Wort von den *„moralischen Eroberungen", die Preußen in Deutschland machen müsse.* Wie fügt sich dies zusammen — scharfes Schwert und Moral? Solange man noch schwach ist,

erweist sich die Moral als probates Mittel. Die Maximen des Prinzen laufen auf Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse hinaus, er kennt die schwache Situation des Landes, aber er hat zugleich schon ein Gefühl für die Wege, die der Staat gehen muß, um stark zu werden. Er hat lange Jahre in Koblenz kommandiert, er weiß, daß man die isolierte Provinz enger mit dem Mutterland verknüpfen muß — also empfiehlt er dringend Toleranz in religiösen Dingen: „Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Übergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden." Das ist ein Programm des Burgfriedens, man muß Ruhe im Innern haben, die Liberalen sollen ruhig glauben, sie hätten den Wind in den Segeln, später wird man von ihnen die Gelder fordern, einstweilen verkündet man das Prinzip der „moralischen Eroberungen".

Der Fuchs kriecht wieder ins Loch und bereitet sich auf seine Zeit vor.

Kein Wunder, daß man in Berlin den Junker nicht haben will, diesen hitzigen, eigenwilligen, turbulenten Mann, der allzu hurtig die Eisen in allen Feuern hält, der plötzlich Eskapaden macht, und schwer zu leiten ist. Auch Österreich gegenüber ist Abwarten zum mindesten geboten. Der Junker ist gefährlich, aber man muß Kräfte in der Reserve bereithalten, denkt der alte Soldat. Bismarck wird nach Petersburg geschickt. Dort wird er keinen Schaden anrichten können.

Der Prinzregent, der ihn fürchtet, umschmeichelt ihn, als Bismarck sich sträubt, an die Newa zu gehen.

„Ich begreife nicht, wie Sie die Sache so bitter auffassen können; Petersburg hat doch immer für den obersten Posten der preußischen Diplomatie gegolten, und Sie sollten es als einen Beweis hohen Vertrauens aufnehmen, daß ich Sie dahin schicke."

Bismarck, verdrießlich, geht zum Angriff über und reizt den König durch abfällige Urteile über die Männer seiner Wahl, seinen Außenminister nennt er einen Höfling. Der Regent, empfindlich getroffen: „Halten Sie mich etwa für eine Schlafmütze? Mein auswärtiger Minister und mein Kriegsminister werde ich selbst sein, das verstehe ich." Vielleicht dachte Bismarck, ja vom Soldatenhandwerk versteht er anscheinend etwas, von Außenpolitik aber gar nichts, er ist der Mann seiner Frau, der Mann der Engländer, bescheiden im Denken. — Bismarck läßt nicht locker, rügt alle Minister; ist längst schon auf dem Rückzug. Denn hier ist nichts zu gewinnen. Der Versuch, zur Macht zu gelangen, ist gescheitert. Wilhelm will ihn nicht haben. Noch braucht er ihn nicht. Auf nach Petersburg.

Am 29. Januar 1859 erfolgt seine Ernennung, im März übersiedelt er in die Hauptstadt des Zaren *Alexander II.*, jenes schwachen und grausamen, launischen und feigen Menschen, der einen Krieg verloren hat und jetzt im Begriffe ist, durch Scheinmanöver seinen Thron vor der Bauernrevolution zu retten. Mit den Russen hatte Bismarck in Berlin und Frankfurt gute Freundschaft gehalten, seine Haltung im Krimkrieg gegenüber Rußland war in Petersburg bekannt. Daß er ein Reaktionär war, empfahl ihn be-

sonders, noch mehr sprach für ihn seine Feindschaft gegen Österreich. Man hielt ihn für einen Freund der russischen Sache — und somit der europäischen Reaktion völlig ergeben.

Minister des Äußern ist der Fürst *Gortschakow*, jetzt schon ein Sechzigjähriger, eitel bis zur narzissushaften Selbstverliebtheit, verschlagen und voller Tücken, Bismarck nennt ihn einen „Fuchs in Holzschuhen", und Gortschakow hat sich bis ans Ende seiner Tage gerühmt, daß Bismarck sein Schüler gewesen wäre.

DIE WACHT AM RHEIN

Bismarck ist kurze Zeit in Petersburg, als der italienische Krieg ausbricht. Napoleon benutzt die nationale Erhebung Italiens, um Österreichs Macht in der Lombardei zu treffen, er glaubt, die Italiener betrügen zu können, er wird sie „befreien" und zu Vasallen machen — —. Die Beute ist bereits verteilt, bevor der Krieg ausbricht: Napoleon beansprucht Savoyen und Nizza — und wird es erhalten, Viktor Emanuel wird die Lombardei, Venetien, Parma und Modena zugesprochen. Zwischen Österreich und Frankreich soll sich ein Pufferstaat legen, dessen nationale Ambitionen man weiter aufstacheln kann, um immer als Schiedsrichter auftreten zu können.

In Deutschland bricht ein Sturm der Empörung in den reaktionären Kreisen aus, die nationale Erhebung in Italien ist ein revolutionärer Akt, das Eingreifen des Abenteurers Bonaparte eine neue Hochstapelei; mit Österreich ist anscheinend ganz Deutschland in Gefahr. Der Prinzregent denkt billig Lorbeeren zu pflücken, glaubt die Wacht am Rhein halten, Österreich unterstützen zu müssen. Zunächst möchte man den Krieg verhindern, führt Verhandlungen mit Österreich, das Preußen zur Teilnahme am Kriege bewegen möchte. Der Prinzregent verlangt einen Preis — Österreich aber will die Hilfe umsonst haben.

Man bleibt in Preußen neutral — so billig war man nun doch nicht zu haben, die Erfahrungen des Krimkrieges schreckten. Dann verlangt Wilhelm wenigstens den preußischen Oberbefehl über das Bundesheer, stellt am Bundestag sogar einen entsprechenden Antrag, das preußische Heer wird mobilisiert, aber ehe die Schlachten noch begonnen, war der Krieg schon gewonnen und beendet.

Zur Überraschung aller Welt einigten sich Napoleon und Franz Joseph, ihnen lag an baldiger Liquidation, die Gefahr europäischer Komplikationen war zu groß.

Diese Auseinandersetzung wird von *Marx* und *Engels* mit höchster Teilnahme verfolgt, damals schreibt Engels eine seiner bekannten Flugschriften: *„Po und Rhein"*; er verwirft und verspottet die österreichische Parole, daß der Po am Rhein verteidigt werden müßte. Was allen andern Nebensache ist, wird ihm Hauptsache, das Objekt wird bei ihm zum Subjekt. Für ihn ist dieser Krieg ein Kampf gegen die österreichische Reaktion und Gewaltherrschaft, die Einmischung Napoleons aber lehnt er ebenso scharf wie den Eintritt Deutschlands in den Krieg zugunsten Österreichs ab. Deutschland braucht kein Stück von Italien zu seiner Verteidigung, es liege im deutschen Interesse, wenn die Fremdherrschaft in Italien endlich beseitigt werde; Italien sei berechtigt, einen Kampf gegen seine Unterdrücker zu führen, ein freies Italien werde eine Stütze Deutschlands im Kampfe gegen Napoleon sein, der gezwungen werde, zur Erhaltung seiner Macht das linke Rheinufer zu

erobern. Wenn Deutschland heute helfe, Italien zu unterdrücken, werde es morgen allein stehen, wenn Napoleon das Rheinufer erobern wolle.

Marx hat in Aufsätzen, die er in der New-Yorker „Tribune" veröffentlichte, ähnliche Gedanken ausgesprochen — die Herrschaft Österreichs in Italien müsse gebrochen werden, anderseits führe Napoleon einen Eroberungskrieg; die Erringung der italienischen nationalen Selbständigkeit sei für ihn nur ein Vorwand.

Zur selben Frage äußerte sich *Lassalle* in seiner bekannten Schrift, in der er vor dem Krieg gegen Frankreich warnte, der aus einem Fürstenkrieg in einen Volkskrieg unter Führung der Fürsten umschlagen könne und entsetzliche Folgen für die freiheitliche Bewegung Europas heraufbeschwöre. Er sieht in diesem Krieg, den die Demokraten so heiß wünschen, das kulturfeindlichste Ereignis, das zu denken wäre. „Der endlich gebändigte blutdürstige Tiger des Nationalhasses zwischen diesen beiden Völkern wieder aus seiner Höhle geweckt — und auf vielleicht drei Dezennien hinaus ist jeder Kulturschritt geknickt, jede politische Fortbildung gehemmt, jede Verwirrung der Geister ermöglicht, jeder finsteren und machiavellistischen Kabinettspolitik wieder Tür und Tor geöffnet und die Barbarei gegenseitiger Eroberungs- und Vernichtungswut an Stelle der inneren Entwicklung auf die Fahne der Völker geschrieben. Es wäre der weitaus ungeheuerste und unübersehbarste Sieg des reaktionären Prinzips, den dasselbe seit dem März 1848 erfochten."

1870 wird grauenhaft in Erfüllung gehen, was Lassalle 1859 verkündete.

Verhängnisvoll aber waren die Abschnitte seiner Schrift, in der er aufforderte, die Preußen sollten inzwischen Schleswig-Holstein „befreien" und an sich reißen; Lassalle mußte wissen, daß diese Parole — gerichtet an das augenblickliche Regime — eine heillose Verwirrung anrichten mußte und auch angerichtet hat. Der Mißbrauch, der mit diesen Ausführungen 1866 angestiftet wurde, ist nur zu verständlich. Wesentlich für Lassalles Standpunkt war, daß die Zerschlagung Österreichs gefordert wurde, ohne die es keine Einheit Deutschlands geben könne. In Konflikt mit Marx und Engels geriet Lassalle, weil er den Fürstenkrieg gegen Frankreich unter Umständen billigte, weil er ein Kabinettskrieg war und unpopulär sein müßte.

Was er bekämpfte, war der Volkskrieg *unter* der Leitung der Fürsten. Gemeinsam war allen dreien der Wunsch nach der Niederlage der Fürsten. Der Unterschied in der Auffassung der Lage ist taktischer, nicht prinzipieller Natur. Am wichtigsten erscheint, daß Lassalle die fürchterlichen Folgen eines Krieges, wie ihn Bismarck später geführt hat, voraussah.

Die Lage, über die jene drei Männer diskutierten, ist nicht eingetreten. Preußen und somit alle Klein- und Mittelstaaten schlugen nicht gegen Frankreich los, mobilisierten nur; die drohende europäische Verwicklung nahm Rußland zum Anlaß, einen Druck auszuüben, obschon es selbst kaum fähig zum Losschlagen gewesen wäre, aber Napoleon und Franz Joseph einig-

ten sich. Napoleon schluckte Nizza und Savoyen, nicht dem italienischen Volk, sondern der Dynastie Savoyen fiel ein Reich in die Hände, Napoleon selbst wurde bald um seinen Lohn geprellt, er errang *nicht* den Einfluß, den er in Italien begehrte, der betrogene Betrüger wandte sich andern Abenteuern zu.

Während Marx, Engels und Lassalle die Vorgänge vom Standpunkt der proletarischen Bewegung sahen, die für sie aufs engste mit der Erringung der deutschen Einheit verbunden war, dachte Bismarck nur an die Vorteile Preußens, er forderte die preußische Neutralität, die Frankreich und Rußland garantieren sollte, er bekämpfte jeden Liebesdienst für Österreich, das Preußen in einen Krieg gegen Frankreich hetzen wollte, um es sich verbluten zu lassen. Bismarck wollte gar nichts von der deutschen Frage in dieser Sache wissen, sondern war rein preußischer Separatist, Interessenvertreter der Dynastie Hohenzollern und der herrschenden Klasse.

Der Taumel, in den die nationalistische Bourgeoisie geraten war, versetzte ihn in große Sorge, er fürchtete, „man werde sich mit dem nachgemachten 1813 von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen."

Die Zarenregierung bietet alles auf, um Österreich in Schach zu halten, tut anderseits alle Schritte, um auf Frankreich einzuwirken, dem Krieg jede revolutionäre Färbung zu nehmen, ihn aber zu einem Kabinettskrieg zu machen. Bismarck bemüht sich nach Kräften, die Richtlinien Gortschakows zu verfolgen. Die Kabinette von ganz Europa schwebten in Furcht

vor den Konsequenzen dieses Krieges; erst wenn man die Sorge der Diplomaten in diesen Tagen berücksichtigt, wird einem die Bedeutung der Schriften von Marx, Engels und Lassalle klar. Zum erstenmal war das revolutionäre Thema in einer der ernstesten europäischen Krisen angeschlagen, ein allgemeiner Krieg hatte für die Fürsten unabsehbare Folgen. Ihre Interessen geboten ihnen, den Krieg so rasch als möglich zu beenden. Noch einmal hatte der reaktionärste Staat Europas, Rußland, durch sein Machtwort, aber aus Furcht vor revolutionären Komplikationen, den schnellen Abschluß erzwungen.

Auf die Entschlüsse des Prinzregenten hat Bismarck in dieser Krise keinen Einfluß ausüben können, wider seinen Willen wurde das preußische Heer mobilisiert, wider seinen Willen erfolgten die Verhandlungen mit Österreich. Er fürchtete zeitweilig einen Zweifrontenkrieg für Preußen, als Rußland zu einem Vorgehen gegen Österreich und somit, wie die Dinge lagen, auch gegen Preußen entschlossen schien, das zugleich am Rhein schlagen sollte.

Im Juni 1859 erkrankte Bismarck, fuhr nach Berlin, um bei deutschen Ärzten Hilfe zu suchen. Auf der Rückfahrt nach Petersburg riß sich ein Blutkörperchen in einer Vene los, geriet in den Blutumlauf und rief eine Lungenentzündung hervor — die Ärzte gaben den Kranken auf.

Er sah seinem Ende entgegen und schrieb seinen letzten Willen. Monatelang schwebte er zwischen Tod und Leben. Anfangs März 1860 war er so weit hergestellt, daß er nach Berlin reisen konnte.

In diesem Frühjahr wird zum ersten Male ernstlich von Mitgliedern des Kabinetts die Frage nach Bismarcks Ernennung zum Außenminister gestellt. Der Regent gibt seltsamerweise nach, aber man beschließt, den Kandidaten zunächst zu prüfen. In einer Sitzung legt Bismarck dann seine Prinzipien dar, er spricht noch schärfer gegen Österreich als sonst, bezeichnet als die schwächste Seite der preußischen Politik ihre Schwäche gegen Österreich, es sei zwar gut, wenn man mit Österreich die deutsche Frage lösen könne, aber besser sei die Verständigung mit Rußland, um Österreich in Schach zu halten, da die Aussichten auf ein Zusammengehen mit Österreich gering seien. Der Minister Schleinitz sprach gegen Bismarck, der Regent schloß sich ihm an — die Sitzung war beendet, der Prüfling durchgefallen, die Minister Hohenzollern und Auerswald hatten ihre Kampagne für Bismarck verloren, der in Schleinitz eine Kreatur der Prinzregentin sah.

Im Januar 1861 starb Friedrich Wilhelm. Der Prinzregent wurde König von Preußen.

In diesem selben Jahre ist Alexander II. gezwungen, ein Gesetz zu veröffentlichen, das die Leibeigenschaft in Rußland angeblich aufhebt. Die Bauern wurden befreit, indem sie sich wie in Preußen „ablösen“ konnten, ungeheure Summen flossen in die Taschen der Junker und des Handelskapitals; die Steuerlasten wuchsen ins Unermeßliche, der Bauer durfte sein Dorf nicht verlassen, die Gemeinde hielt aus eigenem Interesse jedes Mitglied fest, weil sonst

die prozentuale Umlage der Abgaben den einzelnen noch höher belastete.

Bismarcks Äußerungen über die Gärung unter den Bauern sind gering, er scheint die Emanzipation in ihrem wahren Wesen erkannt zu haben, andererseits begrüßte er voller Genugtuung die feste Haltung der russischen Junker, die nicht der Gewalt weichen, sondern schießen wollten. Natürlich hat ihm das imponiert, dem Kaiser sagt er einen gewissen Liberalismus nach. Etwas komisch wird der Fall, wenn Bismarck als Sachverständiger in Agrarfragen von den Russen herangezogen und ersucht wird, seine Erfahrungen mitzuteilen, die er bei der Schnapsbrennerei und der Einführung einer Brennsteuer gemacht habe. Man schätzte das Urteil des langjährigen Brennereibesitzers. Wundert man sich so sehr, wenn es ihm in Rußland gefiel — wo alles große Dimensionen annahm, wo er — der märkisch-pommersche Junker, tagelang in den tiefen Wäldern jagen ging, auf Bären schoß, Wäldchen von Brennholz im Ofen verschwinden sah.

Alles, was er auf dem Lande in Preußen kennen gelernt hatte, war hier ins Riesenhafte gesteigert, auch die Not der Bauern, aber daß er sich Sorgen macht, Rußland könnte einer Revolution entgegengehen, darf man nicht behaupten. Interessiert verfolgte er die immer drohendere Lage in Polen und die wachsende Gärung; die liberalen Strömungen in gewissen höheren Kreisen flößten ihm Besorgnis ein. Die Bauernfrage konnte schließlich, richtig angefaßt, ein gutes Geschäft durch die Ablösung werden, das wußte er, daher rührte sein eigener Reichtum. Aber die

national-revolutionäre Bewegung in Polen bedrohte zugleich den polnischen Besitz Preußens. Kein Wunder, wenn er sich bemühte, die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg so günstig als möglich zu gestalten. Nur so erklärt sich auch seine Abneigung, gegen Frankreich eine herausfordernde Haltung einzunehmen, der Krieg auf seiten Österreichs bedeutete für Preußen einen Zweifrontenkrieg, aber jeder russisch-preußische Krieg mußte unweigerlich die polnische Frage aufrollen. Zur Unterdrückung Polens waren gute preußisch-russische Beziehungen notwendig.

Im Sommer 1861 kommt es in Berlin zu einer Kabinettskrise, der König besteht auf einer Huldigungsfeier, seine Untertanen sollen den Treueid leisten; die Verfassung bietet ihm nicht Gewähr genug. Bereits ist der Konflikt mit den Liberalen über die Heeresorganisation ausgebrochen. Der König ist entschlossen, seinen Willen durchzusetzen; er verlangt nach dieser mittelalterlichen Szene, er will provozieren, um sich selbst erhöht zu fühlen. Starrsinnig, als Soldat ans eigene Kommando und den Gehorsam der andern gewohnt, will er seinen Entschluß durchführen. Die Minister weigern sich, aber die Generäle unterstützen ihn.

Jetzt tritt zum ersten Male Bismarcks alter Jugendfreund von Pommern her in Aktion: der nunmehrige Kriegsminister *Roon*, der die Militärreform vorgeschlagen, eingeleitet hat und durchführt. Er glaubt endlich den Augenblick gekommen, wo der extremste Royalist auf dem Plan erscheinen kann. Er beschwört

Bismarck zu kommen, der König hat ihm erlaubt, sich nach andern Ministern umzusehen, so schreibt er an Bismarck: „Ich frage nun, ob Sie die althergebrachte Erbhuldigung für ein Attentat gegen die Verfassung halten? ... Es ist eine trostlose Lage! Der König leidet entsetzlich. Die Nächsten aus seiner Familie sind gegen ihn und raten zu einem faulen Frieden. Gott verhüte, daß er nachgibt. Täte er es, so steuerten wir mit vollen Segeln in das Schlammheer des parlamentarischen Regiments."

Bismarck antwortet merkwürdig ausweichend, der Streit um die Huldigung scheint ihm nicht wichtig genug, es gibt für ihn andere, gewichtigere Fragen, die der Lösung wert sind. Er mißtraut offenbar dem König, der sich anscheinend nur aus Prestigegründen gebunden fühlt, sein Vorhaben durchzusetzen. Für Bismarck kommt es darauf an, prinzipielle Fragen von weittragender, tiefgreifender Bedeutung aufzuwerfen, entscheiden zu lassen. Er scheint nicht zu glauben, daß es der König wegen der Militärfrage zum Äußersten kommen läßt, ebensowenig ist Aussicht auf grundlegende Änderung der Außenpolitik vorhanden. Bismarck denkt an die Wirkung im Ausland, das nicht begreifen wird, wie die Huldigungsfrage das Kabinett sprengen kann, er verlangt aber einen radikalen Wechsel, denn er will „Große Politik" machen, und erhebt den Vorwurf, man sei *konservativ in der Außenpolitik, liberal in der Innenpolitik:* „Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Vendée, aber gegen alle andern fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser

Denkungsweise fürchte ich von der unseres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird."

Er will nicht um einen Strohhalm kämpfen, sondern um das Ganze, er will den Kampf um die Macht im Staate. Die Huldigungsfrage ist eine Bagatelle, vielleicht hat er sich darüber amüsiert.

Kurze Zeit später trifft er in Berlin ein, vielleicht öffnet sich doch der Weg für ihn. Aber schon ist die Krise beigelegt, der König verzichtet auf die Huldigung und begnügt sich mit der Krönung; seine Gattin hat den Sieg davongetragen, und in tiefer Verstimmung schreibt Roon dem Freunde: „Das größte Unglück in aller dieser Misere ist ... die Mattigkeit und Abgespanntheit unseres Königs. Er ist mehr wie je in der Botmäßigkeit der Königin und ihrer Gehilfen. Wird er nicht körperlich wieder frischer, so ist alles verloren, und wir schwanken weiter in das Joch des Parlamentarismus und der Republik ... Ich sehe keine, keine Rettung, wenn uns Gott der Herr nicht hilft. In dem Prozeß der allgemeinen Zersetzung vermag ich nur noch *einen* widerstandsfähigen Organismus zu erkennen: die Armee ..." Er bittet Bismarck, nicht vor der Krönung nach Petersburg zurückzukehren.

Beide haben ein Komplott geschmiedet, ohne davon zu sprechen. Beide haben das gleiche Ziel. Bismarck war inzwischen in Baden-Baden erschienen, wo der König weilte. Als er sich melden ließ, war der König unangenehm überrascht, Er fürchtete diesen

Mann, der nun schon seit einigen Jahren ihm immer wieder in den Weg trat, und ihn mit seinen Freunden, seiner Frau zu entzweien suchte, er fürchtete die Mittel, die dieser Mann empfahl, und die zur Todeskrise des Königstums führen konnten.

Der König war froh, als Bismarck nur den Wunsch äußerte, bis zur Krönung in Preußen bleiben zu dürfen. Erleichtert sagte er zu, von der Verschwörung, vom Zweck des Urlaubs ahnte er nichts.

Im Oktober vermied der König in Berlin mit Bismarck über Politik zu reden, weil er besorgte, durch ein solches Gespräch, ja, durch die bloßen Beziehungen zu Bismarck in reaktionäre Beleuchtung zu geraten. Der Vierundsechzigjährige wollte wegen der Militärfrage keinen Bruch mit den Liberalen, die Flucht aus Preußen im März 1848 hatte er nie vergessen, aber die Angst um den Thron war stärker als das Gefühl der Schande. Und im Hintergrund erschien gebietend die energische, gescheite Frau aus dem kleinen Weimar. Er war ein Hohenzoller, unschlüssig, wankelmütig, leicht verzagt und ein Greis dazu.

Aber dennoch läßt Bismarck, von Roon getrieben, nicht locker, er arbeitet im Sommer an einer Denkschrift, in der er das erstemal von der deutschen Aufgabe Preußens spricht, zum ersten Male taucht die Idee eines deutschen Parlaments auf — er hat also von Bonaparte gelernt, — zugleich scheinen die italienischen Vorgänge ihre Wirkung ausgeübt zu haben: die Rückkehr der kleinen Fürsten erwies sich verhängnisvoll, sie widerstreben den nationalen Tenden-

zen, man muß ihnen eine Kraft entgegenstellen, muß die Masse mobilisieren — auch hier lernt er von Bonaparte, der die Klassen aufeinanderhetzte, aber zugleich an der Kette hielt und immer der Herr zu bleiben suchte. So entwickelt er jetzt Grundzüge seiner kommenden Reichspolitik, die alle gegeneinander ausspielen läßt, anscheinend alle befriedigt und wieder fesselt; aber das ganze System ist nur möglich, wenn einer es leitet; so ist es gedacht, so muß es versagen, die Kräfte werden eines Tages stärker sein als der eine — denn die Geschichte wird nicht von einzelnen, sondern von Klassen gemacht. Marx hat konstatiert, daß Klassen sich nicht betrügen lassen.

DER TANZ AUF DEM EIS

Im März 1862 neuer Ministerwechsel. Die latente Krisis fordert immer neue Personen, Hohenzollern geht, der Prinz Adolf von Hohenlohe-Ingelfingen kommt. Ironisch spricht Bismarck von ministerieller Wechselreiterei, die auf kurze Verfallzeit berechnet sei. Im Mai 1862 bittet ihn Hohenlohe, ins Kabinett einzutreten, er verspürt so wenig Drang wie im vorigen Jahre, er gesteht, daß ihm der Glaube an die dauernde Festigkeit des Königs häuslichen Einflüssen gegenüber fehlt. Man ruft ihn aus Petersburg ab, läßt ihn im Gasthof in Berlin warten, das verdrießt ihn so sehr, daß er ultimativ fordert, ihm ein Amt oder die Entlassung zu geben — sie schicken ihn nach Paris, weil dort gerade der Posten frei ist.

Am 1. Juni 1862 übergibt Bismarck in den Tuilerien sein Beglaubigungsschreiben. Höhnisch bemerkt er im ersten Pariser Brief an Roon, er glaube dem König weniger unentbehrlich zu erscheinen, wenn er ihm eine Zeitlang aus den Augen bleibe, aber auf achttägige Kündigung denke er sich nicht in Paris dauernd einzurichten, an einem Ministerium ohne Portefeuille sei ihm nichts gelegen. Und so entspinnt sich in der nächsten Zeit ein lebhafter Brief-

wechsel zwischen ihm und Roon. Die Krise verschärft sich, der König wird immer mehr in die Enge getrieben, aber immer noch hält er sich dem Gedanken fern, Bismarck zu berufen, der selbst voller Unruhe boshaft und gallig einen Sommer verbringt — bald in Paris, bald in England und Südfrankreich. Roon putscht ihn durch Briefe auf, in denen er ihm die Lage in Berlin in den grellsten Farben schildert; zugleich fürchte er, Bismarck könne ausbrechen, Dummheiten machen, die Geduld verlieren. Man braucht solche Befürchtung nicht zu hegen, Bismarck erklärte am Pfingsttag 1862: „Sie tun mir unrecht, wenn Sie glauben, daß ich mich sträube, ich habe im Gegenteil lebhafte Anwandlungen von dem Unternehmungsgeist jenes Tieres, welches auf dem Eise tanzen geht, wenn ihm zu wohl wird."

Zwischendurch spricht er den Kaiser, der ihn aushorcht, ob der König geneigt sein würde, auch eine Allianz mit ihm einzugehen. Bismarck weicht aus und sucht den Kaiser zugleich zu bestimmteren Angaben herauszulocken; eine Allianz setze doch ein Motiv, einen bestimmten Zweck voraus. Der schlaue Gegenspieler verrät sich nicht, sondern deutet plötzlich dunkel an, Österreich habe gewisse Angebote gemacht. Das Gespräch verläuft im Sande, und dennoch ist es für Bismarck in der augenblicklichen Situation von unschätzbarem Werte: er kann dem König berichten, daß auf Österreichs Treue so wenig zu rechnen sei, wie auf eine Zustimmung zur Verbesserung der preußischen Stellung in Deutschland.

Nervengereizt, verdrießlich und vom Machtdrang

verzehrt, des Wartens müde, geht Bismarck im Hochsommer auf Reisen, weilt in England und an der See, scheint längst die Geduld verloren zu haben, wechselt weiter Briefe mit Roon, äußert sein Mißvergnügen und verlangt Urlaub für sechs Wochen. Er ist längst fest entschlossen, ins Ministerium zu gehen; worauf es ihm ankommt, ist der geeignete Augenblick, vor allem aber auch die Zustimmung des Königs zu *seiner* Politik. Er will Musik machen, wie er sie für gut befindet, oder gar keine.

In ruhigeren Augenblicken sagt er sich und Roon, daß er sich vor allem einen guten Auftritt verschaffen müsse, wenn die Kammer sich unmöglich gemacht habe. Dann will er noch einige Monate hinter dem Busch warten, bis er als *Retter der Krone* auftreten könne — als Retter vor einer bereits blamierten, lächerlichen Opposition ...

Am letzten August kann ihm Roon melden, daß gefochten werden müsse, an Konzessionen und Kompromisse nicht zu denken sei ... „gefährliche Katastrophen sind mit Sicherheit vorauszusehen" — er glaubt, vor allem des Königs sicher zu sein. Am 12. September hat Bismarck verzichtet, die Katastrophe, die er und Roon anzuzetteln suchten, scheint auszubleiben, er will zufrieden sein, wenn er Gesandter in Paris bleiben kann, „... ich möchte nichts erbitten als die Gewißheit, es wenigstens bis 1875 zu sein. Schaffen Sie mir diese oder jene andere Gewißheit, und ich male Engelsflügel in Ihre Photographie."

Am 18. September aber erhält er in Paris ein Telegramm Roons in verabredeter Chiffre, sofort zu

kommen: „Die Birne ist reif." Die Verschwörer der Legitimität sind am Ziel.

Zwei Tage später trifft Bismarck in Berlin ein. Der Weg zur Macht ist frei, das Antichambrieren hat ein Ende. Nicht im offenen, öffentlichen Kampf erzwingt sich Bismarck den Eintritt ins Ministerium, dieser Krieg im Dunkeln, diese Billetts der beiden Freunde, diese ausgesprochene Kabinettspolitik sind symptomatisch für ein Regime, durch eine Hintertüre, als Favorit eines befreundeten Ministers dringt Bismarck ein, drängelnd und gedrängt, ehrgeizig und zu jedem Gewaltakt bereit. Er wartet auf seine Berufung wie ein Beamter, die Möglichkeit selbst noch zur Opposition von Rechts war noch in der Kammer gegeben, er kommt nicht als Führer einer Partei, geschweige Sprecher der Masse, er hat sich den Eintritt nicht erzwungen, indem er offen um die Macht rang. Er ist der gehorsamste Diener Seiner Majestät; aber seine nervöse, ungeduldige, fahrige, gereizte Stimmung erinnert doch auch an den jappenden Wolf, der vor Heißhunger die Hürden umrennt.

Niemand in Preußen, geschweige in Deutschland hat außer einem General nach Bismarck gerufen, niemand wollte etwas von ihm wissen, selbst der König nicht. Aufgezwungen erschien er, lechzend nach Ausübung der Macht, ein Schüler aller bösen Kräfte in Europa; seine Vorbilder waren der kokette, ränkeschmiedende, eitle Gortschakow, der Abenteurer und Hasardspieler Napoleon, sein System war, den Krieg aller gegen alle zu entfesseln und selbst den Nutzen zu ziehen, seine Faust war gegen die Arbeitenden in

Stadt und Land gerichtet, sein eigener Rücken krümmte sich vor dem Thron, dessen Inhaber er für schwach und unzuverlässig hielt; seine Freunde waren in der ganzen Welt nur die Reaktionäre, Hochstapler und Bluthunde. So putschte er sich rachedurstig, zielbewußt zum Ministersessel, zynisch und nie um eine Lüge verlegen. Alle Not hatte Gott gewollt, und der König war von Gottes Gnaden.

Bismarck war 47 Jahre alt, als ihn der König zu seinem Minister machte, weil er sich nicht anders zu helfen wußte.

Am Abend des 21. September schrieb er seiner Frau aus Berlin: „Roon fand mich mager und verbrannt, als wäre ich auf Kamelen durch die Wüste gezogen, aber alle sind einig, daß ich gesund aussehe wie seit Jahren nicht ... Ich ging um 11 Uhr zu Bett und schlief bis 7, mit allerhand Träumen vom südlichen Himmel, Felsen und Feigenbaumschatten, bis ich in der grauen Wirklichkeit eines herbstlichen Regentages an der Wilhelmstraße erwachte."

Ein fertiges Programm bringt dieser Mann mit — es basiert auf vier Worten: „*Konservative Innenpolitik — Liberale Außenpolitik.*" Die Durchführung bedeutet Abkehr der unsteten, tastenden, ja, sogar feigen und tückischen, ängstlichen Politik der königlichen Regierung seit März 1848. Die liberale Bourgeoisie an die Wand drücken, die aufsteigende Arbeiterbewegung niederhalten, das Elend des Landproletariats verewigen, zugleich aber alle Klassen gegeneinander ausspielen, stets aber eine gefestigte

Macht hinter sich haben, das ist in Preußen die Armee.

Der Mann, der selbst ungern Soldat war, sich sogar zu drücken suchte, weil er nicht gehorchen, sondern nur befehlen wollte, macht die Armee zum entscheidenden und wichtigsten Faktor.

Konservative Innenpolitik, das heißt auf jeden Fall: Unterdrückung, Erdrosselung der Opposition. Zugleich ist es eine Politik der Rache für erlittene Schlappen, die man nie vergessen hat. Rache für den Berliner März — so denkt der König, so denkt Bismarck. Die Szene in Potsdam, da Friedrich Wilhelm die Bürger umschmeichelt, die Gardeoffiziere aber unwillig ihre Säbelscheiden aufstoßen, der Rückzug der Truppen sind nie vergessen.

Wenn man im Lande Ruhe geschaffen hat, kann man Außenpolitik aktiven und expansiven Charakters machen. In der Außenpolitik fordert Bismarck Liberalismus, eine aufsässige Klasse im Lande kann man zur Räson bringen, vor allem, wenn man um die Mittel nicht verlegen ist; auswärtige Staaten kann man nur durch Kriege niederwerfen oder aber durch die Mittel der Diplomatie schwächen, verlocken, reizen, umwerben, isolieren. Es geht ihm nur um Preußen, nur um die Macht des Staates, in dem der König und die Junker, gestützt auf eine Armee, absolut herrschen; die deutsche Frage, die alle revolutionären Kräfte auslöst, muß eine preußische Sache werden, damit die herrschende Klasse ihre Privilegien nicht einbüßt. Deshalb Trennung von Österreich, Zertrümmerung des Deutschen Bundes; eine Massenbewegung zur Herstel-

lung der deutschen Einheit muß fraglos Preußen vernichten, jenes Preußen, dessen Schwerpunkt immer jenseits der Elbe liegt. Der Kampf um Preußens Vormacht in Deutschland kann für Bismarck nur im Kampf gegen Österreich geführt werden. Und so wiederholt sich die Bündnispolitik Friedrichs II. diesmal noch zynischer, noch gewissenloser, weil die Idee des Nationalstaates proklamiert wird, den die Bourgeoisie aus ökonomischen Gründen braucht. Die Allianz mit dem „Erbfeind" stößt auf keine Bedenken. Das Programm der „moralischen Eroberungen" wird umgestoßen. Mit Blut und Eisen und Verrat wird das Reich gegründet.

„BERUFEN EW. MAJESTÄT BISMARCK!“

Der Konflikt, in den Wilhelm geraten war, hatte in jenem Augenblick begonnen, da er in seiner Ansprache an seine Minister die Notwendigkeit der Heeresorganisation betont und die Forderungen nach Geld gestellt hatte. Daß die preußische Armee ein fragwürdiges Instrument für König und Junker geworden war, hatten die Ereignisse der letzten Jahre seit Olmütz, ja, seit dem Feldzug in Baden bewiesen. Die Mobilmachungen im Krimkrieg und im österreichisch-französischen Krieg hatten solche Schäden der Organisation gezeitigt, daß die Schlagkraft der Armee in einem Krieg zweifelhaft erschien. Aber es geht nicht nur um technische, taktische Fragen. Entscheidend waren andere Umstände: diese alte preußische Armee, Errungenschaft der Freiheitskriege, war in ihrer jetzigen Zusammensetzung *nicht* zuverlässig, wenn es zu neuen Konflikten zwischen Krone und Volk kam. Das Anwachsen des Proletariats, die Entwicklung der Industrie, die Gründung von Arbeitervereinen, die Erfahrungen der revolutionären Kämpfe bestärkten die Notwendigkeit einer unbedingt zuverlässigen Waffe. Kein Ereignis hat einen solchen bleibenden Eindruck im Gedächtnis dieser

Männer hinterlassen, wie die viertägige Junischlacht in den Straßen von Paris.

Die Armee war durch die allgemeine Wehrpflicht in engste Verbindung mit den Massen gekommen, ihre Stellung als Staat im Staate war gefährdet. Im Laufe der Jahrzehnte war das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht durchbrochen, die stehende Armee, die man aus finanziellen Gründen nicht vergrößern konnte, war allmählich wieder ein Heer von Berufssoldaten geworden, der jährliche Zuwachs durch die Rekruten mußte auf ein Minimum beschränkt werden; man begnügte sich, besondere Kadres unter dem Namen „Landwehr" zu bilden, in der alle Rekruten aufgenommen wurden, für die die Kadres des stehenden Heeres nicht ausreichten. Als die Bevölkerungszahl stetig stieg, ging man zum Auslosungssystem über. Der Zufall entschied, wer einrücken mußte, wer zu Hause bleiben konnte. Nach dem Gesetz mußten sämtliche Bürger bis zum 39. Lebensjahr an Übungen teilnehmen und im Falle der Mobilmachung einrücken. Die Unzufriedenheit unter den Unglücklichen, die das Los getroffen hatte, stieg von Jahr zu Jahr. Es kam zu Tumulten. Im Feldzug gegen die badischen Revolutionstruppen waren ganze Landwehrbataillone nur weitermarschiert, weil man ihnen ständig Freibier gab!! Verlängerung der Dienstzeit verschärfte nur noch die Erbitterung in weiten Kreisen. Hinzu kam der furchtbare Drill, die entsetzlichen Strafen, die brutalen Chargierten: diese alten, rücksichtslosen, gerissenen Berufssoldaten, die ihre Herkunft aus der Masse längst vergessen hatten. Über

dem Ganzen ein Offizierkorps, das immer noch eine Domäne des Adels war, sich als edelster Teil der Nation empfand, dem König blindlings ergeben war und überall eine bevorzugte Stellung einnahm.

Es war Bismarcks Freund, der Kriegsminister Roon, der dem König in Denkschriften klarlegte, daß die bisherige Heeresverfassung reformiert werden müßte, wenn nicht die Regierung durch die Landwehr ihres Machtinstrumentes verlustig gehen wollte. Schon im Juli 1858 hatte Roon dem Prinzregenten eine Denkschrift überreicht, in der er darauf hinwies, daß die bisherige Heeresverfassung nicht nur die Machtstellung Preußens, sein Ansehen in Europa, die Erfüllung seiner politischen Mission, sondern seine Existenz selbst in Frage zu stellen scheint. Die Landwehr verhindert, daß man Herr im eigenen Hause ist, sie ist schuld daran, „daß man bei jedem Konflikt der Meinungen, in den die Regierung mit den Regierten oder einem Teil derselben gerät, den Effekt berechnen und veranschlagen muß, den angefochtene Regierungsmaßnahmen der äußern wie der inneren Politik auf den bewaffneten Teil des Volkes, auf die Landwehr äußern möchten. Ihre Existenz bindet der Regierung also in gewissem Grade die Hände, macht sie *schwach*, wo sie im Interesse des Landes *stark*, unentschlossen und zaudernd, wo sie entschieden und rasch auftreten sollte." Das Wahlrecht, selbst in seiner kastrierten Form, hat jeden Landwehrmann zum Wähler gemacht, und so wird die Politik ins Heer getragen, während man den Angehörigen des Heeres das Wahlrecht entziehen müßte. Der Landwehrmann

wird im Falle einer Krisis die Politik des Königs „bemängeln und verdammen, den Hetzereien der Parteischreiber Gehör geben, und jede Gelegenheit ergreifen, um sich seinen drückenden Pflichten mit List oder Gewalt zu entziehen."

Roon warnt vor den Illusionen, was gewesen, könne nicht wiederkommen; er macht Andeutungen von Vorgängen, die sich in den letzten Jahren innerhalb der Landwehrformationen abgespielt hatten, und schlägt vor, die Landwehr solle aus dem stehenden Heer ausscheiden, nicht mehr ins Feld marschieren, sondern nur zu Besatzungszwecken verwandt, die Formationen des stehenden Heeres aber durch erhöhte Aushebung der Rekruten vermehrt werden. Die Dienstzeit sollte weiterhin drei Jahre betragen, weil man naturgemäß großen Wert darauf legte, die Eingezogenen möglichst lange beeinflussen zu können. Im Falle einer Mobilmachung wollte man nur auf die letztentlassenen vier Jahrgänge zurückgreifen. Die Kosten für die Reorganisation wurden auf zehn Millionen Taler veranschlagt.

Als der König mit diesen Plänen herauskam, stieß er auf heftige Opposition. Im Jahre 1860 ging die Vorlage an die Kammer, zur Beratung stand nicht die Heeresreform selbst, sondern die Bewilligung der Gelder. Aber in Wahrheit geht es um die Reform, die nicht nur das letzte demokratische Element der preußischen Verfassung, die Landwehr, erledigen wollte, sondern dem König ein zuverlässiges Instrument sicherte, mit dem er jeden Akt der Willkür wagen konnte, *seine* Politik zu machen imstande war.

Eine neue Erfahrung war inzwischen gewonnen, die alle Royalisten aufschreckte und zur Gegenwehr angespornt hatte: mit Freischärlern hatte *Garibaldi* Neapel erobert, die nationale Bewegung Italiens hatte durch diesen Zug einen ungeheuren Aufschwung empfangen. Für die preußischen Generale und den König war dieser Erfolg irregulärer Truppen ein Menetekel. Man war erst recht entschlossen, mit allen Mitteln die Heeresorganisation durchzusetzen. *Lassalle* schrieb damals an Marx: „Das Gesetz ist schmachvoll! Aufhebung — völlige, nur verkappte — der Landwehr als letzten demokratischen Restes der Zeit von 1810, Schöpfung eines immensen Machtmittels für Absolutismus und Junkertum ist in zwei Worten der Zweck desselben."

Die Geldforderungen hatte die Regierung versüßen wollen, indem sie zugleich eine Vorlage auf Aufhebung der feudalen Grundsteuerbefreiungen einbrachte. Aber das Herrenhaus lehnte diese Vorlage ab. Den Liberalen im Abgeordnetenhaus, von denen bei ihrer Mehrheit die Entscheidung über die Gelder für die Reform abhing, hatten eine Chance, sie konnten sich gut verkaufen, die Herren blamieren, die Regierung zu Konzessionen zwingen — aber was tun sie? Sie bewilligen . . . neun (statt zehn) Millionen Taler, weil die „fernere Kriegsbereitschaft aufrechterhalten" werden müßte. Dann wurde Wilhelm König, quittierte das Verhalten des Landtags mit einer lächerlichen Amnestie, die *Marx* folgendermaßen kritisierte: „die lausigste, die in irgendeinem Lande (Österreich nicht ausgenommen) seit 1849 erlassen ist.

Kleinlich, echt preußisch . . . der Zustand der liberalen preußischen Presse daraus zu beurteilen, daß sie diesen Dreck mit Lobsprüchen bewirft."

Die Junker hatten einen günstigen Eindruck von den Handlungen des Königs, der nicht daran zu denken schien, liberal zu regieren; die Heeresreform war gesichert, sie konnten jetzt einen hochherzigen Akt vollführen und die Aufhebung der Steuerfreiheit der Rittergüter bewilligen, dafür fielen sämtliche andere Reformen unter den Tisch.

Aber die Vorgänge in Italien, die Niederlage der Reaktion, die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland, die beginnenden großen Auseinandersetzungen um die Sklavenfrage in Amerika, die reaktionären Machinationen des Königs begünstigten eine oppositionelle Bewegung. Die Bourgeoisie hatte trotz der Krise von 1857 gute Jahre hinter sich, die deutsche Frage, die zugleich eine Frage von eminent wirtschaftlicher Bedeutung für die preußische Bourgeoisie war, wurde zwangsläufig Gegenstand erregter Debatten. Im Jahre 1859 war unter Führung des Hannoveraners *Bennigsen* der „*Nationalverein*" gegründet worden, dem Vertreter der liberalen Bourgeoisie angehörten. Im Juni 1861 wurde in Berlin die „*Deutsche Fortschrittspartei*" gegründet, deren sämtliche Forderungen die Interessen der Bourgeoisie wahrten, aber nur im Rahmen des bestehenden Staates, vom allgemeinen Wahlrecht war ebensowenig die Rede wie von der Presse- und Vereinsfreiheit, Forderungen, die im Interesse des jungen Proletariats lagen. Die Wahlen brachten immerhin dieser Partei 161

Mandate und den entscheidenden Einfluß im Landtag, aber als der Landtag im März 1862 eine Veränderung der Vorlage des Budgets durch Mehrheitsbeschluß forderte, schickte die Regierung den Landtag nach Hause. Der etwas energische Ton der Opposition hatte dem König einen solchen Schrecken eingejagt, daß man bereits an Straßenkämpfe glaubte und den Aufmarsch von Truppen vorbereitete. Aber die Angst der Militärpartei war ebenso überflüssig, wie das Gerede von einer Entschlossenheit der bürgerlichen Opposition. Das Ministerium Auerswald-Schwerin trat zurück, das Ministerium Hohenlohe kam und wollte die Wahlen machen; alle Mittel der Beeinflussung durch die Landräte, Gutsverwaltungen wurden angewandt, um den Ausgang der Wahlen im Sinne der Regierung herbeizuführen.

Aber man täuschte sich; die Erregung über die Heeresreform war sehr groß, den Versprechungen der Regierung glaubte man nicht. Die Opposition kehrte mit überwältigender Majorität zurück, die Vorlagen der Regierung wurden abgelehnt.

Der Konflikt war da, oder der König mußte seine Pläne aufgeben. Zunächst traten erst einmal wieder die Minister zurück. Dann wollte Roon Konzessionen machen, der eingeschüchterte König dachte an Abdankung zugunsten seines Sohnes Friedrich; die Urkunde war schon aufgesetzt.

In diesem Augenblick warf Roon in einer Unterredung mit dem König den Namen Bismarcks in die Diskussion. „Berufen Ew. Majestät Bismarck.“ Der

König kann seinen Schrecken kaum verbergen, und gibt zögernd eine Antwort, als ob vielleicht noch irgend etwas ihn retten könnte, sich in die Hände jenes Menschen zu begeben: „Er wird nicht wollen, wird es jetzt auch nicht übernehmen; er ist auch nicht da, es kann mit ihm nichts besprochen werden.“ Und wie in einem Vorstadtdrama versetzt Roon: „Er ist hier —“

Der Vorhang fällt.

Die neue Szene spielt in Babelsberg.

BLUT UND EISEN

Am 20. September war Bismarck in Berlin eingetroffen, wurde zunächst vom Kronprinzen — der natürlich sehr interessiert ist — zu einer Unterredung gebeten, Bismarck spielte den nicht Orientierten, enthielt sich jedes programmatischen Urteils und wollte sich ihm gegenüber nicht festlegen, bevor er nicht mit dem König gesprochen hatte. Bismarck behauptet, nichts von Abdankungsplänen des Königs gewußt zu haben, der sich über den Besuch beim Sohn eine bittere Äußerung der Eifersucht entschlüpfen ließ. Erst in Babelsberg erfuhr Bismarck angeblich vom König selbst, daß er sich mit Abdankungsplänen trage.

Bismarck erklärte dem König, daß er nicht nur bereit sei, ins Ministerium einzutreten, sondern auch gegen die Majorität des Landtags und seine Beschlüsse für die Militärreorganisation zu kämpfen. „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht." Da war der Beschluß zum Staatsstreich gefaßt.

Auf einem Spaziergang durch den Park gibt ihm der König ein Programm seiner Regierungspolitik zu lesen, aber Bismarck läßt sich auf keine Diskussion ein, die nur Gegensätze offenbaren und den König noch jetzt abschrecken kann, mit Bismarck zusammen-

zugehen. Er spricht nur von der augenblicklichen Lage, packt den König an der empfindsamsten Stelle: es handelt sich um *„Königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft"*, die auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei. Und um die letzten Bedenken zu zerstreuen, versichert er ihn: „In dieser Lage werde ich, *selbst wenn Ew. Majestät mir Dinge befehlen sollten, die ich nicht für richtig hielte,* Ihnen zwar diese meine Meinung offen entwickeln, aber wenn Sie auf der Ihrigen schließlich beharren, lieber mit dem Könige untergehen, als Euer Majestät im Kampf mit der Parlamentsherrschaft im Stich lassen."

Das hat dem König so imponiert, daß er sich vorbehaltlos dem Versucher auslieferte, zur Bekräftigung das Programm in Stücke riß und in eine Schlucht werfen wollte. Bismarck, immer auf dem Sprunge, erinnerte ihn daran, die Papiere mit der bekannten Handschrift könnten in sehr unrechte Hände geraten — der König fand, daß er recht hatte, steckte die Stücke in die Tasche; nach dieser Szene, die einer gewissen Komik nicht entbehrt, ernannte er Bismarck zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums.

Wilhelm hatte bedingungslos kapituliert.

Der Eintritt Bismarcks ins Ministerium wird von der öffentlichen Meinung als Herausforderung aufgenommen. Man weiß wenig von diesem Menschen, aber das Wenige genügt, um sich der kommenden Dinge zu vergewissern. Diesen Menschen empfiehlt nichts, öffentlich hervorgetreten ist er im Landtag, in Erfurt; er war der Führer der Ultrareaktionäre ge-

wesen, seine Angriffe hatte man nicht vergessen, im Lande hieß er immer noch der „tolle Junker", von seiner diplomatischen Tätigkeit wußte man nichts, immer war er in Opposition gewesen gegen alle — nie war bewiesen, daß er mit seinen Anschauungen recht gehabt hätte, Vielmehr konnte man ihn für einen Raisonneur halten. *Treitschke* nannte ihn einen flachen Junker, dessen Prahlereien auf ihn einen Eindruck machten, als ob die Gemeinheit noch durch die Lächerlichkeit überboten werden sollte. Ein Blatt der Altliberalen schrieb von einem Landedelmann von mäßiger politischer Bildung ... „Wann hätte er je einen politischen Gedanken geäußert?" Unvergessen war jene Szene, wo er als junger Mann dem aufbrausenden Landtag den Rücken zugekehrt und seine Zeitung gelesen hatte. Niemand gab diesem Menschen Kredit.

Wenige Tage später entfesselte Bismarck den ersten Sturm, als er in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses eine Programmrede hielt und plötzlich scheinbar aus der Rolle fiel: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht ... Preußen muß seine Kräfte zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch *Blut und Eisen*."

Alle waren entrüstet, selbst die eigenen Freunde hielten mit ihrem Tadel nicht zurück. Roon rügte ihn. Aber was wollten sie? Hatte man es nicht auf Schlimmeres als auf bloße Reden abgesehen? Weshalb diese Erregung, wenn sich König und Minister acht Tage vorher selbst zum Hochverrat entschlossen hatten und vor keinen Konsequenzen zurückzuschrecken dachten? Was er gesagt hatte, *war* und *blieb* sein Programm. Sein Fehler war, daß er sprach, was er dachte, und daß er eben noch im Landtag die Vorlage *vorläufig* zurückgezogen hatte, während er jetzt von „Blut und Eisen" sprach. Sie begriffen nicht, daß diese Zurücknahme nur ein schlauer Schachzug war — aufgeschoben war nicht aufgehoben.

Merkwürdigerweise erregte man sich weniger über andere Darlegungen der Rede, in denen er in konzilianter Form zu verstehen gab, daß er die Interpretation nicht teile, es sei verfassungswidrig, verweigerte Ausgaben zu machen. Das war doch eine Kriegserklärung in verschleierter Form — da setzte er doch bereits der Kammer den Revolver auf die Brust, man hielt das für juristische Spitzfindigkeiten, aber für ihn ging es um die *Macht*. Er bereitete seine neue Stellung vor, und schoß Leuchtkugeln ab, während er zugleich in die Sitzung einen Olivenzweig aus Avignon mitbrachte.

Der König war noch am meisten erschrocken. Frage, wie er sich die Lösung der Krise eigentlich gedacht haben mag? Als der Plan entworfen wurde, schien er entschlossen. Als der Marsch begann, überfiel ihn das Fieber. Bismarck kannte ihn, er sagt dem

König sehr höflich nach, er sei ein vorsichtiger Mensch gewesen und scheue vor gewaltsamen Mitteln, mißtrauisch gegen ihn selbst und seine Absichten.

Als Bismarck seine Rede gehalten hatte, war der König nicht in Berlin. Die Wirkung der Rede schien selbst Bismarck zu verblüffen, er sah die Situation gefährdet und bangte, der König könnte umfallen.

So fuhr er ihm bis Jüterbog entgegen, Wilhelm zu bearbeiten, bevor er die Zeitungen las.

Auf einem Schubkarren im Dunkeln erwartete Bismarck in Jüterbog den Zug, in dem der König von Baden-Baden kam. Wilhelm saß allein in einem Abteil I. Klasse, war tief bedrückt und unterbrach die Ausführungen Bismarcks mit den Worten: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles enden wird. Da, vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen, und etwas später mir."

Er schwieg.

„Et après, Sire?"

„Ja, après, dann sind wir tot!"

„Ja, dann sind wir tot, aber sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen? . . . Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs, und Eure Majestät, indem Sie ihre Königlichen Rechte von Gottes Gnaden mit dem eigenen Blute besiegeln . . ."

Der König hatte an Karl I., Ludwig XVI. gedacht, Augusta hatte ihm diesen Gedanken in Baden inspiriert. Bismarck erriet seinen Gedankengang und machte Ludwig XVI. verächtlich, der eine schwächliche

Gemütsverfassung gehabt habe und kein gutes Bild in der Geschichte mache. Aber Karl I. habe für sein Recht das Schwert gezogen, die Schlacht verloren und ungebeugt seine königliche Gesinnung mit dem Blute bekräftigt.

„Eure Majestät sind in der Notwendigkeit zu fechten, Sie können nicht kapitulieren, Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten." Der König faßte allmählich wieder Mut, Bismarck hatte ihn beim Portepee gefaßt und zu ihm wie zu einem Offizier auf dem Schlachtfeld gesprochen — dafür war der König empfänglich, hier war seine Achillesferse. Mit kaum hörbarer Ironie schreibt Bismarck, der König habe jenen Offizierstyp repräsentiert, der die Kritik des Vorgesetzten oder der Welt mehr als den Tod fürchte.

So stieß er den Wankenden immer aufs neue vorwärts, noch einmal hatte der König gewagt, auszubrechen, noch einmal hielt ihn Bismarck fest, diesmal am Portepee, und schleifte ihn weiter, erbarmungslos und berechnend zugleich, kalt und zynisch, ein Meister der Psychologie. Kurz vor Berlin hatte er den König dahin gebracht, daß er fast in eine fröhliche und kampflustige Stimmung gekommen war. Die Minister und Beamten am Bahnhof erkannten, daß Bismarck gesiegt hatte.

Aber zweifellos ist nie der deutschen Bourgeoisie ein größeres Kompliment gemacht worden; Wilhelm kannte sie schlecht, wenn er sie für fähig hielt, ihm den Kopf abschlagen zu wollen. Bismarck allerdings hielt solche Vorstellungen für phantastisch, aber er

war schlau genug, dem König seine Meinung zu verhehlen.

Am 8. Oktober war Bismarck zum Ministerpräsidenten und Außenminister ernannt worden, fünf Tage später schloß er den Landtag mit der Erklärung, die Regierung sei genötigt, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage zu führen.

AUSSPRECHEN, WAS IST

Was nun?

Die Kammer wird vertagt. Die Krone erklärt sich für genötigt, ohne Sanktionierung des Etats durch die Kammer weiter zu regieren; ja, Bismarck braucht nachdrücklich das Wort „*genötigt*" — er, der die Verfassung mit Füßen tritt, spielt den Vergewaltigten. Man hat *ihn* gezwungen, *nicht er* die andern, die sich schon auf Lücken in der Verfassung beriefen, jammerten, das Recht sei verletzt, und im selben Augenblick mit derselben Regierung über andere Vorlagen Verhandlungen führten, sich vielleicht noch gar brüsteten, daß sie den Junker gezwungen hätten. Tabu blieb der eigentliche Konfliktskomplex. Die Regierung aber ging an ihr Werk, die Armee wurde reorganisiert, die Gelder, die nicht bewilligt waren, verwendet — und die Kammer begnügte sich mit Protesten, schüttelte derselben Regierung die Hand, von der sie zuvor geprügelt war.

„Was nun?" fragte *Lassalle* wenige Wochen nach der Vertagung des Landtags in einer Versammlung des fortschrittlich-liberalen Bezirksvereins Alt-Kölln die Zuhörer. Wenige Monate zuvor hatte er in denselben Kreisen den Vortrag über *Verfassungswesen* gehalten, in dem er in klassischer Weise das Verhältnis von Macht und Recht formuliert hatte: „Diese

Verfassung liegt in ihren letzten Zügen, sie ist schon so gut wie tot, einige Jahre noch, und sie existiert nicht mehr. Die Gründe sind einfach. Wenn eine geschriebene Verfassung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, da wird dieser Schrei *nie* ausgestoßen werden. Einer *solchen* Verfassung bleibt jeder von selbst drei Schritte vom Leibe und hütet sich, ihr nahezutreten. Mit einer solchen Verfassung fällt es keinem Menschen ein, anzubinden; er würde andernfalls sehr schlecht wegkommen. Wo die geschriebene Verfassung den realen, beträchtlichen Machtverhältnissen entspricht, da wird die Erscheinung gar nicht vorkommen können, daß eine Partei ihren besonderen Feldruf aus dem Festhalten an der Verfassung macht. Wo dieser Ruf ausgestoßen wird, ist dies ein sicheres und untrügliches Zeichen, daß er ein Angstruf ist; mit anderen Worten: daß in der geschriebenen Verfassung immer noch etwas ist, was der *wirklichen* Verfassung, dem tatsächlichen Machtverhältnisse, *widerspricht*. Und wo dieser Widerspruch einmal da ist, da ist die *geschriebene* Verfassung — kein Gott und kein Schreien kann hier helfen — immer unrettbar verloren! Sie kann auf entgegengesetzte Weise abgeändert werden, nach rechts oder links hin, aber bleiben kann sie nicht."

Das aber wollten gerade die Fortschrittler — diese durchlöcherte, zerfetzte Verfassung *sollte* bleiben, dies zerrissene Papier schwenkten sie vor der Nase des Herrn von Bismarck, der sich den Teufel darum scherte, als er im September zur Macht kam und für eine Machtfrage erklärte, was seinen Gegnern eine

Rechtfrage schien, weil sie sich bewußt waren, kämpfen zu müssen, wenn *sie* den Schein des Rechts preisgaben.

Lassalle hat als einziger in Berlin die wahre Situation nicht nur erkannt, sondern auch ausgesprochen, was ist — und die Folgerungen gezogen. Noch ist es sein Glaube, die Fortschrittler mitreißen zu können, in eine Position einrücken zu lassen, von der aus man Bismarck bekämpfen kann. Aber er wird, ein Führer ohne Soldaten, dastehen gegenüber einem Führer, der eine Armee hinter sich hat, und er wird einmal gezwungen werden, sich nach andern Bundesgenossen umzusehen, aber ein anderes Mal die Geduld verlieren, und Wege gehen, die er nicht hätte beschreiten sollen.

Als Lassalle seine Hörer fragte: „Was nun?", erhielt er von ihnen selbst keine Antwort, und sagte ihnen, Bismarck befolge nur von seiner Seite her, in seinem Interesse die Maxime, die er, Lassalle, in seiner April-Rede verkündet habe. Bismarck bestreitet gar nicht das Recht der Kammer, dem Staatshaushalt die Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern, er sagt nur, Rechtsfragen würden allmählich durch die staatsrechtliche Praxis erledigt werden; dies Recht aber steht nur auf dem Blatt Papier, und unter staatsrechtlicher Praxis ist nichts anderes zu verstehen, als der Druck der realen, tatsächlichen Machtverhältnisse der organisierten Macht, Heer, Finanzen, Gericht — sie stehen ihm — dem Herrn von Bismarck — zur Verfügung, sie sind in letzter Instanz entscheidend. Und wenn Bismarck diesmal seine

Macht durchgesetzt hat, wird er den Versuch später wiederholen, und wenn man ihm Vorhaltungen macht, beruft er sich 1866, 1870 auf den Präzedenzfall des Jahres 1862.

Das *Herrenhaus* hatte ein Votum abgegeben, das den vom Landtag verworfenen Staatshaushalt genehmigt — das war ein *Verfassungsbruch des Herrenhauses,* die Regierung setzt die Militärreorganisation trotz den Beschlüssen des Landtags fort — das ist wieder ein Verfassungsbruch. Kann man noch davon reden, daß die Verfassung besteht? Sie existiert nicht mehr. Für Lassalle lautet aber die Frage nicht, wie ist *dieser* Verfassung zur dauernden Fortexistenz zu verhelfen? Man kann einem Leichnam durch Galvanisierung nur zu einem Scheinleben verhelfen, die Frage heißt vielmehr, wie *setzt das Volk sein Recht durch?*

Lassalle lehnt das Mittel der *Steuerverweigerung* ab, es ist nur wirksam in den Händen eines Volkes, das bereits die realen Machtmittel der organisierten Macht auf seiner Seite hat, das bereits *in* der Festung ist, aber dies Mittel ist unwirksam für ein Volk, das eine bloß geschriebene Verfassung hat und die Festung der realen Machtmittel erst erobern will. An einen *Aufstand* denkt Lassalle nicht, er hält ihn unter den *jetzigen* Umständen für unmöglich, ein solcher Versuch würde nur der Regierung den Sieg in die Hände spielen. Was aber soll geschehen? *Die Kammer muß aussprechen, was ist!* Der Absolutismus kann infolge der völlig veränderten Produktionsverhältnisse nicht weiterexistieren wie bisher, er kann sich

gegenüber der stark emporgewachsenen Bourgeoisie nicht auf die alte Weise behaupten, aber er will fortexistieren und dazu bedient er sich einer Kulisse — bedient er sich des Scheinkonstitutionalismus. Lassalle erinnert an Talleyrands Wort: „Man kann alles machen mit den Bajonetten, nur nicht sich darauf setzen", das weiß der Absolutismus in seiner gegenwärtigen Lage, deshalb greift er selbst gar nicht mehr zum Mittel der bloßen Gewalt, sondern zu andern Auswegen: er erläßt eine Verfassung, in welcher er die Rechte des Volkes und seiner Vertreter auf ein winziges und von keiner einzigen reellen Garantie gesichertes Minimum reduziert. . . Jeden Versuch der Abgeordneten, den Willen des Volkes gegen die Regierung zur Geltung zu bringen, brandmarkt er unter dem Namen „parlamentarisches" Regime! als ob nicht in der Tat im parlamentarischen Regime *nur* in ihm das Wesen einer jeden wahrhaft konstitutionellen Regierung bestände. Aber diese konstitutionellen Formen, mit denen sich der Absolutismus zum Schein umgeben hat, verlängern sein Leben, sichern ihm neue Vorteile. „Diese Täuschung beschwichtigt den Kampf, lähmt und stumpft ihn ab, macht Massen des Volkes teils zufrieden, teils gleichgültig und indifferent. . . . Der Scheinkonstitutionalismus ist durchaus nicht eine Errungenschaft des Volkes, sondern im Gegenteil nur eine Errungenschaft des Absolutismus und die erheblichste Verlängerung seiner Lebensdauer." Einem solchen System liegt daran, sich zu verhüllen, es spricht aus, was *nicht* ist, es erklärt den Staat, der ein absoluter ist, für einen konstitutio-

nellen, aber er besteht in der Lüge! Die *Kammer muß aussprechen, was ist*, sie muß eine präzise Haltung einnehmen, muß beschließen, die Sitzung auf unbestimmte Zeit zu vertagen und so lange aussetzen, bis die Regierung den Nachweis antritt, daß die verweigerten Ausgaben nicht länger fortgesetzt werden. Gibt die Regierung nach, hat die Konstitution gesiegt, gibt sie nicht nach, so muß sie als nackte absolute Regierung regieren. Und das kann sie nicht — bei der kräftigen Bourgeoisie, bei der äußeren Lage, denn sie wäre schwach und könnte nicht *einen* Entschluß durchführen. Die Bourgeoisie würde in einen latenten, unausgesetzt wühlenden Kampf gegen die Regierung gerissen, die gesamte Gesellschaft wäre eine organisierte Verschwörung gegen die Regierung, die fortan nichts anderes mehr zu tun hätte, als Astrologie zu treiben, um die bestimmte Stunde ihres Untergangs am Sternenhimmel zu lesen.

Aber Lassalle, der in diesem Vortrag rein bürgerliche Forderungen stellte, gelang es nicht, die Fortschrittspartei zu gewinnen, sein Antrag auf Vertagung der Kammer bis zur Kapitulation der Regierung, wurde von einem einzigen Fortschrittler im Januar 1863 im Landtag eingebracht und fand nur die eine einzige Stimme des Antragstellers selbst. Die Fortschrittler wollten nicht kämpfen. Ihre Presse fiel über Lassalle her und glaubte seine Darlegungen zerfetzen zu können, die Abgeordneten rannten herum und warfen Lassalle sogar vor, er paktiere mit Bismarck, provoziere ihn, verfolge die gleichen Grundsätze. Was diese Menschen fürchteten, war die *neue*

Kraft, die immer stärker anwuchs — der Kampf für den Parlamentarismus, der Kampf gegen den Scheinkonstitutionalismus war nur zu führen, wenn man das allgemeine Stimmrecht zur Forderung erhob, aber gerade das war doch durch den Staatsstreich vom 9. November 1848 wieder beseitigt worden, und die Bourgeoisie wollte nichts davon wissen, denn sie hatte bei ihrer wirtschaftlichen Stärke *nichts* von der Krone, aber alles vom *Proletariat* zu fürchten, sobald es erst politische Rechte besaß. Es war Furcht, wenn diese Klasse der Entscheidung auswich, und es ist ein Gipfel der Komik, wenn ihre Vertreter gerade Lassalle der Feigheit ziehen, indem sie seine Forderung auf Vertagung für nutzlose, passive Resistenz erklärten. Es ist dann alles, alles so geschehen, wie Lassalle es zum Schluß seiner Rede verkündet hatte: die Regierung kümmerte sich den Teufel um die erneuten Verweigerungen der Kammer, die Gelder zu bewilligen, sie machte sich zum Komplizen der Regierung, indem sie weitertagte, ihre Beschlüsse der Mißachtung preisgab und der Regierung erlaubte, die Komödie des Scheinkonstitutionalismus weiterzuspielen.

Es war das letzte Mal in der deutschen Geschichte, daß sich der Bourgeoisie die Gelegenheit bot, die Macht zu erobern. Sie schlug sich nicht, sie erkannte nicht einmal ihre Chance, sondern war nur von Furcht erfüllt, ja, sie ließ sich treten. Für Lassalle aber bedeutete diese Entwicklung die endgültige Trennung von der Bourgeoisie. Für das Proletariat war die Stunde gekommen, als selbständig han-

delnde Klasse auf den Schauplatz der deutschen Geschichte zu treten; es übernahm die Rolle, die die Bourgeoisie zitternd und zagend wegwarf. In denselben Tagen, da Lassalle seinen letzten Appell an die Bourgeoisie richtete, wurde der Arbeiterkongreß in Leipzig vorbereitet. Am 23. Mai 1863 erfolgte die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Bismarck aber behandelte die Bourgeoisie, wie sie es nach ihrem Auftreten verdiente. Innerhalb von wenigen Monaten entfesselte er den Kampf auf der ganzen Linie: der Landtag wurde geschlossen, die Presse nicht nur durch Prozesse drangsaliert, sondern auch unter Aufsicht der Regierung gestellt; es erschienen schärfste Ukase, die jede Pressefreiheit illusorisch machten. Der Beamtenkörper wurde gesäubert, sämtliche Beamte, die politisch verdächtig schienen, mußten gehen, bei Beförderungen wurde die Gesinnung geprüft; wer nicht parierte, flog oder erhielt keine Gehaltszulage. Landwehroffiziere wurden verabschiedet. Die Richter mußten Recht sprechen, wie Bismarck es verlangte; politische Prozesse häuften sich wie nie zuvor. Innerhalb von vier Jahren sind nach Angaben Delbrücks tausend Beamte strafversetzt oder zur Disposition gestellt worden. Als Neuwahlen vorgenommen wurden, die übrigens für die Regierung ungünstig ausfielen, ließ Bismarck jedes Mittel der amtlichen Beeinflussung zu. Eine eiserne Faust lastete auf Preußen, aber die Bourgeoisie hatte es mit ihrem Kompromiß nicht anders gewollt. Vergeblich hatte Lassalle ihr zugerufen:

„Kein neues Kompromiß, sondern den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust!“

In solcher Haltung aber sah man Bismarck. Und unter solchen Umständen vollzog sich die Geburt der deutschen Arbeiterpartei.

Die elende Haltung der Fortschrittspartei trieb die proletarischen Mitglieder und Wähler aus der Partei hinaus. Zwangsläufig vollzog sich in kurzer Zeit die Konstituierung einer neuen Partei.

DER KNABE ABSALOM

Der Erlaß der Pressegesetze, die sich bald in Verboten und Verwarnungen oppositioneller Blätter auswirkten, provozierte den ersten Konflikt Bismarcks mit dem Kronprinzen Friedrich. Wenige Tage nach Bekanntgabe der Ordonnanzen erklärte der Kronprinz anläßlich eines Besuches der Provinz Westpreußen in einer öffentlichen Rede zu Danzig beim Empfang durch die Stadt, daß er an den jüngsten Anordnungen nicht mitgewirkt habe; er gab seine Mißbilligung unverhohlen zu verstehen und sprach vom Zerwürfnis zwischen Regierung und Volk.

Die Presse nahm diese Äußerungen freudig auf, der Konflikt zwischen Krone und Kammer schien zu einer Spaltung innerhalb der königlichen Familie selbst zu führen. Der Familienkonflikt aber war zugleich für die Bourgeoisie eine Gelegenheit, zu beteuern, daß sie ja gar nicht gegen die Krone überhaupt sei.

Der Kronprinz sandte ein Protestschreiben gegen die Pressegesetze an Bismarck selbst und stellte in einem Schreiben an den König anheim, von allen Ämtern entbunden zu werden. Darauf antwortete Bismarck zuerst überhaupt nicht.

Niemand aber war erregter über diesen Schritt als der König selbst; kann sein, daß sein Gewissen ihn

beunruhigte, kann sein, daß er erbittert sah, in welche Lage ihn die Politik Bismarcks brachte, kann sein, daß er sich vor den Angriff der eigenen Frau fürchtete, die Bismarcks Methoden verabscheute. Der König war Soldat und fühlte soldatisch, die Eskapade des Kronprinzen mag ihm vor allem als Ausdruck militärischer Subordination getroffen haben. Der alte Konflikt zwischen Herrscher und Sohn schien wieder auszubrechen; der König war 66 Jahre alt und gerade grippekrank, jeden Augenblick konnte ein Regierungswechsel eintreten, der Kronprinz, mit der Stimmung im Lande vertraut, wollte nicht teilhaben an der Unpopularität, die nun einmal Krone und Regierung genossen. Er wollte nicht eine Erbschaft antreten, die ihm teuer zu stehen kommen konnte. Und wer garantierte ihm, daß es nicht zu einem Konflikt zwischen Krone und Volk käme, der mit der Ausrufung der Republik endete?! Solche Gedanken waren in jenen Kreisen heimisch, man fürchtete gerade in den Kreisen des Kronprinzen längst für Wilhelm das Ende Karls I. und Ludwigs XVI.

Wilhelm war entschlossen, öffentlich gegen den Sohn vorzugehen, er muß daran gedacht haben, einen zweiten Fall „Küstrin" zu schaffen; über eine Einsperrung oder Verbannung wurde bestimmt zwischen Wilhelm und Bismarck debattiert. Aber Bismarck, der zunächst ein Schreiben Friedrichs unbeantwortet ließ, spätere Schreiben mit höhnischen Randbemerkungen versah, wollte nicht nur keinen Märtyrer schaffen, sondern vor allem den Ausbruch eines offenen Konfliktes innerhalb des Königlichen

Hauses um jeden Preis vermeiden. Keine Rede kann davon sein, daß er sich nur von royalistischen Gefühlen bestimmen ließ, sondern er wollte vielmehr keinen Gegner im Rücken haben; er wußte, daß er in diesem großen Konflikt mit der Kammer ganz allein stand, wer garantierte ihm, daß der König durchhielt? So redete er dem König zu, nichts zu unternehmen — im beiderseitigen Interesse — „Verfahren Sie säuberlich mit dem Knaben Absalom! ... Vermeiden Ew. Majestät jeden Entschluß ab irato, nur die Staatsraison kann maßgebend sein" — er erinnerte an die Sympathien, die der junge Friedrich genossen hatte, als man ihn in Küstrin einsperrte; der König gab nach.

Aber wenige Tage später wurde in den „Times" eine Darstellung der Auseinandersetzung gegeben, in der von einem „eigenwilligen Souverän und einem verderblichen Kabinett" die Rede war. Wer diesen Artikel lanciert hat, ist unbekannt geblieben; gewiß stammte er von einem der Freunde des kronprinzlichen Hauses. Aber die Folge war, daß Bismarck das Kronprinzenpaar und seinen Kreis bespitzeln ließ; ein Brief Bismarcks an Roon enthält den Auftrag, auch durch Militärs den Kronprinzen zu überwachen. Die Kronprinzessin schrieb voller Empörung an ihre Mutter: „Wir sind von Spionen umgeben, die alle unsere Schritte beobachten, sie sogleich nach Berlin berichten und natürlich in einem Sinne, um alles, was wir auch tun, schachmatt zu setzen."

Einige Monate später kam es zu einer Unterredung zwischen Bismarck und dem Kronprinzen —

es war schon eher ein Wortwechsel, der Kronprinz, der von Bismarck angeredet wurde, argwöhnte, Bismarck wolle den Übergang in seine Dienste anbahnen. Noch nach dreißig Jahren erinnerte sich Bismarck des „feindlichen Ausdrucks olympischer Hoheit .... ich sehe noch heute den zurückgeworfenen Kopf, das gerötete Gesicht und den Blick über die linke Schulter vor mir".

Bismarck versicherte den Prinzen seiner Loyalität, stellte die Dinge so dar, als hätte er ihm einen Dienst erwiesen, und um alle Vermutungen zu ersticken, erklärte er, niemals würde er sein Minister werden. Und wie der Kronprinz leicht aufbrauste, rasch wieder weich wurde — vor allem wenn seine Gattin nicht hinter ihm stand, wich plötzlich die starre Haltung, das Gespräch schloß mit freundlichen Worten. Aber der Gegensatz blieb nur scheinbar überbrückt. Als das Kronprinzenpaar sich auf eine militärische Inspektionsreise begab, fand nirgends eine Begrüßung durch die städtischen Behörden statt. Die Überwachung durch Bismarcks Kreaturen wurde aufrechterhalten, und schließlich begab sich das Paar auf Reisen ins Ausland.

DIE NEUE KRAFT

Es ist ein Irrtum zu glauben, Bismarck hätte die Bourgeoisie vernichten wollen. Einen so unsinnigen Gedanken hat Bismarck nie gehabt, er war kein Illusionist, sondern ein kalter berechnender Realist, er war sich kaum wie Lassalle so klar über die Rolle, die der Scheinkonstitutionalismus spielte, theoretische Erwägungen lagen ihm immer fern, man kann sogar bedenkenlos die Behauptung wagen, daß ihm das tiefere Verständnis für die wahren Kräfte, für die bewegenden Ideen einer Zeit in allen Perioden seiner politischen Tätigkeit gefehlt hat. Die Klassenstruktur, die Kräfte, die gegeneinander gesetzmäßig wirken mußten, hat er nie begriffen, man findet nirgends eine Spur von Verständnis für solche Fragen. Er war im eigentlichen Sinne ein Oberflächenmensch, seine politische Mission betrieb er wie ein Händler, nur mit dem Unterschied, daß er eine bewaffnete Macht, einen bureaukratischen Apparat zur Verfügung hatte, den er in Tätigkeit treten ließ, sobald seine andern Methoden versagten. Er schob und prellte, spielte seine Gegner aus, erkannte ihre Schwächen und trampelte auf ihren Rechten herum, sobald er wußte oder folgerte, daß ihm nichts geschehen würde. Seine Menschenverachtung, eine Eigenschaft, die der Junker vom Lande infolge seiner Machtposition mit-

gebracht hatte, duldete keine Bewunderung, aber sie duldete auch jede Mißhandlung. Er war vom Machtwahn besessen, und weil er in eine Zeit kam, da der Widerstand der einzigen Klasse erlahmte, die noch als Gegner auftreten konnte, machte ihn der Erfolg sicher. Er hatte in den Jahren seines Aufstiegs keinen Gegner — daher rührte sein Erfolg, deshalb schritt er von Erfolg zu Erfolg.

Als das junge Proletariat anrückte, ist Bismarck nicht einen Augenblick der Gedanke gekommen, daß sich hier eines der wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte vollzog. Man soll sich keinen Täuschungen hingeben — nicht der Eintritt Bismarcks ins Ministerium ist das wichtigste Ereignis der preußischen und deutschen Geschichte in den Jahren 1862 bis 1914, sondern die Gründung des Deutschen Arbeitervereins — da erscheint die neue Kraft organisiert auf der politischen Bühne.

Wer war denn dieser Junker? wer stand denn hinter ihm? wer war denn dieser schlaue Diplomat, der keine Idee besaß, die nicht schon vorher irgend jemand gehabt hätte — wer war denn dieser Schüler Bonapartes und Gortschakows, der ganz isoliert dastand und im Verlauf seiner ganzen politischen Tätigkeit sich entweder als Jongleur oder als Gewaltmensch entpuppte? Er fand alles vor.

Wo ist die Klasse, die als *vorwärts*treibende Kraft ihn an die Rampe der Geschichte stellte? Er war ein Junker, ein Mitglied einer Klasse, die längst keine andere Mission hatte als ihre Privilegien zu sichern. Er war kein Bourgeois, aber er hatte längst schon

selbst erkannt, daß diese Bourgeoisie nur nach Sicherungen schrie und keiner politischen Aktion mehr fähig war. Natürlich, daß er die Bourgeoisie nicht zerschmettern wollte — er konnte es nicht; selbst wenn er es gewollt hätte, hätte er den Ast abgesägt, auf dem er selbst saß. Aber diese Bourgeoisie mußte zu Zugeständnissen gezwungen werden, damit die Krone, der Absolutismus weiterexistieren konnten.

Es war keine sehr originelle Idee, daß Bismarck nun diese Bourgeoisie gewissermaßen zwischen die Zange zu nehmen und zu zwicken suchte. Gott, er hat auch diese Methode nicht einmal erfunden, auch sie hatte Napoleon zuerst ausprobiert. 1848 war das allgemeine Stimmrecht eben noch eine revolutionäre Forderung gewesen, man hatte sie in Preußen widerwillig voller Angst erfüllt. Das *„Tagelöhnerparlament"* hatten Bismarck und sein irrer König die Nationalversammlung genannt. Die Bourgeoisie hatte politisch abgedankt. Was war noch von ihr zu fürchten? Sie wollte jetzt nicht einmal mehr das allgemeine Wahlrecht haben, weil ihr selbst vor den Tagelöhnern graute.

Napoleon hatte gezeigt, daß man mit diesem Stimmrecht etwas erreichen konnte. Die junge proletarische Bewegung forderte das Stimmrecht. Wenn man es nun bewilligte? Was war schon von diesem Proletariat zu fürchten? Ein solcher Mensch wie Bismarck dachte nur daran, daß es Möglichkeiten gab, Wahlen zu machen, zu beeinflussen, er glaubte, leicht mit diesen Proletariern fertig zu werden, denn das Industrieproletariat kannte er überhaupt nicht;

und vor dem Landproletariat hatte er die geringste Achtung, seine Bauern in Schönhausen, auf Kniephof waren 48 hinter ihm dreingelaufen, noch einmal muß man sein eigenes Geständnis wiederholen: „Die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet, und es ist vielmehr ein Fehler meines Auges, daß es schärfer für Schwächen als für Vorzüge ist." So konnte es geschehen, daß er durch seine Kreaturen verbreiten ließ, er trüge sich mit dem Gedanken, das allgemeine Stimmrecht zu bewilligen. Das war als Einschüchterungsversuch gedacht und hat seinen Zweck nicht verfehlt. Die Bourgeoisie geriet in große Unruhe und fühlte sich erst recht verpflichtet, den Junker in der Kammer nicht zu reizen.

Bismarck ging einen Schritt weiter und suchte die Verbindung mit der neuen Kraft. Von Lassalle mag er gewiß zeitig gehört haben; es ist unbekannt, ob die Polizei ihm die Ausführungen Lassalles in der Rede „Was nun?" übermittelt hat. Gustav Meyer neigt zur Annahme, Bismarck sei unterrichtet worden. Gewiß ist, daß Bismarck die Initiative ergriff, um Lassalle kennenzulernen. Es kam zu einer Reihe von Unterredungen, ihre Zahl steht nicht fest; man weiß auch nicht, wann die Beziehungen endgültig abgebrochen wurden. Aber daß diese Unterredungen, so ergebnislos sie verlaufen sind, von großer Wichtigkeit für die Arbeiterbewegung sind, wird niemand bestreiten. *Es war ein Verhängnis, daß Lassalle zu Bismarck ging und sich sogar zu Vorschlägen verleiten ließ, obwohl er selbst von Bismarck gerufen*

war. Unzweifelhaft hat Lassalle verschuldet, daß Bismarcks Haltung einen noch mehr herausfordernden Charakter annahm.

Beide hatten einen gemeinsamen Feind: die Fortschrittspartei, die Vertreterin der Bourgeoisie. Aber beide waren selbst wieder die Vertreter zweier Klassen, die sich als Todfeinde gegenüberstanden. Eben noch hatte Lassalle selbst die Beziehungen zwischen Bourgeoisie und Absolutismus erklärt; alle Folgen, von denen er in seiner Rede warnend gesprochen hatte, falls sich die Bourgeoisie unterwerfe, waren eingetreten. Was war für das Proletariat, das Lassalle zu vertreten glaubte, im Bunde mit der Krone zu gewinnen, selbst wenn es möglich gewesen wäre eine soziale Monarchie, ein soziales Volkskönigtum zu schaffen, wie Lassalle Bismarck gegenüber äußerte? Da war das Beispiel, das Bonaparte gegeben hatte, da war das Bündnis zwischen Cavour und Garibaldi, das so unheilvolle Früchte gezeitigt hatte! Die kürzlich aufgefundenen Briefe Lassalles an Bismarck lassen keinen Zweifel an der Tatsache, daß Bismarck den Arbeiterführer rufen ließ, aber daß auch Lassalle der aktivere, fordernde Partner in diesen Debatten war, die für Bismarck nur sehr anregend waren, an die er gern zurückdachte. Aber daß die Tatsache der Möglichkeit eines Paktes zwischen Krone und Proletariat geschaffen wurde, ist verhängnisvoll für den ganzen Verlauf der Arbeiterbewegung geworden.

In einer der letzten Unterredungen hat Bismarck Lassalle gegenüber geäußert, das allgemeine Stimm-

recht würde innerhalb einer gewissen Zeit oktroyiert werden. Die Absicht Bismarcks war natürlich, die Angriffe Lassalles, die proletarische Bewegung überhaupt gegen die Bourgeoisie zu lenken, den Vorstoß gegen die Krone, gegen den Absolutismus, der sich unter einer Larve verbarg, zu parieren. Schließlich hat Lassalle Bismarck förmlich gedrängt, das Wahlrecht zu oktroyieren, er wollte also von Bismarck als Geschenk haben, was im Kampfe erzwungen werden sollte. Diese letzten Diskussionen sind die peinlichsten der ganzen Beziehungen der beiden Männer. Das Ende war, wie Lassalle es verdient hat: als der dänische Krieg ausbrach und Bismarck die Aufmerksamkeit von den inneren auf die äußeren Verhältnisse ablenken konnte, brach er mit einemmal die Beziehungen ab — am Ende war Lassalle derjenige, der hinter Bismarck dreinlief; das Kirschenessen mit dem Teufel ist Lassalle am schlechtesten bekommen.

Der Verlauf der Beziehungen hat sich echt bismärckisch gestaltet — zuerst suchte er den Gegner, dann entlockte er ihm seine Forderungen und Wünsche, untersuchte sie nur auf ihren Wert für sich, konstatierte, daß sie keine Bedeutung für ihn hatten, dann ließ er sich umwerben, spielte das Motiv „spröde", und wenn sich der Partner genug blamiert hatte, sogar aufdringlich wurde, setzte ihm Bismarck den Stuhl vor die Tür. In Bismarcks Leben stellt die Lassalle-Begegnung eine Episode dar, für die Arbeiterbewegung ist sie eine furchtbar ernste Mahnung. Man muß eine Äußerung von Engels

zitieren, die sich in einem Briefe vom 27. Januar 1865 findet: „Lassalle entpuppte sich nach und nach doch als ein ganz kommuner Schuft. . . . Wir sind nie davon ausgegangen, die Leute zu beurteilen nach dem, was sie sich vorstellten, sondern nach dem, was sie waren, und ich sehe nicht ein, warum wir bei Lassalle eine Ausnahme machen sollen. Subjektiv mag seine Eitelkeit ihm die Sache plausibel vorgestellt haben, objektiv war es eine Schufterei, ein Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen. Dabei scheint der dumme Geck sich von Bismarck aber auch gar keine Gegenleistung, gar nichts Bestimmtes, geschweige Garantien ausbedungen zu haben, sich bloß darauf verlassen zu haben, er müsse den Bismarck besch . . . ." Ein anderes Mal findet man in einem Briefe von Marx die Behauptung, Lassalle wäre wahrscheinlich später Bismarcks Arbeitsminister geworden.

Als Lassalle vergeblich Bismarck beschwor, war er bereits ein hoffnungsloser, verzweifelter Mensch. Aber man begeht einen Fehler, wenn man seine Gänge zu Bismarck nur aus seiner Seelenverfassung heraus erklären wollte. Einer der Briefe Lassalles enthält sogar die „*Bitte*" an Bismarck, die Beschlagnahme seines Buches durch Intervention zu verhindern. Das sind nicht mehr Äußerungen einer schönen, sondern verruchten Seele. Fünfzig Jahre später werden die Erben Lassalles das Evangelium der sozialen Monarchie verkünden und dem Enkel Wilhelms I. die Kriegskredite bewilligen.

„NOCH IST POLEN NICHT VERLOREN . . .“

Bismarck war kaum vier Monate im Amte, als bereits eine europäische Krise ausbrach. Die Polen erhoben sich gegen ihre Unterdrücker und versuchten ihre politische Selbständigkeit mit den Waffen in der Hand zu erkämpfen. Seit der blutigen Unterwerfung des polnischen Aufstandes im Jahre 1831 hatte in Polen ein brutales Regiment der Statthalter des Zaren geherrscht, unter Alexander II. war zeitweilig infolge der Niederlage im Krimkrieg und der revolutionären Gärung eine gewisse Milderung eingetreten, aber Alexander war ein schwankender Mensch und verfuhr nach der Methode „Zuckerbrot und Peitsche“. Als man durch das Gesetz der Aufhebung der Leibeigenschaft ein gewisses Ventil geschaffen hatte und die Lage für gesichert ansah, die militärischen Folgen des Krimkrieges für überwunden galten, schritt man zu neuen Gewaltakten in Polen. Natürlich waren die Erfolge Garibaldis nicht ohne Einfluß auf die polnische Stimmung geblieben; unter den Kleinbürgern Polens, die vor allem unter der russischen Herrschaft zu leiden hatten, war der Glaube verbreitet, Napoleon III. würde ihre Unabhängigkeitsbestrebungen fördern, er galt als Förde-

rer der nationalen Freiheitsbestrebungen, die Napoleonischen Traditionen waren in Polen noch lebendig, der Kaiser hatte doch das Herzogtum Warschau gegründet und Polen wieder auferstehen lassen; vergessen war, wie es unter diesem Regiment herging, nicht vergessen war Polens Auferstehung.

Eine Zwangsaushebung von Rekruten wurde Anlaß zur Erhebung. Im ganzen Lande brachen Aufstände los. Die schlecht bewaffneten, irregulären Korps behaupteten sich tapfer gegen die Armee des Zaren. Als der Aufstand niedergeworfen war, schickte Alexander einen Henker nach Warschau, *Murawjew*, der ein grauenvolles Strafgericht abhielt.

Die Kämpfe waren langwierig gewesen, Pokrowski meint, die Offiziere des Zaren hätten den Krieg absichtlich in die Länge gezogen, weil es nicht nur Ruhm, sondern vor allem Auszeichnungen, Beförderungen zu ernten gab. Die Erhebung versetzte ganz Europa in Bewegung, die revolutionären Organisationen unterstützten die Aufständischen, damals versuchte *Bakunin*, der nach seiner Flucht aus Sibirien in Stockholm angelangt war, vergeblich nach Polen zu gelangen. Marx und Engels begrüßten die Erhebung. Im Februar 1863 fragte Marx in einem Briefe: „Was sagt Du zu der Polengeschichte? Soviel ist sicher, die Ära der Revolution ist nun wieder ziemlich in Europa eröffnet. . . . Die Preußen werden ihr Russentum nicht verleugnen. . . " — Wenige Tage später konnte Marx schon die preußische Intervention konstatieren, und Engels schrieb am selben Tage: „Niederträchtig wie immer benehmen sich die

Preußen. Monsieur Bismarck weiß, daß es ihm an den Kragen geht, wenn Polen und Rußland revolutioniert werden. Mit der preußischen Intervention hat es übrigens keine Eile. Solange sie nicht nötig ist, werden die Russen sie nicht zulassen, und wenn sie nötig wird, hüten sich die Preußen, zu kommen."

Engels wußte nichts von den Geheimverhandlungen Bismarcks mit Alexander, aber er hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Wenige Tage, bevor er sein Urteil fällte, hatte der General Alvensleben im Auftrage Bismarcks mit dem Zaren eine Konvention geschlossen, durch die den Aufständischen die preußische Grenze gesperrt wurde; die beiderseitigen Truppenführer hatten sich gegenseitig Hilfe zu leisten, nötigenfalls sogar die Grenze zu überschreiten, um die „Rebellen" zu verfolgen. Alvensleben hatte zu erklären, daß die Herrscher gegenüber der Revolution zwei Bundesgenossen seien, die von demselben Feind bedroht würden.

Diese Konvention, die Bismarck dem Zaren fast aufgedrungen hatte, wurde geheimgehalten, aber die Tatsachen bewiesen bald ihr Bestehen. In der Kammer forderte Bismarck den Entrüstungssturm der Opposition kalt und zynisch heraus, er verweigerte jede Auskunft über ein Abkommen. Man überschüttete ihn mit Beschimpfungen, Waldeck warf Bismarck vor, er leiste Dienste, die jedem die Schamröte ins Gesicht trieben. Twesten erklärte, die Ehre der Regierung sei nicht mehr die Ehre des Landes, der Historiker Sybel, der später der Geschichtsschreiber der Taten Bismarcks wurde, warf dem

Minister die Mitschuld an einer Menschenjagd vor, über die ganz Europa sittlich entrüstet sei, und Simson nannte Bismarck einen Seiltänzer, den man bewundere, weil er nicht falle.

Aber Bismarck hat für alle diese Kritiker, die sich zu andern Schritten nicht aufschwangen, nur Verachtung, er läßt sich nicht beirren und weist ihre Vorwürfe als Phantasien ab. Er war ganz sicher, daß seine Politik von der liberalen Bourgeoisie in Preußen keine Störung zu erwarten hatte. Als er sich entschloß, dem Zaren einen Dienst aufzudrängen, verfolgte er nur konsequent die Politik, die er in den früheren Jahren nur hatte empfehlen, aber nicht durchführen können. Die Sympathien Frankreichs für Polen, die vorübergehende Annäherung Österreichs und Frankreichs, vor allem aber die Notwendigkeit eines unterdrückten Polen im Interesse einer reaktionären preußischen Politik bestimmten ihn zur Konvention vom 8. Februar. Er wollte sich Rußland verpflichten und es zugleich zur Unnachgiebigkeit gegenüber Polen zwingen, er wußte, daß Alexander zeitweilig an Konzessionen in Polen dachte — das wäre ein schlechtes Beispiel gewesen und mußte verhindert werden. Die liberale Bewegung durfte keine Ventile erhalten. Es ist strittig, ob Bismarck oder Alexander eine engere Verbindung, ein Bündnis anstrebte. Gewiß ist, daß Gortschakow den Liebesdienst Bismarcks ungern empfing, er wollte nicht, daß Bismarck auftrumpfen konnte; Bismarck wieder scheute die engere Verbindung, weil er die Hände in Deutschland freihaben wollte und nicht für

russische Interessen den Kampf gegen Österreich führen wollte. Er wollte keinen Partner haben, sondern nur eine Macht, die den Rücken deckte. Was im Krimkrieg Theorie gewesen war, wurde nun in die Praxis übertragen, aber niemals hätte Bismarck wenige Monate nach seinem Eintritt so zielbewußt im Dienste der europäischen Reaktion auftreten können, wenn die Liberalen als ernste Gegner aufgetreten wären und Bismarck in die Enge getrieben hätten. Seine Polenpolitik war die erste Auswirkung der Niederlage der Liberalen in der Kammer. Die Seiltänzer saßen nicht oben am Ministertisch, sondern unten im Saal.

DER FÜRSTENTAG IN FRANKFURT AM MAIN

In denselben Monaten wurde die schleswig-holsteinische Frage wieder aktuell. Wenn Bismarck sich noch durch den Konflikt mit der Kammer über die Heeresreform bedrängt fühlte, jetzt war die Möglichkeit, durch große außenpolitische Taten die Aufmerksamkeit von den inneren Kämpfen abzulenken. Falsch anzunehmen, daß Bismarck auch nur einen Augenblick daran gedacht hat, anders als durch einen Krieg zum Ziele zu kommen. Er hat auf diesen Krieg wie auf die andern Kriege bewußt losgearbeitet. Die schleswig-holsteinische Frage war sogar eine populäre, zeitweilig sogar eine national-revolutionäre. Wir erinnern uns, daß Lassalle im italienischen Krieg geschrieben hatte, der Krieg um Schleswig-Holstein wäre der gerechteste und legitimste Krieg, kein kulturfeindlicher, kein nationaler Vernichtungskrieg, „Denn alle nationale Begeisterung und alles Recht befinden sich nur auf einer Seite, auf der unsrigen!“ . . „Möge die preußische Regierung diesen Nationalkrieg beginnen, schnell, ohne Zaudern, allein und aus sich selbst, ohne Bundesintriguen . . . In diesem Kriege, der ebensosehr ein Lebensinteresse des deutschen Volkes als Preußens ist, würde die deutsche Demokratie selbst Preußens Banner tragen.“

Lassalle hatte geglaubt, der Krieg für die Befreiung der nördlichen Provinzen würde die deutsche Einheitsbewegung schaffen, er hat *nie* an Annexionen, an Gewaltakte geglaubt. Bismarck aber hat von Anbeginn der Krise im Auge gehabt, die Elbherzogtümer nur für Preußen zu gewinnen, sonst sie aber Dänemark zu überlassen. Der Deutsche Bund, nicht die deutsche Nation unter Führung der Demokratie, machten sich zum Anwalt der schleswig-holsteinischen Interessen. Es begann ein Rivalitätsstreit zwischen Österreich und Preußen um die Nutznießung der Volksbewegung, die die schleswig-holsteinische Frage ausgelöst hatte. Noch einmal versuchte Österreich eine Bundesreform, Franz Joseph spielte mit dem Plan seiner Proklamierung zum deutschen Kaiser. Die Haltung der preußischen Regierung im Verfassungskonflikt und der polnischen Revolution, die schroffen Äußerungen Bismarcks über das Verhältnis zu Österreich, seine kaum verhüllten Drohungen drängten zu Schritten, bevor Preußen eine immer selbständigere Politik zu machen suchte. Aber der Überrumpelungsversuch Franz Josephs, der sich sehr rasch zu diesem Schritt entschloß, sollte mißlingen.

Im Juli weilten Wilhelm und Bismarck in Bad Gastein, auch Franz Joseph war erschienen, ein merkwürdiger Zufall wollte es, daß Bismarck versäumte, den König vor einer Unterredung mit dem Kaiser zu sprechen; Wilhelm erfuhr von Franz Joseph das Programm für die Tagung, ließ sich zur Annahme bewegen und war entschlossen, seine Zustimmung zu geben. Der König hat ursprünglich *nie* daran gedacht,

einen Krieg gegen Österreich zu führen, geschweige den brüchigen Bund aufzulösen, er ist allmählich von Bismarck auf diesen Weg gebracht worden, ja nicht einmal Bismarcks Redekünste haben ihn dazu gebracht, mit Österreich zu brechen, sondern er kapitulierte vor den Tatsachen, die Bismarck geschaffen hatte. Bismarck schuf eine solche Lage, die den König als feige und ehrlos entlarvt hätte, wenn er nicht auf Bismarcks Wegen fortschritt. Der Soldat aber fürchtete nichts so sehr als das Urteil der öffentlichen Meinung. Seine Ehrauffassung zwang ihn zur Kapitulation vor Bismarck.

Das Angebot Franz Josephs kam Wilhelm sogar im Augenblick erwünscht, er empfand als ein Mensch, der in den Tagen der „Heiligen Allianz" Mann geworden war, die Idee der fürstlichen Solidarität war fest in seinem Denken verwurzelt, der Kampf um die deutsche Einheit auf andern Wegen bedeutete für ihn die Zertrümmerung seiner alten Ideale und die Konzession an Institutionen, die er im Innersten verabscheute. Die preußisch-österreichische Allianz war für ihn ein notwendiger Bestandteil seiner ganzen politischen Vorstellungswelt. Die Königin, die ihn in diesen Tagen stark beeinflußte, war zugleich von dem Gedanken beherrscht, daß die Bundesreform unbedingt auch eine Änderung der inneren preußischen Verhältnisse herbeiführen würde. Der alte Mann wollte auf seine Heeresreform nicht verzichten, aber wollte auch zugleich den Frieden im Innern; die Frankfurter Tagung eröffnete einen Ausweg.

Dann schickte der Kaiser, als bereits ein anderer

Wind zu wehen schien, den König von Sachsen. Das war ein sehr geschickter Schachzug, wenn man Wilhelm kannte, der allen Einwänden Bismarcks zum Trotz wiederholte: „Dreißig regierende Herren und ein König als Kurier!"

In langen Stunden entspann sich ein verzweifelter Kampf zwischen König und Minister; die Taktik, die Bismarck jetzt gegenüber den Umwerbungen Franz Josephs verfolgte, erinnert an die Vorschläge Lassalles zur Lösung der Verfassungsfrage — er wollte diese Bundesreform nicht, die nur zu einer neuen Unterwerfung Preußens zu führen schien und notwendig dahin führen mußte, daß Preußen die ganze Außenpolitik Österreichs, das doch gar kein deutscher Staat war, mitmachen mußte. Er wollte nicht Preußen der Gefahr aussetzen, für Österreichs Interessen auf dem Balkan, in Italien Kriege zu führen, die Preußen an den Abgrund führen konnten; die Tage von Olmütz, die erbärmliche Politik im Krimkrieg, die schwache Position im italienischen Feldzug sollte sich nicht wiederholen. Österreich brauchte die Bundesreform zur Rückendeckung, dann hatte es die Hände frei, um wieder in Italien offensiv zu werden, sich auf dem Balkan rühren zu können. Preußen aber mit seinen schlecht gelagerten Provinzen lag zwischen den Gegnern Österreichs — zwischen Rußland und Frankreich —, und hatte die Kastanien aus dem Feuer zu holen, war zugleich in der Gefahr, seine konservative Innenpolitik zu opfern, Konzessionen an die Liberalen, an die Demokratie zu machen.

Für Bismarck gab es keine deutsche Einheit *mit* Österreich, gab es ebensowenig eine deutsche Einheit durch eine Revolution von unten her. Ob die revolutionäre Demokratie die deutsche Einheit hätte schaffen können, indem sie die ganze österreichische Monarchie einbezog, ist nicht nur fraglich. Auch sie mußte die Monarchie zertrümmern, auch sie mußte die nationale Selbständigkeit der bisher unterdrückten tschechischen, rumänischen, ukrainischen, ungarischen Bestandteile der Monarchie herstellen.

Wir wissen nicht, mit welchen Argumenten Bismarck den König umgestimmt hat, wir wissen nur, daß es ein verzweifeltes Ringen war. „Ich habe den König buchstäblich im Schweiße meines Angesichts abgebracht. . . . Er lag . . . auf dem Sofa und hatte Weinkrämpfe, und ich war, als ich ihm den Brief mit der definitiven Weigerung abgerungen hatte, so schwach und matt, daß ich mich kaum auf den Beinen halten konnte. Als ich das Zimmer verließ, taumelte ich und war so nervös, so aufgeregt, daß ich beim Zumachen der Türe zum Vorzimmer draußen die Klinke abriß. Der Adjutant vom Dienst fragte mich, ob ich unwohl sei. „Nein", erwiderte ich, „jetzt ist mir wieder wohl."

Draußen zerschmetterte Bismarck Geschirr, um sich Luft zu machen.

Der König fuhr wenige Tage später von Baden-Baden, wo dieser Kampf stattgefunden hatte, hart an Frankfurt vorbei — nach Berlin zurück. Die Fürsten in Frankfurt aber erklärten, Beschlüsse müßten einstimmig gefaßt werden; als die Öster-

reicher den Antrag stellten, auch ohne Preußen abzuschließen, wiesen die Fürsten auf neue Verhandlungen hin. Sie wollten nicht. Für sie gab es keine Option zugunsten eines der beiden Staaten, ihnen lag daran, das Schiedsamt zu übernehmen und von beiden Mächten umworben zu werden. So schloß die Tagung ergebnislos. Der letzte Versuch, eine Bundesreform auf friedlichem Wege zu schaffen, war gescheitert. Das Resultat aber war, daß in aller Kürze Österreich die Annäherung an Preußen suchte, um sich mit ihm über Schleswig-Holstein zu verständigen. Zum ersten Male lief Österreich hinter Preußen her. Es galt, die Besitznahme der Elbherzogtümer durch Preußen zu vereiteln.

„UP EWIG UNGEDEELT"

Am 15. November starb Friedrich VII. von Dänemark. Er war es gewesen, der die Frage im März 1863 erneut in den Mittelpunkt gestellt hatte, als er ein Patent erließ, das Schleswigs Einverleibung in Dänemark ankündigte. „Up ewig ungedeelt" galt nicht mehr. Der Bund hatte auf österreichischen und preußischen Antrag im Juli Dänemark aufgefordert, eine Erklärung über dieses Patent abzugeben. Auf die Absage Dänemarks hin hatte der Bund die Exekution beschlossen, Holstein sollte besetzt werden. Nach Friedrichs Tode verkündete Christian IX. die neue Verfassung, durch die Schleswig annektiert wurde, Holstein und Lauenburg in Abhängigkeit von Dänemark kommen sollten. Holstein aber beanspruchte der Prinz Friedrich von Augustenburg, der sich am 19. November als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein proklamierte. Sein Vater hatte seine Rechte für teures Geld verkauft.

Die reichlich verworrene Lage wird nicht nur durch die Berufung auf das Londoner Protokoll vom Jahre 1852 kompliziert, das die Einheit der Provinzen festgestellt hatte, sondern vor allem auch durch die Politik Bismarcks, der seine Ziele zu verschleiern suchte und je nach Umständen und Per-

spektiven seine Pläne änderte. Seine wahre Absicht enthüllte er im Kabinettsrat, der sofort nach Friedrichs Tode in Berlin stattfand. Bismarck sprach unverhüllt die Absicht aus, die Herzogtümer für Preußen zu annektieren, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin. Kein Mensch in Deutschland dachte an einen solchen Plan, das Londoner Protokoll wurde von der öffentlichen Meinung angefochten, es sei nie rechtskräftig gewesen, der Prinz von Augustenburg sei der rechtmäßige Nachfolger. So glaubte man im Volk, so dachten König und Kronprinz. Als Bismarck mit seinen Annexionsplänen herausrückte, hielt ihn der König für betrunken. Der Kronprinz hob beschwörend die Hände, als ob er an Bismarcks Sinnen zweifelte. Die Minister schwiegen betroffen.

Im Verlauf der nächsten Monate tat Bismarck alles, um seine Absichten nicht erkennen zu lassen; er setzte sich zunächst in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung, indem er mit Österreich an Dänemark das Verlangen stellte, das Londoner Protokoll auszuführen. Wichtig war ihm die Mitwirkung Österreichs, um jede Intervention einer auswärtigen Macht zu verhindern. Zugleich vergewisserte er sich, daß Rußland ihm freie Hand ließ. Die Lage wird zeitweilig erschwert, als der Bund Sachsen und Hannover beauftragte, Holstein zu besetzen.

Die öffentliche Meinung ist völlig von der Auffassung durchdrungen, daß Preußen die Herzogtümer preisgibt und keinen Krieg führen kann. Im Landtag ist Bismarck, dessen Intriguenspiel niemand zu durchschauen vermag, den heftigsten Angriffen aus-

gesetzt. Indessen betreibt er die Bündnisverhandlungen mit Österreich zum Vorgehen gegen Dänemark, falls es das Londoner Protokoll nicht anerkennt, sondern bei der sogenannten eiderdänischen Verfassung, dem Patent Friedrichs VII., beharrt. Zugleich gibt er den Dänen durch Zwischenträger zu verstehen, daß England für die Rechte ihres Landes eintreten werde. Wahrscheinlich spekulierte er auf die Hartnäckigkeit der Dänen, die schließlich nicht mehr zurückkonnten. Ein Ultimatum der beiden deutschen Mächte wird von Dänemark abgelehnt, so kommt es im Januar 1864 zum Kriege, anscheinend zur Durchführung des Londoner Protokolls, das die Einheit der Herzogtümer und ihre selbständige Stellung im dänischen Staatsverbande konstatiert hatte.

Der Krieg unter solcher Parole ist in Deutschland so unpopulär wie nur möglich. Die preußischen Truppen kommen in der ersten Hälfte des Krieges überhaupt nicht zum Schlagen, die Österreicher erringen Erfolge — aber das kleine Dänemark ist nach mehrmonatigem Ringen weder geschlagen noch bezwungen. Bei Beginn des Frühjahrs beginnen Verhandlungen in London, die Partner treten jeder mit eigenen Wünschen hervor, Bismarck beharrt immer noch auf der Durchführung des Londoner Protokolls, die Österreicher wollen sich populär machen und treten für den Augustenburger ein, die Russen schieben einen neuen Prätendenten vor — der Wirrwarr wächst — da ergreifen die Preußen im Juni die Offensive, sobald der Waffenstillstand abgelaufen

ist; die Preußen schlagen die Dänen, erobern die Insel Alsen und sind im Begriff, Fünen und Seeland zu nehmen. Die Dänen sehen sich zum Frieden gezwungen, den sie nur unter Preisgabe der Herzogtümer im Wiener Vertrag vom 30. Oktober 1864 erhalten. Schleswig-Holstein steht Österreich wie Preußen zur gemeinsamen Verfügung. Vom Augustenburger, gegen den Bismarck zuletzt den russischen Kandidaten vorgeschoben hatte, ist bald keine Rede mehr. Die entscheidende Niederlage aber hat nicht einmal Dänemark, sondern Österreich, der Deutsche Bund und vor allem die Demokratie erlitten. Österreich war ins Schlepptau der preußischen Politik geraten, der Bund hatte einen Mißerfolg erlitten, insofern er die Mittelstaaten mit der Exekution betraut hatte und darauf zugunsten Österreichs und Preußens verzichten mußte, die Demokratie war mit ihrem Kandidaten, dem Augustenburger, hereingefallen. Die preußische Armee hatte zum ersten Male, allerdings erst in der zweiten Hälfte des Feldzuges, gezeigt, daß eine Änderung vorgegangen war. Vor allem aber hatte Bismarck durch die Lösung der Frage, die eben keine Lösung war, Österreich in die Enge getrieben. Die Russen hatten den polnischen Liebesdienst durch strikteste Neutralität quittiert. Napoleon hatte Bismark gewähren lassen — alle Welt war verblüfft, enttäuscht und empört zugleich. Was Bismarck getrieben, war ein Hasardspiel gewesen. Der moralische Eindruck war niederschmetternd.

Der Mann, der Österreichs Interessen in diesem

Konflikt vertreten hatte, Rechberg, schied nach Friedensschluß aus dem Amte — in Wien fühlte man sich düpiert und mußte einen Schuldigen haben. Aber derselbe Eindruck herrschte in den Herzogtümern, in der ganzen Welt.

Es war ein Kabinettskrieg gewesen. Mit Winkelzügen, Bluffs, Verrätereien, Intrigen hatte Bismarck ein Ziel beinahe erreicht; der ursprüngliche Plan der Annexion war ebenso mißlungen, wie er verzichten mußte, die Herzogtümer „ungedeelt" Dänemark zu überlassen, er war gezwungen, sich mit Österreich in die Verwaltung der Herzogtümer zu teilen. Als Geschäftsmann hatte er zwei Lösungen im Auge gehabt, jetzt kam es darauf an, Profit aus der dritten Lösung zu schlagen.

Wesentlich war, daß man aus einer Sache, die das ganze Volk seit Jahren in Erregung versetzt hatte, eine Angelegenheit der Geheimdiplomatie machte. Bismarck dachte kaufmännisch genug, um sich gleich zwei Ziele zu stellen, er wäre ja auch mit der Einverleibung der Herzogtümer zufrieden gewesen — wichtig war ihm, daß er Österreich hinter sich hergeschleppt hatte. Was war ihm Deutschland? was war ihm das natürlichste Recht zweier Stämme? Als die großen Mächte die Herzogtümer an sich rissen, wurde die Grenzlinie so gezogen, daß ganze Streifen dänisch sprechender Gebiete okkupiert wurden. Wieviel Unheil ist aus diesem unerquicklichen Intrigenspiel entstanden! Eine Volksbewegung war erstickt worden, und der Friede sah zwei Mächte, deren Vertreter mit dem Raub nichts anzufangen wußten. Der

König von Preußen, schließlich ein etwas beschränkter, einfacher Mensch, stotterte bei den Verhandlungen in Schönbrunn verlegen, er wisse gar nicht, ob er überhaupt ein Recht auf die Herzogtümer habe. Und wieder einmal ertönte Mephistos Stimme: „Nur greift mir zu und seid nicht blöde."

Wesentlich erscheint ferner, daß es, was die Massen anging, keine schleswig-holsteinische Frage mehr gab. Sie existierte jetzt nur noch zwischen Österreich und Preußen. Ein Zankapfel war in den Saal Europas gerollt, eine Möglichkeit gegeben, den latenten Konflikt zwischen Preußen und Österreich jeden Augenblick ausbrechen zu lassen. Vor einigen Jahren schon hatte Bismarck erklärt, er wolle sich anheischig machen, binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität fertigzuliefern. Wenn dieser Krieg nicht sofort nach Beendigung des Dänenzuges ausbrach, lag es nur an Österreich, das sich zum erstenmal durch Preußen in die zweite Linie gedrängt sah, dessen Armee nicht auf der Höhe war, und das sich auch scheute, sich mit dem Odium des deutschen Bürgerkrieges zu beladen. Bismarck aber lag immer noch im Konflikt mit der Kammer — der innere Krieg hatte sich nur noch verschärft; die Maßregelungen und Versetzungen von Beamten, die Presseschikanen, Verfolgungen politisch Andersdenkender nahmen kein Ende. In Wahrheit herrschte Bismarck bereits unumschränkt, und die Bourgeoisie war deshalb ruhig, weil ihr Bismarck einige vorteilhafte Handelsverträge geschenkt hatte und die Konjunktur günstig war, andererseits

die Arbeiterbewegung in den Städten immer stärker wurde. In diesen Jahren hetzte Bismarck förmlich die Arbeiter gegen die Unternehmer auf, schob — man kann es nicht anders sagen — die Entsendung einer schlesischen Webermission nach Berlin, sie erschien sogar im Schloß und wurde dort empfangen, um von Bismarck die höhnischen Worte hören zu müssen: „Nächsten Sonntag gibt's aber noch keinen Gänsebraten!"

Bismarck versuchte sogar Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen, kanzelte Unternehmer ab — alles nur mit dem Zweck, die Bourgeoisie einzuschüchtern und einer politisch schwachen Klasse den Schein der Stärke zu geben. Es waren bonapartistische Methoden, die er hier anwandte.

Was wollte Österreich in den Herzogtümern? was konnte es dort ausrichten? Abgeschnitten lag ein kleines Korps fern vom Stammland, keinem ernsten Angriff einer Macht gewachsen. In eine Falle waren die Wiener geraten, aus der sie nur mit Gewalt herauskommen konnten. Das stand fest. Aber ihre militärische Schwäche, die schwierige innenpolitische Lage, vor allem auch die Furcht vor den Folgen eines offenen Kampfes zwangen Wien zur Manövertaktik. Zunächst sah man sich nach Bundesgenossen um — im Ausland waren sie nicht zu finden: feindlich starrte in Waffen das russische Grenzland, in Italien saß man in Venetien, nach dem Viktor Emanuel die Hand ausstreckte, im Hintergrund stand Frankreich, dem nichts daran gelegen war, daß eine Macht in Deutschland stärker wurde

als die andere. Napoleon war nicht mißvergnügt, daß zum erstenmal ein wichtiges Streitobjekt zwischen Preußen und Österreich vorhanden war, und der Ausbruch des deutschen Bürgerkriegs immer näher rückte. Für Bonaparte kam nur der Meistbietende in Betracht. Und was konnte *ihm* Österreich bieten?! Viel größer war die Gefahr, daß Österreich die Elbherzogtümer herausrückte und sich von Preußen den Besitz Venetiens garantieren ließ. Nichts wäre für Napoleon fataler gewesen als die österreichisch-preußische Einigung, an der zum Glück für Frankreich Bismarck nichts gelegen war. Bereits um die Jahreswende läßt Bismarck durch den preußischen Gesandten in Paris Bonaparte verständigen, daß er nicht daran dächte, Österreich den Besitz Venetiens zu garantieren. Ja, Bismarck ging noch weiter und verhieß dem Kaiser die Dankbarkeit Preußens, wenn er sich freundschaftlich verhalten würde. Damals zieht Bismarck eine preußisch-französische Allianz in Erwägung, gegen deren Abschluß er sich am Ende nur deshalb wehrt, weil die Bindungen eine größere Stärkung für Frankreich, nicht für Preußen bedeuten könnten.

Österreich, verlassen, enttäuscht, ratlos und in die Enge getrieben, sucht die Mittelstaaten zu gewinnen, betreibt die Kandidatur des Augustenburgers und versucht auf diese Weise die Festsetzung Preußens in den Elbherzogtümern zu verhindern. Mit dem Augustenburger ist Bismarck einverstanden, aber nur unter der Bedingung einer Militärunion mit Preußen, des Eintritts in den Zollverein, preußi-

scher Besetzungen in Rendsburg, der Aufsicht über den zu erbauenden Nord-Ostseekanal. Bedingungen, die im Grunde auf eine Annektion hinauslaufen.

Die Österreicher sträubten sich. Im Mai 1865 scheint der Konflikt unvermeidlich. Bismarck sondiert in Paris und Florenz die Haltung der Regierungen im Falle eines österreichisch-preußischen Krieges. Aber er unterschätzt die Schlauheit Bonapartes, der gerade in diesem Moment Verhandlungen mit Wien führt — er befolgte getreu seine Politik, die sich keiner Macht verpflichten wollte. Auch Italien zaudert. Und so muß Bismarck im August 1865 die *Gasteiner Konvention* schließen: Preußen erhält Schleswig, Österreich Holstein zur Verwaltung. Der Anteil Österreichs an Lauenburg wurde von Preußen gekauft.

Mit dieser Vereinbarung war mit Füßen getreten, was bisher als „heilig und unantastbar" gegolten hatte. *„Up ewig ungedeelt"* war die Parole jahrhundertelang gewesen, mit diesem Feldgeschrei hatte man die Kriege geführt, deshalb hatte man sich 1864 geschlagen — das Ende war, daß sich die Starken den Raub teilten, der Pfiffigere war Preußen.

Der König erhob zum Dank den Mann, den er bei Ausbruch des Krieges für trunken gehalten hatte, in den Grafenstand.

Die Landerwerbungen Preußens waren die ersten seit 50 Jahren, der König hat in diesen Tagen eine Wandlung durchgemacht, wie Bismarck selbst bestätigt, er fand Geschmack an Eroberungen. Der

Besitz des Kieler Hafens erweckte die Gelüste, die preußische Marine auszubauen. Aber die Kammer lehnte die Forderungen für die Marine ab, eine Bedeutung kommt dieser Ablehnung nicht zu — denn sie war nichts als Ausdruck jener Prinzipienreiterei einer schwächlichen Opposition, die innerlich und auch äußerlich längst erschüttert war. Zahlreiche prominente Führer der Fortschrittspartei schwelgten schon in Lobreden auf die Regierung, als die Konvention von Gastein abgeschlossen war.

Der Krieg mit Österreich war für Bismarck nunmehr nur eine Frage der Zeit und Gelegenheit. Es galt, die Vorbedingungen so günstig als möglich zu schaffen. Ein besseres Verhältnis zur Opposition war die geringste Sorge. *Die* Erfahrung hatte er im Dänischen Krieg gemacht, daß man sich außerhalb Preußens schlagen konnte, ohne daß sich im Innern auch nur eine Hand zum Widerstand erhob. Die Presse war geknebelt, die paar Arbeiterblätter hatten keine Publizität, ihre Redakteure sperrte man bei jeder Gelegenheit ein. Die Opposition in der Kammer fertigte Bismarck rasch mit einigen höhnischen Bemerkungen ab. Die Armee aber war schlagfertig und wurde weiter reorganisiert. Was war schon zu befürchten?

PREUSSEN UND DIE NATION

Im Oktober 1865 traf Bismarck mit Napoleon in *Biarritz* zusammen und legte die Karten offen auf den Tisch. Aus seinen Absichten, den Krieg im kommenden Jahr zu führen, machte er kein Hehl, Napoleon ließ durchblicken, daß er Preußen keine Schwierigkeiten bereiten würde. Ach, er geriet jetzt selbst in die Enge — das Abenteuer in Mexiko verschlang Menschen und Unsummen, in Algier herrschten Unruhen. Er brauchte keinen europäischen Krieg, und wenn sich Preußen und Österreich in die Haare gerieten, konnte es ihm kaum schaden. — Er traute sich immer noch zu, den Vermittler spielen zu können. Hier in Biarritz im Oktober 1865 gab der Spieler einen Trumpf aus der Hand, den er nie wieder zurückerhalten sollte.

Dann begannen Verhandlungen in Italien. Ja, so werden Kriege gemacht: Die Minister reisen, die Räte des Königs hocken beisammen, die Telegraphendrähte surren, die Kuriere haben zu tun. Und das Volk weiß von alledem nichts, die Presse schweigt oder bringt Meldungen in einer Sprache, die nur der Eingeweihte versteht. Signalstationen seltsamster Art geben Blinkzeichen.

In Holstein sitzen die Österreicher weitab vom Donaustrand und begehen Dummheiten, plötzlich

begeistern sie sich wieder für den Augustenburger, sie möchten doch dieses Holstein los sein, merkwürdig muß es in ihren Köpfen aussehen, denn sie wollten keinen Krieg, den sie nicht führen konnten — aber sie lieferten Bismarck selbst das Material — hetzten in der Presse gegen Preußen, machten Stimmung für den Augustenburger — in Kiel waren die Preußen schon so heimisch, als ob sie ewig dort gewesen wären, starke Truppenteile lagerten ringsum im Land. Bismarck trumpfte auf und verwahrte sich gegen die Einmischung in die inneren preußischen Angelegenheiten — es gab keine schleswig-holsteinische Frage mehr. Schleswig gehörte Preußen.

Der Lärm, den Bismarck schlägt, ist zugleich für den König berechnet, als ob seine Autorität angegriffen wäre. Die Wirkung bleibt nicht aus. Am 21. Februar 1866 findet in Berlin ein Ministerrat statt, der König ist empört über Österreich und erklärt: „Wir wollen keinen Krieg provozieren, aber wir müssen auf unserm Wege vorwärts gehen, ohne vor einem Kriege zurückzuschrecken!“ Zum ersten Male zeigt sich Wilhelm geneigt, einem Krieg gegen Österreich nicht auszuweichen.

Ein Entschluß zum Krieg war nicht gefaßt, auch wurden keinerlei Rüstungsmaßregeln angeordnet. Aber auf solchen Kronräten werden selten die letzten Beschlüsse gefaßt. Auch in Potsdam wurde am 5. Juli 1914 kein letzter Beschluß gefaßt.

Der Kronprinz und ein Minister warnten. Aber die Art, wie sich der König, der nur schwer zu Entscheidungen zu bringen war, bereits äußerte, ließ

Bismarck und die Generale hoffen, daß keine Widerstände mehr zu befürchten waren. Wenige Wochen später kann die Kronprinzessin schon ihrer Mutter in England die Mitteilung machen, daß die Dinge zur Entscheidung reif seien, sie wendet sich gegen Bismarck: „Der böse Mann tut mit der größten Geschicklichkeit seinen Gegenzug, verdirbt alles Gute und treibt die Situation zum Kriege, indem er alles dreht und wendet, bis es seinen Absichten entspricht... Es werden so viele Unwahrheiten in die Welt gesetzt, daß man völlig perplex ist, wenn man sie hört; aber das Netz ist kunstvoll gewebt, und der König von Preußen gerät trotz aller seiner Klugheit mehr und mehr in seine Maschen ...“

Der König scheint in den nächsten Wochen und Monaten aber seine Worte vom 21. Februar bereut zu haben, wahrscheinlich waren die Einflüsse der Frauen wieder stärker geworden. Die Generale jedenfalls klagen über die Unentschlossenheit Wilhelms, über sein Zögern, seine Langsamkeit. Roon schreibt damals: „Wir sind *sehr* einig, aber ‚Wir‘ sind nicht immer zu schnellen Entschlüssen und Handlungen geneigt.“ Sie waren mit ihrem König nicht zufrieden und handelten auf eigene Faust, um ihn vollendeten Tatsachen gegenüberzustellen. Wieder verschwören sich Bismarck und Roon zum gemeinsamen Handeln. Ende März schreibt Bismarck an Roon: „Es ist sehr zu wünschen, daß der König noch morgen seine definitiven Befehle gibt. Donnerstag (Gründonnerstag) wird er nicht in der Stimmung für dergleichen sein. Sie seh'n ihn morgen...

können Sie nicht einrichten, daß er uns *beide* nachher zum Vortrag befiehlt?" Der König erschrickt, nachdem er die Befehle zur teilweisen Mobilmachung unterzeichnet hat, plötzlich fällt ihm ein, daß Karfreitag ist — er fragt Roon zaghaft, ob es nicht möglich wäre, den Abgang der Ordres bis Sonnabend zu verschieben.

Im März wurden die Verhandlungen mit Frankreich und Italien energisch betrieben. Napoleon gibt Ansprüche auf die Grenzen Frankreichs von 1814 zu verstehen, Bismarck bricht keineswegs die Verhandlungen ab, um so weniger, als in derselben Zeit — Bismarck nicht unbekannt — Paris mit Wien verhandelt. Wir wissen heute, daß *beide* deutsche Höfe zu verstehen gaben, auf das linke Rheinufer zu verzichten, wenn Napoleon im preußisch-österreichischen Konflikt neutral bliebe... Deutschland, Deutschland über alles...

Die Verhandlungen mit Italien gestalten sich schwierig, in Florenz fürchtet man, von Bismarck mißbraucht zu werden. Gerüchte waren längst im Umlauf, der Konflikt würde auf Kosten Italiens beigelegt werden, Bismarck würde Österreich Venetien garantieren und Holstein erwerben. Solche Gedanken hatte Bismarck sogar im Kronrat ausgesprochen, aber unzweifelhaft lag ihm nicht an einer friedlichen Klärung der Verhältnisse; denn die Garantie Venetiens hätte den Konflikt um die Herzogtümer überhaupt behoben, aber da war die Bundesreform, da war das Verhältnis Preußens und Österreichs überhaupt. — Die Wege Bismarcks liefen krumm,

aber sein Ziel war unverrückbar — er wollte Italien auf seiner Seite haben *und* schlagen. Daran kann kein Zweifel sein.

Der Kronrat hatte beschlossen, Moltke sollte in Florenz die Verhandlungen führen, da erschien plötzlich am 14. März der italienische General *Govone* in Berlin. Sein Auftreten alarmierte die ganze Welt. Das war der Krieg. Österreich richtete zwei Tage später an Bismarck die Anfrage, ob Preußen die Konvention von Gastein gewaltsam zerreißen wolle. Bismarck antwortete unverblümt: „*Nein*", und verhandelte weiter mit Govone. Die Österreicher in ihrer Gottverlassenheit reagierten mit Drohungen, die schleswig-holsteinische Angelegenheit dem Bundestag zu übergeben und die Mobilmachung des Bundesheeres zu beantragen. Darauf kündete Bismarck in einem Rundschreiben die Bundesreform an. Der Konflikt verschärfte sich aufs äußerste.

Drei Wochen währten die Verhandlungen mit dem mißtrauischen Italiener. Sorge bereitete dem General die Haltung des Königs, der für Italien eine unüberwindbare Antipathie zu empfinden schien — er konnte ihm seinen nationalrevolutionären Ursprung nicht verzeihen. Bismarck beruhigte ihn, bot ein Bündnis an, das Italien verpflichtete, loszuschlagen, sobald Preußen in den Krieg einträte. Die Italiener verlangten einen Offensivvertrag, auf den Bismarck nicht einging, er wollte nicht verpflichtet sein. Nach langem Gefeilsche wurde ein auf drei Monate befristeter Vertrag abgeschlossen,

innerhalb dieser Zeit wollte Bismarck den Krieg entfesselt haben. Nun versteht man Roons Drängen, seine Ungeduld infolge des Königs Zögern.

In denselben Tagen, da Bismarck mit Italien abschließt, versuchen die Österreicher einzulenken und erklären sich bereit, abzurüsten, wenn Preußen abrüste. Bismarck macht Ausflüchte; da werden italienische Rüstungen bekannt, die Österreicher lassen ihre Vorschläge fallen. Bismarck hat freie Bahn.

Am 9. April hatte Bismarck an den Bundestag seine Vorschläge einer Bundesreform gerichtet, der Bund sollte beschließen: „eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der Deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten; in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben, durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen."

Der preußische Gesandte erklärte es für erforderlich, „daß ein Ausschuß ad hoc baldmöglichst eingesetzt werde". Der österreichische Gesandte legte Verwahrung ein und behielt seiner Regierung jede weitere Erklärung vor.

Es war Bismarck nicht einen Augenblick mit diesem Antrag ernst; für ihn hatte er nur die Bedeutung eines Sprengmittels. Er wußte, daß Österreich nicht darauf einging, aber er wußte auch, daß

er Schleswig-Holsteins wegen keinen Krieg entfesseln konnte. Der war unpopulär und bot ein kleines Ziel. Die Reform Deutschlands war ein Ziel. Aber der Kampf um diese Reform mußte mit allen demagogischen Mitteln geführt werden, wenn er Aussicht auf Erfolg haben und zur Sicherung der preußischen Vormachtstellung führen sollte. Es kam Bismarck *nicht* auf die Lösung der deutschen Frage an; die Bundesreform — und nur von einer Reform kann die Rede sein — war ein Mittel. Die große Idee, die alle Gemüter beherrschte, wurde von einem märkischen Junker als Trick, als Kniff mißbraucht. Der Parlamentarismus wurde ausgespielt, um Stimmung gegen Österreich zu machen. Alles Recht, alle Größe, alles, alles, was Millionen von Deutschen heilig war, wofür Tausende geblutet hatten, wurde zum Objekt eines gerissenen, politischen Abenteurers gemacht. So wie Bismarck jetzt die Bundesreform in die Debatte warf, war dieser Akt politische Hochstapelei. Der Schüler Bonapartes versuchte sich an seinem Meisterstück.

Vor den Reichswahlen — die Rechte der Länder wurden ja gar nicht angetastet — hatte Bismarck keine Furcht — zur Beruhigung schrieb er dem Grafen Bernstorff nach London: „In einem Lande mit monarchistischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisieklassen beseitigt, auch zu monarchistischen Wahlen führen... In Preußen sind neun Zehntel des Volkes dem König treu, und nur durch den künstlichen Mecha-

nismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht."

Der Antrag Bismarcks löste Empörung aus. *Engels* schrieb: „Welch ein Rindvieh muß der Kerl sein, zu glauben, das hülfe ihm auch nur ein Atom." Einige Tage später ging Engels näher darauf ein: „Also der Schlag mit dem allgemeinen Stimmrecht Bismarcks ist gemacht, wenn auch ohne Lassalle. Wie es den Anschein hat, wird der deutsche Bürger nach einigem Sträuben darauf eingehen, denn der Bonapartismus ist doch die wahre Religion der modernen Bourgeoisie. Es wird immer klarer, daß die Bourgeoisie nicht das Zeug hat, selbst direkt zu herrschen... So haben wir jetzt den Monsieur Bismarck, wie er das Programm des Nationalvereins adoptiert. Das Durchführen ist freilich etwas ganz anderes, allein am deutschen Bürger scheitert Bismarck schwerlich. Ein eben zurückgekommener Deutscher erzählt, er habe schon viele gefunden, die auf diesen Köder angebissen hätten..."

Der Kronprinz empfand Bismarcks Vorschlag als frevelhaftes Spiel mit den heiligsten Dingen. Die Mittelstaaten suchten den Antrag durch Gegenanträge zu verschleppen, sie verlangten zunächst die Vorlage eines Verfassungsentwurfes. Bayern war nicht für Bismarck zu haben.

Im Mai bemühte sich Österreich um neue Verhandlungen. Wie schwer ging es an diese Auseinandersetzung heran, wie oft, unter welchen Erniedrigungen versuchte es, den Frieden zu wahren, denn seine Schwäche war ihm offenbar. Aber diese Be-

mühungen zwangen Bismarck auszuweichen, scheinbar auf neue Vorschläge einzugehen, im geeigneten Moment abzubrechen, um nicht als der Schuldige dazustehen.

Die Schwierigkeiten wuchsen, als Napoleon mit der *Idee eines europäischen Kongresses* herausrückte. Kam er zur Durchführung, war alles verschoben, verändert, waren andere Fakten gegeben. Die Krise für Bismarcks Kriegsvorbereitungen schien gekommen. Bismarck veranlaßte den preußischen Vertreter in Paris, Goltz, mit Napoleon zu verhandeln, natürlich wollte er den Kongreß nicht, eher machte er Zugeständnisse — eher sollte Napoleon direkt heraussagen, was *er* fordere — Napoleon erklärte nach Zögern: „*Die Augen meines ganzen Landes sind auf den Rhein gerichtet.*" Kurze Zeit vorher hatte ihm Österreich das linke Rheinufer zugestanden, weshalb sollte Bismarck kleinlich sein? In einem Gespräch mit dem Italiener Govone gab Bismarck zu verstehen, daß er das *Saargebiet* und andere *linksrheinische Teile* an Frankreich abtreten würde, er sei viel mehr Preuße als Deutscher, und um des guten Zwecks willen würde er schon etwas *Landesverrat* treiben. . . Im Gespräch mit Benedetti stellte dann Bismarck ganz offen die Abtretung des *preußischen Trier* in Aussicht. Zu festen Abmachungen ist es allerdings nicht gekommen, die Ereignisse überstürzten sich. Dokumentarisch ist nur ein *Bettelbrief* Wilhelms an Napoleon kurz vor Kriegsausbruch, in dem der Wunsch ausgesprochen wurde, der Kaiser möchte neutral bleiben. Napoleon

antwortete wie das delphische Orakel; Wechselfälle seien im Krieg nicht vorauszusehen, seiner Loyalität könne der König sicher sein...

Auf solchem schwankenden, sumpfigen Boden bewegten sich die Gründer und Mehrer des Reichs. Man täte ihnen unrecht, wenn man den Preußen allein Landesverrat vorwirft — in Wien war man nur dümmer als in Berlin und machte Napoleon *feste* Versprechungen, ihm das linke Rheinufer zu überlassen.

Der Kongreßvorschlag Napoleons wurde nicht akzeptiert, weil Österreich sich hartnäckig wehrte, daß über Gebietszuwachs auf dem Kongreß verhandelt würde. Infolge dieser Weigerung wurde der ganze Kongreß illusorisch.

Die fieberhaften Rüstungen wurden auf beiden Seiten fortgesetzt, ganz Deutschland geriet in fürchterliche Erregung, die Stimmung war allgemein scharf antipreußisch; im Mai schoß ein Student in Berlin, Unter den Linden, auf Bismarck; bald glaubte Österreich auftrumpfen zu können, als die süddeutschen Staaten, ferner Hannover, Sachsen, Kurhessen, Nassau auf seiner Seite waren.

Am 1. Juni übergab Österreich die schleswig-holsteinische Frage dem Bund und berief die holsteinische Ständeversammlung. Bismarcks Gegenzug bestand in der Erklärung, der Gasteiner Vertrag sei gebrochen, die Stände wollten in Holstein den Augustenburger proklamieren. Darauf erhielt *Manteuffel* den Befehl zum Einmarsch in Holstein — er weigerte sich zu kämpfen, aber der Einmarsch

genügte, um Österreich zu bestimmen, seine Truppen zurückzuziehen. Alles ist seitens Österreichs darauf abgesehen, Bismarck ins Unrecht zu setzen, der wiederum zynisch genug ist, seinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß es beim Einmarsch in Holstein nicht zum Blutvergießen kam. Seine nächsten Schritte sind von einer Primivität ohnegleichen, er treibt eine Politik, als wolle er geradezu alles Unrecht auf seiner Seite haben: am 10. Juni legt Bismarck den Regierungen einen Verfassungsentwurf vor, der Österreich aus dem Bund ausschließt, einen neuen Bund und ein Parlament vorschlägt, wie zuvor im Antrag vom 9. April. Die Österreicher erklären auf Grund des Bruches des Gasteiner Vertrags die Bundesexekution. Die Mittelstaaten mobilisieren. Bismarck läßt durch Savigny den Austritt Preußens aus dem Bund erklären, es sehe den Bund durch Österreichs Kriegserklärung gebrochen, betrachte ihn als „erloschen".

An die Fürsten Hannovers, Sachsens, Kurhessens und Nassaus richtet Bismarck die Aufforderung, sofort die preußischen Reformvorschläge zu akzeptieren oder in Kriegszustand zu treten. Die Fürsten lehnen Preußens Ansinnen ab.

Bismarck hatte seinen Krieg.

Die Kriegserklärung an Österreich erfolgte einige Tage später, Bismarck erklärte, durch die Satzungen des Bundes verpflichtet zu sein, angegriffene Mitglieder zu unterstützen, denn inzwischen waren preußische Truppen in Hessen, Hannover, Sachsen eingefallen. . . .

Bevor noch die Entscheidung über Krieg und Frieden gefallen war, hatte Bismarck eine Annäherung an die Fortschrittspartei versucht, um sie für sich zu gewinnen. Seit Januar 1866 pflegte er vertrauliche Gespräche mit gemäßigten Liberalen und gab sich sogar Mühe, auf solche Weise die öffentliche Meinung im Sinne seiner Politik bearbeiten zu lassen. Der Fortschrittler *Lasker,* für den Bismarck in vielen Gesprächen nur Verachtung übrig gehabt hat, ging schon im April 1866 so weit, in einer öffentlichen Versammlung rühmend auf Bismarcks Pläne hinzuweisen, der Junker habe in Gesprächen mit Liberalen geäußert, er fühle sich in der Gesellschaft der „Kreuzzeitung" nicht besonders behaglich, wünsche ein anderes System, wolle die liberalen Kräfte verwerten und sei bereit, Dienst gegen Dienst zu leisten.

Lasker wurde in der Versammlung ausgelacht, aber die Führer der Liberalen waren bereits zum Nachgeben geneigt. Bismarck sprach verlockend im Jargon, den sie kannten. *Politik war ein Geschäft.* Welcher Bourgeois verstand nicht gerührt solche Töne? Bismarck war ferner zynisch genug, dem Hannoveraner Bennigsen zuzureden, für Preußens Interessen in Hannover zu wirken, ein Ministerium zu machen und Hannover auf Preußens Seite zu bringen. Bennigsen lehnte entrüstet ab — Bismarck hat diese Haltung lebenslang nicht begreifen können. *Eines* war Bismarck gewiß, von der Bourgeoisie hatte er nichts zu fürchten, selbst wenn er das Spiel verlor. Dabei stand es so schlecht um die Finanzie-

rung des Krieges, daß im Juni die Kassen gerade Mittel für fünf Tage zur Verfügung hatten. Das Bankhaus v. d. Heydt verschaffte die Millionen. Bleichroeder stand schon damals in enger Beziehung zu Bismarck und ging bei Bismarck ein und aus. V. d. Heydt wurde zum Dank für die Finanzierung des Krieges zum Minister gemacht. So zog man in diesen Krieg, ungehindert um die Empörung, die in den Massen die Kriegsmacherei ausgelöst hatte. Zu einem Protest der Fortschrittspartei ist es nicht gekommen, einzig die jungen proletarischen Organisationen haben sich gegen den Krieg erklärt.

Zum ersten Male in der Weltgeschichte erhob das Proletariat seine Stimme, als die herrschenden Klassen einen Krieg um ihrer Interessen willen führten. In einer großen demokratischen Versammlung, die im Mai 1866 in Frankfurt a. M. stattfand, hielt der 26jährige *August Bebel* eine Rede, in der er als „Mann aus dem Arbeiterstande" seine Meinung aussprach. Er brandmarkte die Politik Bismarcks und bezeichnete Preußen als Friedensbrecher, das nie an eine Einigung Deutschlands gedacht habe, sondern nur darauf gesonnen sei, sein Land möglichst zu vergrößern. Man muß einige Stellen aus dieser Rede zitieren, weil sie für die Stimmung der Massen in jenen Tagen zeugen, und vor allem auch deshalb wichtig sind, weil sie aus dem Munde des Mannes kommen, der seine Klasse zum Siege gegen Bismarck geführt hat; alles, was Bebel damals äußerte, steht im strikten Gegensatz zu Bismarcks Handlungen und Worten. Hier klaffen zwei

Welten, die nicht zu überbrücken sind. Auch hier kann man von einem *Zwiegespräch* reden, aber Bebel lief nicht wie Lassalle hinter Bismarck drein, sondern erklärte ihm den Krieg. Für Bebel gab es keine Verhandlungsmöglichkeiten, keine taktischen Seiltänzereien. „Hat doch Preußen nicht einmal die seinem Volke während der Befreiungskriege versprochene Verfassung gewährt, als dieses für Gott, König und Vaterland in den Krieg zog und die schwersten Opfer an Gut und Blut brachte. Die Verfassung bekam das preußische Volk infolge seiner drohenden Haltung im Jahre 1848. Damals zwang es die Regierung, ihm die Verfassung zu gewähren. Überhaupt möge man uns doch nachweisen, wo die besonderen Verdienste sind, die sich Preußen um Deutschland erworben hat? Etwa in der Demagogenhetze der zwanziger und dreißiger Jahre und in der Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, wobei es so einig mit Österreich ging? Wer war es denn in erster Linie, der die glorreiche Erhebung in den Jahren 1848 und 1849 blutig niedergeschlagen hat? *Preußen!* Wer hat in Baden die Freiheitskämpfer zu Hunderten niedergeknallt und andere, wie zum Beispiel Adolf von Trütschler und Max Dortu, standrechtlich erschießen lassen? *Preußen!* Wer hat in Dresden den Maiaufstand niedergeschlagen, die Kämpfer für die Reichsverfassung niedergemetzelt und der verzagten sächsischen Regierung wieder ans Ruder geholfen? *Preußen!* Oder war das Preußen des Herrn v. Manteuffel oder ist das Preußen des Herrn v. Bismarck mit seiner Mißachtung von Recht

und Verfassung der Staat, zu dem das deutsche Volk Vertrauen haben kann? Sicher nicht! Und dieses Preußen will man jetzt an die Spitze Deutschlands stellen, den Staat, der nach seiner ganzen Geschichte mit Ausnahme jener Periode von 1807 bis 1810, wo er zerschmettert am Boden lag, nie ein liberaler Staat gewesen ist und *nie* ein solcher sein wird! Wer anders darüber urteilt, kennt Preußen nicht!"

Am 1. Juli erließ der Ausschuß der Frankfurter Abgeordnetentagung einen Aufruf, der auch von *Röckel* unterzeichnet war, und in dem es hieß: „Die Nation will so wenig Österreich wie Preußen dienen..." Die Nation hält es für ihre Pflicht... „sich die Mitwirkung an der Entscheidung ihrer Geschicke zu sichern, durch allgemeine Volksbewaffnung und gemeinsame Volksvertretung".

Aber wer war die Nation?

Der gutgemeinte Aufruf kam zu spät. Als er erschien, hatte das Schicksal über die deutsche Frage entschieden. Und vor allem — wo waren die Massen, die mit den Waffen in der Hand sich gegen die Fürsten aller deutschen Länder erhoben und die deutsche Republik erkämpften? Es gab noch nicht einmal eine große geschlossene Organisation. Eine furchtbare Tragik hat in diesem Sommer über Deutschlands Geschick gewaltet. Die Bourgeoisie paktierte durch ihre Führer im Dunkeln mit der herrschenden Klasse, das Proletariat war zu politischen Aktionen nicht stark genug. *So hatte Bismarck keine Gegner.*

DER KAISERRITT VON KÖNIGGRÄTZ

Die österreichische Koalition aber war militärisch der preußischen Armee nicht gewachsen; ihre Kräfte waren verzettelt; Preußen fiel dank der ausgezeichneten Vorbereitungen rasch über die Truppen der Mittelstaaten her, besetzte die Hauptstädte, verlegte der hannoverschen Armee den Abmarsch nach dem Süden, erlitt bei *Langensalza* allerdings eine Schlappe, vermochte aber nach Heranziehung von Verstärkungen die Kapitulation der Armee des Königs von Hannover zu erzwingen. Die Preußen rückten in Bayern ein, waren in einer Reihe von Gefechten siegreich und hatten bei Ausgang des Krieges das Plateau zwischen Nürnberg und München erreicht.

Sachsen wurde ohne Widerstand besetzt, seine Truppen waren — strategisch richtig — abmarschiert, hatten sich in Böhmen mit den österreichischen vereinigt. Zwei preußische Armeen rückten gegen Böhmen vor. In den Schluchten und Bergen der Sudeten kam es zu den ersten Gefechten.

Moltke, der seit kurzem Generalstabschef war, ließ die Armeen getrennt vormarschieren, um sie zur Entscheidungsschlacht in Gegners Land zu vereinigen. Das war eine neue überraschende Taktik:

in der Umgebung des Königs murrte man mißtrauisch, Wilhelm selbst war skeptisch und ließ sich nur schwer überzeugen. Die Generale, die Moltkes Befehle widerwillig ausführten und sie auch nicht begriffen, verloren Zeit, einige Gefechte gingen sogar verloren, aber die Unsicherheit der Österreicher unter Benedeks Führung, der von Mißtrauen gegen sich selbst beseelt war und sich seiner Aufgabe nicht gewachsen fühlte, war größer — sie versäumten die Offensive im letzten Augenblick, standen am 3. Juli der preußischen Übermacht bei Königgrätz gegenüber und wurden nach wechselvollen Kämpfen geschlagen. Die bessere Bewaffnung der Preußen — vor allem aber die Taktik Moltkes, angepaßt den neuen Verkehrsmöglichkeiten — entschieden den Krieg militärisch zugunsten Preußens.

In den Mittagsstunden schien es, als würden die Österreicher das Feld behaupten, preußische Truppen fluteten fast panikartig zurück, in fürchterlichen Waldkämpfen wurden ganze Kontingente aufgerieben, gegen dreifache Übermacht hatten sie sich behaupten müssen und fast alle Führer verloren.

Schweinitz machte die Schlacht als Begleiter des Königs mit und schilderte in seinen Tagebüchern einen charakteristischen Vorgang, der sich in diesem Augenblick abspielte: „Zuerst kam ein langer Zug todmatter Leute, hinter ihnen ritt auf einem müden, mageren Pferde ein krummer Vizefeldwebel mit verbundenem Kopf und einer Brille; als sie uns sahen, blieben die Leute stehen und nahmen Gewehr ab; der Anblick des Königs brachte aber nicht

den geringsten Eindruck auf sie hervor. Nun kamen ihrer immer mehr, darunter auch Offiziere; sie ließen die Köpfe hängen, keiner sprach ein Wort, niemand gab ein Kommando, von taktischer Ordnung war keine Spur mehr vorhanden. Da ergrimmte der alte König und herrschte die Maroden an, wie sie sich unterstehen könnten, ohne Befehl zurückzugehen; mir rief er zu: „Bringen Sie doch die Leute in Ordnung!“ Indessen wandte er sich zu den Offizieren und sagte ihnen Worte, die mir hart erschienen, die aber nicht ohne Wirkung blieben. Die Offiziere führten ihre Leute wieder gegen den Feind; ich sah ihnen lange nach, wie die guten kleinen Bauernjungen, die Helme schief oder halb im Genick sitzend, dem Walde zuwankten, in welchem alle Stämme krachten und splitterten.“

— — — — — — — — — — — — — — — —

Gegen 1 Uhr nachmittags tauchten die Vorhuten der Armee des Kronprinzen auf, fielen den erschöpften Österreichern in die Flanken, am späten Nachmittag war Benedeks Armee vernichtend geschlagen, aber die Preußen waren so erschöpft, ihr Glaube an den Sieg so zaghaft, daß nur geringe Kräfte zur Verfolgung angesetzt wurden. Benedek zog mit den Trümmern seines Heeres in der Nacht ab — erst nach drei Tagen wußten die Preußen, daß sie einen entscheidenden Sieg erfochten hatten.

Man weiß nicht, ob Schweinitz später erst ganz zum Bewußtsein der Bedeutung des Tages kam, aber seine Aufzeichnungen geben die Gefühle der preußischen Führer am Nachmittag glänzend wieder,

als die Kräfte der Österreicher erlahmten: Wilhelm ritt durch das blutgetränkte Bistritztal nach den hart umstrittenen Höhen von Lipa — Schweinitz ritt hinterdrein: *„Dies ist der wahre deutsche Kaiserritt, sagte ich mir, welcher die Schande von uns nimmt von jenem andern, den Friedrich Wilhelm IV. mit der dreifarbigen Fahne im März 1848 in possenhafter Weise aufführte.* Dann dachte ich daran, daß gerade am Tage dieses unentschiedenen Sieges das preußische Volk *Neuwahlen* zum Parlament vornahm. Ich sagte mir, daß wir nicht nur die Österreicher besiegt, sondern auch die deutsche Frage gelöst und damit die *deutsche Revolution entwaffnet* hätten. Ich fühlte eine schwere Last von meiner Brust genommen und atmete frei auf bei dem Gedanken, daß der siegreiche König von jetzt an den Beistand der demokratischen Elemente, des Nationalvereins, der Klapka, Viktor Emanuel und Garibaldi nicht mehr gebrauchen würde, sondern *konservativ und anständig regieren* könne."

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz siegten die Österreicher bei Custozza, im Juli verloren die Italiener noch die Seeschlacht bei Lissa, aber das Schicksal des Krieges ist entschieden.

Noch in der Nacht, da Franz Joseph die Nachricht von Königgrätz empfing, trat er in Verhandlungen mit Frankreich, erklärte sich zum Verzicht auf Venetien bereit, das er Bonaparte abtreten wollte, und befahl den Abmarsch der Österreicher von der italienischen Front nach der Nordfront.

Im preußischen Lager ist man in tiefer Sorge.

Rußlands glaubt man allerdings sicher zu sein, wenige Tage nach Königgrätz erhält Wilhelm von Alexander einen Glückwunschbrief. Aber die Lage erscheint so heikel, daß man Schweinitz fast vom Schlachtfeld fort nach Petersburg entsendet. Denn in Petersburg war man nicht nur überrascht, sondern auch *enttäuscht*, der rasche Sieg, die Deroute der Österreicher wirkten deprimierend, man fürchtete den Aufstieg Preußens. Als Schweinitz Mitte Juli von Alexander empfangen wurde, mußte er hören, daß Petersburg Annexionen ungern sehen würde. In den Hofkreisen sympathisierte man mit Wien. „Alles was die Revolution noch verschont hatte, alles was noch vornehm war durch Geburt, Besitz und Sitte, erblickte im Wiener Hof und in der österreichischen Aristokratie den letzten Hort für Adel, Kirche und Nepotismus." Tief verstimmt hatten in Petersburg die Aufrufe Bismarcks an die Tschechen und Ungarn. Als der Krieg ausbrach, scheute Bismarck nicht davor zurück, die nationale Revolution in der Monarchie zu entfachen — auch diese Bewegung, sonst so tief verhaßt, wurde zum Mittel, sobald es Bismarck im eigenen Interesse für angebracht hielt, sobald sich diese Bewegung gegen den Gegner richtete. Die Versprechungen Bismarcks an die Böhmen und Mähren hatten in der Monarchie selbst kaum gewirkt, dazu war Bismarck zu berüchtigt, hier zeigte er sich zu offen als Imitator Napoleons, aber die *Polen* griffen die Parolen auf, nutzten die Situation und erhoben erneut Forderungen.

Alexander stellte Schweinitz zur Rede, der aus-

weichende Antworten gab. Unverkennbar blieb Alexanders Wunsch, als *Schiedsrichter* aufzutreten, er schlug vor, Preußen den Norden, Österreich den Süden zu überlassen, einen Kongreß einzuberufen, denn die Neuordnung der Zustände dürfe nicht ohne Europa erfolgen. Die Annexionsabsichten Bismarcks in Deutschland selbst begegneten dem hartnäckigen Widerstand Alexanders.

Es war der Druck Alexanders, der Bismarcks Politik in den nächsten Wochen bestimmte, auf der andern Seite griff Napoleon noch am Tage nach Königgrätz ein. Auch er war enttäuscht. Diesen Ausgang hatte er nicht vorausgesehen, er hatte Preußens Niederlage, mindestens aber einen langen Krieg erwartet, der Preußens wie Österreichs Kräfte erschöpfte. Diese Wendung stürzte alle Pläne um. Zum militärischen Eingreifen war er infolge des mexikanischen Abenteuers und des Aufruhrs in Algier nicht stark genug, diplomatisch suchte er Preußen unter Druck zu setzen, so sehr es ihm möglich war.

In der Nacht vom 4. zum 5. Juli bot Napoleon telegraphisch Bismarck seine Vermittlung an. Man schwankte einen Augenblick im preußischen Hauptquartier, die Verluste der Preußen waren schwer, das militärische Eingreifen Napoleons ungewiß, ein Zweifrontenkrieg zweifelhaft, Rußland würde voraussichtlich nur neutral bleiben, die bayerische Armee war immer noch 100 000 Mann stark und fast intakt. Selbst wenn man nur einen Defensivkrieg gegen Frankreich führte, schuf die Aussicht

auf einen längeren Krieg, der die Entscheidung im ungewissen ließ, für Preußen eine schwierige Lage. Bismarck war entschlossen, die Vermittlung Napoleons anzunehmen. Und so haben russische Winke, französische Wünsche den Ausgang des Krieges bestimmt.

Die Generale und Wilhelm haben die schwere Lage, die Bismarcks Politik verschuldet hatte, zunächst nicht begreifen wollen. Selbst als die Cholera unter den preußischen Truppen wütete und furchtbare Opfer forderte, war Wilhelm nicht zu überzeugen, daß Bismarck mit Österreich einen Frieden ohne Annexionen schließen mußte. In ihrer Not versuchten sie Ungarn zum Abfall von Franz Joseph zu bringen, ein Versuch, der kläglich scheiterte. Die Generale und Wilhelm planten die Eroberung Wiens, die lange Zeit erfordert hätte; Zeit, die Bismarck so kostbar schien, weil Napoleons Vorstellungen dringender wurden, und ein Kongreß in Aussicht war, der Preußen um die letzten Früchte des Hasardspiels gebracht hätte.

Wilhelm stellte Forderungen, die bei der Haltung Napoleons und Alexanders nur eine Verlängerung des Krieges und den Eintritt neuer Gegner heraufbeschworen hätten — der König verlangte Sachsen, Schleswig-Holstein, Österreichisch-Schlesien, böhmische Grenzgebiete, Hannover, Hessen, Ansbach, Bayreuth, Bundesreform unter preußischer Leitung.

Die Österreicher, mit denen man am 22. Juli eine Waffenruhe vereinbarte, lehnten vor allem die Preisgabe eigenen Gebietes und die Annexion

Sachsens ab. Napoleon hatte Benedetti ins preußische Hauptquartier geschickt und bestand auf Festhaltung der Mainlinie — er plante einen süddeutschen Bund unter seiner Leitung. Die Militärs aber beharrten auf Fortführung des Krieges, selbst auf die Gefahr französischen Eingreifens hin. Wilhelm stand ganz unter ihrem Einfluß, Bismarck wurde von den Militärs boykottiert. Ein Versuch Bismarcks, direkt mit Wien zu verhandeln, scheiterte. Und wahrscheinlich hätten die Generale ihren Willen durchgesetzt, wenn nicht am 24. Juli die Nachricht aus Petersburg eintraf, Alexander wünsche einen europäischen Kongreß. Es ist anzunehmen, daß erst dieser Schritt die Entscheidung zugunsten Bismarcks herbeigeführt hat. Dieser Situation fühlten sich auch die Generale und Wilhelm nicht gewachsen.

In denselben Tagen rückte Napoleon, der über den Zustand der preußischen Armee unter den Folgen der Cholera unterrichtet war, mit eigenen Forderungen heraus — er verlangte durch Benedetti das linke Rheinufer — Bismarck wand sich wie ein Aal und gab zu verstehen, die Rheinpfalz würde er opfern, im übrigen könne sich der Kaiser an Belgien schadlos halten.

Man hat Bismarcks Politik in diesen Tagen immer hoch gepriesen, seine Weisheit, seine Mäßigung, sein weitschauender Blick ist allen Nachfahren empfohlen worden, man hat von seinem Kampf mit den Generalen gesprochen und dann den Sieg des „Zivilisten", dieses Zivilisten, über die Militärs als glorreiche Tat verkündet. Aber Bismarck wurde zu dieser Weisheit

durch die Verhältnisse gezwungen, der Präliminarfrieden von Nikolsburg ist ein Diktat Rußlands und Frankreichs gewesen. In seinen Memoiren hat Bismarck mit keinem Wort darauf hingewiesen, daß und wann er mit dem König über die russisch-französische Intervention gesprochen hat. Schließlich war er selbst schuld, wenn sich Preußen jetzt nach militärischen Erfolgen in einer unheilvollen Lage befand. *Er* hatte losgeschlagen, ohne Napoleon und Alexander fest gebunden zu haben, *er* wollte die Hände frei haben, aber *nach* dem militärischen Sieg war er diplomatisch *der Gefangene des Zaren und des Kaisers.* Immer hat man unterschlagen, daß die Wendung erst erfolgte, nachdem Alexander mit seinem Kongreßwunsch hervortrat. Da verstummte auch Wilhelm. Man darf sich keinen Illusionen hingeben — ohne die Intervention ausländischer Mächte würde Bismarck dem Wiener Hof den Frieden der Generale diktiert haben. Diplomatisch war seine Niederlage vollkommen, als es ihm nicht gelang, mit Wien direkte Verhandlungen aufzunehmen. Man pflegt zu erzählen, seit Königgrätz hätte Frankreich keine Ruhe gegeben, bis die Rache für Sadowa vollzogen gewesen wäre. Natürlich ist das richtig. Napoleon konnte nicht schlagen — das wußte allerdings Bismarck damals nicht —, der Kaiser hatte diplomatisch eine schwere Enttäuschung erlebt, denn er hatte nie mit einem so raschen Ende gerechnet; das war ein Prestigeverlust, den Napoleon nie verwunden hat, er war vor der Öffentlichkeit fast eine lächerliche Figur geworden. Aber ebenso groß war Bis-

marcks diplomatische Niederlage, der Eingriff Napoleons verwundete auch ihn tief. So führt der Weg direkt von Königgrätz nach Sedan. Der preußisch-französische Krieg kam jetzt nicht zum Ausbruch, er wurde nur *verschoben*. Aber bevor Bismarck diesen neuen Krieg führte, sicherte er seinen Rücken in anderer Weise als vor Ausbruch des „deutschen" Krieges. Und das Hauptziel Bismarcks, die *unbedingte Vorherrschaft Preußens in Deutschland*, die völlige Reform des Bundes unter preußischer Führung wurde nicht einmal erreicht. Das Ergebnis des Krieges war Stückwerk, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Ziele Bismarck verfolgt hatte. Der deutsche Krieg war eine Etappe, keine Vollendung. Zwangsläufig mußte ein Krieg aus dem andern folgen, da keine neue Kraft erschien, die die Erneuerung Deutschlands auf anderen Wegen vollzog. Weder im dänischen, noch im deutschen Krieg hat Bismarck sein Ziel erreicht. Jedesmal mußte er *abbrechen*, gefangen in der eigenen Schlinge.

Am 27. Juli wurden in Nikolsburg die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Österreich erklärte seinen Austritt aus dem Deutschen Bund und leistete eine Kriegsentschädigung von 20 Millionen Talern. Venetien, an Napoleon übergeben, war längst von italienischen Truppen besetzt.

Nicht ohne Ironie scheint die Geschichte ihre Kurven ins Buch des Lebens der Völker einzutragen. Im Sommer 1866 sieht man nur Geprellte oder Geschlagene. Aber die Geschlagenen sind die Glück-

lichern: Italien holt sich Venetien, das einem andern übergeben war. Die Österreicher lassen sich von andern „retten“ und können sich der Aufgabe zuwenden, eine Monarchie, die schon in allen Fugen zu krachen schien, zu restaurieren und sich neuen Zielen an andern Fronten zuwenden. Die Trennung Österreichs von der deutschen Sache bedingt seine Balkanpolitik und den verschärften Gegensatz zu Rußland. Die Geprellten aber, die Sieger — die Preußen — stehen mitten in Feindesland und nehmen ein Diktat entgegen, bei dem den Diktierenden selbst nicht wohl zu Mute war. Lächerlich ist die Rolle Napoleons, düpiert fühlt sich der Zar.

Ein Provisorium ist geschaffen, und niemand ist mit ihm zufrieden. In Waffen starrt Europa. Alle dürsten nach Rache. Es herrscht der Zustand eines bewaffneten Friedens, der nicht von Dauer sein kann.

BRÜDER AUF THRONEN

Wilhelm hatte anfangs alle deutschen Fürsten entthronen und ihre Länder annektieren wollen, die gegen Preußen ins Feld marschiert und geschlagen waren. Der Zar hatte seinem Unwillen über diesen „revolutionären Akt" Ausdruck gegeben; das Legitimitätsprinzip empfing einen Schlag, der verhängnisvolle Folgen befürchten ließ. Auch hier lenkte Bismarck ein — Sachsen blieb auf Österreichs Einspruch erhalten, Hessen schützte der Zar. Aber Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt a. M. wurden von Preußen verschlungen, die Fürsten waren als Gefangene abgeführt und starben im Exil; ihre Vermögen wurden beschlagnahmt, ihre Anhänger verjagt; in allen eroberten Gebieten herrschten die Generale, die Verwaltung wurde borussifiziert, die Gebiete wurden in den ersten Jahren ganz wie Feindesland behandelt, Regimenter aus dem Osten kamen in die neuen Provinzen, der Verschmelzungsprozeß wurde absichtlich aufgehalten, und der Steuerdruck war bald so stark, daß allgemeiner Unwille über das preußische Regime herrschte.

Als der Abgesandte Bayerns in Nikolsburg erschien, wurde er von Bismarck angefahren: „Mein Herr! Ich könnte Sie als Kriegsgefangenen abführen lassen!"

Wilhelm wird der Beauftragte des blinden Königs von Hannover gemeldet, er läßt ihm sagen: „Ich kann den Herrn nicht empfangen. *Ich werde eben mit meiner siegreichen Generalität photographiert.*“ Ohne seinen Auftrag erledigen zu können, muß der Bote des blinden Königs wieder abziehen. Vergebens beschwört Georg in Briefen den „Bruder“ Wilhelm. Der Bruder öffnet die Briefe nicht einmal.

Mit den besiegten deutschen Fürsten wurde weder einzeln verhandelt, noch saß man mit ihnen am allgemeinen Konferenztisch zusammen. Ihre Absetzung wurde *dekretiert*, nachdem man die Erlaubnis von Napoleon und Alexander erhalten hatte.

Der Absetzung folgte die Enteignung, folgte die Beschlagnahme des Grundbesitzes, folgte endlich ein jahrelanges Feilschen um die Zahlung einer Rente. Wieder beschworen die leider von ihresgleichen davongejagten Fürsten den König und mahnten an die Wahrung des konservativen Prinzips. Höhnisch entgegnete Bismarck: „In einem Kampf, wo es sich um die Existenz, um die heiligsten Interessen Preußens handelt, kenne ich kein Recht.“ Prinzipien des göttlichen und konservativen Rechts? „Wenn es sich um die Existenz Preußens handelt, alliiere ich mich mit der Revolution, und wo ich sonst Hilfe finde.“

Jahrelang währte dieser Streit. Bismarck sah nirgends die Frage des Rechts. „Wir schulden dem König von Hannover nichts.“ Man verschleppte die Auseinandersetzungen, zermürbte die Gegenpartei, verhöhnte sie immer wieder und legte nach Jahresfrist einen Vertrag vor, der sehr wichtige Klauseln

enthielt — ausgesprochen politischen Charakters. Verzichtet zuerst ausdrücklich auf die Krone! Der Grundbesitz wird aufs äußerste beschränkt und fällt unbedingt unter das Fallbeil der Klausel. Gelder in England — an die man nicht herankann, — werden „großmütig" dem Hannoveraner überlassen. Fast der gesamte Grundbesitz bleibt „zur Disposition der Krone Preußens". Der König erhält eine Rente von preußischen Staatspapieren, deren Zinsendienst man also stets regulieren kann. Die Papiere selbst werden in Preußen deponiert, bis . . . folgt neue Klausel...

Im Landtag erklärte Bismarck: „Ob ein Rechtsanspruch des Königs Georg überhaupt vorliegt, diese Frage — ich muß aufrichtig gestehen, es ist vielleicht ein großes Unrecht von mir — habe ich mir nie gestellt. Ich habe mich bloß daran gehalten: welche politischen Vorteile gehen aus dem Abkommen hervor für die Gesamtlage der Politik?"

Die Verträge wurden dann unterschrieben, aber Bismarck sabotiert ihre Ausführung, er hat immer neue Argumente. Dann taucht die Frage der hannoverschen Legion auf. Auch für Hannover — darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben — spielte die Frage der deutschen Einheit keine entscheidende Rolle. Auch für Hannover handelte es sich nur um dynastische Interessen. Deshalb verbanden sich die hannoverschen Royalisten mit Frankreich und rekrutierten in den Ostdepartements Frankreichs eine Legion. Einerlei, welche Kampfkraft diese Formation besessen. Für Bismarck war ihr Dasein entscheidend. Es steht unzweifelhaft fest, daß Bis-

marck sich nicht nur nicht über den Kampfwert dieser Legion täuschte — er hat sie verhöhnt, aber er ging einen Schritt weiter — er schickte seine eigenen Leute in die Legion — sie war ihm nicht stark genug, und außerdem ließ er Provokationen zu, ja befahl sie sogar!! Vor allem kitzelte er die Geldgelüste der Legionäre. Dann lagen sie doch den Welfen auf der Tasche, dann machten sie ihre Geldverlegenheiten noch schwieriger. Und Bismarck hielt wiederum mehrere Eisen im Feuer. Der Teufel wurde im Landtag von ihm an die Wand gemalt. Und außerdem beschlagnahmte man weiter, rückte keinen Groschen heraus: Der blinde König wirbt ja Truppen, um Preußen zu bekriegen! Er steht im Bunde mit den Franzosen! Er will Preußen vernichten! Neue Beschlagnahme. Wilhelm willigt ein. Dann wird der Vertrag überhaupt hinfällig. Und zuletzt spielt Bismarck noch den moralisch Entrüsteten! Georg hat unser Vertrauen mißbraucht, hat sein „fürstliches Ehrgefühl" verleugnet.

Wir wollten ihm mehr geben, als er je besessen hatte. Handelt es sich um Recht? Wir waren großmütig! Denn wir waren ihm gar nichts schuldig. „Über juristische Zwirnsfäden wird die königliche Regierung nicht stolpern in der Ausübung ihrer Pflicht, für den Frieden des Staates zu sorgen."

Man bildet einen Fonds, den berüchtigten *Welfenfonds;* er bringt eine Million Zinsen jährlich. Der Fonds wird nicht der Seehandlung übergeben, sondern einer Privatbank — Bismarcks Hausbankier Bleichroeder, der fünfzig Zeitungen beeinflußte. Mit

Hilfe dieses Fonds unterstützt Bismarck seine Presse, kauft sich Journalisten, gründet Blätter — der Fonds selbst — vielmehr die Ausgaben — werden *nicht* kontrolliert. Aus demselben Fonds empfängt Ludwig II. von Bayern jährlich 300 000 M., damit er seine Einwilligung zur Kaiserkrönung der Hohenzollern gebe — derselbe Ludwig, der 1866 der Bundesgenosse des Hannoveraners war. Als der Welfenfonds gegründet wurde, ruft Bismarck den Abgeordneten zu: „Ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen, bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben!" Was er selbst trieb, konnte niemand kontrollieren. Seine Reptilien krochen in allen Ämtern, Redaktionen, Banken, Missionen herum. So wurde die Öffentlichkeit beeinflußt, ihre Macher korrumpiert. Das war das System, mit dem das neue Deutschland regiert wurde.

Im August begannen die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten über ihr Verhältnis zu Preußen. Von einer bedingungslosen Unterwerfung konnte nicht die Rede sein, nachdem die Annexion der nord- und mitteldeutschen Staaten schon gegen Alexanders Willen erfolgt war. Die Rücksicht auf Napoleon gebot im Süden vorsichtig zu lavieren. An die Aufrichtung eines neuen Deutschen Bundes war nicht zu denken. Man mußte mit dem „Norddeutschen Bund" zufrieden sein und konnte mit den süddeutschen Staaten nur Verträge schließen. Um sie auf seine Seite zu bringen, ließ Bismarck seine Gespräche mit

Napoleon in der französischen Presse publizieren. So schwächte er Napoleons Stellung im eigenen Lande und trieb zugleich die Süddeutschen ins preußische Lager. Als er ferner in den Verhandlungen mit den Süddeutschen die Absichten Napoleons auf das linke Rheinufer, die Verhandlungen über die Rheinpfalz kurz vor Ausbruch des deutschen Krieges bekanntgab, war die Lage zugunsten Preußens entschieden. So kam ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis zustande; im Kriegsfall waren die süddeutschen Staaten verpflichtet, ihre Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen. Die eigentlichen Friedensbedingungen für Bayern waren drückend genug, es zahlte 30 Millionen Taler, während Österreich mit 20 Millionen nach allen Abzügen davonkam; die Grenzziehung wurde an einigen Stellen berichtigt.

Am 23. August 1866 wurde in Prag der Frieden zwischen Österreich und Preußen unterzeichnet. Der Territorialbestand der Monarchie mit Ausnahme Venetiens bleibt unverändert, die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes wird anerkannt, der Kaiser gibt seine Zustimmung zur neuen Gestaltung Deutschlands ohne Österreichs Beteiligung, ferner zur Gründung des Norddeutschen Bundes und zu Abmachungen zwischen den süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bund, Schleswig-Holstein fällt an Preußen, Österreich zahlt 40 Millionen Taler, nach Abzügen bleiben 20 Millionen Taler zu zahlen. Sachsen bleibt in seinem Umfang bestehen, wird aber Mitglied des Norddeutschen Bundes. Artikel V des

Vertrags verpflichtet Preußen zur Abtretung der nördlichen Distrikte von Schleswig an Dänemark, falls die Bewohner durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden. Dieser Artikel wird nicht erfüllt, eine Abstimmung nicht geduldet, trotzdem Frankreich einige Jahre später vergeblich Vorstellungen erhob; das kleine, geschwächte Dänemark vermochte mit seinen Forderungen nichts auszurichten, für die Mächte war die Angelegenheit nur eine Bagatelle, deshalb unternahmen sie nichts; aber in Dänemark wurde das Unrecht nie vergessen. Im Oktober 1878 wird der Artikel durch Staatsvertrag zwischen Österreich und dem Reich außer Kraft gesetzt; die Bewohner selbst wurden nie um ihre Zustimmung gefragt, erst der Versailler Vertrag rollt die Frage wieder auf und fordert die versäumte Abstimmung in den eroberten Gebieten, die endlich durchgeführt wurde.

SIEGER UND BESIEGTE

Im März 1866 war das preußische Abgeordnetenhaus aufgelöst worden. Die letzten Monate der scheinoppositionellen Kammer hatten noch heftige Rededuelle zwischen Bismarck und oppositionellen Abgeordneten gezeitigt. Der Konflikt blieb ungelöst. Am 3. Juli, am Tage von Königgrätz, erfolgten die neuen Wahlen — sie brachten der Opposition eine schwere Niederlage, denn sie verlor fast 100 Sitze, trotzdem besaßen die Konservativen immer noch nicht die Majorität. Auf der stundenlangen Fahrt von Prag nach Berlin versuchte Bismarck, den König zu einer neuen Politik im Innern zu bestimmen. Der König und die Generale hatten den Wunsch, die Säbelherrschaft in Preußen zu proklamieren; Wilhelm vor allem begriff nichts von der völlig veränderten Situation. Eine Deputation von Konservativen war im Hauptquartier erschienen und hatte den König aufgefordert, mit der Parlamentsherrschaft für immer ein Ende zu machen. Ähnliche Gedanken hatten ja Schweinitz auf dem Schlachtfeld von Königgrätz bewegt, jetzt konnte wieder „konservativ und anständig" regiert werden, das Spiel mit der „Revolution von oben" sollte ein Ende haben. Sie sahen nicht, daß dieses neue Preußen eine andere Stellung

einnahm, daß durch die Eroberung neuer Provinzen das Schwergewicht nicht mehr im Osten lag, sondern sich nach Westen verschob — die Brücken zwischen Westen und Osten waren endlich geschlagen, von Memel bis Aachen wehten preußische Fahnen. Die Bourgeoisie hatte in loyaler Opposition gestanden, den Krieg nicht gewollt, aber ihm auch nicht widerstrebt. Nicht die feudale Klasse allein, wirtschaftlich längst geschwächt, sondern die aufstrebende, sich immer mächtiger entfaltende Bourgeoisie genoß vor allem die Früchte des Sieges. Bismarck hatte sein Endziel nicht erreicht, der Kampf um die Vorherrschaft Preußens war nicht beendet, aber durch das Stückwerk des Norddeutschen Bundes war im Norden ein Einheitsgebiet geschaffen, durch die Geheimverträge mit den süddeutschen Staaten hatte die Mainlinie faktisch aufgehört zu existieren, Es entstand wirtschaftlich durch den Zollverein und die Ausschaltung des politischen Einflusses Österreichs ein Einheitsgebiet, das im wesentlichen bereits das heutige Reich umfaßt. In diesem Gebiet war die Bourgeoisie die stärkste Klasse; bei der rapiden Entwicklung der Produktion mußte sich der Verschmelzungsprozeß des neuen Preußen trotz aller Übertragung ostelbischer Administrationsmethoden, trotz des harten Steuerdrucks unaufhaltsam vollziehen. Die Interessen der Bourgeoisie erzwangen diesen Prozeß. Die veränderten Produktionsverhältnisse bedangen eine andere Regierungsform, verschoben die Struktur der Klassen. Ein Irrtum, zu glauben, daß Königgrätz diese

Lage geschaffen hätte, der Umwälzungsprozeß der Produktionsverhältnisse bedingte die Einheitsreform. In Wirklichkeit war längst die Bourgeoisie der entscheidende Faktor, *ihre* Interessen erforderten die Umformung; was bedeutete schon für eine aufstrebende Klasse die Summe von 10 Millionen Talern, wenn sie sonst alle Möglichkeiten besaß, sich zu entfalten und sich wirtschaftlich zu sichern! Die feudale Klasse besaß immer noch die Herrschaft auf dem Lande und den Einfluß auf die Verwaltung, vor allem hielt sie den Machtapparat in der Hand — die Armee. Aber nirgends kollidierten die Interessen der Junker und der Bourgeoisie derart, daß Anlaß zum Kampf gegeben war. Im Gegenteil: die Bourgeoisie näherte sich der Junkerklasse, als das Proletariat zwangsläufig immer stärker wurde und, politisch organisiert, seine Forderungen erhob.

Der König und die Hochtorys haben diese Umwandlung offenbar nie erkannt; Bismarck hat den Umwälzungsprozeß nie begriffen, was er anerkannte, waren die Machtfaktoren, mit ihnen paktierte er. Damals 1866 wurde er sogar seinem Grundsatz untreu, der eine liberale Politik nach außen, eine konservative Politik im Innern erforderte; dieses Evangelium erwies sich praktisch undurchführbar. Das Ende des Krieges sah das neue Preußen von einem Wall von Feinden umgeben: ein mißtrauisches Rußland, das eine Jahrhunderte alte Machtstellung verloren hatte, ein gekränktes Frankreich, das sich düpiert fühlte und kein Geschäft gemacht hatte, ein verwundetes Dänemark, ein aufstrebendes Italien, das sein Endziel noch nicht

erreicht hatte und dem Meistbietenden gefällig war; im Innern Kampf mit den Anhängern davongejagter Dynastien, schwierige administrative Aufgaben, Neuordnung der Beziehungen Preußens zu den süddeutschen Staaten. War unter solchen Umständen der Kampf mit der Bourgeoisie fortzusetzen oder gar die bisherige schlechte Verfassung zu suspendieren und die Diktatur auszurufen? Bestand sie nicht der Form, aber dem Wesen nach? Die besiegten deutschen Staaten und Österreich konnten sich zu Vertretern der Bourgeoisie erklären — die Lage in den eroberten Provinzen war keineswegs derart, daß die Preußen freudig begrüßt wurden. Es gab keinen andern Weg für Bismarck, als einen Ausgleich zu suchen, einen Frieden mit der Bourgeoisie zu schließen, deren Interessen er längst verfochten hatte. Wesentlich war, keine Rechte der Krone und der feudalen Klasse preiszugeben.

Nach langen Debatten ließ sich der König umstimmen, man wollte „*Indemnität*" verlangen. In der Thronrede, mit der am 5. August der Landtag eröffnet wurde, kündete er an, daß „die Landesvertretung in bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung um nachträgliche Verwilligung angegangen" werden solle.

Die Opposition nahm trotz anfänglichen Widerstrebens den Antrag auf Indemnität an, nur Katholiken, Polen und Mitglieder der Fortschrittspartei stimmten mit „Nein". Der Friede war geschlossen, politisch hatte die Bourgeoisie für immer kapituliert; dabei hatte der Akt Bismarck nichts gekostet, nur

ein Zustand war rechtlich sanktioniert worden, den die Opposition durch ihr Verhalten längst gebilligt hatte.

Positionen des Königs, der feudalen Klasse aber sind infolge der Neuordnung der politischen Verhältnisse nicht geräumt worden. Für die Kammer in Preußen galt das Dreiklassenwahlrecht, das im Jahre 1850 durch Verfassungsbruch oktroyiert war; alle Polizeigesetze, das Strafrecht, die agrarische Verfassung blieben unangetastet. Die Macht des alten Preußen blieb ungebrochen. Es ist wichtig, diese Tatsache zu konstatieren, weil gerade *sie* den Beweis liefert, daß 1866 ein Sieg der Reaktion auf der ganzen Linie war. Und da in den Ländern an den alten Verfassungen nicht gerüttelt wurde, wird der Wert der Verfassung des Norddeutschen Bundes um so zweifelhafter; das allgemeine, direkte Wahlrecht, das Bismark vor dem Kriegsausbruch als Köder ausgespielt hatte, mußte er einführen, aber er ließ es nur für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gelten, der am 12. Februar 1867 gewählt wurde. Zwei Sozialdemokraten zogen in den Reichstag ein, der eine von ihnen war August *Bebel*.

In der Thronrede zur Eröffnung des verfassunggebenden Reichstages am 20. Februar 1867 war das Verhältnis der *Einzelstaaten* zum Bunde festgelegt. Diese Rede macht mit allen Träumen ein Ende, die noch aus der Frankfurter Zeit vielleicht in den Köpfen einiger Liberalen und Demokraten spukten. Man müsse sich an Tatsachen halten und sich nicht durch Ideale blenden lassen: „die Einigung des deut-

schen Volkes an der Hand der Tatsachen suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten opfern", wird eine Notwendigkeit genannt. „Der Ihnen vorzulegende Verfassungsentwurf mutet der Selbständigkeit der Einzelstaaten zugunsten der Gesamtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich sind, um den Frieden zu schützen, die Sicherheit des Bundesgebiets und die Entwicklung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten." In diesen beiden Sätzen ist das Wesen der Verfassung charakterisiert, deren „vollendeterer Ausbau ... getrost dem ferneren erneuten Wirken der deutschen Fürsten und Volksstämme überlassen bleiben" könne. Die hervorragende Stellung des Königs von Preußen wird in dem Satz gekennzeichnet: „Als Erbe der preußischen Krone fühle ich mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind."

Innenpolitisch hat Bismarck mit dieser Verfassung das Ziel erreicht, das er erstrebte. Wenn er in der Frage des geheimen Stimmrechts nachgeben mußte, versuchte er diese Schlappe wettzumachen, indem den Abgeordneten keine Diäten zugesprochen wurden. Es ging bereits um die Niederhaltung der jungen Arbeiterbewegung. Aber die Arbeiter erklärten stolz, sie würden schon die Groschen für ihre Vertreter aufbringen.

Die Selbständigkeit der Einzelstaaten innerhalb ihrer Grenzen war gewahrt. Der Reichstag war als Gegengewicht gegen die Dynastien gedacht, im ge-

heimen spielte Bismarck mit dem Gedanken, dieses Parlament, das in ruhigen Zeiten keinen entscheidenden Einfluß auszuüben vermochte, in Aktion treten zu lassen, um gegebenenfalls die Dynastien zur Räson zu bringen. Die Ereignisse haben bewiesen, daß die Entwicklung gerade umgekehrt verlief. Mochten die Befugnisse des Parlaments noch so gering sein, mochte die Stellung des Bundeskanzlers mit weittragenden Befugnissen ausgestattet sein — das Parlament wurde die Stätte, wo die junge sozialdemokratische Partei zum ganzen Volke sprechen und in schwersten Zeiten die Regierung attackieren konnte, wenn keine andern Möglichkeiten mehr gegeben waren.

Die Stellung des Bundeskanzlers war in der neuen Verfassung überragend gesichert, nur der König konnte ihn ernennen und abberufen, er war dem Bundespräsidium verantwortlich, das im *Bundesrat* seine Spitze hatte. Dieser Bundesrat setzte sich aus den Vertretern der Einzelstaaten zusammen und gab „der Souveränität der Fürsten unbestritten Ausdruck". Er besaß die Exekutive und das Recht der Gesetzgebung und war unumschränkt, neben ihm spielte der Reichstag eine untergeordnete Rolle. Von einem Ministerium, das dem Parlament verantwortlich war, war keine Rede. Aber nicht nur der Reichstag, auch die Einzelstaaten waren schließlich gegenüber Preußen machtlos, das im Bundesrecht formal allerdings nicht die Mehrheit besaß, aber mit den Stimmen der kleinsten Staaten innerhalb seines Gebietes jede Frage in seinem Sinne entscheiden

konnte. Das volle Budgetrecht besaß der Reichstag nicht, damit waren alle parlamentarischen Eingriffe in militärische Angelegenheiten ausgeschlossen. Die Sonderstellung der Armee war nicht erschüttert. Darauf kam es dem König und Bismarck vor allem an. Preußens überragende Position war nach allen Seiten gesichert.

PROBEMOBILMACHUNG

Noch Ende des Jahres 1866 erschien Benedetti im Auftrag Napoleons bei Bismarck, um alte Forderungen zu kassieren. Im August hatte Benedetti Preußen einen Vertragsentwurf angeboten, der Frankreich die Grenzen von 1814 und die bayrischen wie hessischen Gebiete auf dem linken Rheinufer zusicherte. Darüber hatte man wiederholt mit Bismarck verhandelt, zeitweilig schien er sogar seine Zustimmung erteilt zu haben, die Formulierung in einem festen Vertrag aber lehnte er ab, nach Ende des Krieges war die Situation so verändert, daß Bismarck lächelnd zur Tagesordnung übergehen konnte.

Napoleon, düpiert und überlistet, in Mexiko geschlagen, in Europa lächerlich gemacht, mußte in der Offensive bleiben, er brauchte einen Erfolg, um die eigene Stellung zu festigen. Wenn jetzt alle Hoffnung auf den Besitz des linken Rheinufers und die Gründung eines neuen Rheinbundes nicht möglich war, mußten Kompensationsobjekte geschaffen werden. Bismarck verwies auf Belgien, aber dessen Annexion hätte England nie geduldet, außerdem gab es Verträge, garantiert von den Großmächten selbst. Schon im August hatte Napoleon die *Luxemburgfrage* aufgeworfen. Luxemburg war Mitglied des Deutschen

Bundes gewesen, wurde aber nicht in den Norddeutschen Bund aufgenommen. Die Besatzung der Festung hatte Preußen gestellt, der Souverän war der König von Holland, mit dem Napoleon bald in Verhandlungen wegen eines Kaufes eintrat, die im Frühjahr 1867 bekannt wurden. Den Forderungen Napoleons an Preußen, das Land preiszugeben, war Bismarck ausgewichen, er hatte auf eine Befragung des Landes selbst durch Napoleon hingewiesen. Hinsichtlich Belgiens stellte man Neutralität in Aussicht, vorausgesetzt, daß der Kaiser sich nicht mehr in deutsche Angelegenheiten einmischte. Im Haag wieder machte man seine Zustimmung von der Haltung Preußens abhängig. So hatte sich Napoleon im Kreise gedreht und nichts erreicht. Im März benutzte Bismarck zum ersten Male den Reichstag, um eine große nationale Kampagne zu entfesseln, er wußte, daß die Luxemburger Frage eine Bagatelle war, aber er wußte ebenso, daß er sich mit Frankreich schlagen wollte, dessen Lage immer prekärer wurde. Er machte eine seelische Probemobilmachung, um die Stimmung in Deutschland zu erkunden, richtete drohende Worte an Frankreich, das nichts als einen Handel im Sinne hätte. Der Reichstag erklärte fast einstimmig, Luxemburg sei und bleibe deutsch, kein Fußbreit deutscher Erde dürfe preisgegeben werden. Bismarck selbst veröffentlichte die Geheimverträge mit den süddeutschen Staaten. Das ganze Land geriet in einen nationalen Taumel und Kriegsrausch. Die großen Mächte traten in Aktion und boten ihre Vermittlung an, Alexander schlug eine Konferenz in London vor.

Bismarck und Napoleon nehmen den Vorschlag an, Bismarck, weil er nicht wegen Luxemburg allein den Krieg machen wollte, Napoleon, weil er nicht anders konnte. Im Mai entscheidet die Londoner Konferenz: Luxemburg bleibt unter holländischer Souveränität, die Festung wird geschleift, die preußischen Truppen ziehen ab, dem Land wird ewige Neutralität garantiert. Napoleon war wieder düpiert.

Mit knapper Not war man am Abgrund eines Krieges vorübergeglitten — fraglich, ob Bismarck den Krieg damals gemacht hätte, wenn Napoleon nicht auf den Konferenzvorschlag einging. Aber Napoleon konnte ihn nicht führen, das ist gewiß. Seine neue diplomatische Blamage, das Ende Maximilians, die Isolierung in Europa aber zwangen ihn, Bundesgenossen zu suchen. Noch im Laufe des Jahres 1867 knüpfen sich festere Fäden zwischen Paris und Wien. Im August fuhr Napoleon nach Salzburg und verhandelte mit Franz Joseph, trat zugleich mit Italien in Verbindung. Aber alle diese Versuche scheitern an übersteigerten gegenseitigen Forderungen, der schwachen militärischen Position der Mächte und Österreichs Unlust, sich in das Abenteuer eines neuen deutschen Krieges zu stürzen. In den nächsten Jahren reisen trotzdem die Militärs lebhaft zwischen Wien und Paris hin und her, strategische Pläne werden entworfen, der Sieger von Custozza, Erzherzog Albrecht, verhandelt im Frühjahr 1870 mit Napoleon über einen Aufmarsch gegen Deutschland. Alle diese Unterhandlungen werden sehr geheim geführt, sie erhielten nie feste Form und sind als Abwehrmaß-

nahmen gegen den zu fürchtenden preußischen Angriff gedacht, von dem man in Wien wie in Paris fest überzeugt ist. Eines scheint festzustehen, daß *eine* Macht allein nicht schlagen wollte.

Die inneren Verhältnisse spitzen sich in Frankreich infolge der unheilvollen Finanzwirtschaft zu, die Expeditionen haben Unsummen gekostet, die Armee ist fast verwahrlost. Wahlen im Jahre 1869 zeigen die wachsende Opposition gegen das kaiserliche Regime. Im Frühjahr 1870 entschließt man sich zu Reformen und veranstaltet ein Plebiszit, das zwar für den Kaiser eine Mehrheit bringt, aber eine gewaltige Zahl von Stimmenthaltungen und ein äußerst ungünstiges Resultat in der Armee täuschen nicht über die fast verzweifelte Situation. *Nichts Schlimmeres konnte dem Kaiserreich widerfahren als ein Krieg.* Die Erklärung des Erzherzogs Albrecht, Österreich könne im Jahre 1870 noch nicht schlagen, wurde nicht ungern gehört.

Zum letzten Male hatte im Sommer 1867 Napoleon anläßlich der Pariser Weltausstellung sich im Glanze einer Macht gesonnt, die schon damals erschüttert war. Der Zar und Wilhelm weilten in Paris. Bismarck begleitete den König und hatte einige Unterredungen mit dem Kaiser. Er riet zu liberalen Reformen — — der Schüler belehrte den Meister.

In allen Pariser Salons ist Bismarck damals Tagesgespräch, ganze Legenden werden um die unheimliche Figur gesponnen. Zola hat in „Nana" und „Geld" den Eindruck wiedergegeben, den Bismarcks Erscheinen hervorrief. Grauen paarte sich mit Neugier,

Lüsternheit mit Antipathie. Er erschien wie ein Barbar und doch faszinierend. Man fand ihn „entzückend" und abstoßend zugleich. „Er macht den Eindruck eines brutalen Menschen, der keine gute Kinderstube gehabt hat. Ich halte ihn außerdem für dumm" ... „Ich begreife nicht, daß dieser Mensch in letzter Zeit so große Erfolge haben konnte ..." „Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß er sehr geistreich ist ..." „Sie meinen, Herr von Bismarck wird mit uns Krieg anfangen und uns schlagen? Das ist aber ein starkes Stück ..." „Und dann ist ja auch noch der Kaiser da ..."

Der Kaiser aber ist ein schwerkranker Mensch, seine Künste fangen nicht mehr, Nationalitäten warten nicht auf Befreiung, in den nordfranzösischen Departements brechen gewaltige Streiks aus, die Bankkrachs nehmen kein Ende. Minister kommen und gehen. Auf den Zaren wird in Paris geschossen. Wo ist noch Sicherheit, wo ist noch ein Ausweg? Die Feuerwerke prasseln noch einmal in flammender Pracht im Dunkel der Juninächte. Wie ein Alp lagert die Vision einer jungen barbarischen Macht auf dem Lande.

Vier Jahre der gewaltigen Rüstungen im preußischen Deutschland: Ausbau der Heeresmacht, Durchführung der neuen Bewaffnung, Erhöhung der Kontingente, Ausbau des Eisenbahnnetzes, der Straßen. Der Generalstab unter Moltkes Leitung entwirft schon kurz nach Ende des 66er Krieges die Aufmarschpläne gegen Frankreich. Die Mobil-

machung wird so erfolgen, daß man um mehrere Tage den Franzosen voraus ist. Argwöhnisch werden alle Vorgänge bei der Armee des Gegners beobachtet, die Spione Preußens wimmeln im Lande herum, die Attachés bei der Gesandtschaft sind wachsam wie die Hunde. Der spätere General v. Loë erhält in Paris besondere Aufgaben, stellt ausgezeichnete unterirdische Verbindungen her und schickt Berichte über den Zustand der französischen Armee, mit denen Bismarck außerordentlich zufrieden ist.

Diese Berichte waren nicht derart gefärbt, um an höheren Stellen zu gefallen, sondern gaben den Eindruck vom Niedergang des französischen Heerwesens unverfälscht wieder: Frankreich konnte nicht schlagen.

Im Frühjahr 1867 — zur Zeit des Luxemburger Konfliktes — erklärte sich v. Loë in der Lage, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß Frankreich nicht imstande wäre, Krieg gegen Preußen zu führen. Um so herausfordernder wurde die Haltung Bismarcks, um so demütigender war die Lage Frankreichs. In den nächsten Jahren versuchte man mit unzulänglichen Mitteln eine Reform der französischen Armee, aber der Vorsprung Preußens war nicht mehr einzuholen.

Die Entschlossenheit zum Krieg gegen Frankreich war bei den Generalen vorhanden, für Bismarck bestand die Aufgabe darin, den günstigen Moment für die Entfesselung des Kampfes zu suchen.

Die diplomatischen Minenleger stachen in See.

IN SPANIEN WIRD EIN THRON FREI

Im Jahre 1868 war die Königin Isabella von Spanien verjagt worden, die Spanier suchten sich einen neuen Herrscher und dachten zuerst an einen Orleans, der Napoleon nicht genehm war. Auch der König von Portugal und ein italienischer Prinz, an die man herangetreten war, dankten für das Angebot. Da verfiel man auf eine Idee, auf die man bei den großen Auswahlmöglichkeiten schon früher hätte kommen können — man wandte sich nach Deutschland. Seltsamerweise suchte man sich nicht einen Prinzen aus den vielen kleinen Häusern aus, sondern einen Sprößling aus der Seitenlinie der Hohenzollern — den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen. Er war katholisch, jung, mit einer portugiesischen Prinzessin verheiratet, zu Napoleon unterhielt er gute Beziehungen. Mit ihm würde man leben können. Im Februar 1869 war zum ersten Male die Idee dieser Kandidatur aufgetaucht. Im März erklärte bereits Benedetti im preußischen Auswärtigen Amt, daß die Kandidatur des Erbprinzen in Frankreich auf Widerstand stoßen würde. Der König wie Bismarck schienen dem Fall keine besondere Bedeutung beizumessen. Als im Mai Benedetti mit Bis-

marck über die Frage diskutierte, erklärte Bismarck, bei den unsicheren Verhältnissen in Spanien würde der König ebensowenig wie der Vater des Erbprinzen zur Annahme des Antrags raten. Aber schon damals gewann Benedetti den Eindruck, daß Bismarck nicht offen ausspreche, was er denke. Während man Benedetti vor acht Wochen noch im Auswärtigen Amt erklärt hatte, der König werde die Annahme der Krone dem Prinzen in *keinem* Falle erlauben, war jetzt nur davon die Rede, man könne dem Prinzen nicht raten, die Krone anzunehmen, falls sie ihm angeboten würde. Schon jetzt hat sich offenbar ein gewisser Wandel in Berlin vollzogen, der König scheint bereits schwankend geworden zu sein, Bismarck spürt, daß Frankreich die Besetzung des spanischen Thrones unangenehm ist. Der Fallensteller geht ans Werk.

Im Sommer 1869 entsendet der spanische Königsmacher, der Marschall Prim, einen Staatsrat nach Deutschland, um Verhandlungen mit den Hohenzollern-Sigmaringen zu führen, seltsamerweise besucht der Staatsrat zuerst den preußischen Gesandten in München, der die Verbindung mit den Hohenzollern herstellt. Bei der Art Bismarcks, keinen seiner Beamten einen selbständigen Schritt machen zu lassen, ist anzunehmen, daß Bismarck von diesem Vorgang unterrichtet war. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, in Sigmaringen lehnte man nicht ab, nahm auch nicht an.

Im Februar 1870 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Spanier erschien zum

zweiten Male in Deutschland, versehen mit Briefen an Wilhelm und Bismarck. Napoleon war von *diesem* Schritt *nicht* unterrichtet, über den ersten Schritt hatten ihn die Hohenzollern selbst informiert. Jetzt entschloß man sich in Berlin zu einem *Familienrat*, der die Frage ins Rollen brachte und durch die Anwesenheit Bismarcks politischen Charakter empfing. Seine Beschlüsse waren von weittragenden politischen Folgen. Es war Bismarcks Bestreben, den Fall als Angelegenheit der Familie Hohenzollern erscheinen und den König als Familienältesten in Aktion treten zu lassen, selbst aber ganz aus dem Spiele zu bleiben, als hätte die Affäre nichts mit Politik zu schaffen. Aus der Kulisse unternahm er indessen den Vorstoß, um die Dinge so zu gestalten, wie sie seinen Zwecken entsprachen; es kam darauf an, Napoleon zu provozieren. Kurz vor dem Familienrat verfaßte Bismarck eine Denkschrift für den König, die alle Vorteile und Nachteile einer Annahme der Kandidatur erörterte, aber zum Schluß kam, daß die Annahme der Krone „im Interesse des Friedens und der Zufriedenheit bei uns im Lande für nützlich und für die ungefährlichste Entwicklung der spanischen Frage" zu halten sei. Nur flüchtig wurde erwähnt, die Annahme seitens des Hohenzollern sei auch für Frankreich von wesentlichem Wert. Der König war ahnungslos. Daß Bismarck den Fall absichtlich bagatellisierte, um den König zu fangen, begriff Wilhelm nicht. Noch in diesen Tagen gab er zu verstehen, daß er „von Haus aus gegen die Sache" sei. Im Familienrat riet er bestimmt ab. Diese Haltung zwang Bis-

marck zu doppelter Vorsicht, er sprach sich für die Annahme der Krone aus und zerstreute vor allem die Bedenken über die gefährliche Lage in Spanien, von der jetzt nicht mehr die Rede sein könne. Aus den Tagebüchern des Königs Karl von Rumänien geht hervor, daß Bismarck in diesen Tagen mit äußerster Energie die Annahme der spanischen Kandidatur verfocht. Sowohl der König wie der Kronprinz traten Bismarck entgegen, der aber „mit großer Wärme" seinen Standpunkt verfocht. Man kam im Familienrat zu einer Ablehnung. Am 15. März wurde ein Kronrat abgehalten, in dem der König den Vorsitz führte, der Kronprinz, Karl von Rumänien, Bismarck, Roon, Moltke, Schweinitz, Thile und Delbrück waren zugegen. „Der einstimmige Beschluß der Ratgeber lautete auf Annahme, weil dieselbe eine preußisch-patriotische Pflichterfüllung sei." Nach Delbrück wurde in diesem Kronrat auch bereits von der Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich gesprochen; der Oheim Delbrücks wohnte dieser Sitzung bei und ließ sich dem Historiker gegenüber aus, daß er Bismarcks Politik in dieser Zeit als *provokatorisch* für die Franzosen ansah. Auch die Hinzuziehung Moltkes und Roons weist darauf hin, daß der Fall nicht mehr nur als Familienaffäre behandelt wurde. Wir wissen aus früheren Vorgängen, wie eng die Verbindung zwischen Bismarck und Roon war, sie hatten wiederholt gemeinsame Sache gemacht, wenn es um wichtigste Entscheidungen ging, sie hatten sich stets verbündet, um den König vorwärts zu stoßen. Der Krieg

gegen Frankreich war der Krieg Moltkes und Roons — sollten sie plötzlich getrennt marschieren, wo alles darauf ankam, den König einzufangen? Kaum anzunehmen. Die Tatsache des Kronrats übrigens hat Bismarck aus guten Gründen stets geleugnet.

Weil man kein reines Gewissen mehr hatte, wurde beschlossen, den Spanier zur Abreise zu drängen, seine Anwesenheit in Berlin konnte auffallen — es gab also schon etwas zu verbergen —; Bismarck wiederholte in den nächsten Wochen seine Forderungen, der Prinz, der übrigens ebensowenig wie sein Vater Neigung zur Annahme verspürte, sollte die Kandidatur annehmen. Endlich schickte er im April sein Geschöpf — Lothar *Bucher,* den früheren Freund Lassalles, Revolutionär von 1848, Überläufer nach Bismarcks Eintritt ins Ministerium, und einen Major Versen nach Madrid; sie sollten die „Verhältnisse prüfen" — Bucher überbrachte Prim einen Brief seines Chefs, der die Marschroute vorschrieb. Lothar Bucher hat später selbst erklärt, Bismarck habe mit der Kandidatur dem Kaiser Napoleon eine Falle gestellt, aber weder Wilhelm, noch der Kronprinz hätten von Bismarcks wahren Absichten eine Ahnung gehabt. Daß Bucher einen Brief an Prim erhielt, hat später Bismarck sogar Bucher gegenüber bestritten!!

Während Bucher noch in Madrid weilte, traf die Nachricht ein, der Erbprinz hätte endgültig abgelehnt. Aber als Bucher und Versen zurückkehrten, vermerkte Karl von Rumänien in seinem Tagebuch, die beiden Abgesandten hätten zufriedenstellende Berichte mitgebracht, Prim selbst hoffe auf spätere

Annahme. Bismarck hat auf eigene Faust, ohne sich um den Widerspruch der andern zu kümmern, nicht nur die Annahme der Kandidatur weiterbetrieben, sondern auch Prim zum Ausharren und zu neuen Aktionen ermutigt. Wesentlich ist, daß Bismarck den Rat gab, *Prim solle nicht mit der Regierung, sondern mit dem Prinzen selbst verhandeln.* Die Version, als ob es sich um eine Familienangelegenheit handelte, wollte er unbedingt aufrechterhalten wissen. Nach Delbrücks Darstellung sandte Bismarck noch einen zweiten Brief an Bucher, als er noch in Madrid war, in dem die Lage so dargestellt wurde, als ob sich Frankreich rasch beruhigen und keinen Krieg führen würde. Daran kann Bismarck unmöglich geglaubt haben. Er wollte Prim verlocken. Ende Mai beschloß man in Madrid ein neues Angebot an den Erbprinzen, die Wahl solle durch die Cortez erfolgen.

Wenige Tage später hielt Prim eine öffentliche Rede, in der angedeutet wurde, daß die Annahme der Kandidatur in Aussicht stehe. Klein-Hattingen nimmt an, daß dieser Rede eine Verabredung mit Bismarck zugrunde lag. Kurz darauf fuhr jedenfalls ein Abgesandter Prims nach Deutschland, um Leopold nun schon das vierte Angebot zu machen.

Im Laufe des Mai war Bismarck selbst nicht müßig gewesen, er hatte durch Major Versen die Hohenzollern-Sigmaringen bearbeiten lassen; der Erbprinz, den schließlich die Eitelkeit gepackt hatte, daß man gerade immer wieder auf ihn verfiel, ließ sich umstimmen, am 19. Juni empfing er den spani-

schen Gesandten und erklärte sich zur Annahme bereit; zugleich wandte er sich an den König, um seine Zustimmung zu erbitten. Wilhelm erteilte sie, ohne eine Ahnung von Bismarcks Treibereien zu haben.

Bismarck hatte die erste Etappe seines Zieles erreicht. Jetzt erfolgte der Gegenstoß. Prim bekam es mit der Angst und benachrichtigte den französischen Gesandten von den Plänen. In einer Unterredung am 2. Juli in Madrid hatte Prim, den die energische Haltung des Franzosen außer Fassung gebracht hatte, bereits zugegeben, daß er ganz unschuldig wäre, vielmehr einen fertigen Plan erhalten hätte. Der Gesandte nannte sofort den Namen Bismarcks. Prim wich aus und sprach von dunklen Mächten. Dem Gesandten genügten die Enthüllungen.

In Frankreich schlug man Alarm. Der französische Außenminister, Herzog von Gramont, der den Krieg ebensowenig wollte wie eine neue diplomatische Niederlage, mobilisierte die Presse, hielt in der Kammer heftige Reden, schickte seinen Berliner Gesandten in die Wilhelmstraße und erhielt die Antwort, *man wisse selbst nichts, man solle in Madrid fragen. . . .*

Bismarck saß auf seinen pommerschen Gütern.

Am 6. Juli nahm Gramont in der Kammer das Wort zu der Frage, die bereits ganz Frankreich erregte, denn der Hohenzoller auf dem spanischen Thron bedeutete die Auferstehung des Reiches Karls V. Gramont erklärte, noch sei nichts entschieden, aber man könne nicht dulden, daß das Gleichgewicht Europas in Unordnung gebracht würde,

nötigenfalls werde die Nation ihre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwächen zu erfüllen wissen.

Der Fisch nähert sich der Angelschnur, der Ochse dem Schlachthaus — gewiß ist, daß der cholerische Gramont keine Ahnung von dem Spiel Bismarcks hatte — so wenig wie der kranke Kaiser wußte, in welche Lage man hineinschlidderte. Aber schon war die Erregung in Paris so groß, daß Gramont weitere Schritte unternehmen mußte.

Noch einmal schien Zurückweichen in Paris unmöglich. Man fühlte sich nach Bismarcks Äußerungen im vergangenen Jahr betrogen, aufs neue düpiert; man mußte jetzt diplomatisch einen Erfolg erringen, wenn nicht das Kaisertum jedes Prestige nach so vielen diplomatischen und militärischen Niederlagen verlieren sollte. Aus Gramonts Reden geht trotz aller Emphase hervor, daß er sich *an die Version klammerte,* die Kandidaturfrage sei überhaupt noch nicht entschieden. Er hoffte auf diese Weise entschlüpfen zu können. Eine Erklärung der Preußen — und alles war erledigt. Jedenfalls beschloß er, zu verhandeln und schickte am 7. Juli Benedetti nach Ems, wo Wilhelm zur Kur weilte. Noch einmal ist zu wiederholen: Wilhelm hatte weder eine Ahnung von Bismarcks geheimen Treibereien noch von seinen Zielen, er glaubte immer, daß es sich um eine Familienangelegenheit handele. Er war 73 Jahre alt, jedem kriegerischen Abenteuer abgeneigt, für die politische Auswirkung der Affäre fehlte ihm tatsächlich das Verständnis, vor allem nahm er die Angelegenheit nicht so ernst, daß er nicht jederzeit bereit gewesen

wäre, seine Zustimmung zurückzunehmen! Daß er keinen politischen Instinkt besaß, ist eine Tatsache, die man hinnehmen muß.

Waldersee, damals Militärattaché in Paris, weilte in der ersten Juliwoche in Ems und gewann in einer Unterredung mit Wilhelm den Eindruck, daß der König den dringenden Wunsch hegte, alles möchte gütlich beigelegt werden. Am 8. Juli klärte ihn der König über die Vorgänge auf, die sich hinter den Kulissen im letzten Jahr abgespielt hatten, soweit Wilhelm selbst darüber unterrichtet war. Seine Darlegungen klingen fast wie Entschuldigungen.

„Ich habe [den Hohenzollern-Sigmaringen] sowohl dem Vater wie den Söhnen — zuerst sollte es Fritz, nachher aber Leopold sein — wiederholt gesagt, daß ich ihnen niemals zureden würde... Sie haben sich... durch Bismarck überreden lassen... Ich habe den Prinzen dringend gebeten, auf das ernsthafteste mit sich zu Rate zu gehen, doch als er dann bei seinem Entschluß beharrte, ihm meine Einwilligung als Familienoberhaupt gegeben." Wilhelm beteuerte, er sei weit entfernt gewesen, rücksichtslos gegen die französische Regierung auftreten zu wollen. Ein Beweis, daß er Bismarcks Versicherungen blind geglaubt hatte, der von einer raschen Beruhigung in Paris geredet hatte — ja, Wilhelm meinte sogar, die Kandidatur wäre dem Kaiser angenehm und schmeichelhaft. Die Entwicklung der Vorgänge im Laufe des Juli fand Wilhelm ganz fassungslos. „Daß wir nun so mit einem Schlage vor einer ernsten Verwicklung stehen, ist mir in hohem

Grade unangenehm." Und dann scheint ihn zum ersten Male etwas zu dämmern: *„Ich verdanke das jedenfalls Bismarck, der die Sache auf die leichte Achsel genommen hat, wie schon manche andere."*

Benedetti sollte durchsetzen, daß der König die Genehmigung der Kandidatur *widerrufe* — *„das wäre ein ungeheurer Erfolg. Wenn nicht, so wäre es der Krieg"*.

Bismarck hielt sich in Varzin verborgen und gab an seine Beauftragten die Parole aus, Preußen habe nichts mit den Unterhandlungen zwischen Madrid und Sigmaringen zu schaffen; seit Gramont allerdings drohe, könne man nicht mehr reden, *sonst hätte man sich freundschaftlichen Erörterungen nicht verschlossen.* Griffen die Franzosen an, werde man sich wehren.

Was der Dummkopf Gramont öffentlich verkündet, vertraut der Schlaukopf in Varzin nur dem Papier an und verlangt strengste Geheimhaltung. Während Frankreich rast, schweigt man in Preußen. Die offiziöse Presse wird von Bismarck angehalten, sich jede *Mäßigung* aufzuerlegen, aber die anderen Blätter werden bereits inspiriert, Lärm zu schlagen. Bestimmt hält Bismarck seinen Kurs.

Gramont aber wechselt inzwischen seine Haltung von Tag zu Tag, auf Winke aus London hin scheint er einzulenken, um am andern Tag unter dem Einfluß der von der Kriegspartei aufgepeitschten Pressemeute wieder scharfe Töne anzuschlagen.

Am 9. Juli wird Benedetti zum erstenmal von Wilhelm empfangen. Diesen Schritt des Königs hielt

Bismarck für falsch, weil er den Schein der Familienangelegenheit aufrechterhalten wissen wollte. Der König erklärt, er habe *immer der Annahme der Kandidatur widerraten, die Affäre immer nur als Familienhaupt, nicht als Souverän aufgefaßt, aber zu einem Verbot sei er nicht befugt gewesen* (das war familienrechtlich übrigens richtig). Er habe sich mit dem Vater des Prinzen in Verbindung gesetzt und werde dem Botschafter vom Ergebnis Mitteilung machen, *einen Rücktritt des Prinzen heiße er gut.* Der König wich zurück, die ganze Aktion Bismarcks war im Begriffe zu scheitern, nachdem Wilhelm nach Sigmaringen geschickt und um Verzicht gebeten hatte. In diesem Augenblick war durch Wilhelms selbständiges Handeln der Plan Bismarcks, von dem Wilhelm selbst keine Ahnung hatte, zunichte gemacht.

Zwei Tage später erscheint der von Gramont gedrängte Benedetti erneut beim König, der noch ohne Bescheid ist und Benedetti um eine 24stündige Frist bittet, aber seine Verwunderung über das Drängen ausspricht — Frankreich scheine unter allen Umständen Krieg zu wollen.

Am nächsten Tage erfolgte die *Verzichterklärung* der Hohenzollern.

Der Konflikt war beigelegt — eine Aktion Bismarcks, jahrelang vorbereitet, schlau eingefädelt, gescheitert. Der König war voller Sorge um einen drohenden Krieg zurückgewichen. Paris hatte diplomatisch einen Sieg errungen. Noch einmal schien der Krieg vermieden.

DIE GESCHICHTE EINER DEPESCHE

Am Abend desselben Tages aber traf Bismarck in Berlin ein, fest überzeugt, daß die Mine hochgehen würde — der Reichstag sollte einberufen, der Beschluß zur Mobilmachung gefaßt werden. Als Bismarck durch Wussow fuhr, stand sein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Tür des Pfarrhofs und grüßte freundlich, Bismarck antwortete vom offenen Wagen aus mit einem Lufthieb in Quart und Terz — „Bismarck s'en va t'en guerre" —. Als er seine Berliner Wohnung betrat, überreichte man ihm Telegramme, aus denen hervorging, daß der König nach den französischen „Bedrohungen und Beleidigungen" im Parlament und in der Presse fortfahre, mit Benedetti zu verhandeln, ohne ihn in „kühler Zurückhaltung" an seine Minister zu verweisen. Der Graf sah, daß der König alles verdorben hatte, wieder einmal war er ausgebrochen.

Beim Essen mit Moltke und Roon empfing er neue Depeschen, daß der Erbprinz seine Annahme zurückgezogen habe. „Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verant-

worten wollte... Ich hielt diese Demütigung von Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen für schlimmer als die von Olmütz... Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah kein Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung fürchtete, *wieder gutzumachen, ohne Händel ungeschickt vom Zaune zu brechen und künstlich zu suchen.* Den Krieg sah ich schon damals als eine Notwendigkeit an, der wir nicht mehr ausweichen konnten."

Was Bismarck nirgends gesteht, ist der Bankrott seiner Politik, die es auf den Konflikt abgesehen hatte, der jetzt unmöglich geworden schien. Er wollte zurücktreten, weil er diese Niederlage nicht ertrug, die durch die Schuld des Königs veranlaßt war. Er hatte den König zu schieben, zu täuschen geglaubt — der König hatte nichts begriffen, vielmehr seiner „hoheitsvollen Würde" etwas vergeben, indem er mit Benedetti weiter verhandelte; alle Schuld schob Bismarck auf die Königin — „nur wenn der König von weiblichen Einflüssen frei war, blieb das Ehrgefühl des Erben Friedrichs des Großen und des preußischen Offiziers in ihm stets leitend", aber dies Ehrgefühl war — nach Bismarck — verschwunden, sobald die Königin auf ihn einzuwirken suchte!

Man gewinnt den Eindruck, als ob Bismarck das Scheitern der Aktion überhaupt weniger schmerzlich empfand als den Streich, den ihm der König gespielt hatte. Wilhelm selbst hat in spätern Jahren mit Bitterkeit vermerkt, daß Bismarck ihm 1870 in

den Krieg hineingetrieben hätte — er wollte den Krieg nicht, wie er nie die Entscheidung wollte, wie er immer getrieben werden mußte. Bismarck lehnte sich gegen die Arbeit mit dem König auf, der hatte ihm das Konzept verdorben, der hatte die günstige Situation durch sein mangelndes Ehrgefühl verdorben, der begann zu *kneifen*.

Bismarck, der nach Ems fahren wollte, blieb in Berlin und bat den Grafen Eulenburg, nach Ems zu fahren und dem König die Bismarcksche Auffassung zu übermitteln.

Da kam ein neues Telegramm.

In Paris war der Kaiser zufrieden, aber die öffentliche Meinung war durch die Presse derart aufgeputscht, daß weiteres Vorgehen notwendig erschien. In den letzten Tagen hatte zugleich Bismarck die deutsche nichtoffiziöse Presse lärmen, randalieren und toben lassen, der Zeitungskrieg war bereits an beiden Fronten im Gange; einzulenken war kaum möglich, schon hielt die französische Presse Napoleon erbärmliches Verhalten vor, schon tauchte die Gefahr einer neuen Revolution auf. Dabei hatten die Österreicher eben erklären lassen, man könne in diesem Jahr nicht marschieren. Der Kaiser ließ Benedetti mit einer nochmaligen Demarche beauftragen.

In der Frühe des 13. Juli richtete Benedetti es ein, daß ihm der König auf der Promenade begegnen mußte. Wilhelm redete Benedetti an, der im Verlaufe seines Gespräches den Auftrag seiner Regierung ausrichtete. Indem Benedetti sich seines Auf-

trags in dieser privaten Form entledigte, gab er zu verstehen, daß es sich lediglich um eine Prestigeangelegenheit handele. Benedetti meinte, der König solle dem Verzicht des Prinzen ausdrücklich zustimmen und sich verpflichten, in Zukunft nie wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Der König wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man niemals ähnliche Engagements eingehen dürfe noch könne, und erklärte ferner, er habe den offiziellen Verzicht des Prinzen noch nicht erhalten, Benedetti sei über Paris und Madrid früher benachrichtigt als er selbst und müsse nun wohl einsehen, daß die preußische Regierung nicht beteiligt sei. Man wechselte noch einige gleichgültige Worte — die berühmte Audienz auf der Emser Promenade war zu Ende.

Im Verlaufe des Tages erhielt Wilhelm den Brief des Fürsten von Hohenzollern, in dem *offiziell* der Verzicht mitgeteilt wurde. Der König schickte sofort seinen Flügeladjutanten zu Benedetti und ließ ihm Mitteilung vom Empfang des Briefes machen, er sei einverstanden, und habe dem Botschafter weiter nichts zu sagen.

Am Abend lief ein Bericht des preußischen Vertreters aus Paris ein, man sei in Paris der Ansicht, der König solle einen persönlichen Brief an Napoleon schreiben und um Entschuldigung wegen der Kandidatur bitten... Aber diese Forderung wurde nicht mehr zur Diskussion gestellt, die Ereignisse hatten sich überstürzt. Übrigens spielt sie in der hierauf bezüglichen Literatur auffälligerweise

keine Rolle, selbst in Paris scheint man sie nicht ernst genommen zu haben.

Tief bedrückt saßen am Abend des gleichen Tages Bismarck, Roon und Moltke in Berlin beim Diner. Bismarck setzte ihnen auseinander, daß er nicht bleiben könne. Plötzlich wurde ein Telegramm aus Ems gebracht, das der Geheimrat Abeken chiffriert gesandt hatte; es wurde dechiffriert und enthielt die Darstellung der Vorgänge auf der Promenade, von der Forderung eines Entschuldigungsbriefes enthielt die Depesche kein Wort. Im Schlußsatz hieß es: „S. M. stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten, als auch der Presse mitgeteilt werden sollte."

Bismarck las das Telegramm den beiden Tischgästen vor, sein Inhalt bedrückte sie nach Bismarcks Angabe so sehr, daß sie Speise und Trank verschmähten. Entgegen der Ansicht Delbrücks, der nicht an diesen Eindruck glauben will, ist aber anzunehmen, daß sie wirklich niedergeschlagen waren. Das Telegramm bewies der Trias einen erneuten Rückzug des Königs, sie äußerten die Ansicht, der König kneife! Das Telegramm schien ihnen zaghaft und aufs neue den Beweis zu liefern, daß der König nicht den Ton gefunden hatte, den die drei Verschwörer für notwendig hielten; ja man konnte sogar von Ausflüchten sprechen; von der Zurückweisung hieß es, daß sie nur „zuletzt etwas ernst" erfolgt sei, trotz der Zumutung hatte der König die Verbindung mit Benedetti nicht abgebrochen, er

hatte ihm sogar noch einen Adjutanten in die Wohnung geschickt und Benedetti mitteilen lassen, daß der Brief eingetroffen sei — die zaghafte Schlußfrage schien zu beweisen, daß der König mehr denn je zaudere, zur Aktion überzugehen. Nein, die Tischgesellschaft hatte Grund zur Verstimmung. Da begann Bismarck das Telegramm zu studieren, zu prüfen, schließlich haftete der Blick auf dem letzten Satz, in dem der König in umwundenen Worten scheu anfragen ließ, ob man die Presse benachrichtigen solle. Da schien sich ein Weg zu öffnen. Bismarck fragte Moltke nochmals nach dem Stande der Armee, nach den Aussichten, Moltke erwiderte, man dürfe nicht zögern, Aufschub bringe keine Vorteile, je früher, um so besser.

In Gegenwart seiner Gäste begann Bismarck im Telegramm zu streichen, schrieb es um, gab ihm eine gänzlich neue Fassung, rückte nicht etwa nur die Sätze zusammen, sondern machte einen völlig neuen Entwurf, kränkend, verletzend, herausfordernd in Form und Inhalt; alles was zaghaft und scheu schien, wurde ausgemerzt — diese Redaktion ist weder dem Text noch dem Wesen nach mit der ursprünglichen Fassung verwandt, sie ist eine völlig neue Arbeit und deshalb eine *Fälschung*, aus der Frage wird eine Antwort, aus einem Gespräch ein Wortwechsel, aus dem höflichen Akt der Entsendung des Adjutanten ein ultimativer Schritt, aus einem labilen Zustand der Bruch. Bismarck spricht selbst von einer Kundgebung, die als *abschließend* erscheinen mußte, während die Redaktion Abekens

nur als Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde. Aber hier ruht das Hauptgewicht, auf Grund des Abekenschen Telegramms waren Verhandlungen möglich, auf Grund der Bismarckschen Fassung blieb kein anderer Ausweg als der Krieg.

Bismarck las den Tischgästen seine Fälschung vor — Moltke bemerkte: „So hat das einen andern Klang, vorher klang es *wie eine Schamade*, jetzt wie eine *Fanfare* in Antwort auf eine Herausforderung."

Bismarck erwiderte, die Bekanntgabe des neuen Textes würde nicht nur wegen des Inhaltes, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen: „Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und andern ab, die der Ursprung des Kriegs hervorruft; *es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen sind, und die gallische Überhebung und Reizbarkeit* wird uns dazu machen, wenn wir der europäischen Öffentlichkeit, soweit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstages möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten."

Da war der Krieg beschlossen. Die Generale — Moltke ist 70, Roon 67 Jahre alt, sind ebenso freudig überrascht wie Bismarck selbst. Sie verspürten plötzlich Lust zu essen und zu trinken und sprachen in heiterer Laune. Roon sagte: „Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen."

Moltke warf den Blick freudig zur Zimmerdecke, schlug mit der Hand vor die Brust und sagte: „Wenn ich das noch erlebe, in solchem Krieg unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher die ‚alte Carcasse' der Teufel holen." Später meinte Bismarck: „Moltke hatte nun den Krieg, sein Gewerbe."

Die Depesche wurde in der neuen Fassung ohne Wilhelms Zustimmung durch ein Extrablatt in Berlin bekanntgegeben — in der preußischen Geschichte ist die Verbreitung von Fälschungen durch Extrablätter bei Kriegsausbruch eine geheiligte Tradition. Als die Entscheidung über den Krieg gefällt wurde, hatte Wilhelm nicht mitzureden.

Da schien noch einmal ein Rückschlag möglich — in Paris wollte man sich mit der Erklärung Wilhelms vom 13. Juli *zufrieden* geben. Um so mysteriöser erscheint also die Forderung, der König solle sich brieflich entschuldigen!!

Wenige Stunden später wurde aber die Nachricht von der Emser Depesche bekannt. Man war tief bestürzt und völlig *ratlos*, am Abend des 14. Juli war die Lage in Paris ganz unklar. Über Nacht treibt dann die Kriegspartei den Kaiser zum Entschluß. Gramont benahm sich, wie Bismarck vorausgesehen: kein Stier konnte wütender aufs rote Tuch losstürzen, Gambetta donnerte gegen die Hohenzollern, die Kammer raste vor Entzücken über Gramonts Schreiereien. — Niemand scheint gemerkt zu haben, daß Bismarck alle an der Nase geführt hatte — Napoleon, in völliger Verzweiflung, beteuerte immer nur, er habe es nicht gewollt. Der kranke Aben-

teurer will nicht wissen, daß seine Bluffs zu diesem Ende geführt haben, daß dieses widerspruchsvolle Hin und Her endlich in der Katastrophe münden mußte.

In Berlin trifft noch am selben Tage Wilhelm ein. In Ems hat er Benedetti freundlich verabschiedet, als sei und werde nichts geschehen. Auf dem Bahnhof in Berlin ist er ganz verdutzt über die Nachricht von den Vorgängen in der französischen Kammer. „Das sieht ja sehr kriegerisch aus, da werden wir wohl drei Armeekorps mobil machen müssen." . . . Bismarck denkt, daß der König die Lage immer noch nicht begriffen hat, und liest ihm noch einmal den Bericht über die Kammersitzung vor. Jetzt sieht der König klar und bricht in die klassischen Worte aus: „Aber das ist ja die Kriegserklärung. Also wirklich, noch einmal ein solcher Krieg . . . Nun denn, so sei es, in Gottes Namen." Hier wie in Paris bei beiden Monarchen die gleiche Ahnungslosigkeit, das gleiche Schwanken, dieselbe Beteuerung, es nicht gewollt zu haben. In den Händen Weniger ruhten unkontrollierbar die Geschicke von Millionen. Niemals hat wohl Wilhelm erfahren, wie sehr man ihn mißbraucht hat, wie niedrig ihn Bismarck einschätzte, und nie ist diesem beschränkten Verstande die Erleuchtung beschieden, wen er zum Berater erkoren hatte, dem er sich an einem Septembertage im Jahre 1862 bedingungslos, ohne Kampf, ergeben hatte.

Am 19. Juli — so viele bange Tage vergingen noch, niemand wagte das Rad aufzuhalten — erfolgte die französische Kriegserklärung. Auch diese Dummheit beging noch der Stier in Paris.

EIN KABINETTSKRIEG?

Der Vorhang wurde von einem Regisseur, der sich in der Maschinerie des politischen Theaters auskannte, für ein Schauspiel geöffnet, das den Auftakt einer neuen Epoche der europäischen Geschichte bildete. Der Imperialismus tritt in Mitteleuropa seine Herrschaft an — mit der Bildung der Nationalstaaten in Mitteleuropa ist der Bourgeoisie jene Einheit im Staatssystem bereitet, die sie zur Festigung und Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen Machtentfaltung braucht. Man irrt, wenn man glaubt, daß dieser Krieg, den Bismarck frivol und frech inszeniert hatte, wegen seines Charakters als Kabinettskrieg *kein* Krieg der Bourgeoisie gewesen wäre. Hätte es sich nur um Familienaffären gehandelt, so unterschiede sich dieser Krieg in keiner Weise von den jahrzehntelangen Schlächtereien der absolutistischen Staaten um den spanischen Thron. Aber die Produktionsverhältnisse haben sich ebenso mit derselben Notwendigkeit geändert wie der Klassencharakter des Staates; niemals hätte Bismarck seine Politik erfolgreich führen können, wenn sie nicht zugleich den Interessen einer Klasse gedient hätte. Der preußische Scheinkonstitutionalismus, den Lassalle so beißend attackiert hat, war die Form, in der allein die

Einigung von Bourgeoisie und Absolutismus möglich war — und zwar in einem Augenblick, da eine neue Klasse erschien. Es war das deutsche Unglück, daß diese neue Klasse noch nicht reif war, um selbständig operieren und einen Gegenstoß führen zu können, der mit dem Siege dieser neuen Klasse endete. Es war ein Unglück, daß die Klasse, die den Absolutismus verkörperte, noch stark genug in Ostelbien war, um ihre Interessen zu wahren und nur soweit Konzessionen zu machen, als sie ihrer Machtposition kaum Einbuße schufen. Und es war ein Unglück, daß *die* Klasse, die berufen war, jene feudale Klasse abzulösen, ihren Aufstieg in einem Augenblick begann, da das Proletariat bereits so stark auf dem Schauplatz erschienen war, daß sich die Bourgeoisie in Deutschland sofort in die Defensive gedrängt sah — jeder politische Vorteil, an dem ihr gelegen sein mußte, bot Chancen für das Proletariat und verbot sich deshalb. So verzichtete die Bourgeoisie überhaupt auf den politischen Kampf und zog die Sicherung wirtschaftlicher Privilegien vor. Deshalb nimmt diese Auseinandersetzung in den Konfliktsjahren so groteske, geradezu alberne Formen an, deshalb kann aber auch Bismarck 1870 einen Krieg entfesseln, weil er *beiden* Klassen wirtschaftliche Vorteile bringt und durch die Erringung der deutschen Einheit die Vorbedingung für eine Machtentfaltung im europäischen Maßstab schafft. Denn erst jetzt wird die deutsche Frage eine europäische Frage, wird sie Gegenstand europäischer Auseinandersetzungen. Die deutsche Bourgeoisie, für die

der Absolutismus das Schwert führt, erlangt europäische Geltung. Daß die Bedeutung des deutschen Proletariats im gleichen Maße wuchs, ist nur eine logische Folgerung. Der Krieg im Jahre 1870 schafft nicht nur der Bourgeoisie, auch dem Proletariat die europäische und internationale Geltung. Insofern ist dieser Krieg ein Fortschritt, und da es außerhalb des Kampfes des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht nichts von Bedeutung gibt, ist es letzten Endes eine Frage von *sekundärer* Bedeutung, wer den Krieg von 1870 begonnen hat, *wie* er inszeniert wurde. Daß es nicht ein Krieg war, an dem das Proletariat interessiert war, ist gewiß, es hatte keinen Grund, für einen der beiden Gegner einzugreifen, sondern seine eigene Politik zu verfolgen, seine eigenen Interessen zu verfechten. Im Kriege 1866 war die Stimme des Proletariats noch schwach gewesen, jetzt wird man erleben, wie in *beiden* kriegführenden Ländern das Proletariat in Aktion tritt, und am Ausgang sogar in einem der beiden Länder, wo der soziale Umschichtungsprozeß weiter fortgeschritten war, für kurze Zeit die Macht erobert und die Diktatur proklamiert. Sofort sind die bisher feindlichen Klassen einig, weil ihre gemeinsamen Interessen auf dem Spiele stehen. Bismarck aber hat in diesem Kriege nichts mehr als die Rolle des Handlangers im Verlaufe eines geschichtlichen Prozesses gespielt.

KRIEGSTAUMEL

Taumel in Paris, Taumel in Berlin. Die unaufgeklärten, unwissenden, betörten Massen wittern Blut; das Abenteuer eines europäischen Waffenganges reizt die Bürger beider Länder. Die Erfolge in zwei Feldzügen scheinen eine gewisse Garantie für den Erfolg zu bieten. Die maßlose Hetze in der Presse stachelt die Leidenschaften, kitzelt die Instinkte, die Empfindungen der Macht, des Ehrgeizes, der nationalen Überhebung. Mit einer grenzenlosen Verachtung für den Gegner wird in Preußen der Pressekampf geführt. Keine Verleumdung, vor der man zurückschreckte; alles, was die Kultur eines alten Landes hervorgebracht hatte, wurde von den Journalisten Bismarcks verhöhnt und verächtlich gemacht. Wenn man bedenkt, wie wenig gerade der preußische Staat, die Hohenzollern an kulturellen Leistungen aufzuweisen hatten, wirkt diese Hetze gegen alles Französische barbarisch. 1813 war man in den Krieg gegangen, weil man vom kaiserlichen Frankreich unterdrückt war. Die Auflehnung geschah in der Verteidigung ursprünglichster Rechte. Von einem Pressekampf war damals kaum die Rede. Jetzt ist man im Besitz dieses Instrumentes, das sich die Bourgeoisie ursprünglich im Kampf gegen den Absolu-

tismus als Waffe besonderer Art geschaffen hatte. Bismarck hat den Ruhm, diese Waffe für seine Zwecke mißbrauchen zu können — mit Genehmigung der Bourgeoisie. Welche Fluten von Schlamm ergießen sich über das Land, welche entsetzliche Verheerung hat diese Verleumdungskampagne in den Gemütern angerichtet. Man hatte objektiv Recht, wenn man die Korruption des bonapartistischen Systems angriff, aber schließlich waren weder Bismarck noch die Bourgeoisie zu diesem Angriff berufen; auch hier wird wieder ein berechtigter Kampf Vorwand, auch hier wird wieder unter falschen Voraussetzungen für eine schlechte Sache eine an sich berechtigte Kampagne von Nichtberechtigten geführt. Es sind die gleichen Methoden, mit denen Bismarck früher gearbeitet hat, die er später anwenden wird.

In jenen Sommertagen wird für den deutschen Bürger in den Umrissen jenes Bild von der französischen Kultur festgelegt, das sich bis zum heutigen Tage in den Köpfen der Spießbürger erhalten hat. Da ist Frankreichs Kultur zum Tode verurteilt, sein Land von einem aussterbenden, degenerierten, ungläubigen, demoralisierten Volk bewohnt, Paris ist das moderne Babel, ein Sündenpfuhl, eine Schöpfung der Hölle, ein Werkzeug Satans. Johanna von Bismarck nannte es in einem Briefe das „scheußliche Babel". Alles, was in Jahrhunderten geschaffen wurde, wird geschmäht und beschimpft; jede Französin ist eine Hure, jeder Franzose ein Zuhälter oder Hahnrei, die Gotik ist eine deutsche Schöpfung, die Philosophie, das Drama hat Deutschland geschaffen,

der Militarismus ist eine deutsche Erfindung. Und darauf ist man vor allem stolz. Falsch zu glauben, daß diese Vorstellungen etwa von Bismarck *nicht* geteilt würden. Es gibt eine klassische Aufzeichnung der Tischgespräche, die Bismarck in Versailles geführt hat, sie stammt von seiner Kreatur, Moritz Busch, einem Individuum, das er zur Beeinflussung und Korrumpierung der Presse benutzte. Diese „Tagebuchblätter" sind ein klassisches Dokument für die geistige Verfassung des deutschen Bürgers. Man soll sich keinem Irrtum hingeben — wie Bismarck sich äußerte, dachte, fühlte, sprach das ganze deutsche Bürgertum, spricht es noch heute. *Er* selbst war nur Sprachrohr, aber bei der ungeheuren Autorität, die er besaß, wurden die Bürger nur noch in ihren Vorstellungen bestärkt. „Bismarck hat gesagt" — „Bismarck verkündete" — „Bismarcks goldene Worte." — Und dann begegneten sie sich — der Staatsmann und seine Bourgeoisie und aßen zusammen Törtchen, die sie nach ihm benannten, Heringe, denen sie seinen Namen gaben.

Herz hatten diese Menschen, das zeigt folgende Geschichte: Im November war das Gerücht im Umlauf, Garibaldi sei mit 13 000 Freischärlern in Gefangenschaft geraten, Bismarck bemerkte: „Das wäre ja wahrhaft betrübend — 13 000 Franktireurs —, die nicht einmal Franzosen sind, zu Gefangenen gemacht —, warum erschießt man denn gar nicht?"

Über die Franzosen: „Zieht man von einem solchen Gallier die weiße Haut ab, so hat man einen Turko vor sich." — Als die Bauern aus ihren Dörfern

beim Herannahen der Preußen voller Angst in die Wälder flohen, erklärte Bismarck: „Ich würde die Häuser und Möbel derer, die weggelaufen sind, als herrenloses Gut ansehen und danach verfahren. Und wenn ich sie selber kriegte, würde ich ihnen ihre Kühe wegnehmen und was sie sonst bei sich hätten, unter der Behauptung, sie hätten es gestohlen und sich damit in den Wald versteckt." — Bekannte Methoden, die er sonst in der „großen" Politik anwandte, werden so auf kleinere Verhältnisse übertragen. Einmal läßt er sich über die Franzosen im allgemeinen aus: „Frankreich ist eine Nation, eine Herde; sie haben Geld und Eleganz, aber keine Individuen, kein individuelles Selbstgefühl — nur in der Masse. Es sind dreißig Millionen gehorsame Kaffern, jeder einzelne von ihnen ohne Klang und Wert — nicht einmal mit den Russen und Italienern auf einen Fuß zu stellen, geschweige denn mit uns Deutschen. Es war leicht, aus diesen Person- und Charakterlosen eine schockweise Masse zu bilden, die die andern erdrückte, solange sie noch nicht einig waren." Als ob er selbst seit acht Jahren Preußen und Deutschland anders als ein Land von Kaffern regierte! Wie er selber sich nur wohlfühlte, wenn er solche Kaffern unter sich hatte, beweist ein anderes Wort: „Das Pflichtgefühl des Menschen, der sich einsam im Dunkeln totschießen läßt, haben die Franzosen nicht. Und das kommt doch von dem Reste von Glauben in unserem Volke, davon, daß ich weiß, daß jemand ist, der mich auch dann sieht, wenn der Leutnant mich nicht sieht." Folgt sein religiöses Bekenntnis

— unfreiwillig, zynisch aus dem Mund dieses Mannes, der drei Kriege „gemacht" hatte und einige Tage später selbst wieder bekannte, der Krieg sei der natürlichste Zustand der Menschheit, wozu man immer noch Gefangene mache — man sollte sie der Reihe nach füsilieren lassen — es war die Rede von 1200 Gefangenen, die eben eingebracht waren! Als auf die Kolonialsoldaten die Rede kam, die man aus Afrika auf den europäischen Kriegsschauplatz geholt hatte, rief Bismarck aus: „Daß sie diese Schwarzen überhaupt gefangengenommen haben, war wider die Abrede. . . . Mit meinem Willen kommt jeder Soldat ins Arrest, der einen solchen Burschen gefangennimmt und abliefert. Das ist Raubzeug, das muß abgeschossen werden. Der Fuchs hat doch die Entschuldigung, daß es ihm so zur Natur ist, aber die — es ist die scheußlichste Unnatur." — Man spricht von einer Niederlage Garibaldis — was aus ihm werden solle, wenn man ihn gefangennähme —. „Man sollte die Gefangenen nach Berlin bringen, dort müßte ihnen ein Plakat von Pappe vor die Brust gehängt werden, auf dem stünde: ‚Italiener, Zuchthaus, Undank!' und so würden sie durch die Stadt geführt!" Einige Tage später: „Nur Demut führt zum Siege, Überhebung, Selbstüberschätzung zum Gegenteil." Als er um die Eröffnung des Bombardements von Paris kämpft, verweist man auf die Genfer Konvention, die gewisse Verpflichtungen auferlege: „Die wird man kündigen müssen; denn das geht so nicht, auf diese Art läßt sich nicht Krieg führen." Die ungeheure Verwüstung in den Kampf-

gebieten veranlaßt ihn zum Ausruf: „Ich sehe noch voraus, daß alles leer und herrenlos wird, und daß man wie nach der Völkerwanderung verdienten Pommern und Westfalen die Ländereien verleiht.“ Ein anderes Mal spinnt er den Gedanken einer Aburteilung der Kriegsschuldigen aus, und Clemenceau scheint ihn 1919 nur plagiiert zu haben: Im Oktober begann Bismarck an der Tafelrunde in Versailles, nachdem er einen Augenblick nachgesonnen hatte: „Ich habe einen Lieblingsgedanken in bezug auf den Friedensschluß. Der ist, ein internationales Gericht niederzusetzen, das die aburteilen soll, die zum Krieg gehetzt haben — Zeitungsschreiber, Deputierte, Senatoren, Minister.“ Busch bemerkte, wie Bismarck lächelte . . . Abeken saß dabei, der die Depesche in Ems redigiert hatte und später im Gespräch sich rühmte, als ob er die Entscheidung herbeigeführt hätte — wofür ihm Bismarck rasch in die Parade fuhr — er nahm alles für sich allein in Anspruch. Abeken meinte, Thiers gehöre auch zu den Angeklagten, und zwar vorzugsweise wegen seiner chauvinistischen Geschichte des Konsulats und des Kaiserreichs. „Auch der Kaiser, der doch nicht so unschuldig ist, wie er sein will“, fuhr Bismarck fort, „ich dachte mir von jeder Großmacht gleich viel Richter, von Amerika, England, Rußland usw., und sie wären die Ankläger. Indes werden die Engländer und Russen darauf nicht eingehen, und da könnte man das Gericht aus den Nationen, die davon am meisten gelitten haben, zusammensetzen aus französischen Deputierten und Deutschen.“

Artikel 227 des Versailler Vertrags: „Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaligen Kaiser von Deutschland, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage."

Man begeht einen Irrtum, wenn man alle diese und viele andere ähnliche Bemerkungen Bismarcks für momentane Einfälle nimmt, denen keine tiefere Bedeutung zukomme. Sie fügen sich nicht nur in sein politisches System ein, sondern sind ganz bestimmte Äußerungen, die er später in anderer Form wiederholen wird, und außerdem bestätigen seine Taten seine Gedanken. Er war der Vorkämpfer der pangermanistischen Idee. So wie er über die Franzosen sprach, pflegte er sich auch über die Spanier und Italiener zu äußern. Der Nationalismus preußischer Färbung übersteigerte sich in seinen Äußerungen, die Öffentlichkeit nahm solche Bemerkungen nicht nur beifällig auf, sondern trug sie weiter, vervollständigte sie; der ungeheure Erfolg, der Deutschland in so kurzer Zeit beschieden war, erzeugte einen Rausch, der die Hirne trunken machte; die Macht, die man besaß, verlieh einer Klasse von Parvenus das Anrecht, sich als Auserwählte zu fühlen, zu handeln.

Es ist falsch, diese Äußerungen zu übersehen, sie wurden in einer bestimmten Situation getan und waren so charakteristisch, daß sie geradezu die *Magna Charta des politischen Denkens der Bour-*

geoisie geworden sind. 1914 flammte derselbe Haß noch einmal in aller Furchtbarkeit auf. Aber was 1813 barbarisch, primitiv losgebrochen war, gewann jetzt den Ausdruck der Psychose; ja vielfach holte man gleichsam nur die Kostüme von 1870 hervor und plagiierte die Gedanken jener Zeiten. An Stelle der Barbarei trat die Hysterie. Was ehedem so furchtbar erschienen war, wirkte nun als Produkt des Verfolgungswahnsinns. Natürlich bestehen engste Zusammenhänge, das wilhelminische Zeitalter ist die Karikatur der bismarckschen Ära. Die Todfeinde Bismarck und Wilhelm II. sind Verwandte. Der Psychopath ist der degenerierte Barbar. Im Jahre 1914 drang das Gift, das 1870 in den Körper eingedrungen war, nach außen, eine Eiterbeule platzte stinkend, aber der Erreger trug Bismarcks Namen.

DIE STIMME DES PROLETARIATS

Mit einer gewaltigen Übermacht drängen die Deutschen über die Grenzen. Die süddeutschen Staaten hatten ihren Anschluß erklärt — sie hatten die Wahl zwischen einem Sieg Napoleons, der Süddeutschland unter französische Botmäßigkeit gebracht hätte, und der Unterwerfung unter Preußen, die ihrer Bourgeoisie nur Vorteile bringen konnte. Österreich schlug nicht los, weil es nicht fertig war. Italien zauderte und holte sich, was ihm am nächsten lag, Rom, das am Tage von Sedan besetzt wurde. So war der Prozeß der nationalen Einigungsbestrebungen im Sommer 1870 in Mitteleuropa abgeschlossen.

Mit Rußland verständigte sich Bismarck und erhielt eine solche Zusicherung der striktesten Neutralität, daß man die Ostgrenzen gegen Rußland von Truppen entblößen konnte und nur Wachposten gegen Österreich zu belassen brauchte. Jetzt erst rentierte sich Bismarcks Liebesdienst zur Zeit der polnischen Revolution. Daß die Russen sogar drohend in Wien auftraten, schuf für Preußen die willkommene Rückendeckung. Im Februar 1871 konnte dann Wilhelm dem Neffen Alexander dankbar tele-

graphieren: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken hat, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat" — diese Worte bezogen sich auf den russischen Druck bei Ausbruch des Krieges in Wien. Deshalb vor allem marschierte man in Österreich nicht. Welche Pläne die Russen verfolgten, wie sie die Rechnung präsentierten, lehrten die Ereignisse im Verlaufe des Krieges, als der Zar plötzlich die Liquidierung der härtesten Bedingungen des Pariser Friedens forderte und durchsetzte.

Der Kriegsrausch, der Deutschland trunken machte, vermochte die Bedenken der Berliner Bankiers nicht zu übertönen: die Kriegsanleihe brachte eine geringe Summe, die Berliner Börse zeichnete ganze drei Millionen. Aber die Masse der Bevölkerung war durch Bismarcks Presse und durch die Bekanntgabe der Emser Depesche in den Glauben versetzt, der König und mit ihm ganz Deutschland sei tief beleidigt worden, Frankreich wolle den Krieg um jeden Preis; es war Bismarck gelungen, die Vorstellung hervorzurufen, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führen müsse, Frankreich Absichten auf das ganze linke Rheinufer habe, das er selbst noch wenige Jahre zuvor mindestens stückweise preisgeben wollte. Im Bundesrat sprach Bismarck von der schweren Versündigung Frankreichs an den Interessen der Menschheit, es bedrohe die Wohlfahrt Europas, die Erregung des deutschen Nationalgefühls gebe Zeugnis davon. Eine Zirkulardepesche an die Vertreter des Norddeutschen Bundes vom 18. Juli

spricht von den „schlechtesten Instinkten des Hasses und der Eifersucht, die Frankreich beseelen". „Aber wir müssen vor Gott und Menschen die Verantwortung denen überlassen, welche durch ihr frevelhaftes Beginnen uns zwingen, um der nationalen Ehre willen den Kampf aufzunehmen; und bei einer so gerechten Sache dürfen wir vertrauensvoll auf den Beistand Gottes hoffen."

Nichts wird der Öffentlichkeit von den diplomatischen Vorgängen bekannt, nichts vom jahrelangen Hin und Her um die spanische Kandidatur, nichts von den Täuschungsversuchen, den Missionen, nichts von den Manövern und Konferenzen.

Als einziges Dokument liegt eine gefälschte Depesche vor — mit ihr operiert Bismarck im Reichstag, auf *sie* beruft er sich als einzige Ursache des Krieges für die französische Regierung, ja er geht so weit, zu erklären, über den Streitfall existiere zwischen beiden Regierungen nur *ein* amtliches Dokument: die französische Kriegserklärung.

Und niemand ahnt im Augenblick etwas, niemand versucht die Wahrheit zu ergründen. Niemand ist mißtrauisch. *Bebel* und *Liebknecht* debattieren lange, wie sie sich zu den Kriegskrediten verhalten sollen, sie beschließen, sich der Stimme zu enthalten. Liebknecht glaubte, Napoleon wolle den Krieg und Bismarck habe nicht den Mut, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen.

Bebel, der Proletarier, war vom Instinkt sicherer geleitet und sprach sofort seinen Eindruck aus, wohl habe Napoleon den Krieg erklärt, aber er sei in

eine Falle getappt, die Bismarck ihm gestellt hätte, *er* habe den Krieg gewollt und sein Ziel erreicht. Aber als sie einige Tage später über die Kreditfrage debattierten, vertrat Liebknecht die Ansicht, man müsse die Geldforderung strikte ablehnen, da beide Teile am Krieg schuld seien und man für keinen Teil Partei ergreifen dürfte, Bebel erklärte, allerdings könne man für keinen der streitenden Teile Partei ergreifen, aber stimme man gegen die Anleihe, würde der Eindruck zugunsten Napoleons hervorgerufen, man müsse sich deshalb der Stimme enthalten. In der Sitzung vom 21. Juli gaben sie eine Erklärung ab, in der sie ihren Standpunkt motivierten. Aber der Parteiausschuß veröffentlichte am 30. Juli einen Aufruf, in dem es hieß, Deutschland sei unschuldig am Krieg, man müsse den Bruderkampf zwischen zwei Völkern bedauern, es sei Aufgabe der Partei, bei der Geburt dieses, wie man hoffe, ganz Deutschland umfassenden Staates bestimmend mitzuwirken. . . . So ratlos war man innerhalb der proletarischen Partei.

Klarer sahen einzig Marx und Engels; am 23. Juli erließ der Generalrat an die Mitglieder der internationalen Arbeiter-Assoziation in Europa und den Vereinigten Staaten eine Adresse, die sich mit aller Schärfe gegen Bonaparte wandte, allerdings erklärte, daß der Krieg von deutscher Seite ein Verteidigungskrieg sei, aber: „wer brachte Deutschland in den Zwang, sich verteidigen zu müssen? Wer ermöglichte Louis Bonaparte, den Krieg gegen Deutschland zu führen? Preußen! Bismarck war es, der mit dem-

selben Louis Bonaparte konspirierte, um eine volkstümliche Oppositon zu Hause niederzuschlagen und Deutschland an die Hohenzollerndynastie zu annexieren. . . . Erlaubt die deutsche Arbeiterklasse den gegenwärtigen Krieg, seinen streng defensiven Charakter aufzugeben und in einen Krieg gegen das französische Volk auszuarten, so wird Sieg oder Niederlage gleich unheilvoll. Alles Unglück, das auf Deutschland fiel nach den sogenannten Befreiungskriegen, wird wieder aufleben mit verstärkter Heftigkeit." „. . . Die englische Arbeiterklasse reicht den französischen wie den deutschen Arbeitern brüderlich die Hand. Sie ist fest überzeugt, daß, möge der bevorstehende scheußliche Krieg endigen wie er will, die Allianz der Arbeiter aller Länder schließlich den Krieg ausrotten wird. Während das offizielle Frankreich und das offizielle Deutschland sich in einen brudermörderischen Kampf stürzen, senden die Arbeiter einander Botschaften des Friedens und der Freundschaft."

Arbeiterversammlungen in Frankreich sandten Grüße an die deutschen Proletarier. Arbeiterversammlungen in Deutschland antworteten. Aber bald überdonnerten die Geschütze die Stimmen des Proletariats. Ein Mann allein saß damals in Berlin, der alles wußte und schwieg, der selbst an der Konspiration teilgenommen hatte und mit Missionen betraut war, der das Wort von der „Falle" prägte, die Bismarck dem Kaiser gestellt hatte — dieser eine Mann war der ehemalige Freund Lassalles, jetzt Kreatur Bismarcks — Lothar *Bucher*.

DIE INVASION

Dann marschieren die Preußen und überrennen, was sich ihnen entgegenstellt, sie sind größer an Zahl, früher auf dem Schauplatz, ihre Generale jagen sie und die süddeutschen Verbündeten in furchtbare Schlachten, vorwärts über schutzlose Plateaus, hinauf gegen befestigte Bergstellungen, ganze Kavallerieregimenter werden geschlachtet, ganze Divisionen dezimiert. Ja, wie die Barbaren führen sie ihren Krieg, unaufhaltsam vollendet sich in wenigen Wochen das Schicksal des kaiserlichen Frankreich. Bei Sedan kapituliert der Kaiser inmitten seiner geschlagenen Armee. In Paris wird zum dritten Male die bürgerliche Republik ausgerufen. In denselben Tagen wird der Braunschweiger Ausschuß verhaftet und in Ketten nach Ostpreußen geschleppt, weil er jetzt die Phrase vom Verteidigungskrieg nicht mehr anerkennt und den Volkskrieg verurteilt. Schon Ende August verfassen bürgerliche „Notabilitäten" eine Adresse an den König und verlangen die Annexion von Elsaß-Lothringen. Der Charakter des Angriffs- und Eroberungskriegs tritt unverhüllt hervor. Am 5. September forderte der Braunschweiger Ausschuß zu Protestkundgebungen gegen Annexionen und Fortsetzung des Krieges auf.

In einer zweiten Adresse vom 9. September attackierte der Generalrat die preußische Militär-Kamarilla, den König und Bismarck.

Die Antwort gab der Generalgouverneur der Küstenlande, Vogel v. Falckenstein, der sämtliche Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses verhaften und in Ketten nach der Festung Boyen bei Lützen schleppen ließ. Als der alte Johann Jacoby in einer öffentlichen Kundgebung gegen Annexionen protestierte, wurde er gleichfalls verhaftet. An zwei Fronten führte jetzt Bismarck seinen „Volkskrieg".

Die Deutschen rückten gegen Paris, hatten es Ende September umzingelt. Metz war belagert. Straßburg kapitulierte. Aber im Süden Frankreichs konzentrierten sich neue Armeen, stießen in Richtung Paris immer und immer wieder vor. Vom Nordosten versuchten die Heere der Republik gleichfalls Paris zu entsetzen.

Im Spätherbst erschien Garibaldi mit Freischärlern und beteiligte sich an den Kämpfen im Südosten Frankreichs. Die kaiserliche Armee war in wenigen Wochen zusammengebrochen, jetzt, da der Krieg zum Volkskrieg geworden war, verstärkte sich der Widerstand, gelang es in kurzer Zeit, ganze Armeen zu improvisieren, England schickte Waffen, die Welt sympathisierte mit dem republikanischen Frankreich. An der Loire wurden die deutschen Truppen hart bedrängt, im Winter erlitten sie eine Schlappe, zweimal mußte der Kampf gegen Orleans angesetzt werden. Paris, das man rasch zu nehmen hoffte, verteidigte sich hartnäckig. Die deutschen

Kräfte waren zu schwach, um einen Sturm auf die Forts zu wagen. Die Generale widersetzten sich Bismarcks Drängen zum Bombardement, weil man weder Belagerungsgeschütze noch Munition genug besaß und die Blamage fürchtete. Der General Blumenthal charakterisierte Bismarcks Auffassung als die eines *Fähnrichs*. Als endlich Bismarck seinen Willen durchgesetzt hatte, erwies sich das Bombardement militärisch als nutzlos, moralisch stärkte es die Mißstimmung gegen Deutschland. Zuletzt kapitulierte Paris, vom Hunger, nicht vom Bombardement bezwungen. Bismarck diktierte seinen Frieden.

Es war in Donchery, einem Dorf bei Sedan. In der Nacht vom 1. zum 2. September diktierten die Sieger den Geschlagenen die Kapitulationsbedingungen. Bismarck war erschienen, Moltke, Blumenthal, einige Generalstäbler saßen den Franzosen gegenüber; der General Wimpffen führte das Wort für die eingeschlossene Armee, am Mittag hatte er — eben von Algier gekommen — den Befehl für den verwundeten MacMahon übernommen, am späten Nachmittag hatte die weiße Fahne auf der Zitadelle von Sedan geflattert, nun sollte er seinen Namen unter die Kapitulation setzen. Vergebens alle Bemühungen, günstigere Bedingungen durchzusetzen. Hart und erbarmungslos forderte Moltke: „Die ganze französische Armee ergibt sich in Kriegsgefangenschaft.“ Wimpffen spricht wie 48 Jahre später die Deutschen im Walde von Compiègne zu Foch

sprechen werden: Man müsse sich großmütig zeigen, Schonung der Armee würde das französische Volk zur Dankbarkeit verpflichten und freundschaftliche Gefühle erwecken. Das Gegenteil wäre der Anfang neuer Kriege... In diesem Augenblick griff Bismarck ein: Man könne wohl auf die Erkenntlichkeit eines Fürsten, aber nicht wohl auf die eines Volkes bauen, und am wenigsten auf die Franzosen. Es sei Torheit, wenn man seinen Erfolg nicht voll ausnutze: „Die Franzosen sind ein neidisches, eifersüchtiges Volk."

Ein französischer General, Adjutant des Kaisers, erhob sich zu einer Erklärung: Der Kaiser habe dem Könige seinen Degen nur in der Hoffnung auf eine ehrenvolle Kapitulation übergeben.

Bismarck: „Wessen Degen war das, der Degen Frankreichs oder des Kaisers?"

Der General: „Nur des Kaisers."

Moltke: „Nun, dann kann von andern Bedingungen nicht die Rede sein." Über sein Raubvogelgesicht ging ein Zug vergnügter Befriedigung.

Achtundvierzig Jahre später. Ein grauer Novembermorgen im Walde von Compiègne. Die deutschen Beauftragten erscheinen im Salonwagen des Marschalls Foch. Sie seien gekommen, um den Vorschlägen über einen Waffenstillstand entgegenzusehen. Marschall Foch: „Ich habe keine Vorschläge zu machen." Und forderte seinen Generalstabschef auf, die Bedingungen des Waffenstillstandes zu verlesen.

In der Frühe des 2. September erscheint Napoleons Beauftragter und bringt den Wunsch des Kaisers vor, mit Bismarck zu sprechen.

Beschmutzt und staubig, in alter Mütze, mit großen Schmierstiefeln reitet Bismarck zum letzten Rendezvous mit dem Gegenspieler. Sie trafen sich bei Fresnois, drei Kilometer von Donchery, der Kaiser saß mit drei Offizieren in einer zweispännigen Kutsche, drei andere Offiziere hielten hoch zu Roß neben dem Wagen — Bismarck hatte seinen Revolver umgeschnallt, wie er sich dem kranken Manne im Wagen und den sechs bedrückten Offizieren gegenübersah, blickte er unwillkürlich nach dem Revolver — der todkranke Mann bemerkte es und wurde aschfahl.

Dann grüßten sie militärisch, die Franzosen nahmen die Mütze ab — „ich zog sie auch, obwohl das gegen das Reglement ist". Dann fragte er nach den *Befehlen* des Kaisers, der den König zu sprechen wünschte. Aber Bismarck wollte eine Zusammenkunft verhindern, solange noch nicht die Kapitulation unterschrieben war. So sehr fürchtete er wieder, daß ihm der König einen Streich spielen würde.

In einem Arbeiterhaus, in einem kleinen einfenstrigen Zimmer — es war das beste der Hütte, hatte nur einen fichtenen Tisch und zwei Binsenstühle — sprachen die beiden zum letztenmal. Es war nur ein Epilog. Die Spieler saßen sich nach der Partie gegenüber. Der Sieger, der in die Schule des Besiegten gegangen war, sprach fast eine Stunde mit seinem geschlagenen Meister, den er noch einmal an-

log: *Niemand hätte in Deutschland den Krieg gewollt.* Der kranke Mann aber beteuerte, auch er habe den Krieg nicht gewollt — da sprach er doch die Wahrheit, aber dann versuchte er noch einmal die Figuren aufs Brett zu setzen. Wie unnütz, wie aussichtslos in dieser Stunde. Es ging ihm um günstigere Bedingungen. Bismarck berief sich auf den Dienstweg, er sei nicht kompetent, aber vielleicht könne man vom Frieden sprechen. Welcher Hohn! Denn da saß ein Gefangener, Gestürzter, fast Sterbender, ohne Armee, ohne Macht. Er wandte ein, er sei doch ein Gefangener und gleichfalls nicht kompetent.

Busch hat den Kaiser geschildert, wie er damals aussah: Ein kleiner untersetzter Mann, in einem schwarzen, rotgefütterten Paletot mit Kapuze und in roten Hosen, mit weißen Glacéhandschuhen. Der Blick seiner lichtgrauen Augen hatte etwas Weiches, Träumerisches, wie der von Leuten, die stark gelebt haben. Die rote, mit einer Goldborte verzierte Mütze saß ihm ein wenig rechts, wohin auch der Kopf neigte. Die kurzen Beine standen nicht im rechten Verhältnis zu seinem langen Oberkörper. Der Mann war zu sanft, zu schwammig für die Uniform.

Ihm gegenüber die breite, riesige Gestalt des märkischen Junkers, im Waffenrock seines Kürassierregiments, verstaubt und schmutzig, in hohen Reiterstiefeln. Der scharfe, tigerähnliche Blick der blauen Augen unter den buschigen Augenbrauen.

Später geleitete Bismarck den Kaiser nach dem Schlößchen Bellevue. Während sie die Treppe hinaufgingen, flüsterte Bismarck einem Offizier zu, er

möchte ihn nach fünf Minuten abrufen, der König wolle ihn sprechen. Das geschah. Der Kaiser blieb eine Weile allein, dann erklärte man ihm, er könne den König erst nach der Kapitulation sprechen — Intrigen, Intrigen ohne Ende.

Die Kapitulation wurde vollzogen. Nun erschien der König. Als der Kaiser ihn verließ, rannten ihm die Tränen über die Backen.

In einem geschlossenen Wagen verließ er die Stadt Sedan voller Furcht vor seinen eigenen Soldaten.

Der Krieg ging weiter. Schon stand fest, daß man die großen Festungen im Osten Frankreichs haben wollte. — Am Abend des 4. September erklärte Bismarck: „Metz und Straßburg ist's, was wir brauchen und uns nehmen wollen — die Festungen. Das Elsaß — (er meinte, erläutert Busch, „die starke Betonung des Deutschgewesenseins und des Deutschredens der Elsässer und die periodische Presse") ist Professorenidee." Dann las er einen Brief seiner Frau vor, die in biblischen Worten den Untergang Frankreichs begehrte.

„Wir wollen in Paris die Bedingungen, welche das deutsche Volk vor einer Erneuerung eines solchen räuberischen Überfalls, wie es der Krieg von 1870 gewesen, schützen werden, selbst diktieren, und kein Diplomat fremder Mächte, welcher die Hände in den Schoß gelegt, soll uns dreinsprechen. Wer nichts geleistet hat, soll auch nichts vermitteln," schrieb am 3. September der „Schwäbische Merkur".

Dazu meinte Bismarck: *„Dieser Artikel muß Junge kriegen."* „Er bekam Junge," fügt Busch hinzu.

In diesen Tagen fiel die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands. Der Entschluß zur Fortführung des Krieges gegen die Republik, der Entschluß, Elsaß-Lothringen zu annektieren und Frankreich zu demütigen, wurde auf dem Schlachtfeld von Sedan gefaßt. Jetzt zeigte sich, wessen Bismarck fähig war, wenn ihm niemand in die Zügel fiel. Noch einmal wird offenbar, daß seine „Weisheit" in Nikolsburg nur erzwungen war, er wich nur der Gewalt. Jetzt stampften die siegreichen Armeen über das offene Land dahin, niemand schien sie mehr aufzuhalten; als der französische Minister, Jules Favre, schon am 10. September durch englische Vermittlung anfragen ließ, ob Bismarck zum Waffenstillstand und Unterhandlungen bereit sei, erklärte Bismarck auf die englische Anfrage: *„Die Antwort auf dieses Gequassel hat Zeit!"*

Der Friede war zu haben. Bismarck schlug ihn aus. Als die Nachricht von der Ausrufung der Republik in Paris bestätigt wurde, stand es erst recht für Bismarck fest, den Krieg nicht abzubrechen, jetzt verwandelte sich der Krieg nicht nur in einen Angriffskrieg dynastischen Charakters, sondern ganz offen in einen Klassenkrieg sozialer Prägung. Daß diese Bourgeoisrepublik weit entfernt von jedem proletarischen Einschlag war, kümmerte Bismarck nicht. Am 12. September führte Bismarck ein langes Gespräch mit dem Prinzen *Luitpold von Bayern*, der mit einer *Sondermission* nach Wien betraut wurde;

in dieser Unterredung legte Bismarck seine Auffassung dar, weshalb der Krieg weitergeführt werden müsse: der Krieg gegen Frankreich bedeutet jetzt die Verteidigung des monarchistisch-konservativen Prinzips gegen das republikanisch-sozialistische. Die Erklärung der Republik in Paris hat in Spanien Beifall gefunden, in Italien ist gleiches zu erwarten. Darin liegt eine große Gefahr für die monarchistisch regierten Länder Europas.

In diesem Augenblick des militärischen Sieges entwirft Bismarck seine Pläne für die nächste Zukunft: Gegenüber der Solidarität der revolutionären und republikanischen Interessen muß ein Bündnis der monarchischen Staaten geschaffen werden — Deutschland, Rußland und Österreich. Das ist der wahre und einzige Grund, weshalb Bismarck um jeden Preis weiterkämpfen will. Man kann sagen, daß er Demagogie trieb und Österreich durch solche Töne bestricken, Rußlands erwachende Eifersucht bändigen wollte. Ja, das ist richtig. Aber diese Idee entspringt seinem innersten Fühlen und Denken. Der Krieg ging weiter als Unterdrückungskampf der republikanischen Idee, er enthüllte seinen Klassencharakter. Und deshalb mußte sich gerade in diesen Tagen das Proletariat in Deutschland gegen die herrschende Klasse des eigenen Landes wenden. Die Logik des Klassenkampfes erforderte diese Wendung. Es kommt gar nicht darauf an, ob diese bürgerliche Republik dem Proletariat feindlich gegenübertrat — für Bismarck und seine Klasse war sie der Feind, und bedeutete diese Wendung den

Beginn einer Entwicklung, die er zeitig zu ersticken suchte. Kampf gegen das republikanische Frankreich bedeutet zugleich Kampf gegen die „revolutionären und zentrifugalen Elemente" im eigenen Lande, in Österreich, in Rußland. Er folgert logisch die Internationale der Reaktion. Daß ihm jetzt im Augenblick der versteckte Bündnisantrag an Österreich mißlang, beweist nichts gegen die Grundauffassung, die Bismarck in diesen Tagen hegte. Deshalb sind auch alle Versuche einer Interpretation des Begriffs „Erbfeind", der jetzt bei Bismarck auftauchte, müßig. Solche Reden waren Vorwände. Er trieb mit der Aufpeitschung der nationalen Empfindungen nur Manöver, er verbarg, was er in Wahrheit selbst dachte. Wahrscheinlich hätte er mit einem kaiserlichen Frankreich rasch Frieden geschlossen. Es war sein Klassenbewußtsein, das ihn den Krieg weiterführen ließ.

Er wollte diesen neuen Staat zerschmettern, erniedrigen, demütigen, er wollte Rache nehmen für 1848, auch für 1862, er hatte immer danach verlangt, in einer Straßenschlacht mit den Revolutionären und Republikanern des eigenen Landes ein blutiges Ende zu machen. Nie hatten sie ihm den Gefallen getan, sich zu stellen, nie war dieser grauenvolle Blutdurst, der ihn 1848, vor allem im November, überfallen hatte, gestillt worden. Jetzt war die Stunde gekommen. Es waren nicht Proletarier, mit denen er es zu tun hatte, es waren Bourgeois, aber da war vielleicht sogar die Wut, das Racheverlangen noch größer. Wie hatte er diese Bourgeoisie gehaßt und

verachtet — seit frühester Jugend. Wie erbärmlich erschien sie ihm 1848 im „Taglöhnerparlament", später im Erfurter Reichstag, dann in der preußischen Kammer. Dieser Favre da, der um Frieden bat, war ein solcher Bourgeois, ein Republikaner. Der Tag der Abrechnung war gekommen. Es waren nicht Preußen, sondern Franzosen, nun, um so besser, denn nun konnte man alle Fragen mit einem Schlage lösen: Kaiser und Reich, Parlamentarismus, nationale Frage, Machtstellung Preußens innerhalb Deutschlands, Machtstellung Deutschlands innerhalb Europas, Aufrichtung eines Reiches reaktionärer Prägung. Da war das knutogermanische Kaiserreich, wie Bakunin es höhnend titulierte. Dieser Bourgeois Favre wollte verhandeln? „Über die Bedingungen eines Friedens, ja, über die eines Waffenstillstands, nein."

DIE GOTTESGEISSEL

Es war nun ganz Bismarcks Krieg, er muß damals seine Aufgabe wie eine Mission empfunden haben, er war die Gottesgeißel, die alle revolutionären und demokratischen Elemente züchtigte. Bald wendet er sich gegen die proletarische und bürgerlich-radikale Bewegung im eigenen Lande — das sind für ihn dieselben Leute wie in Paris. Im September läßt er von Busch einen Aufsatz schreiben, in dem es heißt: „Die Liebhaber der Republik in Deutschland, die Leute von der Farbe Jacobys, die sozialistischen Demokraten und ihre Verwandten wollen nichts von Abtretungen Frankreichs an uns wissen; denn sie sind in erster Linie Republikaner und dann erst ein wenig Deutsche. Die Sicherstellung Deutschlands durch den Gewinn von Straßburg und Metz ist ihnen als eine Sicherstellung gegen die von ihnen herbeigewünschte Republik, als eine Schwächung der Propaganda für diese Staatsform, als eine Verminderung der Aussichten auf ihre Verbreitung über den Rhein verhaßt. Ihre Partei geht ihnen über ihr Vaterland. Die Bekämpfung Napoleons war ihnen recht, weil er der Gegner ihrer Doktrin war; seit die Republik an seine Stelle getreten ist, sind sie Franzosen an Gesinnung und Neigung."

So zieht er selbst die Klassengrenzen quer durch Europa, so erklärt er selbst seine Klassensolidarität mit dem von ihm gestürzten Napoleon. Das ist klar und deutlich gesprochen. Und bestätigt unsere These.

Noch von Reims aus gibt Bismarck den Vertretern des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Mächten Instruktionen, die von Lügen und Verleumdungen wimmeln — der Krieg ist immer noch ein Verteidigungskrieg, Frankreich hat frevelhaft angegriffen und wird weiter angreifen, wenn man ihm nicht Gebiete entreißt, um ihm weitere Angriffe zu erschweren. So begründet er die Annexionen. Kein Wort von Elsaß-Lothringen als altem deutschem Land. Für ihn sind nur politisch-strategische Gründe maßgebend. Sentimentalitäten werden demagogisch eingestreut. Gott bewahre, daß er selbst daran glaubt. Schon die Voraussetzungen sind falsch und verlogen, er betrügt die ganze Welt, indem er ihr vorerzählt, der Krieg sei Frankreichs Werk. Und die Folgerungen sind Ausdruck des Machtwahns des Siegers, der jetzt eine Saat sät, aus der die Drachen erwachsen, die 44 Jahre später aufs neue Europa verwüsten werden. Der Hochmut des Siegers, der Hang zur Lüge geben ihm solche tückischen Sätze ein, wie: „Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir gerechte und billige Forderungen festhalten."

Am 19. September trat zum ersten Male der kleine Bourgeois Jules Favre in Schloß Hautemaison Bismarck gegenüber. Ein ältlicher, graubärtiger Mann mit hervortretender Unterlippe. Busch sagt

noch ausdrücklich, er habe jüdisch ausgesehen. Die Besprechung dauerte keine zwei Stunden. Als Favre ging, sah er bedrückt, niedergeschlagen, fast verzweifelt aus. Dann folgten noch zwei Besprechungen — ergebnislos. Bismarck, der während der Verhandlungen sehr verstimmt gewesen war, erschien nach dem Abbruch „viel menschlicher und munterer". Über den bedrückten Favre machten sie sich an der Tafelrunde Bismarcks lustig, seine erregten Einwände erklärten sie für Theater, und befriedigt äußerte Bismarck, er hoffe nicht, daß Favre wiederkäme! Bismarck hatte die Abtretung von Elsaß-Lothringen verlangt, der Waffenstillstand sollte nur gewährt werden gegen Besetzung aller Vogesenfestungen, auch der noch belagerten (!), gegen Besetzung des damals noch nicht eingenommenen Straßburg und Übergabe eines Paris beherrschenden Forts.

Das Muster für die Waffenstillstandsbedingungen vom November 1918 war gegeben.

Favre lehnte ab und fuhr nach Paris zurück. Von Verhandlungen war vorläufig keine Rede mehr. Erst Ende Oktober stellte sich Thiers in Versailles ein, der kleine, dicke Thiers, der unter so vielen Regierungen gedient hatte und die Kommune im Blut ersticken sollte — Thiers, von dem Bismarck meinte, er passe nicht zum Unterhändler, nicht einmal zum Pferdehändler, so lasse er sich verblüffen und ausholen. Befriedigt äußerte Bismarck beim Abbruch: „Nun da wäre man ja von weiteren Verhandlungen mit Thiers dispensiert."

In den nächsten Monaten kommt es zu keinen

neuen Verhandlungen, die militärischen Kämpfe zum Entsatz von Paris treten ganz in den Vordergrund, der Krieg wird mit immer größerer Erbitterung geführt, die Belagerung von Paris endet nicht so rasch, wie man glaubte — im Dezember drängt Bismarck immer hartnäckiger auf das Bombardement, er ist für die Verschärfung des Krieges, weil er eine englische Intervention befürchtet. Die schweren deutschen Verluste, Demoralisationserscheinungen innerhalb der Armee, die langwierigen Verhandlungen über die Kaiserfrage scheinen zum Abschluß des Krieges zu drängen. Da er alle Konzessionen ablehnen muß, bleibt ihm kein anderer Weg, als den Gegner mit allen Mitteln zur Kapitulation zu zwingen. Er gerät in heftigen Gegensatz zu den Generalen, die ein Bombardement für nutzlos halten. Er droht mit Demission, mobilisiert die Presse, läßt Artikel fabrizieren, in denen die Beschießung gefordert wird. Als bei Eintritt des harten Winters die Belagerung nicht mit der Energie betrieben wird, die er verlangt, entsteht Kriegszustand zwischen ihm und den Militärs, wochenlang sprechen sie nicht miteinander.

Jede Milde wird von Bismarck verdammt. Die armseligen Pariser Kartoffelsucher in den Vorpostenlinien „müssen totgeschossen werden". Beiläufig führt er einen boshaften Kleinkrieg gegen die Frauen am Hofe, die er für die Schuldigen hält, daß das Bombardement nicht eröffnet wird, obschon es rein militärische Gründe waren, welche die Generale und den König bewogen, Paris durch den Hunger

zur Kapitulation zu zwingen. Weder besaßen die Geschütze genug Reichweite, noch war genug Material vorhanden, weder war es möglich, die Forts sturmreif zu schießen, noch einen Sturm unter furchtbaren Opfern zu wagen. Schwer wogen andere Motive: *im Bereich des Geschützfeuers lagen nur die Wohnviertel der Reichen,* die man schonen wollte. Der Kronprinz hat dieser Ansicht klar Ausdruck gegeben: „Nach der Art, wie unsere Batterien vor Paris angelegt werden können, würden die Geschosse die reichen Stadtviertel allein treffen, deren Bewohner gegenwärtig einflußlos sind, da der Arbeiterstand den Terrorismus ausübt; die eigentliche Arbeitergegend würde dagegen von dem Bombardement unberührt bleiben, folglich der Bevölkerungsteil, welcher das Heft in Händen hat, sich durch eine Beschießung wenig irre machen lassen."

Humanität war es gewiß nicht, welche die Gegner des Bombardements bestimmte. Klasseninteressen waren neben rein militärischen Gründen maßgebend.

Die Bourgeoisie wiederum wollte, durch die von Bismarck inspirierten Artikel aufgehetzt, das Abenteuer eines in Brand geschossenen Paris erleben, sie wünschte, wie die Kronprinzessin Viktoria schrieb, „die aufregenden Berichte von einer Beschießung zu hören". Hinzu kam bereits eine Kriegsmüdigkeit, der Krieg zog sich wider Erwarten verlustreich in die Länge, ein Ende war nicht abzusehen, man brauchte eine neue „Tat", man brauchte einen Schlag, der die Gemüter fanatisierte. Es hieß „Durchhalten", aber die Bestie wollte ihre Nahrung haben,

schon seit dem Fall von Metz Ende Oktober gab es keinen großen Erfolg mehr. Bismarck wollte die Instinkte der blutlüsternen Bürger aufreizen — das war ein weiterer Grund. Und schließlich war dies Bombardement die Erfüllung eines symbolischen Aktes — dieses Babel sollte in Flammen aufgehen, bis auf den Grund zerstört werden; wie Sodom und Gomorra mußte Paris mit Feuer und Schwefel der Vernichtung preisgegeben werden. Johanna von Bismarck schrieb einmal in einem Briefe über Frankreich: „Ich sage Dir, die Gottlosen sollen ausgerottet werden."

Ende Dezember wurde das Bombardement eröffnet. Militärisch war sein Resultat gleich Null. Moralisch war es ein verbrecherischer Akt, vom politischen Standpunkt aus war es eine Dummheit.

Der Hunger, nicht die Beschießung zwangen die Belagerten wenige Wochen später zur Kapitulation. Am 23. Januar erschien Favre in Versailles, sah niedergeschlagen und in der Kleidung etwas derangiert aus. Nach der mehrstündigen Unterredung kam Bismarck ins Speisezimmer, wo seine Tafelrunde versammelt war. Er sah „ungemein vergnügt" aus, ließ sich Tee von Busch einschenken und aß ein paar Bissen trockenes Brot dazu. Nach einer Weile redete er seinen Vetter an: „Kennst du das?" worauf er eine kurze Melodie pfiff, das Signal der Jäger, das verkündet, daß der Hirsch erlegt ist.

Bohlen antwortete: „Ja, gute Jagd."

Bismarck: „Nein, das geht so", worauf er eine andere Weise pfiff.

„Es war das Halali", sagte er dann. „Ich denke, die Sache ist gemacht."

Und dann saßen sie da — die Preußen in Versailles, und spotteten über den Favre, der recht ruppig ausgesehen habe, viel grauer geworden sei, auch dicker, vermutlich vom Pferdefleisch, alles schiene ihm „Worscht" zu sein. Bei Tisch hatten sie Hummer und Mayonnaise. Bismarck erzählte, Favre hätte sich beklagt, daß die Preußen auf die Kranken und Blinden — das Blindeninstitut — geschossen hätten. „Ich weiß nicht, was Sie sich darüber beschweren, Sie machen es ja noch viel schlimmer, Sie schießen auf unsere rüstigen und gesunden Leute!" Alle lachten, und dann gingen sie zum „Thema" über, erzählten sich etwas von Balltoiletten, rissen Zoten, lachten über Anekdoten — — — — — —

Als Favre zwei Tage später wiederkam, setzten sie ihm zu essen vor. „Na, heute hat er doch hoffentlich gehörig gegessen", sagte Bohlen. „Unten hat sich das Gerücht verbreitet, er habe diesmal auch den Sekt nicht verachtet, sondern ordentlich davon getrunken."

Bismarck: „Ja, vorgestern wollte er nicht, heute aber hat er sich mehrere Gläser einschenken lassen. Neulich hatte er sogar Gewissensbedenken wegen des Essens, ich redete sie ihm aber aus, und der Hunger wird mir beigestanden haben, denn er aß wie jemand, der lange gefastet hat."

In Paris herrschten grauenvolle Zustände, man aß Ratten und die Tiere des Zoologischen Gartens, Kinder starben vor Hunger, die Preise für Brot

waren unerschwinglich. Favre hatte vor allem Lebensmittel verlangt (bereits hatten sich deutsche Unternehmer bei Bismarck gemeldet, die das große Geschäft der Verproviantierung von Paris machen wollten), aber Bismarck erklärte, erst *nach* der Kapitulation werde man Lebensmittel liefern, und auch dann erst, nachdem 7 000 000 Gewehre und 4000 Kanonen abgeliefert seien, vorher „kriegen sie kein Stück Brot, niemand wird herausgelassen. Wir besetzen die Forts und die Enceinte und setzen sie solange auf schmale Kost, bis sie sich zu einem Frieden bequemen, der uns paßt."

Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom November 1918: Die deutschen Heere überlassen in gutem Zustand folgendes Kriegsmaterial:

5000 Kanonen (davon 2500 schwere und 2500 Feldgeschütze),
25 000 Maschinengewehre,
3000 Minenwerfer,
1700 Jagd- und Bombenabwurfflugzeuge.

Artikel XXVI. Die Blockade der alliierten und assoziierten Mächte bleibt im gegenwärtigen Umfang bestehen. Deutsche Handelsschiffe, die auf hoher See gefunden werden, unterliegen der Wegnahme. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten nehmen in Aussicht, während der Dauer des Waffenstillstands Deutschland in dem notwendig anerkannten Maße mit Lebensmitteln zu versorgen.

In einer der Unterredungen gab Favre seine schwierige Lage zu verstehen, in wenigen Stunden würde man ihn in Paris als Verräter behandeln, sobald die Kapitulation abgeschlossen sei, er befürchte Unruhen, worauf ihm Bismarck den Rat gab, eine Rebellion zu provozieren, die Favre im Blute ersticken sollte. „Er — Favre — sah mich darauf ganz erschrocken an, als wollte er sagen ‚Was du blutdürstig bist!' Ich aber setzte ihm auseinander, daß dies das einzig richtige wäre, um mit dem Pöbel fertig zu werden."

Am 29. Januar kapitulierte Paris. Man schloß einen Waffenstillstand auf 21 Tage, die Forts wurden übergeben, deutsche Truppen sollten die Stadt nicht betreten, sämtliche Geschütze waren auszuliefern, die Besatzung war kriegsgefangen, die Nationalgarde sollte ihre Waffen „zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt" behalten. Verproviantierung wurde in gewissen Ausnahmen zugestanden. Während des Waffenstillstandes sollte eine Volksvertretung gewählt werden, um Frieden zu schließen. Über die Friedensbedingungen herrschte Klarheit: Abtretung von Elsaß-Lothringen, Zahlung von 5 Milliarden, Besetzung gewisser Gebiete bis zur Erfüllung aller Bedingungen.

Die Besetzung der Stadt wie die Entwaffnung der Nationalgarde aber unterblieb, weil Favre die Gefahr eines Aufstandes für drohend hielt, Bismarck gab nach — die *Klassensolidarität trat in Erscheinung.*

Nach den Wahlen führte Thiers die Verhand-

lungen mit Bismarck; der Streit ging um Metz und Belfort; auf Belfort verzichtete man, auf Metz wurde bestanden — nicht nur aus militärischen Gründen, sondern weil es die Eisen- und Zinngruben Lothringens schützte, an deren Besitz der deutschen Bourgeoisie alles gelegen war. Jetzt erst, ganz zum Schluß, tritt das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund, während des ganzen Verlaufs des Krieges schien es, als ginge es um eine nationale Sache. Jetzt offenbarte sich unverhüllt der wahre Charakter des Krieges. Die junge deutsche Schwerindustrie hatte an diesem Krieg durch die Heereslieferungen bereits ungeheuerlich verdient, ihre Motive mit Bismarck zu gehen, waren ökonomischer Natur: der Krieg, der das Reich schuf, war ein Konkurrenzkampf der französischen und deutschen Schwerindustrie, die Kohlenlager, die Eisen- und Zinngruben im Besitz der deutschen Bourgeoisie bedeuteten eine Überlegenheit, die sich bald politisch auswirken mußte.

Für die Geldgeschäfte holte sich Bismarck den Grafen Henckel und Bleichröder nach Versailles, sie brachten es fertig, den Franzosen gegen hohe Provision den Vorschlag zu machen, die Kriegsentschädigung zu finanzieren. Favre, der selbst anrüchige Geschäfte machte, empfand den Vorschlag so peinlich, daß er ihn ablehnte.

Als Favre und später auch Thiers versuchten, die Bedingungen zu mildern, drohte ihnen Bismarck nicht nur mit Abbruch, sondern vor allem mit einer Rückberufung Bonapartes oder einer Einsetzung der

Orleans. Es sind damals tatsächlich solche Verhandlungen geführt worden, offenbar verfolgten sie keinen anderen Zweck, als den Gegner irre zu führen, unsicher zu machen — nach der alten, bewährten Methode, die Parteien aufeinanderzuhetzen, zu zermürben, zu schwächen, und selbst Vorteile zu erringen.

Am 26. Februar wurde in Versailles der Vorfriede geschlossen. Am 1. März besetzten deutsche Truppen den Rand der westlichen Stadtteile von Paris — es war ein demonstrativer Akt — in Longchamps fand eine Parade vor dem Kaiser statt. Aber daß die Besetzung der Stadt nicht durchgeführt wurde, war ein *Zeichen der Furcht vor dem unruhigen Proletariat.* Vor diesem Gegner wich Bismarck zurück. Triumphierend hat Friedrich *Engels* diese Niederlage konstatiert.

Als man Bismarck Vorwürfe wegen seiner ... Nachgiebigkeit in diesem Punkte machte, erklärte er: „Bei Favre hätte ich's durchsetzen können, aber die Bevölkerung! Sie hatten gewaltige Barrikaden und 300 000 Mann, von denen gewiß 100 000 gekämpft hätten. Es ist Blut genug geflossen — deutsches — in diesem Kriege. Hätten wir Gewalt brauchen wollen, so wäre noch viel mehr vergossen worden bei der Erhitzung der Bevölkerung. Und bloß, um ihnen noch eine Demütigung zuzufügen, das wäre zu teuer gekauft."

Kapitulation und Friedensschluß waren bereits ein Pakt zwischen zwei Partnern, die gleiche Interessen vereinigten. Marx schrieb in einem Brief an

Kugelmann: „Wenn Frankreich aushält, den Waffenstillstand zur Reorganisation seiner Armee benutzt und endlich dem Krieg einen wirklich revolutionären Charakter gibt, kann das neudeutsche borussische Kaisertum noch eine ganz unerwartete Prügeltaufe erhalten."

Aber die französische Bourgeoisie hielt es für wichtiger, das Proletariat in Paris niederzuhalten, als sich länger gegen die Preußen zu schlagen.

Am Ende des Krieges war die Situation so kritisch, daß Bismarck selbst die Grenzen erkannte, bis zu denen er die Bourgeoisie demütigen durfte. Als mit einem Schlag offenbar wurde, daß das Proletariat zu den Waffen greifen konnte, sieht man ihn wieder „weise" werden, Bedingungen mildern, Zugeständnisse machen. Indem er vor allem um die Lebensmittelzufuhr bemüht war, gab er schon zu, daß er das Proletariat fürchtete. So kann zuletzt nicht mehr davon die Rede sein, daß nur Gegner einen Frieden schlossen, es war zugleich ein Friedensschluß, um sich gegen die drohende Revolution zu sichern. Deshalb hatte auch Bismarck einen solchen Abscheu vor den *Franktireurs*, deren Erschießung er verlangte. Marx schrieb: „Es ist eine echt hohenzollernsche Idee, daß ein Volk ein Verbrechen begeht, wenn es fortfährt, sich zu verteidigen, sobald sein stehendes Heer alle geworden ist."

Wenige Wochen später bricht in Paris der Kommune-Aufstand aus. Die Furcht Bismarcks und Favres war berechtigt gewesen, sie hatten fast in-

stinktiv gemeinsam Front gemacht — der Junker und der Bourgeois. Zum ersten Male brach nach 22 Jahren wieder die Revolution los; der nationale und dynastische Krieg schlug um in den Bürgerkrieg. „Von den bürgerlichen Republikanern aber hat uns dieser Krieg jedenfalls befreit. Er hat dieser Sippe ein Ende mit Schrecken gemacht. Und das ist ein bedeutendes Resultat... Die Verhältnisse, die er in seinem Gefolge führt, werden die beste Propaganda für unsere Prinzipien sein."

HOPFEN, MALZ UND EIN CHARAKTERMAJOR

In den ersten Märztagen verließ das Kaiserliche Hauptquartier Versailles. Bevor Bismarck sein Quartier verläßt, wird noch eine kleine Fälschung begangen: der kleine Tisch, auf dem der Friedensvertrag unterzeichnet war, wurde fortgenommen; bevor die Hausbesitzerin in ihr Heim zurückkehrte, ließ man einen ähnlichen Tisch für die Besitzerin anfertigen, ohne daß sie etwas wußte. Man wiederholte zuletzt im kleinen, was man vor Ausbruch des Krieges begangen hatte — mit einer Fälschung ging es an, mit einer Fälschung endete es. Und dem deutschen Volke brachte man noch eine besondere Fälschung mit: die Kaiserkrone, die Reichseinheit.

Heute wissen wir, daß es sogar Möglichkeiten vor dem Kriege gab, die Reichseinheit herzustellen und den König von Preußen zum Kaiser zu machen: Im Frühjahr 1870 war es zu ernsten Verhandlungen gekommen, damals scheiterten sie am Widerstand der deutschen Fürsten und Englands. Das Bewußtsein, eine schwierige Lage für Preußen zu schaffen, bewog Bismarck, die Reichs- und Kaiserfrage so vorsichtig wie möglich zu behandeln. Es ist falsch, zu glauben, Bismarck sei mit dem festen Entschluß in den Krieg

gezogen, ihn mit der Reichsgründung und der Kaiserkrönung in Versailles enden zu lassen. Der lange Verlauf des Krieges beschwor Komplikationen, die unsichere Haltung Österreichs, die Waffenlieferungen Englands an Frankreich, die Erpressungsmanöver Rußlands, das im Verlaufe des Krieges die Aufhebung der härtesten Paragraphen des Pariser Friedens durchsetzte, mußten gerade in entgegengesetzter Richtung wirken. Als Bismarck in den Tagen von Sedan bestimmt wurde, die notwendigen Schritte einzuleiten, um den Hohenzollern die Kaiserkrone zu verschaffen, wich er aus. In einer Unterredung mit dem Kronprinzen erklärte er seine Absicht, das Elsaß nicht wieder herauszugeben, aber als der Kronprinz auf die Kaiserfrage zu sprechen kam, war Bismarck nicht einmal zu Erörterungen bereit. Damals war Österreichs Haltung immer noch nicht entschieden, ja, auch Italien, das eben zur Besetzung Roms schritt, konnte in den Krieg eintreten. Gerade die entscheidende Niederlage des kaiserlichen Frankreich konnte zu neuen Verwicklungen führen. Damals wollte Bismarck gewiß nicht die Frage lösen; er scheint angedeutet zu haben, daß nach Friedensschluß noch Zeit wäre, darüber zu sprechen.

Bekanntlich ist später eine schwere Kontroverse ausgebrochen, wer die Kaiserfrage ins Rollen gebracht hat — der Kronprinz oder Bismarck. Die Veröffentlichung der Tagebücher Friedrichs III. im Jahre 1889 sollte beweisen, daß Bismarck von Friedrich vorwärtsgetrieben werden mußte, daß er sogar Widerstand geleistet hätte. Dieser Streit ist immer noch

nicht entschieden. Der Kronprinz war keineswegs so liberal, wie die Legende es will, er war ein unselbständiger Mensch, der sich an romantischen Vorstellungen in der typischen Manier der Hohenzollern berauschte, von seiner ehrgeizigen Frau völlig abhängig war, infolge des hohen Alters des Vaters immer mit einer plötzlichen Thronbesteigung rechnete und sich schon aus diesen Gründen eine gewisse Popularität zu verschaffen suchte, indem er aus seiner Opposition gegen die Bismarcksche Politik, die zugleich als die Politik seines Vaters galt, keinen Hehl machte. Es war der uralte Thronfolgerkonflikt, der sich notwendig verschärfte, je älter Wilhelm wurde, je unumschränkter Bismarck regierte. Am Kaisertum berauschte sich der Kronprinz, er huldigte mittelalterlichen Ideen; Wappen, Titel, Zeremonien spielten für ihn eine große Rolle. Als der erste deutsche Reichstag eröffnet wurde, mußte auf seinen Befehl der Jahrhunderte alte Stuhl der Sachsen-Kaiser in den Saal gestellt werden. Für die Schwierigkeiten, die die deutschen Fürsten bereiteten, scheint er ebensowenig Verständnis gehabt zu haben wie für die Bedenken, die Bismarck im Hinblick auf die allgemeine europäische Situation äußerte. Ende September versuchte er dem Vater nahezulegen, daß die Kaiserfrage im „Anrücken" sei; Wilhelm antwortete nur mit geringschätzigen Bemerkungen. In Fluß kam die Frage erst, als die Verhandlungen über die Neuordnung der Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten im Laufe des Oktober einsetzten. Die Bundesreform war notwendig, darüber gab es

kaum Streitigkeiten, wirtschaftliche wie politische Gründe bedingten einen engeren Zusammenschluß, von einem bloßen Schutz- und Trutzbündnis zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten mußte man zu einer festeren Bündnisreform übergehen, ohne daß die Reservatrechte der einzelnen Staaten besondere Einbuße erlitten. Aber die Krönung eines Hohenzollern zum deutschen Kaiser war eine Frage, die die deutschen Fürsten in ihren menschlichsten Empfindungen berührte. Und als Bismarck im Laufe des November die Kaiserfrage anschnitt, fand er Widerstand bei allen Beteiligten: der König leistet Widerstand bis zum Äußersten, die Fürsten wollten nicht, der Kronprinz wollte nicht, weil er mehr begehrte als Bismarck; die preußischen Konservativen sträubten sich, nur die Liberalen waren dafür und lärmten in der Presse so gewaltig, bis Bismarck nicht mehr zurück konnte. So entspann sich jene monatelange Komödie, die zu heftigen Auseinandersetzungen, kleinlichsten Intrigen, närrischen Verwicklungen führte.

Mitte Oktober gab Bismarck dem Kronprinzen die Versicherung, daß er die Kaiserfrage ernstlich ins Auge gefaßt habe. Jetzt, unter dem Eindruck des Pressesturms, gestand Bismarck, er hätte nie daran geglaubt, daß im deutschen Volk das Verlangen nach der Kaiserkrone so mächtig gewesen sei, wie es sich jetzt herausstelle. Wir haben keine Beweise — nirgends findet sich auch nur eine Andeutung, aber die Vermutung liegt nahe, daß Bismarck dem Drängen der Bourgeoisie nachgab, um Schritte in der Kaiser-

frage zu ergreifen, solange es noch Zeit war und die Möglichkeit bestand, die Frage durch eine Übereinkunft der Fürsten selbst zu regeln. Allen in Versailles graute vor einer neuen Frankfurter Deputation, die im Namen des deutschen Volkes den Hohenzollern die Krone zum zweiten Male anbieten sollte. Für Wilhelm, für Bismarck, für alle Royalisten war die Erinnerung an jenen Tag immer demütigend. Friedrich Wilhelm IV. hatte nur einmal ihre volle Sympathie erworben, als er diese Krone abwies und erklärte, die Kaiserkrone könne nur auf dem Schlachtfeld erworben werden.

Im Laufe des Oktober vollzog sich ein Umschwung der politischen und militärischen Lage: Rußland forderte seinen Lohn für die Neutralität und konzentrierte Truppen an der österreichischen Grenze, Österreich wieder schien den Plan einer Intervention endgültig fallen zu lassen, militärisch war die Lage für die Preußen günstiger geworden: Metz schien nicht nur vor der Kapitulation zu stehen, sondern Bazaine verhandelte auch mit Bismarck über eine Wiedereinsetzung Napoleons; die Orleans meldeten sich bei Bismarck, mit einer langjährigen Schwächung Frankreichs infolge innerer Schwierigkeiten war zu rechnen — in diesem Augenblick glaubte Bismarck handeln zu dürfen.

An demselben Tag, da Bismarck mit Friedrich konferierte, hatte er den Brief eines Deutsch-Amerikaners erhalten, in dem es hieß: „Ein seit zwanzig Jahren hier wohnender Deutscher, der früher Ihr Todfeind war, und dessen Ideal Sie jetzt sind, nicht

geblendet durch die republikanische Form, in die das französische Wesen jetzt gegossen ist, ruft begeistert: ‚Vorwärts, Bismarck! Hurra für Deutschland! Hurra für Wilhelm den Ersten, Kaiser von Deutschland‘.“

Es war Furcht vor dem Bürgertum, wenn Bismarck sich zu entscheidenden Schritten entschloß. Die Fürsten mußten dem Kaiser die Krone anbieten. Der Herzog von Sachsen-Koburg machte Stimmung für eine Wahl durch die deutschen Fürsten, die an Stelle der ehemaligen Kurfürsten zu küren hätten. Wilhelm ließ sich bereits in Gesprächen etwas vorsichtiger aus; anfangs hatte er sich ablehnend verhalten, jetzt sprach er schon davon, er wolle Herzog der Deutschen werden; die Kaiserkrone selbst erschien ihm, wie Bismarck sagte, im Lichte eines übertragenen modernen Amts, dessen Autorität von Friedrich dem Großen bekämpft war, den Großen Kurfürsten bedrückt hatte.

Aber wenn man das Volk ausschaltete und die Frage durch die Fürsten entschieden wissen wollte, bedeutete es noch nicht, daß die Fürsten auch wollten. Sie wollten nicht. Nur der Badenser war einverstanden, nicht nur wegen seiner Verwandtschaft mit den Hohenzollern, sondern weil Baden der exponierteste Staat Deutschlands war. Aber auf Baden kam es nicht an, man hatte ihm schon den Eintritt in den Norddeutschen Bund abgeschlagen, um nicht *allein* die Wacht am Rhein übernehmen zu müssen und in eine Situation zu geraten, bei der die anderen Süddeutschen einem in den Rücken fielen. Auf Bayern

und Württemberg kam es an. Beide Könige hatten den Krieg nur gezwungen mitgemacht, ins Feld sind sie nicht gezogen; in München war eine starke Minderheit in der Kammer bei Kriegsausbruch gegen den Krieg gewesen, der König von Württemberg machte öffentlich während des ganzen Krieges aus seinen Sympathien für Frankreich keinen Hehl. Ludwig II. haßte den preußischen Kronprinzen, der unzweifelhaft sogar in bürgerlichen Kreisen Bayerns Sympathien genoß, er haßte die Hohenzollern und Preußen, er war mit Franz Joseph verwandt, verschmerzte die Niederlage von 66 nie und ergab sich im 70er Krieg ganz seinen verrückten Spielereien auf seinen Schlössern — er war kein ernsthafter Gegner, aber er war doch nun einmal da und sagte: „Nein" — Friedrich meinte Mitte November, man müsse das Reich ohne Bayern gründen, und es der Zeit überlassen, „die Törichten zu bekehren". Auch der König von Sachsen bereitete Widerstände. Er war der einzige König im Norddeutschen Bund gewesen, der Preußens Befehlen gehorchte. Jetzt beanspruchte er besondere Reservate.

Die Zustimmung der Fürsten mußte erkauft werden. Am 13. November war man in Versailles so tief bestürzt über die Haltung der Süddeutschen, daß Friedrich schrieb: „Ich schäme mich ordentlich der deutschen Fürsten, die noch immer nichts haben lernen können, und deren kleinlicher Charakter sie lieber alles aufs Spiel setzen läßt, als daß sie in dem gegenwärtigen Augenblick ihre Schuldigkeit dem großen gemeinsamen Vaterland gegenüber täten ...

Unter solchen Umständen kann ich es den Völkern, weiß Gott, nicht verdenken, wenn sie des Harrens endlich müde, sich gegen die Fürsten und mehr noch gegen ihre Kabinette wenden und mit ihnen abrechnen."

Bismarck war in diesen Tagen so verbittert, daß er sich nirgends blicken ließ. Während Baden zum Abschluß bereit war, traten plötzlich die Generale in Aktion und wollten von der Militärkonvention mit Baden nichts wissen, die bayerischen Vertreter intrigierten, die Württemberger reisten ab — als Friedrich am 16. November Bismarck aufsuchte und nach dem Stand der Kaiserfrage fragte, zuckte der Graf mit den Achseln.

Friedrich forderte entschlossenes Auftreten. Aber Bismarck wies die Möglichkeit einer Drohung gegen Bundesgenossen von sich, die damit nur in die Arme Österreichs getrieben würden. Man müsse die Entwicklung der deutschen Frage der Zeit anheimstellen. Im Verlaufe eines Gespräches kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Bismarck und Friedrich. Bismarck ließ sich schroff gegen die Methoden des Königs aus, der jede wichtige Depesche selbst durchsehe, ja sogar korrigiere, er bedauerte, daß man überhaupt über die Kaiserfrage diskutierte, solange noch nicht die *Bundesfrage* erledigt sei, und wandte sich schroff gegen den Kronprinzen selbst, der in den Bundesverhandlungen mit den Süddeutschen die Kaiserfrage angeschnitten und die Situation erschwert hätte — er dürfe dergleichen Ansichten nicht äußern. „Ich verwahrte mich sofort auf das bestimmteste da-

gegen, daß mir in solcher Weise der Mund verboten würde.“ Zum Schluß lenkte der Kronprinz wieder ein, nachdem Bismarck mit seinem Rücktritt gedroht hatte.

In denselben Tagen drängte Rußland auf Erfüllung seiner Forderungen in der Schwarzen-Meer-Frage, die Nichteingeweihte in Versailles als Erpressung empfanden, während Bismarck das Ganze arrangiert hatte, um den Russen einen Dienst zu erweisen. Die militärische Lage vor Paris wie in der Provinz war bedrohlich. Wilhelm sah der Möglichkeit eines Ausfalls mit „vieler Erregung und in großer Sorge“ entgegen, man zog bereits eine Räumung von Versailles in Erwägung. Das Kompromiß schien die einzige Lösung, und so wurden die Verhandlungen über die Bundesreform durch Zugeständnisse auf *allen* Gebieten in den nächsten Tagen zum Ziele geführt: Bayern behielt seine sämtlichen militärischen Rechte, seine eigene Diplomatie, seine eigene Eisenbahn, Post und Telegraphie. Wirtschaftlich wurden ihm in Steuerfragen Privilegien erteilt: die Regelung der Bier- und Branntweinsteuern blieb ihm überlassen — schließlich ist es also in der Reichs- und Kaiserfrage um Hopfen und Malz gegangen. Eine der ernstesten Streitfragen war unter anderm gewesen, ob die militärischen Abzeichen auf den Achselstücken oder den Armen angebracht werden sollten, auch die Kokardenfrage spielte eine große Rolle. Ferner behielt sich Bayern besondere Rechte in der Heimats- und Niederlassunggesetzgebung vor. Diese Zugeständnisse, die dem noch reaktionären Bayern

gemacht werden mußten, sicherten ihm fast den Schein eines souveränen Staates.

Am 23. November gelangten die Verhandlungen mit Bayern, das seinen Willen durchgesetzt hatte, zum Abschluß; nun durfte der Norddeutsche Reichstag die Beschlüsse annehmen. Er war für den nächsten Tag einberufen, zuerst hatte man beabsichtigt, ihn nach Versailles kommen zu lassen, später ließ man den Plan fallen, weil die Militärs jede Berührung mit den „Tagelöhnern" vermeiden wollten, und vor allem Wilhelm sich gegen das Parlament im Heerlager auflehnte.

Die Thronrede behauptete, Frankreich sei an der Verlängerung des Krieges schuld, und sprach unverhüllt den Wunsch nach Annexionen aus. Als die Regierungen mit neuen Kriegskreditforderungen herausrückten, widersprach *Bebel* in einer impulsiven Rede, die den Sturm des Hauses heraufbeschwor. Er wies darauf hin, daß die deutsche Bourgeoisie bei Kriegsausbruch selbst nicht daran gedacht habe, Kriegsanleihe zu zeichnen; der Fortschrittler Lasker, der Berater Bleichroeders, bezeichnete in einer Antwort das Kriegsgeschäft als eine unsichere Angelegenheit. Die Börse hatte trotz des niedrigen Anleihekurses von 88% nur drei Millionen gezeichnet! Als Bebel darauf hinwies, bekam „ein großer Teil des Hauses einen förmlichen Tobsuchtsanfall; man überschüttete uns (Bebel und Liebknecht) mit Schimpfworten der gröbsten Art; Dutzende von Mitgliedern drangen mit erhobenen Fäusten auf uns ein und drohten uns hinauszuwerfen."

Bebel und Liebknecht lehnten die Bewilligung der Kredite ab und verlangten unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebiets schleunigsten Friedensschluß. Als die Verträge mit den süddeutschen Staaten zur Beratung kamen, wandte sich Bebel nicht nur gegen die Verträge, die diesen Staaten Reservatrechte in weitesten Ausmaßen zusicherten, sondern gegen die neue Verfassung überhaupt, die noch eine Verschlechterung der Verfassung des Norddeutschen Bundes wäre. „Die drei Kriege, die Deutschland seit zehn Jahren durchzuführen gehabt hat, haben es in freiheitlicher Beziehung nur zurückgebracht." — Bebel erklärte, das Volk fordere sein Selbstbestimmungsrecht, werde es erlangen und sich eine Verfassung selber schaffen, die nur die Republik zum Ziele haben könne.

Erst nach Abschluß der Verträge wagte Bismarck den König von Bayern für die Kaiserfrage zu gewinnen. Als der Vertreter Ludwigs II., Graf Holnstein, in Versailles erschien, einigte er sich mit ihm, dem König einen Brief zu schreiben und zugleich ein Konzept für die Antwort beizulegen. In denselben Tagen muß jener Handel zustande gekommen sein, der dem König eine jährliche Rente von 300 000 Mark zusicherte; diese Verhandlungen wurden zwischen Bismarck und Ludwig durch Vermittlung Holnsteins geführt; Holnstein hat das Geld jährlich in Berlin bei Bismarck persönlich abgeholt und sich 10% Provision abgezogen. Gezahlt wurde die Summe aus dem Welfenfonds, also aus dem beschlagnahmten Vermögen des Königs von Hannover, dessen Bundes-

genosse Ludwig II. im Jahre 1866 gewesen war, und den er bei Langensalza hätte retten können, wenn die Bayern schneller gewesen wären. In seinen Memoiren kommt Bismarck natürlich nicht auf diese Bestechungsaffäre zu sprechen, er mißt nur seiner Schlauheit, mit der er den König durch die Briefe zu betören wußte, den Sieg bei. Er hatte ihm geschrieben, Ludwig könne die Konzessionen, die er der Autorität des Präsidiums mache, schicklicherweise nur einem deutschen Kaiser, nicht einem König von Preußen machen, er erinnerte den romantischen König an älteste Zeiten, wo die Wittelsbacher noch in der Mark Brandenburg regierten und Bismarcks Vorfahren besonderes Wohlwollen erwiesen hatten. (Die Bismarcks hatten damals dunkle Geldgeschäfte mit den Wittelsbachern gemacht.)

Das Konzept eines Briefes, den Ludwig an Wilhelm adressieren sollte, wurde beigelegt. Graf Holnstein reiste nach Hohenschwangau.

Am 25. November hatte Ludwig seinem Bruder Otto, der als Wahnsinniger jahrzehntelang bis zu seinem Tod hinvegetierte, einen Brief geschrieben, in dem er die Kaiserfrage für *„schauderhaft und entsetzlich"* erklärte: „Jammervoll ist es, daß es so kam, aber nicht mehr zu ändern. . . . Ich erlebte mittlerweile recht Trauriges! Selbst der bayerische, monarchische Bray beschwor mich mit Prankh und Lutz, sobald als möglich *jenem* König die deutsche Kaiserkrone anzubieten, da sonst die deutschen Fürsten *oder gar der Reichstag* es tun würde." In seinem Briefe hatte Bismarck denselben Punkt her-

vorgehoben; die Anregung zur Kaiserfrage dürfe vor allem nicht von der Volksvertretung ausgehen, es sei wichtig, daß sie von keiner andern Seite komme als von „*Eurer Majestät!*“ „Die Stellung (des Kaisers) würde gefälscht werden, wenn sie ihren Ursprung nicht der freien und wohlerzogenen Initiative der mächtigsten der dem Bunde beigetretenen Fürsten verdankte.“

Die Furcht, die Bismarck selbst vor den Schritten der Volksvertretung empfand, übertrug er auf den König, um ihn zu fangen. Als Holnstein in Hohenschwangau erschien, wollte Ludwig ihn zuerst nicht empfangen und gab vor, er hätte Zahnschmerzen; dann ließ er sich im Bett den Brief Bismarcks überbringen, las ihn, sah sich das Konzept für die Antwort an, forderte Schreibzeug und schrieb Bismarcks Konzept wörtlich ab — — Holnstein fuhr sofort nach Versailles zurück.

In dem Briefe hieß es, daß nach dem Beitritt Süddeutschlands zum deutschen Verfassungsbündnis die Wilhelm übertragenen Präsidialrechte sich über alle deutschen Staaten erstreckten, deshalb wende er sich an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage, gemeinschaftlich beim König Wilhelm in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden würde.

Nimmt man die Lage, wie sie hier geschildert ist, so handelte es sich bei der ganzen Kaiserfrage nur um eine Titelangelegenheit, und der biedere, alte Mann hatte nicht einmal so unrecht, wenn er sich

gegen die Komödie wehrte und den Ausdruck „Charakter-Major“ für den Kaisertitel fand. „Was soll mir der Charakter-Major?!“ herrschte er Bismarck an.

Am 3. Dezember erschien Holnstein wieder in Versailles, der Brief wurde vom Prinzen Luitpold persönlich dem König übergeben. Der Prinz war über die Intrige unterrichtet, führte den Auftrag nur unwillig aus und hielt sich ganz im Hintergrund. Vielleicht schämte er sich. Vielleicht war es der alte Haß gegen Preußen.

In Gegenwart des Kronprinzen las Bismarck selbst Ludwigs Brief, der doch sein eigener Brief war, dem König vor, der keine Ahnung von den Zusammenhängen hatte.

Der König war über den *Inhalt* des Briefes ganz außer sich, die Angelegenheit käme zur Unzeit, die Lage sei sehr schwer und in hohem Grade gefährdet. Bismarck stellte ihm vor, die Kaiserwahl sei ein Sieg *für sich* und eine Folge der bisherigen Siege, aber Wilhelm war nicht umzustimmen und sah in „Kaiser und Reich“ ein Kreuz für sich selbst, wie auch für das preußische Königtum.

Friedrich, der mit der Geschichte des Briefes vertraut war, stand dabei und sprach kein Wort — als aber der König tief deprimiert das Zimmer verlassen und doch nicht abgelehnt hatte, schüttelten sich Graf und Kronprinz die Hände. Sie hatten gesiegt.

Zwei Tage später gelangte im Reichstag jener Brief Ludwigs zur Verlesung. Man hatte sich den historischen Akt besonders feierlich und weihe-

voll gedacht. Delbrück sollte auf die Anfrage des Abgeordneten Friedenthal hin den Brief verlesen. Aber als Delbrück auf der Rednertribüne stand, konnte er das Schriftstück nicht finden und durchsuchte krampfhaft alle Taschen. Das ganze Haus brach in Heiterkeit aus. Endlich las Delbrück „geschäftsmäßig, nüchtern, prosaisch, jeglichen Schwungs und Pathos entbehrend" den Brief vor. Ein Freund schrieb Friedrich nach Versailles, die ganze Szene habe gewirkt, als ob Delbrück die deutsche Kaiserkrone, in altes Zeitungspapier gewickelt, aus der Hosentasche gezogen hätte.

Liebknecht rief in der Debatte dem Hause zu, die Krönung des neuen Kaisers solle man auf dem Gendarmenmarkt vornehmen, der sei das geeignete Symbol dafür, denn dieses Kaisertum der Hohenzollern könne nur durch den Gendarmen aufrechterhalten werden. Die Verfassung zeige, daß sie im Heerlager zu Versailles ihren Ursprung habe, nicht einmal die äußere Einheit sei infolge der Reservatrechte der Einzelstaaten hergestellt worden, diese Einheit sei ein Gewaltwerk, über das sich die Fürsten verständigt hätten, und zu dem der Reichstag einfach ja sagen solle und müsse. Das hat der Reichstag denn auch gegen die sozialdemokratischen Stimmen und einen Teil der Fortschrittspartei getan, am 10. Dezember wurde eine Deputation gewählt, die dem König eine Adresse und die Glückwünsche des Reichstags überbringen sollte — mehr stand ihr nicht zu.

Als dem König das Erscheinen der Deputation

angekündigt wurde, war er keineswegs erfreut, der bloße Schein erschreckte ihn schon, als ob der Antrag auf Wiederherstellung von Kaiser und Reich früher vom Reichstag als von den Fürsten ausgegangen sei. So zuwider war ihm die ganze Affäre, daß er nicht der eigenen Frau Mitteilung machte — sie erfuhr durch Ludwig II., daß sie Kaiserin geworden war.

Am Abend des 16. Dezember traf die Deputation in Versailles ein. Der König wollte nichts von einem Empfang hören. Hofleute äußerten laut: „*Was haben diese Kerls eigentlich hier zu suchen?*" Der Empfang wurde hinausgeschoben, obwohl man doch wußte, daß der Reichstag nur die Bitte vortragen wollte, der Kaiser möchte das Angebot der Fürsten nicht verweigern. Ein Hofmarschall fragte den Prinzen Adalbert ironisch: „Wir werden doch dieses Kaisertum nicht für gewöhnlich, sondern nur bei großen Hoffesten oder Feierlichkeiten anlegen?" Der General von Boyen äußerte, was der König tun würde, wenn ihm der preußische Landtag die Annahme der Kaiserkrone verweigerte. Und schließlich erzählte man sich von der „stillen Wut" der Könige von Bayern und Sachsen. Noch am Vorabend wußte nicht einmal der Kronprinz, ob und wann der König die Deputation empfangen würde, die sich inzwischen müßig herumtrieb — des Antichambrierens gewohnt.

Am 18. Dezember durften die Volksvertreter, die „Kerls", vor dem König endlich erscheinen und gehorsam ihre Bitte aussprechen. In ihrer Adresse hieß es: „Vereint mit den Fürsten Deutschlands naht der

Norddeutsche Reichstag mit der Bitte, daß es Eurer Majestät gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu erreichen."

Tiefer hat sich nie in der Geschichte eine Klasse erniedrigt als diese preußische Bourgeoisie; selbst die Frankfurter Ideen hatte man verraten, würdiger erschien sogar noch der Gang zu Friedrich Wilhelm IV., als man ihm die Kaiserkrone anbot. In Versailles erschien derselbe Simson, der schon damals 1848 zur Deputation gehört hatte.

Der König war verwundert, als die Fürsten den Wunsch aussprachen, der Zeremonie beizuwohnen. Nach langem Zögern ließ er ihnen sagen, wenn wirklich einer der Fürsten Lust hätte, dabei zu sein, würde er nichts dagegen haben. Er war überrascht, als fast alle Fürsten erschienen, die in Versailles waren. Nur Luitpold von Bayern, der die Briefaffäre nicht vergessen zu können schien, blieb demonstrativ fern. Den Kronprinzen verdroß, daß die „schöne Marmortreppe in der Präfektur nicht benutzt" wurde. Als Simson den König anredete, begann Friedrich zu weinen. Der König, der nicht mehr gut ohne Brille lesen konnte, verlas stockend seine Antwort, sie war „ziemlich lang und nebelhaft". Während des Empfangs hörte man von der Front her den Kanonendonner.

Als am nächsten Abend Abeken an der Tafelrunde sich über die Zeremonie mokierte, wies ihn Bismarck zurecht: „Die Leute haben uns eben wieder hundert Millionen bewilligt, und sie haben trotz ihrer

doktrinären Ansichten die Verträge von Versailles gutgeheißen." — — —

Dann kamen sie plötzlich auf die Emser Depesche zu sprechen, Bismarck machte noch einmal seinem Unwillen über die damalige Haltung des Königs Luft. „Mit Serenissimus war ich gar nicht zufrieden, durchaus nicht. Er hätte sich viel zurückhaltender betragen müssen — und fester."

Zwei Tage zuvor waren Bebel und Liebknecht verhaftet worden, um ihnen einen Hochverratsprozeß zu machen. Die Wahlen waren nahe, eine Agitation gegen Kaiser und Reich konnte man nicht brauchen.

Am 1. Januar trat die Reichsverfassung in Kraft; bei der Abneigung des Königs und erneuten Schwierigkeiten seitens der bayerischen Regierung wurde von allen Feierlichkeiten abgesehen, Kaiser und Reich wurden eingeschmuggelt. Noch am Morgen des 1. Januar wußte niemand, ob nun „Kaiser und Reich" eingesetzt seien; erbittert schrieb der Kronprinz, man hätte das Jahr mit der unwürdigen Tatsache beschlossen, das Volk zu belügen, indem man zwar eine Verfassung gegeben habe, sie aber nicht ausführe — in dem Augenblick, wo ein neues Verfassungsgesetz für Volk und Land in Kraft trete, würde es auch schon außer acht gelassen.

Niemand wußte, woran er war — von „einem kunstvoll gefertigten Chaos" sprach der tiefverstimmte Friedrich.

In den nächsten Wochen begann ein kleinliches Gezänke um Titel, Wappen, Flagge, Benennungen. Die Titelfrage vor allem führte zum heftigen Kampf zwischen König und Bismarck; noch am 17. Januar kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen. Wilhelm wurde aufgebracht, verlangte den Titel „Kaiser von Deutschland", dessen Berechtigung Bismarck bestritt, weil er eine Territorialmacht bedeute, die der König nach der Verfassung nicht besitze. Wilhelm brach erbittert in die Worte aus, er übernähme nur ein Scheinkaisertum, und verglich sich mit einem Major, dem der Charakter als Oberstleutnant verliehen sei; von einem kaiserlichen Heere wollte er nichts hören und nicht dulden, daß sich die Truppen „deutsche" Namen und Bezeichnungen gefallen lassen müßten. Der alte Mann, aufgewachsen in den Traditionen des ältesten Preußentums, geriet in äußerste Aufregung, er könne nicht schildern, in welcher verzweifelten Stimmung er sich befände, weil er von dem alten Preußen, an dem *er* allein festhielte und fernerhin festhalten wollte, Abschied nehmen müßte.

Seine Worte erstickten in Schluchzen und Weinen. Als der Sohn ihn auf die Geschichte ihres Geschlechtes verwies, rief er in wallender Aufregung aus: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während *ich* mir nicht ein Haarbreit daraus mache und nur zu Preußen halte."

Die Unterredung mußte abgebrochen werden, weil der König in höchstem Zorn erklärte, von der für den nächsten Tag angesetzten Feier nichts mehr hören zu wollen. Dem abendlichen Tee blieb er fern, schloß

sich ein, und niemand wußte, was der nächste Tag bringen sollte, für den die Kaiserproklamation in Versailles angesetzt war.

Es war der 18. Januar, der Tag, an dem Friedrich I. sich im Jahre 1701 in Königsberg die preußische Krone aufs Haupt gesetzt hatte.

Früh traf die Nachricht von Erfolgen an der Südostfront ein. Der König schien etwas erleichtert, und als die Fahnenkompanien vor dem Hause vorüberzogen, stimmte den alten Soldaten der Anblick heiter.

Im Spiegelsaal des Schlosses Ludwigs XIV. versammelten sich Fürsten und Prinzen, Generale und Offiziere. Abordnungen der Regimenter mit ihren Fahnen waren erschienen.

Der König stand vor einem Altar in der Mitte des Saales. Ein Prediger hielt eine Strafrede auf Ludwig XIV., eine „taktlose Rede voll preußischer Selbstvergötterung", das Kommando „Helm ab zum Gebet", das vergessen worden war, gab nachträglich der Kronprinz mit lauter Stimme. Sie sangen ein Tedeum. Dann schritt der König nach einer Estrade vor dem „salon de la Guerre", dort standen Unteroffiziere mit den Fahnen und Standarten. Er rief die Fahnenträger der Garderegimenter zu sich und befahl ihnen, dicht hinter ihm anzutreten. Die Fürsten flankierten zu beiden Seiten. Wilhelm verlas eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne. Bismarck, in Kürassieruniform, sah „grimmig verstimmt" aus und brachte ohne jede Spur von Wärme oder feierlicher Stimmung einen Aufruf an das

deutsche Volk in tonloser, geschäftlicher Art zum Vortrag.

Die Versammlung blieb stumm und bewegungslos. Nur bei den Worten „Mehrer des Reiches" ging ein Zucken durch den Saal.

Der Großherzog von Baden brachte ein Hoch auf Kaiser Wilhelm aus — so entschied er die Titelfrage. Nun singen sie „Heil Dir im Siegerkranz", der Kronprinz fällt vor dem Vater auf die Knie und küßt ihm die Hand, der hebt ihn auf und umarmt ihn — der Prinz hat Zeit, nach den Fahnenträgern zu sehen und ihre „unverkennbare Gemütsbewegung" zu konstatieren. Dann schreitet der Kaiser an den Fahnen und Trägern vorbei, schüttelt den Fürsten die Hand, tritt von der Estrade herab, bietet Generalen und Offizieren die Hand, spricht Mannschaften an und verläßt unter den Klängen des Hohenfriedbergers den Saal.

Einsam stand hart vor der Estrade, dicht in der Nähe des Kaisers — Bismarck. Wilhelm trat nicht auf ihn zu, schüttelte ihm nicht die Hand, ignorierte ihn. . . .

Abends sah Bismarck ermüdet, abgespannt aus und sprach mit ungewöhnlich schwacher Stimme. Drei Tage später entspann sich an seiner Tafelrunde ein Streit über den Unterschied zwischen den Titulaturen „deutscher Kaiser", „Kaiser von Deutschland", „Kaiser der Deutschen".

Als sie eine Weile geredet hatten, fragte plötzlich Bismarck, der bisher geschwiegen hatte: „Weiß einer von den Herren, was auf lateinisch Wurscht heißt?"

„Farcimentum", erwiderte Abeken.

„Farcimen", sagte Busch.

Bismarck lächelte: „Farcimentum oder farcimen einerlei. Ich weiß nicht, was mir mehr farcimentum wäre."

Im Hauptquartier befand sich der preußische Oberspitzel, *Stieber*, ein klassischer Spitzbube, der Aufzeichnungen hinterlassen hat und sich rühmt, daß er eines Tages sehr offen und ehrlich mit Bismarck in Versailles gesprochen hätte, auch Bismarck wäre ebenso offen und ehrlich zu ihm gewesen. „Wir gingen vertraulich unsere Vergangenheit durch", aus dieser Vergangenheit gab es viel zu erzählen: Provokationen und Lockspitzeleien, Meineide, Lügen, Verleumdungen, Bekämpfung jeder freiheitlichen Bewegung mit den infamsten Mitteln. Jetzt in Versailles sorgte Stieber für Ruhe und Ordnung, an jeder Straßenecke ließ er einen Feldgendarmen stehen, jedes Haus, jedes Fenster wurde beobachtet, jedes Tor besetzt, die geringste verdächtige Erscheinung wurde erbarmungslos bis aufs Hemd durchsucht. Jeder, dessen Nase ihm nicht gefiel, wurde verhaftet; das Arrestlokal war so gefüllt, daß man nicht mehr wußte, wo man die Gefangenen lassen sollte. „Dabei wird hin und wieder einmal einer totgeschossen, auch einmal ein Dutzend zu Fuß in eine deutsche Festung geschickt." — — —

Dieser Stieber, der die „Internationale" zu überwachen hatte, erhielt damals das Eiserne Kreuz. Als die Reichsdeputation vom König empfangen wurde,

schrieb er seiner Frau: „Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk. Wunderbare Zeiten!“

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Wunderbare Zeiten — Standarten, Fahnen, Fürsten, Generale, ein Prediger, der eine Hetzrede krächzt, ein verstimmter Herrscher, ein verbitterter Minister, ein Kronprinz, der an diesem Tage die Rolle eines Festordners spielt; der Saal des absolutistischen Königs, der verkündet hatte: „Der Staat bin ich.“ — Ein Kaiserreich, geschaffen in Gegners Land, mitten im Heerlager, proklamiert von Fürsten, erbettelt von Bürgern, die nicht zugegen sein dürfen, errungen durch Intrigen, wie in einem französischen Schwank, belastet mit dem Fluch der Lächerlichkeit, und nur möglich, weil 50 000 Leichen auf den Schlachtfeldern modern, Opfer eines Krieges, der frivol von einem Mann angezettelt wurde wie irgend eine Kabale; mit Mitteln, die keines Roßtäuschers würdig wären. Noch am Morgen des 18. Januar ließ er den widerwilligen König durch den Großherzog von Baden beschwatzen, sich das Hoch auf „Se. Kaiserliche Majestät den Kaiser Wilhelm“ gefallen zu lassen. Deshalb hatte ihn der neue Kaiser ungegrüßt im Spiegelsaal stehen lassen. Kompromisse, Intrigen, Täuschungsmanöver, Irreführungen, Silbenstechereien und Komödienspiel. Ein Kampf mit bösartigen, kleinlichen Elementen, mit dem schon halbirren bayerischen König, einem romantischen Preußenprinzen, einem etwas sturen, begriffsstutzigen 73jährigen Manne, der sich vor ihm fürchtet, ein Kampf

gegen eitle Possenreißer, schwächliche, geduldige Bürger — ein Kampf in einer stickigen, muffigen Atmosphäre. Die Zivilpartei wird in Versailles von einem Gauner vertreten, der König selbst spricht vom Straßenschmutz, aus dem die schwarzrotgoldene Fahne erstiegen sei, und fordert die schwarzweißroten Farben, die eine Vereinigung der alten brandenburgischen und preußischen Fahnen war.

Es geht um Reservate — Bier und Schnaps, Kokarden und Abzeichen, es geht um Titel, um Wappen — das ist eine Welt? das heißt eine Welt?

Das heißt deutsche „Große Politik" — heißt Reichsgründung.

„Ein Meisterwerk" wurde Bismarcks Leistung in diesen Tagen genannt. Nun, wenn es ein Meisterwerk ist — sich mit Kompromissen, Winkeladvokatenmanieren, Lustspieleinfällen eine Reichsgründung zu erschleichen, aus lauter Furcht, das Volk könnte sie selbst fordern, wenn es für ein Meisterwerk gehalten wird, eitle, beschränkte, degenerierte Fürsten zu übertölpeln, andere an der Nase herumzuführen —, wenn es ein Meisterwerk heißt, eine Reichsgründung im Stile einer Regimentsfeier herausfordernd in einem eroberten Schlosse zu begehen und ein ganzes großes Volk aus Furcht und Verachtung auszuschalten —, dann muß man sich allerdings darüber wundern, was in demselben Saal am 28. Juni 1919 geschah.

ALS SIE WIEDERKAMEN

Als sie heimkehrten, ergoß sich ein Goldregen über Kanzler und Generale. Schon 1866 waren die Spenden reichlich geflossen, Bismarck hatte es durchgesetzt, daß die Dotationsfrage durch ein Gesetz geregelt würde. Derselbe Landtag, mit dem er in Konflikt gelegen hatte, mußte 1½ Millionen Taler bewilligen, die unter Bismarck, Roon, Moltke, die Generale Bittenfeld, Steinmetz und Falckenstein verteilt wurden. In Versailles an der Tafelrunde meinte Bismarck allerdings, man hätte lieber nicht Geld geben sollen, aber er wäre der Versuchung erlegen: „Bei mir war's übrigens auch schlimmer, da man es nicht vom Könige, sondern vom Landtag bekam. Ich wollte kein Geld nehmen von Leuten, mit denen ich mich jahrelang herumgezankt hatte" — lieber wäre ihm Grundbesitz gewesen. Jetzt 1871 wurde Bismarcks Wunsch erfüllt, der Reichstag mußte vier Millionen Taler bewilligen, die Auswahl der Personen und die Höhe der Beträge blieb aber dem Ermessen des Kaisers überlassen. Wir besitzen über diese Vorgänge eine Darstellung von Rudolf Martin, die sich auf amtliches Material stützt. Die Gelder wurden an 27 Generale verteilt, Bismarck selbst erhielt eine besondere „Gratifikation" — Wilhelm

machte ihn zum Fürsten und schenkte ihm den Sachsenwald, der damals schon einen Wert von weit über vier Millionen Talern repräsentierte; heute wird der Wert des Waldes auf 150 Millionen Mark geschätzt.

1866 hatte sich Bismarck für die Dotation von 400 000 Talern das Gut Varzin mit drei andern Gütern gekauft, er besaß jetzt beinahe 60 000 Morgen und war der größte Grundbesitzer in Pommern. Zum Dank setzte er im Landtag eine Erhöhung der königlichen Zivilliste durch, der König selbst aber hatte als „Herzog von Lauenburg" zuerst den Sachsenwald aus juristischen Gründen durch Verhandlungen mit dem „Landtag von Lauenburg" an sich genommen — für ganze drei Tage —, um den Wald dann an Bismarck zu verschenken. Auf diese Weise kam Bismarck in den Besitz jenes Waldes, der bis zur Stunde in nationalen Kreisen als Heiligtum betrachtet wird.

Über das Land brach bald nach Kriegsende eine furchtbare Krise herein. In Berlin herrschte eine entsetzliche Wohnungsnot, die Mieten stiegen um 60 Prozent; wer nicht zahlen konnte, flog aus der Wohnung. Das „Arbeitshaus" in Berlin konnte die Obdachlosen nicht mehr aufnehmen, sie suchten sich zu helfen, indem sie vor den Toren der Stadt Baracken errichteten.

Eduard Bernstein gibt in seiner „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung" bedrückende Einzelheiten. Die Baracken sprachen aller Zivilisation Hohn. Auf den Straßen der innern Stadt übernach-

teten exmittierte Familien mit Sack und Pack. „Man sah Szenen herzzerreißenden Elends sich in voller Öffentlichkeit abspielen. Aber die kapitalistische Ökonomie hatte den Trost, daß damals die Boden- und Häuserspekulation blühte und Millionen an gestiegenen Grundwerten verdient wurden.“ Zugleich stiegen die Lebensmittelpreise in kurzer Zeit um fast 100 Prozent, schon im April 1871 — der endgültige Friede war noch nicht geschlossen — setzten Lohnbewegungen ein, begannen wochenlange Streiks. Im Juli 1871 stellten 8000 Maurer die Arbeit ein.

Ein Jahr später hatte sich die Wohnungslage so verschärft, daß es im Osten Berlins zu Straßenkämpfen zwischen Arbeitern und der Polizei kam; Barrikaden wurden gebaut, Truppen zum Eingreifen bereit gehalten, Häuser von der Polizei gestürmt, über 100 Beamte und 200 Zivilpersonen wurden leicht oder schwer verletzt; es kam zu Prozessen wegen Landfriedensbruchs, der Staatsanwalt beantragte vor dem Schwurgericht gegen 37 Angeklagte 145½ Jahre Zuchthaus und Gefängnis. Als im September 1872 die Kaiser von Rußland und Österreich in Berlin weilten, schoß die Polizei grundlos in die Menschenmassen, die sich aus Neugier vor dem Schloß gestaut hatten — acht Personen wurden getötet, unzählige verletzt. Unter solchen Zeichen verliefen die ersten Jahre des jungen Kaiserreichs.

Der Kommuneaufstand in Paris hatte die ganze Welt in Erregung versetzt. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat, der monatelange tapfere

Widerstand gegen die Versailler Regierung hatte Bismarck schlaflose Nächte bereitet — er setzte die Politik fort, die in den Verhandlungen mit Favre bereits begonnen war: die französischen Gefangenen, meist aktive Soldaten, alte Troupiers, wurden entgegen den eigentlichen Friedensbedingungen früher nach Frankreich zurückgesandt; unter der Führung kaiserlicher Generale sammelte sich mit Bismarcks Erlaubnis eine Armee von 100 000 Mann im Raume von Versailles. Einen großen Teil der Stadtgrenzen hielten preußische Truppen, Gewehr bei Fuß, umzingelt, niemand konnte die Stadt verlassen, keine Lebensmittel durften nach Paris gelangen, jede Annäherung der Bevölkerung an die deutschen Soldaten wurde streng verboten. Die Versailler Regierung wurde sogar noch von Bismarck zu entschlossenem Vorgehen aufgeputscht. Am 22. April 1871 schrieb Bismarck dem deutschen Generalgouverneur Fabrice, er solle der Versailler Regierung zu verstehen geben, daß man den Erfolg der französischen Regierung gegenüber der Kommune bezweifle, die zivilistische Leitung der Operationen durch Thiers die Entscheidung verzögere, Thiers abgeneigt sei, „den Aufstand in Paris fest anzufassen, ohne Rücksicht auf Häuser und Menschen". Bismarck forderte im Hinblick auf einen Fortgang der Verhandlungen überhaupt, daß die Leitung der Operationen gegen Paris in rein militärische Hände, „etwa in die des Marschall Mac Mahon", gelegt und von ihm „nach Art einer Militärdiktatur auf dem Kriegsschauplatz geübt" werden müsse. „Der Glaube des Herrn Thiers

an seine eigene militärische Begabung flößt uns Besorgnis ein." Zwei Tage später ließ Bismarck Thiers mitteilen, er hielte für „die am leichtesten auszuführende Maßregelung gegen die Insurrektion die Absperrung der Zufuhr von Paris".

Wenn in Augenblicken die Versailler daran dachten, mit der Kommune zu verhandeln, wurden sie durch Bismarck zu Aktionen vorwärtsgetrieben. Thiers war ein willenloses Werkzeug in Bismarcks Händen, vor Frankreich und der Welt suchte er den Schein zu erwecken, als ob er nicht Bismarcks Befehlen gehorche; persönlich fürchtete und haßte er die Kommune und wollte sie ausrotten; Bismarck, dem alles darauf ankam, ein zerrüttetes, schwaches Frankreich zu schaffen, drängte Thiers, verhandelte Ende April sogar zum Schein durch den Baron von Holstein, die spätere „Graue Eminenz", mit dem Kommuneführer Cluseret, als ob er die Kommune gegen Thiers stützen wolle — so wiederholte sich das Katz- und Maus-Spiel, das Bismarck immer anwandte, wenn er sich als der Stärkere fühlte, zugleich verhöhnte er Thiers und forderte, er solle kein Geheimnis aus seinen Verhandlungen mit ihm, Bismarck, über die Niederwerfung der Kommune machen. Schließlich hatte er Thiers so in die Enge getrieben, daß die Versailler die deutschen Zahlungsbedingungen der Kriegsentschädigung akzeptierten, sich in die Grenzregulierungen nach Bismarcks Willen fügten und am 10. Mai in Frankfurt a. M. den Friedensvertrag unterzeichneten.

Dieser Friede nahm Frankreich zwei Provinzen

und verpflichtete es zur Zahlung von fünf Milliarden Francs, die nördlichen französischen Departements wurden in Zonen eingeteilt und blieben von deutschen Truppen besetzt, bis die deutsche Regierung die Wiederherstellung der Ordnung sowohl in Frankreich als auch in Paris für genügend erachte, um die Ausführung der von Frankreich übernommenen Verpflichtungen sicherzustellen.

Es war ein Gewaltfrieden, das Muster eines Vertrages, den ein siegreicher kapitalistischer Staat der unterlegenen Konkurrenz auferlegte. Die beiden Provinzen waren teils seit 180 Jahren, teils seit über 300 Jahren französisch, in den Gebieten um Metz wurde nur französisch gesprochen, das Elsaß hatte sich unter Ludwig XIV. aus freien Stücken Frankreich angeschlossen, als ein Reich faktisch nicht mehr bestand, und der Kurfürst von Brandenburg von französischen Geldern lebte. Die Kultur des Elsaß war französisch und seine Sprache ein besonderer Dialekt. Eine Befragnug der Bevölkerung wurde überhaupt nicht in Erwägung gezogen; ideologisch hatte Bismarck längst entschieden, daß die Nationalitätenfrage des Elsaß nur eine Professorenidee wäre. Es kam ihm und den Militärs auf den Besitz der Festungen an. Das eroberte Land wurde Reichsland, eine Übergabe an süddeutsche Staaten abgelehnt, die Wacht jenseits des Rheins war nur dem Reich anzuvertrauen, aber nach Lage der Dinge hieß das: Preußen war faktisch Herr über den Brückenkopf, der im Besitz eines süddeutschen Staates Gefahren für Preußen heraufbeschwören konnte. Mit eisernem

Besen wurde das Glacis von allen französischen Einflüssen und Traditionen zu säubern gesucht, die Bewohner hat man immer als „Reichsfeinde" betrachtet und entsprechend behandelt, sie waren Deutsche zweiter Ordnung; die Wehrpflichtigen wurden in östliche und nördliche Garnisonen des Reiches geschickt, die französische Sprache wurde verboten, die gesamte Verwaltung borussifiziert, das ganze Land in ein einziges Heerlager verwandelt.

Die französische Nationalversammlung protestierte gegen die Annexion, Gambetta sprach das berühmte Wort, man werde nie davon sprechen, aber immer daran denken. Die Statuen der Städte Metz und Straßburg in Paris wurden umflort, der Friede von Frankfurt wurde von beiden Mächten nur als Waffenstillstand aufgefaßt.

Bismarck, der bald selbst zugab, daß die Annexion politisch ein großer Fehler gewesen sei, aber dem Drängen der Militärs nachgegeben hatte, die noch viel mehr annektieren wollten, orientierte seine ganze Politik bis zur Entlassung im Hinblick auf den unvermeidlich scheinenden Krieg mit Frankreich.

In den eroberten Provinzen selbst war unter der Bevölkerung der Widerwille gegen das preußische Regiment größer als die Abneigung, zu Frankreich zurückzukehren. Allmählich begann sich auch eine autonomistische Bewegung zu rühren, die Bismarck mit allen Mitteln zu unterdrücken suchte. Die kirchliche Frage spielte bald eine entscheidende Rolle. Die Bevölkerung war katholisch, die Verwaltung protestantisch, auch hier stießen bald die Gegensätze auf-

einander, die Kirche, die nicht profranzösisch geworden war, geriet in Kampfstellung gegen das protestantisch regierte Reich. Einer der Hauptgründe zum Kulturkampf war für Bismarck die elsässische Frage.

DIE NEUE FRONT

Eine Legende will, daß die Jahrzehnte nach dem verhängnisvollen Frankfurter Frieden eine Zeit der stetigen, unaufhörlichen, gedeihlichen Entwicklung des Reiches gewesen wäre. Die Geschichte ist bekanntlich immer von den Siegern geschrieben worden. Bis zum Jahre 1914 — so schien es, wäre die Kurve des Reiches unaufhörlich im Anstieg begriffen. Die Bourgeoisie, die sich im Kaiserreich zur vollen wirtschaftlichen Macht entwickelte und politisch keine entscheidenden Forderungen stellte, die mit der Reichsverfassung zufrieden war und wirtschaftlich durchsetzte, was in ihrem Interesse lag, hatte sich mit Bismarck verständigt, er schuf ihr das Reich, schenkte es ihr, setzte nicht Deutschland, sondern diese Bourgeoisie in den Sattel und ließ sie reiten, wie es ihm gefiel — die Bourgeoisie selbst wich kaum von den vorgeschriebenen Wegen ab. Die ungeheure Entfaltung der Industrie, die Ausdehnung des Handels, die Eroberung von neuen Absatzmärkten, die Entwicklung des Finanzkapitals vollzogen sich nach dem Krieg in einem rapiden Tempo. Die Reichseinheit hatte den Rahmen für diese Entwicklung geschaffen, kein Wunder, daß Bismarck der Heros der Bourgeoisie wurde. Aber der Aufstieg der Bourgeoisie bedingte die Entwicklung des Proletariats, das sich in

diesen Jahren in der Sozialdemokratischen Partei seine Kampforganisation schuf, die für die Rechte der arbeitenden Klasse gegen ihre Unterdrücker kämpfte.

In den Jahren vor dem Krieg waren die Klassenkämpfe auf wenige Industriestädte beschränkt, das flache Land, die kleinen Städte blieben ganz verschont, in den Großstädten und den Industriebezirken war die Bewegung nur langsam im Anstieg begriffen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei waren wesentlich organisatorischer Art gewesen, die junge proletarische Bewegung löste sich nur allmählich vom linken, bürgerlichen Flügel los, dann hatte sie sich von Lassalle und seinen Epigonen zu befreien, aber die rapide Entwicklung nach dem Krieg, die schnelle Machtentfaltung des Industrie- und Finanzkapitals brachte nicht nur eine ebenso rasche Vermehrung des Proletariats überhaupt, zerrieb nicht nur unaufhaltsam Zwischenschichten, die Handwerker, die kleinen Gewerbetreibenden — sondern trieb auch ganz notwendig immer größere Massen in die Reihen der jungen Partei, die fast unaufhaltsam trotz belanglosen Rückschlägen einen ungeheuren Aufstieg nahm und bald zur stärksten proletarischen politischen Organisation Europas wurde.

Die Politik Bismarcks ist in diesen Jahrzehnten durch den Aufstieg des Proletariats bestimmt worden, er liegt seit Kriegsende unaufhörlich im Kampfe mit dem Proletariat. Der Kommuneaufstand war ein Signal gewesen. Am 25. Mai — kurz nach dem Sturz der Kommune — stand im Reichstag die Frage der Vereinigung Elsaß-Lothringens auf der Tagesord-

nung. Damals hielt *Bebel* eine Rede, in der er noch einmal gegen die Legende protestierte, als sei der Krieg ein Verteidigungskrieg gewesen; schon die Annexion widerspreche dieser Behauptung. Das Elsaß solle angeblich von der französischen *Präfektenherrschaft* befreit werden, aber die preußische *Landratsherrschaft* sei um kein Haar besser. Bismarck habe alles getan, um gemeinsam mit der Versailler Regierung die Kommune zu bekämpfen, er aber erkläre, daß das europäische Proletariat hoffnungsvoll auf Paris sehe. Der Kampf in Paris sei nur ein *Vorpostengefecht* gewesen, die Hauptsache stehe noch in Europa bevor, „ehe wenige Jahrzehnte vergehen, wird der Schlachtruf des Pariser Proletariats ‚Krieg den Palästen, Frieden den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang' der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden."

Das Sitzungsstenogramm verzeichnet „Heiterkeit", Bismarck erklärte wegwerfend in seiner Replik zu Bebels Rede, sie bedürfe keiner Antwort, aber wenige Tage später erhielt Lothar *Bucher* den Auftrag, sich mit der Internationale zu beschäftigen, mußte Depeschen nach Florenz, Wien, Brüssel und London senden, um ein gemeinschaftliches Einschreiten der Regierungen gegen die Agitation der Kommunisten vorzubereiten. In denselben Tagen gab der Zar zu verstehen, daß er mit Wilhelm und Bismarck „die Frage zu besprechen wünsche, was man tun müsse, um die Sicherheit vor der sozialistischen Gefahr zu gewinnen". Die europäischen Monarchien seien bedroht, alle Regierungen Europas müßten

unter sich solidarisch sein und sich gegenseitig zur Bekämpfung des Feindes unterstützen. Wilhelm beauftragte seinen Justizminister, in einer Denkschrift den Nachweis zu führen, daß die Sozialisten nicht wie politische, sondern wie gemeine Verbrecher zu behandeln seien.

Sieben Jahre später gab Bismarck zu, daß Bebels Rede vom 25. Mai ihm die „Gefährlichkeit des Sozialismus vor Augen geführt habe".

Damals, am 25. Mai 1871, war der Friede eben geschlossen, bestand das Reich noch nicht ein halbes Jahr — und schon sah Bismarck die neue Front vor sich, gegen die er kämpfen mußte. Sie hatten geglaubt, einen Sieg errungen zu haben, der ihre Stellung für immer festigte — da war ein neuer unheimlicher Feind, den man nicht begriff, und doch leicht zu überwinden glaubte, mit dem sich Bismarck nun neunzehn Jahre lang herumschlagen wird. Kein Mittel wird er verschmähen. Aber zum erstenmal wird er erfahren, daß seine Methoden machtlos sind. Wie wollte er an das Proletariat herankommen, das er von Hause aus, im Grunde seines ganzen Wesens verachtete. Hier gab es keine Berührungspunkte; mit Napoleon konnte er verhandeln und wußte ihn zu behandeln, mit dem kleinen Favre wurde er handelseinig, mit den Liberalen in der Kammer konnte er diskutieren, ja sogar mit Lassalle vermochte er Konversation zu treiben, aber mit Bebel oder Liebknecht? Das waren Menschen aus einer völlig andern Welt, nicht nur, weil sie jünger waren — Liebknecht war ja sogar nur zehn Jahre später

als Bismarck geboren — sondern weil sie jenseits der Barrikade standen, auf die er selbst immer losmarschieren wollte; stets hatte ihn die Auffassung beherrscht, *gegen* die Barrikade gäbe es nur *eine* Methode: schießen. Bismarck litt, als 1848 im November nicht geschossen wurde; er, ein Grundbesitzer, vom Eigentumsgedanken fanatisch besessen, hatte schon in der Aufhebung der Privilegien einen Raub gesehen — wieviel mehr mußte er sich gegen den frontalen Angriff auf das Eigentum überhaupt wehren. Dann kam diese Pariser Kommune — da hielten die Männer auf der Barrikade drei Monate aus, und keiner ergab sich, als es ums Leben, ans Ende ging. Bismarck hatte mit der bürgerlichen Opposition gekämpft, aber immer hatte er erfahren, daß sie zuletzt der Entscheidung auswich. Selbst mit diesem Lassalle war ein Pakt möglich. Aber wie sollte man mit Leuten fertig werden, die den Tod nicht fürchteten!

Natürlich entging ihm nicht, daß das Proletariat im Wachsen war, daß es sich eine Organisation schuf, die international verbunden war — wie erbärmlich war seine liberale Kammeropposition gewesen oder dies Frankfurter Parlament, das nur papierne Beschlüsse faßte. Unbegreiflich war ihm, daß diese Barrikade stets wiederkehrte — da war die Juni-schlacht gewesen, da waren die Novemberkämpfe in Wien, der Dresdener Aufstand, der Krieg in Baden — und wieder waren sie da, und wieder standen sie auf — wie grauenvoll war immer ihr Ende gewesen — die Mauer auf dem Père Lachaise, die Deporta-

tionen nach Kaledonien — nichts erschreckte diese Menschen — jetzt trat im Reichstag ein kleiner, dreißigjähriger Mensch auf, Sohn eines Unteroffiziers, kleiner Gewerbetreibender, der erklärte *ihm* den Krieg, der drei Kriege gemacht, nicht nur gesiegt, sondern ein Reich gegründet hatte — wie konnte er anders mit diesen fanatischen Menschen fertig werden als mit Gewalt? Einige dieser Menschen von 1848 hatte er sich geholt und gekauft — den schlauen, schweigsamen, fleißigen Bucher, den Braß, andere kleinere Leute. Aber als er Liebknecht und Marx holen wollte, widerfuhr ihm nur Verachtung. Mit Geld war hier nichts zu machen, auch nichts mit der Aussicht auf gutbezahlte Posten, auf eine Staatsrente — Bismarck war gewohnt, daß alle vor ihm krochen, diese Menschen aber verhöhnten ihn, nichts, was er geschaffen hatte, imponierte ihnen, alles lehnten sie ab. Und unaufhörlich wuchs ihre Zahl. Der Krieg war siegreich beendet, Deutschland schien geeint, da brachen Streiks und Krawalle aus — zur gleichen Zeit ist die Bewegung in Rußland im Wachsen. Bismarck hat sich wenig darüber geäußert, aber die Vorstellungen Alexanders genügen doch. Gegen diese Bewegung gab es für Bismarck kein Mittel, das nicht billig gewesen wäre — er machte die Menschen verächtlich, erklärte sie für gesellschaftsunfähig, stellte sie außerhalb aller Ordnung, aber da standen sie schon, da wollten sie stehen — er sah bald, daß er nirgends in ihre Front einbrechen konnte und bereitete den Vernichtungskrieg vor.

Fast zwei Jahrzehnte währt noch sein Regiment, erfüllt von unaufhörlichen, erbitterten Klassenkämpfen, von Konflikten mit der eigenen Klasse, Konflikten mit dem Klerus, von höfischen Intrigen, Schwierigkeiten mit dem Kaiser. Außenpolitisch verzweifelte Versuche um die Sicherung der Position, fortgesetzt muß er Unruhe schaffen, Fäden knüpfen, Verwirrung stiften; seine Politik wird wesentlich durch die Rücksichten auf den Klassenkampf und die Resultate des Frankfurter Friedens bestimmt. Bismarck versucht nach bewährten Methoden zu arbeiten und wird Niederlage auf Niederlage erleiden. Als er zum Rücktritt gezwungen wird, existiert sein außenpolitisches Werk schon wenige Tage nach seinem Rücktritt nicht mehr, innenpolitisch hat er den Krieg gegen das Proletariat verloren. Als Besiegter verläßt er den Kampfplatz, um isoliert und verlassen, ein greiser Coriolan, den aussichtslosen Kampf fortzuführen, ohne den Lauf der Geschichte ändern zu können.

„BEREICHERT EUCH!“

Der Milliardensegen kam schneller ins Land, als erwartet und beabsichtigt war. Frankreich zahlte pünktlicher und rascher, um seine Unabhängigkeit zurückzuerlangen, die Räumung der besetzten Gebiete herbeizuführen. Die Konjunktur blühte im Reich. Es kam zu jener Schwindelperiode, die man „*Gründerzeit*“ genannt hat und die für immer mit Bismarcks Namen verbunden bleibt; er selbst war bereits vor Kriegsausbruch in dunkle Geschäfte verwickelt, die sein Bankier Bleichröder machen mußte.

Für Bismarck wurden durch Bleichröder Aktien zu einem sehr billigen Preise gekauft, bevor sie an der Börse gehandelt wurden. Nicht nur Bismarck, eine ganze Reihe von Junkern und einflußreichen Personen waren an diesem Geschäft beteiligt. Sobald die Aktien in den Handel gebracht wurden, schnellten die Kurse in die Höhe — es war ein ungewöhnlich gutes und anrüchiges Geschäft. Hinzukam, daß es sich um Aktien einer Bank handelte, die der Landwirtschaft Kredite geben sollte. Den Finanzmännern lag sehr viel daran, steuerliche Vergünstigungen seitens der Regierung durchzusetzen. Bismarck hatte bestritten, daß er von diesen sonderbaren Geschäften eine Ahnung hatte — Bleichröder hätte Vollmacht gehabt, sein Vermögen nach Gutdünken zu verwalten,

erst aus der Jahresabrechnung habe er ersehen, welche Verdienste er durch Bleichröders Transaktionen gemacht habe. Das Aktiengeschäft wurde im Frühjahr 1870 getätigt, als Bismarck schon mit den Vorbereitungen für den Krieg begriffen war — mindestens im Januar 1871 müßte er zum erstenmal erfahren haben, welche famosen Gutschriften sein Konto zu verzeichnen hatte — man spricht von einem Verdienst von 83 000 Talern. Damals verhandelte er mit dem kleinen Favre, der selbst ein gerissener Geschäftsmann war und immer im Geruch eines korrupten Finanziers stand — zur selben Zeit aber erschien auch Bleichröder in Versailles, dem Bismarck die Finanzierung der französischen Kriegsentschädigung übertragen wollte, bei der sich derselbe Bleichröder und der Graf Henckel-Donnersmarck so hohe Provisionen berechneten, daß es selbst den ausgepichten Favre schauderte. Die ersten Wechsel, die die Franzosen den Preußen übergaben, erhielt Bleichröder ausgehändigt, er hatte ungeheure Zwischenverdienste an den Kriegsentschädigungsgeldern, außerdem verwaltete er den Welfenfonds, der eine Summe von 48 Millionen Mark darstellte, und nur 3 % Zinsen abwarf. Auch diese Verwaltung war für Bleichröder ein glänzendes Geschäft. Daß Bismarck seinem Privatbankier derartige Gefälligkeiten erwies, mag man gutmütig als ... Zeichen der Dankbarkeit interpretieren — gewiß ist, daß derartige Geschäfte einen Fall von Korruption ergeben, der in der Geschichte Preußens ungewöhnlich war.

29 Millionen standen Bismarck aus dem Welfen-

fonds zur Verfügung. Was er mit diesen Summen anfing, blieb ihm überlassen, alle Urkunden wurden vernichtet, eine Rechnungsführung war nicht möglich. Bismarck behauptete, Wilhelm wäre mit der Vernichtung einverstanden gewesen. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß sich Bismarck mit diesem Fonds persönlich bereichert hätte, der Fonds diente wirklich nur politischen Zwecken, aber mit Hilfe dieses Fonds korrumpierte Bismarck systematisch die öffentliche Meinung. Von Bleichröder allein waren 50 Zeitungen finanziell abhängig. Dutzende von Blättern beeinflußte Bismarck durch Journalisten, die er sich gekauft hatte. Er bestach ausländische Blätter, kaufte Zeitungen, gründete in der Schweiz gegen die sozialistische Bewegung anarchistische Organe, in denen er zugleich Artikel drucken ließ, die Handhabe zum Einschreiten gegen die Sozialdemokratie boten.

Nach dem Kriege kaufte Bismarck 35 000 Morgen in der Nähe von Varzin, dort legte ein Freund Bleichröders, ein Herr Behrend aus Köslin, eine Holzfabrik an, das Holz lieferten ihm die Bismarckschen Wälder, ferner lieh ihm Bismarck Kapital, das Behrend mit 8 % verzinsen mußte. Dafür machte Behrend allerdings große Geschäfte durch staatliche Papierlieferungen, seine Fabrik stellte das Papier für die Reichspost, das Telegraphenamt, die Staatseisenbahnen her. Auch das Papier für Bismarcks Bedarf wurde dort hergestellt, in den nächsten Jahren kam es zu einer Riesenflut von Beleidigungsprozessen, und Bismarck ließ eigene Formulare für die

Strafanträge liefern. Im Jahre 1876 schwebten 1140 Klagen wegen Beleidigung! Klagen gegen alte Frauen, Dienstmädchen, die aus Unbedacht irgendeine Dummheit gesagt hatten. Man hat ausgerechnet, daß in nichtigsten Beleidigungsprozessen *mehrere* tausend Jahre von Gefängnisstrafen verhängt wurden.

Als Bismarck selbst durch seine ehemaligen Freunde, die Ultra-Konservativen, in die Enge getrieben und zur Zeugenaussage gezwungen werden sollte, um sich vom Verdacht der Korruption zu reinigen, berief er sich auf sein Generalspatent, nach dem er nur vor einem militärischen Gerichtshof zu erscheinen brauchte.

Weder sind die Verhandlungen Bleichröders mit Favre in Versailles dementiert worden, noch wurde je die dunkle Aktienaffäre vom Jahre 1870 aufgeklärt. Der Wahrheitsbeweis wurde dem Enthüller v. Diest-Daber durch Gerichtsbeschluß unmöglich gemacht.

Als gegen Kriegsende der Plan eines *Invalidenfonds* auftauchte, wurde Bleichröder mit der Finanzierung *und* Verwaltung des Fonds beauftragt. Er kaufte kurz vor dem Frankfurter Frieden riesige Posten von Prioritäten zu niedrigen Kursen auf, die er später dem Invalidenfonds wieder zu hohen Kursen verkaufte; an dem Geschäft war neben Bleichröder auch noch die Discontogesellschaft beteiligt. Die Papiere, meist Renten von Privatbahnen, waren unrealisierbar, die Regierung konnte sie nicht verkaufen, wenn sie nicht enorme Summen

verlieren wollte, anderseits wollten die Gesellschaften ein gutes Geschäft machen, Bismarck beantragte deshalb eine Fristverlängerung von vier Jahren für die Veräußerung und trieb Reichseisenbahnpolitik, die mit einem Fiasko endete; es gelang nicht, den Wirrwarr zu beseitigen, der infolge der unzähligen Privateisenbahngesellschaften herrschte. Die süddeutschen Staaten behielten ihre Eisenbahnen für sich, der Hauptgrund für die Vereinheitlichung der Eisenbahnen aber rührte vom Bestreben der Industrie und Junker her, die Tarife einheitlich fürs Reich zu regeln und besonders auch ihre Höhe entscheidend zu beeinflussen. Die Einheit des Reiches war infolge der veränderten ökonomischen Verhältnisse eine Angelegenheit der Großbourgeoisie geworden. Was ehedem eine revolutionäre Forderung gewesen war, wurde nun von der Reaktion durchgeführt, weil es ihre Interessen verlangten.

Um den Invalidenfonds verwerten zu können, kaufte das Reich allmählich alle Privatbahnen zu hohen Preisen auf, die Prioritäten stiegen im Kurs, die Gesellschaften aber bereicherten sich enorm bei diesem Geschäft. Den Verhandlungen im Reichstag blieb Bismarck fern, es kam zu peinlichen Enthüllungen, der Vorsitzende der Kommission war der Nationalliberale *Bennigsen*, dessen Altenbekener Eisenbahnprioritäten im Besitz des Invalidenfonds waren. Der Skandal wurde nur durch eine Verständigung zwischen Bismarck und dem Zentrumsführer Windthorst vermieden, der zur Zeit des „Kulturkampfes" Bismarcks gefährlichster Gegner wurde.

Alle Jahre wurden Sammlungen im Namen Bismarcks veranstaltet, bald war der Spottname „*Ottopfennig*“ ein geflügeltes Wort. Zu Bismarcks 70. Geburtstag veranstaltete man monatelang eine große Sammlung, die einen Betrag von mehreren Millionen Mark ergab. Alle Welt nahm an, daß Bismarck die Spende für soziale Zwecke zur Verfügung stellen würde — er behielt die Millionen und kaufte Ländereien, vermehrte seinen Besitz von Schönhausen und gab keinen Pfennig heraus.

In den Prozessen, die im Laufe der siebziger Jahre gegen die Enthüller der Bismarckschen Geschäfte geführt wurden, kam es zwar zur Verurteilung der Angeklagten, aber die eigentlichen Beschuldigungen blieben im Dunkeln, und die Prozesse wurden meist abgebrochen, Bleichröder ließ sich sogar des Meineids beschuldigen, ohne sich zur Wehr zu setzen; die Gerichte wiederum ließen von einer Verfolgung des Mannes ab, der Bismarcks Freund und Privatbankier war, zugleich geheime Fonds verwaltete, 1871 geadelt war und das Eiserne Kreuz II. Klasse erhalten hatte.

Wie Bismarck seine Kenntnis um alle politischen Vorgänge im eigenen Interesse ausnutzte, beweist eine Stelle in den Tagebüchern Christoph von Tiedemanns, der sechs Jahre Chef der Reichskanzlei gewesen ist. Im August 1877 kam es infolge der Balkankrise zu einer Spannung zwischen England und Rußland, die die schlimmsten Befürchtungen erwecken mußte. Bismarck besaß einen großen Posten russischer Papiere, den er auf die Nachricht von der

Entsendung Schuwalows nach London rasch verkaufte. Bismarck gestand seiner nächsten Umgebung, daß er in einer schlaflosen Nacht — Bismarcks schlaflose Nächte sind berühmt geworden, alle Welt wurde in den Glauben gewiegt, sie rührten nur von der Sorge um Deutschland her — das Kalkul angestellt habe, wenn die Russen ihren gescheitesten Mann in einem so gefährlichen Moment fortschickten, müsse man zehn gegen eins wetten, daß sie im Begriffe seien, Dummheiten zu begehen. Es sei Zeit, die russischen Staatspapiere zu verkaufen. Am folgenden Morgen telegraphierte er Bleichröder, sofort zu verkaufen, bald zeigte sich, daß er richtig gehandelt hatte, und Bleichröder machte Bismarck sein Kompliment.

Bismarcks Geständnis besitzt auch deshalb Wert, weil es seine Behauptung widerlegt, er habe sich nur am Jahresende um das Konto gekümmert, wenn Bleichroeder die Abrechnung schickte.

Der Ruf „*Bereichert Euch*" erklang von höchster Reichsstelle und wurde so gehorsam befolgt wie keine andere Verfügung. Die passive Beteiligung Bismarcks an jenen Geschäften blieb kein Geheimnis. Man kann kaum ernstlich behaupten, daß er, als kluger Rechner und Wirtschaftler, sich nicht darum gesorgt haben sollte, *wie* sich sein Vermögen vermehrte. Schon an der Tafelrunde in Versailles ließ er bei Gelegenheit durchblicken, welche Möglichkeiten einem Staatsmann zur Verfügung ständen, um ein reicher Mann zu werden. Selbst wenn Bismarck nicht in diesen Jahren Riesensummen persön-

lich verdient hätte, lief schon seine ganze Finanz- und Steuerpolitik darauf hinaus, daß die besitzende Klasse ihre Vorteile hatte. Die *Aktien-* und *Wuchergesetze* wurden im Sinne der Banken reformiert, ihre neue Formulierung trug wesentlich zur Bedrückung der Kreise bei, die auf Kredite angewiesen waren; die kleinen Agrarier, vor allem aber die Handwerker, kleinen Kaufleute waren völlig schutzlos. Die liberale Bourgeoisie aber warf sich ganz in die Arme Bismarcks, der ihr die Gesetze verschaffte, die im Interesse des Geschäfts vorteilhaft waren. Vor dem Kriege hatte die Bourgeoisie politisch abgedankt, indem sie eine frucht- und ziellose Opposition machte, jetzt verlor sie moralisch jeden Halt und ließ sich von Bismarck zu jedem Zweck mißbrauchen. Der große Krach im Jahre 1873 hat an dieser Ergebenheit und Unterwürfigkeit gegenüber Bismarck nichts zu ändern vermocht. Politisch besaß man nicht den mindesten Ehrgeiz mehr, nachdem man gesehen hatte, daß sich nicht nur mit Bismarck leben ließ, sondern daß er auch nichts gegen die Geschäftemacher einzuwenden hatte und die Gesetzmaschine in ihrem Sinne funktionieren ließ. Der Liberalismus der Bourgeoisie empfing jetzt seinen ordinären, plattesten Sinn — er war einmal Weltanschauung gewesen, selbst die Parole des Freihandels hatte in seinen Anfängen sogar eine gewisse revolutionäre Spitze gehabt, mindestens hatte er sich revolutionierend ausgewirkt — jetzt wurde er die Weltanschauung des Geschäftsbuches, der Kasse.

Es war eine Maskerade, wenn der Kulturkampf

im Namen des Liberalismus geführt wurde, ja, wenn diese Liberalen unter der Führung Virchows den Namen „Kulturkampf“ überhaupt für Bismarcks Konflikt mit dem Zentrum, der katholischen Kirche und dem Papst prägten.

DER KULTURKAMPF

Die Besetzung Roms durch die Truppen Viktor Emanuels und der Verlust des Kirchenstaates hatten den Papst gezwungen, seine Suprematie über die Gläubigen auf anderen Wegen neu zu kräftigen. Die Unfehlbarkeitserklärung des Papstes vom 18. Juli 1870 rief Spaltungen unter den Katholiken hervor. In Deutschland entstand, unter Führung des Historikers *Döllinger*, die Richtung der Altkatholiken, die mit dem Staat Abmachungen schlossen und sich unabhängig von Rom machten.

Noch im Verlaufe des Krieges war es zu Verhandlungen zwischen Bismarck und der Kurie über die Veränderungen gekommen, die durch den Verlust des Kirchenstaates eingetreten waren. Eine Zeitlang hatte Bismarck sogar daran gedacht, dem Papst Fulda zum Sitz anzubieten. Sein Zweck war offenkundig politischer Natur, er wollte den Schein erwecken, als ob er das Oberhaupt der Kirche beschütze, auf diese Weise errang er gewisse Positionen gegenüber Österreich *und* den süddeutschen Staaten. Zugleich wurden Verhandlungen über eine Wiederherstellung des Kirchenstaates geführt, aber zu einer Einigung wollte es nicht kommen, weil sich die besonderen Interessen Bismarcks wie des Papstes überkreuzten.

Der Ausgang des Krieges brachte auch dem Kaisertum der Hohenzollern die Vormachtstellung des Protestantismus; geschlagen waren innerhalb von vier Jahren zwei katholische Mächte — Österreich und Frankreich. Die Eroberung Elsaß-Lothringens beschwor schwere Konflikte zwischen dem Klerus und der protestantischen Reichsverwaltung, im geschlagenen Frankreich verbanden sich Royalisten und Klerus nicht nur zum Kampf gegen die Republik, sondern auch zur Abwehr gegen das neue Reich und zur Sicherung der klerikalen Herrschaft in ganz Europa. Die klerikale Frage nahm durch die Unfehlbarkeitserklärung des Papstes politischen Charakter an. Im Reich gewann die neugegründete Zentrumspartei mehr und mehr Boden, zu ihr gehörten nicht nur Bürger, sondern ein Teil des Adels, Teile der jungen Schwerindustrie, vor allem aber auch die katholischen Arbeiter in Schlesien, Polen, im Rheinland, in Westfalen und im Reichsland. Diese besondere Struktur der neuen Partei befähigte sie zu Aktionen auf breitester Basis. Sie war stärker als die junge sozialistische Partei, besaß im Augenblick mehr Stoßkraft und vor allem im Papst, dessen Unfehlbarkeit soeben erklärt war, eine absolute Autorität. Hinzu kam die Beeinflussung der Mitglieder und Wähler dieser Partei durch die Priester im Beichtstuhl, hinzu kam die straffe Organisation der Kirche selbst — da war eine festgefügte Armee mit einem auserlesenen Offizierkorps, unterstellt einem Generalfeldmarschall, der auf dem Stuhle Petri saß und die Gnade einer fast zweitausendjährigen

Tradition genoß. Für Bismarck waren außenpolitische Interessen ausschlaggebend, der Aufmarsch dieser neuen Partei in den Grenzprovinzen gefährdete das Reich.

Als sofort nach dem Waffenstillstand das Zentrum an den Kaiser die Bitte richtete, für die Wiederaufrichtung des Kirchenstaates einzutreten, erfolgte keine Antwort; der Reichstag erklärte vielmehr von sich aus, *man würde sich nie in das innere Leben anderer Völker einmischen.* Der Kirchenstaat wurde als innere italienische Angelegenheit betrachtet. Als das Zentrum das Verhältnis der Kirche zum Staate in der Reichsverfassung fixiert wissen wollte, betrachtete Bismarck die Forderung als Angriff und unternahm zunächst Schritte, um Kurie und Zentrum zu verfeinden. Inzwischen war an den Universitäten der Kampf um das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes entbrannt, die katholischen Professoren, die den Beschluß des vatikanischen Konzils nicht anerkennen wollten, wandten sich an das Kultusministerium um Hilfe. Die Partei der Altkatholiken wurde gegründet. Bismarcks alte Methode, den Gegner zu spalten, trat in Erscheinung. Einem Bischof, der einen altkatholischen Gelehrten exkommuniziert hatte, wurde ein Teil seiner Rechte genommen.

Die preußische Regierung ging auf Bismarcks Veranlassung zur Offensive über und verhängte vorläufige Maßnahmen, welche die Kirche bereits schwer trafen. Die katholische Abteilung im Kultusministerium wurde aufgelöst und im November 1871 der

sogenannte Kanzelparagraph in das Strafgesetzbuch eingefügt, der den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken bestrafte. Wenige Wochen später wurde ein Schulaufsichtsgesetz im Preußischen Landtag eingebracht, das die Aufsicht über alle Schulen und die Ernennung der Lokal- und Kreisschulinspektoren allein dem Staat zusprach. Die Debatten führten zum ersten Konflikt der Konservativen mit Bismarck, weil sich die Entziehung des Einflusses der Kirche auf die Schulen, vor allem auf dem Land, zuungunsten der Großagrarier auswirken mußte. Als der konservative Kultusminister Mühler den Kampf gegen den Klerus nicht in Bismarcks Sinne durchzuführen schien, holte er sich den liberalen Oberjustizrat Falk, der in Verbindung mit den Liberalen die von Bismarck inspirierten Gesetzentwürfe und den rigorosen Kampf mit allen staatlichen Mitteln durchzuführen hatte. Bismarck selbst sah bald, daß er nie zum Ziele gelangen würde und versuchte im Hintergrund zu bleiben, Falk zum Sündenbock zu machen. Als die Niederlage nicht zu verbergen war und der Rückzug angetreten werden mußte, ließ Bismarck den vorgeschobenen Falk fallen und stellte ihn sogar als den eigentlichen Urheber des Kulturkampfes hin, als ob er selbst nur wider Willen den Krieg geführt hätte!

Im Frühjahr 1872 versuchte es Bismarck nochmals mit diplomatischen Kniffen bei der Kurie selbst, beging aber die Torheit, dem Vatikan einen Botschafter — Kardinal Hohenlohe — vorzuschlagen, der schon lange im Konflikt mit der Kurie lag. Die

Ernennung des Kardinals zum Botschafter wurde vom Kaiser auf Bismarcks Vorschlag vollzogen — da versagte die Kurie das Agrement. Es war eine Niederlage Bismarcks. Nun wurde wieder der scharfe Ton angeschlagen und der Angriff gegen den *Jesuitenorden* gerichtet, der durch Reichsgesetz vom 19. Juni 1872 aus Deutschland ausgewiesen wurde; Angehörigen des Ordens konnte der Aufenthalt in bestimmten Orten oder Bezirken verboten oder angewiesen werden. Sämtliche Niederlassungen waren aufzulösen. Das Gesetz ging mit den liberalen Stimmen durch, es enthält bereits Bestimmungen, die später im Sozialistengesetz wieder auftauchen. Auf dieses Gesetz hin reagierte beim Empfang des deutschen Lesevereins im Vatikan der Papst mit heftigen Angriffen gegen das Reich, vor allem aber gegen Bismarck, der nach seinem Sieg im Felde sich nun an die Spitze der Verfolgung stelle. . . „Wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe löst, das den Fuß des Kolosses zerschmettert . . . ein Triumph ohne Mäßigung ist von keiner Dauer. . .“ Der Papst ließ sogar das Wort „Wahnsinn“ fallen.

Bismarck erklärte, es gäbe eine internationale katholische Koalition, die sich vor allem Frankreichs bediene, um einen Vernichtungsfeldzug gegen das Reich zu führen, aber: „Nach Kanossa gehen wir nicht.“ — Falk mußte Gesetze vorbereiten, die man später „Maigesetze“ genannt hat, und die zum Ziele hatten, die Gewalt der Bischöfe über die Geistlichen, die der Geistlichen über die Laien zu brechen, den Staat aber in Stand zu setzen, den renitenten Klerus

zu bestrafen. Die Bischöfe waren verpflichtet, die Kandidaten, denen ein geistliches Amt übertragen werden sollte, dem Oberpräsidenten zu benennen, der zum Einspruch berechtigt ist und Strafen über den säumigen und widerrechtlich handelnden Bischof verhängen muß.

Man setzte einen besonderen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten ein, unterstellte die Kirchendiener in disziplinarischer Hinsicht dem Staat, verbot die öffentliche Bekanntmachung der Kirchenstrafen und überhaupt alle Strafen wegen Vornahme einer Handlung, zu der die Staatsgesetze oder Anordnungen der Behörden verpflichteten. Im April 1874 wurde gesetzlich bestimmt, daß Geistliche, die durch Gerichtsurteil entlassen waren, aber die Fortdauer ihres Amtes beanspruchten, ausgewiesen oder in bestimmte Orte verbannt werden konnten.

Im Februar 1875 wurde die *Zivilehe* durch Gesetz zur Pflicht gemacht — ehedem hatte sich Bismarck aus religiösen Gründen scharf gegen die Einführung der Zivilehe gewandt, jetzt im Kampfe setzte er ihre Einführung durch. Endlich erfolgten Bestimmungen, die scharf in vermögensrechtliche Fragen der Kirche eingriffen.

Der Papst beantwortete diese Gesetze zunächst mit Beschwerden, dann mit einer Enzyklika, in der sämtliche Gesetze für null und nichtig erklärt wurden. Als im Juli 1874 ein katholischer Böttchergeselle *Kullmann* auf Bismarck ein Attentat versuchte, machte Bismarck im Reichstag das Zentrum für die Tat verantwortlich und hob die deutsche Gesandt-

schaft beim Vatikan auf. Aber als im Laufe des Jahres 1875 der Krieg mit Frankreich drohte, und die Großmächte gegen Bismarcks Politik Front machten, das Reich völlig isoliert schien, machte Bismarck plötzlich wieder kehrt und bemühte sich um Verhandlungen mit dem Vatikan, aber der Vatikan, der sich sehr stark fühlte, ernannte den von Bismarck abgesetzten Erzbischof von Posen, Ledochowski, zum Kardinal.

Der Kampf hatte erbitterte Formen angenommen — als im Reichstag das Attentat Kullmanns zur Sprache kam, rief Bismarck dem Zentrum zu: „*Ja, meine Herren, verstoßen Sie diesen Mann, wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße!*“ Der Graf *Ballestrem* rief „Pfui“ — Bismarck geriet in solche Erregung, daß er nach eigenen Worten „mit der Ruhe des Verbrechers“ die Schritte abmaß, die er tun müsse, um zu Ballestrem zu gelangen, und überlegte nur, ob er ihm die Kugel in den Magen oder zwischen die Augen schießen sollte. „Ich wollte dann ruhig auf meinen Platz zurückgehen und das weitere erwarten. Freilich sagte ich mir, daß ich dann ebenso wie Kullmann handeln würde. — Daß noch andere schwarzröckige Pfaffen aus Bayern den gleichen Ruf ausgestoßen hatten, kümmerte mich nicht. Aber *Ballestrem war früher Offizier!* So beschloß ich zuerst, nicht zu schießen, sondern dem Herrn eine Ohrfeige zu geben. Endlich siegte die bessere Überlegung, und ich tat nichts.“

Die Situation war im Augenblick so gespannt, daß der Präsident Forkenbeck daran dachte, die

Sitzung aufzuheben — er ließ sich seinen Hut bringen und unter seinen Stuhl stellen. Der ganze Saal geriet über Bismarcks Ausführungen in stürmische Bewegung. Die Liberalen schrien „Bravo"! Die Zentrumsleute schrien „Pfui!" Forkenbeck klingelte, bat um Ruhe und erklärte den Ausdruck „Pfui" für unparlamentarisch. Dann konnte Bismarck, der inzwischen einen Mordplan erwogen und verworfen hatte, mit den Worten fortfahren: „Pfui! ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fernliegen, ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen."

Die Aufregung wuchs, das Haus tobte, Windthorst erhob sich, um den Vorwurf der Verschwörung des Zentrums zum Anschlag auf das Leben Bismarcks zu entkräften: Er nannte Kullmann einen unglücklichen Menschen, wie jeder Verbrecher in seinen Augen ein Unglücklicher wäre. . . „Aber die Tat eines solchen Menschen in irgendwelche Kausalverbindungen zu bringen mit bestimmten Parteien, ja mit bestimmten Persönlichkeiten, das geht viel zu weit, die Tat Kullmanns war schändlich, aber schändlich war auch das Benehmen der offiziösen Presse. . ." Er hielt Bismarck vor, daß er selbst den Attentäter verhört habe: „Welcher Kriminalist hat je gehört, daß der Verletzte die Inquisition leitet? Das ist gegen alles Prozeßrecht!" Windthorst macht jene verantwortlich, die eine solche Lage angestiftet hätten, in der unglückliche Menschen zu einem wahnsinnigen Unternehmen hingerissen würden.

„Eigentlich behandelt und hineingezogen in der Art, wie es niemals hätte geschehen sollen, hat die Affäre nur der Herr Reichskanzler... Ich will ihm das nachsehen.“

Der moralische Hieb saß — aber der Haß Bismarcks wurde noch größer. — Später hat Windthorst in einer Rede Bismarcks Polizeiwirtschaft angegriffen, die Liberalen wegen ihres Bündnisses mit den Konservativen verhöhnt; er war aus dem ganzen Bürgertum der einzige, der Bismarck in diesen Jahren noch entgegentrat und beschämte — dafür verfolgte Bismarck den „Abgeordneten von Meppen“ mit glühendem Haß und hat ihm nie vergeben, daß er moralisch über ihm stand.

Wie sich der Kulturkampf — das famose Wort stammte von Virchow — im Reiche auswirkte, hat kürzlich Siegfried *von Kardorff* in seinen Vorträgen über Bismarck fixiert: „Dieser Kampf hat . . . die denkbar schwersten Wunden geschlagen . . . von 4000 Pfarreien waren etwa 1200 teils ganz, teils halb verwaist. In mehr als 500 Pfarrstellen fand kein Gottesdienst statt, wurde keine Messe gelesen, und wurden keine Sakramente gespendet... es sind Geistliche bestraft worden, weil sie, ohne hierzu berechtigt zu sein, Sterbenden das Sakrament der letzten Ölung gespendet hatten. Die meisten Bischofsstühle waren verwaist... Zwei Erzbischöfe, drei Bischöfe wurden verhaftet und ins Gefängnis abgeführt, zwei Bischöfe wurden ihres Amtes enthoben. Zahlreiche Geistliche wurden teils aus ihrer Heimat, teils aus dem Reiche ausgewiesen.“

Der Kampf wurde nach dem Tode des Papstes Pius IX. abgebrochen. Als Bismarck die Nachricht empfing, saß man gerade beim Familienkaffee. „Darauf müssen wir einen Nordhäuser trinken."

Der neue Papst Leo XI. ließ sich auf Verhandlungen ein, die sich jahrelang hinziehen sollten; der größte Teil der Gesetze ist wieder aufgehoben worden. Bismarck hat den Kulturkampf verloren. Abgebrochen wurde der Kampf, weil im Frühjahr 1878 die außenpolitische Lage infolge des russisch-türkischen Krieges so kritisch wie nur möglich war. Kurz vor dem Tode Pius IX. war Bismarck der festen Überzeugung, daß ein „allgemeines Unwetter" heraufziehe, und man am Vorabend eines europäischen Krieges stehe. Bismarcks Gehilfe, Tiedemann, bemerkt in seinen Aufzeichnungen gerade in dieser Zeit, daß ein allgemeiner Krieg im Augenblick höchst ungelegen komme.

Aber Bismarck hatte den Kulturkampf überhaupt verloren, die Hartnäckigkeit, mit der die Kirche und die Katholiken sich zur Wehr setzten, überraschte ihn. Das Anwachsen der proletarischen Bewegung, die immer schärfere wirtschaftliche Krise, der allgemeine Konjunkturumschlag zwangen ihn zum Einlenken, er konnte nicht fortfahren, eine gewaltige Front gegen sich selbst zu schmieden. Es war auch nie ein Kulturkampf im eigentlichen Sinne gewesen, Bismarck hatte nie daran gedacht, die Religion oder den Klerus als solchen zu attackieren; natürlich sollte die Religion dem Volke erhalten bleiben, es ist sogar wahrscheinlich, daß er

im Falle eines Sieges mit Hilfe der Staatsorgane die Massen noch ganz anders zu verdummen gesucht hätte. Sein Kampf gegen den Klerus war im Grunde ein Kampf mit bureaukratischen Mitteln, der Gesetzesmaschine und der Polizei, von einem geistigen Kampf kann keine Rede sein, deshalb traf auch Virchows Ausdruck so völlig daneben; es ging gar nicht um Kulturfragen, Bismarck konnte ja keine anderen oder gar höheren Werte einsetzen. Konsequent wäre es gewesen, für den Atheismus zu kämpfen, dann hätte man schon von Kulturkampf reden können, aber natürlich schauderte es Bismarck bei solchen Gedanken. Das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei gerade in diesen Jahren der wirtschaftlichen Krise förderte die Bewegung des Atheismus; auch in der Erkenntnis dieser staatsgefährlichen Entwicklung der Sozialdemokratie entschloß sich Bismarck, nach Kanossa zu gehen.

In demselben Jahre aber vollzog sich die Loslösung von den Liberalen infolge der Abwendung Bismarcks von der Freihandelspolitik, er brauchte Bundesgenossen für seine Schutzzölle; die Liberalen waren dafür nicht zu haben, aber das Zentrum mit seinem rechten Flügel schien man gewinnen zu können.

So verlegte Bismarck den Kampf von diesem Frontabschnitt an einen andern — wieder beobachtet man, daß er unter dem Zwang der Verhältnisse zu bestimmten Handlungen gezwungen wird und den Rückzug antreten muß. Zum ersten Male hatte er sich durch seine unstete Politik, die immer nur auf die jeweilige Situation eingestellt war, Blößen gegeben. Sein Ansehen hatte bei diesem Kampf sehr gelitten. Weite Volkskreise standen in Opposition. Das Zentrum selbst hat Bismarck nie versöhnt, trotzdem sie zuweilen ein Stück Wegs zusammengingen, zuletzt war er mehr auf die Hilfe der so scharf Bekämpften angewiesen, als es umgekehrt der Fall war.

Aber die Niederlage trieb Bismarck zu neuen Angriffen gegen einen neuen Feind. Wenn er mit dem Zentrum nicht fertig geworden war, gelang es vielleicht bei der anscheinend völlig isolierten pro-

letarischen Partei, die keinen Schutzherrn in Rom besaß, keinen rechten Flügel hatte, der von Adligen und Schwerindustriellen besetzt war? Noch mitten in den Verhandlungen über die Beilegung des Konfliktes mit Papst und Zentrum bereitete Bismarck das Sozialistengesetz vor. Auch dazu brauchte er den Frieden mit der Kirche.

In Tiedemanns Tagebüchern findet man ein sehr interessantes und aufschlußreiches Dokument aus dem Juli 1877. Hervorragende Industrielle hatten dem Reichskanzler eine Eingabe übersandt, in der die deutsche Wirtschaftskrise scharf beleuchtet wurde. Die Industriellen versuchten Bismarck zu einer Preisgabe der bisherigen Wirtschaftspolitik zu zwingen, die Freihandelsprinzipien zu opfern und zum Schutzzoll überzugehen, die indirekten Steuern nicht nur zu erhöhen, sondern auch neue einzuführen. Die Reichsfinanz- und -steuerreform war infolge der enormen Ausgaben für den ständig steigenden Militäretat und der wirtschaftlichen Krise, die nun schon vier Jahre dauerte, längst unvermeidlich. Neue Steuerquellen mußten erschlossen werden. Bismarck bemühte sich zunächst mit den Liberalen, die am Freihandel und an einer mäßigen Steuerreform aus Furcht vor dem wachsenden Proletariat festhalten wollten, einen Pakt zu schließen, er wollte sogar den Nationalliberalen Bennigsen ins Kabinett nehmen, die Liberalen aber stellten Forderungen auf Besetzung weiterer Ministerposten, Wilhelm wie Bismarck erschraken und lehnten ab — die morgana-

tische Ehe mit den Nationalliberalen, die jetzt elf Jahre bestand, erreichte ihr Ende.

Bald näherte sich Bismarck wieder den Konservativen, die noch vor kurzem infolge der Wirtschaftspolitik und der Begünstigung des Finanzkapitals mit Bismarck so heftig aneinandergeraten waren, daß Mitglieder der Partei in der „Kreuzzeitung" die Beziehungen Bismarcks zu Bleichröder und seine eigenen Privatgeschäfte enthüllt hatten; im Februar 1876 veröffentlichten die Konservativen in der „Kreuzzeitung" eine Erklärung, in der sie sich scharf gegen die Äußerung Bismarcks in einer Reichstagssitzung wandten, daß jeder, der die „Kreuzzeitung" halte und bezahle, sich indirekt an Lüge und Verleumdung beteilige. „Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er jahrelang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat. Man verschmähe es, mit ihm darüber zu rechten, und weise es zurück, Belehrungen über Ehre und Anstand von ihm anzunehmen."

Die Erklärung war von den Hochtorys Altpreußens unterschrieben, älteste Freunde Bismarcks sandten ihm den Scheidebrief. Die lange Reihe der Junker beschloß Bismarcks ehemaliger bester Freund: „Mit tiefem Schmerze unterzeichnet A. v. Thadden-Trieglaff, jetzt in Batzwitz."

Bismarck hat unter diesem Schritt seiner alten Freunde, seiner eigenen Kaste tief gelitten. In Wahrheit hatte er selbst durch seine Politik, die völlig zugunsten der Bourgeoisie geführt wurde und im Grunde nur das Programm des Nationalvereins er-

erfüllte, längst das Tischtuch zerschnitten. Als er die Erklärung erhielt, rief er im engsten Kreise aus: „Ach, ich habe meine sämtlichen Freunde verloren und mit 60 Jahren gewinnt man keine neuen.“ Wenige Jahre vorher ging seine alte Freundschaft mit Roon in die Brüche. Konservative wurden gerichtlich zur Verantwortung gezogen, ihre Behauptungen zu beweisen. Es war ein Kampf mit *allen* Mitteln, der jahrelang tobte, und Bismarck ist keineswegs als Ritter ohne Tadel aus diesem Schlamm, in den er durch eigene Schuld geraten war, wieder aufgetaucht. Aber der Konflikt wurde liquidiert, als die neue Wirtschaftspolitik Bismarck zwang, sich andere Bundesgenossen zu suchen und die Liberalen kalt zu stellen. Die Jahre 1877/78 sind innen- wie außenpolitisch Entscheidungsjahre gewesen, waren Kulminationspunkte. Außenpolitisch vollendete in dieser Zeit Bismarck sein Bündnissystem, steuerte in jene Fahrrinnen, die schließlich zum Untergange des Kaiserreiches führten. Innenpolitisch gab er den Kampf gegen Kurie und Zentrum auf, näherte sich wieder den Konservativen, trieb die Nationalliberalen in die Enge, entmündigte sie noch einmal und wurde der Schutzherr der Schwerindustrie. Der deutsche Imperialismus hat in diesen Jahren seine Feuertaufe erhalten. Er war völlig konsequent, wenn sich Bismarck in dieser Situation mit erbarmungsloser Härte gegen das Proletariat und seine Partei wandte. Im Augenblick, da der deutsche Imperialismus den Schauplatz der Geschichte betrat, findet man ihn schon im Kampf mit dem Proletariat.

Jene Eingabe der Industriellen, von der oben die Rede war, schilderte die Auswirkungen des großen Finanzkraches im Jahre 1873, der allmählich auf die gesamte Industrie rückgewirkt hatte. Die Industriellen protestierten gegen die falsche Zollpolitik der Regierung, die „freiwillig und ohne Not der auswärtigen Konkurrenz die Tore öffnet"; die starke Einfuhr hätte den Absatz einheimischer Waren fast unmöglich gemacht. Man verwies auf die steigende Arbeitslosigkeit, behauptete, die Löhne wären enorm gestiegen, und vergaß natürlich den Hinweis auf die enorme Verteuerung der Lebenshaltung, die wachsende Bevölkerungsvermehrung. Der Zentralverband deutscher Industrieller sei gegründet worden, um eine Aktion gegen die „Wortführer" der radikalen Freihandelsdoktrin zu unternehmen und eine Reform der Steuer- und Zollpolitik zu fordern.

In erster Linie behaupteten die Eisenindustriellen, unter der Absatzkrise zu leiden, und verlangten eine Sicherung hoher Preise im Inland, um auf dem Weltmarkt bei niedrigen Preisen die zweite Stellung zu behaupten, die sie nach der englischen Eisenindustrie innehatten.

Der Schwerindustrie schlossen sich die Großagrarier an, die sich durch die starke Konkurrenz der amerikanischen Landwirtschaft bedroht fühlten. Die Regierung versuchte zunächst durch das Tabakmonopol, das die kleinen Tabakbauern ruinierte, und durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen neue Einnahmequellen zu schaffen. Das Hauptgeschäft bei der Reichsbahnpolitik machten, wie oben ge-

schildert, die Banken. Als sich bald herausstellte, daß diese Reformen allein nicht genügten, und die Forderungen nach Schutzzöllen immer dringender wurden, versuchte es Bismarck mit der Erhöhung der indirekten Steuern. Um aber den Lebensstandard des Proletariats möglichst niedrig zu halten und es vor allem auch zum wehrlosen, gefügigen Ausbeutungsobjekt zu machen, schritt er zur politischen Entrechtung des Proletariats überhaupt. Einmal begünstigte er die Gründung einer antisemitischen Partei unter Führung des Hofpredigers *Stöcker*, die vor allem unter den Kleinbürgern Stimmvieh zu sammeln suchte, damals entstand das Schlagwort vom „*Sozialismus des dummen Kerls*", unter dem man den *Antisemitismus* verstand. Dann schuf Bismarck das Sozialistengesetz. Wir müssen auch jetzt wieder an unsere These erinnern, daß Bismarck seine Politik nicht aus der Luft holte, daß er keineswegs freiwillig die neuen Wege ging, sondern daß er immer unter dem Druck der Verhältnisse, jetzt auf Kommando der Schwerindustrie handelte. Sein Kampf gegen das Zentrum stellte nur eine Generalprobe zum Angriff gegen die Sozialdemokratie dar. Man wird beobachten, daß er Schritt für Schritt fast dieselben Methoden anwandte und ähnliche, nur noch verschärftere Gesetze erließ; der Unterschied besteht darin, daß Bismarck im Kampf gegen das Zentrum immer noch gewisse Rücksichten hatte walten lassen. Nach dem Attentat Kullmanns und der Rede Windthorsts verhielt er sich anders als nach den Attentaten auf Wilhelm I. und nach den Reden Bebels. Die

Geistlichen wurden milder behandelt als die Sozialdemokraten. Gegen die Zentrumspartei selbst unternahm Bismarck nichts. Die Sozialdemokratie wurde verboten und in die Illegalität getrieben. Die Formen des Kampfes gegen das Proletariat mußten anders aussehen, als wenn es gegen eine bürgerliche Partei ging. Der Machtapparat des Staates wurde in seiner ganzen Grausamkeit erst in Bewegung gesetzt, als es gegen Arbeiter ging. Nicht nur Bismarck, sondern die gesamte Bourgeoisie schwebte in namenloser Angst vor dem Proletariat. Als der Sozialdemokrat August Heinsch im März 1878 zu Grabe getragen wurde, schrieb die „Magdeburger Zeitung" entsetzt über die Trauerfeier: „Das sind nicht mehr Bataillone, das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen, ganze Armeekorps."

DAS SOZIALISTENGESETZ

Nichts hatte schon 1872 so beispiellos gewirkt wie die Verteidigungsreden *Liebknechts* und *Bebels* im *Leipziger Hochverratsprozeß*, wo beide noch einmal die Bismarcksche Kriegspolitik, die Reichsgründung, den Frankfurter Frieden anklagten und die Ziele des Sozialismus verkündeten. Damals rief Liebknecht: „Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nun nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist . . . Ich bin nicht ein Verschwörer von Profession, nicht ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution — dagegen habe ich nichts."

Wenn ein politischer Prozeß in jenen Jahren des Aufstiegs der proletarischen Bewegung einen Sinn gehabt hat — dieser „Hochverrats"prozeß hat ihn gehabt. Dabei hatte ihn Bismarck selbst gewollt, voller Unwillen bemerkte er bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags im Weißen Saal — dem verantwortlichen Richter gegenüber, weshalb man

denn nicht endlich diesen Prozeß mache. Dann hatte Bebel von der Kommune gesprochen und Bismarck schlaflose Nächte bereitet. Die Fehde zwischen den Eisenachern und Lassalleanern wurde beendet, es gab nur *eine* Partei des Proletariats. Ihre Reihen wuchsen, ihre Stimmenzahl mehrte sich bei jeder Wahl. Die Streiks häuften sich.

Bismarck versuchte es zunächst mit kleineren Mitteln — er wollte den Kontraktbruch der Arbeiter kriminell bestraft wissen, verlangte einen Preßgesetzentwurf, nach dem mit Festung oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft würde, der in einer Druckschrift die Familie, das Eigentum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung angreife. Er drang im Reichstag infolge des Widerstandes des Zentrums und der Liberalen nicht durch. Dann holte er sich den berüchtigten Staatsanwalt *Tessendorf* nach Berlin, der entsetzliche Strafen beantragte und fürchterliche Reden hielt. Man liest bei Mehring, daß unter seinem Regime innerhalb von 7 Monaten allein in Preußen 87 Arbeiter in 104 Prozessen zu insgesamt 211 Monaten und drei Wochen Gefängnis verurteilt wurden: „durchweg auf Kautschukparagraphen, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen, wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Majestäts- und sonstiger Beleidigung, nicht zum wenigstens wegen Bismarckbeleidigung". Es kam zu fortgesetzten Haussuchungen, ganze Körbe mit Papieren wurden aufs Polizeipräsidium geschleppt. Die Idee der Zerstörung

der sozialdemokratischen Organisation ging von Tessendorf aus. Er war Bismarcks „guter Engel".

Im Dezember 1875 bemerkte Bismarck, um die Bürger einzuschüchtern: „Die Sozialdemokratie hat die allergrößten Fortschritte gemacht . . . schon nach einigen Jahren wird das Bürgertum nach den Strafbestimmungen . . . lechzen, wie der einsame Wanderer in der Mühle nach einem Schluck Wasser"; im Reichstag erklärte er wenige Wochen später, die Arbeiter würden politisch verhetzt, deshalb arbeiteten sie nicht, der Reichstag solle den sozialdemokratischen Agitationen und Theorien „fest und direkt auf den Leib gehen". Man ließ alle Kettenhunde los, in der Presse wurde jeder Sozialist verächtlich gemacht, mit Räubern, Verbrechern, Mördern auf eine Stufe gestellt. Stöckers christlich-soziale Partei wurde zur wildesten Demagogie aufgereizt. Über diesen ehrenwerten Hofprediger äußerte Bismarck später selbst: „Er hat ein Maul, das nicht totzumachen ist."

Trotz der starken anarchistischen Bewegung hatte die Sozialdemokratische Partei ihre Mitglieder stets von individualistischen Akten ferngehalten, die strenge Disziplin, die gewissenhafteste Aufklärung, die Autorität der Führer hatten die Mitglieder überzeugt, nur auf Massenaktionen hinzuarbeiten. Der individuelle Terror war gänzlich ausgeschaltet, die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Marx und Bakunin hatten diese Frage endgültig geklärt. Das war der Regierung wie der Justiz, Bismarck wie aller Welt bekannt. Aber so wie Bismarck für das Attentat Kullmanns die Zentrums-

partei verantwortlich gemacht hatte, bürdete er jetzt der sozialdemokratischen Partei zwei Attentate auf, die gegen Wilhelm im Sommer 1878 begangen wurden.

Es ist leider bis zum heutigen Tage nicht gelungen, in die Hintergründe dieser Attentate hineinzuleuchten. Unseres Erachtens müßte sich in den Akten der preußischen Ministerien oder der Reichsministerien über beide Attentate noch bisher unbekanntes Material befinden, nicht nur, soweit es sich auf die Geständnisse beider Täter, sondern vor allem auf die Individuen bezieht, die hinter diesen Menschen gestanden haben. Vor allem ist über die Untersuchungsmethoden wenig bekanntgeworden.

Bismarck konnte keine *irren* Attentäter brauchen, die Version, daß es Sozialdemokraten waren, die einen Auftrag hatten, mußte um jeden Preis aufrechterhalten bleiben. Aber beide waren irre, beide waren keine Sozialdemokraten, beide waren erwiesenermaßen völlig minderwertig. *Hödel*, der am 11. Mai 1878 auf Wilhelm Unter den Linden schoß, war ein Klempnergeselle, stammte aus schrecklichen Verhältnissen, litt an ererbter Syphilis, war Lumpenproletarier geworden — kein Wunder bei der permanenten Arbeitslosigkeit —, er hatte vorübergehend der Sozialdemokratie angehört und war später in Stöckers Partei gelandet. Mehring glaubt, daß Hödel sich in seiner Verzweiflung nur einen Namen habe machen wollen und deshalb auf den Kaiser geschossen habe, den er auch gar nicht treffen wollte. Sein Revolver hatte einen schiefen Lauf und „schoß

um die Ecke". Nach der allgemeinen Meinung hatte man es mit einem Irren zu tun, aber Virchows Verlangen, ihm den Kopf des Hingerichteten zur Sezierung zu überlassen, wurde von der Regierung abgeschlagen.

Sofort nach der Tat ließ Bismarck ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie ausarbeiten und schon neun Tage später dem Reichstag vorlegen, der es am 24. Mai ablehnte. *Liebknecht* sprach in der Debatte gegen das Gesetz, das den Versuch darstelle, die Tat eines Wahnwitzigen zur Ausführung eines lang vorbereiteten Tricks der Reaktion zu benutzen, noch bevor die gerichtliche Untersuchung abgeschlossen sei. Die moralische Urheberschaft eines noch unerwiesenen Attentats solle einer Partei zugeschoben werden, die den Mord in jeder Form verurteile und die wirtschaftliche und politische Entwicklung als völlig unabhängig von dem Willen einzelner Personen auffasse. Die Nationalliberalen, deren Ministerhandel mit Bismarck gescheitert war, erklärten sich gegen das Ausnahmegesetz, weil sie eine weitere Erregung der Massen befürchteten. Wer brauchte noch die Gesetze zu respektieren, wenn die besitzenden Klassen zu Mitteln griffen, die Hunderttausende von Mitbürgern als außer dem Gesetz stehend erklärten. Aber um ihre Furcht zu verbergen und es mit Bismarck nicht zu verderben, verlangten die Nationalliberalen Reformen des Vereins- und Versammlungsrechtes im Unternehmerinteresse sowie Verschärfung der Strafen für Pressevergehen.

Die Ablehnung des Gesetzes wurde von Bismarck mit auffälligem Gleichmut hingenommen, er fand den Entwurf flüchtig und keineswegs scharf genug; außerdem nahmen die Vorbereitungen zum Berliner Kongreß Bismarck ganz in Anspruch, er hatte den Beratungen im Reichstag nicht einmal selbst beiwohnen können, und wollte bei der unsicheren Haltung der Liberalen auf einen besseren Zeitpunkt warten, in dem sie notgedrungen kapitulieren mußten.

Da schoß wenige Tage später — am 27. Juni — Nobiling aus dem Hause Unter den Linden 18 auf Wilhelm, verwundete ihn schwer und jagte sich selbst eine Kugel in den Schädel. Erst am 10. September ist Nobiling im Gefängnis gestorben, er stammte aus einer Gutsbesitzersfamilie, litt wie Hödel an ererbter Syphilis, war längst durch sein exzentrisches Wesen berüchtigt, gleichfalls, wie Hödel, demoralisiert, hatte nie der Partei angehört, sie im Gegenteil bekämpft und strebte gleichfalls wie Hödel danach, sich „berühmt" zu machen. Er war als Phantast und Wirrkopf längst bekannt. Selbst die freikonservative „Post" schrieb, daß Nobiling den Eindruck eines Geistesgestörten mache.

Bismarck weilte in Varzin, als die Nachricht vom zweiten Attentat eintraf. Tiedemann eilte mit den Telegrammen zum Fürsten, der gerade auf einem Spaziergang war und scherzend fragte, ob die Nachrichten so eilig seien, daß man sie sofort auf freiem Felde erledigen müsse. „Leider. Sie enthalten eine empörende Nachricht; es ist wieder auf den Kaiser

geschossen worden, und diesmal haben die Schüsse getroffen; der Kaiser ist schwer verwundet."

Mit einem Ruck blieb der Fürst stehen. Er stieß in heftiger Bewegung seinen Eichenstock vor sich in die Erde und sagte tiefatmend, wie wenn ein Geistesblitz ihn durchzuckte: „Dann lösen wir den Reichstag auf." (Nach einer anderen Version soll Bismarck gesagt haben: „Jetzt habe ich sie" — die Nationalliberalen.)

Dieser oft geschilderte Moment enthüllt den ganzen Bismarck — kein Sentiment, keine erste Frage nach dem Kaiser, kein offener Gefühlsausbruch, kein Wort der Erregung, des Bedauerns, der Teilnahme —, der Politiker, der ganz in der Welt der Wirklichkeit lebt, beginnt zu sprechen; der Stock, der in heftiger Bewegung ins Erdreich gestoßen wird, leitet jedes Gefühl ab — im Hirn bleibt nur Raum für das politische Kalkül: Was mache ich nun — Wir lösen auf — politische Aktion —.

Und schon wendet er sich dem Hause zu, beschließt die sofortige Abreise, erkundigt sich im Gehen nach den Einzelheiten der Tat — die interessieren ihn doch noch.

Bis tief in die Nacht hinein arbeitet er Briefe an die Ministerpräsidenten der Bundesstaaten aus, in denen er die Notwendigkeit der Reichstagsauflösung darlegt.

Am andern Morgen fahren sie nach Berlin. Das Land ist in Bewegung. Die Schüsse auf den alten Mann hatten weiteste Kreise ungeheuerlich erregt. Das war schließlich begreiflich. Aber wie Bismarck

diese Stimmung im Interesse seiner Politik nutzte, ja steigerte, die Bürger fanatisierte, ist ein anderes Kapitel.

Gerüchte sprachen von Minen unter dem Schloß. Auf den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl sollte geschossen sein. Ja, schon hieß es, in Berlin werde die Revolution ausbrechen. Die Panikstimmung war allgemein. Das Land fieberte. Die Bismarckpresse lärmte, raste. Die Parole: „Die Sozialdemokraten sind schuld", war ausgegeben, bevor Bismarck sie noch einmal gefordert hatte. Das ganze Land war von einer Psychose ergriffen. In solchen Augenblicken schlug Bismarcks große Stunde. Solche Stimmungen brauchte er, um seinen Willen durchzusetzen. Jetzt mußten die Liberalen jeden Widerstand aufgeben, wenn sie nicht ganz den Boden verlieren wollten.

Dabei betonte Bismarck selbst auf der Fahrt, er halte die Gerüchte für übertrieben, aber bei seiner Ankunft in Berlin ließ er sofort den Kriegsminister fragen, ob alle militärischen Vorbereitungen für den Fall eines Straßenkampfes getroffen seien. Die Anfrage erfolgte nicht nur, weil Bismarck mit ihrem Bekanntwerden rechnete, sondern weil er planmäßig auf die Straßenschlacht hinarbeitete.

Damals taucht zum erstenmal Caprivis Name auf, den man nach Berlin rufen werde, wenn es zum Kampfe käme — er sei soviel wert wie zehn Bataillone. Abends fragte Bismarck: „Caprivi? Ich hätte nicht gedacht, daß man ihn so hoch einschätzen würde."

Noch am selben Abend besuchte Bismarck für

einige Minuten den schwer getroffenen Kaiser, der mühsam zu lächeln versuchte und seiner Empörung Ausdruck gab, daß man mit Schrot auf ihn geschossen hätte. „Wenn es nur eine ehrliche Kugel gewesen wäre." Der Fürst teilte diese Empfindung. Den beiden waidgerechten Jägern schien das Attentat noch deshalb so besonders nichtswürdig, weil man auf den edlen Monarchen wie auf ein Stück niederen Wildes geschossen hatte — so erzählt Tiedemann.

Der Kronprinz übernahm die Regentschaft. Im Ministerrat schien Bismarck zuerst mit der Forderung auf Reichstagsauflösung nicht durchzudringen. Die Minister glaubten, der zur Zeit tagende Reichstag werde unter den neuen Verhältnissen für ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie zu haben sein. Aber Bismarck wollte diesen Reichstag nicht mehr, er konnte nicht mit ihm arbeiten und wollte einen neuen Reichstag in anderer Zusammensetzung, mit dem er nicht nur das Sozialistengesetz, sondern die ganze Steuer- und Zollpolitik machen konnte, er wollte die Stimmung nutzen, um sich die Mehrheit zu schaffen, die er brauchte. Die Nationalliberalen sollten geschlagen werden, ihnen galt der Wahlkampf. Um den Ministern die Auflösung notwendig erscheinen zu lassen, erklärte Bismarck, man könne dem alten Reichstag nicht zumuten, einen vollständigen Rückzug anzutreten, nachdem er eben erst ein Sozialistengesetz abgelehnt habe, das Ansehen des Reichstags selbst erfordere den Appell an die Wähler. Von dieser moralisierenden Argumentation, die nur ein Vorwand war, ließ sich der Kronprinz sofort bestechen.

Die Auflösung wurde beschlossen.

Der Wahlkampf wurde mit furchtbarer Erbitterung geführt, die bismarcksche Presse wandte sich mit nie erlebter Schärfe gegen die Liberalen. Bismarcks Worte wurden kolportiert, er wolle die Liberalen an die Wand drücken, bis sie quietschten. Über die Sozialdemokraten ging eine Flut von Schmähungen nieder. Keine Verleumdung, die vergessen worden wäre, kein Mittel, das verschmäht wurde, in die Partei wurden Provokateure geschickt, für die Korruption brachen herrliche Zeiten an. Tiedemann gibt in seinen Tagebüchern Berichte solcher Agenten wieder, die der Phantasie von Tollhäuslern entsprungen scheinen: Liebknecht, Marx, Engels seien von England gekauft. Dabei mußte selbst Tiedemann gestehen, daß er über Nobilings und Hödels Beziehungen zur Partei nichts in Erfahrung habe bringen können.

Blätter unter sozialistischer und anarchistischer Flagge wurden gegründet. Die Bleichröderpresse brachte nur, was Bismarck befohlen hatte.

Auch die liberale und fortschrittliche Presse wandte sich gegen die Sozialdemokratie, die Losung war allgemein: „Die Sozialdemokratie muß aus dem Reichstag hinaus. Kein Sozialdemokrat darf mehr gewählt werden." Eugen *Richter,* der Führer des linken bürgerlichen Flügels der Fortschrittspartei, gab die Parole aus: „Lieber konservativ als sozialdemokratisch."

Am 30. Juli 1878 fanden die Wahlen statt. Aber die Enttäuschung war groß: neun Sozialdemokraten

wurden gewählt, die Partei hatte nur drei Mandate und 56 000 Stimmen verloren. Die Nationalliberalen verloren 31 Mandate, die Fortschrittler 13. Die Konservativen hatten große Erfolge errungen, das Zentrum günstig abgeschnitten.

Bismarck hatte *seinen* Reichstag.

Das Reichsministerium des Innern erhielt den Auftrag, ein neues Gesetz gegen die Sozialdemokratie auszuarbeiten. Schon während dieser Vorarbeiten kam es zu Konflikten zwischen Bismarck und dem Minister Eulenburg, weil der Gesetzentwurf in der Provinzialkorrespondenz amtlich publiziert wurde, bevor er dem Bundesrat vorgelegt war. Denn mit dem Entwurf war Bismarck keineswegs zufrieden, immer noch schien er ihm zu milde: die Klausel, nur „arbeitslose Individuen" dürften ausgewiesen werden, fand er ungenügend, Beamte, die sich „an sozialistischer Politik beteiligten", müßten ohne Pension entlassen werden, denn „die Mehrzahl der schlecht bezahlten Subalternbeamten in Berlin, und dann der Bahnwärter, Weichensteller und ähnlicher Kategorien sind Sozialisten, eine Tatsache, deren Gefährlichkeit bei Aufständen und Truppentransporten einleuchtet." Staatsbürgern, die als Sozialisten gesetzlich festzustellen sind, soll das aktive und passive Wahlrecht geraubt werden. Ohne diese Bestimmungen werde das Gesetz praktisch dem Sozialismus keinen Schaden tun. Daß die Vorlage ohne die Verschärfung, die Bismarck verlangen müsse, bekanntgeworden sei, werde dem Gesetz sehr schaden, nun könne man es schlecht noch verschärfen. Die Forderungen

Bismarcks wurden sogar vom Innenminister Eulenburg achselzuckend aufgenommen, er könne nicht glauben, daß der Fürst ernstlich solche Absichten hege. Bismarck aber äußerte sich abfällig über Eulenburg: „Der Graf hat Nerven wie eine vornehme Dame, die ihrer Entbindung entgegensieht." Der Konflikt verschärfte sich derart, daß Eulenburg in einem Briefe an Bismarck schroff erklärte, er bitte dringend, ein ähnliches Verfahren nicht wiederkehren zu lassen, durch untergebene Beamte, wie Tiedemann, seine Maßnahmen zu rügen. Die Ursache für die Auseinandersetzung war in dem Versuch einer gemäßigten Richtung zu suchen, Bismarck zu entfernen und ein Kabinett Eulenburg zu konstituieren. Der Kronprinz selbst stand solchen Plänen nicht fern. Man glaubte auf andere Weise den Aufstieg der Partei verhindern zu können und scheute sich, zu jenen bismarckschen Mitteln zu greifen, die nur die Situation zu verschärfen schienen und die Partei stärkten. Argumente, die nicht einmal falsch waren. In diesem Augenblick scheute Bismarck vor keinem Schritt zurück, um den Eulenburg-Feind verächtlich zu machen. Die Krise wurde später beigelegt, aber der Haß Bismarcks gegen Eulenburg ist nie geschwunden.

Nach diesem Vorspiel hinter den Kulissen wurde der neue Reichstag am 9. September mit einer Thronrede eröffnet, in der es hieß, die Freveltaten seien unter dem Einfluß der Gesinnungen entstanden, die durch eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete

Agitation in weiten Kreisen erzeugt und genährt würden. Der neue Gesetzentwurf solle diesen „gemeingefährlichen Bestrebungen ein Ziel setzen“ und sie unschädlich machen.

Sofort trat man in die Beratung des Entwurfs ein, den der Bundesrat nur wenig geändert hatte. Am 17. September ergriff Bismarck in der ersten Lesung des Gesetzes das Wort; tags zuvor hatte Bebel gesprochen und sich gegen die Anklage gewehrt, die Sozialdemokratie wäre die Partei der Kaisermörder: „Man hat uns in einer Weise verfolgt, die an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert ... Man hat die Männer sozialdemokratischer Gesinnung aus Arbeit und Brot geworfen ... Man hat sie beschimpft und verleumdet, für ehr- und rechtlos erklärt. Man hat offenbar dies alles aufgeboten, um Unruhen zu provozieren. Man hätte sich in gewissen Kreisen zweifelsohne gefreut, wenn wir uns ... zu Gewaltschritten hätten verleiten lassen, um dann um so reichlicher und gewichtigeres Material gegen uns zum schärfsten Einschreiten zu besitzen.“ Bebel verlangt die Vorlage der Protokolle, die Bekanntgabe der Ergebnisse der Untersuchung, er kommt auf die zahllosen Majestätsbeleidigungsprozesse zu sprechen:

„Ich erkläre, daß die Zeiten der Attentate, der Majestätsbeleidigungen, der Gerichtsverhandlungen, der Verurteilungen, die sich an Majestätsbeleidigungen geknüpft haben, zu den traurigsten und beschämendsten Zeiten der neueren deutschen Geschichte gehören, daß die bezüglichen Vorkommnisse

und Verhandlungen in vieler Beziehung eine Schmach und Schande nicht bloß für das deutsche Volk, sondern auch für die deutschen Gerichte geworden sind." Er weist darauf hin, daß Bismarck vor sechzehn Jahren selbst Fühlung mit sozialistischen Kreisen gesucht habe, spricht von Bismarcks Beziehungen zu Lassalle, von den Versuchen durch Lothar Bucher Karl Marx zum Mitarbeiter am „Staatsanzeiger" zu gewinnen, nun treibe Bismarck der Ärger über die ergebnislosen Versuche, die Partei zu zersplittern, zu korrumpieren und für seine Politik zu gewinnen, ein Ausnahmegesetz zu erlassen. Bebel legt noch einmal die Ziele der Sozialdemokratie dar und meint, das Gesetz werde der Partei nur nützen, für sie werben, man werde die Polizei verzehnfachen müssen, das ganze öffentliche Leben würde vergiftet werden. Aber: „Die Regierungen mögen machen, was sie wollen, sie können uns doch nicht ernsthaft an den Kragen ... Wie immer die Entscheidung ausfällt, wir werden fortleben, und zwar fortleben, bis die Zustände, die heute unsere traurigen Verhältnise in Deutschland erzeugt haben, beseitigt sind. Glauben Sie nicht, daß Sie den Sozialismus mit Gewaltmitteln totmachen können ... Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die noch Ideale hat, und das verschafft ihr den ungeheuren Anhang, deshalb wird sie siegen."

Aber schon die Reden der Führer *aller* bürgerlichen Parteien an diesem Tage bewiesen, daß das Gesetz keinen ernsthaften Gegner außerhalb der Partei selbst hatte. Die Nationalliberalen fielen um;

Mehring sagt, sie „tanzten wie die Bären auf glühenden Platten und machten wunderliche Sprünge". Sie hatten im Wahlkampf eine Niederlage erlitten, ihr Einfluß auf die Regierung war im Schwinden, die neue Wirtschaftspolitik richtete sich gegen sie, aber die Angst vor dem Proletariat, die Furcht vor der Stimmung im Lande und vor der eigenen Courage trieben sie in Bismarcks Arme.

Bismarck versuchte sich am andern Tage wegen seiner Beziehungen zu Lassalle zu rechtfertigen, redete dem Hause vor, nicht *er*, sondern *Lassalle* habe den *ersten* Schritt der Annäherung getan, bestritt alle Beziehungen zu Sozialisten, alle Versuche, sie für sich zu gewinnen, leugnete sogar, daß er geheime Fonds zur Verfügung hätte und je Produktionsgenossenschaften hätte gründen wollen. Der einzige Punkt, in dem er recht hatte, waren die Ausführungen über den *Inhalt* der Unterredungen mit Lassalle, heute wissen wir, daß Lassalle für eine soziale Monarchie zu haben gewesen wäre, daß Lassalle von Bismarck verlangte, das allgemeine Wahlrecht zu oktroyieren. Damals hat man Bismarck nicht geglaubt, selbst der argwöhnische Bebel hielt Bismarcks Ausführungen für erlogen — aber diesmal hatte Bismarck nicht gelogen.

Bismarck erinnerte im Verlauf seiner Rede an Bebels Bekenntnis zur Kommune im ersten deutschen Reichstag, durch sie habe er erst die wahre Natur der Sozialdemokratie erkannt, seitdem sei er ihr ausgesprochener Feind. „Ja, meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer

Gesellschaft von Banditen existieren sollen, dann verliert jede Existenz ihren Wert.“ Wer solchen Meuchelmördern zum Opfer falle, möge eingedenk sein, daß er „zum Nutzen, zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibe“. —

Das war alles, was Bismarck zur Begründung des Gesetzes zu sagen hatte — nichts von den Ursachen der Entstehung und Vermehrung einer Partei, nicht der leiseste Wille, ihre Existenz zu begreifen — keine Spur von Verständnis für die sozialen Verhältnisse, nichts von sozialer Auffassung, keine Einsicht in die Situation, in die er geraten war, indem er durch eine Demagogie ohnegleichen sich gar nicht auf die Darlegung der Ziele der Partei einließ. Was wußte er von den Auseinandersetzungen zwischen den Klassen, wie wenig hatte er begriffen, daß es außerhalb der Ämter noch eine Welt gäbe. Man findet nirgends in den Reden und privaten Äußerungen Bismarcks, daß er sich bemühte, auch nur die Existenz der Arbeiterbewegung zu begreifen. Das waren eben Untertanen, die zu gehorchen hatten; Gott hatte es so gefügt, daß sie für andere arbeiten mußten, ihre eigene Dummheit war schuld, wenn sie nicht vorwärtskamen, ihre Unbildung, ihre Unwissenheit, ihr schlechtes Benehmen, ihre entsetzlichen Wohnungen, ihre Moral, ihr ewiges Kindermachen und Kinderkriegen, ihr Schnapstrinken — alles ihre eigene Schuld. Wer im Besitz war, war im Recht. Das hatte Gott so gefügt, daran war nicht zu rütteln, Gott und der König, das Gesetz und die Autorität des Staates — das waren konstante Be-

griffe, unverrückbar, unantastbar. Außer ihnen wirkten keine Kräfte. Man kann Bismarcks Vorstellungen vom Proletariat nicht niedrig genug einschätzen, sie unterschieden sich in nichts von der Auffassung der Vertreter seiner Klasse, aber seine Aussprüche, so banal, so dumm sie waren, wurden für so heilig angesehen, wie die Weisheiten eines Orakels. Bismarck hat den Jargon geschaffen, in dem jahrzehntelang weiteste Kreise des Bürgertums sich über die Sozialdemokratie und den Sozialismus äußerten und noch heute zu äußern pflegen, wenn auf den Kommunismus die Rede kommt. Die besondere Autorität, die jede noch so törichte Äußerung Bismarcks genoß, verlieh diesen Worten eine weittragende Wirkung. Was Bismarck über die Franzosen wie über die Sozialdemokraten äußerte, ist tatsächlich Nationaleigentum geworden. Niemand hat so sehr zur Verhetzung der Klassen beigetragen wie er. Wenn ein Sozialist noch kurz vor dem Kriege ein geächteter Mensch war, in einer Reihe mit Kriminalverbrechern rangierte, war es auf Bismarcks Reden zurückzuführen. In Bürgerfamilien um 1900 herum war die Furcht vor einem Sozialdemokraten größer als vor einem Verbrecher.

Diese Panikstimmung hatte Bismarck in jahrzehntelangen Hetzreden erzeugt und es tatsächlich dahin gebracht, durch die moralische Ächtung einen Kordon um die Sozialdemokratie zu ziehen. Ein Sozialdemokrat stand außerhalb der menschlichen Gesellschaft, ihm gegenüber war jedes Mittel, jede Tat erlaubt. Niemand hat den Klassenkampf so ver-

schärft wie Bismarck, niemand hat alle Begriffe von Ethos und Menschenwürde so mißachtet wie Bismarck. Aber kein einziger Vertreter bürgerlicher Parteien ist damals Bismarck entgegengetreten, erst recht nicht, als Bismarck in der Sitzung vom 9. Oktober zu einem großen Block gegen die Sozialdemokraten aufforderte und von einer festen Phalanx sprach, die allen Stürmen, denen das Reich ausgesetzt sei, wirksamen Widerstand entgegensetzen solle. Als er die Sozialdemokraten als Reichsfeinde abstempelte, hatte er auch den ganzen linken bürgerlichen Flügel für sich gewonnen. Das Reich — das er der Bourgeoisie geschenkt hatte — war in Gefahr. Das war ein Gipfel der Demagogie. Denn kein Bürger wagte noch ein Wort für jemanden einzulegen, der als Reichsfeind hingestellt war. Unter „Reichsfeind" verstand Bismarck nicht etwa den Menschen, der aus Weltanschauungsgründen und aus politischer Überzeugung die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage anfocht, ein Reichsfeind war für Bismarck im wörtlichen Sinne der bezahlte Agent eines ausländischen kapitalistischen Staates.

Gerade in jener Zeit fabrizierte Tiedemann Dokumente, die beweisen sollten, daß Marx und Engels wie die Sozialdemokratie überhaupt im Sold der englischen Regierung ständen. Wenn Bismarck von Reichsfeinden sprach, meinte er käufliche, gesinnungslose Spitzbuben. Aber selbst dieser Vorwurf der Reichsfeindschaft in der Auffassung Bismarcks hat schreckliche Früchte getragen, nicht zuletzt in den Reihen der Sozialdemokratie selbst. Der Umfall im

August 1914 erklärt sich zum Teil aus diesen Gründen. Der Reichsfeind war nicht der Gegner des Klassenstaates, sondern eine bezahlte Kreatur schlechthin. Immer warf Bismarck verwirrende Schlagworte in die Debatte, um die Gegner zu verblüffen und einzuschüchtern. Als er zum ersten Male im Vereinigten Landtag auftrat, hatte er mit dem Wort „Nation" operiert, um die Gegner zu verwirren, jetzt berief er sich auf *sein* „Reich" und erzeugte neue Verwirung. Wer gab sich die Mühe außer der Sozialdemokratie, diese Begriffe zu untersuchen, die Zusammenhänge zu erklären?

Am 18. Oktober hatte Wilhelm Liebknecht noch einmal ausgerufen: „Das Gesetz gegen die Sozialdemokratie ächtet die Freiheit, durchbricht alle Verfassungsrechte. Die Verantwortlichkeit dafür falle auf diejenigen, welche es bringen! Der Tag wird kommen, wo das deutsche Volk Rechenschaft fordern wird für dieses Attentat an seiner Wohlfahrt, an seiner Freiheit, an seiner Ehre!" Und der Sozialdemokrat Bracke rief aus: „Meine Herren, ich will Ihnen etwas sagen, wir pfeifen auf das ganze Gesetz!"

Am nächsten Tage wurde das Gesetz angenommen — mit einer Mehrheit von 72 Stimmen. Die Nationalliberalen hatten für das Gesetz gestimmt. Daß das Zentrum und die Fortschrittspartei gegen das Gesetz stimmten, war eine Geste vor ihren Arbeiterwählern, nachdem sie wußten, daß die Nationalliberalen ihre Stimmen dem Gesetz geben würden. Noch in letzter Stunde war ein von Bis-

marck bestellter Brief Wilhelms aus Baden-Baden eingetroffen, in dem der Kaiser dringend bat, in den strittigen Punkten den Beschlüssen des Reichstags nicht nachzugeben. Der Brief war für die Nationalliberalen bestimmt, wurde ihnen mitgeteilt, und verfehlte seine Wirkung nicht — gegen den Kaiser selbst wagte kein Nationalliberaler in Front zu treten. Sie ließen ihre letzten Bedenken fallen, als Bismarck ihnen zu verstehen gab, er werde ihnen in der neuen Wirtschaftspolitik Konzessionen machen.

Das Gesetz trat am 21. Oktober in Kraft.

Am 23. Oktober verließ Bismarck in Begleitung Tiedemanns Berlin. Hinter Neustadt an der Dosse verspürte er Appetit: „Aus einem riesigen Freßkober förderte sein Diener allerlei sehr delikate Sachen zutage: einen halben Hasen, zwei gebratene Rebhühner, eine Rehkeule, verschiedene Wurst usw. Außerdem marschierten Bier, Portwein, Rotwein, Nordhäuser und Kognak auf. Da ich zu Hause schon gehörig gefrühstückt hatte, beschränkte ich mich anfänglich aufs Biertrinken; der Fürst meinte aber ganz richtig, es werde sich bei mir schon Futterneid einstellen, wenn ich ihn essen sähe. So kam es denn auch... Als wir in die nächste Station einfuhren, blickte der Fürst sich mißtrauisch um und stellte dann von den sieben oder acht Flaschen, die sich auf dem Tisch angesammelt hatten, vorsichtig alle bis auf zwei unter den Tisch. Er meinte, es könne ihm in der öffentlichen Meinung doch schaden, wenn erzählt werde, der Fürst und sein Geheimrat

reisten im Lande umher zwischen einer Batterie Wein-, Bier- und Schnapsflaschen... Später wurden die Rouleaux heruntergelassen und die Lampen angezündet; dann kamen Pfeife und Zigarren. Der Fürst fühlte sich sehr behaglich; er war heiter und gemütlich wie selten, und die Unterhaltung brach nicht ab, bis wir in Friedrichsruhe anlangten."

Ein Verfolgungsfeldzug ohnegleichen in der Geschichte begann. Bald existierten keine Parteiblätter mehr, sämtliche Vereine und Verbindungen wurden aufgelöst, Zeitschriften verboten, Versammlungen unmöglich gemacht. Die Gründung von Deckzeitungen mißlang in den ersten Jahren. Die Gewerkschaften wurden aufgelöst, die Kassen beschlagnahmt. Tausende von Arbeitern, Angestellten, Redakteuren wurden brotlos. Im November wurde über Berlin der kleine Belagerungszustand verhängt. 67 Parteimitglieder wurden ausgewiesen, meist Familienväter, die kleine Geschäfte hatten. Später wurde über Hamburg und Leipzig der Belagerungszustand verhängt. Die Haussuchungen nahmen kein Ende. Wer verdächtig war, wurde von Ort zu Ort gehetzt, die Familien wurden schikaniert, ihre Geschäfte ruiniert. Spitzel und Provokateure fanden lohnende Beschäftigung, die korruptesten Elemente wurden auf die tapferen Klassenkämpfer losgelassen.

Nach Eulenburgs Rückritt erschien der pommersche Junker Puttkamer, dessen Name für alle Zeiten mit den Verfolgungen verbunden bleibt. Er war das gefügigste Werkzeug, das Bismarck je gefunden hat.

Unter seiner Ministerherrlichkeit wurde der Kampf aufs Äußerste gesteigert; es kam durch infamste Provokationsmethoden zu Hochverratsprozessen, die groß aufgezogen wurden und mit Verhängung schwerster Freiheitsstrafen endeten. Die anarchistische Bewegung, die in den achtziger Jahren Boden gewann, forderte die Regierung zu neuen Gesetzen heraus, die sich in ihrer Wirkung gegen die Sozialdemokratie richteten. Dem Sprengstoff- und Ächtungsgesetz fielen viele Arbeiter unschuldig zum Opfer. Als nach zwölf langen Jahren erbittertsten Kampfes die Bilanz gezogen werden konnte, erwies sich, daß über 1300 Zeitungen, Zeitschriften und Bücher verboten, über 332 Arbeiterorganisationen aufgelöst waren. 900 Ausweisungen waren erfolgt, über 1500 Personen zu mehr als 1000 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Wieviel seelisches Leid war von den Schergen der Puttkamer, Madai, Bismarck angerichtet, wie viele Existenzen waren zerstört. Aber als kurz vor Bismarcks Verabschiedung der Reichstag noch unterm Sozialistengesetz gewählt wurde, erhielt die Sozialdemokratie 1 427 298 Stimmen. In den ersten Zeiten des Gesetzes wurde die Partei tatsächlich empfindlich getroffen, aber in langer, mühsamer Arbeit sammelte sie ihre zersprengten Reihen; schon die nächsten Wahlen brachten zwar Stimmenverluste, aber keineswegs die Niederlage oder gar den Zusammenbruch, wie Bismarck erhofft und erstrebt hatte.

Vom Ausland wurde die Propaganda geleitet, 1880 hielt die Partei ihren ersten Parteitag in

Wyden ab und beschloß, mit *allen* Mitteln für ihre Ziele zu kämpfen. Illegale Literatur wurde oft auf abenteuerliche Weise nach Deutschland gebracht. Allmählich gelang es wieder, Deckzeitungen und sogar Deckvereine zu gründen. Schon nach wenigen Jahren stand trotz wiederholter Verlängerung des Gesetzes fest, daß die Arbeiterbewegung nicht zu überwinden war. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Geschichte der Partei unterm Sozialistengesetz zu schreiben, so wenig wir im Rahmen unserer Schilderung auf eine Kritik der Politik der Partei eingehen können, aber die Zeit des Sozialistengesetzes ist die heroische Ära der deutschen Arbeiterbewegung vor dem imperialistischen Kriege gewesen.

Im November 1878 wurde die Denkschrift für die Zolltarifrevision von Tiedemann in Friedrichsruh ausgearbeitet, am Heiligen Abend beschwor Bleichröder in einem Briefe Bismarck zur Schutzpolitik überzugehen, Silvester erhielt der Fürst ein Schreiben der Handelskammer Bochum, in dem hundert Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie Bismarck ihren Dank für das neue Wirtschaftsprogramm aussprachen und „von dessen baldigster Verwirklichung endlich eine durchgreifende Abhilfe des dem Deutschen Reiche Verarmung und Niedergang drohenden Notstandes" erwarteten. Im Januar schrieb Bleichröders Freund und Komplice, der Graf Henckel-Donnersmarck, daß bei dem um fast das Sechsfache gestiegenen amerikanischen Export an Getreide, Mehl und Fleisch

für die deutsche Landwirtschaft ein Getreide-, Mehl- und Fleischzoll, außer dem Viehzoll, eine unbedingte Notwendigkeit sei, wenn man sie nicht denselben Gefahren aussetzen wolle wie die Industrie.

Das Bündnis zwischen Junkern und Schwerindustriellen war geschlossen.

Im Verlaufe des Jahres 1879 gelingt es Bismarck mit Hilfe der Konservativen, des Zentrums und eines Teils der Nationalliberalen die Zölle im Reichstag durchzubringen; ihre Durchführung bedeutete 130 Millionen Mark neue Steuern, eine enorme Steigerung aller Preise. Die Zölle auf Nahrungs- und Genußmittel, auf Rohstoffe (Holz, Garne, Roheisen, Eisenfabrikate), endlich auf Tabak wurden bedeutend erhöht.

Die Zustimmung des Zentrums war durch die endgültige Liquidierung des Kulturkampfes erkauft.

Im nächsten Jahre wird zugleich mit der Erneuerung des Sozialistengesetzes der *Militäretat* erhöht, die Armee selbst wird um 25 615 Mann verstärkt. Die Wirtschaftspolitik verläuft im nächsten Jahrzehnt in denselben Bahnen, die 1879 beschritten waren. Gegen Ende seiner Herrschaft wird sie die Krise erleben, die sein Ausscheiden aus dem Amte mitverschuldet hatte.

Als diese neue Wirtschaftspolitik sich bald als ein Fiasko herausstellt, weder die ausländische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, noch neue Absatzgebiete zu erobern vermochte, die Lage der arbeitenden Klasse sich aber ständig verschlechterte und die Reichstagswahlen nicht den Zusammenbruch der

Sozialdemokraten brachten, versuchte Bismarck es mit Zuckerbrot. Im Jahre 1881 begann er plötzlich mit Sozialreformen, schob Wilhelm als greisen Friedensfürsten vor, ließ unter seinem Namen eine Botschaft veröffentlichen, in der es hieß, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Man kam mit einem Unfallversicherungs-, Krankenkassen- und Invaliditätsgesetz heraus, die für die Besitzenden sehr beqeum waren, da die Arbeiter und Angestellten die Lasten tragen sollten. Dieselbe kaiserliche Botschaft aber kündete die weitere Durchführung der Steuerreform an, die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern (Tabaksmonopol und Erhöhung der Getränkesteuer).

Die Sozialdemokraten verhielten sich bei der Beratung im Reichstag anfangs nicht ablehnend gegen die sozialen Reformversuche, die man sofort für Ablenkungsmanöver erklärte, aber alle Besserungsvorschläge wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, die Gesetze eindeutig zugunsten der Unternehmer formuliert — die Opposition der Partei war gegeben.

In derselben Zeit versuchte es Bismarck mit einer milderen Praxis des Sozialistengesetzes, aber die Haltung der Reichstagsfraktion, die unheimliche unterirdische, überall spürbare Tätigkeit, die Verschärfung der Klassengegensätze, die Erfolge der

Sozialdemokraten bei neuen Wahlen, das Eindringen von Sozialdemokraten in die Stadtparlamente nötigten Bismarck nicht nur bald das Steuer wieder umzuwerfen, sondern auch weitere Erhöhungen der Zölle auf Drängen der Agrarier und Industriellen durchzuführen. Das Tabaksmonopol wurde abgelehnt, aber im Jahre 1885 wurden die Getreidezölle verdreifacht, die Holzzölle verdoppelt, die Vieh- und Branntweinzölle erhöht. 1887 erfolgte eine Vermehrung der Friedensstärke der Armee um 40 000 Mann. Die Flotte wird infolge der Kolonialpolitik ausgebaut. Der Militäretat verschlingt innerhalb von zehn Jahren 5½ Milliarden Mark. Die Arbeiterschutzgesetzgebung aber blieb in bescheidenen Anfängen stecken, nicht einmal die großen Versprechungen der kaiserlichen Botschaft wurden erfüllt, Bismarck aber rief im März 1885 aus, als seine Wirtschaftspolitik angegriffen worden war, er sähe seine Aufgabe in der Züchtung von Millionären, die Bleichröder und Hansemann (Chef der Discontogesellschaft) hätten Anspruch auf Schutz für ihren Reichtum: „Ich wollte, wir könnten sofort ein paar hundert Millionen mehr im Lande schaffen!"

Da taucht noch einmal die Erinnerung an den dritten Napoleon auf, der sein Leben lang nichts anderes im Sinne gehabt hatte, als dem Finanzkapital freie Bahn zu lassen, um sich zu bereichern. Mehring erinnert an das Wort Guizots, des Ministers Louis Philipps, der in einer der ärgsten Korruptionsären aller Zeiten den Finanziers zurief: „Bereichert Euch!"

FAFNER IM BUSCH

Unberührt blieb in allen Kämpfen immer nur die *Armee*, das Machtinstrument der Junkerkaste und ihres Königs. In den Konfliktsjahren war die Reservatstellung der Armee das Kampfobjekt gewesen, um das die Krone mit der liberalen Bourgeoisie focht. Die Armee hatte drei Kriege geführt. Die Ironie der Geschichte aber sollte es fügen, daß der Diplomat Bismarck in Konflikte mit den Militärs geraten mußte. Der Konflikt zwischen Krone und Parlament um die Armee schien zeitweilig abgelöst zu werden durch den Konflikt zwischen Armee und Bismarck. Latent haben diese Spannungen immer bestanden. 1866 hatte Bismarck zuletzt noch die Generale überzeugen können, daß man mit einer durch die Cholera erschöpften Armee nicht einen Zwei- oder gar Dreifrontenkrieg führen könnte; die Entscheidung über Deutschlands Eroberung durch Preußen mußte vertagt werden. 1871 gehorchte Bismarck den Militärs, trotz aller Konflikte, die in Versailles fast in offene Feindschaft ausarteten. Der Frankfurter Friede ist ein Diktatfriede der Generale gewesen. Noch größer als der Erfolg der Bismarckschen Diplomatie schien fast der Sieg der Armee. Die Armee hatte die Schlachten geschlagen, und nur eine einzige Schlappe im Verlaufe des sechs-

monatigen Krieges erlitten. Wer an die Armee rührte, erhob sich gegen Kaiser und Reich selbst. Im Heerlager war der Kaiser von Fürsten gewählt worden, im Heerlager hatten ihn Fürsten und Generale proklamiert — das Zivil war nur durch einen Oberspitzel vertreten. Wilhelm hätte gern den Titel „Herzog der Deutschen" akzeptiert, den man ihm aus Rücksicht auf die Fürsten versagen mußte. So war eine Militärmonarchie mitten in Europa entstanden, die gewaltige Reserven zur Verfügung hatte, die den Machtapparat des Staates repräsentierte, dessen Bevölkerungszahl unaufhörlich anschwoll, dessen wirtschaftliche Macht sich ausbreitete und bald den Konkurrenzkampf mit England auf industriellem Gebiete, mit Rußland auf agrarischem Gebiete aufnahm.

Der Konflikt zwischen Bismarck und der Armee wurde nicht ausgetragen, konnte nicht ausgetragen werden, weil Bismarck selbst jeder Auseinandersetzung aus dem Wege ging, denn die Armee war immer noch das Schicksal dieses halb feudalen, scheinkonstitutionellen Staates, in dem die Krone mit allen Machtbefugnissen ausgestattet war. Die Armee über allen Parteien — das geboten die Lebensinteressen der herrschenden Klasse. Deshalb nur ein Scheinparlamentarismus, deshalb das Kompromiß mit den süddeutschen Fürsten, indem man ihnen als vornehmstes Reservatrecht die Befehlsgewalt (im Frieden!) über die Armee zugestand. Auf den Herrscher allein wurde die Armee vereidigt, die Offiziere wurden vom Kaiser ernannt, das Wahl-

recht war Soldaten wie Offizieren versagt, vorbehalten blieben dem Adel alle wichtigsten Posten. Der Militäretat wurde für sieben Jahre vom Parlament angefordert; die ersten, wirklich ernsten Konflikte entspannen sich, als der Reichstag den Militäretat nur für drei Jahre bewilligen wollte. Wenn die bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten bereiteten, schreckte Bismarck nicht einmal zurück, sie durch Freundschaftsbeteuerungen für das Proletariat einzuschüchtern, das aber unversöhnlich blieb und in geschlossener Front Bismarck gegenübertrat. Entscheidend war eben, daß es Bismarck *nicht* gelang, das Proletariat zum Mittel seiner Politik zu machen; hier verfingen seine Künste nie. Das Spiel der sechziger Jahre, die Gegner zu spalten, zu locken, zu erschüttern, gelang in den achtziger Jahren nicht mehr, deshalb gerade war Bismarck gezwungen, großkapitalistische Politik zu machen, schließlich sogar widerwillig Kolonialpolitik zu treiben, mit dem Block der Konservativen und des Zentrums zu regieren. Es gab keine andere Möglichkeit mehr, wenn er an diesem einen Programmpunkt vom Jahre 1862 festhalten wollte: Selbständigkeit der Armee, Erhaltung dieses Staates im Staate.

Dabei war die Armee, dieser ungeheure Machtfaktor, der wie Fafner im Busch lag, für Bismarcks Politik die größte Gefahr. Der latente Konflikt zwischen Bismarck und den Militärs hat nie aufgehört zu existieren. Aus der Armee sind die schärfsten Angriffe gegen ihn erfolgt, die um so gefährlicher

waren, als sie im Dunkeln erfolgten, und keine Möglichkeit gegeben war, sie zu parieren. Solange der alte Wilhelm lebte, wagten die Generale keinen entscheidenden Schlag gegen Bismarck. Dieser alte Mann, mit der Armee seit 1814 eng verbunden, im Heerlager zum Kaiser proklamiert, schien immer noch eine Gewähr zu bieten, daß die Armee ihre Reservatrechte behaupten würde. Wieder wollte es die Ironie der Geschichte, daß Bismarck selbst nie daran gedacht hat, auch nur einen Schritt gegen das Heer zu unternehmen. Sein Klassenbewußtsein verbot ihm den bloßen Gedanken, der Armee Rechte zu nehmen. Immer war für ihn die Armee die stärkste Reserve — nicht nur außenpolitisch, sondern erst recht innenpolitisch. Im Jahre 1878 war er doch fest entschlossen, die Soldaten in den offenen Kampf gegen das Proletariat zu führen. Als die Zeit seiner Verabschiedung gekommen war, trat die paradoxe Situation ein, daß militärische Kreise seine Entfernung forderten, ein General sein Hauptgegner war, ein anderer General sein Nachfolger wurde, während er selbst an einen Staatsstreich und an einen Einsatz der Armee für den anscheinend unvermeidlichen Bürgerkrieg dachte.

DER FALL ARNIM

Bismarck konnte nicht die Machtpolitik fortführen, die er selbst propagiert hatte. Die Armee wollte nicht, daß 1871 ein Abschluß gewesen sein sollte, sie erkannte wieder einmal nicht die tatsächlichen Machtverhältnisse, die unglückliche Lage des Reiches inmitten Europas — und wenn sie diese Lage erkannte, forderte sie neue Kriege um der Sicherungen willen. In den ersten Jahren nach dem Frankfurter Frieden war Bismarck selbst ganz in diesen Vorstellungen gefangen. Mit dem Frankfurter Gewaltfrieden war die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung für immer verschüttet. Es kam Bismarck deshalb auf eine Schwächung Frankreichs an, indem er die bürgerliche Republik anerkannt erhalten wissen wollte, weil sie den Angriffen des Proletariats, der Royalisten und Bonapartisten ausgesetzt war und keine aggressive Politik treiben konnte. Ein republikanisches Frankreich schien keine ernste Gefahr für Deutschland werden zu können. Bismarck kam zu diesem Schluß, weil er es für unmöglich hielt, daß der Parlamentarismus einen starken Staat zu schaffen vermöchte; wieder einmal entging ihm, daß es gar nicht auf die Form, sondern auf die Stärke der herrschenden Klasse an-

kommt, für die die Staatsform nur ein Ausdrucksmittel ihrer Macht ist.

Bismarck fürchtete die konservativ-klerikalen Kräfte Frankreichs, die notwendig den Revanchekrieg führen mußten, um die Macht behaupten zu können. Da schloß er falsch — aus eigenen Erfahrungen, wieder ließ er sich vom eigenen Klassenbewußtsein verleiten, eine Klasse für stark zu halten, bloß weil sie ein Programm vertrat, ohne daß er nach den wirklichen Kräften fragte, die durch diese Klasse repräsentiert würden. Weil die Bourgeoisie im eigenen Lande politisch jeden Ehrgeiz geopfert hatte, weil er selbst sie leicht geschlagen hatte, glaubte er, dieselbe Klasse würde sich in einem anderen Lande genau so verhalten. Aber weder gab es in Frankreich einen Bismarck noch eine solche Militärmacht, wie es die preußische war, weder gab es ein solches Junkertum, noch ein solches Mißgebilde von Bundesstaaten, halbsouveränen Fürsten — sondern *eine* Bourgeoisie, die ihren Todfeind, das Proletariat, in einem grauenhaften Aufstand niedergeworfen und freie Bahn hatte.

Bismarck hat es immer abgelehnt, eine Annäherung an Frankreich zu suchen; er, der außenpolitisch fast nie Prinzipien anerkannte, machte die ewige Feindschaft zwischen Reich und Frankreich zum Dogma seiner Außenpolitik. Immer erschien es ihm gefährlich, Frankreich zu versöhnen, Schuld war nicht nur die elsaß-lothringische Frage, sondern vor allem die republikanische Staatsform, die unum-

schränkte politische Herrschaft der Bourgeoisie. Die bürgerliche Republik bedrohte alle letzten Privilegien der feudalen Klasse; von der bürgerlichen Republik führte der Weg stracks zur proletarischen Diktatur. Daß die Bourgeoisie sich mit allen Mitteln gegen das Proletariat wehren würde, hat Bismarck nie geglaubt. *Die* Erfahrung, glaubte er, nicht nur in Preußen, sondern vor allem eben erst im Kommuneaufstand gemacht zu haben; sich selbst maß er den Ruhm zu, durch Ratschläge, Druck und Bereitstellung von Kriegsgefangenen der Kommune das Ende bereitet zu haben. Nicht Thiers, nicht Favre hatten die Kommune besiegt, sondern Mac Mahon, Gallifet, die Generale und Offiziere, die er — Bismarck — nach Versailles entsandt hatte, um mit diesen „Banditen" in Paris aufzuräumen. Er — Bismarck war der Besieger der Kommune.

Es ist unzweifelhaft, daß er in gewissen Zeiten entschlossen war, einen neuen Krieg gegen Frankreich zu führen und ihm den Todesstoß zu versetzen; in Gesprächen äußerte er zuweilen phantastische Ideen: Burgund, das ganze Lothringen müßte wieder deutsch werden. Er dachte an eine Germanisierung Ostfrankreichs. Dem französischen Botschafter gegenüber führte er eine schroffe, herausfordernde, unversöhnliche Sprache. Seine Drohungen nahmen kein Ende. Er war enttäuscht, als Frankreich so rasch zahlte und 1873 geräumt werden mußte. Fortan dachte er nur daran, Frankreich zu isolieren, führte eine demütigende, beleidigende Sprache, um Frankreich seine Schwäche fühlen zu lassen, es vor

aller Welt verächtlich zu machen. Als sein Vertreter in Paris, der Graf *Arnim*, mit klerikalen und royalistischen Kreisen Fühlung suchte und über Bismarck hinweg an Wilhelm Berichte sandte, ließ Bismarck kein Mittel unversucht, um Arnim unmöglich zu machen; als Arnim sich gegen Bismarcks Kirchenpolitik wandte, ihren Erfolg bezweifelte und zugleich Gerüchte über eine bevorstehende Kanzlerschaft Arnims umliefen, ließ Bismarck den Grafen, mit dem er einst gut befreundet gewesen war, zunächst durch Holstein bespitzeln.

Weilt der Graf in Berlin, wird er nicht von Bismarck empfangen, dafür erscheint er wiederholt in Audienz beim Kaiser, unterhält Beziehungen zur Kaiserin, in der Bismarck eine erbitterte Feindin seiner Kirchenpolitik sieht. Im Dezember 1872 denunziert Bismarck den Grafen in einem Briefe an Wilhelm, und ersucht ihn, den Berichten Arnims nicht das Gewicht beilegen zu wollen, welches objektive und gewissenhafte Darstellungen zu beanspruchen haben. Von Paris aus bekämpft Arnim wieder in Berichten an Wilhelm die Bismarcksche Politik, redet den monarchistischen Bestrebungen das Wort, während Bismarck für die französische Republik ist, weil die großen Monarchien jede Bundesgenossenschaft mit ihr ablehnen würden und Frankreich infolgedessen isoliert wäre. Im April 1873 dringt Arnim auf eine Untersuchung, weil Bismarck Verhandlungen, die er selbst in Paris geführt habe, nach Berlin verlegt hätte; unter seiner Führung wäre ein besseres Resultat zustande gekommen, darauf holt

Bismarck zum Schlage aus und beschuldigt in einem Briefe an den Kaiser, sein Botschafter ordne seine geschäftliche Tätigkeit seinen persönlichen Interessen unter. Und weil es für eine solche Beschuldigung nicht den Schatten eines Beweises gab, bemerkt Bismarck, er, und zwar nicht er allein, habe den *Verdacht*, daß der Graf dergleichen tue. „Beweisen läßt sich dergleichen nicht, aber es ist schwer, mit einem solchen Verdacht im Herzen für die Art verantwortlich zu sein, wie dieser hohe Beamte seine Instruktionen ausführt." Auf diese Insinuation reagiert Wilhelm nicht. Der Graf bleibt in Paris.

Als im Mai 1873 Thiers gestürzt wird und Mac Mahon ans Ruder gelangt, die Gefahr einer Restauration, einer Rückkehr der Monarchie unter klerikalem Einfluß nahe ist, behauptet Bismarck, der Graf sei am Sturz Thiers und an der Wahl des Marschalls beteiligt; die Bismarcksche Presse bringt die Beschuldigungen in die Öffentlichkeit, Arnim verlangt Berichtigung oder Abberufung. Bismarck antwortet ausweichend, sinnt auf neue Manöver und Fallen. Arnim reist nach Berlin, wird vom Kaiser empfangen und ... getröstet. Der alte Mann erklärt: „Es handelt sich überhaupt um nichts, als um die Rancune des Fürsten Bismarck; Rancune ist dessen vorherrschender Charakterzug, und es ist traurig, bei einem Mann, dem man so viel verdankt, dies konstatieren zu müssen."

Der Kaiser, der noch immer Arnim wohl will, schickt ihn zu Bismarck. Arnim befolgt den Rat, wird empfangen und wünscht eine offene Aus-

sprache, bittet ihn, den Grund der Verfolgungen zu sagen. Da bricht Bismarck los: „Sie konspirieren mit der Kaiserin, und Sie ruhen nicht eher, bis *Sie* hier am Tische sitzen, wo *ich* sitze und gesehen haben werden, daß es auch nichts ist... Sie haben mich bei dem Kaiser verklagt, Sie haben Beziehungen zum Hof, welche mich schon früher verhindert haben, Sie hierher zu berufen."

Weinend verläßt hoffnungslos und tief erschüttert über das grundlose Mißtrauen des Diktators der Graf den Fürsten. In seinen Erinnerungen macht sich Bismarck über die Abschiedstränen lustig... Er hatte den Besuch Arnims für ein Täuschungsmanöver gehalten, wovon keine Rede sein konnte.

Der Graf kehrt nach Paris auf seinen Posten zurück, Bismarck quält ihn von neuem, man begreift nicht, weshalb Arnim es aushielt — offenbar hat er im Vertrauen auf Wilhelm sich stark gefühlt, endlich gelingt Bismarck die Versetzung Arnims nach Konstantinopel. Arnim ist einverstanden, aber da erscheinen Artikel zu seiner Rechtfertigung in der Presse und attackieren Bismarcks Politik. Zweifelhaft, ob Arnim diese Artikel geschrieben oder inspiriert hat. Er hat es immer bestritten. Jetzt geht Bismarck aufs ganze, beschuldigt Arnim der Urheberschaft der Artikel und droht mit einem Disziplinarverfahren; als aber Arnim eine Untersuchung verlangt, stellt Bismarck die Kabinettsfrage, versendet an alle diplomatischen Vertreter Deutschlands ein Schreiben, in dem Arnim als „gefährliches Indivi-

duum“ bezeichnet wird. Sollte am Ende Bismarck diese Artikel selbst lanciert haben? Nun begeht Arnim einen Fehler: er behält Akten aus dem Botschaftsarchiv in Paris für sich, behauptet, sie seien sein Eigentum; jetzt kann Bismarck ihm den Prozeß machen, jetzt ist der Graf für einen Kriminalprozeß reif. Man stellt ihn wegen „Beiseiteschaffung von Akten“ unter Anklage und verurteilt ihn zu neun Monaten Gefängnis.

Arnim floh ins Ausland und veröffentlichte Broschüren, in denen er Bismarcks Politik scharf angriff. Er wurde wegen Landesverrats angeklagt und in Abwesenheit zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Als er später vom Reichsgericht freies Geleit erhalten hatte, um die Wiederaufnahme seines Prozesses zu betreiben, starb er kurz vor der Rückkehr nach Deutschland — ein gebrochener, geächteter Mensch, der sich mit der Schuld beladen hatte, nicht nur Fähigkeiten zu beweisen, sondern eine andere Politik als die Bismarcks machen zu wollen. Er war von Wilhelm gern gesehen, man bezeichnete ihn als Bismarcks Nachfolger — Grund für Bismarck, ihn zu stürzen und moralisch zu vernichten. Wieder beobachtet man, wie Bismarck dem Gegner Fallen stellt, vor keiner Infamie, vor keine Konsequenz zurückschreckt und einen Gegner in Not und Schande, selbst in den Tod treibt.

Die Arnim-Episode ist von unheilvoller Wirkung gewesen, fortan hat niemand es mehr gewagt, die Aufträge und Richtlinien des Chefs anzuzweifeln, Bedenken zu äußern oder gar beim Kaiser vorstellig

zu werden. Mit dem Fall Arnim hatte Bismarck ein abschreckendes Exempel statuiert. In den Ämtern Bismarcks gab es fortan entweder Kreaturen oder Intriganten. Wenn wenige Tage nach Bismarcks Entlassung sich nicht ein Mann im Auswärtigen Amt fand, der fähig war, seine Politik nicht nur fortzusetzen, sondern auch neue gangbare Wege zu gehen, war es die Folge des Bismarckschen Systems.

DER ALPDRUCK DER KOALITIONEN

Als der Kulturkampf am heftigsten tobte, französische Bischöfe Reden gegen die Bismarckschen Verfolgungen des Klerus hielten, die Geistlichen im Elsaß gegen Bismarck auftraten, und unter Mac Mahon die französische Armee sich erfolgreich zu reorganisieren schien, war Bismarck zum Kriege entschlossen. In der „Post" erschien ein alarmierender Artikel „Krieg in Sicht", den Bismarck nicht geschrieben und vielleicht auch nicht einmal veranlaßt hat, dessen Erscheinen ihm aber sehr willkommen war. — Die Welt geriet in Aufruhr, Frankreich, das nicht Krieg führen wollte und gar nicht konnte, wandte sich hilfeflehend an England, sondierte bei Rußland. Zwischen Petersburg und London spannen sich Fäden.

Soweit war es schon, daß die Entente von 1914 in Umrissen zum erstenmal auftauchte. Bismarck sandte in gefährdeter Situation den Diplomaten Radowitz nach Petersburg, um sich den Rücken zu decken. Diesmal empfing man in Petersburg den preußischen Vertreter nicht mehr so herzlich wie einst. Unverrichteter Sache kehrte Radowitz zurück. Der neue Krieg gegen Frankreich, der unzweifelhaft

ohne Eingreifen anderer Mächte mit einem deutschen Siege geendet haben würde, hätte Deutschlands Vorherrschaft in Europa bedeutet — deshalb fühlten sich alle Mächte bedroht; eine Triple-Entente gegen das isolierte Deutschland stand vor dem Abschluß. Selbst Franz Joseph und Viktor Emanuel trafen sich in Venedig und diskutierten über Bismarcks Angriffe gegen Zentrum und Papst.

Zum ersten Male standen alle europäischen Großmächte in Front gegen Bismarck, der später behauptete, er hätte den Krieg nicht gewollt. Wilhelm, in verzweifelter Stimmung, war empört über die alarmierenden Artikel in der „Post" und „Kölnischen Zeitung", sprach von „unsinnigen, gänzlich aus der Luft gegriffenen Raisonnements."

In Petersburg glaubt man, alle Unruhe käme von Deutschland, in London ist man überzeugt, daß Berlin angreifen will. Der Minister Derby gibt dem deutschen Botschafter Münster sein Mißfallen zu verstehen, Alexander II. spricht von den „Ränken" Bismarcks, der mitten in dieser Krise, die durch sein eigenes Verschulden angezettelt war, plötzlich ein Entlassungsgesuch einreicht, das nicht bewilligt wird, weil Wilhelm sieht, daß dann die Niederlage vollkommen wäre.

Im Augenblick der höchsten Gefahr entschließt sich der Zar zu einer Reise nach Berlin, er bringt Gortschakow mit — Schlimmeres konnte Bismarck kaum widerfahren, als daß vor aller Welt der Zar den Schiedsrichter Europas spielte. Es bleibt ihm nichts übrig, als alle seine Schritte zu desavouieren,

er beteuert, daß er nie an Krieg gedacht hätte, droht mit seinem Rücktritt und verweist auf die Tendenzen in der Kronprinzenpartei, mit England zu paktieren. Das war ein Trumpf — Alexander bittet Bismarck zu bleiben, aber der Friede ist gesichert, einen Tag später kann Alexander dem französischen Botschafter in Berlin befriedigende Erklärungen abgeben. Gortschakow aber posaunt in alle Welt hinaus, er habe Bismarck geschlagen.

Bismarck tobt in seiner Wut gegen alle vermeintlichen und tatsächlichen Gegner — gegen Gortschakow, gegen den französischen Botschafter, dem er alle Fähigkeiten abspricht, gegen die Kaiserin Augusta, selbst gegen die Exkaiserin Eugenie, die in London gehetzt haben sollte, und gegen die englische Königin, die Wilhelm in einem Briefe unter Drohungen beschworen hatte, Frieden zu halten.

Im Jahre 1875 hatte Bismarck seine erste schwere diplomatische Niederlage erlitten, er stand mit seinem Reich allein in Europa. Der Alpdruck der Koalitionen hat ihn fortan nicht mehr verlassen. Die Versuche, Rußland, Österreich und Italien für ein Bündnis zu gewinnen, das ausdrücklich den Besitz Elsaß-Lothringens garantierte, scheiterten. Die Folgen des Frankfurter Friedens waren verhängnisvoll — was half das Reich, was half die siegreiche Armee, was half die Diktatur — im Augenblick, da Bismarck selbständig, allein gegen eine Macht, die schwach war, vorgehen wollte, hatte er ganz Europa gegen sich.

Die außenpolitische Krise des Jahres 1875 ist von einschneidender Wirkung für die ganze kommende

Bismarcksche Politik gewesen. Daß Deutschland sich plötzlich einer Welt von Gegnern gegenüber befand und isoliert dastand, muß Bismarck tief erschüttert haben; wir wissen wenig, was in ihm selbst vorging; man darf bei seiner Art nicht Eingeständnisse der Niederlage von ihm erwarten — nie hat er zugegeben, daß seine Politik infolge der Erfahrungen dieses Frühjahrs andere Wege zu gehen suchte. Nichts lag diesem Politiker, diesem kalt kalkulierenden Rechner ferner, als öffentlich oder auch nur innerhalb seines engsten Mitarbeiterkreises einen Fehler einzugestehen; diesen moralischen Mut hat er nie besessen. Seine diplomatischen Geheimmethoden verhinderten die offene Aussprache. Man weiß nur, daß er seit jener Zeit von den schlaflosen Nächten sprach, die ihm die Sorgen um Deutschland bereiteten; seit diesem Tage quälte ihn der Alpdruck der Koalitionen. Es war das große Unglück Deutschlands, daß diese Bismarcksche Erkenntnis der beschränkten Möglichkeiten einer deutschen Politik nicht öffentlich erörtert werden konnte. Die Geheimdiplomatie duldete nicht derartige Erörterungen. Bismarck trug selbst Schuld, wenn der Umschwung, der sich in jenen Tagen vollzog, ein Geheimnis der Diplomatie blieb. Nie würde er zugegeben haben, daß der Krieg, den er gewollt hatte, nur durch Alexanders Einschreiten verhindert wurde. Im Gegenteil, er wußte sogar der deutschen öffentlichen Meinung einzureden, als hätte sich nichts zugetragen. Die Schwäche Deutschlands blieb ein Staatsgeheimnis.

Die Bourgeoisie aber, die Armee, die Konser-

vativen lärmten und tobten, schwelgten im Siegesrausch, forderten durch Reden, Feiern, Paraden die Welt zum Widerspruch heraus. Fünfzehn lange Jahre hat Bismarck oft verzweifelt darum gekämpft, zwischen gefährlichen Klippen das Staatsschiff durch einen engen, untiefen Sumpf zu führen. Er wußte, daß diese kaiserliche Pracht nur scheinbar war, er wußte, daß das Bürgertum im falschen Wahn dahinlebte. Wenn Eugen Richter später Rußland in einer Reichstagsrede einen Koloß auf tönernen Füßen nannte, war ihm nicht bewußt, daß das Reich, in dem er selbst lebte, auf gleichen Fundamenten ruhte. Aber es ist nicht nur Bismarcks Schuld, wenn sich das Reich voller Kraftbewußtsein aufblähte und eine europäische, ja internationale Geltung beanspruchte, die es nicht besaß und nicht besitzen konnte, weil Deutschland bei seiner ungünstigen geographischen Lage, bei seiner Abgeschlossenheit von den Weltmeeren, bei den langen, langen, schwer zu verteidigenden Grenzen im Osten, bei der verhängnisvollen zentralen Lage in Europa verurteilt war, selbständige, aktive und selbst aggressive Politik nur unter Lebensgefahr zu machen. Dabei trieb der ungeheure Reichtum an Rohstoffen, die Machtentfaltung der Bourgeoisie, die gewaltige Armee und nicht zuletzt ein psychologisches Moment, der „furor teutonicus", das Reich auf die Wege, die zur Konkurrenz mit allen Weltmächten, später zum Zusammenstoß führen mußten. Ein unglückliches Land, ein verblendetes Volk, geleitet von einem Staatsmann, der sich zum Schiedsrichter Europas berufen fühlte, aber nicht den Mut besaß,

der Nation die Wahrheit zu gestehen, die sie selbst nicht zu erkennen vermochte. Der Widerspruch, in dem sich dieses Land befand, war immer vorhanden, aber er wurde nie so kraß wie zu Beginn der imperialistischen Ära; Bismarck hatte zum ersten Male in der Krise des Jahres 1875 das Mißverhältnis der Kräfte erkannt, obwohl er nie ihr wahres Wesen erkannt hat. Daß dieser Widerspruch aus der enormen wirtschaftlichen Kraftentfaltung folgte, die sich in einem geographisch so ungünstig wie nur möglich gelagerten Land vollzog, scheint er nie erfaßt zu haben. *Erst recht wollte er nicht begreifen, daß eine andere Klassenstruktur auch eine andere Stoßkraft gegeben hätte.* In unserm Lande gab es von jeher immer nur spät oder zu früh Gekommene. Immer vollendete morgen erst die Reaktion, woran sie heute als revolutionäre Klasse entweder gescheitert, oder wovor sie zurückgeschreckt war. Und immer erschien die wahrhaft revolutionäre Klasse in einem Moment auf dem Schauplatz der Geschichte, wo sie zu jung, zu unselbständig, zu unreif war. 1848 fürchtete die Bourgeoisie das Proletariat, 1870 war das Proletariat noch keine Macht, 1918 machte die Sozialdemokratie bereits bürgerliche Politik, und wieder war das revolutionäre Proletariat nicht stark genug, um die Aufgaben zu lösen, die das russische Proletariat bereits zu lösen vermochte.

Eine Erscheinung wie die Bismarcks ist unter solchen Verhältnissen gar nicht ungewöhnlich, sondern sogar notwendig. Er gehörte zu einer in die Defen-

sive gedrängten Klasse, die den staatlichen Machtapparat fest in der Hand hielt; bei der Eigenart des preußischen Staates war die Armee in den Händen dieser Klasse von ungeheurer Bedeutung; gerade weil sie diese Armee beherrschte und gegen alle Angriffe behauptete, vermochte sie sich selbst zu halten, obschon sie ökonomisch bereits von der Bourgeoisie zurückgedrängt war. Die Bourgeoisie aber fühlte sich vom Proletariat bedrängt und paktierte mit der Klasse, die das Armeemonopol besaß, denn ein Bündnis mit dem Proletariat gegen den Feudalismus verboten die Klasseninteressen. Bismarck erscheint als der Mann, der das Programm der Bourgeoisie durchführt, seiner eigenen Klasse alle Privilegien sichert, aber gemeinsam mit beiden Klassen in der Front gegen das Proletariat steht. So wird er zum Vermittler, zum Hersteller der Einheit. Das ist der wahre und letzte Sinn der Reichsgründung, deren reaktionärer Charakter unzweifelhaft ist.

Wie konnte ein Staat unter so komplizierten Verhältnissen, bei einer so unglücklichen Konstellation sich jene Rolle anmaßen, zu der alle Voraussetzungen fehlten! Mit Notwendigkeit mußte sich die Kompromißlösung, die die Reichsgründung gewesen war, auch in der äußeren Politik widerspiegeln. Die Kräfteentfaltung stand im umgekehrten Verhältnis zu den geringen Möglichkeiten, die sich der deutschen Bourgeoisie noch eröffneten. So rächte es sich an ihr selbst, daß sie immer zu spät gekommen war; der Widerspruch des kapitalistischen Systems trieb sie zur Expansion, aber Bismarck mußte erfahren, daß

diesem Ausdehnungsdrang entgegenwirkten: sowohl die andern Mächte, die Konkurrenzen, die alle Plätze besetzt hielten, wie das Proletariat im eigenen Lande, das sich gegen die Bourgeoisie auflehnte.

Wieder einmal wandte Bismarck seinen alten Satz an: „Konservativ im Innern — liberal nach außen" — nach 1875 ist er entschlossen, die politische Bewegung des Proletariats auszurotten, um auf diese Weise die wirkliche *innere* Einheit zu schaffen, wie er sie verstand. Im Grunde — so gesehen — hatte er nicht einmal unrecht, wenn er von seinem Standpunkt aus die Sozialdemokraten für Reichsfeinde erklärte. Das waren sie tatsächlich. Aber dieser Vernichtungsfeldzug mißlang, und Bismarck hat *sein* Ziel einer Reichseinheit nicht erreicht. Wenn er nach außen liberal regieren wollte, mußte er Bundesgenossen suchen, ohne sich in ihr Schlepptau zu begeben. Dogma war: keine Möglichkeit einer Versöhnung mit Frankreich. Deshalb sind alle Versuche darauf gerichtet, von den Mächten eine Garantie für den Besitz von Elsaß-Lothringen zu erhalten, aber Jahre vergehen, bis es Bismarck gelang, den Anschein zu erwecken, als gäbe er einer Macht soviel, daß es ihr vorteilhaft erscheine, den Besitz von Elsaß-Lothringen zu garantieren. Weder England noch Rußland sind bis zu Bismarcks Entlassung je bereit gewesen, die Garantie zu übernehmen. Wie viele Versuche unternahm Bismarck, wie viele Boten wurden ausgesandt, wie viele vergebliche Verhandlungen wurden geführt; aber entweder wollte England das Reich als Prellbock gegen Rußland ver-

wenden — wofür Bismarck nicht zu haben war — oder Rußland wollte das Reich als Prellbock gegen Österreich verwenden, wofür Bismarck wiederum nicht zu haben war.

Als Bismarck das Bündnis mit Österreich schloß, waren keine Gefühlsmomente maßgebend. Er lehnte Großdeutschland ab, weil die Belastung mit der Balkanpolitik Deutschlands Schwergewicht völlig verschoben hätte, vor allem mit dem Nationalitätenproblem das Reich in die schwierigsten Situationen gebracht haben würde. Er sah, daß man genug Schwierigkeiten mit den Polen, Elsässern und Dänen hätte. „Wenn Österreich nicht existierte, müßte man es finden." Österreich hatte für Bismarck die Aufgabe, den Vormarsch Rußlands aufzuhalten, zugleich auf sich zu lenken, ferner aber die nationalen Minderheiten unter einen Hut zu bringen, die für Deutschland gefährlich wurden, sobald sie ihre Selbständigkeit erlangten, dem Einfluß Rußlands ausgeliefert waren, das in diesem Augenblick das Reich an seinen gesamten Ostgrenzen von Libau bis Passau umklammert gehalten haben würde. Österreich hatte eine reaktionäre Mission, aber sie entsprach den deutschen Interessen, und deshalb näherte sich Bismarck dem Staate Franz Josephs. Nichts fürchtete Bismarck so sehr wie eine russisch-österreichische Verständigung.

Im russisch-türkischen Krieg sieht Bismarck eine Erlösung, weil Rußland von Mitteleuropa abgelenkt ist und nicht gegen Österreich vorgehen kann. Alle diese Jahre ist er unermüdlich hinter Bundesgenossen

her, bietet bald England, bald Rußland seine Dienste an, erscheint überall lästig, weil er fordert, ohne etwas bieten zu wollen. Immer wieder verlangt er die Garantie für Elsaß-Lothringen, aber England verlangt Vorspanndienste gegen Rußland, Rußland will Bismarck in einen Krieg gegen Österreich hetzen, der vielleicht mit einem Sieg geendet haben würde, nach dessen Abschluß aber sich Rußland und Frankreich über Deutschland hinweg geeinigt haben würden.

Bismarck erblickt seine Hauptaufgabe in der Sicherung des Reiches, jede Politik, die für die Interessen eines andern Staates geführt wird, lehnt er ab. Die Balkanfragen sind Angelegenheiten Rußlands, Österreichs und Englands, er glaubt, noch einmal den Vermittler spielen zu können und entwirft sein Programm, das eine Aufteilung des nahen Orients unter die drei Mächte vorsieht, er trägt jahrelang dieses Programm den Mächten vor, die nichts davon wissen wollen, weil jede den Haupteinfluß erringen will. Wie ein Don Quixote wirkt dieser Bismarck, der drei Mächten etwas anbietet, worüber er selbst gar keine Macht besitzt.

Auf dem Berliner Kongreß, der die Balkanfragen zwischen den großen Mächten regeln soll, glaubt Bismarck, in der Rolle des Schiedsrichters von Europa erscheinen zu können, er selbst fühlt, wie riskant diese Aufgabe ist und nennt sich bescheiden den „ehrlichen Makler", aber die Russen fühlen sich von Bismarck betrogen, weil er sie nicht kräftig genug gegen England unterstützt hat, die Engländer beobachten erfreut, daß Bismarck sich ihnen nähert,

aber nie werden sie ihm den Wunsch einer Garantie des Elsaß erfüllen. So endet der große Kongreß vom Juli 1879 mit einer Isolierung Deutschlands. Das Jahr ist schlimm: der Kulturkampf ist verloren, auf den Kaiser werden zwei Attentate gemacht, die wirtschaftliche Konjunktur ist schlecht, der Umschwung zur neuen Wirtschaftspolitik wird vorbereitet, der Kampf mit der Sozialdemokratie nimmt seinen Anfang; in Rußland herrscht Empörung über den deutschen „Undank", Frankreich erscheint gestärkt, Italien hält Bismarck selbst reif für eine Republik. Ein ganzes Jahr lang schleppt sich die Krise hin, sie erreicht ihren Höhepunkt, als am 15. August 1879 Alexander III. einen Brief an Wilhelm schreibt, in dem er ihn an die Dienste im Jahre 1870 erinnert, die Wilhelm nach seinen eigenen Worten nie vergessen wollte: „Ich würde mir nicht erlaubt haben, Sie daran zu erinnern, aber die Dinge nehmen eine zu ernste Wendung, als daß ich Ihnen die Befürchtungen verhehlen dürfte, die mich erfüllen, und deren Folgen für unsere beiden Länder unheilvoll werden könnten. Möge Gott uns davor bewahren und Sie erleuchten!"

Zum letztenmal wird ein Zar das Kommando in Berlin zu geben versuchen. Wilhelm muß wider Willen einen abweisenden Brief an den Neffen in Petersburg schreiben, und Bismarck ist entschlossen, mit Österreich den Bundesvertrag zu unterzeichnen. Aber noch einmal bricht Wilhelm aus, erinnert sich all des „Guten", das er lebenslang vom Zaren im Kampf gegen die Revolution empfangen hat, sendet

den General Manteuffel in einer Sondermission nach Warschau und trifft sich selbst mit Alexander in Alexanderow — auf russischem Boden, von Alexander selbst geladen — ein Schachzug der Russen, denen nicht unbekannt war, daß Bismarck in Gastein mit den Österreichern verhandelte. Bismarck grollt und tobt, für ihn ist Wilhelms Fahrt ein zweites Olmütz, sie durchkreuzt zugleich seine Verhandlungen mit Österreich, das von Mißtrauen erfüllt ist und an eine neue Falle glauben muß. Und diesmal war er doch wirklich aufrichtig. Einen Monat lang währt der Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm, schon will er demissionieren, da vermittelt der Kronprinz, der für den Abschluß mit Österreich eintritt, weil diesem Vertrag — wie er glaubt und hofft — die endgültige Abwendung von Rußland, die Verbindung mit England folgen muß. Unter diesen Umständen werden die Keime des Zweibundes gelegt.

Ein Ministerrat im September 1879 fällt die Entscheidung zugunsten Bismarcks, trotzdem Wilhelm noch Widerstand leistet. Die Minister werden von Bismarck befohlen — fast kann man von einer offenen Meuterei sprechen, endlich gibt der Kaiser nach.

Am 16. Oktober 1879 wird der Vertrag mit Österreich ratifiziert: Wird eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen, so ist der andere Kontrahent verpflichtet, mit der gesamten Kriegsmacht seines Reiches beizustehen und den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. Wird eine Macht

von einer andern Macht (Frankreich) angegriffen, so ist die andere Macht verpflichtet, nicht nur nicht dem Angreifer beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Mitkontrahenten zu wahren. Unterstützt Rußland den Angreifer, so ist Österreich verpflichtet, mit voller Heeresmacht dem Reiche beizustehen.

Der Vertrag wird vorläufig für fünf Jahre geschlossen, in einem besonderen Artikel wird auf Wilhelms Wunsch darauf hingewiesen, daß man hoffe, die Rüstungen Rußlands würden sich nicht als bedrohlich für die Zukunft erweisen, deshalb bestehe zur Zeit kein Anlaß, den Vertrag Rußland mitzuteilen, nur im Falle jene Hoffnung irrtümlich sei, werde man eine vertrauliche Verständigung des Zaren als Pflicht der Loyalität erkennen. Wenige Wochen später teilt Wilhelm in einem Briefe Alexander den Vertrag nicht im Wortlaut, aber dem Sinne nach mit.

Das Bündnis garantiert zwar Elsaß-Lothringens Besitz gegen einen französischen Angriff, aber es scheint Bismarck unvollständig, solange England fehlt. Bald nach Abschluß werden Verhandlungen in London geführt, die zu keinem Ziele führen, weil England aus Rücksicht auf Frankreich nicht zu haben ist. Die Kolonialauseinandersetzungen beginnen schon auf die Verhältnisse der europäischen Staaten zurückzuwirken. So fehlt dem Plane Bismarcks die Vollendung, denn immer war ihm gewiß, daß er mit Österreich allein nicht den Krieg führen konnte, an dessen Kommen er nie gezweifelt hat. Denn es ist ein Irrtum zu glauben, Bismarck habe die Verträge

zur dauernden Sicherung des europäischen Friedens geschlossen. Bald nach dem Scheitern der Verhandlungen mit England erfolgt mit Notwendigkeit eine neue Annäherung an Rußland — jetzt muß Wilhelm seinen versöhnlichen Brief nach Petersburg schreiben. So durchrennen die Boten Bismarcks unruhig die Länder Europas und klopfen an alle Türen an. Nur nach Paris verirrt sich kein einziger Sendling. Die Sprache der Presse bleibt unversöhnlich, im Elsaß wird Gewaltpolitik getrieben, das Heer wird demonstrativ gegen Frankreich verstärkt. Die Wunde Europas bleibt offen und eitert.

Endlich scheint sich Bismarck ein Ausweg zu öffnen, als um 1880 Frankreich mit England in Konflikt über die Verteilung der Kolonien gerät. Bald nach dem Krieg hatte Frankreich begonnen, Ersatz für die verlorenen Industriegebiete zu suchen, hatte in Nordafrika expansive Politik getrieben, plante im Nordwesten Afrikas ein „größeres Frankreich" und versuchte nach der Niederlage an der Ostfront Napoleons Mittelmeerpläne wieder aufzunehmen. In Asien setzte es sich fest, in Ägypten war es stark interessiert. Bald war der Gegensatz zu England wie zu Italien gegeben. Zum erstenmal nach dem Krieg sah Bismarck die Möglichkeiten einer Einkreisung Frankreichs. Er selbst glaubt noch auf Weltpolitik und koloniale Eroberungen verzichten zu können, die Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Kolonialmächten scheint fruchtbarer zu sein, als selbst in den Ring der Räuberstaaten einzutreten. Er ist befrie-

digt, wenn Frankreich sich nicht mehr so intensiv mit der Sicherung seiner Ostgrenze beschäftigt, die Konflikte zwischen England und Frankreich um Marokko scheinen die Position Deutschlands zu stärken. Zur selben Zeit gerät England mit Rußland in Mittelasien aneinander. Und zum ersten Male seit zwei Jahren wieder nähert sich Rußland dem Reich. Das Vordringen Frankreichs in Nordafrika beunruhigt Italien.

Das Reich gerät in die glückliche Lage des Umworbenen. Im Jahre 1881 kann Bismarck unter solchen Verhältnissen einen Vertrag mit Rußland schließen; das Attentat auf Alexander II., das erfolglose Sozialistengesetz treiben die reaktionärsten Mächte zusammen, die Furcht vor der Revolution schmiedet das Bündnis der Monarchen. Selbst Italien fürchtet die anarchistische Gefahr. Nach langwierigen Verhandlungen erfolgt im Jahre 1882 der Abschluß des Dreibundvertrags. Der Bund mit Italien war ein reines Defensivbündnis, für einen ernstzunehmenden Partner hat Bismarck Italien nie gehalten. Im folgenden Jahre hat Österreich Serbien zum Vertragsabschluß gezwungen, Rumänien wird durch einen Vertrag an Österreich und das Reich gebunden. Im Jahre 1883 ist das Bündnissystem Bismarcks vollendet, widerstrebende Mächte sind aneinandergefesselt, ein gewaltiges mitteleuropäisches Reich scheint aufgerichtet, von Berlin als Zentrale geleitet, Rußland ist durch Konflikte mit England isoliert, Frankreich ist mit Italien und England verfeindet, aber es wäre ein Irrtum, wenn man das System Bismarcks für

gesund hält — immer kann Italien ausbrechen, das wegen seiner Balkaninteressen und der Irredenta im Gegensatz zu Österreich steht, immer kann die Nationalitätenfrage Österreich selbst bis auf die Fundamente erschüttern. Wenn Rußland sich mit England über Mittelasien verständigt hat, wird es zur Balkanpolitik zurückkehren und in Gegensatz zu Österreich geraten. Vorübergehend herrscht Scheinruhe in Europa — aber alle Konflikte sind latent vorhanden. Verträge sind immer nur Papier, wenn die Wirtschaftsinteressen des Imperialismus auf dem Spiele stehen.

Im selben Jahre, wo ein riesiges Schein-Mitteleuropa gegründet wird, drängt der deutsche Imperialismus zur Eroberung neuer Rohstoffgebiete. Das Kapital will exportieren. Die Absatzgebiete verengen sich. Die Kolonialpolitik des Reiches nimmt wider Bismarcks Willen ihren Anfang. Der glaubt, Deutschland könne eine Übervölkerung vertragen, weil die Arbeitskräfte billiger würden, und sieht lieber mehr Sklaven auf pommerschen Gütern als auf afrikanischen Farmen. Die Steuerlasten sind schon hoch genug, die Kolonien werden den Bau einer Flotte erfordern, Bismarck mißtraut den Beamten, den Kaufleuten. Es ist noch einmal der Junker in ihm, der sich gegen die Expansion der Bourgeoisie wehrt. Ferner sieht er die Chance entgehen, die dem Unbeteiligten winkt, der aus den Konflikten zwischen den Kolonialmächten Nutzen zu ziehen vermag. Er wehrt sich mit allen Kräften gegen den Eintritt des Reichs in die Weltpolitik, fürchtet neue

Gegensätze, neue Konflikte, fürchtet den Krieg um ein Stück Wüste in Afrika, das man doch an den Grenzen Deutschlands verteidigen müsse. Ebenso hatte er jedes Desinteressement an der Balkanfrage erklärt, ihm war es völlig gleichgültig, wer Konstantinopel besäße — wichtig war nur, nicht in einen Krieg hineingerissen zu werden, in dem das Reich für die Interessen anderer kämpfen müsse, deshalb paktiert er zu gleicher Zeit mit Rußland, während der Vertrag mit Österreich bestand — so glaubte er beide Mächte an sich gefesselt zu haben und im Augenblick der Gefahr beide lahmlegen zu können. Er wollte, daß die Anderen sich deutscher Interessen wegen schlügen.

Aber das Kapital will und muß seiner Tendenz nach exportieren, im Jahre 1881 wandern fünf Prozent der Bevölkerung aus, die hohen Zölle, mit denen sich alle Staaten umpanzern, erschweren den Absatz, verteuern die Waren — im Verlaufe von wenigen Jahren setzen sich zuerst Privatgesellschaften in Afrika fest, zwingen später Bismarck zur Besitznahme durch das Reich. Widerwillig entschließt er sich aus eigennützigen Gründen, noch einmal gehorcht er dem Finanzkapital. Und bald gerät er in die ersten schweren Konflikte mit England über afrikanische Besitzungen, muß notgedrungen mit Frankreich paktieren — zum erstenmal wieder seit den Zeiten des Norddeutschen Bundes. Aber Frankreich hält sich mißtrauisch zurück und möchte nicht mit England brechen, um sich Deutschland an den Hals werfen zu müssen.

So beherrschen Mißtrauen und Argwohn alle Beziehungen der imperialistischen Mächte. Ein empfindliches System von Verträgen verbindet nur scheinbar die Mittelmächte, ständig ist die Bewegung in Fluß. Im Jahre 1885 bricht eine neue Balkankrise aus, als sich das junge Bulgarien unter dem Prinzen Battenberg der russischen Vormundschaft auf englische Einflüsse hin zu entwinden sucht. Der serbisch-bulgarische Krieg endet zwar mit dem bulgarischen Sieg, aber der Konflikt zeigt die widerstrebenden Interessen der Mächte, die verschärften Gegensätze zwischen Rußland und Österreich. Die Beziehungen der Mächte sind so gelockert, die Interessen so widerstrebend, die Situationen so veränderlich, daß Bismarck nur noch imstande ist, Politik für den nächsten Tag zu machen, er wagt kühnste Spekulationen, spricht in allen Tönen und steht im Jahre 1887 hart vor dem Ausbruch eines europäischen Krieges, ohne zu wissen, auf welche Bundesgenossen er rechnen darf.

Der Konflikt mit Rußland schien unvermeidlich, weil sich die deutschen Agrarier durch immer höhere Zölle gegen die russische Getreideeinfuhr zu wehren suchten. Bismarck hintertrieb russische Anleihemöglichkeiten in Deutschland, die Beziehungen Rußlands und Österreichs waren infolge der Balkankrise derart gespannt, daß der Vertrag, der zwischen den drei Kaisermächten seit einigen Jahren bestand, nur noch zwischen Deutschland und Rußland geschlossen werden konnte, ohne daß sich die gespannten Beziehungen der Mächte besserten. Der

„Rückversicherungsvertrag", der im Juni 1887 zwischen Deutschland und Rußland zustande kam, verpflichtete im Ernstfall beide Mächte zu nichts, enthielt Beteuerungen und war so formuliert, daß jedem Kontrahenten Entschlußfreiheit im Kriegsfalle gewahrt blieb. Während Bismarck in diesem Vertrag Rußland freie Hand am Bosporus ließ, arbeitete er gleichzeitig an einem Bündnis der am Mittelmeer interessierten Mächte — England, Österreich, Italien —, machte ihnen Versprechungen für den Fall einer neuen Balkankrise, verpflichtete sich auf solche Weise dem Freund wie dem Gegner, und erneuerte mit Österreich den Dreibundvertrag gegen Rußland, während er sich zugleich Rußlands Hilfe gegen einen österreichischen Angriff sicherte. Es war ein kunstvolles Gewebe von einander widersprechenden Verträgen — sämtlich in der Absicht geschlossen, drohende Gegnerschaft unmöglich zu machen. Er zeigte jetzt eine geniale Kombinationsgabe und eine Routine in Verhandlungen, wie sonst keiner der damaligen Staatsmänner, aber es war falsch, wenn er sein Bündnissystem auf diese Verträge stützte, die nirgends der Ausdruck tatsächlicher Interessen der Mächte waren. Sie erwiesen ihren Widersinn schon durch die feindselige Haltung der Presse, des Finanz- und Handelskapitals. Der Einfluß Bismarcks selbst auf die herrschenden Wirtschaftskreise ist jetzt bereits viel geringer geworden als in früheren Jahren, selbst die Presse beherrschte er nicht mehr wie früher. Die Gegensätze der Finanz- und Handelsgruppen waren

bereits so stark, daß Bismarcks Vertragsabschlüsse wie Spielereien wirkten. Als im erstarkten Frankreich eine Militärdiktatur durch Boulanger zur Macht zu gelangen schien, und die russisch-französische Annäherung riesige Fortschritte machte, glaubte man im Reich nicht nur am Vorabend des Krieges zu stehen, sondern war in militärischen Kreisen fest zum Präventionskrieg entschlossen, steuerte auf ihn los.

Jetzt erwiderte Bismarck nicht mehr mit Bündnisversuchen, sondern mit neuen Militärvorlagen; als sie ihm der Reichstag nicht sofort bewilligen wollte, löste er ihn auf und entfachte eine nationalistisch-militaristische Stimmung im ganzen Reich, die neuen Wahlen brachten ihm eine konservativ-nationalliberale Mehrheit, die ihm alle Heeresforderungen bewilligte; kurze Zeit später wurde noch eine zweite Erhöhung des Militäretats durchgesetzt.

Das Land starrte in Waffen. Die Militärpartei drängte zum Krieg und arbeitete sogar gegen Bismarck, der wußte, daß sein Bündnissystem einer ernsthaften Probe nicht standhalten würde und die kriegerische Stimmung im Bürgertum nur erzeugt hatte, um den Gegner zu täuschen. Als er in der bekannten Rede vom 3. Februar 1888 einen Überblick über die internationale Lage gab, mußte er am Ende bekennen, daß Deutschland isoliert dastand und sich auf nichts verlassen könne, als auf Gott. In seiner Sprache hieß es: „Wir Deutschen fürchten Gott, und sonst nichts auf der Welt."

Es war seine letzte große Rede im Reichstag, noch einmal hatte er seine Meisterschaft bewiesen, die

Dinge nicht beim Namen zu nennen, den wahren Grund zu verschweigen, es war eher eine Verteidigungsrede gegen die Feinde im eigenen Lager gewesen, die nicht an seinen Kriegswillen glaubten, aber er erreichte noch einmal sein Ziel und setzte die Bewilligung der Heeresforderungen durch. Heute wissen wir, daß man weder in Frankreich noch in Rußland damals ernstlich einen Krieg gegen Deutschland gewollt hat. Die herausfordernden Reden Boulangers hatten demagogische Tendenzen und verfolgten innerpolitische Ziele. In Rußland waren weder der Zar noch seine Minister zu einem kriegerischen Abenteuer bereit, weder machte die finanzielle Lage noch die militärische Verfassung den Krieg möglich. Nur, weil Rußland noch zu schwach war, um Krieg führen zu können, konnte Bismarck das Spiel mit dem Rückversicherungsvertrag wagen. Indem er die Kriegsmacher im eigenen Lande duldete, täuschte er eine Situation vor, an die er selbst nicht glaubte, die er aber für notwendig hielt, um die Kriegspartei zu beruhigen, das Ausland einzuschüchtern, die Sozialisten zu bekämpfen und neue indirekte Steuern zu erpressen, die den Besitzenden Freude am Staat bereiteten.

Ein ungeheurer Militärstaat war mitten in Europa aufgerichtet, drückend für das eigene Land, beunruhigend für die Nachbarn, ein gefährliches Instrument in der Hand seiner Herren. Der Friede, der auf solche Weise erhalten wurde, war ein maskiertes Skelett. Die Trommelwirbel hämmerten unheimlich aus deutschen Kasernen durchs ganze Land

und dröhnten in die Ohren der Nachbarn, der deutsche Gott zahlte in den Kabinetten mit falscher Münze und zeigte sich auf den Tribünen seines Parlamentes unverhüllt in der Uniform eines Kürassiergenerals.

Nie war Bismarcks Politik so zwiespältig wie in diesen letzten Jahren. Er schloß Bündnisse, die ihn nicht verpflichteten, weil er sie durch Bündnisse mit der Macht, gegen die das erste Bündnis gerichtet war, wieder aufhob, er lag im latenten Konflikt mit der Armee, beteuerte seinen Friedenswillen und setzte im Reichstag jede Erhöhung des Militäretats, jede Forderung der Generale durch, er wußte, daß Deutschland immer im Kriegsfall in eine gefährliche Lage geraten würde, aber er rasselte mit der Rüstung, so daß alle erschraken und sich zur Abwehr rüsteten. Er hielt den Konflikt mit Frankreich für unvermeidlich, aber unternahm nichts, um einen Ausgleich zu schaffen — die drohende Kriegsgefahr blieb für ihn selbstverständliches Argument — sie gehörte ins Arsenal seiner Diplomatie, um immer im Notfall eine verfahrene Situation retten zu können. Seine ganze Politik wurde nur im Hinblick auf die kriegerischen Verwicklungen gemacht, dabei war ihm bewußt, daß seine Koalition die schwächere war. Er wehrte sich gegen die Kolonialpolitik, weil ihm ein Trumpf entrissen wurde, aber er gehorchte den Forderungen derselben Bourgeoisie, die er immer am Gängelband zu führen glaubte und wurde ebenso ihr Gefangener, wie er der Gefangene der Militärs war.

Bald klopfte er in London an, bald wieder in Petersburg, bald hinterging er Wien, bald einen mit dem andern, und säte nichts als Mißtrauen, Neid, Argwohn, erzeugte den Willen zur Gegenwehr. Es ist falsch, ihn ganz allein für diese Politik verantwortlich zu machen. Die Widersprüche, begründet im kapitalistischen System, verschärft durch die besondere Struktur des Reiches, waren schuld; in Bismarcks Politik fanden sie nur ihren höchsten Ausdruck. Je stärker dieses Land zu werden schien, um so widerspruchsvoller wurden seine inneren Gegensätze, um so schwächer wurde es auch. Aus diesem Dilemma würde es für die herrschende Klasse niemals einen Ausweg geben — am Ende mußte sie kämpfen.

Es gab Widerstände, die Bismarck nicht überwinden konnte, denn so wenig sich Klassen auf die Dauer betrügen lassen, so wenig sind die tiefen Gegensätze zwischen den konkurrierenden Kapitalsgruppen der Länder durch die Künste der Diplomatie aus der Welt zu schaffen. Die deutsche Industrie lag im Konflikt mit England, gegen Rußlands Agrarprodukte wehrte man sich im Interesse der deutschen Landwirtschaft durch hohe Zollmauern. Frankreich litt am Verlust der lothringischen Eisengruben und brauchte die Kohlen des Saarreviers. Alle einte nur eines: der Kampf gegen das Proletariat, das sich gerade in jenen Jahren die II. Internationale schuf. In den letzten Monaten seiner Amtszeit sieht Bismarck seine einzige Aufgabe in der Unterdrückung dieses Proletariats, das der herrschenden

Klasse immer gefährlicher wurde und auf die Politik lähmenden Einfluß auszuüben schien. Einig wurde man sich nicht über die Methoden, wie man mit diesem Proletariat fertig wurde. Hier ruht der wahre Grund zum Konflikt zwischen Wilhelm und Bismarck. Man kann nicht einmal leugnen, daß für das Proletariat der Weg Wilhelms der gefährlichere hätte werden können, wenn ihn klügere Menschen beschritten hätten als Wilhelm und seine Trabanten.

BLUTSBRÜDERSCHAFT

In tiefer Sorge um die Zukunft des Reiches fand Bismarck am 8. März 1888 den sterbenden Kaiser. Zum letztenmal sprachen sich jene beiden Männer, die an jenem Herbsttag im September des Jahres 1862 im Park von Babelsberg das Bündnis gegen ihr Volk vereinbart hatten. Programmlos hatte Wilhelm den Pakt mit dem unheimlichen Menschen geschlossen, der ihn 26 Jahre lang zwang, auf allen Pfaden zu folgen, ihn immer wieder vollendeten Tatsachen gegenüberstellte, ihn überraschte und doch so ganz in der Hand hatte, daß Wilhelm alle die langen Jahre nie sich vom Kanzler zu trennen vermochte. Kriege waren wider seinen Willen entstanden, Friedensschlüsse wider seinen Willen erfolgt, der erbittertste Kampf spielte sich in der eigenen Familie mit dem gewalttätigen Manne ab — siebenmal reichte der Fürst sein Entlassungsgesuch ein — siebenmal lehnte der Kaiser es ab, einmal vermerkte er auf das Schriftstück: „Niemals". — Die Einheit des Reiches, die Kaiserkrone, das österreichisch-italienische Bündnis waren Bismarcks Schöpfung, das Reich war diesem Altpreußen Wilhelm verhaßt, den Kaisertitel empfand er als Entwürdigung, der Dreibund war Verrat an der traditionellen Freundschaft mit dem Zaren — immer hatte dieser Greis

sich fügen, immer hatte er verbrennen müssen, was er angebetet hatte, immer war er der Getriebene. Fast könnte Dickens diesen Einfall gehabt haben: Wilhelm rächte sich, indem er vor allem zur Zeit der Konflikte Bismarcks mit den Konservativen täglich die Blätter las, in denen Bismarck persönlich so erbittert und gefährlich angegriffen wurde. Das war die einzige Genugtuung des Mannes, der im Schatten zu leben gezwungen war und dies Dasein ertrug, weil er eingesehen hatte, daß er am besten bei dieser Passivität verfuhr. Man erzählt von furchtbaren Auftritten, Wilhelm schrie und tobte; dieser Mann, der schöne Frauen nicht nur liebte, sondern vielleicht sogar der erste und letzte Kavalier unter den Hohenzollern gewesen ist, verlor im Kabinett alle gewohnte Haltung, wenn er mit Bismarck um eine Entscheidung rang. Es brach plötzlich aus ihm heraus — ganz ohne Hemmung, man erzählt von zertrümmerten Vasen, Wutausbrüchen, Weinkrämpfen — er wußte, daß er nie mit seiner Auffassung durchdrang und bäumte sich nutzlos auf, wie der Gefangene hinterm Gitter. Ja, er war der Gefangene des Kanzlers und wußte es, aber er wußte auch, daß er diese Ketten ertragen mußte — das war sein Schicksal. Man tut dem alten Mann Unrecht, wenn man glaubt, er hätte nie in Bismarcks Seele gesehen, er wußte, wie boshaft und listenreich, wie hinterhältig und tückisch der Mann war, der das Reich regierte, er hat diese Eigenschaften des Gehilfen bedauert, aber er hat sie erduldet und sich mit ihnen abgefunden, weil sie

gegen Feinde angewandt wurden — zum Besten des Hauses Hohenzollern. Der Mann, den sie ehedem „Kartätschenprinz" nannten, der aus Berlin vor der Rache des Volkes fliehen mußte, hat diese Erlebnisse, die er als Schande empfand, nie vergessen — und in Bismarck den Rächer seiner eigenen Niederlage gesehen. Ein einziges Mal war er ganz auf Bismarcks Seite — erhob keinen Widerspruch, sondern drängte sogar noch Bismarck zum Abschluß: zur Zeit der Beratung des Sozialistengesetzes. Da war er mit Bismarck einig, nicht weil Nobilings Schüsse fast das eigene Leben gekostet hätten — dieser Mann glaubte an Gott und eine himmlische Fügung — aber stärker war das Bewußtsein, daß in seiner Person eine geheiligte Institution, eine Idee, eine Macht, der Repräsentant einer Klasse, eines Systems angegriffen war. Da war er mit Bismarck einig. Als Bismarck zum ersten Male handelnd in der Arena der Geschichte erschien, trat er als Ultrareaktionär, als Royalist und Frondeur auf. In den Märztagen war niemand am Hofe, der die Krone bis zum äußersten verteidigen wollte. In Babelsberg, auf der Fahrt von Jüterbog nach Berlin schwor der Tory seinem König die Gefolgschaft bis aufs Schafott. Solche Erlebnisse schufen eine Blutsbrüderschaft, die bis übers Grab hinaus währte. Deshalb nahm der eine noch das Ärgste hin, was der andere ihm auch zufügen mochte. Auch über diesem Bündnis stehen die Worte „Trotz alledem —".

Die letzte Unterschrift, die sich Bismarck von dem Sterbenden holte, galt einer Ordre, die bereits

am 17. November vollzogen war und zur Veröffentlichung der Unterzeichnung des Monarchen bedurfte: der Prinz Wilhelm wurde mit der kaiserlichen Stellvertretung in solchen Fällen betraut, wo der Kaiser sie für notwendig hielt. Wieviel Mißstimmung hatte diese Ordre in San Remo ausgelöst, wo seit dem Herbst 1887 der todkranke Friedrich weilte, der sich übergangen sah. Seine Frau hatte damals geschrieben: „Es ist ein gegen die Regel verstoßendes und außerordentlich rücksichtsloses Vorgehen, dies zu tun, ohne Fritz um Rat gefragt zu haben. Der Kaiser hat bestimmt, daß Wilhelm an seiner Statt die Staatspapiere unterzeichnen soll, wenn der Kaiser sich dazu nicht imstande fühlt. Vor zwei Tagen kam eine von Bismarck signierte Notifikation dieser Tatsache an, die nicht einmal von seiner Hand geschrieben war. Der Doktor wollte nicht, daß Fritz sich aufregte, so tat ich dies Papier beiseite und gab es ihm nicht! Heinrich kommt an, zieht ein Papier oder vielmehr einen Brief von Wilhelm aus seiner Tasche, in dem dieser sagt, daß er zum Stellvertreter des Kaisers bestimmt sei, und gibt ihn Fritz, der sehr gekränkt, ärgerlich und erregt war, viel sprach (was sehr schlecht für ihn ist), sagte, er wollte sofort nach Berlin kommen usw. . . . Es dauerte lange, bis er beruhigt werden konnte."

Der Kaiser wußte nicht, daß das Dokument, unter das er seine letzte Unterschrift setzte, alle Gegensätze in der Familie hatte ausbrechen lassen.

Der Sterbende flüsterte dem Kanzler zu, er erwarte, daß er in seiner Stellung bliebe, seinem Nach-

folger zur Seite stehen werde. Bismarck glaubte aus diesen Worten die Sorge um die Beziehungen zum Kronprinzen hören zu dürfen. — Als Bismarck seiner Bereitwilligkeit Ausdruck gab, den Nachfolgern mit demselben Eifer zu dienen wie ihm selbst, vermochte der Kaiser nicht mehr zu sprechen, seine Antwort war ein etwas fühlbarerer Druck der Hand. Dann traten Fieberphantasien ein, er hielt Bismarck für den jungen Wilhelm, redete ihn plötzlich mit Du an: „Mit dem russischen Kaiser mußt du immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig." Langes Schweigen. Noch einmal schienen später die Sinne wiederzukehren. Der Sterbende entläßt Bismarck mit den Worten: „Ich sehe Sie noch." Es waren die letzten Worte Wilhelms an Bismarck.

DIE 99 TAGE

Ein Sterbender wird wenige Tage später von Bismarck auf dem Leipziger Bahnhof empfangen. Friedrich III. vermag schon nicht mehr zu sprechen und reicht dem Frager die Antwort auf Zetteln hin. Der Krebs hat den Kehlkopf zerfressen, ein Röcheln entringt sich nur noch der Kehle des Mannes, der jahrelang auf den Augenblick gewartet hatte, da er König von Preußen und Kaiser des Deutschen Reiches würde. In Berlin haben sie ihn seit dem Augenblick, da die Natur der Krankheit erkannt war, aufgegeben. Der junge Wilhelm nähert sich Bismarck trotz der Feindschaft des Fürsten mit dem Stöcker-Waldersee-Kreis, der unablässig im Dunkeln gegen Bismarck arbeitet. Aber die gemeinsame Gegnerschaft gegen den hoffnungslos Erkrankten bindet Prinzen und Kanzler. Seit Jahren sind Bismarck und der Kronprinz verfeindet, begonnen hatte es im Jahre 1863, als Friedrich in Danzig öffentlich gegen Bismarcks Presseerlasse sprach. Damals versichert Bismarck den „Knaben Absalom", nie würde er unter ihm dienen — und nie vergißt er jenen erregten Auftritt, der ihn an Albas und Carlos Renkontre erinnert hatte. Immer sah der Kronprinz, seine Frau und ihr imperialistisch-liberalisierender Anhang in Bismarck den Mann, der sie durch seine

Politik um die Krone bringen konnte. Immer hielten sie sich seit vielen Jahren bereit, täglich die Herrschaft anzutreten, und immer demonstrierten sie laut und vernehmlich, daß sie die Politik des Kanzlers bekämpften.

Ein erbitterter Guerillakrieg wird zwischen Bismarck und der Kronprinzessin geführt, er sieht in ihr die Landesverräterin, die politische Geheimnisse ihrer englischen Mutter preisgibt, immer hält er sie für die Person, die seine Politik zu durchkreuzen sucht, und verfolgt sie mit jenem Fanatismus, der ihn stets gegen wirkliche oder vermeintliche, aber gefährliche Gegner erfüllt. Der Grad der Feindschaft wird erkenntlich, wenn man an jene Szene denkt, wo die Kronprinzessin auf einem Hofball sich von Bismarck ein Glas Wasser erbat und zu einer Begleiterin bemerkte: „Soviele Tränen hat mich dieser Mann gekostet, wie Wasser in diesem Glase ist."

Heute wissen wir, daß Viktoria gar nicht so gut unterrichtet war, wie Bismarck geargwöhnt hat. Viktoria hatte immer nur im Auge, sich einen guten Auftritt für den Beginn der Herrschaft zu verschaffen. Wenn dieser Haß so unmenschlich gesteigert wurde, ist der Grund im Psychologischen zu suchen. Viktoria hat Bismarck *durchschaut*, sie hat in den Briefen an ihre Mutter keine Staatsgeheimnisse enthüllt — dazu war sie nicht in der Lage —, aber sie hat wie keine andere Person in Bismarcks Umgebung — seinen Charakter geschildert. Seine Winkelzüge, seine Ränke, seine Launen, seine Hinterhältigkeit und Brutalität blieben ihr nie

verborgen, sie hat aus ihrem Wissen um Bismarcks Wesen kein Hehl gemacht. Man muß zum Beweis diese Briefe lesen, in denen sie Bismarcks System schildert: „Fürst Bismarcks Wunsch ist immer, die Deutschen glauben zu machen, daß sie angegriffen, mißhandelt, beleidigt, und daß ihre Interessen verraten würden, wenn er nicht da wäre, um sie zu schützen. Viele sind töricht, unwissend und kurzsichtig genug, um all diesen Unsinn zu glauben; sie würden gern ihre Rechte und Freiheiten und gute Aussichten opfern, wenn nur Fürst Bismarck bleibt und sie schützt!!! Vor wem? Gegen wen? Ich glaube wirklich nicht, daß sie es wissen." — —

„Was haben wir unter Bismarcks Regime gelitten! Wie außerordentlich verderblich ist sein Einfluß auf seine Schule, seine Angestellten und das politische Leben in Deutschland gewesen. Es ist fast unerträglich, in Berlin zu leben, wenn man nicht sein ergebener Sklave ist!!! Seine Partei, seine Nachfolger und seine Bewunderer sind fünfzigmal schlimmer als er! Man hat das Gefühl, als müßte man laut nach Erlösung schreien; würde dieser Ruf beantwortet, könnte man einen tiefen Seufzer der Erleichterung ausstoßen. Es wird Jahre dauern, bis all das Unglück wieder gutgemacht ist!"

„Natürlich denken alle, die nur die Außenseite der Dinge sehen, daß Deutschland stark, groß und einig ist, eine furchtbare Armee, einen Minister, welcher der Welt seinen Willen diktieren kann, einen Herrscher, dessen Haupt mit Lorbeer gekrönt ist, und einen Handel hat, der auf dem besten Wege

ist, alle andern zu übertreffen, da sich das deutsche Element überall in der Welt bemerkbar macht (auch da, wo es weder beliebt ist, noch mit Vertrauen angesehen wird). Diese Leute können sich nicht denken, daß wir irgendeinen Grund zur Klage haben, sondern glauben, wir hätten nur dankbar zu sein. Wenn sie nur wüßten, um welchen Preis dies alles erkauft ist!!!" . . .

„Ich kann diese mittelalterliche Art, Politik zu treiben, nicht bewundern. Im 19. Jahrhundert dürfte es kaum richtig sein, eine Seite aus dem Buch der Medici herauszureißen. Ich liebe Ehrlichkeit und Offenheit, Anständigkeit und Einfachheit und seufze und verlange und schmachte danach! Ich bin eines Systems müde, das sich niedriger Mittel bedient, wenn es auch von einem noch so großen Manne geleitet wird, und seine Erfolge, sein Glanz von einem Haufen kurzsichtiger Bewunderer verehrt werden, die sich selbst, da ihrer nationalen Eitelkeit geschmeichelt wird, als große Patrioten vorkommen, während das Niveau der nationalen Gefühle und die nationale Sehnsucht niedriger und schlechter werden. Wie lange, wie lange soll das noch dauern! Vermutlich wird es länger als unsere Lebenszeit währen! Fürst Bismarcks Macht und Ruhm sind größer denn je. Der arme liebe Kaiser ist nur ein Schatten, während Willy dem Fürsten Bismarck als williges Instrument und Gefolgsmann dient!" . . .

„Fürst Bismarck hat so viel Brutales und Zynisches, so wenig Anständiges und Ehrliches in seiner Natur, er ist ein Mensch aus einem ganz

andern Jahrhundert, daß er als Beispiel oder Ideal sehr gefährlich wird." . . .

„Bismarck wünscht mit einem Druck seines kleinen Fingers alles zu regieren und glaubt, daß es der Sicherheit wegen im Falle eines Angriffes durch Frankreich oder Rußland doppelt notwendig ist. Ich mag diesen Zustand der Dinge nicht, aber die meisten Preußen und Konservativen lieben ihn." . . .

„Bismarck ist ein furchtbarer Mann, der Deutschland äußerst unbeliebt macht; niemand kann die übermütige und freche Art und Weise vertragen, mit der er andere Nationen behandelt. . . . Du weißt, daß die Preußen leider nicht populär sind, und keiner will dulden, daß eine Macht ganz Europa ihren Willen aufzwingt." . . .

„Er ist ein ganz mittelalterlicher Mensch, dem die wahren Theorien der Freiheit und der modernen Regierungskunst wie hebräisch vorkommen, obgleich er zuweilen eine demokratische Idee oder Maßregel annimmt und zuläßt, wenn er glaubt, daß sie seinen Zwecken dienlich ist; und seine Gewalt ist unbeschränkt."

Das sind Äußerungen aus fünfzehn Jahren, sie ließen sich ums Vielfache vermehren, sie beweisen, wie tief diese Frau in die Seele dieses Menschen geblickt hat, dessen Faust bergeschwer nicht nur auf Preußen und Deutschland, sondern auf ganz Europa lastete. Der mittelalterliche Mann, der den Instinkt eines Naturmenschen hatte, erfuhr nie, wie sehr ihn Viktoria erkannte, aber er hatte die Witterung für die ernsten Gegner, für den Menschen, von dem er sich

durchschaut fühlte, und gegen den er Mittel anwenden mußte, die außerhalb der bloßen Gewalt, des bureaukratischen Einflusses waren. Alles, was diese Frau über Bismarck geäußert hat, ist wahr und verrät ein überraschendes Wissen um Bismarcks Wesen. Sie hat, wie niemand in ihren Kreisen, die furchtbaren Folgen erkannt, die Bismarcks System nach sich zog. Kein Bürger jener Tage hat sich je Rechenschaft darüber abgelegt, welches Verhängnis Bismarcks Methode war, die ein Volk vergiftet hat. Außer der Sozialdemokratie hat Bismarck keinen einzigen Gegner zu seinen Lebzeiten gehabt, der ihn so durchschaut hat wie diese fremde Frau aus England. Deshalb war der Haß so groß, so elementar, und wuchs, weil es für Bismarck keinen Weg gab, sich dieser Frau zu erwehren. Er verleumdete sie — schamlos wie es seine Art war, sprach von ihrer Sinnlichkeit, von ihrem ganzen Wesen als Frau, wie ein Kenner von einem Pferde spricht. Er konnte ihren guten Instinkt, ihre Klugheit nicht vernichten, so griff er sie als Frau in der verächtlichen Manier des preußischen Junkers an, für den die Frau ein Mensch zweiter Ordnung ist.

Zur Zeit der 99 Tage kam es nur einmal noch zu einem Zusammenstoß, als Viktoria ihre Tochter mit dem Battenberger verheiraten wollte, der immer noch Absichten hatte, nach Bulgarien zurückzukehren. Bismarck hatte gute Gründe, die Heirat zu verhindern, denn die Rückkehr des Battenbergers konnte die Balkankrise aufs neue zum Gefahrenherd machen und kriegerische Verwicklungen im Gefolge

haben. Bismarck fürchtete den Balkan, er wollte nicht wegen österreichischer Interessen Kriege führen. Der Balkan ging Deutschland nichts an, dort war nichts zu gewinnen.

Es war eine furchtbare Szene, als Viktoria plötzlich während einer Unterredung zwischen Friedrich und Bismarck im Zimmer erschien und für das Glück ihrer Tochter sprach, so daß sich mit einem Mal aus der zerfressenen Kehle des zornigen Kaisers, der sich gedemütigt fühlte, ein röchelnder Klang entrang, der „Heraus!" bedeuten sollte.

Dann griff die englische Königin, die damals in Berlin weilte, selbst ein und sprach gegen die Heirat, die Anlaß zu Verwicklungen bot, an denen im Augenblick England kein Interesse hatte.

Es war die einzige Auseinandersetzung, die Bismarck während der 99 Tage mit Friedrich hatte. Puttkamer mußte gehen — das war eine Geste, die Friedrich der liberalen Legende schuldig zu sein glaubte. Bismarck stimmte widerwillig zu, aber das Sozialistengesetz blieb bestehen, die Verfolgung nahm ihren Fortgang, an einen Gnadenakt für die Eingesperrten war nicht zu denken, den liberalen Männern, die Friedrich in Staatsstellen sehen wollte, verschloß Bismarck die Tür, dafür wurde sein Sohn Herbert Staatssekretär des Äußern, sein Schwiegersohn, Rantzau, Gesandter in München — die Dynastie Bismarck gewann Boden und besetzte ihre Posten in Erwartung der neuen Ära.

Am 15. Juni starb Friedrich im Neuen Palais zu Potsdam, dem er den Namen Friedrichskron gegeben hatte.

DIE KAMARILLA

Eine kurze Szene nur hatte zwei große Akte unterbrochen, ein Zwischenspiel war vollendet, von persönlicher Tragik durchzittert, aber ohne Bedeutung für Bismarcks und Deutschlands Geschichte.

Ein junger, 29jähriger Mensch begann mit einem Gewaltakt sein Regiment; das Sterbehaus des Vaters wurde von längst bereit gehaltenen Truppen umzingelt, niemand durfte das Schloß betreten, niemand es verlassen. Die eigene Mutter wurde wie eine Gefangene gehalten, ihre Papiere beschlagnahmt, der Brief, in dem ihr Mann seine letzten Wünsche niedergeschrieben hatte, wurde ihr nicht ausgeliefert.

Ein System trug seine Früchte.

Mit mittelalterlichen Methoden begann die neue Ära.

Bismarck ist nun 74 Jahre alt, ein müder, ermattender Mensch, der an Schlaflosigkeit leidet, monatelang fern der Hauptstadt bleibt und von seinen Gütern aus das Reich regiert, Diplomaten, Abgeordnete aufs Land kommen läßt und die Verbindung mit dem jungen Mann fast verliert, der auf dem Thron sitzt und sich an schmetternden Fanfaren erfreut, auf den Tag lauert, wo er den alten Mann aus dem Amt jagen kann.

Der junge Wilhelm wird in den ersten Jahren

des jungen Reiches groß, der Zwölfjährige reitet am 16. Juni 1871 unter den siegreichen Fürsten und Generalen durchs Brandenburger Tor in Berlin ein — nie wird er diesen stärksten Eindruck seiner Kindheit vergessen, immer wird ihn verlangen, selbst an der Spitze einer siegreichen Armee in Berlin einzuziehen, und immer nutzt er jede Gelegenheit, sich als Führer hoch zu Roß auf den Straßen Berlins zu zeigen. Noch wenige Tage vor des Vaters Tode nimmt er Unter den Linden den Parademarsch seiner Division ab, die vom Tempelhofer Feld in die Kasernen einrückt.

In Potsdamer Militärkreisen war Wilhelm heimisch, das Kasino ist seine Ausbildungsstätte — dort herrscht der Haß gegen die liberalen Anschauungen des Vaterhauses. Wilhelms Bildung bleibt mangelhaft, sein Interesse für Arbeit ist ebenso gering wie seine Ausdauer. Mutter und Sohn werden bald erbitterte Feinde, als sich Wilhelm unter militärischem Einfluß und auch geblendet von dem Glanz der Erfolge Bismarckscher Politik ganz auf die Seite der Gegner des Vaters schlägt, ins Lager Bismarcks übergeht, der raffiniert die Gegensätze in der kaiserlichen Familie ausnutzt, um die eigene Position zu stärken. Bismarck selbst hat also den blutjungen Wilhelm zur Fronde getrieben. Aber der junge Prinz bestrickt den alten Wilhelm durch seine militärischen Interessen und schroffen, konservativen Ansichten. Bismarck nimmt diese Situation wahr, betraut den Prinzen wiederholt mit wichtigen diplomatischen Missionen, und erbittert so absichtlich den

Kronprinzen, der sich zurückgesetzt fühlen *soll*. Als Friedrich erkrankt und bald Berlin für lange Zeit verläßt, schließt sich Wilhelm noch enger an Bismarck an, der den Prinzen ganz auf seine Seite zu bringen und den Einflüssen seiner militärischen Freunde, mit denen der Kanzler selbst ständig im Konflikt lag, zu entreißen strebt. Versuche, den jungen Wilhelm im Auswärtigen Amt Dienst tun zu lassen, wurden zwar früher durch Friedrichs Einspruch erschwert — der Vater charakterisiert in einem Brief an Bismarck den Sohn als Menschen von mangelnder Reife und Unerfahrenheit, der ebenso zur Überhebung wie Überschätzung neige, ein lückenhaftes Wissen und keine gehörige Grundlage besitze; Friedrich bittet dringend, den Sohn nicht schon im Außenamt arbeiten zu lassen, er solle vor allem erst die inneren Verhältnisse des eigenen Landes kennen lernen.

Bismarck aber beruft sich auf den Befehl des Kaisers, der den Prinzen zur Dienstleistung ins Auswärtige Amt kommandiert habe.

Es bleibe dahingestellt, ob der Vater aus Gründen der Eifersucht den Sohn nicht im Außenamt sehen wollte — entscheidend ist vielmehr Bismarcks Absicht, den jungen Wilhelm von seiner Umgebung loszulösen, die sich aus den extremsten Gegnern der Bismarckschen Politik zusammensetzte und als *Nebenregierung* etabliert hatte, — sie wird repräsentiert durch den Gehilfen Moltkes, den Grafen *Waldersee*, seinen Freund, den General *Loë*, den Kriegsminister *Verdy*, den Marinechef *Stosch* und die *Militärattachés* in den Hauptstädten Europas.

Der Baron *von Holstein* wird später Vertrauensmann der Militärkamarilla im Auswärtigen Amt. Seit Jahren ist Holstein Bismarcks Untergebener, in Versailles sitzt er an der Tafelrunde, zur Zeit der Kommune wird er von Bismarck betraut, Verhandlungen mit Cluseret zu führen; dann wird er Arnims Sekretär in Paris und als Agent provocateur und Spitzel von Bismarck benutzt, muß sich im Zimmer verstecken, um die Unterredungen Arnims mit führenden französischen Politikern abzuhören und Bismarck Berichte zu liefern. Im Arnimprozeß wird Holstein von Bismarck als Zeuge vorgeschoben und bloßgestellt — nie wird der Baron vergessen, wie ihn Bismarck auf diese Weise gezeichnet hat — er schweigt und scheint immer Bismarcks treuester Gehilfe, aber er haßt den Mann, der ihn zum Werkzeug gemacht hat und denkt an Rache; Schüler Bismarcks in der Einfädelung von Intrigen, hat er gelernt, wie man Minen legt und nie ertappt wird, seine Briefe an die Generale in der Konfliktszeit sind voller Listen und Fallen, tückisch und scheinbar neutral, er verwischt ständig die eigenen Spuren, niemand wird ihm beweisen können, daß er in Wahrheit die Fäden in der Hand hatte — aber schon die wenigen Briefe an Waldersee, die kürzlich gedruckt sind, beweisen, daß er die Offiziere zu Entscheidungen trieb, ohne daß sie sich selber bewußt waren, wer sie leitete. Diese Briefe, verschlagen und hinterhältig, gefallen sich in Andeutungen, die nur der Eingeweihteste verstehen konnte. Nie hat jemand so lautlos einen politischen Anschlag vorbereitet. Der

Baron von Holstein war die Seele der Fronde gegen Bismarck, in der nächsten Nähe des Kanzlers saß der Mensch, der die Schlinge für ihn knüpfte. Es müssen Gespräche in verschwiegenen Räumen zwischen Waldersee, Loë und Holstein stattgefunden haben — wahrscheinlich wird man nie erfahren, was dort verabredet wurde, und selbst wenn noch Aufzeichnungen aus irgendwelchen Archiven auftauchen sollten — der eitle, in sich verliebte, bigotte, selbstgefällige, frömmelnde Waldersee hat nie eine solche unheimliche Erscheinung wie diesen „Mann mit den Hyänenaugen" begriffen —, gewiß war er nicht einmal ein Geheimnis für ihn. Der kluge, ehrgeizige Loë aber mag in Holstein einen Helfershelfer, ein Werkzeug gesehen haben — nichts mehr. Keiner hat geahnt, daß Holstein die Fäden in der Hand hatte.

Diese Generalstäbler bilden eine Nebenregierung, ihnen stehen ein großer Apparat und die Geheimfonds zur Verfügung, die Militärattachés sind ihre Botschafter im Ausland, sie hatten zwar offizielle Berichte zu schicken, aber was Bismarck und der Kaiser nicht lesen sollten, wurde Privatbriefen anvertraut, das waren die wirklichen Berichte. So machten sie ihre eigene unabhängige, unkontrollierbare, unbeeinflußbare Politik. Nie ist es Bismarck gelungen, dieses Nest von konspirativen, gefährlichen, ehrgeizigen Militärs auszuheben, nie hätte er auch nur daran denken dürfen. Vor dem Generalstab, vor der Armee hielt Wilhelm Wacht, hier war Bismarck machtlos. Ihm blieb nur die Aufgabe, den Militäretat im Reichstag durchzubringen. Als er Einwände

gegen die jüngste Vorlage erhob, gingen die Militärs in heftigste Opposition über. Noch wesentlicher war, daß sie selber Politik machten und den außenpolitischen Kurs Bismarcks zu sabotieren suchten. Die Ausschaltung des Parlaments, die Unmöglichkeit jeder öffentlichen Diskussion, die Allgewalt des Kanzlers wie die unantastbare Position der Militärs verschärfen die Differenzen, geben ihnen zugleich den Charakter eines boshaft und erbittert geführten Kamarillakrieges. Auch die Generale waren in der Lage, Zeitungen zu beeinflussen, drangen allmählich in Bismarck feindlich gesinnte Kreise ein, gewannen Boden, später wird sich ihnen der Großherzog von Baden anschließen, weil er sich mit Bismarck verfeindet hat, bald erlangen sie die Verbindung mit einer Partei — der Antisemitenpartei Stöckers, die den Konservativen Konkurrenz machte, den Sozialdemokraten Stimmen durch entfesselte Demagogie abjagte und zugleich gegen Bismarck arbeitete, dessen antisozialistischer Kurs ihnen immer noch nicht scharf genug war. Dann kam es darauf an, in den höchsten Kreisen Einfluß zu gewinnen: am zugänglichsten schien der junge Wilhelm. Ihn fing man bald mit Schmeicheleien; sein sprunghaftes Wesen, seine feindliche Haltung gegenüber dem eigenen Vater war leicht zu nutzen. Der Frömmler Waldersee schlich sich an die bigotte, beschränkte Frau des Prinzen heran und gewann sie für Stöckers „Stadtmission".

Der Weg zur Macht führte durchs Himmelreich unter Ausnutzung der Dummheit einer Frau.

Bald hatte die Fronde den Prinzen gewonnen, lockte ihn in eine Versammlung im Hause Waldersee, wo man scheinbar die Beschaffung von Mitteln für die Berliner Stadtmission besprach — in Wahrheit aber handelte es sich um den Versuch, der Partei Stöckers den Anschluß an höchste Kreise zu sichern. Der Plan schien zu gelingen. Das große „Maul" Stöckers machte auf den Prinzen einen solchen Eindruck, daß er in einem Gespräch mit Herbert Bismarck äußerte: „Der Stöcker hat doch etwas von Luther." Die „Kreuzzeitung" unterließ in ihrem Versammlungsbericht nicht, zu melden, daß Wilhelm gesprochen und sich für Stöcker ins Zeug gelegt hatte. Der Vorfall erregte Aufsehen, wurde heftig diskutiert, dem Kanzler schien zum erstenmal eine ernste Fronde in höfischen Kreisen zu erwachsen.

Einige Wochen später erhielt Bismarck einen Brief Wilhelms. Der Prinz suchte sich zu rechtfertigen, erklärte die „Stadtmission" für unpolitisch und sang einen Hymnus auf Stöcker. Kurz zuvor hatte Bismarck schon einen Brief des Prinzen empfangen, der ein Schriftstück begleitete, das der junge Prinz „im Hinblick auf die nicht unmögliche Eventualität eines baldigen oder überraschenden Hinscheidens des Kaisers und meines Vaters verfaßt" hatte — es war ein Erlaß an seine künftigen Kollegen, die deutschen Reichsfürsten. Das Schreiben sollte den Fürsten zu verstehen geben, daß sie — „die alten Onkels, dem lieben jungen Neffen nicht Knüppel zwischen die Beine steckten . . . Mir wird es leicht werden per

Neffe zu Onkel mit diesen Herren, sie durch kleine Gefälligkeiten zu gewinnen und durch etwaige Höflichkeitsbesuche zu kirren. Habe ich sie erst von meinem Wesen und Art überzeugt und in die Hand mir gespielt, nun dann parieren sie mir um so lieber. *Denn pariert muß werden!*"

Bismarck, tief erschrocken, ließ den Prinzen warten und entschloß sich erst nach Wochen zur ausführlichen Anwort, in der er sich viel Mühe gab, den jungen Mann zu belehren, den das Thronfolgerfieber gepackt hatte. Der Fürst berief sich diplomatisch auf seinen schlechten Gesundheitszustand, der ihm den Schreibedienst nicht mehr so leicht wie früher gestatte . . . In allen Punkten gab er dem Prinzen Unrecht, umschrieb in höflichsten Worten seine Kritik über den Vorschlag des Prinzen, noch zu Lebzeiten des Großvaters und Vaters einen Erlaß bei den diplomatischen Vertretern Preußens zu deponieren; von der Verbindung mit Stöcker riet er ihm in jeder Form ab, weil der Prinz festgelegt und im Falle des Mißlingens selbst verantwortlich gemacht werden würde. Der Prinz gab nach, aber der Stachel der Verstimmung blieb zurück, schon im Antwortschreiben an Bismarck tauchte, wie ein Trompetensignal, der Satz auf: „Wehe, wenn ich zu befehlen habe!"

Der Versuch Waldersees, den Prinzen fest mit der Liga gegen Bismarck zu verbinden, schien gescheitert, um so eifriger setzten die Generale ihre Wühlereien fort, Bismarcks große Reichstagsrede im Februar 1888 war ihnen zu versöhnlich, der Prinz wurde gegen die

Außenpolitik Bismarcks aufgehetzt, die Generale selbst aber entfalteten mit Hilfe ihrer Attachés eine fieberhafte Tätigkeit an den Höfen in Wien und Rom. Loë wurde nach San Remo geschickt, um Waldersee genauen Bericht über den Krankheitszustand des Kronprinzen zu erstatten.

Als Friedrich zur Regierung gelangt, bemerkt Waldersee schon nach knapp drei Wochen, der Kanzler werde schwerlich die Nerven haben, um einen dauernden Krieg gegen die weiblichen Einflüsse am Hofe zu führen. — „Die beste Sicherheit dagegen ist wohl der leidende Zustand Seiner Majestät" — für den Juli erhofft der fromme Waldersee spätestens das Ableben des Monarchen — in diesen Briefen erinnern die Generale an Hyänen, die sich bereit halten, um über ihr Opfer im Augenblick seines Todes herzufallen. Jede kleinste Veränderung im Gesundheitszustand des Kaisers wird vermerkt und gedeutet. Mit großer Enttäuschung bemerkt Waldersee, daß man Wilhelm nicht die geringste Aufgabe übertrage: „Er benimmt sich übrigens in dieser für ihn so ganz besonders schweren Zeit ausgezeichnet und macht überall den besten Eindruck . . ." Schon am 16. März 1888 hatte die Kaiserin Viktoria ihrer Mutter die Situation am Hofe geschildert: „Ich glaube, wir werden im allgemeinen nur als vorüberhuschende Schatten angesehen, die bald in der Wirklichkeit durch Wilhelms Gestalt ersetzt werden sollen. Ich kann mich irren, aber es kommt mir so vor, als ob die Partei, die sich uns so lange widersetzt und uns so schlecht behandelt hat, es kaum der Mühe für wert hält, ihre

Haltung sichtbar zu ändern. da sie mit einer ganz andern Zukunft rechnet." — Sie sollte sich nicht irren. Wenige Wochen später schreibt die Mutter über den eigenen Sohn: „Er hält sich schon ganz für den Kaiser, und zwar für einen absoluten und autokratischen.... Was ich über Wilhelm sage, ist keineswegs übertrieben.... Er ist in einem Ring, einer Koterie, deren Hauptbestreben es ist, Fritz in jeder Beziehung zu paralysieren." ...

Der Kronprinz ist im Mai 1888 ganz in den Händen Waldersees, am 31. Mai kann der General seinem Freunde Reckenburg beglückt melden, daß Wilhelm „dem großen Kanzler gegenüber sehr gut operiert und auf eigenen Füßen bleibt.... Ich meine es liegt doch eine *gewaltige Chance für uns* in dem Umstande, bald einen 29jährigen, ehrgeizigen, mutigen, durch keinerlei Rücksichten gebundenen Kaiser zu haben. Weiß er die gewaltige Masse gesunder Kraft, die in uns steckt, richtig zu entwickeln und anzuwenden, so muß er der mächtigste Kaiser werden, den es je gegeben hat. Ich habe ein ungeheueres Quantum von Vertrauen in unsere Zukunft."

Zwei Tage vor Friedrichs Tode erklärt Waldersee, der „anständigste Teil der Nation sieht mit großer Zuversicht auf den Kronprinzen.... Er ist klug, tatkräftig, furchtlos und von eiserner Willenskraft. Er hat ganz das Zeug dazu, ein Mehrer des Reiches zu werden, und ein Schrecken seiner Feinde, mögen sie nun diesseits oder jenseits der Grenzen wohnen." —

Dann stirbt der arme Mensch in Potsdam. Der umschmeichelte, leichtfertige, jetzt schon größenwahn-

sinnig gemachte junge Mann gelangt ans Ruder. Schon nach einigen Tagen sind Gerüchte im Umlauf, daß Waldersee den Kanzler stürzen wolle. Wilhelm selbst scheint noch in diesem Augenblick der Rücktritt unerwünscht zu sein, Waldersee und Herbert Bismarck sprechen sich aus, in seinen Tagebüchern vermerkt der General, Bismarck habe sich überführt, daß er bei Wilhelm ihn (Waldersee) nie verdrängen werde, und ziehe es vor, sein Freund zu sein. „Ich werde natürlich die Augen offen halten, denn mein Vertrauen ist zu sehr erschüttert."

Waldersee nistet sich ein.

Im August 1888 tritt der alte Moltke zurück, Waldersee wird sein Nachfolger, genießt unbegrenztes Vertrauen, wird mit Sondermissionen betraut und ist stets in nächster Umgebung des Kaisers. Bei einem kaiserlichen Frühstück erklärt er betont in Gegenwart Dritter, Friedrich der Große würde nie der Große geworden sein, wenn er bei seinem Regierungsantritt einen Minister von der Bedeutung und Machtstellung Bismarcks vorgefunden und behalten hätte. Solche Worte verfehlen ihren aufreizenden Zweck nicht, der eitle Wilhelm wird sie nie vergessen. Aber als im Herbst 1888 der Vertraute der Kaiserin Friedrich und Freund ihres verstorbenen Gatten, *Professor Geffcken, die Kriegstagebücher Friedrichs III. auszugsweise veröffentlicht*, werden Bismarck und Wilhelm noch einmal zusammengetrieben. Die Tagebücher belasten Bismarcks Politik im Krieg und lassen ihn als Gegner der Reichsgründung erscheinen,

als wäre Friedrich es gewesen, der Kaiser und Reich gegründet hätte. Die Glorifizierung Friedrichs wirkte auf den Sohn wie seinen Kanzler gleich herausfordernd — sie erklären die Tagebücher öffentlich für eine Fälschung, obwohl sie in Privatgesprächen keinen Hehl aus ihrer Echtheit machen. Der Kaiser schleudert seiner Mutter die bittersten Vorwürfe ins Gesicht, daß sein Vater dergleichen geschrieben hätte. Geffcken wird unter Anklage gestellt, die Publikationen werden beschlagnahmt. Aber diese Episode kann die Krise nur hinausschieben. Schon im Sommer 1888 hatte Wilhelm bemerkt: „Sechs Monate will ich den Alten verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst."

Wilhelm geht auf Reisen, und macht in Petersburg, Stockholm und Kopenhagen Antrittsbesuche, im September weilt er an den süddeutschen Höfen, in Wien und Rom. Jedoch empfängt Bismarck noch am 31. Dezember einen sehr wohlwollenden Silvesterbrief Wilhelms.

Zur ersten *offenen* Verstimmung zwischen beiden kommt es im Mai 1889, als Wilhelm wider den Einspruch Bismarcks eine Abordnung streikender Bergarbeiter empfängt, während er den Grubenbesitzern erklärt, es sei seine „königliche Pflicht" Unternehmern wie Arbeitern seine Unterstützung bei Konflikten teilwerden zu lassen. Bismarck sieht in diesen Reden Popularitätshascherei und spricht im Reichstag scharf gegen die Sozialdemokratie. Zum ersten Male kündet sich von anderer Seite das aufziehende Gewitter an. Bisher hatte nur die Kamarilla gewühlt, bisher schien es, als werde Bismarck nur das Opfer

von Kabalen und Intrigen der Hofgenerale, Günstlinge und Schmeichler, das Opfer der Eitelkeit eines jungen Herrschers werden.

Im Hochsommer kommt es zu einem neuen Konflikt über die Russenpolitik. Längst war Wilhelm von den Generalen eingefangen und stimmte ihnen bei, der Krieg müsse an zwei Fronten geführt werden, je früher er ausbreche, um so besser. Bismarck glaubt, die französisch-russische Annäherung durch den Rückversicherungsvertrag verhindern zu können, traut Österreichs militärischer Kraft nicht und verläßt sich keineswegs auf Italien.

Im Sommer 1889 wollten die Russen eine Anleihe in Berlin unterbringen — Bismarck hatte bereits alles mit der russischen Regierung abgemacht, da hetzen die Generale und werfen Bleichröders Namen in die Diskussion. Aufgebracht eilt Wilhelm zu Herbert, schickt ihn nach Varzin, beschuldigt den Kanzler umwunden der Geschäftemacherei mit Bleichröder — Bismarck gibt nach — er ist krank und müde. In diesen Tagen brach Wilhelm innerlich mit dem Alten, Waldersee berichtet: — „von da ab hat der Kaiser mit dem Kanzler eigentlich nur noch Komödie gespielt. Bei Begegnungen war er äußerst höflich und voller Rücksichten, kaum aber hatte der Kanzler den Rücken gedreht, so gab es Klagen, wohl auch gar Spott über ihn."

Die Walderseegruppe erweiterte sich, Holstein witterte zuerst die entscheidende Wendung und konspirierte mit den Generalen. Im Kabinett schwankte der Minister Bötticher wie ein Rohr, er hatte Bis-

marck alles zu verdanken, aber die Kamarilla ließ nicht locker, er war ein schwacher Mensch, der zwischen den Linien zu lavieren glaubte, jedem bündigen Entschluß auszuweichen suchte und im entscheidenden Augenblick keine Hand für Bismarck zu rühren wagte.

Bismarck erschien immer seltener in Berlin, der Kaiser selbst ermunterte ihn zum Fernbleiben unter dem Vorwand der Sorge um seine Gesundheit, in Wahrheit wollte er ihn nicht in der Nähe haben.

Der Alte überließ die Leitung der Geschäfte seinem Sohne Herbert, der durch sein barsches Wesen mit aller Welt verfeindet war und als Träger des Bismarckschen Namens glaubte, sich alles herausnehmen zu dürfen. Merkwürdigerweise hatten die Bismarcks anfangs nicht die leiseste Ahnung von dem Sturm, der sich vorbereitete. Als der Alte im Herbst Wilhelm von einer zweiten Reise nach Petersburg abriet, bemerkte er zwar Wilhelms Verstimmung, legte ihr aber kein Gewicht bei und fuhr sorglos am 16. Oktober nach Friedrichsruh, um erst am 23. Januar nach Berlin zurückzukehren.

Inzwischen nahm die Kamarilla Zeit und Gelegenheit wahr. Waldersee bearbeitete Reichstagsabgeordnete, hetzte Böttticher gegen Herbert auf, war immer in nächster Umgebung des Kaisers und galt vielen schon als Nachfolger Bismarcks.

Bismarck scheint ahnungslos.

Immer stärker wird Holsteins Einfluß auf Waldersee, er korrespondiert mit ihm über die Besetzung diplomatischer Posten und unterrichtet ihn über alle Vorgänge im Auswärtigen Amt. Um die Jahreswende

ist die Front geschlossen. Ein Wallensteinschicksal bereitet sich vor. Verlassen ist Bismarck bereits von vielen Anhängern, von Beamten seiner Ressorts, von Ministern im Kabinett, von Fürsten, in den Kabinetten Europas schwirren Gerüchte vom bevorstehenden Rücktritt Bismarcks. Nur die deutsche Öffentlichkeit und die Bismarcks haben keine Ahnung.

Nur die Frage der Taktik, die zum Sturz des Kanzlers führen soll, macht der Kamarilla Kopfzerbrechen. Sie fürchtet die öffentliche Meinung und ihn selbst. Noch am 12. Januar notiert sich Waldersee: „Es kommt darauf an, den Kaiser richtig zu beraten, so daß er nicht den kürzeren zieht; bei allem Rückgang ist der Kanzler doch immer noch ein kluger und höchst verschlagener Mann. Seine Stärke war immer, in schwieriger Lage schnell einen Ausweg zu finden. Es darf unter keinen Umständen vor der Welt so aussehen, als ob der Kaiser den Kanzler habe loswerden wollen."

Jetzt, da der Kampf beginnen soll, überfällt die Kamarilla die Angst. Niemand will den Kampf wagen, es herrscht eine „Art chaotischer Zustand." Im Dunkeln haben sie Krieg führen können — jetzt, da es auf die Entscheidung losgeht, zaudern und bangen sie. Plötzlich kommen ihnen Bedenken, weil sie nicht wissen, wie sich die Öffentlichkeit verhalten wird. Wenn nicht die innenpolitische Lage in diesem Augenblick entscheidende Beschlüsse gefordert haben würde, hätte man wahrscheinlich keinen Schritt weiter gewagt. Nicht aus dem Dunkel konnte der Stoß geführt werden.

DIE ENTLASSUNG

Am 8. Januar war der Reichstag zu einer kurzen Schlußsession zusammengetreten. Neuwahlen sollten bald erfolgen. Das Sozialistengesetz lief ab, zur Entscheidung stand, ob es verlängert oder aufgehoben werden sollte. Bismarck war für Verschärfung. Unter dem Eindruck der großen Streikbewegung des vergangenen Jahres und des immer fühlbarer werdenden Einflusses der Sozialdemokratie hatte Bismarck schon im Frühwinter davon gesprochen, man müsse es auf Straßenkämpfe ankommen lassen. Dieser alte, kranke, müde Mann, der jetzt vor physischer Erschöpfung häufig zu weinen begann, war selbst in diesem Stadium noch von demselben Hasse gegen die Revolution und das Proletariat beseelt wie zu Beginn seiner Laufbahn. Für Berlin forderte Bismarck eine Verstärkung der Garnison und schrieb in einem Brief an Wilhelm vom 29. Dezember 1889: „Vor der Hand halte ich innere Kämpfe für näher bevorstehend wie äußere Kriege, und bedauere lebhaft, daß ich für dieselben nicht mehr so rüstig bin wie 1862." Aber solche Worte waren keineswegs Musik in des Kaisers Ohren, der im Augenblick keine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Proletariat wollte — nicht weil er sein Freund gewesen wäre, sondern weil er um Thron und Leben zitterte.

Im Winter wurden wider Bismarcks Willen Arbeiterschutzgesetze vorbereitet, bestimmt, den Arbeitern einen sozialen Charakter des neuen Kaisertums vorzutäuschen. Der zwölfjährige, erbarmungslose Kampf gegen die Partei war erfolglos gewesen, unaufhörlich gewann sie Boden. Man glaubte mit andern, vorsichtigeren Mitteln die revolutionäre Gefahr bannen zu können. In Besprechungen über die Schutzgesetze äußert Bismarck, er halte eine Beschäftigung Jugendlicher, die eben der Schule entwachsen sind, in der Fabrik für einen Segen; nie werde er seine Zustimmung geben, daß der Humanitätsdusel zu Zuständen führe, welche die vaterländische Wirtschaft schädigen müßten. In den minimalen Schutzordonnanzen sieht Bismarck den Versuch einer Beschränkung der ... „*Arbeitslust,*" man dürfe es den Arbeitern nicht unmöglich machen, Sonntags arbeiten zu können, auch Nachtarbeit dürfe nicht verboten werden, ebensowenig Kinder- und Frauenarbeit. Man dürfe den Arbeiter nicht verhindern, Geld zu verdienen, es sei fraglich, ob man mit solchen Reformen den Dank der Bevölkerung ernte; das ganze Gesetz sei im höchsten Grade unsozial . . .

So erscheint am Ende seiner politischen Laufbahn Bismarck im selben patriarchalischen Verhältnis zur Arbeiterschaft wie vor 50, 60 Jahren; der Landjunker Ostelbiens hat innerlich keine Wandlung durchgemacht. Wie kann ein Mensch mit so beengtem Horizont, mit fast biblischen Vorstellungen, die eigentlichen Gründe für die sozialen Kämpfe, die Klassengegensätze erkennen! Es ist uns nirgends

überliefert, daß jemand über solche Äußerungen entsetzt war — nicht etwa, weil aus ihnen Bismarcks unsoziale Auffassung überhaupt sprach — davon gar nicht zu reden — aber niemand außerhalb der Sozialdemokratie wagte von da an zu sprechen, daß im Jahre 1890 der führende deutsche Staatsmann wie ein Museumsschrecken in der Gegenwart gespensterte.

Nicht die Wühlereien eines intriganten ehrgeizigen Generals, der den höchsten Posten im Reich ergattern wollte, führten den Sturz herbei, sondern der Zwist über die Methoden, wie man die Revolution bekämpfen sollte. Die Kamarilla hätte auf ihre Weise wahrscheinlich nie Bismarcks Sturz erzwungen. Die Krise mußte erst den Charakter einer Staatskrise erhalten; der Kampf um die Macht in den höchsten Atmosphären allein war nicht der wahre Grund zu Bismarcks Sturz — der Fürst ist im Klassenkampf gefallen. Nicht entscheidend ist, daß sich dieses letzte Ringen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzog und das Proletariat nicht handelnd als Gegner Bismarcks auf dem Schauplatz des letzten Ringens erschien. Unsichtbar steht es immer auf der Bühne.

Bismarcks Methoden, die revolutionäre Gefahr zu bannen, sind gescheitert, aber er fordert nicht den Rückzug, nicht Defensive, keine Täuschungsversuche, sondern Offensive, Vormarsch, Frontangriff. Er verhöhnt die Arbeiterschutzerlasse, deren Gegenzeichnung er verweigert. In der Kronratsitzung vom 24. Januar hatte Wilhelm erklärt, daß er nicht

schießen lassen würde, er dürfe und wolle nicht in eine solche Zwangslage gebracht werden. Da sind Gegensätze, die man nicht überbrücken kann.

Am Abend nach dieser Sitzung findet man Bismarck in Tränen und völlig verzweifelt; er gibt Freunden zu verstehen, daß er mit Wilhelm nicht länger zusammenarbeiten könne. Sein Werk gibt er verloren. Der Bankrott ist erklärt.

Als Bismarck erkennen muß, daß auch die Parteien im Reichstag nicht für eine Verschärfung des Sozialistengesetzes zu haben sind, die Konservativen eine längere Dauer aber nur im Falle der Milderung verlangen, entschließt er sich unter dem Druck der Verhältnisse nachzugeben, in der Absicht, dem neuen Reichstag ein Gesetz mit verschärften Bestimmungen vorzulegen. Am 25. Januar wird der Reichstag aufgelöst. Das Gesetz ist gefallen.

Um den Kaiser für sich zu gewinnen, der sich gegen alle scharfen Maßnahmen sträubt, gibt Bismarck seinen Widerstand gegen die Militärvorlage auf, er verlangt sogar eine Erhöhung der Etatforderung, in der Hoffnung, daß der Reichstag den Etat ablehnen und der Kaiser einsehen würde, mit dem Parlament ließe sich überhaupt nicht mehr regieren.

Als die Wahlen für den neuen Reichstag am 20. Februar den Sozialdemokraten fast 1½ Millionen Stimmen brachten, ihre Mandate sich auf 35 erhöhten, und die Partei die höchste Stimmenzahl zu verzeichnen hatte, ging Bismarck einen Schritt weiter und plante nicht nur Verfassungsreformen, sondern den Staatsstreich.

Anfangs Februar hatte Bismarck auf seine Frage: „Ich fürchte, daß ich Ew. Majestät im Wege bin" von Wilhelm keine Antwort erhalten. Das war ein sehr deutliches „Ja" — aber als Bismarck, der nicht gehen wollte, einen Ausweg suchte und vorschlug, sich auf den „Altenteil des Auswärtigen" zurückzuziehen, stimmte der Kaiser zu und fragte plötzlich im lebhaften Ton: „Aber die Militärforderungen werden Sie doch noch im Reichstag durchbringen?" Bismarck bejahte, aber wichtiger als die Militärforderungen war ihm das Sozialistengesetz, im Kabinett saß ein Günstling Wilhelms — der Kriegsminister *Verdy*, den Bismarck für einen Spitzel Wilhelms hielt, und in dessen Ernennung er einen Schachzug gegen sich erblickte. Als Bismarck im Kabinett seinen Rücktritt aus allen preußischen Ämtern ankündigte, schwiegen die Minister, nur Bötticher murmelte einige bedauernde Worte und fragte den Fürsten nach Aufhebung der Sitzung, ob er als künftiger preußischer Ministerpräsident den Rang vor dem Generaloberst von Pape bei Hofe haben würde . . . Bismarck verlieh seinen Gefühlen im Gespräch mit dem Sohne Ausdruck: „Die sagen zu dem Gedanken, mich loszuwerden, alle Ouf! erleichtert und befriedigt."

Am Wahltag wollte er zurücktreten — nicht früher, um den Sozialdemokraten nicht Mut zu machen, nicht später, um im Falle eines sozialdemokratischen Sieges nicht als Geschlagener und Fliehender zu erscheinen. Plötzlich fiel er wieder um, weil ihm zum Bewußtsein kam, daß nach Abgabe der preußischen Ämter seine Position geschwächt war.

Schon am 12. Februar machte er dem Kaiser den Vorschlag, er wolle die ersten Abstimmungen über die Militärvorlage und die Erneuerung des Sozialistengesetzes abwarten und dann gehen — also im Juni oder Juli. Der Kaiser war enttäuscht. Wie sehr hatte Bismarcks freiwilliges Rücktrittsangebot die Situation erleichtert — jetzt ging es von neuem in den Kampf, aber der Feigling wagte keine Entgegnungen und äußerte mißvergnügt: „Dann bleibt also alles beim alten."

Bismarck wußte, daß Wilhelm ihn loswerden wollte, aber es war der Besitz der Macht, die er nicht preiszugeben vermochte, es war vor allem *die Furcht um die Monarchie,* die ihn drängte, auf dem Platz zu bleiben. In seinen „Erinnerungen" erklärt Bismarck, die Anhänglichkeit an den Thron und die Zweifel an der Zukunft hätten es ihn als Feigheit erscheinen lassen, zurückzutreten, ehe alle Mittel erschöpft waren, um die Monarchie vor Gefahren zu behüten oder sogar zu verteidigen. Die Vorgänge vom Jahre 1848 wiederholen sich jetzt nach 42 Jahren — wieder erscheint Bismarck als Frondeur und Ultraroyalist, wieder sucht er nach Männern, mit denen er den Thron bis zum Äußersten verteidigen will, wieder hält er den Monarchen für den Gefangenen seiner Umgebung und wieder sieht er sich zuletzt allein. Der Don Quijote der Reaktion von 1848 steht 1890 vor dem Schloß, um diesmal vom Monarchen selbst abgewiesen zu werden.

Nach den Wahlen glaubt Bismarck, daß Wilhelm mit ihm paktieren würde. Am Wahltag hatte Wil-

helm die Garnison in Berlin alarmieren lassen. Bismarck legte diese Ordre für günstig in seinem Sinne aus. Aber die Wahlen brachten den Sozialdemokraten den großen Sieg, der das ganze reaktionäre Europa aufschreckte. Jetzt hielt Bismarck seine Zeit wieder für gekommen. Er besaß gar nicht das Gefühl für die Niederlage, die er erlitten hatte. Manchmal scheint es, als ob er immer im Wahne gelebt hätte, ihm könnte nie etwas mißlingen. Dann fälschte die Phantasie die Wirklichkeit, so daß er nichts zu erkennen vermochte. Der jetzige Sieg war für ihn keine Niederlage, sondern nur der Anlaß zur Gegenwehr mit den äußersten Mitteln. Wilhelm allerdings scheint selbst Augenblicke lang ins Schwanken geraten zu sein, nach einer Unterredung mit Bismarck hörte man ihn sprechen: er wünsche nur, daß Bismarck ihm noch mehr den Eindruck bereite, daß *er* allein regiere und die Maßregeln von ihm ausgingen. Im Vortrag vom 25. Februar wandte Bismarck jenes Mittel an, mit dem er den alten Wilhelm stets gefangen hatte: er griff den Monarchen am Offiziersportepee. Der neue Reichstag würde die Militärforderungen nicht annehmen — davon war sogar Waldersee überzeugt, und Wilhelm wie die Generale wollten sie durchsetzen — Bismarck, der sie für überflüssig gehalten hatte, sah jetzt eine gemeinsame Plattform, auf der er zuerst in einer Richtung mit den Generalen *und* Wilhelm marschieren konnte — später würde sich schon das weitere ergeben.

Noch einmal erlebt man den bekannten Versuch — so oft mit Glück angewandt: den Gegner für ge-

meinsame Interessen zu gewinnen, um ihm später um so sicherer den Genickstoß zu geben. Aber dieser Versuch mißlingt. Denn der Kaiser stellt sich, als merke er Bismarcks Versuch nicht — es sieht nur so aus, als ob sie über alle strittigen Fragen einig wären: Bismarck läßt jetzt zwar seinen Widerstand gegen die Arbeiterschutzgesetze fallen, glaubt aber den Kaiser für ein Kampfprogramm gewonnen zu haben: zuerst Einbringung der Militärvorlage, dann des Sozialistengesetzes, das einen neuen Paragraphen erhalten sollte, der „mißliebige Agitatoren" mit Verbannung aus dem Reichsgebiet und Verlust der Staatsangehörigkeit bedrohen sollte. Bewilligte der Reichstag die Vorlagen nicht, würde man ihn so lange auflösen, bis endlich ein Reichstag den Willen des Kaisers und Bismarcks erfüllen würde. Als Bismarck den Kaiser nach dieser Audienz verlassen hatte, erklärte er in der Reichskanzlei: „Der Kaiser ist bereit zu fechten, ich kann an seiner Seite bleiben."

Allerdings wollte der Kaiser mit der Sozialdemokratie fechten — aber auf seine Weise, und vor allem selbständig. Kein Zweifel, daß auch Wilhelm an Straßenkämpfe dachte — nur jetzt nicht und nur in der Gemeinschaft Bismarcks nicht. Im Augenblick hoffte er immer noch, mit den sozialen Reformen eine Wirkung ausüben zu können — die ultimo ratio blieb immer noch möglich, aber dazu brauchte man Bismarck nicht, das konnten die Generale auch, da war Waldersee, da war Verdy, da war auch Caprivi, dessen Name in diesen Tagen wieder in die Diskussion geworfen wird — von Bismarck selbst, der ihn

als preußischen Ministerpräsidenten empfahl, um die Straßenschlachten gegen das Proletariat zu leiten. Vielleicht entsann er sich an den Herbst 1878, als man Caprivi so warm empfohlen hatte.

Es war natürlich, daß Wilhelm, an seiner Offiziersehre gepackt, Bismarck gar nicht erklären konnte, er werde notwendigenfalls nicht kämpfen — nichts schreckte Wilhelm mehr als die Erinnerung an Friedrich Wilhelm IV. Auch für Wilhelm galt das Wort, das Bismarck ihm früher schon zugerufen hatte: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!" Der soldatische Ehrbegriff Wilhelms des Jungen ist anders geartet als der des alten Wilhelm. Der junge Mann lebte in Kommentvorstellungen, er war beleidigt, wenn man ihm zu verstehen gab, er kniffe. Selbst wenn der junge Wilhelm kneifen wollte, würde er es geleugnet und erst recht den starken Mann gespielt haben. Das erforderte eben der Komment, diese Verknöcherung des Ehrbegriffs hat Bismarck nicht verstanden. Deshalb erreichte er das Gegenteil von dem, was er früher in ähnlichen Fällen dem alten Wilhelm gegenüber erreicht hatte.

Und selbst wenn Wilhelm im Verlauf der Unterredung vielleicht daran dachte, Bismarck noch eine Weile zu ertragen — am andern Tage hatte sich die Situation längst verändert: Waldersee und Verdy wurden von Wilhelm empfangen, er erzählte ihnen den Verlauf der Unterredung mit Bismarck — jetzt spielt Wilhelm tatsächlich den Beleidigten, weil Bismarck vermutet habe, er werde im Falle von Unruhen und Aufständen nicht schießen lassen, er —

der Kaiser — habe Bismarck erwidert, er möchte nur beruhigt sein, im Notfall werde er auch vor den äußersten Maßnahmen nicht zurückschrecken. Ironisch bemerkte Wilhelm, auf diese Erwiderung hin sei Bismarck, der zuerst sehr ernst und bekümmert ausgesehen habe, vergnügt geworden und habe gesagt, nun werde ein Alp von ihm genommen, der ihn Nacht für Nacht bedrückt habe —: „Verdy und ich (Waldersee) lachten und meinten, daß dies wiederum nichts sei als eine Komödie; der Kaiser ist, glaube ich, der gleichen Ansicht." Und während Bismarck im Glauben war, der Kaiser sei auf seiner Seite, faßte Waldersee die Lage so auf, als ob sich der Kanzler dem Kaiser unterworfen hätte.

Zwei Tage vorher hatte Waldersee dem General Stosch geschrieben: „Der 29jährige, ehrgeizige, autokratisch angelegte jetzige Kaiser, mit hervorragenden Geistesgaben und voller Schaffensdrang, konnte mit dem 73jährigen herrschsüchtigen, egoistischen, auf seinen Ruhm sehr eitlen Kanzler nicht lange wirtschaften; sie haben auch in der Tat von Anfang an nur miteinander oder besser gegeneinander Komödie gespielt; jeder Tag gab dem Kaiser mehr Sicherheit und Selbstvertrauen und entwickelte sich naturgemäß Eifersucht auf beiden Seiten, die nunmehr zum Krach geführt hat. Der Riß ist so gründlich, daß er nicht mehr geleimt werden kann."

Die Komödie wird einseitig gespielt — Bismarck hat jetzt nie mehr ans Spielen gedacht — für ihn war es der entscheidende Kampf um die Macht zur Rettung der Monarchie, er hielt sich für unentbehrlich

und als einzigen für fähig, die Krone gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen und die Partei selbst zu vernichten. Es war eine Verblendung ohnegleichen, wenn er nicht sehen wollte, daß man ihn täuschte und sich über ihn lustig machte. Aber 28 Jahre war er an der Macht, glaubte, daß Hohenzollern und Reich nur ihm ihre Existenz verdankten, — unbegreiflich, daß er nicht spürte, welche traurige Rolle er spielte, verständlich nur durch sein Alter, seine körperliche Erschöpfung, aber auch durch seine Unzulänglichkeit, die Geschöpfe eines Systems zu begreifen, das er zwar selbst geschaffen hatte, dessen Auswirkungen ihm aber geheimnisvoll blieben. Er steht wie Meister Anton in Hebbels „Maria Magdalena" da und begreift tatsächlich die Welt, seine eigene Welt nicht mehr. Er — der Ultraroyalist — hatte den alten preußischen König begriffen und zu lenken vermocht, aber die Menschen der oberen Schichten im neuen Reich waren ihm unfaßlich. Den Schlüssel zu ihrem Wesen hatte er längst verloren, immer waren alle Türen wie von selbst aufgesprungen — jetzt blieben sie verschlossen, der Mechanismus hatte sich völlig verändert. Hätte er damals über der Situation gestanden, konnte er nicht bleiben — alles, was er noch tat, war ohne Wirkung, mußte ohne Wirkung bleiben — er trieb Politik im luftleeren Raum — deshalb sind seine Versuche, auf den Staatsstreich hinzuarbeiten, rein akademischer Natur, er kämpft — allein — gegen eine Partei, die gar nicht mehr vorhanden ist. Was er auch jetzt noch sagt und vorschlägt und durchzusetzen wünscht, ist wertlos,

weil niemand ernsthaft mit ihm diskutiert. Man hört ihn kaum an.

Am 2. März bringt Bismarck in der Ministersitzung den phantastischen Plan eines Staatsstreiches vor, der erst vor einigen Monaten durch die Arbeit Egmont Zechlins, „Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelm II. 1890—1894", bekannt wurde. Falls der Reichstag in fortgesetzter Opposition verharre, müsse man andere Mittel anwenden, der König von Preußen sei befugt, die deutsche Kaiserwürde niederzulegen, das Reich sei ein Bund, der nicht durch die Staaten, sondern durch die Fürsten geschlossen sei, sie könnten jederzeit vom gemeinschaftlichen Vertrag allseitig zurücktreten und sich zu einem neuen Bund zusammenschließen, mit einer neuen Verfassung, in der es kein Parlament mehr gäbe. Nur auf diese Weise würde es möglich sein, sich von dem Reichstag loszumachen, wenn die Wahlen fortgesetzt schlecht ausfallen sollten. Was Bismarck wollte, war die Beseitigung des Reichstags, die Mundtotmachung der Opposition, vor allem der Sozialdemokraten — das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht mußte verschwinden —, schon früher hatte Bismarck gedroht, das *„Nürnberger Spielzeug"*, das er dem Volke gegeben habe, müsse ihm wieder fortgenommen werden, weil es nicht damit umzugehen wisse, er war es satt, auf die Resultate einer Lotterie, wie er selber die Wahlen genannt hatte, angewiesen zu sein, er wollte nicht länger von Majoritäten abhängig sein — der Reichstag hatte einmal seinen Sinn gehabt — als er ihn zum gefügigen Werkzeug machen

konnte —, jetzt, wo das Stimmrecht den Sozialdemokraten eine ungeheure Macht verlieh, würde das Parlament, so beschränkt seine Befugnisse auch waren, zu einer Gefahr. Auf dem Umweg über eine spitzfindige, ausgeklügelte Interpretation der Verfassung schlug Bismarck den Weg zur Diktatur vor — es war der letzte Versuch, die Macht unumschränkt in Besitz zu nehmen. Wahrscheinlich hätte er den phantastischen Vorschlag nie gemacht, wenn er gewußt, begriffen, gefühlt hätte, wie fest bereits Wilhelm entschlossen war, ihn aus dem Amte zu entfernen. Der Vorschlag Bismarcks scheint nicht ernsthaft diskutiert worden zu sein; Wilhelm wie der ganzen Kamarilla war klar, daß seine Annahme und Durchführung nicht nur die Massen zum Widerstand herausgefordert haben würden, sondern vor allem die unumschränkte Diktatur Bismarcks bedeutete — denn nur er wäre für die Ausführung einer solchen Idee in Frage gekommen. Der Vorschlag scheint in einigen Unterredungen Wilhelms mit seinen Günstlingen diskutiert worden zu sein, der Großherzog von Baden hat Wilhelm offenbar das Risiko eines solchen tollen Streiches vor Augen geführt. Ohne Erregung wurde der Vorschlag verworfen. Der Großherzog erklärte, am Anschwellen der sozialistischen Stimmen sei nur Bismarck schuld, man müsse einen milderen Kurs einschlagen, dann würde die Partei an Einfluß verlieren, auf keinen Fall aber dürfe es zu Maßnahmen kommen, die ein Blutbad herausforderten. Zum ersten Male hatte die sozialistische Bewegung das ganze Reich gleichmäßig ergriffen — gerade *diese* Er-

scheinung schien nach Reformen, nach anderen Methoden zu verlangen.

Schon zwei Tage nach dem Ministerrat, in dem Bismarck seine Staatsstreichpläne ausführte, erklärte der Kaiser plötzlich, er wolle auf das Sozialistengesetz überhaupt verzichten — daran waren die Konservativen schuld, die inzwischen interveniert hatten — Bismarck erklärte sofort sein Einverständnis, denn für diesen Fall hielt er einen anderen Programmpunkt im Auge: er hoffte auf den offenen Kampf mit der Sozialdemokratie, dazu war die Militärvorlage geeignet, die zum Konflikt mit dem Reichstag führen mußte. Und an der Militärvorlage hielt Wilhelm auf Wunsch der Generale noch fest, das Sozialistengesetz war längst nur noch eine Marotte Bismarcks, die jetzt sogar für die Krone lebensgefährlich zu werden schien. Nun versuchte sich Bismarck zu retten, indem er sich zum Anwalt der Militärvorlage machte, auf der seine ärgsten Gegner, die Generale, bestanden. Er übernahm ihr Programm, in der Absicht, sie zu schlagen.

Am 8. März merkte Bismarck, daß man mit ihm Komödie spiele — er hatte sich in einer Unterredung mit dem Kaiser scharf gegen den Minister Bötticher gewandt, warf ihm Insubordination und Falschheit vor — wer denkt nicht an den Arnim-Fall? Der Kaiser hörte sich die Beschuldigungen an — Bismarck hatte kaum das Schloß verlassen, als Wilhelm dem Minister Bötticher mit einem „sehr gnädigen Brief den Schwarzen Adlerorden" übersandte . . . ! „Ich war als Vorgesetzter des Deko-

rierten davon nicht unterrichtet, und unterblieb auch jede nachträgliche Mitteilung an mich." — Der Orden war der höchste preußische Orden — Bismarck hatte ihn 1866 erhalten.

Trotzdem ist Bismarck überzeugt, das sogenannte Kampfprogramm würde ausgeführt werden. Aber während er im Ministerrat davon sprach, wurde bereits Wilhelm bearbeitet, es fallen zu lassen. Das ist der Gegenzug der Generale.

Die Auszeichnung Böttichers hatte Bismarck zum klaren Bewußtsein gebracht, daß seines Bleibens nicht mehr länger sein könnte, aber dennoch entschloß er sich zu bleiben und kein Mittel unversucht zu lassen; am 10. März erscheint er in der russischen Botschaft, ganz offenbar in der Absicht, eine Demarche seitens des Zaren zu seinen Gunsten durchzusetzen. Der Zar war keineswegs bei seinem Mißtrauen gegen die deutsche Politik einem solchen Vorgehen geneigt. Und selbst wenn die Demarche erfolgt wäre, hätte sie nur Wasser auf die Mühlen der preußischen Generale geleitet. Im Verlaufe dieser Unterredung in der russischen Botschaft erklärte Bismarck, es sei ihm unmöglich, am Ende seines Lebens Maßnahmen mit seiner Unterschrift zu bekräftigen, die er mißbillige. Er habe sich zum Rücktritt entschlossen; nur um nicht das Gerücht aufkommen zu lassen, als ob ihn die in den Reichstag gewählten „*Schweine*" Schrecken einjagten, wolle er noch vor dem neuen Reichstag sprechen und dann gehen. Als am andern Tage der russische Geschäftsträger Murawjew seinen Gegenbesuch machte, nahm Bismarck die Anklagen

gegen Wilhelm wieder auf, der dauernd fürchtete, daß er nicht in alle Geschäfte eingeweiht würde, nur auf den Rat eines Lehrers Hinzpeter oder irgendeines kleinen Leutnants höre: „Es gibt eine deutsche Ballade, die mit den Versen endet: ‚Ich hab es getragen sieben Jahr' . . . Und ich habe mein' Last viermal sieben Jahre getragen, länger vermag ich es nicht."

Die Russen stehen unter dem Eindruck, daß Bismarck ihre Demarche ersehnt, sie wissen nichts von den Umtrieben der Kamarilla und glauben auch nicht, daß es Bismarck mit seinen Rücktrittsabsichten ernst sei; Murawjew meldet nach Petersburg, dem Fürsten rede seine Familie zu, zurückzutreten, den Dingen ihren Lauf zu lassen, um später als Retter zurückzukehren.

In diesen Tagen klagt Bismarck gleichfalls auch dem *französischen* Botschafter sein Leid und äußert seine Erbitterung über das neue System — die Kamarilla erfuhr es und heuchelte Empörung, fand Bismarcks Handlungen „unglaublich" — der Kaiser hörte davon, geriet plötzlich ins Schwanken und erklärte sogar, er würde nächstens wieder bei Bismarck essen, damit die Menschen dächten, sie ständen auf gutem Fuße. — Die Aktionen Bismarcks bei den ausländischen Vertretern scheinen eine gewisse Wirkung im Augenblick nicht verfehlt zu haben — aber jetzt fordert der Großherzog von Baden, bearbeitet von Waldersee, die Entscheidung — der Zustand sei unmöglich geworden, bald werde die ganze Welt wissen, daß der Kaiser nur Komödie spiele. Tagelang redet

der Großherzog auf den Kaiser ein. Ausgangspunkt der letzten entscheidenden Krise wird die Unterredung Bismarcks mit Windthorst am 12. März, die Bleichröder vermittelt hat, Bismarck selbst hatte sie gewünscht — jetzt, als alle Aussichten zu schwinden beginnen, wendet er sich um Hilfe an den Parteiführer — plötzlich kommt ihm der Gedanke, *sich die Unterstützung des Parlaments zu holen*, derselben Institution, die er noch vor wenigen Tagen durch Staatsstreich beseitigen wollte — er wendet sich an den Mann, der zu seinen größten Feinden gehörte — aber Windthorst stellt Forderungen, verlangt die Wiederherstellung der kirchenpolitischen Zustände von 1870 — der Preis ist zu hoch und unmöglich zu bezahlen. Bismarck fühlt sich in einer Lage, als ob er erpreßt würde — die Unterredung schließt ergebnislos. — Windthorst bittet formal Bismarck zu bleiben, schlägt aber bereits den Nachfolger vor: Caprivi. Am Abend erklärt Windthorst einem Freunde: „Ich komme von dem politischen Sterbebett eines großen Mannes." —

Von der Unterredung erfährt noch am selben Abend der Kaiser durch Bötticher. Jetzt muß gehandelt werden: der Kaiser sieht sich gleichfalls nach Unterstützung um — mit größerem Erfolg als Bismarck — er paktiert mit den Konservativen, die sich schroff gegen ein Bündnis Bismarcks mit dem Zentrum erklären und den Kaiser bestimmen, die „große" Militärvorlage aufzugeben. Der Kaiser pflichtet bei. Bismarck braucht man nicht mehr.

Am 14. März versucht Bismarck vergeblich, den Kaiser zu sprechen. In der Frühe des nächsten Tages

aber wird Bismarck aus dem Bett geholt, der Kaiser wünsche ihn zu sprechen, sei schon im Hause.

Bismarck erscheint — eben angekleidet, noch nüchtern, entschuldigt sich, er habe den Befehl zum Vortrag erst vor 25 Minuten erhalten, — der Kaiser lügt: „So — ich habe die Bestellung gestern nachmittag hinausgegeben." — Bismarck antwortet gleichfalls mit einer Lüge: „Ich kann Ew. Majestät melden, daß Windthorst aus dem Bau gekommen ist und mich aufgesucht hat." — „Nun, Sie haben ihn doch natürlich zur Tür hinauswerfen lassen?" — Nein, er habe ihn empfangen wie jeden Abgeordneten, der sich bei ihm melden lasse. Der Kaiser erklärt, Bismarck hätte vorher bei ihm anfragen müssen, der Fürst widerspricht, er habe die Freiheit, in seinem Hause Besuche zu empfangen. Wilhelm wirft Bleichröders Namen ins Gespräch: „Juden und Jesuiten halten immer zusammen." — Bismarck: „Es ist viel Ehre für mich, daß Ew. Majestät so genau über die inneren Vorgänge in meinem Hause unterrichtet sind." — Windthorst, nicht er, habe durch Bleichröder die Unterredung erbeten; die Absichten des Führers der stärksten Reichstagsfraktion zu ermitteln, sei seine Pflicht gewesen. „Einer Kontrolle in Einzelheiten und in meiner persönlichen Bewegung im eigenen Hause kann ich mich nicht unterwerfen."

„Auch nicht, wenn Ihr Souverän es befiehlt?"

Bismarck beharrt in Ablehnung.

Da wechselt Wilhelm das Thema, geht an anderer Front zum Angriff vor, ohne nach dem Inhalt der Unterredung mit Windthorst gefragt zu haben, denn

einmal kannte er ihn bereits, zum andern war es nach dem Abschluß des Pakts mit den Konservativen eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Es kommt nur noch darauf an, einander die Verantwortung für die Trennung zuzuschieben. Der Kaiser: „Ich erhalte gar keine Vorträge mehr von meinen Ministern; es ist mir gesagt worden, Sie hätten ihnen verboten, mir ohne Ihre Zustimmung oder Gegenwart Vorträge zu halten, und sich dabei auf eine alte, vergilbte Ordre gestützt, die schon ganz vergessen war." Da sprach Waldersee — und für Waldersee sprach Holstein — der hatte schon vor Monaten auf diese Ordre hingewiesen und in einem Brief an Waldersee die Giftpille empfohlen: „Ich möchte jetzt noch einmal auf etwas früher Gesagtes zurückkommen, nämlich daß Se. Majestät sich nicht die Zeit und Mühe nimmt, *direkte* Vorträge der einzelnen Minister zu hören. Daher kommt es, daß er — so komisch der Ausdruck klingen mag — den Ministern gegenüber keine Stellung hat, weil diese das Gefühl haben, an ihm keinen Rückhalt zu besitzen." Der Wirkliche Geheime Legationsrat soll nicht gewußt haben, wie es um diese Vorträge stand, daß es eine Ordre gab, ein alter Brauch war? daß Bismarck es auf ihre Ausführung ankam, um den Einfluß bei dem Monarchen zu behaupten, die Minister immer unter Aufsicht zu behalten?

Bismarck erklärte die Ordre für unentbehrlich. Der Kaiser verlangte ihre Zurücknahme, weil sie seine königliche Prärogative einschränkt.

Jetzt wechselt Bismarck das Thema — die Räder

rollen — der Bruch ist da — der Rücktritt unvermeidlich — in diesem Augenblick denkt Bismarck nur noch daran, Wilhelm zu beleidigen, moralisch zu ohrfeigen, zu demütigen, zu kränken, sich zu rächen. Er bringt die Rede auf den geplanten Besuch des Kaisers nach Petersburg, rät ab und beruft sich auf Berichte des Grafen Hatzfeld aus London, die ungünstige Äußerungen des Zaren über den Kaiser auf Grund von Informationen aus guter Quelle enthielten.

Solche Äußerungen hat der Zar dutzendfach gemacht, Lamsdorf berichtet, der Zar habe Wilhelm einen dummen Jungen, Bengel, frech, unverschämt genannt — der Zar pflegte auf gut Russisch gern und kräftig zu schimpfen.

Hatzfeld berichtete, der Zar hätte von Wilhelm als einem Tollen und schlecht erzogenen Burschen gesprochen. Der Kaiser verlangt, Bismarck solle den Bericht vorlesen. Bismarck erwidert, dazu könne er sich nicht entschließen, weil der wörtliche Inhalt den Kaiser verletzen werde. Aber den Bericht schwenkt er aufreizend offen in der Hand vor des Kaisers Augen. — Wilhelm beherrscht sich mit äußerster Energie und nimmt mit geheuchelter eiserner Ruhe den Bericht dem Fürsten aus der Hand, beginnt zu lesen. — „Der Wortlaut, dessen Lesung der Kaiser sich mit eigener Hand ermöglichte, hat ihn ohne Zweifel schwer gekränkt und war dazu angetan." —

Der Kaiser „scheint mit Recht verletzt", erhebt sich wortlos, reicht Bismarck kühler als sonst die Hand, die zugleich den Helm hält.

Bismarck begleitet ihn bis an die Freitreppe vor der Haustür — der Kaiser will schon in den Wagen steigen, da sieht er die Dienerschaft — springt die Stufen wieder hinauf und gibt dem Fürsten lebhaft die Hand — es war die verkrüppelte Hand eines Menschen, der seine furchtbarste Stunde erlebt hatte — nie vorher, nie später wird ihm solche Behandlung widerfahren — für alle Beleidigungen hat sich Bismarck gerächt — wenn der Zar von schlecht erzogenen Burschen, von einem Tollen sprach — wenn der Fürst den Bericht Hatzfelds in Händen hielt, wenige Augenblicke, nachdem der Kaiser ihm zugerufen hatte, er wolle nicht gehorchen, „auch wenn es Ihr Souverän befiehlt" — jetzt hatte ihm Bismarck die Antwort gegeben.

Daß Wilhelm im Verlaufe der Unterredung unvermittelt erklärt hatte, er wolle eine Auflösung des Reichstags vermeiden und die Militärforderungen auf ein Maß herabsetzen, das ihre Annahme im Reichstag sicher gestatte, besaß nicht mehr Gewicht genug, um noch diskutiert zu werden. Jetzt handelte es sich nur um die Form, in der sich der Rücktritt vollziehen mußte, handelte es sich nur noch darum, ob Bismarck oder Wilhelm den letzten Schritt vollzog.

Wenige Stunden später empfängt der Kaiser den Grafen Waldersee und behauptet, Bismarck sei weich geworden, habe geweint und konfuses Zeug gesprochen, erwähnt indirekt Hatzfelds Bericht: „Mit Rußland steht es sogar jetzt ganz schlecht; sie hetzen dort gewaltig gegen mich, und Kaiser Alexander spricht in wegwerfenden Ausdrücken von mir, sagt

unter anderem, ich sei verrückt. Die üble Stimmung gegen uns nimmt fortwährend zu, ich werde nunmehr den Besuch in Krasnoje unter keinen Umständen machen. Daß es im Inneren schlecht aussieht, erkennt jetzt jeder; wo bleibt da der große Kanzler? Wo sind seine Verdienste?" — — — Und Waldersee: „Ich empfand dabei einige Befriedigung."

Dann sprachen sie über die Militärvorlage, die man in mäßigerer Form an den Reichstag bringen möchte. Zum Schluß bemerkt Waldersee: „Ich schlage vor, daß Eure Majestät sich über die Personenfrage völlig schlüssig werden und dann handeln. Gott gebe, daß Eure Majestät den Kopf oben behalten und die richtigen Leute wählen." Der Kaiser gab ihm mit den Worten die Hand: „Ich denke, es wird schon gehen. Weidmannsheil." Er war lebensfrisch und sehr vergnügt.

Waldersee notiert sich: „Sollte der Kaiser mir direkt befehlen, Kanzler zu werden, so fasse ich die Sache rein soldatisch auf und tue, was befohlen wird."

Am folgenden Tage schickt Wilhelm den Chef des Militärkabinetts Hahnke zu Bismarck und übermittelt ihm nochmals die Forderung des Kaisers, die Ordre zu kassieren.

Bismarck erklärt seine Ablehnung. Hahnke verläßt ihn mit der Äußerung, die Sache werde sich sicher vermitteln lassen. Zur gleichen Stunde fragt Waldersee auf dem Lehrter Bahnhof: „Ist etwas vom Kanzler gekommen?" — „Nein, weder ein Ent-

lassungsgesuch noch die Ordre, so geht es aber nicht weiter."

Am nächsten Morgen wird Hahnke zum zweiten Male entsandt — der Kaiser bestände auf der Rücknahme der Ordre oder auf dem Entlassungsgesuch. Wenn der Fürst die Ordre nicht zurücknehme, solle er sofort seinen Abschied einreichen, am Nachmittag möchte er ins Schloß kommen, um sich den Abschied zu holen.

Bismarck erwiderte, er sei nicht wohl genug und würde schreiben.

Am selben Vormittag erhält Bismarck eine Anzahl Berichte vom Kaiser zurück, darunter einige vom Kiewer Konsul, beigelegt war ein *offenes*, durch die Büros eingegangenes *Handbillet des Kaisers*, in dem es hieß, er müsse sehr bedauern, daß er so wenig von den Berichten erhalten habe. „Sie hätten mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können, es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoje meinerseits nicht mehr zu denken. Die Berichte sind vorzüglich." Die Berichte waren gar nicht vorzüglich, sondern uralt, dem Generalstab bekannt und enthielten schon gar nichts vom „vollsten strategischen Aufmarsch der Russen, um zum Kriege zu schreiten", wie der Kaiser behauptete. Einige Kosakensotnien waren verlegt worden — das war alles. — Der versteckte Vorwurf des Landesverrats war um so lächerlicher, als dem Generalstab obendrein längst die geringen Truppen-

verschiebungen bekannt waren. Aber der Kaiser brauchte einen Grund, um die abgesagte russische Reise zu rechtfertigen, er brauchte vor allem die Rache an Bismarck.

Und Bismarck — konnte er klagen, wenn man ihm jetzt den Strick drehte? war nicht alles, was in diesen Wochen geschah, nur eine Wiederholung seiner eigenen Methoden? Mußten nicht die Schatten aller jener Menschen auftauchen, die er betrogen, gedemütigt, mit denen er selbst Komödie gespielt hatte? War da nicht Arnim, den er verleumdet und in den Tod gejagt hatte? War da nicht Napoleon, den er überlistet hatte? Tauchte nicht Lassalle auf, den er verlockt, zurückgestoßen und schließlich öffentlich bloßgestellt hatte? Erschien nicht selbst der Schatten des alten Wilhelm, den er hinters Licht geführt hatte — da war der Kronprinz, dem er den Mund verboten, da waren Frauen, die er verächtlich gemacht hatte, da waren Parteien, die er gejagt hatte wie das Wild — da war der Betrug an einem ganzen Volk, das in Kriege hineingehetzt war, von deren Entstehung es nie etwas erfahren hatte, da waren Hunderte, Tausende von Männern, Frauen, ganze Familien, die durch seine Gesetze in furchtbare Verzweiflung gebracht waren. Wer hatte nicht Grund, vor ihm zu erscheinen und ihn anzuklagen — er beklagte sich über Komödienspiel — mit wem hatte er es nicht toll getrieben — er beklagte sich über den Vorwurf des Landesverrats — und Arnim und das Zentrum, die Erzreichsfeinde — die Sozialdemokraten?

Hatte er selbst nicht mit dem Landesverrat gespielt, als er mit Benedetti über das linke Rheinufer verhandelte? Wen hatte er nicht verächtlich beiseitegestoßen, erniedrigt, sobald er ihn nicht mehr brauchte — *er* wollte sich beklagen, daß man ihn im Stich ließ und verriet? Sein System hatte Schule gemacht — die — die ihn stürzten, waren seine eifrigsten, hitzigsten Anbeter gewesen — sie hatten die Kunst der Intrige, des Komödienspiels schlecht gelernt, aber sie waren seine Schüler und wiederholten ihre Lektion, wandten sie an, als sie mit dem Meister abrechneten.

Alle ließen ihn im Stich und rückten von ihm ab, aber *er* selbst hatte dies System geschaffen, das ihm jene überragende Stellung verlieh, die ihn nur vom Monarchen abhängig machte — damit hatte er zu Wilhelms Lebzeiten nicht gerechnet, daß Gedankenspäher, Einflüsterer je Einfluß erlangten. — Er war niemandem verantwortlich als dem Monarchen, aber er, der selber in allen Künsten der Intrige bewandert war, hatte nie gerechnet, daß es einmal gegen ihn ging. Die Macht, die er sich geschaffen hatte, wurde ihm selbst zum Verhängnis. Nie hatte er damit gerechnet, daß er einmal entbehrlich sein würde — jetzt war eine Situation da, in der er nicht nur gefährlich schien, sondern sogar überflüssig. Wenn er so rasch fiel, war nur die isolierte, überragende Position schuld, die er sich selbst geschaffen hatte, um zu herrschen. Der Erzroyalist hatte sich so eng mit der Krone verbunden gefühlt, daß er nie daran gedacht hatte, sich der Krone gegenüber eine Sicherung zu

schaffen. Dieser Wahn hatte ihm das fast dämonische Selbstvertrauen eingeflößt; gerade in diesen letzten Monaten hatte er sich so unangreifbar, so fest gefühlt, weil er von neuem die Krone in Gefahr sah und im besten Glauben befangen war, nur er und seine Methoden könnten die Krone retten.

Aber die Krone brauchte ihn nicht mehr, man hatte eine Armee — ein anderes Instrument als im Jahre 1848 — und die Krone herrschte über ein Reich, in dem niemand zurzeit für Bismarck war. Die Fürsten waren nicht auf seiner Seite, weil sie sich ständig von ihm bedroht fühlten, und obendrein sein Sozialistengesetz nur Unruhe geschaffen hatte. Die Parteien im Reichstag waren nicht für ihn, weil sie sich immer nur als Werkzeuge behandelt sahen. — Seine eigenen Klassengenossen, die Konservativen, ließen ihn im Stich, als er Verbindung mit dem Zentrum zu suchen schien, die Nationalliberalen hatte er gedemütigt und erniedrigt, zerrieben und politisch entmündigt — sollten sie jetzt auf seine Seite treten, wo er zum schärfsten reaktionären Kurs übergehen wollte? Dazu waren nicht einmal sie imstande. Er hatte alle verhetzt, ausgespielt, zum besten gehalten, verachtet und getreten — jetzt verließen sie ihn — seine Schuld, sein System, er war in der eigenen Falle gefangen.

Im Ministerrat erschien Bismarck noch einmal, erklärte, daß er nicht länger die ihm obliegende Verantwortlichkeit für die Politik des Kaisers tragen

könne, klagte die Minister der Rebellion an, weil sie, ohne ihn zu fragen, beim Kaiser Vorträge gehalten hätten, erklärte sich gegen die Wendung in der Außenpolitik, verlas das Handbillet des Kaisers zu den Berichten aus Kiew und bemerkte ironisch, unter solchen Umständen sei es doch notwendig, die „große" Heeresvorlage einzubringen, nicht die „kleine", wie der Kaiser jetzt verlange. — — „Ich fühle, daß ich dem Kaiser im Wege bin und bin amtlich durch das Kabinett benachrichtigt, daß derselbe meinen Rücktritt wünscht. Ich habe daher auf Allerhöchsten Befehl meine Dienstentlassung erbeten."

Keiner der Anwesenden erhob sich, um ihn zum Bleiben zu beschwören. Keiner wagte zu sagen, man trenne sich. Bötticher murmelte etwas von den früheren Plänen, sich aufs Außenamt zu beschränken. Der Finanzminister meinte, vielleicht sei ein Ausgleich möglich. Die Minister des Kultus und der Justiz hielten alles für ein Mißverständnis. Der Spitzel des Kaisers, Waldersees Mitverschworener, der Kriegsminister Verdy, wollte seit langer Zeit kein Wort vom Kaiser gehört haben, das auf kriegerische Verwicklungen Bezug habe. Der Landwirtschaftsminister Lucius, den Bismarck gemacht hatte, erklärte, wenn Bismarck überzeugt sei, daß sein Rücktritt gewünscht werde, ließe sich von dem Schritt nicht abraten.

Allein der Minister der öffentlichen Arbeiten, Maybach, meinte, Bismarcks Rücktritt sei ein Unglück, wenn er nicht zu verhindern sei, müßten die Minister ihre Ämter dem Kaiser zur Verfügung stellen.

Ein Beschluß wird nicht gefaßt — die Sitzung wird geschlossen. Abends ist man sich einig, eine Gesamtdemission käme nicht in Frage.

„Die Sache ist in Ordnung. Hahnke ist beim Kanzler gewesen, er schickt keine Ordre, aber sein Entlassungsgesuch", bemerkte der Kaiser gegenüber Waldersee, der erschienen war, um Urlaub zu erbitten, den er in Italien verbringen wollte. Als der Platz frei wurde, drückte sich der fromme Graf: „Durch diesen Urlaub zeige ich wohl deutlich, daß ich beim Kanzlerposten nicht konkurrieren will." Am Nachmittag war sich die Kamarilla über den Nachfolger einig: Caprivi.

Am selben Nachmittag ließ sich der Chef des Zivilkabinetts, Lucanus, bei Bismarck melden — von Wilhelm entsandt, der nicht warten konnte, bis das Gesuch in seinen Händen war. Zögernd brachte die armselige Kreatur seinen Wunsch vor: der Kaiser ließe fragen, „weshalb das am Morgen erforderte Abschiedsgesuch noch nicht eingegangen sei". — „Aber der Kaiser kann mich ja jederzeit und zu jeder Stunde entlassen — ohne meinen Antrag, ich kann nicht beabsichtigen, gegen seinen Willen in seinem Dienst zu bleiben." Das Abschiedsgesuch wolle er so einrichten, daß er es demnächst veröffentlichen könne — das war die letzte Attacke —. Lucanus wagte scheu die Bemerkung, zur öffentlichen Klarstellung habe Bismarck kein Recht. — „Die Gelegenheit wird sich schon finden. Ich denke nicht die Verantwortlichkeit für meinen Rücktritt selbst zu übernehmen,

sondern sie Sr. Majestät zu überlassen.“ Das war der Grund, weshalb er das geforderte Gesuch schrieb, anfangs als Demütigung empfunden, jetzt sieht Bismarck schon neue Möglichkeiten — entläßt ihn der Kaiser, so ist die Situation für ihn schlechter — schreibt er das Gesuch, so kann er selbst zum Angriff übergehen, aber die Absicht mißlingt, das Gesuch wird nicht veröffentlicht, wohl aber die Dankschreiben Wilhelms, die Böttticher entwerfen mußte.

An einem 18. März sendet Bismarck sein Gesuch ins Schloß. So seltsam treibt die Geschichte ihr Wesen mit historischen Daten.

Im Gesuch führt Bismarck aus, weshalb er auf der Ordre vom Jahre 1852 bestehen müsse, die Verantwortung für die auswärtige Politik könne er nicht mehr tragen, weil durch die Änderung der Rußlandpolitik alle wichtigen Erfolge der letzten Jahrzehnte in Frage gestellt würden.

Für den Abend hatte Wilhelm sämtliche kommandierenden Generale ins Schloß bestellt — das war eine Demonstration — aller Welt zu zeigen, daß der Herrscher mit der Armee verbunden, — daß sie seine Stütze wäre, — bekanntgegeben wurde, daß ein General zum Nachfolger bestimmt sei — bekanntgegeben wurde, daß Rußland kriegerische Absichten habe, aber: „Ich habe dem Kaiser von Österreich im vorigen Jahre Treue geschworen und werde sie halten.“

Die Militärmonarchie hatte nie so offen ihr Gesicht gezeigt.

Keiner der Generale bat ums Wort. Schweigend hörten sie den Kaiser an. Auf der Treppe aber öffnete ein uralter, neunzigjähriger Mann, der nur selten ein Wort sprach, die schmalen Lippen: „Das ist ein sehr bedauerlicher Vorgang; der junge Herr wird uns noch manches zu raten aufgeben." Es war Moltke.

Zwei Tage später überbrachten Hahnke und Lucanus den Abschied in zwei blauen Briefen. Der Kaiser verlieh Bismarck den Titel eines Herzogs von Lauenburg, trotzdem ihn Bismarck für unerwünscht und peinlich erklärt hatte. In Böttichers Erinnerungen liest man, daß Wilhelm ihm noch sein Bild schenken wollte, das ihm eigentlich zum 1. April, seinem Geburtstag, zugedacht war. Ein Brief Wilhelms enthielt Worte, wie „tiefe Bewegung — Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei Unsern Lebzeiten nicht nähertreten zu müssen . . . betrübten Herzens . . . unersetzliches Leben . . . *weitere* Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg . . . Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung werden auch in Zukunft Mir und dem Vaterland nicht fehlen . . . gnädigste Fügung in Meinem Leben, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zur Seite hatte — — — in dankbar, unvergänglicher Erinnerung . . . Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht . . . . Gott segne Sie, Mein lieber Fürst . . . . ."

So viele Worte, so viele Lügen.

Am selben Tage nahm Caprivi von Bismarcks Dienstwohnung Besitz. Botschafter, Diplomaten, Minister, Kisten, Kasten standen auf dem Treppenflur herum. Caprivi selbst hatte nur eine einzige, kurze Besprechung mit Bismarck „zwischen Tür und Angel des von ihm in Besitz genommenen Zimmers im Flügel meines Hauses". Caprivi richtet an Bismarck *nicht eine* Frage über den Stand der Staatsgeschäfte, über die bisherigen Ziele und Absichten der Reichsregierung, Bismarck meinte, der Kaiser hätte ihm jede Erkundigung verboten. Wie er, der General über sein Amt dachte, beleuchtet seine Antwort auf Bismarcks Frage, ob er keine Bedenken gegen die Übernahme des Postens gehegt habe: „Wenn ich in der Schlacht an der Spitze meines zehnten Korps einen Befehl erhalte, von dem ich befürchte, daß bei Ausführung desselben das Korps, die Schlacht und ich selbst verloren gehen, und wenn die Vorstellung meiner sachlichen Bedenken keinen Erfolg hat, so bleibt mir doch nichts übrig, als den Befehl auszuführen und unterzugehen. Was ist nachher weiter? Mann über Bord."

Das war ein Mann nach Wilhelms Herzen — aber hatte nicht auch Bismarck einmal geäußert, seine Untergebenen müßten einschwenken wie Flügelmänner?!

Am 26. März verabschiedete sich Bismarck vom Kaiser, der plötzlich zu erklären wagte, nur die Sorge für seine Gesundheit habe ihn bewogen, ihm den Abschied zu erteilen. „Meine Gesundheit, Ew. Majestät,

ist in den letzten Jahren selten so gut gewesen wie im vergangenen Winter."

Drei Tage später verließ Bismarck Berlin „unter dem Zwang übereilter Räumung meiner Wohnung und unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte".

Waldersee aber schrieb klagend am 21. März in sein Tagebuch, er habe leider mit dem Kaiser eine Differenz gehabt, bei einer militärischen Besprechung hätten seine Ausführungen einen sehr dürftigen Eindruck gemacht. „Jeder der Anwesenden empfand die Unrichtigkeit und Unreife dieser Ansichten; . . . er brachte nur unreife Ideen zum Ausdruck."

Mit Bismarck ging Herbert, den man in den Ämtern haßte. Trotzdem hatte Wilhelm ihn aus Prestigegründen halten wollen — und versuchte sogar durch einen seiner Adjutanten den Fürsten zu beeinflussen, auf seinen Sohn einzuwirken, im Amte zu bleiben. Bismarck lehnte das mit den Worten ab: „Mein Sohn ist mündig." Noch am 21. März glaubte Wilhelm den Grafen Herbert zum Bleiben bestimmen zu können: Herbert ging.

Die Dynastie Bismarck hatte aufgehört zu regieren. Wie sehr sie von der Notwendigkeit ihres persönlichen Regiments überzeugt war, bewies sie noch in diesen letzten Augenblicken: der russische Botschafter Schuwalow erschien endlich mit Vollmachten, um in die Verhandlungen über die Erneuerung des Rückversicherungsvertrags eintreten zu dürfen. Als Schuwalow sich am 17. März bei Bismarck meldete,

mußte er hören, daß Bismarck nicht länger im Amte bleiben würde. Es ist falsch, wenn Bismarck später behauptet, Schuwalow habe den Auftrag gehabt, nur mit Bismarck verhandeln zu dürfen. Wir wissen heute, daß den Russen im Augenblick an einer Erneuerung des Vertrags viel gelegen war. Mit einer Intrige schloß die außenpolitische Tätigkeit des Fürsten. Wilhelm aber, der noch eben von einem nahen Krieg mit Rußland phantasiert hatte, ließ Schuwalow in der Frühe des 21. März aus dem Bett holen und erklärte ihm, er werde den Vertrag erneuern, Bismarcks Rücktritt sei aus Gesundheitsgründen erfolgt — ja, er gab in dieser Unterredung sogar sein kaiserliches Wort, daß sich an der Außenpolitik nichts ändern werde.

Wenige Tage später aber sitzen im Auswärtigen Amt vier Männer zusammen und fassen den Beschluß, den Vertrag nicht zu erneuern — Wilhelm wird bald darauf in einer kurzen Unterredung umgestimmt. Mit den Worten: „Nun, dann geht es eben nicht" — wird das dünne Gewebe der Bismarckschen Bündnisverträge zerrissen. Die Russen aber werden monatelang in Unklarheit gelassen und entschließen sich, enttäuscht, ja im Gefühle betrogen worden zu sein, die Verbindung mit Paris aufzunehmen.

In den kritischen Märztagen weilte der Prinz von Wales in Berlin, man verhandelte über Helgoland und Sansibar — das erschienen den neuen Männern in Berlin wichtige Objekte genug, um sich für eine Option zugunsten Englands festzulegen, die von

London keineswegs in gleicher Weise beantwortet wurde. Man wollte sich in Berlin vereinfachen. Caprivi traute sich nicht zu, mit fünf Bällen spielen zu können wie Bismarck, in Wahrheit war man von der Stärke des Dreibundes überzeugt und glaubte sich einem Zweifrontenkrieg gewachsen. Die Saat der Kamarilla ging auf.

Im Lande wußte man nichts von den Vorgängen, die zur Entlassung Bismarcks geführt hatten. Man wußte erst recht nichts von den russischen und englischen Verhandlungen. Aber Wilhelm hatte eine auffallend günstige Presse. Viele bürgerliche Blätter begrüßten sogar die Umwälzung. Unzweifelhaft hat die innere Politik diese Haltung der Presse bestimmt — die Furcht vor dem unvermeidlichen Bürgerkrieg, falls Bismarck im Amt blieb, entschied zugunsten des Kaisers, der durch seine Arbeiterschutzerlasse einen neuen Kurs gegenüber dem Proletariat eingeschlagen hatte. Ein halbes Jahr später lief das Sozialistengesetz ab, um nie wieder aufzuerstehen. Die Partei war frei. Im nächsten Jahre beschließt sie in Erfurt ihr neues Programm. Wie sie den Kampf gegen den neuen Kurs führte, ist ein anderes, aber keineswegs ein erfreuliches Buch.

Ein Besiegter verließ die Stadt, von der er 28 Jahre lang die Schicksale eines Staates bestimmt hatte. Besiegt in einem Krieg, der im Dunkel geführt war, Opfer eines Systems, das er selbst nicht

nur bewundert, verherrlicht und gefestigt, sondern geschaffen hatte. Der sich als Retter anbot, wurde davongejagt.

Aber man kann den Sturz Bismarcks nicht nur im Rahmen eines Intrigendramas sehen. Dann wären weder Mann noch Schöpfung so ungewöhnlich, daß es noch heute lohnte, so lange bei diesen Frühjahrskämpfen zwischen der Krone und ihrem Sachwalter zu weilen, dann wäre der Fall Bismarck nur ein historisches Kammerspiel — an Zwischenfällen allerdings ebenso reich wie an dramatischen Steigerungen und Explosionen, dann könnte man in diesem Ausgang einer preußisch-deutschen Ministerherrschaft nur Symptome eines Regimes feststellen.

Die Kamarilla allein hätte wahrscheinlich Bismarck nie beseitigt, nicht nur weil sie feige war und vor der Wirkung zitterte, die in der Öffentlichkeit der Sturz Bismarcks auslösen mußte — sondern weil sie von sich aus nur erbärmliche Winkelfehden zu führen vermochte. Kreaturen verrichten ihre Arbeit, wie es ihnen gemäß ist.

Als Bismarck im Januar plötzlich in Berlin erschien, weil das Sozialistengesetz bedroht war, hatten die Kreaturen allerdings den Ring geschlossen, standen die Bravos in den dunklen Nischen, hielten die Hauptleute ihre Finger pfiffbereit am Mund — aber schon notierte sich der in die Enge getriebene Waldersee, über das Sozialistengesetz werde hoffentlich der Konflikt ausbrechen. Denn den Tröpfen selbst fiel nichts ein, um den Konflikt mit Bismarck auf einer höheren Bahn auszutragen. Auch Wilhelm war

nicht fähig, aus eigener Kraft den Angriff vorzutragen. Es wurde früher gesagt, daß sich die Kämpfe zwischen Kanzler und Kaiser, der nur ein Werkzeug gewesen ist, so abspielten, daß zwar die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, aber unsichtbar der Hauptakteur stets in den Räumen zugegen war, in denen Intrigen gesponnen, Beschlüsse gefaßt wurden, Gegensätze aufeinander stießen. Immer erschienen wie Banquos Geist die Schatten der verfolgten, gehetzten, verurteilten, oft in den Tod gejagten Proletarier, wenn der Kronrat beisammen war, Holstein in seiner spießbürgerlichen Behausung geheimnisvolle Briefe an Waldersee sandte, wenn Wilhelm immer eben nach Bismarcks Weggang wie durch eine Seitentür Waldersee oder Verdy in sein Kabinett huschen ließ und mit ihnen über den alten Mann Witze riß.

Der Sturz Bismarcks war gewiß, als am Abend des 20. Februar die Stimmzettel in den Wahllokalen gezählt wurden. Man muß noch einmal hervorheben, wie stark der Kontrast zwischen beiden Lagern war: dort im Schloß und in der Wilhelmstraße: Intrigen, Ränke, Fallen, Verleumdungen, tückische Pläne, phantastische Staatsstreichpläne eines Bankrotteurs, der keinen andern Ausweg mehr sieht als sein eigenes Werk zu zerstören, das mühsam und auf so zweifelhafte Art zustande gekommen war. Hier in den Arbeitervierteln: Ruhe, Geschlossenheit, Ernst. Kein Wahlkampf ist je so unauffällig in Erscheinung getreten wie dieser Feldzug der Sozialdemokratie im Winter 1890. Man hatte kaum eine Presse. Es gab nur geringe Möglichkeiten der Propaganda bei der

Illegalität der Partei: Noch einmal muß man Mehring zitieren: „Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee, das diesmal aus Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer bestand, veröffentlichte keinen Wahlaufruf. Seine Erlasse trafen nur praktische Anordnungen, über die Prüfung der Wahllisten, über die Aufbringung der Wahlkosten, sie warnten vor Störungen gegnerischer Versammlungen, empfahlen strenge Sachlichkeit in der Führung des Wahlkampfes: . . . die Taten der Gegner sind die wirksamsten für uns! Jeder klassenbewußte Arbeiter wußte, worauf es ankam; in ernstem Schweigen vollzog sich der Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Sie waren entschlossen, einen harten Schlag zu tun und rechneten auf einen großen Erfolg, doch der 20. Februar übertraf weit ihre kühnsten Erwartungen."

Es war ein überwältigender und entscheidender Sieg, ein Sieg über Bismarck, eine Niederlage seiner zwölfjährigen Anstrengungen, die Sozialdemokratie zu vernichten. Was bedeutete nun noch eine geplante Verschärfung des Gesetzes? lag auf dieser Linie auch nur die Möglichkeit des Schattens eines ferne scheinenden Erfolges? Der Bankrott war da — Wilhelm und die Generale spürten, daß andere Methoden notwendig waren. In tiefer Sorge um die Armee, diese jetzt noch einzige wahrhafte Stütze des monarchistischen Systems, um die Kronen der deutschen Länder wichen sie vor den selbstmörderischen Plänen erschrocken zurück. Am 15. März eröffnete Wilhelm dem Fürsten, er wolle nicht Kartätschenprinz heißen wie sein Großvater, er wolle nicht bis an die Knöchel

in Blut waten. „Wenn Ew. Majestät jetzt nachgeben" — bemerkte der Kanzler — „werden Sie noch viel tiefer hineinmüssen." Aber Wilhelm fürchtete sich. Nicht vor langer Zeit hatte er noch selbst erklärt, man müsse jeden Sozialdemokraten „über den Haufen schießen". Aber das war vor dem verhängnisvollen Wahltag, und auch bevor Bismarck mit seinen Staatsstreichplänen ihm einen Einblick in bisher ungeahnte Perspektiven gab — eben die Staatsstreichpläne Bismarcks riefen das Gegenteil dessen hervor, was Bismarck gewollt hatte. Da sah man plötzlich klar, wohin der Weg führte, wenn man mit Bismarck weiterging. Es ging um Sein oder Nichtsein — und da entschloß man sich zum Einlenken, zu andern Methoden — vielleicht war es möglich, sich durch Reformen zu retten, durch jene Schutzgesetzgebung, deren Schicksal besiegelt war; sie war vor den Wahlen veröffentlicht, ihre Wirkung verpuffte, die Arbeiter höhnten darüber. Man mußte noch andere, größere Opfer bringen — den Mann stürzen, der allen Haß auf sich gelenkt hatte, der als der Typ des Sozialistentöters galt, und dessen ganze Tätigkeit vom ersten Tage seines Eintritts ins öffentliche Leben nur der Vernichtung der Revolution gegolten hatte. Wenn man diesen Mann beseitigte, würde vielleicht das Vertrauen zur Krone wiederkehren.

Man suchte sich zu retten, indem man den Menschen, der mit dem Etikett „Der Retter" durch die Geschichte ging, in den Abgrund stürzte. Aber der Abgrund schloß sich nicht. Die Sphinx „soziale Frage" war mit dieser Antwort nicht zufrieden. Schließlich

war selbst Bismarcks Sturz in höherem Sinne nur ein Manöver, ein Betrugsversuch, der an der Logik der Geschichte selbst scheitern mußte. Die Klassenkämpfe gehen weiter trotz Wechsels der Methoden, trotz Austausches der Personen.

EPILOG

Bismarck übersiedelte nach Friedrichsruh im Sachsenwald, den ihm auf so eigenartige Weise Wilhelm I. geschenkt hatte. Nie hat Wilhelm II. wieder seinen Rat erbeten. Nie hat er jenem Wunsch in der Ordre vom 20. März Ausdruck verliehen, „daß Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden". Das Gegenteil geschah, den Nachfolgern Bismarcks wurde verboten, über Politik mit Bismarck zu sprechen; die bloße Verbindung mit Bismarck allein war verdächtig; keiner der Männer, die in Wilhelms Diensten standen, wagte ohne Erlaubnis nach Friedrichsruh zu fahren. Bismarck selbst sprach von einem sozialen Boykott, der auf kaiserlichen Befehl über ihn verhängt wurde.

Der anonyme Pressefeldzug, den Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" gegen die kaiserliche Politik führte, verschärfte die Situation. Die Veröffentlichungen reizten den empfindlichen Wilhelm bis aufs Blut, demonstrativ erhob er Caprivi nach kaum zweijähriger Tätigkeit, ohne besonderen Anlaß, in den Grafenstand, nur weil Bismarck den Handelsvertrag mit Österreich bekämpft hatte, den Caprivi eben zum Abschluß brachte.

Die Popularität des Fürsten beim Kleinbürgertum, die Huldigungen an allen öffentlichen Orten, wo Bismarck erscheint, seine Reden, die immer scharfe Spitzen gegen Wilhelms Politik enthalten, treiben Wilhelm zu Gegenaktionen. Als Bismarck im Sommer 1892 nach Wien zur Hochzeit seines Sohnes fährt und eine Unterredung mit Franz Joseph beabsichtigt ist, muß Caprivi an den deutschen Botschafter in Wien, den Prinzen Reuß, einen Brief schreiben, daß nichts zur Annahme berechtige, der Fürst hätte irgendeinen Einfluß auf die Leitung der Geschäfte wiedergewonnen; „S. M. ersuchen E. D., sich, falls der Fürst oder dessen Familie sich nähern sollte, auf die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit aber auszuweichen. Se. Majestät werden keine Notiz von der Hochzeit nehmen." Zur Vermählung erscheint kein einziges Mitglied der reichsdeutschen diplomatischen Vertretung. Die Audienz beim Kaiser, um die Bismarck nachgesucht hatte, wird durch einen Brief Wilhelms an Franz Joseph vereitelt. Wilhelm versucht Franz Joseph durch den Hinweis auf den Rückversicherungsvertrag mit Rußland aufzubringen, der „hinter Deinem Rücken geschlossen, von mir aufgelöst war". Seit der Zeit seines Rücktritts führe der Fürst in der „perfidesten Manier in seiner Presse und in der fremder Länder" Krieg gegen ihn selbst und Caprivi, seine stärksten Bomben lanciere er gegen den Dreibund, sein eigenstes Werk; wenn jetzt Gerüchte von einer Aussöhnung umliefen, sei das ein neuer Schwindel Bismarcks und nur auf die Sen-

sationslust und Neugier der „blöden Masse" berechnet. „Er versucht mit aller List und Kunst es so zu drehen, daß es vor der Welt dastehen soll, als ob ich der Entgegenkommende sei." Die Hauptnummer seines Programms sei die geplante Audienz in Wien: „Unter ungezogenster Ignorierung meines Hofes und der Kaiserin begibt er sich nach Dresden und Wien, um Dir sich vorzustellen und den alten treuen Mann herauszubeißen." Er bitte Franz Joseph, ihm nicht die Lage im Lande zu erschweren, indem er den *„ungehorsamen Untertan"* empfange, ehe sich Bismarck nicht ihm selbst genähert und peccavi gesagt habe.

Franz Joseph ist willfährig, Wilhelms Invektiven verfehlen ihre Wirkung nicht, Bismarck wird nicht empfangen und rächt sich durch ein Interview mit einem Vertreter der „Neuen Freien Presse": „Bei uns sind Männer in den Vordergrund getreten, die ich früher im Dunkeln hielt." . . . Er kritisiert die Zerreißung des Drahtes nach Rußland und den Verlust des Einflusses auf die russische Politik.

Der Angriff führt zu neuen Erklärungen der kaiserlichen Regierung. Bismarck antwortet wiederum anonym — es ist ein fortgesetzter unterirdischer Krieg — die „Hamburger Nachrichten" werden zum Oppositionsblatt gegen die kaiserliche Politik — aber man überschätzt die Bedeutung dieser Kampagnen ebenso wie die Huldigungsfeiern im Reiche zu Ehren Bismarcks, sobald er irgendwo auftaucht. Man wählt ihn in den Reichstag, er nimmt die Kandidatur nicht an. — „Ich bin nicht in den Reichstag gegangen, weil ich die Regierung mit offenem Visier angreifen

müßte." — Falsch, daß ihn nur das hohe Alter zurückhielt, er will nicht offen kämpfen, er will nicht eine Oppositionspartei gegen die Regierung führen, weil dieser Kampf der Krone gilt. Nichts ist für Bismarck so charakteristisch wie sein Verhalten in den Jahren der Ruhe: Fortführung des Kampfes gegen den Gegner mit den alten Mitteln der Kabinettspolitik, mit anonymen Aufsätzen, bestellten Artikeln, absichtlich gegebenen Interviews — die Huldigungsreisen lassen sich wohl vergleichen mit den unaufhörlichen Fahrten Wilhelms — immer muß man sich zeigen, immer sich feiern lassen, immer im Mittelpunkt stehen und gepriesen werden — es sind die gleichen Methoden, der gleichen Ideologie entsprungen. Die Bismarcksche Opposition dieser letzten Jahre war von tiefster Ehrfurcht gegenüber der Monarchie erfüllt; er meidet den offenen Kampf, nicht nur, weil es Farbe bekennen hieß, sondern weil eine Oppositon im Reichstag Bismarck in die unheimliche Nähe der Sozialdemokratie gebracht haben würde. Und wenn ihn die Kleinbürger feierten, wo er auch erschien — wo war seine Partei — wo waren ihre Reservoire, vor allem ihre Träger? Weder die Schwerindustrie noch die Großagrarier hätten ein Bündnis mit Bismarck schließen können, wenn auch ihre Führer wiederholt in Friedrichsruh erschienen. Und schließlich — er, der sein Leben lang den Parlamentarismus mißachtet hatte, konnte sich nicht einer Waffe bedienen, die er im März 1890 dem Volk entwinden wollte. Jetzt nach 42jährigem Kampfe für die Krone gegen Parlamentsherrschaft plötzlich mit

denselben Mitteln kämpfen, die ihm verhaßt waren? Seine historische Mission im Dienst der Monarchie und der herrschenden Klasse war beendet. Nie war er isolierter, einsamer, verlassener als jetzt. Wäre die Autorität der Krone schwächer gewesen, und hätte ihr nicht eine so furchtbare Waffe wie die Armee und die Bürokratie zur Verfügung gestanden, hätte sich die großkapitalistische Klasse schwächer gefühlt — wäre vielleicht sogar eine Bismarcksche Parteibildung möglich gewesen. Wiederum sind die Verhältnisse stärker als der Wille des einzelnen zur Macht — ganz abgesehen davon, daß Bismarck diesen Willen zur Macht nicht mehr besaß, sondern nur einen Guerillakrieg gegen Kaiser und Regierung führen konnte. Man liest in diesen Jahren nirgends, daß er gegen die Mächte opponiert hätte, die in Wahrheit die Herren Deutschlands waren. So kommt seinem Feldzug, erzeugt aus Rachsucht und Ressentiment, keine Bedeutung bei; daran vermag nicht einmal die Schärfe etwas zu ändern, die dieser unterirdische Krieg zeitweilig annahm: Kaiser und Caprivi erwogen sogar eine Verhaftung Bismarcks und Festsetzung in Spandau — ein Plan, den man bald wieder fallen ließ, weil man keinen Märtyrer zum eigenen Schaden schaffen wollte. So ließ man Bismarck reden und ging seine eigenen Wege. Daran vermag auch nichts zu ändern, daß Wilhelm aus Rücksicht auf politische Vorgänge nicht nur eine Annäherung an Bismarck suchte, sondern ihn sogar nach Berlin einlud oder selbst einige Male nach Friedrichsruh fuhr.

Politische Auswirkungen haben diese Versöhnungskomödien nicht gehabt — beide haben das Spiel nicht einmal ernst genommen. Den Wein, den Wilhelm sandte, trank Bismarck zum Hohn mit Maximilian Harden aus. Bei den Zusammenkünften in Berlin und Friedrichsruh wurde jede Anspielung auf politische Themen gemieden — Wilhelm führte Bismarck in Friedrichsruh die neue Truppenausrüstung vor und überreichte dem Generaloberst einen Ehrenpallasch. Als Bismarck den Rückversicherungsvertrag publizierte — in einem Augenblick, da das russisch-französische Bündnis vollzogen ist, reagierte die Regierung zuerst überhaupt nicht, später im Reichstag ergab sich in der Debatte einmütige Verurteilung des Bismarckschen Vertrages, selbst der alte Liebknecht erklärte: „Der geheime Vertrag mit Rußland war ein Verrat am Dreibund."

Im Dezember 1897 erscheint Wilhelm zum letztenmal in Friedrichsruh. Bismarck ist nun 82 Jahre, dem Tode nahe. Im Herbst hatte der Arzt die Familie vorbereitet, man müsse sich auf das Schlimmste vorbereiten, der Greisenbrand trat in Bein und Fuß auf, Bismarck war an den Rollstuhl gefesselt. So empfing er den Kaiser, der inmitten eines Schwarmes von Generalen erschien. Bei Tisch versuchte Bismarck das Gespräch auf die Weltpolitik zu bringen. Wilhelm erzählte Witze, klatschte sich auf die Schenkel. Bismarck versuchte es noch einmal — Wilhelm überhörte die Stimme des Greises — und erzählte einen neuen Witz.

Tirpitz hört Moltke murmeln: „Es ist furchtbar." Plötzlich sagt Bismarck mit scheinbarer Nonchalance: „Majestät, solange Sie dies Offizierkorps haben, können Sie sich freilich alles erlauben. Sollte dies nicht mehr der Fall sein, so ist es ganz anders." Aber Wilhelm hört ihn nicht — sie witzeln und lachen — es ist am 16. Dezember 1897.

Dann gehen sie. Der Fürst ließ sich zum Abschied im Rollstuhl vor die Tür fahren — reicht allen die Hand, zuletzt tritt auch Lucanus, Chef des Zivilkabinetts, vor ihn hin — jener Mensch, der am 17. März 1890 auf Wilhelms Befehl anfragen mußte, weshalb das Entlassungsgesuch noch nicht geschrieben wäre — jetzt: „der Fürst sitzt wie eine Statue, kein Muskel rührt sich, er sieht ein Loch in die Luft und vor ihm zappelt Lucanus, bis er begreift und sich entfernt."

Die arme Kreatur hatte es immer zu büßen.

Im Sommer 1898 finden Wahlen zum Reichstag statt. Bismarck ist schon so leidend, daß er nicht mehr zur Urne gehen kann. Die Sozialdemokraten erobern sich neue Mandate: „Wenn erst einmal 200 Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt sind, dann wird die Regierung stutzig werden und sich sagen: Da möten wi doch mol nohsehn!" Während des Wahlkampfes äußerte Bismarck wiederholt den Wunsch, es müsse ein Block der staatserhaltenden und produktiven Stände gegen die Sozialdemokraten gebildet werden. „Regierer wie Regierte haben beide das größte Interesse daran, daß diese Entwicklung möglichst baldigst eintritt, denn, falls dies nicht geschieht, ist gar nicht abzusehen, wohin wir in unseren

inneren Zuständen geraten." Als Bayern auf seinem Reservatrecht in der Militärgerichtsbarkeit besteht, läßt Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" einen Artikel schreiben, der mit großem Nachdruck für Bayern eintritt. Im März 1898 spricht er über die Armee: man müsse den Unteroffiziersstand materiell und sozial heben und ihn auf diese Weise unzugänglicher für die Bemühungen der Sozialdemokraten machen, sich seiner im Interesse der sozialen Revolution zu bemächtigen. Über die Annahme der Flottenvorlage ist er hocherfreut.

Mitte Juli 1898 legte sich Bismarck nieder, um nicht wieder aufzustehen. In den Mittagsstunden des 30. Juli überfielen ihn plötzlich Schlafzustände, der Puls begann verhängnisvoll zu stocken, eine Darmlähmung verursachte heftige Schmerzen. In den Abendstunden schwand das Bewußtsein. In mächtigen sonoren Atemzügen, die wie das Röcheln eines sterbenden Löwen klangen, bewegte sich die Brust auf und nieder. Wenige Minuten vor 11 Uhr lebte Bismarck nicht mehr.

Wilhelm bot der Familie das Begräbnis des Kanzlers im Berliner Dom an — man lehnte ab. Er fuhr nach Friedrichsruh, wo Bismarck bestattet wurde. In der Gedächtniskirche bestimmte man zur Trauerfeier die kaiserliche Loge für die Familie — kein Mitglied erschien.

Ein halbes Jahr später wurden die „Gedanken und Erinnerungen" veröffentlicht, allerdings nicht der

III. Band, in dem Bismarck den Konflikt und Sturz geschildert hatte.

Im Herbst 1891 hatte Bismarck mit der Niederschrift an den „Gedanken und Erinnerungen" begonnen. Bucher wurde nach Friedrichsruh gerufen und mußte helfen. Später suchte Busch, den Bismarck aus Mißtrauen abgeschüttelt hatte, einmal Bucher auf, der in Klagen über die schwierige Arbeit ausbrach: „Nicht nur, daß sein (Bismarcks) Gedächtnis mangelhaft und sein Interesse für das, was wir erreicht haben, gering ist — — — er fängt auch an, absichtlich zu entstellen, und zwar selbst bei klaren, ausgemachten Tatsachen und Vorgängen. Bei nichts, was mißlungen ist, will er beteiligt gewesen sein, und niemand läßt er neben sich gelten — als etwa den alten Kaiser — — und den General Alvensleben — (ich weiß nicht, warum), der (1863) den Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat und bei Vionville kommandierte. Auch Falk wird jetzt gelobt, wahrscheinlich weil er fürchtet, er würde ihm sonst darauf mit Enthüllungen antworten. Am Kulturkampf will er keine Schuld haben; auch hat er nichts gegen die Unfehlbarkeitsabsichten Pio Nonos getan und ebensowenig gegen Arnims ehrgeizigen Unfug, obwohl jedermann das Gegenteil weiß. . . . Selbst da, wo seine Politik glänzend geglückt ist, will er nichts davon wissen, z. B. von der Falle, die er Napoleon stellte, in der spanischen Sache. . . ."

Über die Publikation herrschte in Hofkreisen tiefe Entrüstung. Niemand war da, der sich nicht beleidigt fühlte. Und so traf ein, was Bismarck im

März 1891 prophezeit hatte, als Busch ihn nach seinen Memoiren gefragt hatte und Bismarck eine Veröffentlichung bei Lebzeiten ablehnte:

„Ich habe von 1847 immer das monarchische Prinzip vertreten und hochgehalten wie eine Fahne, und ich habe nun drei Könige nackt gesehen, da nehmen sich die hohen Herren oft nicht gerade sehr gut aus, und das der Welt zu sagen, das geht doch nicht, das wäre ja inkonsequent — gegen das Prinzip. Aber es verschweigen, wenn ich einmal darauf käme, oder gar das Gegenteil — das dürfte ich ebensowenig. Und geschieht es (die Veröffentlichung) nach meinem Tode, da heißt es: Da habt ihr's, noch aus dem Grabe heraus — welch' ein abscheulicher alter Kerl!"

ANHANG

DIE EMSER DEPESCHE

Abekenscher Text

Ems, d. 13. Juli 1870.

An d. Bundeskzl. Grf. Bismarck Exz. Berlin No. 27, No. 61 eod. 3h 10 Nachm. Station Ems. (Eilig!)

S.M. der König schreibt mir:

„M. Benedetti fing mich auf der Straße ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wie-

Bismarcksche Redaktion

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät noch die Forderung gestellt,

ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß S.M. der König sich für alle Zu-

Abekenscher Text	*Bismarcksche Redaktion*
der meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen! Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei, als ich, er wohl einsähe, daß meine Gouvernement wiederum außer Spiel sei."	kunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.
Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da S.M. dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchst derselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen	Seine Majestät hat es darauf abgelehnt, den

Abekenscher Text

Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen lassen: daß S.M. jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. S.M. stellt Euer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als auch der Presse mitgeteilt werden sollte.

Bismarcksche Redaktion

französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.

DAS SOZIALISTENGESETZ

Auszug aus dem Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, vom 21. Oktober 1878.

§ *1.* Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§ *3.* Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des § 1 Abs. 2 zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Kontrolle zu stellen. . .

§ *5.* Wird durch die Generalversammlung, durch den Vorstand oder durch ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Kontrollbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwidergehandelt oder treten in dem Verein die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Ein-

leitung der Kontrolle zutage, so kann der Verein verboten werden.

§ 9. Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zutage treten, sind aufzulösen.

Versammlungen, von denen durch Tatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten.

Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

§ 11. Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§ 16. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekanntzumachen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 17. Wer an einem verbotenen Verein als Mitglied sich beteiligt oder eine Tätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. . . . Gegen diejenigen, welche sich an dem Verein oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassierer beteiligen, oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen.

§ 18. Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergibt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 22. Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurteilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17 bis 20 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthalts erkannt werden.

Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurteilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden, jedoch in seinem Wohnsitze nur dann, wenn er denselben nicht bereits seit sechs Monaten innehat. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 23. Unter den im § 22 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen kann gegen Gastwirte, Schankwirte, mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesekabinetten neben der Freiheitsstrafe auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden.

§ 28. Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Zentralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrates für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1. Daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen. . . .
2. daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
3. daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann. . . .

§ 30. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und gilt bis zum 31. März 1881.

Bismarck

und seine Zeit